

Clausewitz-Gesellschaft • Jahrbuch 2014

Clausewitz-Gesellschaft

Jahrbuch 2014



Eine Publikation der
Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-0-2

Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Jahrbuch 2014

Eine Zusammenfassung von Beiträgen
aus der Arbeit der Gesellschaft 2014

Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Band 10
Jahrbuch 2014

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2015 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Internet: www.clausewitz-gesellschaft.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktion und Lektorat: Werner Baach, Wolfgang Fett, Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Layout und Satz: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz
Umschlaggestaltung: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz
Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Die Clausewitz-Gesellschaft bedankt sich beim Kommando Strategische Aufklärung der Bundeswehr für die freundliche und kompetente Unterstützung beim Druck dieser Ausgabe.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

ISBN: 978-3-9816962-0-2

Inhalt	Seite
Editorial	6
Der besondere Beitrag	
Ansprache des Bundespräsidenten Joachim Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014	12
Kapitel I	
Sicherheitspolitik im Cyber-Zeitalter: Reicht passive Abwehr aus?	
Berliner Colloquium 2014 der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Werner Baach Wolfgang Fett	22
Kapitel II	
Unsere Gesellschaft und die Bundeswehr: Welcher Auftrag und welche Fähigkeiten tragen für die Zukunft?	
48. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. mit der Führungsakademie der Bundeswehr Werner Baach Wolfgang Fett	30
Notwendige Erneuerung der euroatlantischen Sicherheitspartnerschaft mit dem Dreieck NATO-EU-USA Johannes Varwick	40
Kapitel III	
Beiträge aus der Arbeit der Clausewitz-Gesellschaft e.V.	
100 Jahre Schweizer Luftwaffe Markus Gygas	52
Russische Politik in der Ära Putin Joachim von Arnim	64

Die Krise in und um die Ukraine –
eine Kollision multipler Interessen
Eine Betrachtung mit Clausewitz' Einsichten
Klaus Olshausen 74

Verleihung des Clausewitz-Preises der
Stadt Burg an Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen
Oliver Corff 103

Kompetenzeinschätzung von Kandidaten
mit Offizierslaufbahn durch Personalentscheider
Patricia Veigel-Runte
Katrin Schumacher 108

Kapitel IV

Herausforderung Naher Osten

Die Strategie der Islamischen Republik
Iran in Syrien am Beispiel der Al-Quds-Brigade
Mehran Zolfaghari 121

Kalif Ibrahim und das Vermächtnis
des Abu Mussab al-Zarqawi
Die Terrormiliz des Islamischen Staates (IS)
in „göttlicher Mission“
Berndt-Georg Thamm 146

Kapitel V

2014 – Jahr des Gedenkens – Lehren aus der Geschichte?

Kriegsausbruch 1914
La Grande Guerre – Der Erste Weltkrieg –
The Great War
Ulrich Kleyser 161

August 1914, Das Rote Rad, Erster Knoten
Führung und Operation im Spiegel des literarischen
Meisterwerks von Alexander I. Solschenizyn
Christian E.O. Millotat 205

Reflexion aktueller Krisenherde im
Spiegel der Vorgänge um 1914
Wolfgang Fett 231

Kapitel VI

Widerstand – Der 20. Juli 1944

Die Genese des Kreisauer Kreises
Klaus Philippi 239

Henning von Tresckow – Kopf, Herz
und Motor des militärischen
Widerstands gegen das NS-Regime
Wilfried von Tresckow 257

Kapitel VII

Jahresarbeiten des Preisträgers der Clausewitz-Medaille und der Clausewitz-Urkunde

Folter in der Bundesrepublik Deutschland
unter Berücksichtigung des Artikel 1 Grundgesetz
Germar Lacher 266

Die Zukunft der OSZE
Jaakko Jäntti 292

Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2015 317

Bildnachweis 320

EDITORIAL

Das Jahr 2014 markiert in gewisser Weise eine erneute Zäsur in der sicherheitspolitischen Entwicklung der Nachkriegszeit. Bundesaußenminister Steinmeier brachte es auf die Kurzformel „Die Welt ist aus den Fugen geraten“. Russland hat mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und seiner Rolle in dem blutigen „hybriden Krieg“ im Osten der Ukraine die seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mühsam aufgebauten Vertrauens-, Sicherheits- und Stabilitätsstrukturen in Europa nachhaltig beschädigt und uns fast schockartig wieder die Anwendung von Gewalt als Mittel der Politik vor Augen geführt.

Wir wurden außerdem nahezu täglich mit der andauernden Krise im Irak, dem schon über drei Jahre dauernden Bürgerkrieg in Syrien und der unglaublich grausamen Blutspur des sogenannten „Islamischen Staates“ in den Medien konfrontiert. Der Arabische Frühling fand ganz überwiegend ein jähes Ende, die Konflikte in etlichen Ländern Afrikas bestehen fort und Piraterie sowie Geiselnahmen scheinen nach wie vor einträgliche, brutale Geschäftsmodelle zu sein. Die Ebola Epidemie hat dem bereits schwer belasteten afrikanischen Kontinent eine weitere, in ihren Auswirkungen noch kaum zu ermessende Bürde auferlegt und zeigt auch sicherheitspolitisch relevante Auswirkungen.

Der im dritten Gaza-Krieg erneut heftig aufgeflamnte Nahostkonflikt und die anhaltenden Spannungen in Jerusalem verheißen auch für die Zukunft wenig Hoffnung auf eine dauerhaft friedliche Lösung zwischen Israel und den Palästinensern. Im Atomstreit mit dem Iran haben sich die Verhandlungspartner eine weitere Verschnaufpause bewilligt, konnten jedoch bisher keinen wirklichen Durchbruch zu einer allseits tragfähigen Vereinbarung erreichen.

Im Fernen Osten tritt China mit einem klar erkennbaren Machtanspruch zunehmend selbstbewusst und fordernd gegenüber seinen Nachbarn und den USA auf. Die Entwicklung des unberechenbaren Nordkorea scheint weiterhin in erheblichem Maße risikobelastet.

In Afghanistan blieb die Sicherheitslage fragil. Nach der Amtsübernahme des neuen Präsidenten konnten zumindest die notwendigen Voraussetzungen für einen geordneten Abschluss der ISAF-Mission und den Beginn der Unterstützungsmission „Resolute Support“ geschaffen werden.

Angesichts der anhaltend risikobehafteten Lage in Bosnien und im Kosovo wird dort auch künftig noch hinreichend Aufmerksamkeit und Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erforderlich sein.

Vor dem o.a. Hintergrund bestand im Jahr 2014 kein Mangel an aktuellen Themen für den von der Clausewitz-Gesellschaft unterstützten breiten Diskurs zu Sicherheitspolitik und Strategie. Ein Ausschnitt aus dem entsprechenden Themenspektrum ist in unserem Jahrbuch 2014, dem zehnten Jahrbuch in Folge, abgebildet.

Bundespräsident Joachim Gauck gab mit seiner Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz ein vielbeachtetes Signal zur Übernahme von erweiterter internationaler Verantwortung durch Deutschland. Seine Impulse belebten deutlich vernehmbar die sicherheitspolitische Diskussion in unserem Lande. Angesichts ihrer grundlegenden Bedeutung für die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands wurde die Rede als besonderer Beitrag in unser Jahrbuch aufgenommen.

Beim Berliner Colloquium 2014, im März, haben wir uns gemeinsam mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin mit dem Thema „Sicherheitspolitik im Cyber-Zeitalter: Reicht passive Abwehr aus?“ befasst.

Im August stand dann bei der zusammen mit der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg durchgeführten 48. Sicherheitspolitischen Informationstagung das Thema „Unsere Gesellschaft und die Bundeswehr: Welcher Auftrag und welche Fähigkeiten tragen für die Zukunft?“ auf der Agenda. Zu diesen beiden zentralen Veranstaltungen finden sich entsprechende Zusammenfassungen im **Kapitel I und II**.

Der Bericht zur 48. Sicherheitspolitischen Informationstagung wird zudem ergänzt durch Professor Varwicks Artikel, der den Inhalt seines Vortrags in Hamburg widerspiegelt. Damit soll insbesondere der herausragenden Bedeutung der euroatlantischen Sicherheitspartnerschaft Rechnung getragen werden.

Im **Kapitel III** bieten wiederum die Sektion Schweiz und die Regionalkreise unserer Gesellschaft eine Auswahl an Ausarbeitungen zu Themen, die während des Jahres behandelt wurden. Sie repräsentieren einige Beispiele des Diskurses zu umfassend vernetzter Sicherheitspolitik und Strategie, der als ein Marken- und Gütezeichen unserer Gesellschaft gilt.

Eröffnet wird der erwähnte Themenreigen durch den ehemaligen Kommandanten der Schweizer Luftwaffe, Korpskommandant (Generalleutnant) a.D. Markus Gygax, mit seinen kenntnisreichen und eingängigen Betrachtungen zum 100-jährigen Bestehen der Schweizer Luftwaffe.

Gesandter a.D. Joachim von Arnim und Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen haben sich in ihren Vorträgen beim Regionalkreis West mit dem aktuellen und brisanten sicherheitspolitischen Schwerpunkt Europas auseinandergesetzt und dabei die „Russische Politik in der Ära Putin“ bzw. „Die Krise in und um die Ukraine“ eingehender betrachtet. Von Arnim bewertet die russische Politik vor allem auch aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen als ehemaliger Gesandter an der Deutschen Botschaft in Moskau. Dr. Olshausen analysiert die schwerwiegendste, höchst komplexe und sich dynamisch entwickelnde Krise in Osteuropa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mittels Methoden und Einsichten des Carl von Clausewitz.

Dr. Oliver Corff fasst in seinem Beitrag die wesentlichen Aussagen von Rednern während der Verleihung des Carl von Clausewitz Preises der Stadt Burg an den ehemaligen Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a. D. Dr. Klaus Olshausen, vom 19. November 2014 zusammen. Die Preisverleihung durch Bürgermeister Jörg Rehbaum erfolgte in Anwesenheit des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff.

Die Unternehmensberaterin Patricia Veigel-Runte stellte beim Regionalkreis Nord die Ergebnisse einer Studie vor, in der Erfahrungen und Bewertungen von Personalverantwortlichen mit Bewerbern aus der Bundeswehr für Stellen als Fach- und Führungskräfte in der Wirtschaft untersucht wurden. Die Resultate der Studie dürften nicht nur Offizieren, die einen Wechsel ins zivile Berufsleben zu bewältigen haben, wertvolle Hinweise für Ihre Bewerbungen und für Gespräche mit Personalverantwortlichen in der Wirtschaft liefern. Es finden sich auch lesenswerte Anregungen für Personalverantwortliche in der Bundeswehr, die Soldaten auf den beruflichen Wechsel vorbereiten sollen. Und nicht zuletzt können ebenfalls Personalführende Stellen der Wirtschaft zweckdienliche Empfehlungen entnehmen, um damit Verluste von leistungsfähigen Kandidaten aus der Bundeswehr zu vermeiden.

Die Beiträge im **Kapitel IV** befassen sich mit Krisen- und Konflikten im Nahen-Osten. Diese Region wollen wir gemeinsam mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik ebenfalls beim Berliner Colloquium 2015 erneut inten-

siver betrachten. Mehran Zolfaraghih untersucht zuerst die Strategie der Islamischen Republik Iran in Syrien am Beispiel der Al-Quds-Brigade.

Berndt-Georg Thamm richtet anschließend in seinem Beitrag den Blick auf die Terrormiliz des sogenannten „Islamischen Staates (IS)“, die mit großer Brutalität und mittelalterlich anmutender Grausamkeit die staatlichen, gesellschaftlichen und religiösen Strukturen des Nahen Ostens nachhaltig erschüttert hat und weiterhin massiv bedroht durch eine gefürchtete Schreckensherrschaft. Thamm geht vor allem auch auf mögliche sicherheitspolitische Auswirkungen für Europa ein.

Aus Anlass des 100. Jahrestages „Ausbruch des Ersten Weltkriegs“ veranstaltete die Clausewitz-Gesellschaft am 3. Dezember gemeinsam mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin ein Politisch-historisches Expertengespräch über das Thema „1914 – 2014: Lehren aus der Geschichte?“. Namhafte Historiker und Politikexperten versuchten dabei aus einer vergleichenden Betrachtung politisch-strategisch relevanter Aspekte für 1914 und 2014 Erkenntnisse für die aktuelle Konfliktverhütung und Krisenbewältigung in den beiden ausgewählten Regionen Ostasien und Osteuropa zu gewinnen. Wesentliche Ergebnisse sind am Ende des **Kapitels V** zusammengefasst.

Der vorangestellte Beitrag von Oberst a.D. Ulrich Kleyser vermittelt einen detaillierten Überblick zu wesentlichen Erkenntnissen und Aussagen in der sehr umfangreichen Literatur zum 1. Weltkrieg und liefert sehr treffende Anmerkungen zu Einzelaspekten für die Beurteilung von Verhaltensweisen, Entscheidungen und Handlungen von prominenten Kriegführenden. Generalmajor a.D. Christian E.O. Millotat geht speziell ein auf die Schlacht bei Tannenberg und betrachtet dazu die von Alexander I. Solschenizyn vorgenommene Analyse in seinem Buch „August 1914, Das Rote Rad, Erster Knoten“.

Dem Gedenken an den 20. Juli 1944 ist **Kapitel VI** gewidmet. Zunächst untersucht Dr. Dr. Klaus Philippi die Entstehung, Motive und Ziele der zum Kreisauer Kreis zählenden zivilen Persönlichkeiten des Widerstands gegen das Nationalsozialistische Regime. Danach kommt ein entfernter Verwandter von Henning von Tresckow zu Wort. Wilfried von Tresckow beleuchtet die Persönlichkeit des sogenannten „Motors“ des militärischen Widerstands gegen das NS-Regime. Der entsprechende Impulsvortrag wurde gehalten bei dem im Juni gemeinsam mit der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. und der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin durchgeführten

5. Clausewitz-Strategiegespräch. Bei dieser Veranstaltung stand Henning von Tresckow anlässlich des 70. Jahrestages seiner Selbsttötung im Mittelpunkt.

Einer bewährten Tradition folgend finden der deutsche Preisträger der „Clausewitz-Medaille“ und der beste ausländische Lehrgangsteilnehmer mit ihren Jahresarbeiten in **Kapitel VII** Raum zur Darstellung ihrer Analysen und kritischen Meinungen. In seiner Untersuchung zu dem brisanten Thema „Folter in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des Artikel 1 Grundgesetz“ hat Major Germar Lacher das breite Spannungsfeld zwischen „absolutem Folterverbot“ und „staatlicher Gefahrenabwehr“ ausgeleuchtet. Seine Arbeit ist nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der jüngsten Veröffentlichungen zu speziellen Verhörmethoden der CIA hoch aktuell.

Angesichts der Russland-Ukraine-Krise hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahre 2014 einen deutlichen Zugewinn an Aufmerksamkeit verbuchen können. Aus diesem Grunde kommt der Ausarbeitung des finnischen Korvettenkapitäns Jankko Jäntti zum Thema „Die Zukunft der OSZE“, in der die sicherheitspolitischen Gesamtzusammenhänge, Abhängigkeiten und Wechselbeziehungen in der Staatengemeinschaft insgesamt aufgezeigt werden, eine besondere Aktualität zu.

Auch dem vorliegenden Jahrbuch haben Wolfgang Fett und Werner Baach wiederum mit feinem Gespür, großem Einsatz und bewundernswerter Akribie Form und Inhalt verliehen. Ihnen gebührt dafür ein besonders herzlicher Dank.

Danken möchte ich zugleich auch im Namen aller Mitglieder der Clausewitz-Gesellschaft e.V. allen Autoren für Ihre wertvollen und interessanten Beiträge, die sie uns kostenlos zur Verfügung gestellt haben.

Das Kommando Strategische Aufklärung hat maßgeblichen Anteil daran, dass wir das Jahrbuch 2014 im Frühjahr 2015 und im Rahmen unseres Budgets fertig stellen konnten. Ich danke dem Kommandeur, Generalmajor Jürgen Setzer, und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Kommandos sehr herzlich für ihre engagierte und stets sehr professionelle Unterstützung.

Allen Lesern wünsche ich, dass Sie die in unserem zehnten Jahrbuch vorgenommene Zusammenstellung ansprechend finden und bei der Durchsicht des Kompendiums auf zahlreiche Beiträge stoßen, die Ihr Interesse wecken, an-

regenden Genuss beim Lesen bieten und hoffentlich auch den erwünschten sicherheitspolitischen Diskurs fördern. Dialogbereitschaft und konstruktiv kritische Begleitung, z.B. durch Rückäußerungen mit Anregungen oder auch weitergehenden Nachfragen, sind stets willkommen.

Generalleutnant a.D. Dipl.-Inform. Kurt Herrmann,
Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Der besondere Beitrag

Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen

Rede von Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich der Eröffnung der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 in München

Fünf Jahrzehnte Münchner Sicherheitskonferenz spiegeln ein gutes Stück Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: von der Verteidigung des Westens hin zur globalen Ordnungspolitik und von der Wehrkunde zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff. Was für ein Bogen! Als die Tagung erstmals hier in München stattfand, waren Deutschland und seine Hauptstadt geteilt und sie standen unter atomarer Bedrohung. Heute treiben uns neue Spannungen und neue Kriege um: zwischen Staaten und innerhalb von Staaten, in der Nähe und in der Ferne.

Deshalb ändert sich das Grundmotiv der Münchner Tagung nicht. Sicherheit bleibt eine Existenzfrage, für Menschen und für Nationen. Es gehört zu den Stärken offener Gesellschaften, schwierige und komplexe Themen auch öffentlich zu debattieren – so wie es traditionell auf der Münchner Sicherheitskonferenz geschieht. Denn mit allen ihren Kontroversen trägt sie dazu bei, Sicherheit und Frieden durch Dialog zu festigen.

„Sicherheit bleibt eine Existenzfrage, für Menschen und für Nationen.“

Sehr geehrter Herr Ischinger,

Sie haben – gemeinsam mit Ihrem Vorgänger Horst Teltschik und dem Gründer Ewald von Kleist – die Sicherheitskonferenz zu einem herausragenden Forum gemacht, das wir nicht mehr wegdenken mögen aus dem Jahresplan der Außen- und Sicherheitspolitiker. Deshalb bin ich gern gekommen, um diese 50. Konferenz zu eröffnen.

Der runde Geburtstag gibt Anlass zur Rückschau, aber natürlich vor allem zum Blick nach vorn. Deshalb möchte ich heute über den Weg der Bundesrepublik sprechen – und darüber, wo er in Zukunft hinführen kann. Denn wir Deutschen sind auf dem Weg zu einer Form von Verantwortung, die wir noch wenig eingeübt haben.

Kurzum: Ich möchte sprechen über die Rolle Deutschlands in der Welt.

Eines gleich vorweg: Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten. Das auszusprechen, ist keine Schönfärberei. Als ich geboren wurde, herrschten die Nationalsozialisten, die die Welt mit Leid und Krieg überzogen haben. Als der Zweite Weltkrieg endete, war ich fünf Jahre alt. Unser Land war zerstört, materiell und moralisch. Schauen wir uns an, wo Deutschland heute steht: Es ist eine stabile Demokratie, frei und friedliebend, wohlhabend und offen. Es tritt ein für Menschenrechte. Es ist ein verlässlicher Partner in Europa und in der Welt, gleich berechtigt und gleich verpflichtet. Das alles erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit und Freude.



Aber gerade weil dies gute Zeiten für Deutschland sind, müssen wir überlegen, was wir heute zu verändern haben, damit morgen bleibt, was uns wesentlich ist. Manche in Deutschland fragen, was es denn da eigentlich zu ändern gebe. Unser Land sei von Freunden umgeben, und weit und breit schicke sich kein Staat an, sich mit uns zu verfeinden. Sie glauben, dass die deutsche Außenpolitik ihre bekömmliche Rezeptur längst gefunden habe. Da gebe es wenig zu justieren, schon gar nichts zu ändern. Warum reparieren, was nicht kaputt ist?

Ohne Zweifel stimmt an diesem Argument, dass die deutsche Außenpolitik solide verwurzelt ist. Ihre wichtigste Errungenschaft ist, dass Deutschland mit Hilfe seiner Partner auf eine Vergangenheit aus Krieg und Dominanz eine Gegenwart von Frieden und Kooperation gebaut hat. Dazu zählen die Aussöhnung mit unseren Nachbarn, das Staatsziel der europäischen Einigung sowie das Bündnis mit den Vereinigten Staaten als Grundpfeiler der Nordatlantischen Verteidigungsallianz. Deutschland tritt ein für einen Sicherheitsbegriff, der wertebasiert ist und die Achtung der Menschenrechte umfasst. Im außenpolitischen Vokabular reimt sich Freihandel auf Frieden und Warenaustausch auf Wohlstand.

Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert, und es profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden. Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im

21. Jahrhundert ab: dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen.

Deutschlands so definiertes Kerninteresse zu verfolgen, während sich die Welt rundherum tiefgreifend verändert, das ist die große Herausforderung unserer Zeit. Wenn es in den vergangenen Jahren eine Konstante gab, so ist es die Beobachtung, dass die Geschwindigkeit des Wandels permanent unterschätzt wurde. Regelmäßig wundern sich Zukunftsforscher, dass Veränderungen in der Welt deutlich schneller Wirklichkeit werden als von ihnen prognostiziert. Dies hat auch Konsequenzen für unsere Sicherheit: Unvermutet schnell geraten wir hinein in eine Welt, in der sich Einzelne so viel Vernichtungskraft kaufen können wie früher nur Staaten. Eine Welt, in der ökonomische und politische Macht wandert oder ganze Regionen aufrüstet. Im Nahen Osten drohen sich einzelne Feuer zu einem Flächenbrand zu verbinden. Just in dem Moment überdenkt die einzige Supermacht Ausmaß und Form ihres globalen Engagements. Ihr Partner Europa ist mit sich selbst beschäftigt. Im Zuge dieser Entwicklung zu glauben, man könne in Deutschland einfach so weitermachen wie bisher – das überzeugt mich nicht.

Wie der Wandel allmählich an bundesdeutschen Gewissheiten nagt, ist seit einiger Zeit nicht mehr zu übersehen. An der europäischen Idee halten wir fest. Aber Europas Krise verunsichert uns. Auch an der NATO halten wir fest. Aber über die Ausrichtung der Allianz debattieren wir seit Jahren, und ihrer finanzi-

„Die Kernfrage lautet doch: Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderung im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen?“

ellen Auszehrung werfen wir uns nicht entgegen. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten stellen wir nicht in Frage. Aber Stresssymptome und Zukunftsungewissheit beobachten wir durchaus. Die regelbasierte Welt der Vereinten Nationen halten wir in hohen Ehren. Aber die Krise des Multilateralismus können wir nicht ignorieren. Die neuen Weltmächte, wir sähen sie gerne als Teilhaber einer Weltordnung. Aber einige suchen ihren Platz nicht in der Mitte des Systems, sondern eher am Rande. Wir fühlen uns von Freunden umgeben, wissen aber kaum, wie wir umgehen sollen mit diffusen Sicherheitsrisiken wie der Privatisierung von Macht durch Terroristen oder Cyberkriminelle. Wir beschweren uns, zu Recht, wenn Verbündete bei der elektronischen Gefahrenabwehr über das Ziel hinausschießen. Und doch ziehen wir es vor, auf sie angewiesen zu bleiben, und zögern, eigene Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr zu verbessern.

ellen Auszehrung werfen wir uns nicht entgegen. Das Bündnis mit den Vereinigten Staaten stellen wir nicht in Frage. Aber Stresssymptome und Zukunftsungewissheit beobachten wir durchaus. Die regelbasierte Welt der Vereinten Nationen halten wir in hohen Ehren. Aber die Krise des Multilateralismus können wir nicht ignorieren. Die neuen Weltmächte, wir sähen sie gerne als Teilhaber einer Weltordnung. Aber einige suchen ihren Platz nicht in der Mitte des Systems, sondern eher am Rande. Wir fühlen uns von Freunden umgeben, wissen aber kaum, wie wir umgehen sollen mit diffusen Sicherheitsrisiken wie der Privatisierung von Macht durch Terroristen oder Cyberkriminelle. Wir beschweren uns, zu Recht, wenn Verbündete bei der elektronischen Gefahrenabwehr über das Ziel hinausschießen. Und doch ziehen wir es vor, auf sie angewiesen zu bleiben, und zögern, eigene Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr zu verbessern.

Aus all dem folgt: Die Beschwörung des Altbekanntes wird künftig nicht ausreichen! Die Kernfrage lautet doch: Hat Deutschland die neuen Gefahren und die Veränderung im Gefüge der internationalen Ordnung schon angemessen wahrgenommen? Reagiert es seinem Gewicht entsprechend? Ergreift die Bundesrepublik genügend Initiative, um jenes Geflecht aus Normen, Freunden und Allianzen zukunftsfähig zu machen, das uns doch Frieden in Freiheit und Wohlstand in Demokratie gebracht hat?

Manche im Inland und Ausland haben eine schnelle und etwas grobschlächtige Antwort parat: Sie sehen Deutschland schlicht als Drückeberger in der Weltgemeinschaft. Bei schwierigen Fragen ducke sich Deutschland allzu oft weg. Dieser Kritik sind zunächst Fakten und dann ein wenig historische Perspektive entgegenzustellen.



Bundespräsident Joachim Gauck im Gespräch mit Ursula von der Leyen, Bundesministerin der Verteidigung am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz (Mitte: Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz).

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte zunächst niemand, nicht im Ausland und nicht im Inland, Interesse an einer starken internationalen Rolle Deutschlands. Es gab zudem zwei deutsche Staaten, beide in unterschiedlichem Maße teilsouverän. Seit der Wiedervereinigung hat sich Deutschland auf den Weg gemacht. Schritt um Schritt wird die Bundesrepublik von einem Nutznießer zu einem Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit: Ich nenne erstens die Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland investiert hier auch deshalb große Summen, weil es helfen möchte, stabile und eben sichere Gesellschaften aufzubauen. Deutschland tut zweitens viel dafür, die Welt in eine ressourcenschonende Zukunft zu bringen. Und drittens fördert kaum ein Land die internationalen Institutionen engagierter. Viertens hat sich Deutschland auch an Militäreinsätzen so manches Mal beteiligt. Was die Bundesrepublik fünftens für das Zusammenwachsen Europas und die Überwindung der jüngsten Krise getan hat, das kann sich durchaus sehen lassen.

Soweit die Fakten. Und doch sind nicht alle Kritiker der deutschen Politik einfach nur ungerecht. Einige differenzieren und nuancieren, und in solcher Kritik steckt wohl oft ein wahrer Kern. Auf dem Weg zu einem Garanten internationaler Ordnung und Sicherheit bewegt sich Deutschland nun schon im 24. Jahr. Es ist eine mühsame Wanderung auf gewundenem Pfad. Wer aber die kleinsten Schritte für die besten hält, wird kaum mithalten können mit dem rasanten

Wandel der Bedrohungen und wird auch den Umwälzungen im strategischen Umfeld nicht gerecht werden können.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele in Fragen kleiden: Tun wir, was wir tun könnten, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren, im Osten wie in Afrika? Tun wir, was wir tun müssten, um den Gefahren des Terrorismus zu begegnen? Und wenn wir überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren, sind wir dann bereit,

„Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde.“

die Risiken fair mit ihnen zu teilen? Tun wir, was wir sollten, um neue oder wiedererstarkte Großmächte für die gerechte Fortentwicklung der internationalen Ord-

nung zu gewinnen? Ja, interessieren wir uns überhaupt für manche Weltgegenden so, wie es die Bedeutung dieser Länder verlangt? Welche Rolle wollen wir in den Krisen ferner Weltregionen spielen? Engagieren wir uns schon ausreichend dort, wo die Bundesrepublik eigene und eigens Kompetenz entwickelt hat – nämlich bei der Prävention von Konflikten? Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen.

Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es international verantwortlich handelt. Aber es könnte – gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – entschlossener weitergehen, um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, NATO und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde.

Nun vermuten manche in meinem Land im Begriff der „internationalen Verantwortung“ ein Codewort. Es verschleierte, worum es in Wahrheit gehe. Deutschland solle mehr zahlen, so meinen die einen, Deutschland solle mehr schießen, so sagen die anderen. Und die einen wie die anderen sind davon überzeugt, dass „mehr Verantwortung“ vor allem mehr Ärger bedeute. Es wird Sie nicht überraschen: Ich sehe das anders.

Politiker müssen immer verantworten, was sie tun. Sie müssen aber auch die Folgen dessen tragen, was sie unterlassen. Auch wer nicht handelt, übernimmt doch Verantwortung. Es ist trügerisch sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit – wie eine Insel. Denn Deutschland

ist so tief verwoben mit der Welt wie wenige andere Staaten. Somit profitiert Deutschland von der offenen Ordnung der Welt. Und es ist anfällig für Störungen im System. Eben deshalb können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender.

So möchte ich erinnern an das, was ich an unserem Nationalfeiertag am 3. Oktober gesagt habe: Wir können nicht hoffen, verschont zu bleiben von den Konflikten der Welt. Aber wenn wir uns an deren Lösung beteiligen, können wir die Zukunft zumindest mitgestalten. Deshalb lohnt es sich für die Bundesrepublik, in die europäische Zusammenarbeit und in die internationale Ordnung angemessen zu investieren.

Es ist schon richtig: Probleme zu lösen, kann Geld kosten, manchmal viel Geld. Aber nicht nur in der europäischen Krise haben wir bewiesen, dass wir bereit sind, weit zu gehen, Bündnisverpflichtungen einzuhalten und Unterstützung zu leisten, weil dies letztlich auch in unserem eigenen Interesse liegt.

Manchmal kann auch der Einsatz von Soldaten erforderlich sein. Eines haben wir gerade in Afghanistan gelernt: Der Einsatz der Bundeswehr war notwendig, konnte aber nur ein Element einer Gesamtstrategie sein. Deutschland wird nie rein militärische Lösungen unterstützen, es wird politisch besonnen vorgehen und alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen. Aber wenn schließlich der äußerste Fall diskutiert wird – der Einsatz der Bundeswehr –, dann gilt: Deutschland darf weder aus Prinzip „nein“ noch reflexhaft „ja“ sagen.

Ich muss wohl sehen, dass es bei uns – neben aufrichtigen Pazifisten – jene gibt, die Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken. In den Worten des deutschen Historikers Heinrich August Winkler ist das eine

Haltung, die Deutschland ein fragwürdiges „Recht auf Wegsehen“ bescheinigt, „das andere westliche Demokratien nicht für sich in Anspruch nehmen“ können. So kann dann aus Zurückhaltung so etwas wie Selbstprivilegierung entstehen, und

„Die Achtung der Menschenrechte ist nicht nur der Kern des Selbstverständnisses westlicher Demokratien. Sie ist eine ganz grundsätzliche Bedingung für die Garantie von Sicherheit, ja, für eine friedliche und kooperative Weltordnung.“

wenn das so ist, werde ich es immer kritisieren. Denn für mich ist ganz klar: Wir brauchen das NATO-Bündnis. Und gerade wenn die Vereinigten Staaten nicht ständig mehr leisten können, müssen Deutschland und seine europäischen Partner für ihre Sicherheit zunehmend selbst verantwortlich sein.

Zudem sollte es heute für Deutschland und seine Verbündeten selbstverständlich sein, Hilfe anderen nicht einfach zu versagen, wenn Menschenrechtsverletzungen in Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit münden. Die Achtung der Menschenrechte ist nicht nur der Kern des Selbstverständnisses westlicher Demokratien. Sie ist eine ganz grundsätzliche Bedingung für die Garantie von Sicherheit, ja, für eine friedliche und kooperative Weltordnung.

Das Prinzip der staatlichen Souveränität und der Grundsatz der Nichteinmischung dürfen gewalttätige Regime nicht unantastbar machen. Hier setzt das

„Ich weiß, und ich leide wie viele Menschenrechtsverteidiger in der ganzen Welt daran, dass nicht überall dort eingegriffen wird, wo es ethisch, zum Schutz von Leib und Leben bedrohter Menschen, geboten wäre.“

„Konzept der Schutzverantwortung“ an: Es überträgt der internationalen Gemeinschaft den Schutz der Bevölkerung vor Massenverbrechen, wenn der eigene Staat diese Verantwortung nicht übernimmt. Als äußerstes Mittel ist dann der Einsatz von Militär mög-

lich, und zwar nach sorgfältiger Prüfung und nach Folgenabwägung sowie Ermächtigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Ich weiß, und ich leide wie viele Menschenrechtsverteidiger in der ganzen Welt daran, dass nicht überall dort eingegriffen wird, wo es ethisch, zum Schutz von Leib und Leben bedrohter Menschen, geboten wäre. Im Fall Syrien hat sich dieses Dilemma jüngst wieder gezeigt. Und ich weiß auch um das Spannungsverhältnis zwischen Legalität und Legitimität, das fortbestehen wird, solange der Sicherheitsrat in diesen Fragen so oft gespalten ist.

Es wird viele Gründe geben, warum das Konzept der Schutzverantwortung selten in eine Intervention münden wird. Oft sind die Folgen schwer zu kalkulieren, vielleicht auch gar nicht. Vielleicht ist nicht exakt genug zu klären, ob nach dem Militäreinsatz die Verhältnisse in einem Krisengebiet besser sein werden. Manchmal mögen auch innenpolitische Erwägungen dem Handeln entgegenstehen. In jedem Fall aber stellt die Entscheidung zwischen Eingriff und dem Verzicht darauf eine große moralische Herausforderung dar.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat das Konzept der Schutzverantwortung im Grundsatz anerkannt. Trotzdem bleibt es umstritten und, wir wissen es alle, die internationale Diskussion darüber geht weiter. Das ist gut so, denn es gilt, den potentiellen Missbrauch des Schutzkonzepts zu expansionistischen oder gar imperialen Zwecken auszuschließen. Ich begrüße deshalb,

dass die Bundesregierung an der Fortentwicklung des Konzepts beteiligt ist und dabei besonders auf Prävention, auf internationale Zusammenarbeit sowie auf die Entwicklung von Frühwarnsystemen gegen Massenverbrechen setzt.

Wird Deutschland also „mehr Ärger bekommen“, wenn es sich einmischt? Es gibt ja durchaus manche, die meinen, deutsche Initiativkraft erzeuge notwendigerweise Friktionen mit Freunden und Nachbarn. Aber ich glaube: Hier liegt ein Missverständnis vor. „Mehr Verantwortung“ bedeutet eben nicht: „mehr Kraftmeierei“! Und auch nicht: „mehr Alleingänge“!

Deutschland, der Welt stärker zugewandt, wird ein noch besserer Freund und ein noch besserer Alliiertes sein – und übrigens ganz besonders in Europa.

Ganz im Gegenteil: Durch die Zusammenarbeit mit anderen Staaten, besonders in der Europäischen Union, gewinnt die Bundesrepublik Deutschland Gestaltungskraft hinzu. Deutschland tut sogar noch mehr Zusammenarbeit gut. In Zukunft kann daraus sogar eine gemeinsame europäische Verteidigung wachsen. In unserer vernetzten Welt gibt es Probleme, die kein Staat alleine lösen kann, und sei er noch so mächtig. Die Fähigkeit also und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit werden zum entscheidenden Signum internationaler Politik. In diesem Sinne ist Verantwortung stets Mitverantwortung.

Als global vernetzte Volkswirtschaft kann Deutschland gar nicht anders, als Partner zu finden, Rücksicht zu nehmen und Kompromisse zu schließen. Vor Sonderpfaden – das weiß Deutschland seit langem – sollte es sich hüten. Ein demokratisches Gemeinwesen muss zwar sehr wohl das Recht haben, einmal abseits zu stehen. Aber dieser Schritt sollte gut überlegt sein und nicht zur Regel werden. Alleingänge haben ihren Preis.

Natürlich gilt: Wer handelt, erntet Kritik. Wir haben das während der europäischen Krise erlebt. Da hat Deutschland die Initiative ergriffen. Und schnell wurden hie und da alte Ressentiments wach, außerhalb wie innerhalb Deutschlands. Aber ich mag mir andererseits den Sturm der Entrüstung gar nicht vorstellen, wäre Deutschland im Augenblick der europäischen Not nicht aktiv geworden.

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Deutschland, der Welt stärker zugewandt, wird ein noch besserer Freund und ein noch besserer Alliiertes sein – und übrigens ganz besonders in Europa. Um seinen Weg in schwierigen Zeiten zu finden, braucht Deutschland Ressourcen, vor allem geistige Ressourcen – Köpfe, Institutionen, Foren. Jedes Jahr eine Sicherheitskonferenz in München – das

ist gut, aber nicht genug. Ich frage mich: Ist es nicht an der Zeit, dass die Universitäten mehr anbieten als nur eine Handvoll Lehrstühle für die Analyse deutscher Außenpolitik? Muss nicht auch die Sicherheitsforschung gestärkt werden, einschließlich der Abwehr von Cyberangriffen durch Kriminelle oder durch Nachrichtendienste?

Es ist auch kein gutes Zeichen, wenn jüngere Mitglieder des Bundestages das Gefühl haben, die Beschäftigung mit Außen- und Sicherheitspolitik sei für ihre Karriere nicht förderlich. Übrigens hat der Deutsche Bundestag seit 1994 ungefähr 240 Mal über Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr beraten, und zwar in einer Weise, die durchaus Respekt gebietet. Allerdings hat das Parlament im selben Zeitraum weniger als zehn Mal grundsätzlich über deutsche Außen- und Sicherheitspolitik debattiert. Dabei brauchen wir solche Debatten – im Bundestag wie übrigens überall: in Kirchen und Gewerkschaften, bei der Bundeswehr, in den Parteien, in den Verbänden.

Denn Außenpolitik soll doch nicht eine Sache von Experten oder Eliten sein – und Sicherheitspolitik schon gar nicht. Das Nachdenken über Existenzfragen gehört in die Mitte der Gesellschaft. Was alle angeht, das soll von allen beraten werden. Dazu drängt uns immer wieder die Weltlage – in diesen Tagen die Ereignisse in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik. Zum Anspruch, die Debatte zu öffnen, passt gut, wie Deutschlands neuer Außenminister die Politik seines Ministeriums auf den Prüfstand – und zur Diskussion – stellen möchte. Frank-Walter Steinmeier will den Dialog mit Wissenschaft und Zivilgesellschaft suchen. Das wäre ein Schritt auf dem Weg zu einer neuen gesellschaftlichen Selbstverständigung. Das Gespräch darüber, wo, wie und wann wir unsere Werte und unsere Sicherheit verteidigen wollen, führt uns zu mehr Klarheit über Maß und Ziel von Deutschlands internationalem Engagement. An dieser Stelle möchte ich den ausländischen Gästen der Münchner Sicherheitskonferenz dafür danken, dass ihre Staaten dem westlichen Deutschland schon Vertrauen entgegengebracht haben, als das vielen Zeitgenossen noch als Wagnis galt.

Ganz zum Schluss aber, da möchte ich eine Bitte an uns Deutsche richten: dass auch wir diesem grundsätzlich gebesserten Land zuallererst in der Erhaltung des Vertrauens begegnen. Es gab für die Nachkriegsgenerationen gute Gründe, misstrauisch zu sein – gegenüber der deutschen Staatlichkeit wie gegenüber der deutschen Gesellschaft. Aber die Zeit dieses ganz grundsätzlichen Misstrauens, sie ist vorüber. Lassen Sie mich zurückkommen auf den Anfang, auf meinen

Ausgangspunkt: Seit mehr als sechs Jahrzehnten lebt die Bundesrepublik mit allen Nachbarn im Frieden. Seit sechs Jahrzehnten gelten Bürger- und Menschenrechte. Seit sechs Jahrzehnten existiert die Herrschaft des Rechts. Auch Wohlstand und Sicherheit prägen dieses Land. Es ist eine lebendige Zivilgesellschaft, die Fehler erkennt und helfen kann, sie zu korrigieren.

Niemals in der Geschichte unserer Nation gab es eine solche Zeit, niemals. Das ist auch der Grund, warum wir Zutrauen und Vertrauen zu uns selber haben dürfen. Denn wir wissen doch: Nur wer sich selbst vertraut, gewinnt die Kraft, sich der Welt zuzuwenden. Wer sich selbst vertraut, ist verlässlich für die Partner.

Als Deutsche einst ihr Land „über alles“ stellten, da entwickelte sich ein Nationalismus, der von forciertem Selbstbewusstsein über Selbstblendung bis zur Hybris alle Stadien eines unaufgeklärten Nationalbewusstseins durchlief. Unser heutiges „ja“ zur eigenen Nation gründet in dem, was dieses Land glaubwürdig und vertrauenswürdig macht – einschließlich des Bekenntnisses zur Zusammenarbeit mit unseren europäischen und nordatlantischen Freunden. Nicht weil wir die deutsche Nation sind, dürfen wir vertrauen, sondern weil wir diese deutsche Nation sind.

Lassen Sie uns also nicht die Augen verschließen, vor Bedrohungen nicht fliehen, sondern standhalten, universelle Werte weder vergessen noch verlassen oder gar verraten, sondern gemeinsam mit Freunden und Partnern zu ihnen stehen, sie glaubwürdig vorleben und sie verteidigen.

Kapitel I

Sicherheitspolitik im Cyber-Zeitalter: Reicht passive Abwehr aus?

Bericht über das Berliner Colloquium 2014 der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik

Werner Baach
Wolfgang Fett

Der Cyber-Raum durchdringt schon heute alle Lebensbereiche und hat die Anforderungen und Bedingungen moderner Sicherheitspolitik radikal verändert. Die tiefgreifende Abhängigkeit von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von der

Die tiefgreifende Abhängigkeit von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von der Kommunikations- und Informationstechnik hat Verwundbarkeitspotentiale strategischen Ausmaßes geschaffen.

Kommunikations- und Informationstechnik hat Verwundbarkeitspotentiale strategischen Ausmaßes geschaffen. Den damit verbundenen Risiken und Bedrohungen zu begegnen, erfordert ganzheitliche sicherheitspolitische Ansätze. Es stellt sich die Frage: Welche

grundsätzlichen Paradigmenwechsel sind in der Sicherheitspolitik und in der Militärstrategie durch die neue „Domäne Cyber“ notwendig? Auf diese Fragestellung suchte das Berliner Colloquium 2014 vom 18. bis 20. April, zu dem die Präsidenten der beiden Organisationen, Generalleutnant a. D. Kurt Hermann und Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann, fast 300 Teilnehmer begrüßen konnten, Antworten und Anregungen.

Cyber – der Beginn einer neuen sicherheitspolitischen Ära?

In seiner Einführung in die Thematik stellte der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft fest, Cyber stehe als umfassender Begriff für alle Systeme und Komponenten zur Vernetzung und Steuerung von Kommunikation und Informationssystemen. Moderne Führungsprozesse seien ohne vernetzte Kommunikation und vernetzte Informationsdienste kaum noch denkbar. Die Verwundbarkeit im Cyber-Raum habe dadurch enorm zugenommen; das gelte auch für Streitkräfte. Es stelle sich daher die Frage: Steht die Welt am Anfang einer neuen sicherheitspolitischen Ära mit radikal veränderten Anforderungen und Bedingungen?

Die potentielle Gefährdung aus dem Cyber-Raum könne „in kürzester Zeit, unmittelbar, massiv und grenzüberschreitend auf Entscheidungs-, Führungs- und Steuerungsprozesse in allen Bereichen und auf allen Ebenen von Politik, Verwaltung, Sicherheitskräften und Unternehmen einwirken.“ Das Schadenpotential von Cyber-Angriffen sei immens, und im Unterschied zu „klassischen Gefährdungen“ könne es im Cyber-Raum vermutlich keine wirksame Eindämmungspolitik geben. Ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel in Sicherheitspolitik und Militärstrategie schein deshalb notwendig. Angesichts der Tatsache, dass nahezu 100 Nationen schon heute Cyber-Angriffsfähigkeiten besäßen, seien dabei „ganzheitliche sicherheitspolitische Ansätze“ erforderlich. Cyber müsse in alle Prozesse und Maßnahmen zur Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit integriert werden.

Drei Einführungsvorträge, die General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann moderierte, steckten anschließend der Rahmen für die Behandlung der Thematik im Colloquium ab.

Cyber-Abwehr: Was ist notwendig? Was ist möglich? Was ist vertretbar?

Prof. Dr. Marco Gercke vom Cybercrime Research Institute, Köln, plädierte in seinem Vortrag dafür, dass ein Land sich neben defensiven Kapazitäten im Bereich der Cyber-Sicherheit auch offensive Fähigkeiten schaffen müsse. Deutschland habe eine „sehr stark auf den Defence-Bereich ausgerichtete Strategie“; das werfe die Frage auf: „Kann denn Verteidigung ohne Angriffskapazität überhaupt funktionieren?“ Zur Erläuterung führte Professor Dr. Gercke weiter aus: „Wir beschränken uns doch sehr, wenn wir uns diese Offensiv-Kapazitäten, die wir nicht zum eigenen Angriff nutzen wollen, sondern aus verteidigungsstrategischen Gesichtspunkten benötigen, komplett abschneiden“. Auch gebe es international kein Interesse daran, „ein Land an den Tisch zu holen, das in dieser ganzen Diskussion zwar vielleicht etwas über Abwehr beitragen kann, das aber keinerlei Erfahrungen oder Wissen im Bereich offensiver Kapazitäten mitbringt.“

Der Vortragende hob drei Bereiche hervor, deren Regelung für das Funktionieren einer Cyber-Abwehr vorrangig sei: Erstens müsse man sich Gedanken darüber machen, ob und wie die Regeln des humanitären Völkerrechts und des Kriegsvölkerrechts auf den Cyber-Bereich übertragen werden könnten. Ein international verbindlicher Rechtsrahmen sei erforderlich, denn es könne auf Dauer nicht funktionieren, wenn Hauptakteure – gemeint waren hauptsächlich

lich die NATO und besonders die USA – sich ihre Regeln allein gäben. Diese müssten mit den anderen Akteuren weltweit abgestimmt werden – ein ohnedies nicht leichtes Unterfangen. Zum Zweiten müssten die technischen Voraussetzungen für die Cyber-Sicherheit geschaffen werden. Das erfordere Investitionen sowohl im Bereich defensiver wie auch offensiver Kapazitäten; nur so könne ausreichender Handlungsspielraum geschaffen werden. Das gelte auch für Deutschland. Schließlich verfüge

„Die beste Verteidigung hilft nichts, wenn man sich nur auf passiven Schutz konzentriert und nicht auch die Möglichkeit hat, auf die Verursacher des Konflikts einzuwirken.“

das Land über ausgezeichnetes Wissen und gute Experten auf dem Cyber-Gebiet. Drittens brauche man eine Cyber-Strategie, die sich auch mit Offensiv-Strategien auseinandersetze. Er sei zwar der festen Überzeugung, dass die Verteidigungsstrategie grundsätzlich richtig sei, dass „wir aber genauso offensive Kapazitäten entwickeln müssen, ...um uns effektiv zu verteidigen“.

Dieser Auffassung stimmte General a.D. Naumann als Moderator zu: „Die beste Verteidigung hilft nichts, wenn man sich nur auf passiven Schutz konzentriert und nicht auch die Möglichkeit hat, auf die Verursacher des Konflikts einzuwirken.“

Cyber-Sicherheit – Plädoyer für einen gesamtheitlichen Ansatz

In einem weiteren Vortrag mit dem Thema „*Cyber Security – How to Counter the Dynamically Evolving Challenges Now and in Future?*“ beleuchtete William (Bill) Schneider, Senior Fellow of the U.S. Defence Science Board, Washington D.C., einige Aspekte und Anstrengungen in den USA, deren Ziel es ist, den Bedrohungen der nationalen Cyber-Sicherheit zu begegnen.

Cyber-Angriffe könne man nicht verhindern. Selbst „arme Staaten“ könnten angesichts „geringer Kapitalkosten“ (Angriffs-)Fähigkeiten aufbauen, und „wir können davon ausgehen, dass diese Bedrohung sich weiter entwickeln und wahrscheinlich schneller voranschreiten wird im Zuge der sich entwickelnden Technologie...“ Als Beispiel nannte er China, das über 100.000 Experten allein auf dem Gebiet der Cyber-Angriffsfähigkeit beschäftige.

Die Verletzlichkeit von IT-Netzwerken gegen solche Cyber-Angriffe sei in den USA hoch: Von sieben „Schlüssel-Infrastrukturebenen“, von denen das US-Verteidigungsministerium abhängt, seien mindestens 85 Prozent in privater

Hand und arbeiteten auf der Grundlage von privaten IT-Netzen. „Wenn diese erfolgreich angegriffen würden, dann könnten wir nicht mehr handeln!“ Die Vereinigten Staaten versuchten derzeit, diese Verletzlichkeit zu verringern. Dazu habe man „sehr innovative Softwares entwickelt, um die 8.000 Unternehmen, die im amerikanischen Verteidigungssektor arbeiten und die Zugang zu verschlüsselten Informationen haben, zu schützen“. Wichtige Aspekte der Cyber-Sicherheit sieht William Schneider in der Sicherheit der Daten und der Kommunikation. China zum Beispiel arbeite an einer neuen Generation von satellitengesteuerten Systemen, die sehr effizient gegen GPS-Navigationssysteme eingesetzt werden könnten. In den USA suche man deshalb nach weniger verletzlichen Alternativen, zum Beispiel durch terrestrische und UAV-Alternativen zu GPS. Ein weiterer kritischer Bereich sei die Verletzlichkeit der Nachschubkette in der Verteidigungsindustrie.

Neben all den defensiven Abwehrmaßnahmen brauche man aber auch eine Offensivfähigkeit: „Ein Cyber-System kann man nicht durch defensive Maßnahmen alleine schützen. Wir brauchen vielmehr ganz deutliche Bemühungen zur Entwicklung von Angriffsfähigkeiten, um das Ausmaß dieser Angriffe auf uns zu reduzieren, aber auch um bessere Einblicke in die möglichen Angriffsarten zu gewinnen.“ Zum Schluss seiner Ausführungen plädierte der Vortragende für einen „umfassenden, einen ganzheitlichen Ansatz, denn dies ist ein Bereich, bei dem wir natürlich auch von den Stärken, den Vorzügen unserer Bündnissysteme profitieren können.“ Darin sehe er auch die Chance, die NATO auf dem Gebiet der Cyber-Sicherheit zu stärken.

„Nachrichtengewinnung und Aufklärung im Cyber-Zeitalter war das Thema des folgenden Vortrages.

Cybersicherheit, so Oberst i.G. *Dietmar Bierkant* vom Bundesnachrichtendienst, sei heute eine der wesentlichen Herausforderungen. Es gelte, die Risiken auf ein ertragbares Maß zu reduzieren. Während die vom Cyber-Terrorismus ausgehenden Gefahren derzeit als eher gering eingeschätzt würden, sei Deutschland mit seiner Hochtechnologie ein Schwerpunktziel von Spionage im Cyberraum. Die größte Gefahr gehe dabei von staatlichen Akteuren aus. Die Herkunft der Bedrohung liege meist im Ausland, die Urheber ließen sich selten eindeutig ermitteln, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit könne man trotzdem feststellen, wer hinter einem Angriff stecke.

Cyberkrieg auf absehbare Zeit unwahrscheinlich

Ein Cyberkrieg, also eine ausschließlich im Cyberraum stattfindende Auseinandersetzung von Staaten, sei auf absehbare Zeit unwahrscheinlich, die Gesellschaft müsse sich aber auf zunehmende Herausforderungen durch Cyberangriffe einstellen, die enorme wirtschaftliche und politische Auswirkungen haben könnten. Ein umfassender Schutz sei deshalb unabdingbar. Die Abwehr der Gefahren, hob Bierkant hervor, sei eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft und nicht nur eine Aufgabe der Streitkräfte oder der Sicherheitskräfte.

Mit den Dimensionen des Cyberraumes und dem Spannungsfeld zwischen Schutz und Gegenmaßnahmen beschäftigte sich ein erstes Panel, moderiert von Brigadegeneral a.D. Armin Staigis, Vizepräsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

Voraussetzung für alle Maßnahmen, die die Sicherheit erhöhen, sei ein klares Lagebild, so *Dr. Günther Welsch* vom Bundesamt für Informationstechnologie. Um dieses Lagebild zu schaffen, müssten in allen Bereichen kritischer



Expertenrunde zum Thema Cyberkrieg

Infrastrukturen, wo der Staat eine Vorsorgeverantwortung habe, Meldepflichten und Mindeststandards eingeführt werden. „Um den Druck in jenen Bereichen zu erhöhen, von denen wir alle abhängig sind, müssen wir deutliche Schritte nach vorne gehen.“ Das IT-Sicherheitsgesetz, das noch in diesem Jahr kommen werde, sei ein wichtiger Schritt auf diesem Weg, zeigte sich Welsch überzeugt.

Bei der Cybersicherheit stünden zwar zivile Ansätze und Maßnahmen im Vordergrund, erläuterte Oberst i. G. *Jörg Dronia*, Bundesministerium der Verteidigung, sie müssten aber durch Maßnahmen der Bundeswehr zum Schutz ihrer Handlungsfähigkeit ergänzt werden. Es sei unabdingbar, den Cyberraum neben den klassischen Operationsräumen Land, Luft, See und Weltraum als eigenen Operationsraum zu betrachten.

Dr. Markus Kolland, Geschäftsführer Airbus Defence and Space, betonte, Cybersicherheit habe in seinem Konzern den gleichen hohen Stellenwert wie z.B. die kommerzielle Abwicklung eines Flugzeugprogrammes. Unabhängig von staatlichen Vorgaben würden die Unternehmen selbst zunehmend erkennen, dass sich Investitionen in die Cybersicherheit am Ende rechneten.

Wolf-Rüdiger Moritz, Infineon Technologies AG, sieht hinter den Cyber-Attacken eine ganz klare Strategie, bei der es um wirtschaftliche Vorteile ginge. „Die Industrie allein kann sich nicht dagegen wehren, auch die Politik ist gefordert“. Das Internet könne nur dann sicherer gemacht werden, wenn man die wesentlichen Hardware-Komponenten selbst herstelle, zeigte sich Moritz überzeugt.

Das zweite Panel, moderiert von *Kurt Herrmann*, behandelte danach das Thema „Internationale Lösungsansätze für Sicherheitspolitik im Cyber-Zeitalter.“ In seiner Einleitung hob Herrmann hervor, dass er eine internationale Zusammenarbeit als Grundvoraussetzung für den Erfolg und die Effizienz aller Maßnahmen erachte.

Botschafter *Sorin Ducaru*, Beauftragter des NATO-Generalsekretärs für neue Sicherheitsherausforderungen, erläuterte den Standpunkt der NATO. Zum ersten Mal sei die NATO 1998 während des Kosovo-Konfliktes einem Cyberangriff ausgesetzt gewesen. Nach weiteren Angriffen 2007 auf den Regierungsapparat in Estland und 2008 während des Georgien-Konfliktes sei die Cyber-Abwehr ganz oben auf die Agenda gesetzt worden, und seit 2011 gebe es einen gemeinsamen Aktionsplan. „Die Bedrohung ist uns immer einen Schritt voraus. Darauf müssen wir reagieren.“, so das Fazit von Ducaru.

Den Ansatz der EU zur Cyber-Sicherheit erläuterte *Rudolf Roy*, Mitarbeiter im Auswärtigen Dienst im Stab der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton. Im Februar 2013 habe die EU eine europäische Sicherheitsstrategie angenommen. Zu diesem Zeitpunkt hatten nur 14 von 28 Mitgliedsstaaten eine eigene Strategie. Eine gemeinsame Strategie sei notwendig, damit die EU in den internationalen Foren mit einer Stimme sprechen könne.

Internet als freier, offener Raum muss erhalten bleiben

Botschafter *Dirk Brengelmann*, Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes für Cyber-Außenpolitik, forderte gemeinsame „Rules of Behavior“ und plädierte für ein „Völkerrecht des Netzes“. Mit schnellen Lösungen sei aber nicht zu rechnen. Vorschläge, wie sie Russland und China zur Regulierung des Internets gemacht haben, müsse man mit Skepsis begegnen, da es diesen Ländern vorrangig um eine staatliche Reglementierung des Netzes gehe. Das Internet müsse aber als freier, globaler und offener Raum erhalten bleiben.

James Attwood, Stellvertretender Leiter des Cyber und Space-Teams im Britischen Verteidigungsministerium, hob hervor, dass 70 bis 80 % aller Angriffe durch richtiges Verhalten der Nutzer verhindert werden könnten. „Wenn alle Nutzer sich richtig verhielten, könnten die vorhandenen Mittel auf die Abwehr der restlichen 30% Angriffe konzentriert werden.“ Aufklärung der Nutzer sei also ein probates Mittel, um den Cyber-Abwehrkampf effizient führen zu können, so Attwood.

Ein drittes Panel, moderiert von dem Journalisten *Werner Sonne*, befasste sich mit dem Thema „Nationale Positionsbestimmung zwischen Gewährleistung von Sicherheit und informeller Selbstbestimmung im dynamischen Cyberraum“.

Passive Abwehr allein reicht nicht aus

Ministerialrat *Stefan Sohm*, Referatsleiter Referat Völkerrecht im Bundesministerium der Verteidigung, hob hervor, dass angesichts der Abhängigkeit moderner Waffensysteme von umfassender Vernetzung passive Abwehr allein nicht ausreiche. Die Bundeswehr müsse auch befähigt sein, in gegnerischen Netzen wirken zu können. „Die Unterbrechung militärischer Kommunikationswege ist so alt wie das Militär selbst, sie hat nur in der heutigen Zeit der Vernetzung eine komplexere Bedeutung“, stellte Sohm fest. „Dies darf aber nur im Rahmen der rechtlichen Bedingungen geschehen, unter denen die Bundeswehr ohnehin agiert“.

Auf die Frage, wann bei einem Cyberangriff der Verteidigungsfall eintrete, ging Ministerialdirektor *Hans-Heinrich von Knobloch*, Abteilungsleiter im Bundesministerium des Inneren, ein. Bei einem Angriff auf die Lebensgrundlagen eines Staates könne es sich um einen Verteidigungsfall handeln. Ein Problem bei der Reaktion auf einen Angriff sei, dass die Urheber meist nicht eindeutig identifizierbar seien. „Legitime Selbstverteidigungsmaßnahmen dürfen sich aber nur gegen einen identifizierten Angreifer richten“.

Auch die geplante europäische Datenschutzverordnung war Thema des Panels. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz in Sachsen-Anhalt, *Dr. Harald von Bose*, stellte dafür drei Forderungen auf:

Erstens müssten sich Unternehmen, die sich im europäischen Binnenmarkt bewegen, an europäisches Datenschutzrecht halten. Zweitens müssten die Bürger sicher sein können, dass die über den Atlantik geleiteten Daten dort auch sicher seien, und drittens dürften Geschäftsmodelle im Binnenmarkt nicht durch den Datenschutz behindert werden.



General Volker Wieker, Generalinspekteur der Bundeswehr, bei seinem Vortrag zur Lage

In der anschließenden Diskussion war auch die Vorratsdatenspeicherung ein Thema. Diese brauche man als ein Instrument der Gewährung der Sicherheit für die Bevölkerung. Dabei ginge es nicht darum, dass der Staat selbst Daten speichere, sondern dass er bestimmte Unternehmen auffordere, sicherheitsrelevante Daten, die sie für ihren Geschäftsbetrieb benötigen, für eine bestimmte Zeit vorzuhalten. Die Balance zwischen Freiheit, Schutz der Persönlichkeitsrechte und Sicherheit müsse dabei gewahrt bleiben.

Am Ende der Tagung sprach der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Volker Wieker, zur aktuellen Lage der Bundeswehr und ging dabei auch auf die Problematik des Cyberraumes ein. Die Bundeswehr habe die Herausforderungen erkannt und stelle sich darauf ein. „Wir stehen hier erst am Anfang, aber wir lernen schnell“, versicherte Wieker.

Kapitel II

Unsere Gesellschaft und die Bundeswehr: Welcher Auftrag und welche Fähigkeiten tragen für die Zukunft?

Bericht über die 48. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und der Führungsakademie der Bundeswehr am 22. und 23. August 2014 in Hamburg

Werner Baach
Wolfgang Fett

In Deutschland zeichnet sich seit der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 ein Umdenken in der Debatte um die Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik ab. Dabei stellt sich zwingend auch die Frage nach der Rolle der Bundeswehr als Mittel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik neu. Die 48. Sicherheitspolitische Informationstagung suchte unter dem Generalthema *„Unsere Gesellschaft und die Bundeswehr: Welcher Auftrag und welche Fähigkeiten tragen für die Zukunft?“* Antworten auf die zukünftigen Herausforderungen. Zu der Tagung begrüßte Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann, Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, etwa 250 Mitglieder und Gäste aus dem In- und Ausland.

Deutsche Außenpolitik weiterdenken

Den außen- und sicherheitspolitischen Rahmen setzte Dr. Thomas Bagger, Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes, Berlin, mit dem Vortragsthema *„Ziele, Schwerpunkte und Perspektiven deutscher Außen- und Sicherheitspolitik im europäischen und transatlantischen Kontext“*. Das internationale politische Umfeld habe sich „rasant verändert“ und stelle Deutschland vor die Notwendigkeit, Antworten auf die jüngsten Entwicklungen zu finden. Die Politik werde zunehmend mit der Fragilität staatlicher Ordnungen konfrontiert, die sich in ganz unterschiedlichen Ausprägungen zu einem „Hauptphänomen der Politik“ entwickelten. Globalisierung und technische Entwicklungen, besonders bei der Informationstechnik, beschleunigten diesen Prozess und erhöhten den Druck auf politische Systeme und Gesellschaftsordnungen weltweit.

Deutsche Außenpolitik sei vor diesem Hintergrund „grundsätzlich sehr erfolgreich“ gewesen, so Dr. Bagger weiter, und auch ihre grundlegenden Parameter hätten sich bewährt: europäische Integration und transatlantisches Bündnis.

Dennoch müsse man in der sich so dramatisch verändernden Welt über eventuell notwendige Reformen nachdenken, die bloße Fortschreibung der Außenpolitik reiche nicht mehr aus. Außenminister Steinmeier habe deshalb unter der Bezeichnung *„Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken“* ein Projekt in Auftrag gegeben, dessen Ziel es sei, der Frage nachzugehen, was die veränderten Herausforderungen für deutsche und europäische Außenpolitik bedeuteten. Der Vortragende erläuterte anschließend Ziele, Struktur und Verfahrensabläufe des Projekts im Detail¹. Er stellte heraus, dass bei einer ersten Umfrage zu den Zielen deutscher Außenpolitik deutlich unterschiedliche Erwartungen des Auslandes im Vergleich mit denen der deutschen Bevölkerung festgestellt worden seien; Letztere hege eher Skepsis und Zurückhaltung gegenüber zu weit gesteckten Zielen. Im Rahmen des Projekts solle auch öffentlich kontrovers über die Außen- und Sicherheitspolitik diskutiert werden, denn die Mobilisierung der Öffentlichkeit sei die zwingende Voraussetzung dafür, Folgerungen hinsichtlich der erforderlichen Instrumente, Verfahren und Strukturen deutscher Außenpolitik zu ziehen und notwendige Anpassungen vorzunehmen.

Vier Punkte hob Dr. Bagger hervor, die bei der Gestaltung von Außenpolitik grundsätzlich beachtet werden sollten. Erstens: Politik müsse sich darauf konzentrieren, Probleme zu lösen: „Verantwortung ist immer konkret“. Er erläuterte dies am Beispiel des Handelns Deutschlands und der EU in der Ukraine-Krise. Man dürfe aber nicht aus jeweils einzelnen konkreten Entscheidungen politische Grundsätze ableiten wollen. Zweitens: Politik müsse die Fähigkeit haben, „sich selbst in Frage zu stellen und [sich] zu erneuern“; dabei müsse gerade das in Frage gestellt werden, was bisher für gültig und für richtig empfunden worden sei. Drittens: Politik müsse „Widerspruch aushalten können“, gerade auch in der öffentlichen Debatte. Denn nur bei ausreichender öffentlicher Zustimmung könne Politik nachhaltig sein. Viertens: Es sei weitgehender Konsens, „dass es eine gute deutsche Außenpolitik nur in und mit Europa geben kann“. Er erwarte, dass der „europäische Imperativ deutschen Handelns“ gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik auch am Ende des gerade eingeleiteten Review-Prozesses stehen werde. *„Deutsche Außenpolitik gibt Mut, da kommt etwas in Bewegung“*, stellte der Vortragende abschließend fest. *Deutschland begreife, dass es sich den neuen Herausforderungen der Welt stellen müsse und sich nicht abschotten könne. Das bedeute*

„Deutsche Außenpolitik gibt Mut, da kommt etwas in Bewegung“, stellte der Vortragende abschließend fest. Deutschland begreife, dass es sich den neuen Herausforderungen der Welt stellen müsse und sich nicht abschotten könne. Das bedeute aber zugleich, „dass wir dann auch schweren Entscheidungen nicht ausweichen können“ – ein Verstecken sei nicht länger möglich.

aber zugleich, „dass wir dann auch schweren Entscheidungen nicht ausweichen können“ – ein Verstecken sei nicht länger möglich.

NATO und EU mit großen Erwartungen

Die Erwartungen von NATO und EU an Deutschland seien nahezu identisch – und derzeit hoch, stellte Generalleutnant *Markus Bentler*, Deutscher Militärischer Vertreter bei NATO und EU, in seinem Vortrag „*Erwartungen seitens NATO und EU an künftige Fähigkeiten der Bundeswehr*“ fest. „Rund 80 Millionen Einwohner, die stärkste Volkswirtschaft der EU, die zweitgrößte der NATO-Mitgliedstaaten, ausgestattet mit einer leistungsstarken und ‚hightech‘-orientierten Rüstungsindustrie – das lässt die kleineren Mitgliedstaaten von NATO und EU auf uns blicken.“ Hinzu komme, dass die USA, die derzeit über 70 Prozent der Fähigkeiten aller NATO-Staaten stellten, nicht länger bereit seien, die Defizite der Europäer auszugleichen.

Die Entwicklung im Osten Europas habe das Bündnis vor die größte Herausforderung seit dem Ende des Kalten Krieges gestellt. Auch wenn die Möglichkeiten der NATO, mit denen sie zur Stabilisierung der Lage in und um die Ukraine beitragen könne, eher langfristig angelegt seien, so habe das Bündnis

dennoch unverzüglich Maßnahmen im Rahmen eines sogenannten ‚Readiness Action Plan‘ (RAP) ergriffen. Die langfristigen Planungen seien mit dem auf der Basis des Strategischen Konzepts von 2010 (Lissabon) entwickelten Konzept „NATO Forces 2020“ eingeleitet worden. Gemessen an dem Konzept gebe es „wesentliche Fähigkeitslücken“, und auch wenn Deutschland sich insgesamt „nicht verstecken“ müsse, verlange das Schließen der Lücken auch von uns „hohe finanzielle Anforderungen“. Dabei komme es mehr

auf „Output“ und Effizienzsteigerung an als auf finanziellen „Input“. Ein möglicher erfolgversprechender Weg, Fähigkeiten weiterzuentwickeln könnte ein stärkerer gemeinsamer multinationaler Ansatz sein. Deutschland habe mit diesem Ziel ein „Rahmennationen-Konzept“ („Framework Nation Concept“) eingebracht, das die Fähigkeiten der Europäer wirkungsvoller bündeln und die Lastenteilung im Bündnis verbessern soll.



Expertenrunde zum Thema „Technologische Entwicklungen als Herausforderung für die Streitkräfte“

Die für die NATO identifizierten Fähigkeitslücken im militärischen Bereich seien „zu 80 Prozent“ mit denen der EU identisch. Beide Organisationen erwarteten von Deutschland „die Wahrnehmung einer Führungsrolle, eines Antreibers und Motors“ für den weiteren Ausbau der militärischen Fähigkeiten. Die Ausführungen von Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen während der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 hätten die Erwartungshaltung der Partner weiter erhöht: „Den Worten müssen nun Taten folgen.“

Zuvor hatte Brigadegeneral *Wolf-Jürgen Stahl*, Unterabteilungsleiter in der Abteilung Strategie und Einsatz des BMVg, unter der Überschrift „*Strategie und Einsatz der Bundeswehr im Lichte aktueller Entwicklungen*“ über für die Bundeswehr wichtige sicherheitspolitische Einflussfaktoren und Entwicklungen berichtet. Die Bundeswehr sei ein schnell verfügbares, wichtiges Instrument der Sicherheitspolitik und müsse dies bleiben. Ihr Fähigkeitsprofil reiche vom Einsatz einzelner militärischer Beobachter bis hin zum direkten Kampf. Ihre zukünftige Rolle dürfe nicht auf den (militärischen) Einsatz reduziert werden.

Mehr Verantwortung und Führung verlangt: „Deutschland muss sich stellen.“

Ein erstes, international besetztes Panel mit Teilnehmern aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden, das von Generalleutnant a.D. *Dr. Klaus Olshausen* moderiert wurde, befasste sich mit dem Thema „*Erkenntnisse und Erfahrungen aus bisherigen und laufenden Kriseneinsätzen im Spiegel von Methoden und Erkenntnissen des Carl von Clausewitz*“. Einführend stellte Dr. Olshausen fest, Clausewitz biete zwar keine Rezepte, sehr wohl aber viele Anregungen für das heutige Handeln von Sicherheitspolitikern und Militärs an. Das Panel konzentrierte sich auf drei Bereiche: Das Verhältnis der Gesellschaften zu ihren Streitkräften und deren Einsätzen (Stichwort: „Militärkultur“); Planung und Einsatzführung in einer Krisensituation in nationalen und multinationalen Einsätzen im Sinne eines „Comprehensive Approach“; sowie erforderliche Fähigkeiten bei (gemeinsamen) Einsätzen von Streitkräften und zivilen bzw. nichtmilitärischen Organisationen. Da für das Panel Vertraulichkeit gemäß der Chatham-House-Regel² vereinbart war, konzentriert und begrenzt sich die nachfolgende Zusammenfassung auf eine knappe Darstellung der Kernaussagen, insbesondere zum ersten Teilthema.

Die ausländischen Panelteilnehmer stimmten weitgehend darin überein, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen könne und sollte. Der Vertreter Großbritanniens (Verteidigungsministerium) stellte fest, dass

Deutschland könne, gemessen an seiner politischen und wirtschaftlichen Stellung im (NATO)-Bündnis sowie global mehr Verantwortung und Führung übernehmen. Dazu sei aber in der deutschen Bevölkerung ein „neues Erwachen“ gefordert.

sein Land aus seiner traditionell global und maritim ausgerichteten Geschichte heraus eher dazu bereit sei, in Krisenlagen einzugreifen als kontinentaleuropäische Mächte. Dabei könne es sich in aller Regel auf die volle Unterstützung seiner Bevölkerung abstützen. Deutschland könne, gemessen an seiner politischen und wirtschaftlichen Stellung im (NATO)-Bündnis sowie global

Verantwortung und Führung übernehmen. Dazu sei aber in der deutschen Bevölkerung ein „neues Erwachen“ gefordert. Der französische Panelteilnehmer argumentierte sinngemäß. Auch Frankreich habe als Folge seiner kolonialen Vergangenheit eine „tief verwurzelte Interventionskultur“, und der Staatspräsident handele in Krisenlagen, trotz schwächer gewordener wirtschaftlicher Möglichkeiten, dem entsprechend. Deutschland werde in Frankreich dagegen eher „als zivile Macht“ wahrgenommen, und man wünsche sich schon mehr Bereitschaft, auch (militärisch) zu intervenieren. Die Niederlande hätten aus dem Bewusstsein ihrer internationalen Mitverpflichtung heraus allmählich etwas wie eine „Militärkultur“ entwickelt. In Deutschland beobachte man „in Teilen der Gesellschaft sehr egoistische Positionen“ zum Einsatz von Streitkräften. Deutschland als „bedeutende Macht“ aber müsse den sicherheitspolitischen Herausforderungen, zum Beispiel durch die Migration aus Afrika, begegnen, ein Herausreden sei nicht länger möglich: „Deutschland muss sich stellen.“

Die deutsche Seite begründete die Zurückhaltung des Landes mit der geografischen Lage Deutschlands in der Mitte Europas und seiner jüngeren Geschichte. „Einsatzwilligkeit“ allein dürfe kein Maßstab für Deutschlands außenpolitisches Handeln sein; jeder suche auf seine Weise konkrete Antworten auf die neuen Herausforderungen (Auswärtiges Amt). Der Panelteilnehmer der Bundeswehr stellte fest, die Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr habe sich seit 1990 „im Eiltempo“ entwickelt, und die Bevölkerung anerkenne und schätze die Leistungen der Soldaten im Einsatz.

Zu den beiden anderen Teilthemen des Panels – nationale und multinationale Einsätze im Sinne eines „Comprehensive Approach“ sowie erforderliche Fähigkeiten bei (gemeinsamen) Einsätzen von Streitkräften und zivilen bzw. nicht-militärischen Organisationen – stimmten die Auffassungen aller Teilnehmer

weitgehend überein: Zu „Comprehensive Approach“ und „Vernetztem Ansatz“ gebe es keine Alternativen. Die militärischen Kräfte und Mittel könnten jedoch nur den „Sockel“ bilden, den nichtmilitärische zivile Maßnahmen ergänzen müssten. Wesentlich sei dabei, die Potentiale von NATO und EU wirksamer zusammenzuführen.

Vor dem Hintergrund der Kämpfe im Osten der Ukraine sei die transatlantischen Sicherheitspartnerschaft wieder in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt worden, stellte Professor *Dr. Johannes Varwick* von der Universität Halle-Wittenberg zu Beginn seines Vortrages fest, der unter dem Thema „*Notwendige Erneuerung der euro-atlantischen Sicherheitspartnerschaft mit dem Dreieck NATO – EU – USA*“ stand. Ob die NATO auch in Zukunft relevant bleibe, hänge auch – aber nicht nur – auch von der Entwicklung der Beziehungen des Bündnisses zur EU ab. Mit der Konkretisierung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäer stelle sich auch die Frage nach der Rolle der USA in und für Europa neu. Vieles hänge von der Fähigkeit der Europäer ab, internationale Probleme effektiv und gemeinsam lösen zu können, aber auch von einer klar definierten und konzeptionell festgeschriebenen Arbeitsteilung zwischen der NATO und der EU. Dies sei schon deshalb wichtig, weil beide Organisationen auf die Streitkräfte der größtenteils selben Mitgliedsstaaten zurückgreifen müssten, die aber nur über ein „single set of forces“ verfügten. Für die EU stelle sich die Frage, ob sie nur dann aktiv werden wolle, wenn die NATO zuvor ein Engagement abgelehnt habe, oder ob sie sich vornehmlich auf zivil-militärische Operationen in Ergänzung zur NATO konzentrieren solle. Eine weitere Alternative wäre die Entwicklung von Fähigkeiten, um selbst im gesamten Spektrum des militärischen Krisenmanagements eingreifen zu können. In jedem Fall aber, zeigte sich Varwick überzeugt, müssten die Europäer ihre Möglichkeiten des Handelns in Krisensituationen verbessern. „Knapper werdende Mittel zwingen geradezu zu mehr Gemeinsamkeit.“



Prof. Dr. Johannes Varwick bei seinen Vortrag zur euro-atlantischen Sicherheitspartnerschaft

weil beide Organisationen auf die Streitkräfte der größtenteils selben Mitgliedsstaaten zurückgreifen müssten, die aber nur über ein „single set of forces“ verfügten. Für die EU stelle sich die Frage, ob sie nur dann aktiv werden wolle, wenn die NATO zuvor ein Engagement abgelehnt habe, oder ob sie sich vornehmlich auf zivil-militärische Operationen in Ergänzung zur NATO konzentrieren solle. Eine weitere Alternative wäre die Entwicklung von Fähigkeiten, um selbst im gesamten Spektrum des militärischen Krisenmanagements eingreifen zu können. In jedem Fall aber, zeigte sich Varwick überzeugt, müssten die Europäer ihre Möglichkeiten des Handelns in Krisensituationen verbessern. „Knapper werdende Mittel zwingen geradezu zu mehr Gemeinsamkeit.“

EU wird mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen müssen

Aus der Analyse der Beziehungen zwischen der EU und der NATO ergeben sich für Varwick drei zentrale Konsequenzen:

Erstens werde EU-Europa künftig mehr Verantwortung für seine Sicherheit übernehmen müssen als jemals zuvor. Dazu müssten allerdings noch die Voraussetzungen geschaffen werden. Zweitens wären die Europäer gut beraten, nach Kräften daran zu arbeiten, dass die USA eine „europäische Macht“ blieben und drittens sei eine Debatte über eine transatlantische Arbeitsteilung – über die bereits existierenden offiziellen Bekundungen hinaus – dringend notwendig. „Wenn wir nicht stärker und gehaltvoller über eine Arbeitsteilung zwischen NATO und EU reden, kommen wir nicht voran“, zeigte sich Varwick über-

„Politische Entscheidungen auch im Bereich der Sicherheitspolitik brauchen aber eine öffentliche Debatte. Dies dient der Legitimation des politischen Handelns.“

zeugt. Die Europäer müssten ihr Gewicht stärker in die Waagschale werfen, allerdings sei es aussichtslos, die Probleme im transatlantischen Verhältnis dadurch zu lösen, dass man sich als Gegenpol zu den USA begreife.

Was die deutschen Interessen betreffe, so sei auch künftig eine Anlehnung an die USA unabdingbar. Da man aber nicht auf Augenhöhe zusammenarbeiten könnte, bestimmten die USA die Spielregeln und legten auch den Preis fest.

In der Diskussion wurde deutlich, dass es einer tiefgehenden sicherheitspolitischen Debatte bedürfe, da wichtige strategische Entscheidungen langfristig nicht gegen die Mehrheit der Bevölkerung entschieden werden könnten. „Wir brauchen eine höhere Akzeptanz von Sicherheitspolitik in der Bevölkerung. Wir müssen überlegen, wie wir das angehen können“, so Varwick.

Hinweis der Redaktion: Der Vortrag von Prof. Dr. Varwick ist im vollständigen Wortlaut auf den Seiten 40 bis 51 abgedruckt.

Ein zweites Panel unter der Moderation von General a.D. Karl-Heinz Lather befasste sich dann mit dem Thema „Die deutsche Gesellschaft und ihre Bundeswehr: Welche künftigen Aufgaben der Streitkräfte finden Unterstützung?“

Die Bundeswehr werde in der Öffentlichkeit eher nüchtern, aber als selbstverständlicher Teil der Gesellschaft betrachtet. Die Bundeswehr genieße eine hohe institutionelle Anerkennung. „Das Problem ist aber, dass die Öffentlichkeit das nicht anerkennt, was wir tun“, stellte ein Teilnehmer des Panels fest. Eine sicherheitspolitische Diskussion finde eher in kleinen Zirkeln unter Experten statt als in der Öffentlichkeit, weil sich die Bevölkerung sicher fühle und keine unmittelbare Bedrohung erkennbar sei. Diskussionsbedarf entstehe aber nur durch Betroffenheit. „Politische Entscheidungen auch im Bereich der Sicherheitspolitik brauchen aber eine öffentliche Debatte. Dies dient der Legitimation

des politischen Handelns“, so formulierte es der Vertreter des Verteidigungsministeriums in dem Panel. Er sieht es als Aufgabe der Militärs an, Sicherheitspolitik zu erklären. „Tun wir das nicht, dann werden wir nicht gehört.“ Die Medien bestimmten heute zunehmend die Sicht auf die Bundeswehr, die in der Fläche weniger vertreten sei als früher und es deshalb kaum zu persönlichen Kontakten komme. Die Bundeswehr müsse deshalb ihre Belange und Ziele auf anderem Wege kommunizieren, z.B. über das Internet. Anzustreben sei ein dauerhafter sicherheitspolitischer Dialog mit der Öffentlichkeit. Dies sei umso notwendiger, als dass künftig operative Anforderungen auf die Streitkräfte zukommen könnten, „die wir bisher so noch nicht gesehen haben“.

Bündnisverteidigung ist Selbstverteidigung

Die Politik stecke in einem Dilemma. Einerseits steige der Druck der Verbündeten auf Deutschland, sich militärisch stärker zu engagieren. „Wir müssen Taten bringen, nicht nur reden“. Andererseits lehne jedoch die Bevölkerung den Einsatz militärischer Gewalt mehrheitlich ab. Die Bundeswehr dürfe aber auf keinen Fall vorpreschen und die Politik drängen, um nicht Ablehnung zu erzeugen. Als größte Herausforderung sahen es die Teilnehmer des Panels an, der Bevölkerung den Sinn eines Bündnisses kollektiver Sicherheit zu verdeutlichen, denn: „Bündnisverteidigung ist in letzter Konsequenz Selbstverteidigung!“

Das Panel, zu dem auch ein Angehöriger des Verbandes Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (NRO) gehörte, diskutierte auch über die Zusammenarbeit der Streitkräfte mit den NRO. Der Vertreter machte deutlich, dass humanitäre Organisationen in gewissen Situationen eines „Sicherheitsabstandes“ bedürften. „NRO sehen ihre Arbeit als gefährdet an, wenn sie als zu integriert wahrgenommen werden.“ Vernetzte Sicherheit könne deshalb nicht automatisch auf NRO übertragen werden. Die Bundeswehr sehe er langfristig eher in UN-mandatierten sowie in langfristigen Ausbildungs- und Beratungsmissionen. Es sei aber heute ganz selbstverständlich, dass sich Streitkräfte und NRO miteinander austauschten.

„NRO sehen ihre Arbeit als gefährdet an, wenn sie als zu integriert wahrgenommen werden.“ Vernetzte Sicherheit könne deshalb nicht automatisch auf NRO übertragen werden.

Das Thema des dritten Panels war „*Technologische Entwicklungen als Herausforderungen für das künftige Einsatz- und Fähigkeitsspektrum von Streitkräften.*“ Das Panel leitete Generalleutnant a.D. Friedrich-Wilhelm Ploeger.

In drei Bereichen werde die technologische Entwicklung besonders deutlich, nämlich in der Nanotechnologie, der „Technischen Autonomie“ („Robotik“) sowie in der Informations- und Kommunikationstechnologie einschließlich der Cyber-Domain.

Die Nano-Technologie ermögliche die Entwicklung miniaturisierter Systeme, die wenig Energie verbrauchten. Gerade das Energiemanagement aber werde von überragender Bedeutung für künftige Systeme sein.

Für den Bereich des Heeres bedeute die Einführung automatisierter Systeme, dass viele Aufgaben dort, wo es „dull, dirty und dangerous“ sei, künftig von Robotern erledigt werden könnten. Die neue Technologie solle aber auch für die Entwicklung nicht-letalere Wirkmittel genutzt werden, um die Fähigkeitsskala über „Crowd and riot control“ hinaus zu erweitern. Die Soldaten an einem Checkpoint dürften nicht nur die Wahl zwischen Winkerkelle und Maschinengewehr haben.

In der Luftwaffe könnten schon in naher Zukunft unbemannte Luftfahrzeuge bemannte Kampfflugzeuge ersetzen. Dabei stelle sich in der westlichen Welt jedoch die Frage der Akzeptanz unbemannter Systeme. Entscheidend werde

In der Diskussion um die technischen Herausforderungen der Zukunft dürfe nicht vergessen werden, dass trotz aller technischen Fortschritte die „Raison d'être“ des Soldatenberufes der Kämpfer bleibe.

sein, dass der Mensch letztendlich die Entscheidungen treffe. „Autonome Systeme sind vorstellbar, aber nicht für offensive Aufgaben“, so der Vertreter der Luftwaffe. Die Marine sehe die Möglichkeiten der neuen Technologien in einem breiten Spektrum, von der

Entlastung der Besatzungen von Routineaufgaben über Unter-Wasser-Drohnen bis hin zur Lasertechnik, die das gesamte Spektrum von der Erfassung eines Zieles bis hin zu dessen Bekämpfung mit hochenergetischen Wirkmitteln abdecken könnten.

Eine Schlüsselrolle komme der Informationstechnologie zu, die neue Möglichkeiten in der Interoperabilität eröffne. Diese Technik erhöhe die Mobilität und könne ebenso zur Verbesserung der Cyber-Sicherheit wie auch zum Schutz eigener Systeme genutzt werden.

Hochtechnologie ist teuer

Das Militär werde zunehmend Nutznießer von zivil entwickelten Systemen und bestimme nicht mehr den technologischen Fortschritt. Das, was ohnehin irgendwo entwickelt werde, müsse auf seine militärische Nutzbarkeit hin geprüft werden. Diese Hochtechnologie sei teuer. Umso wichtiger sei, dass genügend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt würden. Wenn man diese Technologie aufbauen und nutzen wolle und zu wenig Mittel einsetze, dann bedeute dies ein Verbrennen von Ressourcen. Dennoch gebe es Einsparmöglichkeiten, z.B. durch eine verstärkte multinationale Kooperation. „Wir könnten sehr viel mehr machen, wenn der politische Wille da wäre, auch Souveränitätsrechte aufzugeben. Diesen politischen Willen müssen wir anmahnen“, forderte ein Diskussionssteilnehmer.

In der Diskussion um die technischen Herausforderungen der Zukunft dürfe nicht vergessen werden, dass trotz aller technischen Fortschritte die „Raison d'être“ des Soldatenberufes der Kämpfer bleibe.

Die Sicherheitspolitische Informationstagung wurde abgerundet durch aktuelle Informationen aus der Führungsakademie der Bundeswehr sowie einer Vorstellung von Analysen und Studien des Clausewitz Netzwerks für Strategische Studien.

Anmerkungen:

- 1 Einzelheiten enthält die Website www.review2014.de: Das Projekt „Review 2014 – Außenpolitik weiter Denken“ will die öffentliche Debatte über die Bedingungen und Perspektiven deutscher Außenbeziehungen anstoßen und vor diesem Hintergrund auch die Arbeit des Auswärtigen Amtes überprüfen. Das Projekt ist darauf angelegt, einen breiten Dialog mit Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft zu ermöglichen, um Anstöße und Einsichten jenseits der innerministeriellen Diskussion zu gewinnen.
- 2 Die Chatham House Rule (zu Deutsch: Chatham-House-Regel) dient der Anonymität von Gesprächspartnern. Wenn Gespräche oder Konferenzen unter dieser Regel stattfinden, dürfen die Teilnehmer zwar die Inhalte weitergeben, aber es ist untersagt, die Identitäten von Konferenzteilnehmern, Rednern oder Gesprächspartnern offenzulegen. Streng genommen darf noch nicht einmal nach außen geraten werden, dass man eine Information auf dieser Konferenz erlangt hat.

Notwendige Erneuerung der euroatlantischen Sicherheitspartnerschaft mit dem Dreieck NATO-EU-USA

Johannes Varwick

Ich habe mich, als mich die freundliche Anfrage von General Hermann erreichte, gefragt, was ich als Politikwissenschaftler in diesem kundigen Kreise betragen kann. Nun, es macht gewiss wenig Sinn, wenn ich die spannenden Ausführungen etwa von Dr. Bagger oder von General Brauss duplizieren würde. Vielmehr möchte ich Ihnen – vollkommen ohne amtliche Zwänge – einige vielleicht provokante Überlegungen zu Thema „Erneuerung der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft“ vorstellen. Ich will dies in vier Schritten tun und alles in einer guten halben Stunde versuchen.

1. Statt einer Vorbemerkung: Balancing oder Bandwagoning?

Das transatlantische Verhältnis ist ins Gerede gekommen. Der vermeintliche „pivot towards asia“ seitens der USA, die Entfremdung auf beiden Seiten des Atlantik im Zuge der NSA-Affären und die dabei deutlich werdenden unterschiedlichen Philosophien über die Rolle von Geheimdiensten sowie die andauernden Klagen in Washington über eine unfaire sicherheitspolitische Lasten-

„Welche Rolle die Ukraine-Krise in diesem Befund spielt, lässt sich derzeit kaum abschätzen: Sie hat in jedem Fall sichtbar zu einer Wiederbelebung der von vielen schon als historisch abgeschriebenen Theorie des Realismus geführt.“

und Aufgabenteilung sind Anzeichen für das Ende der Selbstverständlichkeiten im transatlantischen Verhältnis.

Wer sich die transatlantischen Beziehungen seit längerer Zeit anschaut, der wird zwar deutlich entspannter mit diesen Aufge-

regtheiten umgehen, allerdings ist es schon so, dass der Grad an Entfremdung erheblich ist: „In an era of emerging powers and growing interconnectedness, transatlantic relations have lost their bearings“, wie es zwei Kolleginnen von Brookings formuliert haben.

Welche Rolle die Ukraine-Krise in diesem Befund spielt, lässt sich derzeit kaum abschätzen: Sie hat in jedem Fall sichtbar zu einer Wiederbelebung der von vielen schon als historisch abgeschriebenen Theorie des Realismus geführt. Die faktische De-Aktivierung des NATO-Russland-Rats oder der Rauswurf Russlands aus dem Club der G-8 können als Bestätigung der realistischen These gelten, dass Kooperation immer nur auf Zeit möglich ist und die Grundstruktur

des internationalen Systems – eine potenziell Misstrauen weckende Anarchie – nicht veränderbar ist.

Mit Blick auf das transatlantische Verhältnis betont der Realismus, wie er von Kenneth Waltz, Stephen Walt und anderen geprägt worden ist, zwei zentrale Dynamiken, um mit unterschiedlichen relativen Machtverhältnissen umzugehen: Balancing und Bandwagoning.

Balancing, also eine Neutralisierung der überlegenen Macht eines anderen Staates, war bei Waltz ursprünglich als der Zusammenschluss schwächerer gegen einen stärkeren Staat gemeint. Nach dieser Auffassung ist es von Vorteil, sich mit schwächeren Staaten zu verbünden. Zum einen, weil man sonst einen Hegemon stütze, zum andern, weil man gegenüber schwächeren Staaten seinerseits eine dominierende Position erhalten könne.

Ein gegenteiliges Verhalten, nämlich die enge Anlehnung an einen überlegenen Staat, kann durchaus sinnvoll sein. Dieses Verhalten wird in der Theorie als Bandwagoning bezeichnet. Dabei verursacht die Stärke eines Staates genau den gegenteiligen Effekt. In den Worten Stephen Walts: „The more powerful the state and the more clearly this power is demonstrated, the more likely others are willing to ally with it.“

Unterstellen wir nach der derzeitigen Ernüchterung im transatlantischen Verhältnis einen Moment lang ein außenpolitisches Umfeld, das wieder stärker der politischen Theorie des Realismus entspricht. Welche Handlungsweise wäre dann für Deutschland bzw. Europa angemessen?

Balancing würde nahelegen, dass sich Deutschland schwächere Partner – innerhalb und außerhalb Europas – suchen müsste, um gemeinsame eine Gegenmacht zu bilden, die den US-amerikanischen Übermut durch die Herausbildung eigener Fähigkeiten dämpf. Wir haben das etwa in der Irak-Krise 2003 oder der Libyen-Krise 2011 und 2014 in der NSA-Krise – in Deutschland im Übrigen unter ganz unterschiedlichen parteipolitischen Konstellationen von rot-grün bis schwarz gelb bis schwarz-rot erleben müssen.

Angesichts des großen aktuellen Unterschieds, der derzeit insbesondere bei den geheimdienstlichen und sicherheitspolitischen Fähigkeiten transatlantisch besteht, würde ein Erfolg dieser Bemühungen aber einen enormen Kraftaufwand erfordern. Außerdem wäre Großbritannien aus dieser Sichtweise als immer

noch stärkerer Spieler kein natürlicher Partner, was in jedem Fall die europäische Option weiter schwächen würde.

Bandwagoning hieße hingegen: die Zähne zusammenbeißen und weiter geschmeidig versuchen, von den Fähigkeiten der USA zu profitieren.

Ich werde darauf zurückkommen!

2. Probleme im Verhältnis NATO-EU: Komplementarität oder Konkurrenz?

Zunächst aber im engeren Sinne zu den transatlantischen Sicherheitsbeziehungen und zur notwendigen Erneuerung der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft. Überflüssig zu erwähnen, dass die transatlantischen Beziehungen viele andere Bereiche umfassen – ich nenne nur Wirtschaft (Stichwort TTIP) und Kultur – auf die ich aber hier nicht eingehe, die aber zentral

„Ob die NATO relevant bleibt, hängt auch (aber natürlich nicht ausschließlich) von der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen EU und NATO ab.“

sind, weil sie das gemeinsame Interessens- und Werteflecht maßgeblich determinieren.

Ein Zitat der Journalistin Cathrin Kahlweit von der Süddeutschen Zeitung spitzt die aktuelle Rolle der NATO wie folgt zu: „Die NATO ist in den letzten Wochen in aller Munde. Die saß schon im Seniorenstift und hatte wahrscheinlich schon Pflegestufe 1 beantragt“. Der scheidende Generalsekretär Rasmussen formuliert das in einem Foreign Affairs-Beitrag knapper: „NATO is back“.

Wie auch immer man zu diesen Aussagen stehen mag: Ob die NATO relevant bleibt, hängt auch (aber natürlich nicht ausschließlich) von der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen EU und NATO ab. Denn ohne die Rolle von Institutionen überbewerten zu wollen: mit den institutionellen Arrangements zwischen NATO und EU wird darüber mitentschieden, wie sich das Verhältnis zwischen Europa und den USA zukünftig entwickeln wird.

Mit der Konkretisierung der GSVP stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zur NATO und damit letztlich die Frage nach der Rolle der USA in und für Europa neu. Die GSVP dürfte im Falle des Erfolges langfristig zu einer stärkeren Europäisierung der NATO und damit auch zu einer abnehmenden Bedeutung der USA in der Allianz führen. Ob dies eine gute oder eine schlechte Nachricht

ist, hängt von der Fähigkeit der Europäer ab, internationale Probleme effektiv und gemeinsam lösen zu können.

Im Laufe ihrer zunehmenden Aktivität im außen- und sicherheitspolitischen Bereich ist die EU zwangsläufig in Konkurrenz-, aber auch Kooperationsbeziehungen zur NATO getreten. Die nur teilweise überlappende Mitgliedschaften, die Frage nach der Verteilung der nationalen Ressourcen auf das sicherheitspolitische Engagement beider Organisationen und nicht zuletzt die Friktionen zwischen transatlantischer und europäischer Orientierung der Mitgliedstaaten setzen der EU dabei aber erheblichen Spannungen aus.

Die tiefgehenden Differenzen der Mitgliedstaaten in dieser Frage, insbesondere zwischen Frankreich und Großbritannien, haben zur langen Blockade einer sicherheitspolitischen Dimension in der EU beigetragen und bestehen in ihrer politischen Brisanz fort.

Grundsätzlich ist eine dreifache Überlappung der beiden Organisationen zu konstatieren:

- Erstens in ihrer Mitgliedsstruktur, wenngleich mit den gewichtigen Ausnahmen Türkei bzw. einigen anderen weniger brisanten Fällen. Das ist Ihnen hinlänglich bekannt.
- Zweitens überschneiden sich EU und NATO in ihrer funktionalen Ausrichtung. Obgleich die NATO in ihrem Kern auf der Beistandsgarantie nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags aufbaut, hat die Bedeutung der Sicherheitsgarantie mangels direkter konventioneller militärischer Bedrohung zumindest bis zum Frühjahr 2014 abgenommen. Das Aufgabenspektrum der NATO deckte sich dabei weitgehend mit den militärischen Aspekten der GSVP. Allerdings hat der EU-Vertrag von Lissabon nur eine allgemeine Beistandsverpflichtung in der EU eingeführt, in der explizit der NATO-Rahmen als vorrangig für die Realisierung des militärischen Beistands ihrer Mitgliedstaaten definiert wird.
- Schlussendlich hat sich in der operationellen Praxis drittens eine geographische Überlappung im Krisenmanagement ergeben. Ob im Kosovo, Afghanistan oder der Piraterie-Bekämpfung vor der Küste Somalias – in allen primären Einsatzgebieten des Krisenmanagements der europäischen Staaten sind NATO und EU parallel aktiv.

Eine klar definierte und konzeptionell ausbuchstabierte Arbeitsteilung hat sich dabei aber noch nicht herausgebildet. Zwar werden die militärischen NATO-Operationen im Kosovo und Afghanistan von zivilen EU-Operationen unterstützt, in Bosnien-Herzegowina hingegen hat die EU auch die militärische Operation von der NATO übernommen und vor der Küste Somalias betreiben beide Organisationen gleichzeitig militärische Einsätze.

Beide Organisationen müssen dafür natürlich auf die Streitkräfte der größtenteils selben Mitgliedstaaten zurückgreifen, die aber nur über ein ‚single set of forces‘ verfügen.

Das im Lichte dieser dreifachen Überschneidung latent angespannte Verhältnis zwischen den beiden Organisationen wurde seit Ende der 1990er-Jahre von zwei Schlüsselereignissen geprägt.

- Zum einen realisierten transatlantisch orientierte Mitgliedstaaten wie Großbritannien unter dem Eindruck der militärischen Handlungsfähigkeit der EU im Westlichen Balkan, dass ein Mindestmaß an sicherheits- und verteidigungspolitischen Strukturen im europäischen Rahmen notwendig ist.
- Diese Einsicht ebnete den Weg zur Gründung der GSVP um der EU eine autonome militärische Handlungsfähigkeit zu ermöglichen, falls die NATO als Ganzes sich in einer Krise nicht engagieren will.

Während dieser Entwicklung haben sich die Extrem-Positionen der europäischen Staaten über die sicherheitspolitische Rolle von EU und NATO aufeinander zu bewegt, aber nie gänzlich aufgelöst. So erfolgte die Entwicklung der GSVP eingebettet in eine strategische Ambivalenz.

- Einerseits haben mittlerweile alle EU- und NATO-Mitgliedstaaten die Parallelität des sicherheitspolitischen Engagements akzeptiert. Und das hat sich auch in entsprechende Vereinbarungen niederschlagen (u.a. Berlin-plus).
- Auf der anderen Seite drückt sich die strategische Ambivalenz durch ein Fortbestehen von fundamentalen Differenzen im Rollenverständnis zwischen NATO und EU aus, etwa in der Frage ob die EU nur aktiv werden sollte, wenn die NATO zuvor ein Engagement abgelehnt hat („NATO-first“), ob die EU sich im Sinne einer Arbeitsteilung vornehmlich auf zivile

und zivil-militärische Operationen in Ergänzung zur NATO konzentrieren sollte, oder sich mittel- bis langfristig zum sicherheitspolitischen Akteur im vollen Spektrum des militärischen Krisenmanagements einschließlich eigenen Hauptquartiers entwickeln soll.

Nicht zuletzt ist das Berlin-Plus Abkommen in der Praxis seit dem Beitritt Zyperns und dem damit verbundenen doppelten Veto von Zypern in der EU und der Türkei in der NATO weitgehend ausgehöhlt und jenseits bereits laufender Operationen weitgehend funktionsunfähig. Die zahlreichen Versuche, der EU ein permanentes Hauptquartier auf militärstrategischer Ebene (OHQ) zu verschaffen (Pralinengipfel von Tervuren, Post-Wiesbaden-Prozess, Weimarer Initiative usw.), sind bisher noch nicht wirklich erfolgreich gewesen.

Zu anspruchsvollen Operationen sind die Europäer ohne Unterstützung der USA weiterhin nicht in der Lage, siehe Libyen. Die Auswirkungen der Finanzkrise und der damit verbundene Druck zu radikalen Einschnitten in die Verteidigungshaushalte dürften diesen Befund auch auf längere Sicht gültig halten.

So ist die langfristige Rolle der EU in der internationalen und europäischen Sicherheitsarchitektur weiterhin von einer strategischen Ungewissheit geprägt. Zu anspruchsvollen Operationen sind die Europäer ohne Unterstützung der USA weiterhin nicht in der Lage, siehe Libyen. Die Auswirkungen der Finanzkrise und der damit verbundene Druck zu radikalen Einschnitten in die Verteidigungshaushalte dürften diesen Befund auch auf längere Sicht gültig halten. Grundsätzlich gilt die Regel, nach der „große Visionen ohne angemessene Ressourcen Halluzinationen sind“ (Helga Haftendorn).

Catherine Ashton hat das schlicht aber schön formuliert: „The choice is simple: either cooperate to acquire capabilities or risk losing those capabilities altogether“.

In Anbetracht des relativen Machtverlusts der USA sind die Europäer gleichzeitig gezwungen, zunehmend mehr Verantwortung angesichts eines komplexen Bedrohungsspektrums zu übernehmen und dies in einem systematischen Aufbau fehlender militärischer Fähigkeiten wirksam werden zu lassen. Seit 2010 sind zahlreiche bi- und multilaterale Initiativen zu verzeichnen, darunter der Franko-Britische Verteidigungspakt und der auf deutsche Vorschläge zurückgehende Gent-Prozess.

Die Bereitschaft, sich an Pooling und Sharing zu beteiligen, setzt jedoch den politischen Willen zur Integration militärischer Fähigkeiten voraus. Je höher die Bereitschaft zur Integration ist, desto höher sind auch die durch Pooling und Sharing zu erreichenden Effizienzsteigerungen.

Die Bilanz der bisherigen europäischen Pooling und Sharing-Anstrengungen ist allerdings ernüchternd. Die Furcht vor einem nationalen Souveränitätsverlust war bisher stets das größte Hindernis. Solange die europäischen Nationen keine Einigkeit über die Frage erzielen, wann und wie Streitkräfte zukünftig eingesetzt werden (siehe Libyen), wird sich an dieser Ausgangslage nur wenig ändern.

3. Modelle für die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen

Langfristig werden die Schwerpunkte von EU und NATO dadurch bestimmt, in welchen Krisen sie ihre begrenzten Ressourcen einsetzen wollen. Zentral für die Entwicklungsperspektiven der GSVP ist die Frage, ob sich das transatlantische Verhältnis langfristig hin zu einer bilateralen Struktur auf zwei Pfeilern – USA und EU – entwickelt.

Im ersten Modell würde sich zwischen den USA und Europa – wie im Übrigen schon seit den 1960er Jahren angedacht und seitdem in zahllosen Dokumenten und Strategiepapieren gefordert – eine gleichberechtigte Zwei-Pfeiler-Allianz entwickeln.

Der europäische Pfeiler würde Sicherheitsprobleme jenseits von kollektiver Verteidigung im eigenen regionalen Umfeld inkl. Afrika eigenständig lösen können, für den Notfall bzw. als Abschreckung stünden aber US-Kräfte bereit, um unterstützend eingreifen zu können.

Friedenssicherungseinsätze wie im Kosovo oder in Bosnien-Herzegowina könnten von dem europäischen Pfeiler nach einem vereinbarten Verfahren ohne US-Beteiligung übernommen werden. Bei globalen Sicherheitsproblemen würde von Fall zu Fall entschieden, ob ein gemeinsames Vorgehen konsensfähig ist oder nicht.

Voraussetzung wäre einerseits, dass die EU mit ihrem Projekt GSVP erfolgreich ist und mehr eigene Anstrengungen (auch finanzieller Art) für die Gewährleistung ihrer Sicherheit unternimmt. Eine gewisse Duplizierung militärischer

Fähigkeiten und Entscheidungsstrukturen ist dabei unvermeidlich, sie erfolgt aber in Absprache mit den USA.

Ungeklärt ist die Frage der Form der Mitentscheidungsmacht Washingtons. Anders gefragt: Kann es zumindest theoretisch Situationen geben, in denen die NATO nicht handeln will und die EU trotzdem gegen den Willen der USA handelt?

Im zweiten Modell würde es mittel- bis langfristig zu einem Bruch in den transatlantischen Beziehungen kommen und die NATO langsam erodieren oder gar konfliktträchtig zerfallen.

Die sicherheitspolitischen Grundannahmen und Bedrohungsanalysen würden sich mittelfristig weiter auseinander entwickeln und EU und USA längerfristig strategische Rivalen werden. Die relative Stabilität einer Weltordnung unter dem Vorzeichen amerikanischer Dominanz würde ersetzt werden durch einen konfliktträchtigen Wettbewerb um Vorherrschaft zwischen den weltpolitischen Polen.

Die relative Stabilität einer Weltordnung unter dem Vorzeichen amerikanischer Dominanz würde ersetzt werden durch einen konfliktträchtigen Wettbewerb um Vorherrschaft zwischen den weltpolitischen Polen.

Im Moment ist die EU zwar noch nicht in der Lage, eine solche Rolle als politischer Rivale zu spielen, wenn sie aber eines Tages in der Lage wäre, ihr ökonomisches Gewicht in politisch-strategische Macht umzusetzen, und zudem die transatlantische Entfremdung weiter geht, könnte dieses Szenario schneller Realität werden, als transatlantische Europäer (und europäische Transatlantiker) befürchten und europäische Autonomisten erhoffen.

4. Was tun? Konsequenzen für Deutschland und die EU

Was also ist zu tun und ist der im Titel des Vortrages unterstellte Befund, nach dem es einer Erneuerung der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft bedürfe, überhaupt zielführend?

Im besten Fall gelingt es tatsächlich, dass sich eine Zwei-Pfeiler-Allianz entwickelt. Die GSVP kann aber nur in dem Maße funktionieren und wachsen, wie sich die gesamte EU in Richtung mehr Staatlichkeit und hin zu einem einheitlichen politischen Akteur entwickelt.

Die GSVP hat mithin einen Quantensprung hinter sich, um die Handlungsmöglichkeiten auszuschöpfen ist aber ein weiterer Quantensprung notwendig. Und selbst eine im Sinne einer Zwei-Pfeiler Allianz umgebaute NATO müsste organisatorisch noch einmal gründlich umgestaltet werden. So wäre vorstellbar, dass entweder der Beschlussfassung im NATO-Rat auf allen Ebenen ein ‚Europäischer Caucus‘ vorgeschaltet oder eine Umgestaltung des Rates angegangen wird, nach der dort nur noch eine amerikanische und eine europäische Stimme abgegeben werden würde.

Element einer solch radikalen Lösung wäre dann auch, eine deckungsgleiche EU-NATO-Mitgliedschaft der europäischen Staaten und/oder eine Mitgliedschaft der EU in der NATO sein.

Doch sind die Europäer dazu bereit und in der Lage und wie kann dies gegebenenfalls in der Praxis der NATO zur Geltung kommen? Und wie können die militärischen Beiträge der europäischen NATO-Staaten mit den parallelen

„Um die Gestaltungskraft der EU in der Welt des 21. Jahrhunderts sieht es allerdings aller Wahrscheinlichkeit unter den gegebenen Voraussetzungen europäischer Politik eher bescheiden aus.“

Entwicklungen im Bereich der GSVP gekoppelt werden? Wenn beispielsweise im Rahmen der GSVP ein eigenes militärisches Hauptquartier nach Vorbild der NATO aufgebaut würde, wie könnte dieses mit den Strukturen der Allianz verbunden werden?

Tragfähige politische Antworten auf diese Fragen sind bisher nicht in Sicht. Die Europäer müssen aber in jeden Fall ihre eigenen Möglichkeiten des Handelns in Krisensituationen verbessern. Knapper werdende Mittel zwingen geradezu zu mehr Gemeinsamkeit.

Insgesamt ergeben sich aus der Analyse der Beziehungen zwischen NATO und EU drei zentrale Konsequenzen:

- Erstens wird EU-Europa mehr für seine eigene Sicherheit verantwortlich sein als jemals zuvor und die europäische Politik muss die Voraussetzungen dafür verbessern, diese Rolle auch auszufüllen. Um die Gestaltungskraft der EU in der Welt des 21. Jahrhunderts sieht es allerdings aller Wahrscheinlichkeit unter den gegebenen Voraussetzungen europäischer Politik eher bescheiden aus. Obgleich sich der Bereich Außen- und Sicherheitspolitik wie kaum ein anderes Politikfeld für gemeinschaftliche Lösungen geradezu aufdrängen würde, steht nicht zu erwarten, dass mit 28 oder gar

30 Mitgliedstaaten das gelingen könnte, was schon mit 15 Staaten nicht erreicht werden konnte: die wirksame Einbringung einer gemeinsamen europäischen Stimme in die internationale Politik.

- Wenn diese Analyse stimmt, dann wären die EU und die sie tragenden Mitgliedstaaten zweitens gut beraten, nach Kräften daran zu arbeiten, dass die USA eine ‚europäische Macht‘ bleiben und sich bei der – notwendigen und sinnvollen – Entwicklung ihrer sicherheitspolitischen Rolle auf eine Weise zu verhalten, die die USA nicht weiter von Europa entfernt. Das dürfte neben zahlreichen inhaltlichen Fragen zu den zentralen bündnispolitischen Herausforderungen der Zukunft gehören.

Die ersten beiden genannten Punkte entscheiden darüber, welchen Stellenwert Europa in den USA behält und wie folgenreich der „pivot towards Asia“ seitens der USA ist.

- Drittens ist trotz aller bereits existierenden offiziellen Bekundungen und formalen Arrangements eine Debatte über eine transatlantische Arbeitsteilung dringend notwendig.

Wenn wir nicht stärker und gehaltvoller über eine Arbeitsteilung zwischen NATO und EU reden, dann kommen wir nicht voran.

Eine Arbeitsteilung könnte man entweder geografisch fassen, das wird sich vermutlich nicht als sehr clever erweisen, aber es wäre theoretisch denkbar. Man könnte auch funktional über eine Arbeitsteilung reden, also NATO gleich anspruchsvolle Kampfeinsätze plus Abschreckung und kollektive Verteidigung und die Europäische Union eher als das, was man als „Zivilmacht-plus“ bezeichnen kann.

„Wenn wir nicht stärker und gehaltvoller über eine Arbeitsteilung zwischen NATO und EU reden, dann kommen wir nicht voran.“

Ich glaube das würde schon in die richtige Richtung gehen. Das heißt im Übrigen nicht, dass auf die militärische Dimension auf EU-Ebene verzichtet werden soll. Denn dass dazu eine Bereitstellung europäischer Fähigkeiten unter Verfügungsgewalt der Allianz (oder genauer gesagt: Beiträge einzelner europäischer Staaten) erforderlich ist, sollte selbstverständlich sein.

Voraussetzung für alles, wie man es dreht und wendet, ist, dass die Europäer es schaffen, ihr Gewicht mehr in eine Waagschale zu werfen. Daraus wer-

den Friktionen innerhalb der NATO ganz zwangsläufig resultieren, weil die Amerikaner es nicht gewohnt sind, dass ihnen ein geschlossener europäischer Block entgegensteht. Wenn es aber so ist, dass die GSVP an Bedeutung gewinnt, dann ist es zwingend notwendig, dass man das mit einem neuen politischen Anlauf verbindet, diese Klammer NATO/transatlantisches Verhältnis relevant zu halten, weil sonst alles auseinander driften wird.

„Eine enge Anlehnung Berlins an Washington ist daher unter den gegenwärtigen Bedingungen Teil der deutschen Staatsräson. Wer jedoch nicht auf Augenhöhe zusammenarbeiten kann oder will, der muss dafür einen Preis zahlen. Diesen legen die USA fest. Und sie sind es auch, die die Spielregeln im Bündnis bestimmen“

Man das mit einem neuen politischen Anlauf verbindet, diese Klammer NATO/transatlantisches Verhältnis relevant zu halten, weil sonst alles auseinander driften wird.

Mit Blick auf größere strategische Linien empfehle ich also dezidiert die Bandwagging-Option, wenngleich nicht in einer

schleimig-unterwürfigen, sondern in einer durchaus selbstbewussten, an den eigenen Interessen orientierten Weise und unter Berücksichtigung des big picture.

Es ist völlig in diesem Sinne aussichtslos die Probleme im transatlantischen Verhältnis dadurch anzugehen, dass man sich als Gegenpol zu den USA generiert. Um es mit Joachim Krause zu formulieren: „Wir sind für absehbare Zeit Nettokonsument amerikanischer Dienstleistungen im Bereich der Sicherheit und sollten nicht unbedingt immer genau diejenigen Instrumente grundsätzlich infrage stellen, mit denen die USA unsere Sicherheit real gewährleistet.“

Ganz ähnlich argumentiert Martin Wagener: „Eine enge Anlehnung Berlins an Washington ist daher unter den gegenwärtigen Bedingungen Teil der deutschen Staatsräson. Wer jedoch nicht auf Augenhöhe zusammenarbeiten kann oder will, der muss dafür einen Preis zahlen. Diesen legen die USA fest. Und sie sind es auch, die die Spielregeln im Bündnis bestimmen“.

Das deutsche Verhalten in der NSA-Frage erscheint in diesem Lichte eher als das pubertierende Rebellieren von unreifen Jugendlichen ohne jeden politischen Weitblick! Ich will allerdings gleich dazu sagen, dass die Positionen von Krause, Wagener und Varwick nicht repräsentativ für die deutsche Politikwissenschaft stehen. Im Gegenteil: sie müssen schon fast unter Denkmalschutz gestellt werden.

Ich hoffe gleichwohl, dass der Game changer Ukraine-Krise den Wert der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft wieder für breitere Bevölkerungsschichten sichtbarer macht und gehaltvoller über den Preis der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft diskutiert wird.

Vielen Dank für Ihre Geduld, ich freue mich auf die Diskussion mit Ihnen!

Zum Autor: Professor Dr. Johannes Varwick ist Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören u.a. die NATO und die Vereinte Nationen, die europäische und deutsche Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie internationale Sicherheit und strategische Fragen. Er ist Mitglied im Beirat der Clausewitz-Gesellschaft e.V. Den obenstehenden Vortrag hat er auf der 48. Sicherheitspolitischen Informationstagung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. mit der Führungsakademie der Bundeswehr am 23. August 2014 in Hamburg gehalten.

Kapitel III

Beiträge aus der Arbeit der Clauewitz-Gesellschaft e.V.

Einhundert Jahre Schweizer Luftwaffe

Markus Gygax

Vom Ikarus zum „Urwunsch“

Genialität, Übermut und Realität zeichnen die Entwicklung der Fliegerei aus. Auch die der Schweizer Luftwaffe. Genial war der Gedanke von Dädalus, aus dem Gefängnis zu fliegen, da Land- und Wasserweg versperrt waren. Er tat es den Vögeln gleich und leimte sich dazu Schwingen aus Pech und Federn. Übermütig war sein Sohn Ikarus. Beflügelt vom herrlichen Gefühl, über Berge und Meere zu fliegen, kam er der Sonne zu nahe. Das Pech schmolz, und er stürzte ins Meer, welches seither Ikarisches Meer genannt wird. Dem Vater Dädalus gelang die Flucht. 600 Jahre v. Chr. setzte er den Urwunsch des Menschen, fliegen zu können, in die Realität um.

2000 Jahre später entwarf Leonardo da Vinci (1452-1519) mit seiner genialen Vorstellungskraft Flügel und Flugmaschinen. Er äußerte sich: „*Wer einmal das Fliegen erlebt hat, wird auf Erden stets mit zum Himmel gewandten Augen einhergehen; denn dort wird er mit seinen Gedanken immer sein.*“ 200 Jahre später



verwirklichten die Gebrüder Montgolfière die geniale Idee, heiße Luft, in einer Hülle verpackt, zur Überwindung der Gravitation zu verwenden. Im Juni 1783 waren es ein Huhn, ein Schaf und eine Ente, welche sie zum Himmel empor steigen ließen – im November desselben Jahres war es der Mensch. Zuschauer war König Louis XVI. Weitere 120 Jahre später, am 17. Dezember 1903, folgte der geniale Durchbruch des Menschen: Fliegen mit einem Gefährt, welches schwerer als Luft ist. Die Gebrüder Wright realisierten ein Flugzeug mit Antrieb und konnten sich damit für ein paar Sekunden in der Luft halten.

In der Aviatik begann Übermut die Genialität abzulösen und endete leider sehr oft in der tödlichen Realität. Ikarus und Dädalus fanden ihre Nachahmer.

In der Aviatik begann Übermut die Genialität abzulösen und endete leider sehr oft in der tödlichen Realität. Ikarus und Dädalus fanden ihre Nachahmer.

Vom Bleistift und Papier zum „Wilden Haufen“

Auch das Schweizer Militär war angetan von der genialen Idee, von oben beobachten zu können. Im September 1911 erfolgten im Rahmen der Manöver des 1. Armeekorps erstmals militärische Aufklärungsflüge ab Oron-la-Ville. Ernst Failloubaz war der Pilot und Oberleutnant Gustave Lecoultre der Beobachter. Failloubaz besaß seit dem 10.10.1910 das Pilotenbrevet Nr. 1.

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) erkannte den Wert der Nutzung der dritten Dimension. Sie rief 1912 zur Nationalspende zugunsten der Aviatik auf. 1,7 Mio. SFR kamen zusammen, welches 1,6 Prozent des damaligen Bundesbudgets entsprach. Umgerechnet wären das heute ca. 1 Mia SFR! Die Genialität der Aviatik überzeugte das Schweizervolk.

Die schweizer Aviatiker hielten im internationalen Vergleich bestens mit. Allen voran war der Pionier Oskar Bider. Er überflog als Erster die Pyrenäen sowie die Alpen von Bern nach Mailand (13. Juli 1913).

Wenn es kritisch wird, reagiert die offizielle Schweiz. Nur oft zu spät. Am 31. Juli 1914, unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, beauftragte der Chef des Nachrichtendienstes im Generalstab den Kavallerie-Instruktor und Pilot Theodor Real, eine Luftwaffe auf die Beine zu stellen. Ausgangskapital waren ein Bleistift, Papier und ein Büro im Bundeshaus Ost. „*Ich stand vor einem Nichts*“, war der Kommentar von Real. Am 3. August 1914 verordnete der Bundesrat die erste schweizerische Fliegerabteilung unter der Leitung von Hauptmann Real. Auf dem Beundenfeld (Berner Allmend) trommelte dieser 9 Piloten zusammen. Zur Verfügung standen ihnen 8 Flugzeuge, welche den Piloten gehörten oder requiriert wurden, und ein Reservemotor.

Doch das Sammelsurium von Flugzeugen und der Standort Bern waren ungeeignet. Im Dezember verlegte man nach Dübendorf und hielt Ausschau nach neuen, besseren und einheitlicheren Flugzeugen.

Vom Weltkrieg zum „Ohne uns“

Aber, woher nahm man neue Flugzeuge? Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA antworteten auf die Anfrage der Schweizer: „*Liebe Freunde, wir sind im Krieg und benötigen die Flugzeuge selbst.*“ Und wie reagierte die offizielle Schweiz in dieser Situation? Sie baute eigene Flugzeuge. Der

Konstrukteur hieß August Häfeli. Er konstruierte die DH-1 (DH = Doppeldecker Häfeli) und weitere Modelle. Diese, bei der Einführung bereits veralteten Modelle, waren bei den Piloten unbeliebt und entsprachen nicht deren Erwartungen. Bei soviel Ungereimtem warf Theodor Real 1916 das Handtuch. Die Fliegertruppe wurde dann der Abteilung „Genie“ unterstellt, und Oberleutnant Oskar Bider, der 1. Cheffluglehrer, leitete die Pilotenausbildung.

Die Schweizer Luftwaffe war im ersten Weltkrieg unbedeutend. Sie schulte jedoch intensiv und hatte nach dem Krieg 73 brevetierte Militärpiloten. 1919 zählte sie fünf Fliegergeschwader à je 1 Fliegerstaffel, 1 Bereitstellungseinheit, 1 Fotografen Kompanie und 1 Fliegerpark Kompanie. Im gleichen Jahr stürzte der 28-jährige Oskar Bider tödlich ab. Theodor Real überlebte die Fliegerei und starb 1971 im Alter von 90 Jahren.

Vom Dazwischen zum „Wir sind stark“

Ja, zwischen den Weltkriegen konnten Flugzeuge gekauft werden. 1924 zählte die Luftwaffe 234 Fluggeräte und verfügte, neben den Hauptflugplätzen Dübendorf, Thun, Lausanne und Payerne, über 11 zusätzliche Exerzierplätze und 8 Zivilflugplätze.

Charles Lindbergh überquerte 1927 fliegend den Atlantik und sorgte für einen weiteren Auftrieb in der Aviatik. Genialität, Übermut und Realität lösten sich laufend ab.

Zu den Schweizer Militärfliegern kamen 1930 die Fliegerabwehr (Flab) und der Flieger-Beobachtungs- und Meldedienst (FLBMD) hinzu, was der neu bezeichneten Flieger- und Fliegerabwehr Truppe (FF Trp) zur selbständigen Waffengattung verhalf. Die kleinste Einheit bei den Fliegern war die Fliegerkompanie (200 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten) mit einer Fliegerstaffel und bei der Flab die Batterie mit Geschützen, Entfernungsmessern, Horchgeräten und Scheinwerfern.

Flugmeetings waren damals „en vogue“, wie z. Bsp. die Flugveranstaltung von 1937 in Dübendorf. Das Publikum hatte die Chance, „die Helden der Lüfte“ bestaunen zu können.

Vom Davor zum „Schon wieder zu spät“

Vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges waren die Flieger- und Fliegerabwehrtruppen gut organisiert, verfügten aber über veraltetes Material, wie der Rest der Armee. Nur 10 der 21 Fliegerstaffeln waren einsatzbereit. Die übrigen Staffeln verfügten über zu wenig Piloten, und diese flogen veraltete C-36. Das Rückgrat der Fliegertruppen bildeten 34 französische Morane D-3800 und 58 deutsche Messerschmitt Me-109 D/E.

Nach Ausbruch des Krieges erfolgte eine weitere Anfrage nach Flugzeugen an Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die USA. Deren Antwort lautete wie 1914: „Liebe Freunde, wir sind im Krieg und benötigen die Flugzeuge selbst.“ Also bauten die Schweizer eigene Flugzeuge. Bei Indienstellung überzeugten diese aber nicht. Sie waren leistungsschwach und unterlegen.

Den deutschen Jagdflugzeugen, welche im Jura den schweizer Luftraum verletzen, konnte nur „mit gleich langen Spießen“ (Moran und Messerschmitt) Paroli geboten werden. Im Mai / Juni 1940 schossen die Schweizer Piloten 11 gegnerische Flugzeuge ab und mussten 3 Piloten / Beobachter als Verlust hinnehmen. Daraufhin reagierten die Politik und die Armeeführung mit einem Verbot, der Schweizer Grenze entlang zu patrouillieren und die Deutschen ihrerseits mit mehr Respekt vor dem Schweizer Luftraum.

Zahlreiche Bomber der Alliierten und auch der Deutschen wurden interniert und zur Landung in Dübendorf und der Romandie gezwungen. Innert zweier Jahre verfügte die Schweiz unter anderem über 76 B-17 und 82 B-24. Dies war eine enorme Bomberflotte, deren Flugzeuge die Bevölkerung wegen der vier Motoren erstaunte. In der Schweiz gab es bis dato nur Militärflugzeuge mit einem Motor. Die absolute Sensation jedoch war die Messerschmitt Me-262, welche Oberfähnrich Mutke am 25. April 1945 nach Dübendorf flog: Ein Flugzeug ohne Propeller! Das hatte bis dahin noch niemand gesehen. Selbstverständlich baute man ein Triebwerk aus und testete es intensiv im Flugzeugwerk Emmen.



Vom genialen Wurf zum „leider Nein“

Die Welt lag 1945 am Boden, und die Schweiz hatte Kapazität für Eigenentwicklungen. Vorerst faszinierte der britische Jet VAMPIRE (De Havilland, DH-100).



Unsere Regierung holte das „schon wieder zu spät“ beim Ausbruch des Krieges nach und bestellte 1947 75 VAMPIRE in Grossbritannien und ließ zusätzliche 100 in Lizenz bauen.

Beinahe gleichzeitig definierte die Eidgenössische Kommission für militärische Flugzeugbeschaffung (KMF) unter der Leitung von Professor Jakob Ackeret Aufträge an das Flugzeug-Werk (F+W) Emmen und an die Flug- und Fahrzeugwerke Altenrhein (FFA) für die Entwicklung von neuen Kampfflugzeugen. Daraus entstanden die genialen Würfe P-16 als Jagdbomber und die N-20 als Nurflügler-Jagdflugzeug. Beides waren revolutionäre Projekte jener Zeit. Zwei



Prototypen des P-16 stürzten aus banalen technischen Gründen ab (Treibstoffzufuhr und Hydraulik), und der N-20 verfügte zu Beginn über zu leistungsschwache Triebwerke, welche in den Flügelwurzeln Platz fanden. Die Politik verkrachte sich mit den Kon-

strukteuren und verlor zu früh den Mut. Die Folge daraus war: Man kehrte zurück zum Bewährten. 1951 bestellte man in Großbritannien 100 Stück vom Nachfolgemodell des VAMPIRE, den VENOM, DH-112, und drei Jahre später weitere 100 Stück. Mitte der 50er-Jahre zählte die Luftwaffe um die 400 Kampfflugzeuge.

Damit nicht genug bestellte die Regierung 1958 als Ersatz für die P-16 und N-20 in Großbritannien 100 Stück einer weiteren Genialität der Jagdflugzeugfamilie: den Hawker HUNTER. Die kleine Schweiz, im Herzen Europas, hatte somit eine Luftwaffe mit einem Kampfflugzeugbestand von 500 Stück.

Vom genialen Entscheid zum „leider Adieu“

Anfang der 60er Jahre war die neuste menschliche Fähigkeit, Überschall zu fliegen; ja sogar doppelte Schallgeschwindigkeit zu erreichen. Dies beflügelte auch unsere Regierung. Die Devise lautete: Nur jetzt nicht abhängen! Schließlich wäre da noch die Atombombe, welche man auch noch haben sollte...

Eine Auswahl von acht Kandidaten reduzierte man auf zwei: den DRAKEN von SAAB (!) und die MIRAGE von Dassault. Die MIRAGE machte das Rennen mit der Auflage, dass Flugzeug und Triebwerk aus Frankreich, die Elektronik und Bewaffnung aus den USA kommen. Dies war eine geniale Idee. Aber zu meinen, man könne diese „Verheiratung“ zum gleichen Preis erhalten und gleich 100 Stück davon bestellen, war übermütig. Die Realität lehrte uns eines Besseren: Die Beschaffung wurde doppelt so teuer, und ein Nachtragskredit jagte den andern. Zum Schluss einigte man sich auf noch 57 Flugzeuge. Daraus zogen ein Bundesrat, ein Generalstabschef und ein Kommandant Luftwaffe die Konsequenz und „nahmen den Hut“. Noch heute gilt diese Zeit als MIRAGE-Skandal, und Flugzeugbeschaffungen in der Schweiz sind seitdem von hohen Emotionen begleitet.



...Die kritische Frage sollte gestellt werden, inwieweit die militärische Expertise bei der Entscheidungsfindung der Regierenden und des Parlaments substantiell mit eingebracht wird. Eine Mitwirkung militärischer Ratgeber zur Vorbereitung des politischen Entscheidungsprozesses ist angesichts der tripolaren Kraftlinien der Clausewitz' Wunderlichen Dreifaltigkeit logisch, weil ein breiter gesellschaftlicher Diskurs, politischer Wille und zweckrationaler Einsatz der Streitkräfte einander bedingen. Die Partizipation militärischer Ratgeber sollte sich dabei nicht auf streitkräftespezifische Einsatzfragen beschränken. Vielmehr ist die Frage zu beantworten, inwieweit die militärische Seite in die Diskussionen um die gesamtpolitischen Vorgehensweisen mit eingebunden werden.

(Lennart Souchon: Carl von Clausewitz. Strategie im 21. Jahrhundert, Mittler Verlag, Seite 179).

Doch die MIRAGE IIIS und IIIRS (S für Suisse und RS für Reconnaissance Suisse) war ein geniales Flugzeug. „Ein Flugzeug, das schön aussieht, fliegt auch gut“, meinte der Hersteller und Konstrukteur Marcel Dassault. Damit hatte er Recht: Mit nur 6 Tonnen Schub erreichte dieses „Wunderding“ Mach 2 (ca. 2400 km/h, Technologie aus den 50er Jahren). Zum Vergleich: Der F/A-18 verfügt über 16 Tonnen Schub und fliegt „nur“ Mach 1,8. Aber wie im Leben generell hat alles seine Vor- und Nachteile. Ein Flugzeug, welches schnell fliegen kann, hat Mühe, langsam zu fliegen. Dies ist heikel beim Start, bei der Landung oder bei engen Kurven, speziell im Gebirge bei schlechter Witterung.

Die MIRAGE IIIS war mit einem zusätzlichen Raketentriebwerk (SEPR) ausgerüstet. Dies gab dem Flugzeug über alle Höhen einen zusätzlichen Schub von



1,5 Tonnen für ca. 80 Sekunden. Dadurch war es möglich, die MIRAGE auf über 20'000 m/M zu katapultieren. Diese Höhe verlangte jedoch, dass der Pilot einen Druckanzug trug, der ihn, bei einem möglichen Druckabfall der Kabine (Dekompression) in über 15'000 m/M, vor dem sicheren Tod schützte. Auch Starthilfen (Jato Raketten) besaß die MIRAGE, um nach wenigen hundert Metern von der Piste wegzukommen. In ihrem

Waffenarsenal fehlten weder eine Radar- noch eine Infrarot-Lenkwanne noch eine steuerbare Luft-Boden-Lenkbombe. Das Wunderding hatte aber seinen Preis.

Zeitgleich und völlig unauffällig beschaffte man eine Langstrecken-Flugzeugabwehrlenkwaffe, die BL-64 Bloodhound, mit 68 Feueinheiten, auf 6 Lenkwaffenstellungen über die Schweiz verteilt.



Die Einsatzdistanz betrug ca. 100 km, die Einsatzhöhe ca. 20'000 m/M. Zusätzlich erhielt die Luftwaffe ein Kanonen-Fliegerabwehr-System aus heimischer Produktion. Und da Sensoren ebenso wichtig sind wie Waffen, ergänzte man Flieger und Flab mit dem Führungsunterstützungs-System FLORIDA. Gut gerüstet und mit einer schlagkräftigen Waffengattung harter man im Kalten Krieg der 60er Jahre der Dinge, welche hoffentlich nie kommen würden.



Diese Zeit war geprägt von einem intensiven Wehrwillen, manifestiert durch große Armeekorps-Übungen mit Defiles, von Einheitlichkeit, Geschlossenheit, Verbundenheit, Präzision, Schlagkraft, Treffsicherheit und Schutz. Zahlreiche Autobahnstrecken wurden als Notflugplätze konzipiert und auch getestet. Wir waren bereit.

Vom Quantum zum „Marginalen“

Die Quantität stimmte bei den Flugzeugen. Anfang der 70er Jahre versuchte man aber auch, die Qualität dem weltweiten Fortschritt anzugleichen. Die VENOM- und HUNTER-Flotten waren als Jagdbomber bezüglich Zielauf-



findung und -bekämpfung veraltet. Inertialplattformen (INS) und Bombenrechner hatten Karte, Kurskreisel und Stoppuhr abgelöst. Daher kam die Forderung nach einem modernen Jagdbomber. Zur Auswahl standen der französische MIRAGE Milan und der US-amerikanische CORSAIR A-7. Innerhalb der Luftwaffe war man sich nicht einig darüber, welches Modell hinsichtlich der Anforderungen das Richtige war. Die Berufsmilitärpiloten (BMP) von Dübendorf plädierten für den CORSAIR – nur er war in ihren Augen der richtige Jagdbomber. Die BMP von Payerne favorisierten den MIRAGE Milan, da dieser sich mit dem noch stärkeren Triebwerk als die MIRAGE IIIS auch für die Luftverteidigung einsetzen ließe. Und wie reagiert die Politik, wenn Uneinigkeit herrscht? Mit einem Nullentscheid. Dies war 1972. In der Folge kaufte man auf der ganzen Welt alle verfügbaren HUNTER oder Teile davon und vergrößerte so die Flotte auf 160 Flugzeuge. Man versah sie mit größeren Zusatztanks, um ihre Reichweite etwas auszudehnen, montierte einen rudimentären Radarwarner und installierte bei einigen Staffeln die TV-Bombe MAVERICK samt Zielvorrichtung. Dies alles geschah in der Hoffnung, dass die Piloten mit denselben Karten, Kurskreiseln und Stoppuhren (Swiss Made) trotzdem ihre potentiellen Ziele jenseits der Grenze finden und treffen würden. Zum Glück mussten wir's nicht beweisen.

Als Schutz für die Jagdbomber-Armada entstand man Ende der 70er Jahre 110 Stück vom Raumschutzzäger F-5 E/F, TIGER II. Auch mit ihm war Quantität gefragt und nicht Qualität. Denn es hätte bereits den F-16 gegeben, welchen die „kriegsversehrten“ Staaten wie Belgien, die Niederlande, Dänemark und Norwegen kauften.

Vom Fall der Berliner Mauer zum „totalen Frieden“

Nach dem Fall der Berliner Mauer wahrsagten viele den ewigen Frieden. Ausgerechnet in diese Zeit fiel der Entscheid für den MIRAGE-Ersatz durch den F/A-

18, HORNET, welcher wieder die Qualität repräsentierte. Allerdings konnte sich die Schweiz nur 34 Stück leisten, während zeitgleich die Finnen vom selben Muster 64 beschafften. Ein zähes Ringen bezwang im politischen Hindernislauf die Volksinitiative der Armeeabschaffer, GSoA, mit 57 Prozent zugunsten des HORNET.



Vier wichtige Aspekte der Luftwaffe sind bis dahin zu ergänzen:

Die Auslandeinsätze: Ausschlaggebend war unsere Kunstflugstaffel ‚Patrouille Suisse‘ (PS), die mit der Feier ‚50 Jahre Luftwaffe‘ und der Landesausstellung in Lausanne 1964 gegründet wurde. 1978 gestattete uns der Bundesrat, trotz strenger Neutralität, einen Besuch mit der PS bei der ‚Patrouille de France‘ in Salon de Provence. Mit Schweizer Kampffjets ins Ausland fliegen zu dürfen, war damals das höchste aller Gefühle. Unser Erfolg auf der Air Show in Frankreich war politisch so durchschlagend, dass wir ab dann jedes Jahr mit unserem Kunstflugteam ins Ausland fliegen durften.

Ab 1985 gestattete uns die hohe Politik sogar auch Ausbildungskampagnen mit allen Kampfflugzeugen. Wir flogen mit den MIRAGE und TIGER in Decimomannu (Sardinien) über dem Mittelmeer Luftkampf, dasselbe in Waddington (UK) über der Nordsee sowie seither regelmäßig Nachtflug in Oerland (Norwegen). Was früher neutralitätspolitisch unvorstellbar war, ist heute Normalfall.

Die Helikopter: Zögerlich startete die Luftwaffe mit dem HILLER Hubschrauber, der zwar senkrecht starten und landen konnte und auch schwebte, nur die Transportkapazität ließ zu wünschen übrig. Diese verbesserte sich mit der Alouette II. Aber erst das Nachfolgemodell Alouette III war leistungs- und transportstärker und eignete sich für zahlreiche Bedürfnisse der Luftwaffe und der Armee. Den Durchbruch schließlich erzielten der mittelgrosse Transporthelikopter SUPER PUMA (15 Stück) und COUGAR (12 Stück). Sie bilden das Rückgrat der heutigen Heli-Flotten, zusammen mit dem neuen Schulungs- und Transportheli EC-635 (20 Stück). Selbstverständlich werden die Hubschrauber auch für zivile Hilfs- und/oder Löschaktionen im In- und Ausland eingesetzt. Der große politische Entscheid hierzu erfolgte zum Hilfseinsatz 1999 in Albanien und seither zum ständigen Einsatz von zwei Maschinen im Kosovo.

Die Drohnen: Unbemannt in der Luft präsent zu sein, hat viele Vorteile. Drohnen ergänzen Flugzeuge und Helikopter, selten ersetzen sie diese. Drohnen haben Zukunft. Zurzeit laufen die Entwicklungen zu den Kampfflugzeugen noch parallel. 1995 stieg die Schweizer Armee mit der Kleindrohne ADS-95 RANGER in die Entwicklung ein. Die Zuladung der RANGER beträgt bescheidene 40 kg, die Einsatzhöhe von ca. 3'000 m/Grund gestattet kein Überfliegen der Alpen, und die Einsatzdauer beschränkt sich auf kurze 3 bis 4 Stunden. In Beschaffung ist eine mittelgroße, unbewaffnete Drohne, welche nur für die Aufklärung eingesetzt wird. Sie wird eine Zuladung von 300-400 kg haben, bis auf ca. 10'000 m Höhe steigen und um die 30 Stunden in der Luft bleiben können. Dies ist eine gewaltige Verbesserung der Leistungsfähigkeit und von großem Nutzen für die militärischen wie zivilen Organisationen (unter anderem Polizei, Feuerwehr und Grenzwacht).

Zu guter Letzt, **die Damen:** In den 90er Jahren ließ die Luftwaffe auch Frauen als Helikopterpilotinnen zu. Ihre Integration beim fliegerischen Personal war so unproblematisch wie in vielen anderen Luftwaffen auch. Mit der Armee XXI (2004) wären auch Frauen auf Kampfflugzeugen zugelassen, aber die Damen lassen sich noch Zeit. Keine wagt bis heute den Schritt. Momentan fliegen ca. 10 Frauen in Voll- oder Teilzeit in der Luftwaffe.



Vom Wohlstand zum „Umstand“

Wohlstand basiert auf Sicherheit und Stabilität. Diese Sicherheit und diese Stabilität werden in unserer Wohlstandsgesellschaft als selbstverständlich vorausgesetzt. Wie zuverlässig diese Selbstverständlichkeit ist, zeigt sich an der Peripherie von Europa (Nordafrika, Naher Osten, Ukraine etc). Und das je länger, je mehr und je eindrücklicher...

Für die Armee, aber ganz speziell für die Luftwaffe bedeutet dies, dass Qualität und Quantität dem Umfeld angepasst sein müssen. Und Einsätze während 24 Stunden an 365 Tagen, Tag und Nacht und bei jedem Wetter, sind eine Selbstverständlichkeit.

Die Qualität haben wir heute in der Luftwaffe mit dem F/A-18, dem SUPER PUMA/COUGAR und den Sensoren FLORAKO. Seit dem Nullentscheid

durch das Volk vom 18. Mai 2014 steht die Kampfflugzeug-Flotte HORNET aber alleine da. Die 32 verbliebenen Maschinen sind zu wenig, um im Frieden, in der Spannung und im Konfliktfall den Schutz des Luftraumes gewähren zu können. Denn maximal die Hälfte oder nur ein Drittel der Flugzeuge sind operationell einsetzbar. Der kleine Luftraum Schweiz, im Zentrum Europas, mit einer sehr kurzen Vorwarnzeit (unter anderem gemessen an den Flugeschwindigkeiten von Zivilflugzeugen), verlangt mehr Flugzeuge. Denn speziell in Zeiten der Spannung oder des Konflikts müssen diese in der Luft präsent sein, um rechtzeitig ein Flugobjekt zu erreichen. Es genügt nicht, in Alarmposition am Boden zu warten.



Daher: Wie geht es nach dem Nullentscheid vom Mai 2014 weiter mit dem HORNET, dem TIGER, der DROHNE, der FLIEGER-ABWEHR und der PATROUILLE SUISSE? Es muss weiter gehen für die Flieger, die Fliegerabwehr und die Führungsunterstützung. „Die Vernunft ist auf das werdende, der Verstand auf das Gewordene angewiesen.“ (Goethe)

Politik und Armeeführung sind gefordert. Dazu sind stringente Logik und klare Aussagen zur Zweck-Ziel-Mittel-Relation der Clausewitz-Kernaussagen hilfreich: „Viele Dinge im Leben sind einfach, aber das Einfache ist oft schwierig.“ (Carl von Clausewitz, Vom Kriege)

Rund um den Globus ist Luftmacht in allen größeren Konflikten von entscheidender Bedeutung, oft sogar der ausschlaggebende Faktor!

Zu wünschen sind: Genialität und Realität, möglichst ohne Übermut.

Zum Autor: Markus Gygax, geboren 1950, ist Korpskommandant/Generalleutnant außer Dienst der Schweizer Armee und Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft, Sektion Schweiz. Er war Kommandant der Schweizer Luftwaffe von 2008 – 2012, zuvor Chef Operationen der Luftwaffe und Kommandant Stellvertreter der Luftwaffe im Range eines Zweisterngenerals. Er hat eine Militärpilotenlaufbahn hinter sich, war Staffelkommandant-Stellvertreter auf Hawker HUNTER, Staffelkommandant auf F-5 TIGER II, Geschwaderkommandant auf MIRAGE III/RS und vor der Beförderung zum Brigadegeneral Chef Einführung F/A-18. Seine Flugstunden summieren sich gegen 5000. Darin ist der

10-jährige Einsatz als Mitglied der Kunstflugstaffel PATROUILLE SUISSE enthalten. Als Kommandant der Luftwaffe war er Mitglied der Vereinigung der Europäischen Luftwaffenchefs (EURAC), heute ist er Mitglied der ehemaligen Luftwaffenchefs (AFEURAC).

Quellen:

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der militärischen Landesverteidigung, 6.6.1966

Sicherheitspolitischer Bericht (SIPOL B) 2000, 7.6.1999

Schweizer Luftwaffe, offizielle Jahrespublikation, verschiedene Ausgaben

VBS, Luftwaffe, UNO ZERO ZERO, Ein Jahrhundert Schweizer Luftwaffe, 2013

Franz Wegmann, 100 Jahre Schweizer Luftwaffe, AeroRevue 2014

Jürg Studer, 100 Jahre Luftwaffe, ASMZ 2014

Lennart Souchon, Carl von Clausewitz. Strategie im 21. Jahrhundert, 2012 E.S. Mittler & Sohn GmbH

Fotos:

© Schweizer Luftwaffe, Helmut Steck

Russische Politik in der Ära Putin

Joachim von Arnim

Nikolai Karamsin, der als Historiker für die russische Geschichtsschreibung eine vergleichbare Bedeutung hat wie Leopold von Ranke für die deutsche, also jener Historiker, der das russische Selbstverständnis wie kein anderer nach ihm bis heute geprägt hat, fasste bei aller Länge und Differenziertheit seiner Darstellung die Gesamtentwicklung der Geschichte Russlands im Grunde als einen weitgehend bruchlosen Expansionsprozess auf. So entstand das Grundnarrativ der russischen Historiographie von der „Sammlung russischer Erde“. Sie beginnt, nach der Zertrümmerung der „Kiewer Rus“, also des Ursprungs ostslawischer Staatlichkeit, durch die Mongolen 1237, etwa 200 Jahre später mit der Eroberung der slawischen Teilfürstentümer vom anfangs kleinen Fürstentum Moskau aus und endet in der Vorstellung wohl der Mehrheit auch der heutigen Russen mit den Eroberungen der Zaren über die Jahrhunderte bis an den Pazifik zum Schluss des 19. Jahrhunderts.

Die Eroberung Kazans an der Wolga 1552 mit der endgültigen Niederlage der Mongolen, die Übernahme der nur kurz selbständigen Kosaken-Republik Ukraine 1654, die Eroberung Sibiriens 1689, die Annexion Estlands und Livlands durch Peter den Großen 1710, die Eroberung der Krim von den Osmanen 1780 durch die große Katharina, des Kaukasus um 1800, des Fernen Ostens 1858 und Zentralasiens 1868 waren dann die weiteren wesentlichen Etappen dieses Ausdehnungsprozesses, der von den Russen nicht etwa als Kolonisation ähnlich dem Entstehen der englischen und französischen Kolonial-Reiche verstanden wird, sondern, ähnlich dem Vorantreiben der „Frontier“ durch die USA in Nordamerika, als Ausdehnung Russlands selbst.

Im Ergebnis führt dies dazu, dass eine Stadt wie Wladiwostok, die doch noch weiter ostwärts liegt als Korea und Japan, von den Russen als russische Stadt empfunden wird, nicht weniger als z. B. Smolensk. Das mag uns seltsam erscheinen, aber es ist das Ergebnis der über die längste Zeit dieser Entwicklung andauernden und Russland bis heute prägenden Konzentration auf die eigene Macht, auf die die anderen damaligen Großmächte nur eher vom Rande ausstrahlten. Dieses Russland hatte eben keine valablen Nachbarn, bis die jahrhundertelange Aneignung des umgebenden Landozeans gegen Ende des 19. Jahrhunderts von Deutschland bis Japan auf wirklich nachhaltigen Widerstand stieß. Finnland oder Polen z.B. waren keine solchen valablen Nachbarn, auch

wenn sie es verstanden, sich gegen die Russifizierung einigermaßen zu verteidigen. Zur Selbständigkeit waren sie zu schwach und konnten deshalb nach russischem Verständnis nichts anderes tun, als sich politisch dem doch offensichtlich übermächtigen Russland zu unterwerfen.

Dies alles ist nicht nur Geschichte, und eine vergrößerte Geschichte noch dazu - in Russland hat es eine um Objektivität bemühte Geschichtswissenschaft seit dem 19. Jahrhundert nicht mehr gegeben - sondern dieses Selbstverständnis hat die russische Identität so tief geprägt, dass z. B. Putins Ukraine-Politik bei der Masse der russischen Bevölkerung von heute sehr populär ist. Aus dieser Perspektive tut er doch nur etwas Natürliches, eigentlich Selbstverständliches, wenn er die alte Ausdehnung wiederherstellt. So hat diese russische Masse Putins Wertung von schon vor einigen Jahren, der Zerfall der Sowjetunion sei die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen, nicht etwa als resignierte Klage über endgültig verlorene Größe verstanden, sondern als Ausdruck des eisernen Willens, alles zu tun, um den status quo ante 1991 wiederherzustellen.

Putin hat das inzwischen auch ganz explizit gemacht. In der großen Rede im Kreml am 18. März 2014, mit der er die Annexion der Krim rechtfertigte, sagte er u.a., er rechne damit, dass die Menschen in Deutschland auch das Bestreben der russischen Welt zur Wiedererrichtung der Einheit des historischen Russland unterstützen würden. Es geht also um die Wiedererrichtung der Einheit des historischen Russland. Was Putin darunter versteht, hat er in diesem Jahr auch klargelegt. Sowjetunion, das sei doch nur ein Name für Russland gewesen. Das Russland, das er wiederherstellen will, ist also jedenfalls territorial identisch mit dem Territorium der Sowjetunion bis zu ihrem Zerfall 1991. Es geht also nicht nur um die Krim oder die östliche Ukraine, sondern um eine fundamentale Revision der 1991 entstandenen Macht-Konstellation.

Es geht also um die Wiedererrichtung der Einheit des historischen Russland. Was Putin darunter versteht, hat er in diesem Jahr auch klargelegt. Sowjetunion, das sei doch nur ein Name für Russland gewesen.

Wir sollten darin nicht nur eine völlige Verkenning der inzwischen erreichten Festigkeit der seit dem weltpolitischen Umbruch unter Gorbatschow entstandenen, völkerrechtlich sanktionierten und machtpolitisch untermauerten Struktur Ost-Europas und Zentralasiens sehen. Aus russischer Perspektive ist die Revisionspolitik Putins auch nicht präzedenzlos. 1917 war Russland ja schon einmal ähnlich tief zerfallen. Die baltischen und kaukasischen Staaten

waren selbständig geworden genauso wie Weißrussland und die Ukraine, auch der Ferne Osten hatte sich gelöst. Gegen Mitte der zwanziger Jahre, als nach Weißrussland und der Ukraine auch die Kaukasischen Staaten ihre Unabhängigkeit wieder verloren, war aber dann fast alles wieder beisammen und spätestens mit der Überantwortung des Baltikums und Bessarabiens durch Hitler an Stalin war die alte Gestalt nach ungefähr 25 Jahren wiederhergestellt.

Und wie seinerzeit hält die russische Masse diese Revisionspolitik auch für völlig legitim. Eine unabhängige Ukraine ist aus dieser Perspektive ohnehin eine Absurdität, von Weißrussland, das sich ja schon einfügt, ganz zu schweigen. Das

den territorialen Anspruch tragende Machtübergewicht auch des heutigen, viel schwächeren Russland über seine neuen Nachbarn ist, so wird es empfunden, doch offensichtlich und die Einmischung des Westens ist danach illegitim und antirussisch. Der Paradigmenwechsel vom Ziel weltweiter Ausstrahlung sowjetischer Macht zur Konzentration auf

Der Paradigmenwechsel vom Ziel weltweiter Ausstrahlung sowjetischer Macht zur Konzentration auf die Wohlfahrt der russischen Bürger, den Gorbatschow mit der Entlastung vom Imperium und der Gewinnung westlicher Hilfe bewirken wollte, ist nicht gelungen, weil nicht verstanden.

die Wohlfahrt der russischen Bürger, den Gorbatschow mit der Entlastung vom Imperium und der Gewinnung westlicher Hilfe bewirken wollte, ist nicht gelungen, weil nicht verstanden. Der darin liegende Bruch mit der historisch überkommenen Identität eines zwar armen aber mächtigen Russland war zu stark, auch nach mehr als 20 Jahren.

Zum Vorschein kommt das „eurasische“ Selbstverständnis, das sich im Kampf der „Slawophilen“ mit den „Westlern“, so einflussreich diese zeitweise auch waren, im 19. Jahrhundert durchgesetzt hat und auch die sowjetische Perspektive bestimmte. Von Moskau aus gesehen bestimmt die Perspektive eben nicht nur der europäischen Westen, sondern auch der Süden mit den türkischen Meerengen, Kleinasien und dem Nahen Osten, der Südosten mit Iran, Afghanistan und Indien, der Osten mit China und die Arktis im Norden mit den USA und Kanada. Russland kann, so gesehen, keine europäische Macht sein. Dazu ist es viel zu groß und denkt in seiner Rundumsicht natürlich auch nicht weniger über die kommenden Weltmächte auf diesem eurasischen Kontinent nach, nämlich Indien und vor allem China, als über die USA, der aus russischer Sicht einzigen, wirklich ebenbürtigen Macht.

Wenn man versucht herauszufinden, wie stark diese völlig überzogene Vorstellung von der Russland eigentlich zukommenden Position heute ist, muss

man sich mit der Russland heute beherrschenden Elite und damit vor allem der Person Putins auseinandersetzen. Auf ihr Weltbild kommt es an. Putins Ausbildung und langjährige Arbeit für den KGB ist bekannt. Er hat sich von dieser Zeit im Dienst einer brutalen und durch ihren Begründer Djerzhinskij auf „Hass und Rache“ eingeschworenen Geheimpolizei niemals losgesagt. Im Gegenteil hat er sich dazu nicht nur bekannt, sondern die KGB-Angehörigen in bester sowjetischer Tradition als die angeblich einzig unbestechlichen, selbstlosen Diener des Vaterlandes gepriesen, und zwar nach dem Systembruch von 1990, schon vor einiger Zeit, aber es gibt keinen Grund zu der Annahme, er sei inzwischen zu anderen, richtigeren Bewertungen jener Organisation gekommen, die ihn geprägt hat.

Zwar hat er, jedenfalls öffentlich, 1991 die KGB-Uniform ausgezogen, seine weitere Karriere hat er aber wesentlich im Sicherheitsapparat gemacht, in dem der KGB fortlebt, von der „Auslandsabteilung“ der Petersburger Stadtverwaltung, traditionell einer vom KGB besetzten Position zur Überwachung der Auslandskontakte der Städte, bis zum Chef der russischen Geheimpolizei 1988, bevor Jelzin ihn im August 1999 zum Ministerpräsidenten ernannt hat.

Es lohnt auch heute noch, sich die Umstände zu vergegenwärtigen, unter denen der kranke und zusehends arbeitsunfähige Jelzin diese Entscheidung traf. Es war die Zeit einer Serie von Sprengstoffanschlägen gegen Wohnhäuser, mit der die Bevölkerung in wachsende Angst wegen eines angeblich aus dem Kaukasus drohenden Terrorismus geriet. Die Serie endete, als am 22. September die Polizei solche „Terroristen“ in einer Provinzstadt dabei ertappte, als sie Sprengstoff in den Keller eines Mietshauses trugen. Dabei stellte sich heraus, dass die ertappten und zunächst Festgesetzten Angehörige des KGB waren, was der KGB auch nicht bestritt, sondern behauptete, es habe sich um eine „Übung“ gehandelt. Mit anderen Worten spricht manches dafür, dass diese Anschläge vom KGB selbst inszeniert waren, um den russischen Volkszorn zu entfachen. Der Ausbruch des 2. Tschetschenien-Krieges wenige Wochen danach im Oktober, der von Putin mit Macht vorangetrieben wurde, schuf jene Situation sich ausbreitenden russischen Chauvinismus, in der Jelzin dann im Dezember, einige Monate vor Ablauf seiner regulären Amtszeit, Putin zum Präsidenten machte. Die unmittelbar darauf veröffentlichte Freistellung Jelzins von jeglicher Strafverfolgung, etwa wegen der bekannten Korruption für seine Familie, machte klar, worum es eigentlich gegangen war, Jelzin wurde offensichtlich von Putin und dem diesen tragenden Sicherheitsapparat erpresst, sein Amt an Putin zu übertragen, sonst müsste er mit Strafverfolgung rechnen. Die russischen Me-

dien waren damals noch so frei, dass darüber ungehemmt geschrieben wurde, wobei es wohl weniger um Pressefreiheit ging als um den Beweis der Macht des Sicherheitsapparates. In dieser Atmosphäre wurde Putin dann im März 2000 zum Präsidenten auch gewählt.

Die Wahlen seitdem werden von Parteien bestritten, die mit Ausnahme der Kommunisten im Wesentlichen Schöpfungen des Kremls sind. Die Neugründung unabhängiger Parteien wird massiv behindert, z. B. durch Forderungen nach Kandidaten nicht nur in den europäischen Metropolen Russlands, sondern in allen Wahlkreisen des immer noch riesigen Landes, wozu Neugründungen natürlich kaum in der Lage sind. Die relative Stärke liberaler Kräfte z. B. in Moskau, wo ihr Kandidat zum Bürgermeister über 20% der Stimmen erhielt, stört nicht wirklich, zumal über dem Kandidaten das Damoklesschwert einer nur ausgesetzten Verurteilung zu einer nicht unbeachtlichen Freiheitsstrafe schwebt. Außerdem kann man damit die vorgeblich demokratische Natur des Regimes beweisen.

Ernsthaft gefährliche Kräfte, die sich auf bedeutende Finanzmittel stützen könnten, werden rücksichtslos ausgeschaltet, wie der Fall Chodorkowski zeigt, der sich jahrelang unter Ausnutzung aller Schwächen der „Privatisierung“ der

russischen Staatsunternehmen massiv bereichern durfte, bis er ankündigte, eine mit Putins Parteien konkurrierende Kraft unterstützen zu wollen. Die Oligarchen sind also politisch unter strenger Überwachung, wie auch das Schicksal eines anderen poli-

Genauso wie die politische Demokratie ist in Putins Russland die russische Marktwirtschaft im Wesentlichen, nämlich in den die Finanzkraft des Systems tragenden Sektoren Öl und Gas, mehr Fassade als Realität.

tisch ehrgeizigen Oligarchen, Berezowski, deutlich macht. Die Medien sind inzwischen mit Methoden bis hin zum politischen Mord (Politowskaja) wieder weitgehend gleichgeschaltet. Ausländische politische Stiftungen werden als „Agenten“, also Spione, diffamiert. Die orthodoxe Kirche ist wie traditionell ein Instrument des Staates. Sie hilft mit ihrer Absetzung vom lateinischen Westen dem russischen Chauvinismus.

Genauso wie die politische Demokratie ist in Putins Russland die russische Marktwirtschaft im Wesentlichen, nämlich in den die Finanzkraft des Systems tragenden Sektoren Öl und Gas, mehr Fassade als Realität. Die Mehrheiten der entsprechenden Unternehmen gehören dem Staat oder seinen Strohmannern. Damit nicht genug sitzen auf den entscheidenden Posten in der Unternehmensleitung von Rosneft (ÖL) und Gazprom (Erdgas) mit Setschin und

Miller zwei „Silowiki“, also den Indizien nach ursprünglich dem Sicherheitsapparat entstammende Personen. Generell werden ausländische Investoren in den entscheidenden Sektoren unter der Grenze von 50% der Beteiligung gehalten und bei nicht konformem Verhalten von der Finanzpolizei massiv schikaniert. Rechtssicherheit gibt es nicht. Das Ergebnis ist weniger eine Marktwirtschaft als Staatskapitalismus.

„Sil“ ist das russische Wort für Kraft oder Gewalt. Die „Silowiki“ sind also diejenigen, die aus den die Macht des Staates kontrollierenden Organen stammen. Sie bilden den Kern der Mannschaft, mit der Putin im Kreml regiert (z.B. Iwanow, Schoigu, Patruschew). Schaut man etwas genauer hin, dann findet man sie auf den wichtigsten Positionen der „Machtvertikale“, also der Hierarchie, mit der das Land von den „Machttechnologien“, die den politischen Diskurs bestimmen, gesteuert wird.

Mit anderen Worten kontrolliert der Sicherheitsapparat das Land. Das ist der Kern des System Putin und sein Vorgänger als Präsident, Medwedew, dem liberalere Neigungen nachgesagt wurden, gehört auch dazu. Er hat doch seit 1991 seine gesamte Karriere als Stellvertreter Putins gemacht und hat sein Amt als Präsident nach einer Amtszeit brav wieder Putin überlassen. So spricht außer einigen konsequenzlosen Sprüchen nichts dafür, dass er in der Substanz ernsthaft von Putin abweichende Positionen vertritt.

Der Verteidigungshaushalt beträgt inzwischen wieder etwa 4% des BIP. In den Jahren von 2010 – 2014 wurde er in etwa verdoppelt. Das zeigt den dahinter stehenden politischen Willen und ist deshalb sehr ernst zu nehmen, auch wenn er mit 70 Mrd. Dollar nur etwa 1/10 des amerikanischen erreicht. Aber für ein Land von der begrenzten Wirtschaftskraft Russlands, das BIP ist deutlich geringer als das unsere, sind 70 Mrd. viel.

Die politischen Methoden entsprechen dem geheimpolizeilichen Charakter des Systems. Die politischen Ziele werden weitgehend verdeckt verfolgt. So wird z.T. krass gelogen, wie man z.B. an der Entwicklung der Stellungnahmen zur Frage sehen konnte, ob bei der Annexion der Krim russisches Militär im Einsatz war. Verhandlungen werden verschleppt, bis man feststehende Tatsachen geschaffen hatte. Das Völkerrecht wird zynisch verdreht, um den eigenen Völkerrechtsbruch zu verschleiern. Die russischen Minderheiten bei den Nachbarn sind vom russischen Geheimdienst unterwandert und können auf Abruf Gewalt anwenden, um Krisen zu provozieren. Und die „frozen Conflicts“ (Berg-

Karabach, Georgien, Transnistrien/Moldau) sind eben keineswegs eingefroren, sondern werden weiter am Köcheln gehalten, um bei sich bietender Gelegenheit einen weiteren Schritt der Revision der völkerrechtlichen Struktur von 1991 zu tun. Allen westlichen Bemühungen zur dauerhaften Beilegung entzieht man sich, nicht ohne dass man u.U. verbale Konzessionen, wie die Truppen aus Moldau abzuziehen, gemacht hat, um sie dann, nach westlicher Erleichterung über angebliche russische Flexibilität, nicht einzuhalten.

Und Teil des Revisionismus ist auch das Ziel, in allen Fragen der Weltpolitik wieder ein Mitentscheidungsrecht zu erhalten, um endgültig den Gleichstand mit den USA zu erreichen. Das Verhalten im Sicherheitsrat der VN, z.B. im Falle Syrien, zeigt dies zur Genüge. Die Kooperation bei Anstrengungen zur Konfliktlösung wird auch dann verweigert, wenn russische Interessen, z.B. bei der inneren Ordnung zusammenbrechender Staaten, gar nicht zu erkennen sind. Russland will wieder immer mitentscheiden, weil nur das seinem Anspruch entspricht, eine Supermacht zu sein. Das ist gemeint, wenn „der Respekt russischer Interessen“ verlangt wird. Damit ist nicht etwa ein plausibles Verlangen nach Achtung gemeint, die jeder Staat einfordert, sondern die Beugung unter den russischen Willen, ganz gleich, was er bezweckt.

Deutschland – wie alle westlichen Staaten – hat kein Interesse an der Wiederentstehung einer östlichen Supermacht. Und angesichts der Entwicklung in der Ukraine ist auch die Zeit gekommen, in der die westlichen Staaten dieser



Pro-Ukraine-Demonstration in München
Anfang Februar 2014

Politik aktiv entgegenwirken werden. Putin hat also das Gegenteil von dem erreicht, was er eigentlich wollte, nämlich dass man ihn bei seiner Revisionspolitik im alten Machtbereich nicht stört. Es ist ja nicht richtig, dass die EU und die NATO sich angeblich rücksichtslos auf Kosten Russlands in Ost-Europa ausgedehnt hätten. Die EU hat über ihrer Ost-Erweiterung seit 1991 Russland niemals vergessen, sondern hat umfangreiche Programme der technischen Hilfe mit großen Kosten umzusetzen versucht. Sie hat auch

jahrelang immer neue Anläufe unternommen, um handelspolitisch zu enger Zusammenarbeit zu gelangen und z.B. angeboten, durch Verträge die vier Freiheiten der Zirkulation von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit auf Russland auszudehnen. All diese Verhandlungen sind letztlich gescheitert, weil

Russland nicht bereit war, die damit verbundene Konsolidierung einer echten marktwirtschaftlichen Struktur bei sich zu akzeptieren. Echte Marktwirtschaft bedeutet Machtteilung und kommt deshalb nicht in Frage.

Für die NATO gilt Ähnliches. Sie schuf bald nach dem weltpolitischen Umbruch den NATO-Russland-Rat, also ein Gremium, in dem die Vertreter der NATO-Mitgliedsstaaten mit Russland einen praktisch permanenten sicherheitspolitischen Dialog führten. In ihm wurde z.B. die russische Ablehnung von Mittelstrecken-Abfang-Raketen in Polen intensiv erörtert und Russland sogar die Beteiligung an diesem Programm, etwa in der Erarbeitung einer gemeinsamen Bedrohungsanalyse, angeboten. Die USA haben dann die Verwirklichung dieses Programmes zunächst ohne Frist verschoben. Und bei dieser Entscheidung war die russische Haltung natürlich ein Faktor, wenn auch nicht der einzige. Die NATO hat in dieser von Russland ganz nach vorne geschobenen Frage also auf Russland Rücksicht genommen, obwohl die russische Begründung, die Abwehr-Raketen bedrohten ihre Zweitschlagfähigkeit, unsinnig ist, denn die geplanten 10 oder 20 Raketen hätten doch gegen das riesige russische Potential kaum etwas ausrichten können, wenn sie tatsächlich darauf gerichtet wären. Das wahre russische Ziel war und ist also, die Konsolidierung der Position der NATO in Polen zu verhindern, also Polen im Schatten russischer Macht zu halten.

Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Putin das Angebot für eine für beide Seiten nützliche Zusammenarbeit für Schwindel zur Tarnung westlichen Hegemoniestrebens betrachtet.

Auch im Erweiterungsprozess hat die NATO auf Russland Rücksicht genommen, als der Gipfel von Bukarest beschloss, auf den ersten Schritt zur Erweiterung um die Ukraine und Georgien, die Vereinbarung von „membership-action-plans“ mit diesen Staaten, zu verzichten, weil die deutsche Politik mit Hinweis auf Russland intervenierte. Es ist also keineswegs so, dass der Westen sich unklug über legitime russische Positionen hinweggesetzt hätte, aber die Einräumung einer neuen exklusiven Einflusszone kam und kommt für ihn natürlich nicht in Frage. Es ist dennoch Platz genug zur Verwirklichung echter Zusammenarbeit. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Putin das Angebot für eine für beide Seiten nützliche Zusammenarbeit für Schwindel zur Tarnung westlichen Hegemoniestrebens betrachtet. Er hält die Auseinandersetzung für ein Nullsummen-Spiel, ganz wie zu früheren, sowjetischen Zeichen. Der Glaube, er werde sich mäßigen, wenn man nur vernünftig auf ihn zugehe, ist also eine Illusion. Damit fördert man nur seinen Glauben, er könne sich konzessionslos durchsetzen.

In dieser Lage muss sich die Ukraine behaupten. Ihr Selbstverständnis, das sich über die Jahrhunderte russischer Dominanz erhalten hat, rührt aus dem Freiheitswillen von aus Russland im 17. Jahrhundert entlaufenen Leibeigenen in das südlich von Russland und nördlich der Türkei und östlich vom polnisch-litauischen Reich gelegene Niemandsland, also aus dem Freiheitswillen der Kosaken. Die Russen haben diesen Freiheitswillen nicht nur nie akzeptiert, sondern auch niemals verstanden, wie man etwa in Solschenizyns Haltung erkennen kann. Für sie ist die Ukraine „Klein-Russland“ und ukrainische Frei-

heitskämpfer sind Verräter am Russentum und „Faschisten“, eine andere Erklärung kommt der russischen Masse nicht in den Sinn. Wie kämen die verwandten Ukrainer dazu, sich von den Russen zu trennen? So hat Russland schon unter Jelzin die Politik des „nahen Auslands“ verfolgt, also versucht, die neu entstandenen Staaten in eine Position minderen Rechts zu versetzen. Putin hat dann vor allem den Erdgas-Hebel konsequent

Putin kalkuliert, bei allem erkennbar starken emotionalen Engagement, sein politisches Risiko ständig neu. Er ist zu rationalem Verhalten sehr wohl in der Lage und kennt die ökonomische Schwäche seines Landes. Deshalb würde Deutschland wohl mit nichts sein Kalkül so beeinflussen als mit einer Veränderung seiner Erdgas-Politik.

eingesetzt, um die ukrainischen Führer zur Aufgabe ihrer Schaukel-Politik zu zwingen. Als er sein Ziel erreicht zu haben schien und Janukowitsch endgültig ablehnte, einen Assoziationsvertrag mit der EU zu unterschreiben, reagierte das Land mit den Protesten auf dem Maidan-Platz, so dass heute die Orientierung der Ukraine nicht mehr unklar ist. Die Mehrheit will nun eindeutig nach Westen und sucht Schutz vor Russland.

Für uns ist unser vitales Interesse entscheidend, das Entstehen der „eurasischen“ Union zu verhindern, dem politischen Ziel hinter Putins Aufbau einer eurasischen Zollunion. Deutschland und die EU müssen der Ukraine also helfen, wozu wir unsere ökonomischen Möglichkeiten und politischen Druck einsetzen müssen. Putin kalkuliert, bei allem erkennbar starken emotionalen Engagement, sein politisches Risiko ständig neu. Er ist zu rationalem Verhalten sehr wohl in der Lage und kennt die ökonomische Schwäche seines Landes. Deshalb würde Deutschland wohl mit nichts sein Kalkül so beeinflussen als mit einer Veränderung seiner Erdgas-Politik. Eine solche Verringerung unserer Erdgas-Bezüge brauchte eine gewisse Zeit und wäre auch teurer als eine Fortsetzung der bisherigen Käufe. Sie ist aber sehr wohl möglich und tragbar, wenn man nur will. Wir sollten also nun sofort daran gehen, den Erdgas-Terminal in Wilhelmshaven zu bauen, der schon einmal kurz vor der Verwirklichung stand, um Flüssiggas aus Qatar zu beziehen, genauso wie die Japaner es machen, um

die nach der Stilllegung der Kernkraftwerke entstandene Lücke zu füllen. Am Golf stehen praktisch unbegrenzte Mengen zur Verfügung. Gleichzeitig sollten wir Verhandlungen mit Norwegen und Holland aufnehmen, um die von dort bezogenen Mengen zu erhöhen. Die USA werden wegen „fracking“ wohl bald als Anbieter von Gas und Öl hinzukommen.

Das würde zunächst zwar nur begrenzt helfen. Russland braucht aber jeden Pfennig aus seinem Erdgasexport, denn es hat keine andere vergleichbare Einkommensquelle. Der Erdgas-Verkauf an China, den es als Alternative androht, braucht Gas aus dem Fernen Osten, das erst noch gehoben werden muss, und neue Pipelines. Für das Gas von der Jamal-Halbinsel gibt es keinen anderen Abnehmer, der mit uns vergleichbare Mengen abzunehmen in der Lage ist. Wir müssen uns deshalb auch nicht etwa völlig von russischem Gas unabhängig machen, eine signifikante Verringerung unserer Bezüge würde wohl genügen, um den gewünschten politischen Zweck zu erreichen. Der Hinweis, empfindliche Wirtschaftssanktionen träfen uns härter als die USA, ist zwar wohl richtig. Wir können aber unserer geopolitischen Lage nicht entkommen und waren auch schon in der Vergangenheit fähig, die notwendigen Konsequenzen aus dieser Lage zu ziehen. Es geht um eine für das Überleben der geopolitischen Ordnung, die 1990 in Paris besiegelt wurde, kritische Frage. Wir kommen nicht darum herum, uns ihr zu stellen.

Zum Autor: Gesandter a.D. Joachim von Arnim war von 1989 bis 1991 Leiter der Politischen Abteilung an der deutschen Botschaft in Moskau. Er ist Verfasser des Buches: „Zeitnot, Moskau, Deutschland und der weltpolitische Umbruch“, das 2012 in Bonn erschienen ist.

Den hier abgedruckten Vortrag hat er am 29. April 2014 vor dem Regionalkreis West der Clausewitz-Gesellschaft e.V. in Bonn gehalten.

Die Krise in und um die Ukraine - eine Kollision multipler Interessen Eine Betrachtung mit Clausewitz' Einsichten – Ein Versuch

Dr. Klaus Olshausen

1. Vorbemerkung

Keine Neutralität, aber klare Analyse

Wer in dieser Zeit mitten in dem andauernden Konflikt, ja Krieg in und um die Ukraine versucht, die Geschehnisse und Aspekte der Vorgeschichte kritisch zu betrachten, sieht sich vielen Herausforderungen gegenüber, nicht zuletzt dadurch, dass die Fakten bei weitem nicht alle zweifelsfrei zutage liegen. Das folgt auch daraus, dass viele Akteure mit unterschiedlicher Intensität und eigenwilliger

Meinen Standpunkt gewinne ich von dem Postulat der Charta von Paris, dass jedes Land, jeder Staat, jede Bevölkerung „das Recht hat, in Frieden und Freiheit selbst zu bestimmen, ... von wem es regiert werden möchte und welchen Wertegemeinschaften und Bündnisgemeinschaften sie angehören wollen“

Zusammenstellung der Entwicklung die „Deutungshoheit“ für den – sozusagen notwendigen – Gang der Krisenereignisse gewinnen wollen.

Meinen Standpunkt gewinne ich von dem Postulat der Charta von Paris, dass jedes Land, jeder Staat, jede Bevölkerung „das Recht hat, in Frieden und Freiheit selbst zu bestimmen,

... von wem es regiert werden möchte und welchen Wertegemeinschaften und Bündnisgemeinschaften sie angehören wollen“ (FAZ Nr. 260, 8.11.14, S. 1)¹. Das heißt konkret: Ich bin in diesem Konflikt nicht „neutral“.

2. Clausewitz' Einsichten als Einführung

2.1 Für die Untersuchung dynamischer, komplexer Entwicklungen mit vielfältigen Akteuren unterschiedlicher Interessen gibt es verschiedene Möglichkeiten und Vorgehensweisen.

Dafür finden sich auch im Werk von Carl von Clausewitz sehr sinnvolle und nützliche methodische Grundlagen. In der konkreten Lage rund um die Ukraine gilt ein **erster Schritt** „der Ausmittlung und Feststellung zweifelhafter Tatsachen“ (Clausewitz, S.129)². Schon dies wird wegen der Manipulation, Vortäuschung und Leugnung von Vorgängen der verschiedenen Akteure in unterschiedlichem Ausmaß mit Lücken versehen bleiben.

An dem über Wochen anhaltenden Leugnen Putins, russische Soldaten seien am Vorgehen auf der Krim beteiligt, und seiner späteren Auszeichnung und Ehrung der Soldaten, die ausdrücklich daran mitgewirkt hatten, wird beispielhaft erkennbar, wie die Unsicherheit aller „Dati“ und die Ungewissheit über die Reaktionen im Handeln und Gegen-Handeln entschlossenes Handeln gerade bei den Akteuren des Westens beeinträchtigen kann.

Ein **zweiter und entscheidender Schritt** liegt in der möglichst schlüssigen Ableitung der Wirkungen aus den Ursachen. Gerade in laufenden Konflikten liegen „wahre Ursachen“ häufig nicht offen zutage. Und Wirkungen gehen selten aus einer einfachen Ursache hervor, sondern aus mehreren gemeinschaftlichen. Deren Anteil an den Wirkungen auszumachen birgt eine Herausforderung für jede kritische Untersuchung.

Zwei Fragenpaare zur Verdeutlichung der Schwierigkeiten für die aktuelle Krise:

Hat tatsächlich die Öffnung der NATO und der EU für östliche Nachbarländer das antiwestliche Handeln Russlands forciert? Ist die Annexion der Krim eine „Selbstverteidigungsmaßnahme“ eines „eingekreisten“, gedemütigten Russland?

Oder scheiterte Russland daran, den GUS-Staaten im Allgemeinen und der Ukraine im Besonderen eine eigenständige Entwicklung in dieser inzwischen zerfallenden Föderation zuzugestehen? Und ist Russland in der Ukraine eher daran gescheitert, dass es kein attraktives Regierungs-, ja Demokratiebeispiel entwickeln wollte oder konnte?

Für Putin waren seine Mittel zur raschen, überrumplungsartigen Annexion der Krim erfolgreich, um ein „fait accompli“ zu schaffen und dabei die Verurteilung als völkerrechtswidriges Vorgehen in Kauf zu nehmen.

Ein **dritter Schritt** verlangt die Prüfung der angewandten Mittel. Dies ist für Clausewitz die „eigentliche Kritik, in welcher Lob und Tadel enthalten sind“. Denn das „führt zu der Frage, welches die Wirkungen der angewandten Mittel sind und ob diese Wirkungen die Absicht des Handelnden waren“ (Clausewitz, S. 130).

Für Putin waren seine Mittel zur raschen, überrumplungsartigen Annexion der Krim erfolgreich, um ein „fait accompli“ zu schaffen und dabei die Verurteilung als völkerrechtswidriges Vorgehen in Kauf zu nehmen.

Die verbalen Verurteilungen durch die gerade in Bildung begriffene Regierung in Kiew und die Stimmen der westlichen Staaten diesseits und jenseits des Atlantiks einschließlich erster, sehr begrenzter Sanktionen gegen die Akteure auf der Krim haben die Annexion nicht verhindert. Wird man deshalb sagen können, dass der Westen jede militärische Aktion nicht nur ausschloss, sondern dazu auch gar nicht in der Lage gewesen war? Aber mit der Nichtanerkennung dieser Annexion bleibt die völkerrechtliche Lage weiter offen – auch mit schwierigen Konsequenzen für die Krim und Russland³.

2.2 Mit Blick auf die Entwicklung in und um die Ukraine seit den letzten Novembertagen 2013 kann man mit Clausewitz feststellen, der „Krieg (*auch solche Krisenentwicklungen und Konflikteruptionen, d. Verf.*) gehört in das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens. Er ist ein Konflikt großer Interessen, der sich blutig löst, und nur darin ist er von anderen verschieden“ (Clausewitz, S. 121).

Mit Blick auf die Entwicklung in der Ukraine ist das offensichtlich. Kräfte, die gegen die Korruption der Janukowitsch-Regierung und für eine nach Europa orientierte Politik demonstrierten; Gruppierungen (zunächst rund um die Janukowitsch-Regierung), die eine pro-russische Politik und Anlehnung an Moskau betrieben, sowie unterschiedliche nationalistisch eingestellte Gruppen waren und sind wesentliche Elemente, die diesen Konflikt und seinen Fortgang innerhalb der Ukraine bestimmen.

Zugleich waren die gesellschaftlichen, politisch vom Kreml genutzten und geförderten Stimmungen in Russland von maßgeblicher Bedeutung, um nicht nur die Krim sondern auch das „Bruderland“ Ukraine insgesamt „heim zu führen“. Und selbst das in den westlichen Gesellschaften spürbare Erschrecken über diesen Einbruch in die europäische Friedensordnung einerseits und zugleich die Erleichterung, dass man keine Verpflichtung habe, sich für die Ukraine massiv – schon gar nicht militärisch – zu engagieren, lassen wichtige gesellschaftliche Einflussfaktoren in der Krise, im Konflikt und im Krieg erkennen.

2.3 Betrachtet man den kommunikativen Wirrwarr, gezielt und auch durch immer wieder sich widersprechende Meldungen aus den unterschiedlichsten Quellen (Regierungen, Parteien, Sicherheitsdienste, Medien und Journalisten), dann gewinnt die Aussage ihre Bedeutung, dass „der Krieg (*der Konflikt, die Krise, d. Verf.*) das Gebiet der Unsicherheit ist; drei Viertel derjenigen Dinge worauf das Handeln im Kriege (*in der Krise, im Konflikt, d. Verf.*) gebaut wird, liegen im Nebel einer mehr oder weniger großen Ungewissheit“ (Clausewitz, S.

64). Und es gilt damals – zu Zeiten von Clausewitz – wie heute, dass hier zuerst „ein feiner, durchdringender Verstand in Anspruch genommen wird, um mit dem Takte seines Urteils, die Wahrheit herauszufühlen“ (Clausewitz, S. 64). Immer wieder finden Handelnde in dieser Krise um die Ukraine die Dinge anders als erwartet. Und so werden Führungspersönlichkeiten gefordert, die in diesem „beständigen Streit mit dem Unerwarteten“ handlungswillig und handlungsfähig bleiben. Vielfach führen all die Ungewissheiten, Unsicherheiten, Unklarheiten – neben unterschiedlichen Interessen der Akteure – zu Abwarten, Zaudern, ja „Nicht-Handeln“. Clausewitz hebt deshalb zwei Eigenschaften für Führungspersönlichkeiten in einer Krise, einem Krieg wie um die Ukraine hervor: „einmal ein Verstand, der auch in dieser gesteigerten Dunkelheit nicht ohne einige Spuren des inneren Lichts ist, die ihn zur Wahrheit führen, und dann, Mut, diesem schwachen Lichte zu folgen.“ „Coup d’oeil“, also gesteigerte Urteilskraft, und Entschlossenheit müssen in solchen Krisen zusammen kommen. Und zu Zaudern, ja Unentschlossenheit resümiert David Brooks⁴ schon im März, es sei naiv zu glauben, die Probleme der Welt könnten durch konfliktfreie Kooperation gemeistert werden, und Bedrohungen der Zivilisation, sei es in der Form von Putin oder Iran, müssten nicht angepackt werden.



Gespräch am Rande des NATO-Gipfels in Wales
September 2014

2.4 Wer die Krise und dann den Krieg um die Ukraine in den Blick nimmt, wird der Aussage zustimmen, dass dies kein isolierter, aus sich selbst heraus entstandener Vorgang ist. Denn die hier handelnden Gegner sind ja keine abstrakten Personen, das gilt nicht nur für die harten Faktoren, sondern bezieht sich auch auf den Willen. Und so kann Clausewitz zu Recht feststellen: „Dieser Wille ist kein ganz Unbekanntes, er tut sich kund für das, was er morgen sein wird, in dem, was er heute war“. Für die Vorgeschichte der Krise in und um die Ukraine gilt, dass „ihre Verbreitung nicht das Werk eines Augenblicks war“. „Es kann“ – so Clausewitz – „jeder der beiden Gegner den (die) anderen großenteils schon aus dem beurteilen, was er ist, was er tut, nicht nach dem, was er – strenge genommen – sein und tun müsste“ (Clausewitz, S. 32). Da politische Forderungen nicht immer eindeutig sind und offen dargelegt werden; da die Lage und die Verhältnisse der Staaten, der nichtstaatlichen Akteure sehr unterschiedlich sind und da die Willensstärke, der Charakter und die Fähigkeiten der Regierenden / Handelnden ja keineswegs gleich sind, bleiben Unge-

wisshen bei allen Berechnungen des möglichen Widerstandes und damit der Mittel, die man anwenden soll, und des Zieles, das man sich setzen darf (dazu s. Clausewitz, S. 658).

2.5 Präsident Obama forderte Putin auf, die Hand von der Ukraine zu lassen (stay out of Crimea) und fuhr dann fort, dass die USA (übrigens wie alle anderen westlichen Staaten) keine militärische Gewalt zur Sicherung der Krim für die Ukraine einsetzen würden. Das führte in den Februar- und Märztagen dazu, dass „der welcher sich dieser Gewalt rücksichtslos, ohne Schonung des Blutes bedient, ein Übergewicht bekommt, wenn der andere (in diesem Fall die Kiewer Regierung und die westlichen Staaten) es nicht tut“. Die faktische Abspaltung der Krim war so nicht aufzuhalten, und man konnte nur versuchen, dem Eroberer dafür an anderer Stelle einen Preis abzuverlangen.

3. Geopolitische Ringe der Krise

Diese Krise ist von Anfang an durch besonders dynamische, komplexe Entwicklungen auf unterschiedlichen Handlungsebenen und in verschiedenen Handlungsrahmen gekennzeichnet. Sie wird in allen Phasen, nicht nur, wo es um Anwendung kriegerischer Gewalt geht, durch die „lebendige Reaktion“ bestimmt, d.h. die Wechselwirkung von Handeln und Gegen-Handeln und dies bei zahlreichen staatlichen, nichtstaatlichen und übernationalen Akteuren, die auf geografisch, funktional und institutionell verschiedenen Handlungsebenen tätig werden. Berücksichtigt man die Erkenntnis von Clausewitz, wonach „die Wirkung, welche irgendeine Maßregel auf den Gegner hervorbringt, das Individuellste ist, was es unter allen Datis des Handelns gibt“ (Clausewitz, S. 108), wird offensichtlich, was das bei einem ganzen Bündel von zum Teil gemeinsam, zum Teil unabhängig und zum Teil gegeneinander Handelnden für die eigene Urteilsfähigkeit in Analyse wie Aktion bedeutet.

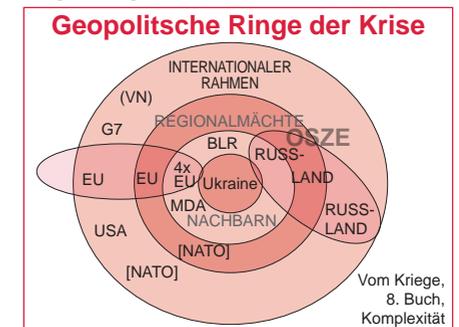
Bezeichnet man die Vorgänge in der Ukraine selbst als das Kerngebiet der Krise, dann reihen sich darum verschiedene Kreise:

- die direkten Nachbarstaaten,
- weitere regionale Mächte, dabei institutionell die EU, die OSZE, die NATO sowie die GUS, daran schließen sich an
- im internationalen Rahmen die Vereinten Nationen (VN), v.a. mit dem Sicherheitsrat (VNSR), die Europäische Union (EU), die OSZE, die NATO, aber dann auch und insbesondere die Großmächte, v.a. die Vereinigten

Staaten, Russland und China, aber auch einige Mittelmächte, in diesem Fall v.a. Deutschland.

Diese Krisen- und Konflikt-, ja Kriegslage ist noch deutlich komplexer und komplizierter als andere, weil Russland in allen drei Kreisen Handlungsoptionen hat und weil Mitgliedstaaten sowohl der EU als auch der NATO Nachbarstaaten der Ukraine oder Russlands sind. Geometrisch gesprochen bedeutet das, dass zwei wesentliche Ellipsen (EU und Russland) quer zu den konzentrischen Kreisen in allen wirksam werden. Darüber hinaus umfasst die OSZE alle europäischen Staaten und die USA und Kanada und damit auch alle direkt und indirekt als Gegner oder Partner am Konflikt Beteiligten.

Allein diese Hinweise erhellen bereits, dass zum einen Russland seine Interessen und seine politischen Forderungen eigenständig festlegt, zum anderen die sehr differenzierten Interessen der 28 Mitgliedstaaten (MS), sei es in der EU oder der NATO, erst und immer wieder zu einer konsensualen politischen Forderung geformt werden müssen. Lässt man für einen Moment das Interesse der NATO an und die Verpflichtung zu glaubwürdiger Abschreckung und ggf. wirksamer kollektiver Verteidigung sowie die selbst in diesem Zusammenhang durchaus differenzierten Auffassungen der MS beiseite, dann steht für die westlichen Staaten die Unterstützung der Ukraine als ein souveräner, unabhängiger, territorial gesicherter Staat und die Abwehr der von Russland unterstützten Gegenkräfte im Zentrum ihrer Deklarationen.



An der „erleichtert“ vorgetragenen Feststellung aller Regierungen, dass es sich bei der Unterstützung der Kiewer Regierung nicht um eine Frage der kollektiven Verteidigung handele, da die besondere Partnerschaft der NATO mit der Ukraine außerhalb des Washingtoner Vertrags mit seinem Beistandsversprechen liege, lässt sich erkennen, dass eine weitere Einsicht von Clausewitz seine Gültigkeit behält: „Niemand wird man sehen, dass ein Staat [oder eine Gruppe von Staaten, d. Verf.], der in der Sache eines anderen auftritt, diese so ernsthaft nimmt wie seine eigene“ (Clausewitz, S. 680). Für die territoriale Integrität der Ukraine waren und sind NATO wie EU nicht bereit, eine militärische Auseinandersetzung mit Russland zu riskieren. Und sie waren und sind auch nicht

willens, eigene Soldaten einzusetzen und deren Leben zu gefährden, um Donezk oder Luhansk als integralen Teil der Ukraine zu erhalten.

4. Zwischenstand, ein Jahr nach dem 21. November 2013

4.1 Für Putins Russland war und ist seine Eurasische Union seit mehreren Jahren ein politisch und wirtschaftlich weitreichender Zweck seines politischen Handelns. Ihm ist klar, dass er zur erfolgreichen Erreichung dieses Zwecks eine Ukraine als integralen Teil dieses Vorhabens benötigt. Fast ein Jahr nachdem Putin erreicht hatte, dass Präsident Janukowitsch auf die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommen verzichtete, muss er konstatieren, dass er eine geschlossene Ukraine wohl nicht mehr für die Eurasische Ukraine gewinnen kann.

Offensichtlich hat Putin in der Krise nach dem 21. Februar 2014 entschieden, seine politische Absicht auf das nächstliegende zu richten und die Krim heimzuholen. Dieses „fait accompli“ steht. Über die kurzfristigen und längerfristigen finanziellen und politischen Kosten ist noch nicht entschieden.

Seine zweite Absicht, die Ukraine, die von Kiew aus regiert wird, zu destabilisieren, hat er in unterschiedlicher Intensität verfolgt und setzt dies fort. Manchmal gibt er sich zurückhaltend und gesprächsbereit, wie am 5. September in

Minsk, dann wieder verschärft er die Aktionen der Separatisten, wie mit den Wahlen am 2. November und den anschließenden militärischen Verstärkungen. Mit Ersterem sucht er den Zusammenhalt der EU und der

Für die territoriale Integrität der Ukraine waren und sind NATO wie EU nicht bereit, eine militärische Auseinandersetzung mit Russland zu riskieren.

USA zu erschüttern, mit dem zweiten verfolgt er die Ausweitung der Autonomiegebiete bzw. unabhängiger „Volksrepubliken“ im Osten und Südosten der Ukraine⁵.

Dieses Vorgehen entspricht der von Clausewitz formulierten Einsicht, dass „die ursprünglichen politischen Absichten im Laufe des Krieges [der Krise, des Konflikts, d.Verf.] sehr wechseln und zuletzt ganz andere werden können, eben weil sie durch die Erfolge [oder Misserfolge, d.Verf.] und durch die Ergebnisse mit bestimmt werden“ (Clausewitz, S. 49).

Mit der Amputation und der Destabilisierung in der Ost-Ukraine kann Putin damit rechnen, dass weder die EU noch die NATO aufgrund ihrer internen Re-

geln die „Rest-Ukraine“ absehbar als Beitrittskandidaten oder mögliches Mitglied behandeln werden, solange im Land ein ungelöster Territorialkonflikt besteht. Verkürzt gesprochen hat Putin eine Sperre gegen den Beitritt geschaffen.

4.2 Für den Zwischenstand kann man die EU, die NATO und die USA als Beteiligte und Unterstützer der Ukraine gemeinsam in den Blick nehmen. Als Zweck ihres Handelns haben sie alle festgehalten, dass der völkerrechtliche Grundsatz der Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit auch für die Ukraine zu sichern ist. Im konkreten Fall berufen sie sich nicht nur auf die Charta der VN, sondern auch auf die KSZE-Schlussakte von 1975, die Charta von Paris von 1990, das Budapester Memorandum von 1994, die NATO-Russland-Grundakte von 1997 und das Abkommen zwischen Putin und Präsident Kutschma von 2000, die die Sowjetunion bzw. Russland unterzeichnet hat.

Mit der Amputation und der Destabilisierung in der Ost-Ukraine kann Putin damit rechnen, dass weder die EU noch die NATO aufgrund ihrer internen Regeln die „Rest-Ukraine“ absehbar als Beitrittskandidaten oder mögliches Mitglied behandeln werden, solange im Land ein ungelöster Territorialkonflikt besteht.

Faktisch haben die westlichen Akteure das „fait accompli“ der Annexion der Krim hinnehmen müssen, diese allerdings nicht anerkannt. Das hat eine Reihe von Auswirkungen, die für die Krim bzw. Russland erhebliche praktische Nachteile bergen.

Eine nachhaltige Unterstützung der Ukraine gegen die von Russland mit gesteuerten Separatisten erfolgte vorrangig durch die Sanktionen gegen Russland. Eine praktische und materielle Unterstützung im Krieg im Osten der Ukraine fand nicht statt. Eine Lieferung wirksamer militärischer Ausrüstung für die ukrainische Armee haben die USA und die MS von NATO und EU bisher nicht auf den Weg gebracht. So kann Russland schon durch begrenzte militärische Verstärkung (unter welchem durchsichtigen Deckmantel auch immer) die Regierung in Kiew zu weiteren Zugeständnissen drängen, um einen weiteren Vormarsch im Südosten zu vermeiden, wie zuletzt Anfang September mit dem Einlenken Poroschenkos zu Gesprächen in Minsk gezeigt werden kann.

Der „Westen“ mit dem IWF haben umfangreiche finanzielle und politische Maßnahmen ergriffen, um die Ukraine nicht im ökonomischen und damit sozialen Chaos versinken zu lassen. Diese Unterstützung verlangt langfristige Durchhaltefähigkeit und -willen, einschließlich der notwendigen Reformanstrengungen der ukrainischen Regierung – und das mitten im Krieg.

Denn davon wird souveränes Handeln der Ukraine wesentlich abhängen. Und nur dann wird der „Westen“ seine Zusage, dass jedes Land frei sein muss, über seine politische Orientierung zu entscheiden, überhaupt in die Tat umsetzen können.

Aber auch für den „Westen“ gilt, dass sich politische Absichten in der Krise ändern können. Und die Einsicht von Clausewitz trifft ins Schwarze: „Niemand wird man sehen, dass ein Staat [oder eine Staatengruppe, d. Verf.], der in der Sache eines anderen auftritt, diese so ernsthaft nimmt wie seine eigene“. (Clausewitz, S. 680).

4.3 Eine Zwischenbilanz für die Ukraine fällt ernüchternd aus. Seit ihrer Unabhängigkeit waren die politischen Kräfte schwankend in ihrer Orientierung zu Russland oder zur EU und zur NATO. Dies war auch in der Politik von Präsident Janukowitsch erkennbar, der ein Assoziierungsabkommen mit der EU endverhandelte und dann aufgrund seiner innenpolitischen Lage verbunden mit dem bevorstehenden ökonomischen Kollaps dem Druck Putins nicht ausweichen und dessen Finanzierungsangebot kaum ausschlagen konnte. Die daraus folgenden Ereignisse hatte er wie alle Beteiligten so nicht erwartet. Die jetzige Regierung in Kiew will – untermauert durch zwei freie Wahlen im größten Teil ihres Landes – ihren politischen Zweck einer einigen, reformierten Ukraine erreichen, die sich für die Westorientierung entschieden hat und in diesem Rahmen ihre Beziehungen zum bleibenden Nachbarn Russland regeln will. Aber die Amputation der Krim, die Kämpfe in zwei Oblasten im Osten, die fortgesetzten russischen Maßnahmen der Destabilisierung erschweren, ja verhindern konsequente Reformschritte für einen erfolgreichen Weg aus dem wirtschaftlichen, finanziellen Bankrott und den sozialen und politischen Oligarchen- und Korruptionsstrukturen. Die begrenzten Abmachungen zwischen Russland und der Ukraine über die Gaslieferungen für den Winter sind wesentlich für das Vermeiden einer sozialen, humanitären Katastrophe im Lande, kündigen aber in keinem Fall von einem Weg aus dem politischen und militärischen Konflikt der beiden Länder.

5. Akteure, historische Aspekte und Deutungshoheiten

5.1 Russlands „Erzählung“ zur Krise

Von Anfang an hat Russland im Majdan eine für seine politischen Zwecke gefährliche Kraft gesehen. Mehrere Aufforderungen an Präsident Janukowitsch, die als faschistisch unterwandert oder gar bestimmt bezeichneten Kräfte aus-

zuschalten verbunden mit Vorwürfen an ausländische Steuerung der Demonstranten auf dem Majdan bestimmten die Aktivität von Dezember 2013 bis Mitte Februar 2014. Sofort nach der Flucht von Janukowitsch begannen die Vorbereitungen für den „Schutz russischer Bürger“, verbal mit den Vorwürfen gegen putschende Faschisten in Kiew und praktisch mit den politischen, militärischen und paramilitärischen Maßnahmen zunächst auf der Krim.

Die russische „Erzählung“ dieses Konflikts hat einen zusätzlichen historischen und einen internationalen Aspekt. Der historische Ausflug reicht dann zurück bis in die Christianisierung der russisch-orthodoxen Kirche, die Bildung des Kiewer Rus durch slawische Stämme, aber vor allem die Eroberung der Krim und des Gebietes bis Odessa im 18. Jahrhundert. Damit wird der Bevölkerung der Eindruck, ja die Überzeugung vermittelt, dass Putin mit seiner Politik des Schutzes der Russen im Kampf gegen Faschisten nur ein historisch begründetes Recht wieder herstellt.

Der internationale Aspekt kreist um die „gebrochenen“ Versprechen des „Westens“, die Erniedrigung, ja Demütigung Russlands und der Russen durch westliche Einkreisungspolitik und Negierung originärer russischer Interessen in und gegenüber den unabhängig gewordenen Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

Dieser Aspekt wird um die Ablehnung des Wertegerüsts des „Westens“ erweitert, dem Russland seine eigenen Werte entgegensetzen müsse, um seine Position zu behaupten. In seiner eigenen Bevölkerung erhält Putin für diese „Erzählung“ breite Unterstützung, und auch in den westlichen Staaten findet er manche Zustimmung, dass die USA, die NATO und die EU durch ihre Politik mit und gegenüber Russland diese Krise und diesen Krieg mit verursacht haben. Die professionelle operative Information im eigenen Land und gegenüber der internationalen Öffentlichkeit ist so erfolgreich, dass in den westlichen Gesellschaften eine Debatte geführt wird, ob eigene Medien objektiv berichten, wenn sie die russische Darstellung hinterfragen oder ihr keinen ausführlichen Raum geben. Diese Maßnahmen im Bereich der gezielten Kommunikation, um die Informationsdominanz zu erringen, zeigen, dass in der heutigen medial-digitalen Welt solcher Einwirkung auf Gesellschaften ähnliche Bedeutung zukommt wie dem Handeln mit Waffen im direkt umkämpften

Man wird konstatieren können, dass Russland mit seiner Kommunikationsstrategie wirksamer auf westliche Gesellschaften einwirkt, als es umgekehrt gelingt, mit den westlichen Kommunikationsansätzen die russische Gesellschaft zu erreichen.

Gebiet. Man wird konstatieren können, dass Russland mit seiner Kommunikationsstrategie wirksamer auf westliche Gesellschaften einwirkt, als es umgekehrt gelingt, mit den westlichen Kommunikationsansätzen die russische Gesellschaft zu erreichen.

Diese Elemente sind heute zweifellos mit einzubeziehen, wenn man in der Krise mit Blick auf *den Charakter, die Einrichtungen, den Zustand, die Verhältnisse des Gegners (der eine wie der andere) nach Wahrscheinlichkeitsgesetzen auf das Handeln des anderen schließen und danach das seinige bestimmen* kann (Clausewitz, S. 35).

5.2 Die „Erzählung“ der Ukraine gibt es (noch) nicht. Als ein Land, das erst vor 23 Jahren erstmals seine Unabhängigkeit in den Grenzen der ehemaligen ukrainischen Sowjetrepublik gewonnen hat, dessen Gebiet und Bevölkerung über die Jahrhunderte von einer ganzen Reihe von Herrschern und Reichen beherrscht und geprägt worden ist und das nach dem ersten Weltkrieg erfolglos um seine Unabhängigkeit gekämpft hatte, stand und steht es vor der Herausforderung, eine Identität in seiner Bevölkerung zu schaffen, die über reine Staatsbürgerschaft hinausreicht. Zwar leb(t)en auch in der Ostukraine mehrheitlich Ukrainer, aber die große Zahl der Russen, die Geschichte im Zarenreich und in der Sowjetunion, die dort besonders starken ökonomischen Verflechtungen mit Russland ermöglichten es den aktiven Separatisten – allerdings nur mit viel Druck und praktischer Hilfe Russlands – ein pro-russisches, anti-ukrainisches Sentiment als eine Grundlage ihrer gewaltsamen Besetzung in zwei östlichen Oblasten zu erreichen.

Die „Erzählung“ einer Ukraine, die seit den Tagen des Majdan, in der Präsidentenwahl am 25. Mai 2014 und der Parlamentswahl am 26. Oktober 2014 die Freiheit, Gleichheit und Demokratie zu ihrem Ziel erklärt hat, versucht, auch die Eigenständigkeit und faire Außenbeziehungen mit ihren Nachbarn zu erreichen. In einem Krieg – faktisch gegen Russland – und einer wirtschaftlich und sozial katastrophalen Lage wird diese „Erzählung“, dieses Artikulieren von Werten oft übertönt durch die Politik des „Sich-Wehrens“, des Kampfes gegen einen verdeckt, geschickt und überlegen handelnden Gegner Putin.

Während viele Ukrainer über Werte sprechen und dafür bereit sind, „unvergleichlich mehr zu bezahlen, als irgendein Amerika finanzieren kann,“ „sogar mit unserem Leben zu bezahlen“ (Juri Andruchowytch, FAZ Nr. 269 v. 19.11.14, S. 12), gibt es dafür im westlichen Europa wenig Verständnis und

wenig Empathie für eine Ukraine, „die in eine Zone von Tod und Grausamkeit geraten ist, eine Zone entsetzlicher, bitterer Prüfungen“ (s.o.).

So bleiben für den Betrachter die „Erzählungen“ vom „bevorstehenden Genozid Kiews in der Ostukraine“ mit der Lautverstärkung durch Putin selbst auf der einen und die von einem Land im Aufbruch zu einer neuen, dezentralen Ukraine des Friedensplans von Präsident Poroschenko auf der anderen Seite einander unversöhnlich gegenüber. Wer Putins Vorgehen versteht und eher zu rechtfertigen bereit ist, wird der einen, wer Putins Eroberungs- und Machtpolitik ablehnt und der Ukraine gleiche Selbständigkeit zugestehen will wie z.B. Norwegen oder Finnland wird der anderen Erzählung mehr Gewicht zuordnen und als Nachbar oder Regionalmacht sein Verhalten und Handeln nach der jeweiligen Orientierung ausrichten.

6. Zum Zusammenhang von Zwecken, Zielen und Mitteln

6.1 In der Krise in und um die Ukraine haben die Akteure innerhalb der Ukraine, die Nachbarn, die regionalen und Großmächte sowie internationale Organisationen wie die EU oder die NATO unterschiedliche Gründe und Motive, die sie zum Handeln oder Nicht-Handeln, zur Initiative oder zur bloßen Reaktion führen. Sie verfolgen politische Zwecke oder wollen anderen deren politische Zwecke verwehren. Um dies zu erreichen, bestimmen sie Ziele und entschließen sich, verschiedene Mittel einzusetzen, ggf. Mittel auszuschließen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass Handeln und Gegen-Handeln in einer „lebendigen Reaktion“ aufeinander treffen. Deshalb werden Mittel, Ziele und Zwecke sozusagen in umgekehrter Richtung angepasst oder sogar ganz verändert, wenn die eigenen Mittel nicht durchschlagen oder von Gegnern oder anderen Akteuren mit ihren Mitteln erfolgreich pariert werden.

6.2 Akteur Russland

Putin hat die frühe Politik des „Nahen Ausland“ in den 90er Jahren als Grundlage für einen erweiterten politischen Zweck seines Handelns genutzt. Seit mehreren Jahren verfolgt er seinen politischen Zweck einer Eurasischen Union, der er aber außer mit Weißrussland und Kasachstan noch nicht erfolgreich näher gekommen ist. Wenn sein Handeln im Sommer und Herbst 2013 mit dem Mittel von Drohungen und finanziellen Lockungen darauf zielte, die Ukraine von Janukowitsch für diesen Zweck in seinen vollen Wirkungskreis zu bringen, so kann man mit Clausewitz feststellen, dass seit dem 22.11.2013 die entstehenden Wirkungen nicht der Absicht des Handelnden entsprachen.

Spätestens nach der Flucht von Janukowitsch hat Putin diese Tatsache erkannt. Er hat, auch dies einer Erkenntnis Clausewitz folgend, seine ursprünglichen politischen Absichten drastisch verändert, ja zu ganz anderen werden lassen. In seiner Analyse wurde ihm klar, die intakte Ukraine kann er nicht (mehr) gewinnen. Sein neuer politischer Zweck ist und bleibt, der neuen Regierung in Kiew einen raschen Zugang zur EU und noch mehr zur NATO absehbar zu verwehren. Dazu hat er mit einem offenkundig lange vorbereiteten Eventualplan zunächst die Krim annektiert und danach mit der massiven Unterstützung der Separatisten Kiew zum Krieg im eigenen Land gezwungen. Putin hat nach einer erfolgreichen Offensive mit den Separatisten seit Ende August Poroschenko am 5. September nach Minsk gezwungen. Dies mit der Drohung, weiter vorzurücken, wenn Poroschenko nicht mitspielt⁶. Gegenüber der EU, NATO und USA verkündet er weiterhin, dass Russland im Osten der Ukraine nicht beteiligt ist, was ihm (zu viele) Diplomaten, Regierungen und Öffentlichkeiten im Westen irgendwie noch abzunehmen bereit sind.

Sein weiter gestecktes Ziel zum Zweck einer russischen (Vor-)Machtstellung, den Zusammenhalt der EU, NATO und USA zu stören, ja zu untergraben, verfolgt er mit dem Mittel Energie (z.B. South Stream, seit 1.12.2014 auch Putins Hinweis auf eine Absprache mit der Türkei), mit Unterstützung der rechten und linken Gegenkräfte in der EU, mit den Angeboten an slawische Länder auf dem westlichen Balkan (z.B. Serbien, u. teilweise Bulgarien).

Diese neu bestimmten Zwecke verfolgt er nach seinem Grundsatz, „vor allem den Sieg im Kopf haben und nicht die bedenkensvolle Fehlervermeidung“ (DIE ZEIT Nr. 13, v. 20.03.2014, Adam Soboczynski, Russland, Der Partisan). Wenn die schlechte wirtschaftliche Entwicklung und Prognose für Russland einen Tiefpunkt erreicht und anhält und Putins Einschätzung des bröckelnden Zusammenhalts im Westen widerlegt wird, kann – mit Clausewitz – eine Situation eintreten, in der sowohl „die Unwahrscheinlichkeit“ als auch „ein zu hoher Preis des Erfolges“ bei Putin das Motiv für den Frieden verstärken.

6.3 Akteur Ukraine, Kiew

Alle Regierungen in Kiew nach der Flucht von Janukowitsch, die von Moskau (aber auch von manchen westlichen Beobachtern) als Putsch des Majdan eingeordnet wird, hatten zwei politische Zwecke: Erstens eine territorial einig, souveräne und unabhängige Ukraine in den Grenzen von 1991 zu erhalten; zweitens mit geforderten Reformen und Maßnahmen gegen den wirtschaftlichen und finanziellen Bankrott, die Unterstützung der EU, ja des „Westens“

zu erhalten und zu sichern mit dem Ziel, die Verbindung zur EU so zu stärken, dass längerfristig eine Beitrittsperspektive möglich sein könnte. Diese politische Blickrichtung nach „Westen“ hat das neu gewählte Parlament am 23. Dezember 2014 mit seiner fast einstimmigen Entscheidung, die Blockfreiheit aufzugeben, nachhaltig unterstrichen⁷. Dieser Ausblick in Richtung NATO erfolgte in voller Kenntnis der massiven Ablehnung Russlands und die mangelnde Offenheit vieler NATO-Mitglieder, die Feststellung von 2008 beim NATO-Gipfel in Bukarest ernst zu nehmen.

Ihre verfügbaren und eingesetzten Mittel für den ersten Zweck waren völlig unzureichend, um die Annexion der Krim zu verhindern. Mehr als der politisch-rechtliche Protest, gemeinsam mit dem „Westen“ und 100 Staaten der UN-Vollversammlung, blieb Kiew nicht. Es wird sich zeigen müssen, ob die (noch) fehlende Landverbindung der Krim mit der Russischen Föderation in allen logistischen Bereichen z.B.

Für das Zurückdrängen oder gar Ausschalten der gewaltbereiten Separatisten im Osten der Ukraine hatte die Ukraine keine voll loyalen, nicht einmal hinreichend ausgestatteten und ausgebildeten Streitkräfte.

von Elektrizität, Energie und Wasser für Kiew Möglichkeiten eröffnet für russische Zugeständnisse an anderer Stelle. Für das Zurückdrängen oder gar Ausschalten der gewaltbereiten Separatisten im Osten der Ukraine hatte die Ukraine keine voll loyalen, nicht einmal hinreichend ausgestatteten und ausgebildeten Streitkräfte. Es waren ad hoc gebildete Milizeinheiten, die mit der Armee Ende Juli und im August mehr und mehr Gebiete von den Separatisten zurück gewinnen konnten. Aber das Damoklesschwert massiver russischer militärischer Unterstützung bei den erfolgreichen Gegenangriffen der Separatisten Ende August 2014 zwang Kiew und Poroschenko, den ungleichen Gesprächen mit Russland in Minsk zuzustimmen. Nur so war z. B. ein russischer Vormarsch über Mariupol hinaus bis zu Krim (zumindest zunächst) aufzuhalten.

Der zweite politische Zweck erfordert die nachhaltige Unterstützung durch die EU und die USA, aber auch durch weitere internationale Organisationen wie IWF und Weltbank. Das kann nur gesichert werden, wenn die neue Regierung – mitten im Kriege – Reformen durchführt, die ihren Bürgern viele soziale Einschränkungen abverlangen werden. Um dies auch für die von Separatisten beherrschten Gebiete in Donezk und Luhansk wirksam werden zu lassen, braucht Kiew massiven Druck des „Westens“ auf Moskau. Da dies zurzeit nicht absehbar ist, kann Kiew nur alles daran setzen, dass es nicht die Kontrolle über weitere Gebiete und insbesondere die Grenze zu Russland verliert. Neben praktischen Maßnahmen wird in diesem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und der

Zufälle viel davon abhängen, ob und wie Mut und Selbstvertrauen im Spielraum des Ungefähren wirksam werden. Denn „auch im Wagen gibt es noch eine Klugheit und ebenso gut eine Vorsicht, nur dass sie nach einem anderen Münzfuß berechnet sind“ (Clausewitz, S. 42 f.).

6.4 Akteur pro-russische „Separatisten“ im Donbass

Die Lage in den von „Separatisten“ kontrollierten Gebieten der Oblaste Luhansk und Donezk hat seit März 2014 verschiedene Phasen durchschritten. Dabei haben sich politische Zwecke und Ziele in unterschiedlicher Art und Weise und nicht durchgängig in eine Richtung entwickelt. Pro-russische ukrainische Aktivisten, direkte russische personelle Unterstützung, einschließlich russischem Führungspersonal aus Geheimdienst und Streitkräften, aber auch die Oligarchen der Ost-Ukraine haben zusammengewirkt, aber auch untereinander strittige Auffassungen vertreten. Im Rückblick vom November 2014 kann man feststellen, dass die Zwecke sich entwickelten: von Opposition gegen Kiew, Abtrotzen großer Autonomie, Schaffen eigenständiger Institutionen, Ausweiten ihres Wirkungsbereichs, Abwehr der Offensive ukrainischer Streitkräfte und Freiwilligenverbände sowie die Abhaltung von Wahlen zur Schaffung von „Volksrepubliken“ außerhalb der Jurisdiktion von Kiew. All diese Zwecke waren mit eigenem Personal, mit eigenen Mitteln nicht zu erreichen. Die personelle Unterstützung, die massive Zufuhr von militärischer Ausrüstung und Führungsstrukturen sowie weiterer nicht-militärischer, ja umfangreicher humanitärer Maßnahmen waren in gewisser Weise der Treiber der Zwecke statt umgekehrt. Die Fakten sind lückenhaft, die Zuordnung von Ursachen zu Wirkungen ist voller Unsicherheiten, ja erstere sind oft (noch) im Nebel. Es ist erkennbar, dass bei den Akteuren im Donezk und Luhansk das Handeln selbst Zwecke und Ziele hervorbrachte statt umgekehrt. Lediglich aus Moskau wird man einen grundlegenden politischen Zweck identifizieren können: Kiew die Kontrolle verwehren und die Destabilisierung der Ukraine damit je nach Bedarf zu verschärfen oder teilweise zurückzufahren. Mit dem Entzug der sozialen und administrativen Leistungen durch Kiew für die Gebiete der selbst erklärten „Volksrepubliken“ nach den illegalen Wahlen wird deren Fortbestehen von weiter verstärkter Hilfe aus Russland abhängig sein. Ob der Unmut der Bevölkerung über die schwierige, teilweise verzweifelte Lage sich nur oder auch gegen die selbst ernannten Volksrepubliken wendet oder aber weiter gegen Kiew und die dortigen Maßnahmen, wird für die kommenden Monate ein wichtiger Indikator sein, ob die Abtrennung der Gebiete um Donezk und Luhansk revidierbar wird oder aber die – durch Russland alimentierten – eingefrorenen Konflikte um einen weiteren vermehrt.

6.5 Akteur EU und MS

Im zweiten Halbjahr 2013 arbeitete die EU Kommission an den letzten Maßnahmen zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der Regierung Janukowitsch. Dabei erkannte sie nicht oder unterschätzte jedenfalls, dass schon diese begrenzte Zusammenarbeit der Ukraine mit der EU für Putin und seine Regierung im Falle des Abschlusses eine schwerwiegende Barriere gegen sein Ziel einer Eurasischen Union darstellte.

Als Putin dann mit Druck und einem Kreditangebot von 15 Mrd. EURO die Absage Janukowitschs an die EU erreicht hatte, gaben sich die Kommission und die EU-MS zunächst sehr gelassen. Und viele Vertreter der EU und der MS sahen die Entwicklung auf dem Majdan als Beginn einer Bewegung für eine durchgreifende Reform des ukrainischen Staates. Solange Präsident Janukowitsch im Amt war, die innenpolitische Lage sich im Dezember und dann im Januar zuspitzte, war die EU nicht bereit, diese Regierung massiv in ihrer katastrophalen Lage zu unterstützen.

Der Versuch der drei Außenminister des Weimarer Dreiecks nach den vielen Toten auf dem Majdan durch Scharfschützen am 18. und 19. Februar 2014 einen Ausweg durch eine Vereinbarung zwischen Janukowitsch und den Vertretern der Opposition zu schaffen, hielt nur Stunden. Denn Präsident Janukowitsch hatte seine Abreise/Flucht schon vorbereitet. Er wollte nicht riskieren, dass sein Palast am nächsten Tag gestürmt würde.

Erst jetzt mussten die EU und ihre MS ihr deklaratorisches Ziel der territorialen Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit, einschließlich der freien Wahl von Neutralität oder Bündniszugehörigkeit für die Ukraine mit wirklichen Mitteln unterstützen. Die finanziellen Maßnahmen gemeinsam mit dem IWF und den USA sowie der Beginn von EU-Missionen zur Reform des zivilen Sicherheitssektors, aber insbesondere die Vermittlung des Energiekompromisses für die Wintermonate zwischen Russland und der Ukraine waren in der schwierigen Lage der Kiewer Übergangsregierung und dann des gewählten Präsidenten wesentlich, um staatliches Handeln dieser Regierung zu ermöglichen.

Die EU und ihre MS haben in dieser Krise und diesem russisch unterstützten Krieg in der Ost-Ukraine zwei konfligierende politische Zwecke. Der politische Zweck, mit Russland möglichst bald wieder eine praktische Beziehung herzustellen und deshalb Russland nicht herauszufordern, steht im Konflikt mit dem

politischen Zweck einer einigen Ukraine in ihrer territorialen Unversehrtheit. War die schnelle Verkündung, keine eigenen militärischen Mittel einzusetzen vor allem an die eigenen Bevölkerungen gerichtet, so war der Verzicht auf, ja die Ablehnung deutlicher militärischer Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte dem ersten politischen Zweck geschuldet. So nahm und nimmt die EU faktisch die Abspaltung von Gebieten in Luhansk und Donezk in Kauf und damit Abstriche an ihrem zweiten politischen Zweck. Andererseits haben das Mittel der Sanktionen und die Geschlossenheit der westlichen Welt dazu beigetragen, dass Putin einen militärischen Durchmarsch über Mariupol hinaus bis zur Krim (noch) nicht initiiert hat. Die kommenden Monate müssen zeigen, ob und wie sich diese nach Annexion und Destabilisierung stark widersprechenden Zwecke in pragmatische Ziele aufgliedern mit vielfältigen diplomatischen, wirtschaftlichen, reformstützenden Mitteln und Maßnahmen so umsetzen lassen, dass kein Entweder-Oder entsteht.

6.6 Akteur USA

Die Krise in und um die Ukraine mit dem ersten Höhepunkt des russischen Eingreifens auf der Krim traf die US-Administration mitten in ihrer Ausrichtung auf den „pivot to Asia“. Für die USA war schnell klar, dass dies eine

Das aggressive Handeln Putins seit Februar und März 2014 erforderte für die Rückversicherung, insbesondere der östlichen MS der NATO von Estland bis Bulgarien, eine glaubwürdige kollektive Verteidigung.

geopolitische Herausforderung russischer Machtpolitik war. So entwickelte die Obama-Administration drei miteinander in Beziehung stehende politische Zwecke: Erstens Putins Russland weitere territorial-aggressive Erfolge zu verwehren, zweitens die Übergangsregierung in Kiew vor dem Kollaps ihres Landes und weiterer territorialer Amputation zu bewahren und drittens – und besonders nachhaltig – die Rückversicherung aller Mitgliedstaaten der Allianz für die Glaubwürdigkeit der wirksamen kollektiven Verteidigung.

Da Obama für die USA – wie alle westlichen Staaten – den Einsatz militärischer Mittel für den ersten Zweck ausschloss, konnte der Preis für die Aggression und Annexion der Krim nur durch Sanktionen und politische Isolation festgesetzt werden. An dem ‚fait accompli‘ war so aber nichts zu ändern. Da die Administration auch eine wirksame Unterstützung der ukrainischen Armee mit militärischer Ausrüstung als ein Mittel für den ersten und zweiten Zweck (zumindest bis Dezember 2014) ausschloss, konnten Russland und die Separatisten auch im Oblast Donezk und Luhansk Gebiete und Bevölkerung der Kontrolle durch den ukrainischen Staat faktisch entziehen. Ob die dazu von den USA ergangenen Sanktionen oder andere Kosten-Nutzen-Überlegungen

Putins dazu geführt haben, dass er eine Landverbindung zur Krim noch nicht gesucht hat, bleibt offen und zu untersuchen.

Die Unterstützung der Kiewer Regierung – gemeinsam mit EU und IWF – nicht nur zur Vermeidung des Kollaps, sondern auch für die erfolgreiche Durchführung von Präsidenten- und Parlamentswahlen kann jetzt zu einer reformwilligen, zur EU und zur NATO orientierten Ukraine beitragen. Hierfür werden auch die USA mit langem Atem erhebliche finanzielle, aber auch personelle Ressourcen der Beratung und Hilfe einsetzen müssen.

Das aggressive Handeln Putins seit Februar und März 2014 erforderte für die Rückversicherung, insbesondere der östlichen MS der NATO von Estland bis Bulgarien, eine glaubwürdige kollektive Verteidigung. Obamas Rede in Brüssel am 26. März 2014, die Besuche von Vizepräsident Biden in diesen Staaten im März und Obamas Besuch in Estland am 3. September 2014 setzten Zeichen. Das wurde mit Luft- und Landstreitkräften in rotierendem Einsatz in diesen Staaten, auch in Polen, praktisch unterstützt.

Die offensiv-aggressive Einverleibung der Krim konnte Amerika nicht verhindern. Ob mit dem Maß der eingesetzten Mittel (Sanktionen und teilweise Isolierung) die USA weitere territoriale Erfolge im Osten der Ukraine abwenden können, ist noch offen.

Die bilaterale massive Unterstützung der Regierung in Kiew kann helfen, die neue Regierung auf dem schwierigen Reformweg – im Kriege – voranzubringen.

Die Rückversicherung der Mitgliedstaaten mit einer glaubwürdigen Abschreckung durch politische und militärische Maßnahmen der kollektiven Verteidigung haben die USA in der NATO wesentlich vorangebracht.

6.7 Akteur NATO und MS

Mit dieser Feststellung zur US-Politik ist der Blick auf die Haltung und das Verhalten der transatlantischen Allianz zu richten. Natürlich folgte die NATO der frühen Feststellung (fast) aller MS, dass es kein eigenes militärisches Engagement gegen die russische Aggression und Annexion auf der Krim und die politisch-militärische Destabilisierung in der Ost-Ukraine geben wird.

Damit konnte der – ebenfalls gemeinsam – formulierte politische Zweck, die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine zu sichern,

gegenüber dem offensiv-aggressiven Vorgehen Russlands auf der Krim nur noch deklaratorisch und durch völkerrechtliche Verurteilung hochgehalten werden. Dies wurde noch deutlicher, als Russland die Destabilisierung in der Ost-Ukraine begann bzw. beginnen ließ. Gegenüber Russland antwortet die NATO mit der Aussetzung aller militärischen Zusammenarbeit. Der NATO-Russland-Rat blieb nur als ein Gesprächsforum auf Botschafterebene. Mit Blick auf die Vorgänge in der Ukraine selbst blieb die NATO auf die Funktion verstärkter Aufklärung der russischen militärischen Bewegungen und Maßnahmen beschränkt. Hier lag ein Feld der Unterstützung der ukrainischen Sicherheitskräfte, dem sich weitere Unterstützung bei Führung, Logistik u.ä. anschloss. Dies alles auf Grundlage der seit 1998 bestehenden und intensivierten besonderen Partnerschaftsbeziehungen der NATO und der Ukraine. Die Möglichkeiten der Allianz, den Preis für Putin höher zu setzen, waren sehr begrenzt und wurden mit dem Drängen einiger MS, an der NATO-Russland-Grundakte (noch) weiter festzuhalten, bewusst zurück genommen. Damit wurde deutlich – wie bei der EU, USA und vielen MS –, dass die Hilfe für die Ukraine in Konkurrenz mit der äußerst risikobehafteten Vorstellung stand und steht, Putin durch eigene Zurückhaltung zur Deeskalation oder gar zum Nachgeben in der Sache anhalten zu können.

Diesem auf die Ukraine orientierten Teil der Aufgabe stand mit Beginn der russischen Aggression die offenkundig werdende Verpflichtung gegenüber, allen MS und insbesondere denjenigen im Osten durch praktische Maßnahmen die Rückversicherung zu geben, dass die kollektive Verteidigung, die unverbrüchliche Solidarität des Artikel 5 des NATO Vertrages bei jeder Art von Aggression, ob „hybride“ oder konventionell weiter gilt – auch gegen Putins Russland, sollte es weiteren „Schutz russischer Staatsbürger“ in anderen Ländern für geboten halten. Die raschen ersten Maßnahmen im Frühjahr 2013 im Luftraum der baltischen Staaten, zu Lande in Polen und in der Ostsee sowie dann die substanziellen Beschlüsse des Gipfels im September in Wales dienten zugleich dem Ziel, Russland mit glaubwürdiger Abschreckung durch praktische Geschlossenheit von denkbaren Weiterungen seines Ausgreifens abzuhalten.

Von den beiden politischen Zwecken, erstens gemeinsame Verteidigung als glaubwürdige Abschreckung auch gegen Russland, zweitens Sichern der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine, sind die eingesetzten Mittel für den ersten hinreichend, während für den Erhalt der territorialen Integrität die eigenen Mittel weder zur Vermeidung der Krim-Annexion noch zur Verhinderung oder zum Aufhalten der Destabilisierung in der Ost-

Ukraine ausreichen. In diesem zweiten Bereich handelt die NATO mit ihren MS aus der zweiten Reihe. Aber dennoch trifft bei einem beträchtlichen Teil der eigenen Bevölkerung (Künstler, Intellektuelle, Wirtschaftsvertreter und v.a. ehemals hochrangige Politiker und Diplomaten) das Putinsche ‚Narrativ‘, dass Russland das Opfer westlicher ‚Einkreisung‘ sei und er ethnische Russen in der Ostukraine vor Faschisten schützen müsse, auf Gehör, ja Zustimmung. Bei dieser Einstellung werden schon begrenzte Maßnahmen der Rückversicherung und glaubwürdigen Abschreckung als „Säbelrasseln“ und unbedachte Eskalation eingeordnet.

7. Drei herrschende Tendenzen in Krieg und Krise, die „wunderliche Dreifaltigkeit“ nach Clausewitz

Dieser Hinweis auf die erfolgreiche russische Beeinflussung sowohl für die Gefolgschaft der eigenen Bevölkerung, wie auch möglichst breiter Zustimmung der Menschen in opponierenden, neutralen oder unterstützend auftretenden Ländern weist uns auf eine der drei „herrschenden Tendenzen“ hin, die Clausewitz im Kriege (und ich ergänze, bereits in dynamischen, komplexen Krisen- und Konfliktlagen) für entscheidend hält, nämlich das Element von Gewalttätigkeit, Hass und Feindschaft, das er „mehr dem Volk ... zugewendet“ sieht. Dass „Leidenschaft“, ja „vorherrschende Feindschaft der Gefühle“ bei den gegeneinander stehenden, ja kämpfenden Gruppen in der Ukraine für den bisherigen Verlauf und den gegenwärtigen Gang der Ereignisse bedeutsam sind, erscheint offensichtlich. Dabei ist abzuschätzen, inwieweit Regierungen oder Führer der Separatisten (das dritte Element der herrschenden Tendenzen: das „politische Werkzeug“, der „Regierung zugewendet“) diese Leidenschaften anheizen oder zu dämpfen suchen, je nachdem wie es ihren politischen Absichten dient. Während Putin erfolgreich die nationale Stimmung für seine Politik in der Ukraine und antiwestlichen Maßnahmen steigert und westliche Bevölkerungen für sein „narrativ“ zu gewinnen sucht, wollen westliche Regierungen der Stimmung im eigenen Land gegen jede Eskalation mit einer doppelten Vorgehensweise gerecht werden, der Verurteilung des russischen Rechtsbruchs einerseits und des Rufs nach einer „politischen Lösung“ und Deeskalation andererseits. Eine wirksame Einflussnahme auf die russische Bevölkerung ist dagegen nicht erkennbar bzw. nicht erfolgreich.



Die zweite „herrschende Tendenz“ bezeichnet Clauswitz als das „Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls“. In jeder Krise, jedem Konflikt und Krieg sind Ungewissheiten, Unsicherheiten, Friktionen, Überraschungen und Zufälle kennzeichnende Merkmale. Diese Gegebenheiten werden heute multipliziert, weil alle Handlungsfelder, diplomatische, ökonomische, kommunikative, politische und militärische davon betroffen sind. Das bedeutet, dass diese Tendenz und die dritte „herrschende Tendenz“ (das „politische Werkzeug“, die „politischen Zwecke, die ... der Regierung allein angehören“) sehr eng zusammenrücken. Das gewinnt Bedeutung für das Handeln der Regierungschefs, für die Beratungsleistung der Stäbe und für die Handelnden vor Ort. Die Unsicherheit aller Nachrichten und Voraussetzungen, diese beständigen Einmischungen des Zufalls haben zur Folge, dass der Handelnde vom Regierungschef bis zu nachgeordnet Ausführenden in einer solchen Krise wie in und um die Ukraine mit massivem „hybriden“ Eingreifen Russlands, die Dinge unaufhörlich anders findet als er sie erwartet hat. Exemplarisch galt das für Putin mit der Flucht Janukowitschs am Tage nach der Übereinkunft der Außenminister des Warschauer Dreiecks mit dem Präsidenten und Vertretern der Opposition. Daraus zog er die Folgerung, dass die Ukraine als Ganzes für die Eurasische Union verloren sei, und aktivierte seinen Plan B, zunächst die „Krim heim zu holen“. Er hat diesen „beständigen Streit mit dem Unerwarteten“ nicht nur mit einer rationalen Erkenntnis und einem Plan beantwortet, sondern auch den Mut gehabt, ihn gegen alle Unwägbarkeiten durchzuführen. Andererseits bleibt sein Verhalten hinsichtlich der Ostukraine zwar offensiv, aber auch oszillierend mit Angeboten zu Verhandlungen und Unterstützung einer einigen Ukraine (ohne Krim)⁸ einerseits und Unterstützung illegaler Referenden im Donbass und starker militärischer Unterstützung andererseits. Möglicherweise ist Putin von der bisherigen Geschlossenheit der EU und des „Westens“ insgesamt gegenüber seiner offensiv-aggressiven Politik überrascht und sucht durch Anzeichen von Einlenken bei Festhalten an den erreichten Zielen und fortgesetzter Vorwürfe gegen die westliche Politik diese Einigkeit von EU, NATO und USA zu mindern oder aufzulösen.

Für die westlichen Staaten lässt sich zeigen, dass sie sich ohne genauen Plan auf die Seite des Majdan bzw. der sich bildenden Übergangsregierung stellten. Neben den finanziellen Mitteln und Maßnahmen für die Ukraine blieb ihnen – nach Verzicht, ja Ablehnung militärischer Mittel – die diplomatische Isolierung Putins und seiner Führungsriege sowie die Ankündigung und Durchführung ökonomischer Sanktionen. Hier kann man nachzeichnen, dass die Aktivitäten der Separatisten im Donbass mit russischer Unterstützung und das

Agieren Russlands auf ihrer Seite der Grenze zwar zur Kenntnis genommen wurden, aber die Auslösung oder Nicht-Auslösung weiterer eigener Maßnahmen zu langwierigen Erörterungen führte. Die Kenntnis der Umstände hatte sich bei (fast) allen vermehrt, aber die Ungewissheit ist dadurch nicht verringert, sondern gesteigert. Das hängt damit zusammen, dass diese Fakten und Erfahrungen nicht auf einmal gemacht werden, sondern ein Handlungsgefüge von 28 Regierungen (mit jeweils unterschiedlich ‚bewegter‘ Bevölkerung) unaufhörlich bestürmt wird. So ist das Zögern, Aufschieben oder Ablehnen von weiteren Sanktionsschritten auch damit zu erklären, neben grundsätzlich unterschiedlichen Auffassungen zu Sanktionen gegen Russland als Preis für seine Aggression gegen die Ukraine. Bei geringem emotionalem Engagement der eigenen Bevölkerung für die Ukraine und gleichzeitiger Ablehnung militärischer Maßnahmen gibt es wenig Grund zur Annahme, dass ein Machtpolitiker wie Putin, der in seiner Bevölkerung nationalistische Emotionen für die Ostukraine und gegen Kiew und den Westen angefacht hat, durch angebotene Dialogbereitschaft und Gespräche zur Aufgabe seiner „fait accomplis“ bewegt werden kann.

8. Faktorengruppen für die Lagebeurteilung der Akteure

Im Entstehungsgang der Krise in und um die Ukraine wird man je nach dem Zeitpunkt, der als Beginn der Analyse gewählt wird, unterschiedliche Ursache-Wirkung und Zusammenhänge von Aktion und Reaktion hervorheben. Die Absage von Janukowitsch an die EU im November war vorrangige Ursache für das Entstehen der „Majdan-Bewegung“; die Majdan-Bewegung löste russische Aktivitäten aus, dass Janukowitsch diese Bewegung ausschalten sollte, und zugleich unterstützende Aktivitäten der EU und ihrer MS, mit dieser Bewegung einen Reformprozess in der Ukraine zu unterstützen. Dieser zunächst innenpolitische Machtkampf erforderte massives politisches Eingreifen nach dem gescheiterten Versuch der Regierung Janukowitsch, den Majdan durch gezieltes Beschießen von Teilnehmern des Majdan auseinander zu treiben.

Dass Russland und der „Westen“ unterschiedliche Vorstellungen hatten, war schon seit Ende November klar erkennbar. Aber mit der Flucht von Präsident Janukowitsch einerseits und der Bildung der Übergangsregierung durch das gewählte Parlament mit den Kräften des Majdan andererseits wurde die Konfrontation offenkundig. Für Russland galt es, seine Machtinteressen zu wahren, einerseits mit klarer Verurteilung des „faschistischen Putsches“ in Kiew und andererseits mit militärischen Maßnahmen zunächst auf der Krim zum Schutz

von Russen. Der Westen stellte Forderungen zu Reformen der Verfassung, der Dezentralisierung und des Vorgehens gegen Korruption an Kiew und unterstrich sein striktes Festhalten an der territorialen Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine.

Da die gesamten **politischen Forderungen** jeder Seite nicht immer offen oder gar vollständig zu Tage liegen, kann dies allein schon zu Unterschieden in den Mitteln führen, die jeder anbietet. Die **Lage und die Verhältnisse** der Staaten

Für Russland war klar, dass gegen eine pro-westliche Putschregierung in Kiew eigene Machtinteressen auch militärisch durchgesetzt werden konnten, ja mussten.

sind einander nicht gleich. Im „Westen“ war für sein Handeln von Beginn prägend, dass gegenüber der Ukraine keine Bündnisverpflichtung bestand. Für Russland war klar, dass gegen eine pro-westliche Putschregie-

rung in Kiew eigene Machtinteressen auch militärisch durchgesetzt werden konnten, ja mussten.

Nimmt man dann die führenden Persönlichkeiten, aber auch die gesamten Regierungen mit ihrer jeweiligen **Willensstärke**, ihrem **Charakter** und ihren **Fähigkeiten** in den Blick, werden die Unterschiede ebenso klar.

All diese Unterschiede, ja Gegensätze bringen erhebliche Ungewissheit in die Berechnung des Widerstandes, den man beim Gegner finden wird. Daraus folgen teilweise unterschiedliche Auffassungen über die Mittel, die man anwenden sollte, um seine Ziele zu erreichen, ja sogar die Überlegung, welche Ziele man sich mit den eigenen Mitteln überhaupt setzen kann und darf. Für Russland und die Separatisten Ende August: Sollte, konnte man den Vormarsch über Mariupol hinaus bis zu Verbindung mit der Krim fortsetzen? Sollte man trotz des Übergewichts vor Ort den Vorschlag zu Gesprächen in Minsk Anfang September „annehmen“? War Letzteres mehr der Ungewissheit über die westliche Reaktion auf so einen Vormarsch geschuldet oder war man sich auch unsicher, ob dies nicht den Volkskrieg in der Ukraine auslösen konnte?

Warum ließen die EU und die USA die russische Unterstützung der illegalen Wahlen im Donbass und deren Anerkennung durch den Kreml nicht nur geschehen, sondern einigten sich nicht auf zusätzliche Sanktionen gegen den Kreml? War man gemeinsam der Meinung, dass man Putin so eher zu weiterem Dialog gewinnen könne, oder scheiterte es an dem fehlenden Konsens unter den 28 MS?

Wie viel Innenpolitik treibt in unterschiedlicher Weise die Außenpolitik im Kreml wie bei den EU MS und den USA? Kann Putin gegenüber den Separatisten nicht hart für das Minsker Protokoll eintreten oder gar die militärische Unterstützung über die ukrainische Grenze einstellen, weil er dann als Verlierer oder „Wortheld“ bei seiner Bevölkerung dastehen würde? Können EU-MS nicht zu stärkeren Maßnahmen gegen die Politik Putins finden, weil in einer Reihe von ihnen die Ukraine weniger Gewicht hat als die Beziehungen zu Moskau, weil die einen sich von Russland bedroht sehen, während andere nur aus Solidarität das Mindeste oder gerade Notwendige aus Solidarität zur Rückversicherung und glaubwürdiger Abschreckung leisten (wollen)?

Wenn die westlichen Staaten mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft die Gültigkeit internationaler Regeln, die auch Russland unterzeichnet hat, gegen die russische Politik in der Ukraine und gegen Moskau selbst durchsetzen wollen, dann müssen sie diesen Zweck zunächst auch von Seiten des Kreml bedenken. Auch für diese Krise und den Krieg in der Ukraine mit seinen vielfältigen Akteuren ist es nützlich, den Schritten der Lagebeurteilung zu folgen, die Clausewitz empfiehlt, um über das „Maß der Mittel“ für diesen Zweck zu entscheiden: „Wir müssen die Kräfte und Verhältnisse (und zwar aller Gegebenheiten, politisch, ökonomisch, zivil wie militärisch, d. Verf.) des (der) feindlichen Staates und des (der) unserigen, wir müssen den Charakter seiner Regierung, seines Volkes, die Fähigkeiten beider, und alles das wieder von unserer Seite, wir müssen die politischen Verbindungen anderer Staaten und die Wirkungen, welche der Krieg (unser Handeln in Krise und Konflikt, d.Verf.) darin hervorbringen kann, in Betrachtung ziehen.“ Dass sich dahinter eine Mammutaufgabe verbirgt, ist leicht ersichtlich. Dass dies noch multipliziert wird, wenn 28 EU-MS, die USA und Kanada sich als möglichst gemeinsam Handelnde verstehen, ist offenkundig.

Diese Mannigfaltigkeit lässt sich nicht algebraisch lösen. Das Urteil über das künftige Handeln in der Krise in und um die Ukraine und mit Russland, über das Ziel, das unser Handeln haben sollte und haben darf, welche Mittel dann dafür notwendig sind, „kann nur aus dem Gesamtüberblick aller Verhältnisse entstehen, in welchem also die individuellsten Züge des Augenblicks mitverflochten sind.“ Dieses Urteil in jeder dynamischen Krise kann „niemals rein objektiv sein“, sondern wird – so drückt es Clausewitz aus – „nach den Geistes- und Gemütseigenschaften der Fürsten (Präsidenten, Regierungschefs, d. Verf.), Staatsmänner (Außenminister, HR/Vizepräsident EU, d.Verf.) Feldherren (Führer in zivilen wie militärischen Aufgabenbereichen, d.Verf.) bestimmt“ (Clausewitz, S. 659).

9. Versuch eines Ausblicks in Varianten

Ein Jahr nach den ersten friedlichen Demonstrationen auf dem Majdan, nach Monaten machtgetriebener Annexion, nach kriegerischer Eskalation in der Ostukraine, nach ukrainischen Friedensvorschlägen, nach Wahlen des Präsidenten und des Parlaments in der Ukraine, nach Sanktionen und Gegen-Sanktionen, nach Minsker Protokollen und deren Nichtbeachtung, nach illegalen Wahlen im Donbass, nach einem ständigen Propagandawasserfall für das russische „narrativ“ und sehr begrenzter bis keiner Wirkung eines westlichen „narratives“ in Russland, ist es fast vermessen, einen Blick auf künftig mögliche Entwicklungen in und rund um die Ukraine und zum Verhältnis von Russland und den westlichen Staaten zu werfen.

Aber so wie es reizt in vergangenen Situationen, mal Fragen nachzugehen, was wäre geschehen, wenn „diejenigen Dinge, die sich nicht wirklich zugetragen haben, die aber wahrscheinlich waren“ (Clausewitz, S. 133), in die Betrachtung einbezogen werden, so können Wege zum Handeln erkennbar werden, wenn man verschiedene, unterschiedlich wahrscheinliche „Resultate“ aufzeigt.

9.1 Ukraine macht mit der EU Fortschritte, Russland und Separatisten in der Defensive

Für die Regierung in Kiew und die EU wird es darauf ankommen, die vereinbarten Reformmaßnahmen in allen Politikfeldern, insbesondere der Wirtschaft, Energie und Regierungsführung insgesamt voranzubringen⁹. Sichtbare Fortschritte für die Menschen in der Ukraine können positive Auswirkungen auf die Ukraine in den von Separatisten gehaltenen Gebieten haben, wo die Verhältnisse als äußerst kritisch geschildert werden. Ob sich daraus Fortschritte im Sinne des 15 Punkte umfassenden Friedensvorschlages von Poroschenko im Juni und dem Dezentralisierungsansatz des vorigen Parlamentes ergeben können, wird wesentlich davon abhängen, ob Moskau weiter willens und in der Lage ist, trotz erheblicher makroökonomischer Schwierigkeiten massive Unterstützungsleistungen auf allen Gebieten, einschließlich der Finanzen für die so genannten „Volksrepubliken“ im Donbass zu leisten. Wenn Putins Aussage gegenüber Präsident Hollande am 6. Dezember beim Gespräch am Flughafen von Moskau, dass er eine „einige Ukraine“ (natürlich ohne Krim) unterstützt, ernst gemeint ist, kann mit einer Dezentralisierung bei der im Osten eine ähnliche Autonomie gestaltet wird, wie seit 1997 zwischen Kiew und der Krim, ein Zustand herbeigeführt werden, der Gewalt beendet.

Allerdings bleiben die illegale Annexion der Krim und die ökonomischen Druckpotentiale Russlands gegenüber der Ukraine weiter Elemente einer anhaltenden Krise.

9.2 Russland unterstützt quasi unabhängige Volksrepubliken, das Minsker Protokoll wird obsolet.

Wenn Russland diesen Kurs wählt, werden neben diplomatischem Druck weitere westliche Sanktionen erforderlich. Die Unterstützung der Kiewer Regierung durch die EU wird fortgesetzt. Den bisherigen „eingefrorenen Konflikten“ wird ein weiterer – über die Krim hinausreichender – hinzugefügt, mit dem Russland eine endgültige Wendung der Ukraine zur EU und zur NATO zu verhindern trachtet.

Außerdem wird Putin fortfahren, rechtspopulistische Parteien in EU-Staaten zu nutzen, um Unruhe, ja ein „Zerreißen“ der EU voranzubringen. Nur wenn er dabei Fortschritte erzielt und über die unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der EU-MS zu Russland-Beziehungen eine Aufweichung der Sanktionspolitik befördern kann, mag er noch eine geringe Aussicht haben, seine Eurasische Union zu einem wirksamen Instrument seiner Wirtschafts- und Machtpolitik zu gestalten.

9.3 Der Westen bietet Russland so weitreichende sicherheitspolitische Zusammenarbeit und ökonomische Einbeziehung an, dass Russland bereit ist, den territorialen Status quo der Ukraine vor dem 22. Februar 2013 wieder herzustellen.

Dies erscheint völlig außerhalb der Reichweite. Allerdings kann die wirtschaftlich schwierige Lage Russlands, gebündelt mit einem großzügigen Angebot des „Westens“ im Sinne der Charta von Paris, das politische Kalkül des rationalen Machtpolitikers Putin, der auch innenpolitisch unter Druck kommen kann, durchaus verändern. Denn die „ursprünglichen politischen Absichten (können) im Laufe des Krieges (*oder der Krise, d.Verf.*) sehr wechseln und zuletzt ganz andere werden, eben weil sie durch die Erfolge (*und Misserfolge, d.Verf.*) und durch die wahrscheinlichen Ergebnisse mitbestimmt werden“ (Clausewitz, S.50). Russland wird eine vom „Westen“ politisch und ökonomisch unterstützte Ukraine nicht zum „ferneren Widerstande“ unfähig machen können. Wenn Putin die Unwahrscheinlichkeit, aber vor allem den Gesamt-Preis für einen Erfolg seiner Ukraine Aggression für zu hoch beurteilt, können diese beiden Faktoren sein Motiv zum Frieden fördern. Es wird also der politische Zweck, „der Wert, den dieser hat, die Größe der Aufopferungen bestimmen“, womit er erkaufte werden

soll, und zwar nach Umfang und Dauer. „Sobald also der Kraftaufwand (*in jeder Hinsicht, d.Verf.*) so groß wird, dass der Wert des politischen Zwecks ihm nicht mehr das Gleichgewicht halten kann, so muss dieser aufgegeben werden und der Friede die Folge davon sein“ (Clausewitz, S.50). Dieser Zustand ist offensichtlich in Moskau noch nicht erreicht, und die Ukraine und der „Westen“ sind (noch) nicht willens, das bisherige Ergebnis russischer Aggression unter Bruch aller Vereinbarungen seit 1990 hinzunehmen.

9.4 Nahziele und Fernziele

In diesen Tagen um die Jahreswende 2014-2015 haben sich die Ukraine und der Westen ein politisches Nahziel gegenüber Russland und den von dort gestützten Separatisten gesetzt und zwar: **das Ende der Gewalt in der Ostukraine**. Der einfache Weg, Russland zu überzeugen, die Grenze für jedwede militärische Ausrüstung im Donbass zu schließen und kommunalen Wahlen in den Gebieten, die als Volksrepubliken deklariert sind, zuzustimmen, ist bisher erfolglos versucht worden.

Wenn die Gesetze der Kiewer Regierung für eine Dezentralisierung der Ukraine weitgehend genug sein werden, damit Putin einer „einigen Ukraine“ zustimmen kann, besteht die Chance, dass er Schritt für Schritt bereit sein kann, die oben erwähnten Maßnahmen einzuleiten.

Sollte ein stabiler Waffenstillstand erreicht werden, dann wird das Ringen um die Struktur dieser Gebiete innerhalb der Ukraine noch viel Kraft, aber auch Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erfordern. Parallel muss die ökonomische und soziale Stabilität der Ukraine wieder hergestellt und gestärkt

werden. Und auf der Ebene oberhalb der Ukraine müssen sich primär die EU und Russland und dann auch die NATO und Russland darüber klar werden, welche Art von

„Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“ hat für die MS der NATO wie der EU erneut aktuelle Bedeutung gewonnen.

Beziehungen nach diesem massiven Regelbruch Russlands kurzfristig überhaupt möglich sind. Dabei wird es einer ganzen Reihe vertrauensbildender Maßnahmen bedürfen, um dann in den (noch) existierenden Gesprächskreisen in EU und NATO mit Russland wieder substanzielle Fortschritte für die europäische Sicherheit und deren Strukturen erzielen zu können. „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“ hat für die MS der NATO wie der EU erneut aktuelle Bedeutung gewonnen. Die antiwestlichen Reden Putins und anderer Führungspersonen im Kreml und im Parlament lassen eine weit über die Ukraine-Krise hinausreichende politische Vorstellung erkennen.

Deshalb ist auch besonders fraglich, ob Zugeständnisse an Putin heute mit Blick auf sein offensives Vorgehen auf der Krim und in der Ostukraine ihn zum Einlenken bewegen oder nicht eher seine Einschätzung stärken, dass er solche Aktionen durchführen kann, ohne einen allzu hohen Preis zu bezahlen.

Das **Fernziel** eines Europa, das in Übereinstimmung mit Wort und Geist der Charta von Paris 1990 frei, geeint und in Frieden existiert, wird viele kleine Schritte erfordern. Das bezieht nicht nur außenpolitische Maßnahmen der Diplomatie, der Sicherheits-, Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik ein, sondern auch vielfältige Schritte innenpolitischer Reformen für Demokratie, Menschenrechte und angemessene Beteiligung von Minderheiten. Seit 1990 hat es manche Fortschritte gegeben, aber mit dem russischen Verhalten spätestens beim und nach dem Georgienkrieg 2008 und jetzt mit der aggressiven Politik gegen die Ukraine wird deutlich, dass Rückschläge erfolgen, wenn Machtpolitik außerhalb der vereinbarten Regeln durchgesetzt wird. Es wird also darauf ankommen, durch eigenes Vorleben und klaren Kurs allen klar zu machen, dass jeder davon Nutzen zieht, wenn alle die gemeinsam verabredeten Regeln einhalten.

Das Fernziel eines Europa, das in Übereinstimmung mit Wort und Geist der Charta von Paris 1990 frei, geeint und in Frieden existiert, wird viele kleine Schritte erfordern.

Schlussbemerkung

Die komplexe, sich dynamisch entwickelnde Krise in und um die Ukraine, deren Ende noch nicht absehbar ist, zu betrachten und zu analysieren, kann auf vielerlei Art und mit unterschiedlichen Methoden erfolgen. Dieser Exkurs sollte zeigen, dass Methoden und Einsichten des Carl von Clausewitz auch für heutige komplexe internationale Krisen und Konflikte, in denen alle Mittel der Staaten zum Einsatz kommen, dazu dienen können, Fakten, Ursachen und Wirkungen und eingesetzte oder einzusetzende Mittel zu ordnen und zu klären, ob und welche politischen Zwecke der einzelnen Akteure mit dem jeweils eingesetzten Instrumentarium erreichbar waren und sind, bzw. wo unbeabsichtigte Wirkungen und Gegen-Handeln eingetreten sind.

Bei der begrenzten Konfliktwilligkeit und Konfliktfähigkeit des „Westens“ in dieser Krise und diesem Krieg wird man ein Resultat erwarten müssen, das „keine vollkommene Entscheidung oder Erledigung in sich trägt“. Dennoch, so Clausewitz, „ersterben doch im Friedensschluss selbst jedes Mal eine Menge Funken, die im Stillen fortgeglüht hätten, und die Spannungen lassen nach,

weil alle dem Frieden zugewandten Gemüter, deren es in jedem Volk und unter allen Verhältnissen immer eine große Zahl gibt, sich aus der Richtung des Widerstandes ganz abwenden“ (Clausewitz, S. 48). Damit ist aber auch klar, dass diejenigen, deren Ziele nicht oder unzureichend erfüllt worden sind, auf Gelegenheit warten oder hinarbeiten werden, um Korrekturen zu erreichen – hoffentlich künftig mit den Mitteln, die die Charta von Paris und andere Vereinbarungen erlauben.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft.

Der vorstehende Beitrag wurde auf der Grundlage des Vortrags beim Regionalkreis West der Clausewitz-Gesellschaft e.V. am Montag, 3. November 2014, in Bonn ausgearbeitet.

Anmerkungen:

- 1 Bundestagspräsident Norbert Lammert beim Gespräch mit Gorbatschow am 09.11.14 in Berlin: „Niemand wird besser verstehen als Sie, dass wir Deutschen vor diesem Hintergrund (...) uns noch mehr als irgendein anderes Volk und irgendein anderes Land in Europa verpflichtet fühlen, dieses Recht für jedes Land gelten zu lassen.“
- 2 Alle Zitate aus: Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Ullstein-TB, 5. Aufl. 2008, 736 S. Im weiteren Textverlauf werden die Zitate wie folgt in Klammern gekennzeichnet: (Clausewitz, S...).
- 3 Die EU hat im FAC am 15.12.14 weiteren Sanktionen gegen die annektierte Krim und Sewastopol zugestimmt.
- 4 http://www.nytimes.com/2014/03/11/opinion/brooks-the-leaderless-doctrine.html?_r=0
- 5 Die offensiven Aktionen der Separatisten auf breiter Front seit dem 22.01.15, einen Tag nach Lawrows Zustimmung in Berlin zur Zurücknahme der schweren Waffen, bestätigt diese Doppel-Taktik.
- 6 Mit der Offensive der Separatisten seit 22.01.15 wird dieses Vorgehen offensichtlich erneut angewandt
- 7 303 von 369 Abgeordneten für Aufhebung, nur 8 dagegen
- 8 zuletzt beim Treffen mit Präsident Hollande am 6.12.14 am Moskauer Flughafen
- 9 Dazu s. im Einzelnen: Joint Press Release following the first Association Council meeting between the European Union and Ukraine vom 15.12.2014.

Ein Leben mit Clausewitz: Verleihung des Carl-von-Clausewitz-Preises der Stadt Burg an Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen

Oliver Corff

Der Name Carl von Clausewitz ist eng mit dem der Stadt Burg bei Magdeburg verknüpft. In dieser Stadt wurde er am 1. Juli 1780 geboren und hier fand er auch an der Seite seiner Frau Marie seine letzte Ruhe auf dem Ostfriedhof der Stadt. In Erinnerung an den großen Soldaten und Militärtheoretiker verleiht die Stadt Burg jährlich den „Carl von Clausewitz Preis“, 2014 zum achten Mal. Diesjähriger Preisträger ist Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen.

Die Feierlichkeiten zur Erinnerung an Carl von Clausewitz finden jedes Jahr in der zweiten Novemberhälfte statt. Sie beginnen traditionell mit einer Kranzniederlegung an der letzten Ruhestätte des Ehepaars von Clausewitz. Anschließend findet die Preisverleihung des „Carl von Clausewitz Preises der Stadt Burg“ statt.

Bürgermeister Jörg Rehbaum begrüßte zur Preisverleihung die Gäste im Festsaal des Rathauses, an der Spitze den Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haselhoff, sowie die Abgeordneten Manfred Behrens (MdB) und Matthias Graner (MdB).

Die Laudatio auf Dr. Klaus Olshausen hielt der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V., Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann. Er bedankte sich zunächst beim Kustos der Burger Clausewitz-Erinnerungsstätte, Klaus Möbius, sowie dem Koordinator des „Burger Freundeskreis Carl von Clausewitz“, Dr. Rolf-Reiner Zube, für ihr herausragendes Engagement zur Wahrung der Erinnerung an Carl von Clausewitz und sein Werk „Vom Kriege“, mit dem er ein zeitloses und auch heute noch modernes Vermächtnis hinterlassen habe.

Die 1961 gegründete Clausewitz-Gesellschaft e.V. habe sich die Aufgabe gestellt, aus der Begegnung mit den Gedanken des Carl von Clausewitz Nutzen für die Gegenwart zu ziehen. „Wir versuchen vor allem, die gegenwärtigen Aufgaben der Politik und der Strategie im Spiegel der Einsichten von Carl von

„Wir versuchen vor allem, die gegenwärtigen Aufgaben der Politik und der Strategie im Spiegel der Einsichten von Carl von Clausewitz zu sehen und dabei zu prüfen, welche der von ihm formulierten Grundsätze und Einsichten heute noch von Bedeutung sind und wie sie in die aktuellen Prozesse der politischen Entscheidungsfindung eingebracht werden können“, so Kurt Herrmann.

Clausewitz zu sehen und dabei zu prüfen, welche der von ihm formulierten Grundsätze und Einsichten heute noch von Bedeutung sind und wie sie in die aktuellen Prozesse der politischen Entscheidungsfindung eingebracht werden können“, so Kurt Herrmann.

In seiner Laudatio hob Herrmann hervor, dass Dr. Klaus Olshausen sich in vielfacher Weise um das Vermächtnis von Carl von Clausewitz verdient gemacht habe.

Von 2006 bis 2013 habe er als Präsident der Clausewitz-Gesellschaft höchst erfolgreich gewirkt. Mit außergewöhnlichem persönlichen Engagement und beeindruckender Führungskraft sei es ihm gelungen, die Clausewitz-Gesellschaft für breitere Kreise der Gesellschaft zu öffnen und den sicherheitspolitischen Diskurs über die „Vernetzte Sicherheit“ nachhaltig zu fördern. Er habe in seiner Präsidentschaft die Clausewitz-Gesellschaft konsequent auf die Aufgaben der Zukunft hin entwickelt. Mit dieser Zukunftsorientierung habe er die Clausewitz-Gesellschaft für jüngere, im aktiven Berufsleben stehende Menschen attraktiver gemacht. Dies spiegele sich auch in den deutlich gewachsenen Mitgliederzahlen wider.



Carl von Clausewitz nach einer Zeichnung, ausgestellt in der Erinnerungsstätte in Burg

Um den sicherheitspolitischen Diskurs über die Clausewitz-Gesellschaft hinaus für breite Kreise der Bevölkerung zu öffnen, habe Olshausen - um nur eine seiner vielen Aktivitäten zu nennen - die Clausewitz-Strategiegespräche ins Leben gerufen. Diese Gespräche, die die Clausewitz-Gesellschaft gemeinsam mit der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund durchführt, hätten inzwischen einen festen Platz im Berliner Veranstaltungskalender gefunden.

In seiner Würdigung der Persönlichkeit des Preisträgers zeichnete Herrmann zunächst den Weg des jungen Offiziers der Pioniertruppe nach. Er hob die herausragende Leistung des jungen Offiziers während der Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr hervor, die mit dem General-Heusinger-Preis ausgezeichnet worden war, und beschrieb seinen Werdegang durch zahlreiche nationale und internationale Führungs- und Stabsverwendungen bis hin zu seiner letzten Verwendung in Brüssel, wo Generalleutnant Dr. Olshau-

sen als Militärischer Repräsentant Deutschlands im NATO-Militärausschuss sowie im entsprechenden Ausschuss der WEU und EU diene. In all diesen Verwendungen war Olshausen für strategische, konzeptionelle und operative Aufgaben sowie für die langfristige Streitkräfteplanung verantwortlich. Aber nicht nur auf diesen klassischen Feldern zeige sich der Wert der Grundsätze und Methoden des Carl von Clausewitz, sondern auch und gerade im Bereich einer stärker vernetzten umfassenden Sicherheitspolitik, gehe es doch bei Krisenvorsorge, Konfliktverhinderung, Konfliktlösung, Stabilisierung, Wiederaufbau und Nachsorge um die jeweils beste Abwägung militärischer Fähigkeiten und Mittel und ihr Zusammenwirken mit zivilen bzw. nicht-militärischen Kräften. Auch dies sei eine Kernaufgabe im Clausewitzschen Sinne, hob Herrmann hervor.

Generalleutnant a.D. Dr. Olshausen habe es immer wieder in ausgezeichneter Weise verstanden, die Aktivitäten der Clausewitz-Gesellschaft konkret und wirksam auf die praktische Anwendung des umfassend vernetzten Sicherheitsansatzes auszurichten. Dabei habe er stets die Erkenntnisse und Grundsätze des Generalmajors Carl von Clausewitz auf eine sachgemäße und professionelle Behandlung aktueller Fragen von Sicherheitspolitik und Strategie übertragen können. Dr. Olshausen sei es damit nicht nur gelungen, den notwendigen Diskurs zu sicherheitspolitischen und strategischen Themen mit breiten Kreisen der Gesellschaft zu fördern, sondern er habe zugleich mit Zähigkeit und Durchsetzungswillen den Platz der Clausewitz-Gesellschaft in der „Strategic Community“ erfolgreich behaupten und festigen können.

Generalleutnant a.D. Dr. Olshausen habe es immer wieder in ausgezeichneter Weise verstanden, die Aktivitäten der Clausewitz-Gesellschaft konkret und wirksam auf die praktische Anwendung des umfassend vernetzten Sicherheitsansatzes auszurichten. Dabei habe er stets die Erkenntnisse und Grundsätze des Generalmajors Carl von Clausewitz auf eine sachgemäße und professionelle Behandlung aktueller Fragen von Sicherheitspolitik und Strategie übertragen können.

Auch nach dem Ende seiner Präsidentschaft sei Dr. Olshausen der Clausewitz-Gesellschaft weiterhin auf das Engste verbunden und unterstütze viele Aktivitäten mit bewundernswerter Energie und Einsatzbereitschaft.

Der Preisträger bedankte sich anschließend für die Ehrung. Das vom Laudator ausgesprochene Lob, so Olshausen, verschlänge ihm den Atem. Ungeachtet seiner mehrfachen Besuche in Burg freue er sich, wieder in der Stadt zu sein, schließlich werde sogar von britischen Clausewitz-Experten der Besuch in Burg empfohlen.

Das „Tuchmacherstädtchen Burg“, wie es im historischen Roman „Carl von Clausewitz – ein Lebens- und Zeitbild“ genannt wird, bot den erzählerischen Einstieg. Dr. Olshausen zeichnete in doppelter Linienführung zugleich mit seinen persönlichen ersten Begegnung mit den Gedanken von Clausewitz dessen Leben nach, der schon als Zwölfjähriger Fahnenjunker war und sich später einmal in einem Brief an seine Frau Marie als „Sohn des Lagers“ bezeichnete. Dessen scharfer Verstand habe die Natur seiner Lebensumstände deutlich erkannt und der sich in seiner Bekenntnisschrift entschieden „von der leichtsinnigen Hoffnung einer Errettung durch die Hand des Zufalls“ losgesagt habe. Dieses Bekenntnis liefere einen weiteren kategorischen



Jörg Rehbaum, Dr. Klaus Olshausen, Dr. Reiner Haseloff, Kurt Herrmann, Karl Wilhelm Wenz, Klaus Möbius (v. l. n. r.)

Imperativ: „Verderblich ist die falsche Klugheit, die sich der Gefahr entziehen will. Ein Dasein in Würde und Freiheit ist so nicht möglich.“ Die unmittelbare Gültigkeit dieser Maxime werde hochaktuell an der Ostgrenze der EU unter Beweis gestellt. Clausewitz sei, so Dr. Olshausen weiter, kein „blutleerer Gelehrter“ gewesen, der hier einen theoretischen Imperativ postuliere, er habe vielmehr diese Erkenntnis aus unmittelbarer Anschauung der Schrecken des Krieges gewonnen: „Ich schreibe Dir zwischen Leichen und Sterbenden. Gott gebe eine baldige Veränderung“, so beginnt ein Brief an Marie aus Borodino.

Gewaltsamkeit, Dynamik, Hass und Leidenschaft einerseits, das Wirken von Wahrscheinlichkeiten und Zufällen andererseits, und schließlich der politische Zweck formierten sich in Clausewitz' Worten zur „wunderlichen Dreifaltigkeit“. Dr. Olshausen verknüpfte die Darstellung dieser Schlüsselemente des Clausewitzschen Gedankengutes mit den Krisen der Gegenwart, für welche er stellvertretend die Ukraine und Syrien nannte. Die Analyse von ca. 130 historischen Kriegen, wie von Clausewitz geleistet, zwingt zur Betrachtung der gegenseitigen Beziehungen von Ursache und Wirkung sowie der Wirksamkeit der eingesetzten Mittel. Wieder auf die Gegenwart bezogen hieße dies: „Was hat unser Handeln bewirkt, und sind die eingesetzten Mittel genug?“ Mit Blick auf Syrien erläuterte Dr. Olshausen den fundamentalen Charakter dieser Fragestellung; am Beispiel der Ukraine skizzierte er die Folgen von Handeln und Gegenhandeln.

Durch seinen lebhaften und engagierten Vortrag ließ Dr. Olshausen keinen Zweifel an der höchsten Bedeutung dieser Einsichten für sein eigenes Denken, und zur Vermittlung des richtigen zeitlichen Bezugs zu seiner eigenen Laufbahn ergänzte er, dass er Clausewitz erst spät in seiner Laufbahn begegnet sei: „Ich bin Generalleutnant ohne Carl von Clausewitz geworden. Mit Carl von Clausewitz wäre es aber leichter gewesen!“

Damit kehrte Dr. Olshausen wieder zum Menschen Carl von Clausewitz zurück. Er würdigte die innige Liebe, in der das Ehepaar Clausewitz einander verbunden gewesen sei, und hob die Bedeutung von Marie von Clausewitz hervor, die ihren Mann zur Schaffung seines Werkes nicht nur ermutigt, sondern ihn dabei tatkräftig unterstützt habe. Zu guter Letzt wäre Clausewitz' Hauptwerk „Vom Kriege“ nie erschienen, hätte sich Marie nicht der Aufgabe angenommen und das Werk aus dem Nachlass herausgegeben.

Mit diesen Bemerkungen zu Carl von Clausewitz und dem Dank für die Auszeichnung mit dem Clausewitz-Preis der Stadt Burg an Bürgermeister Rehbaum, Ministerpräsident Haseloff, den Laudator Kurt Herrmann und alle Gäste schloss Dr. Olshausen.

Eine persönliche Anmerkung des Verfassers:

Wer Dr. Olshausen als Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft erleben durfte, wird sich an den ständigen Begleiter in seiner Hand erinnern: eine Clausewitz-Ausgabe, aus der eine Vielzahl von Lesezeichen herausragte; jederzeit hatte Dr. Olshausen die passende Sentenz parat, um von ihr ausgehend seine Gedanken zu einer gegebenen Lage zu entfalten. Hätte es noch einer Begründung für die Verleihung des Carl-von-Clausewitz-Preises der Stadt Burg an Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen bedurft, so lieferte sie der Preisträger an diesem Abend mit seiner engagierten Rede nach.

Zum Autor: Dr. Oliver Corff ist Sinologe und Wirtschaftsberater. Er ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und war bei der Preisverleihung zugegen.

Kompetenzeinschätzung von Kandidaten mit Offizierslaufbahn durch Personalentscheider

Patricia Veigel-Runte
Katrin Schumacher

1. Ausgangssituation

a. Offiziere

Achtzig Prozent aller Offiziere sind Zeitoffiziere und verlassen die Bundeswehr nach 13 Jahren. Sie werden militärisch ausgebildet, studieren zivil an einer der Universitäten der Bundeswehr in Hamburg oder München oder der Fachhochschule in München und ergreifen nach ihrem Dienst bei der Bundeswehr zivile Berufe. Um diesen Übergang in die Wirtschaft zu erleichtern, begleitet die „trainM – Transfer in den Mittelstand GmbH“ deutschlandweit ausscheidende Offiziere beim beruflichen Wechsel durch individuelle Karriereorientierung, zielgerichtete Qualifizierung sowie zielgenaues Placement.

Die nachfolgend beschriebene Studie untersucht die Bereitschaft zur und die Erfahrungen bei der Eingliederung ehemaliger Offiziere in die Wirtschaft. Ziel ist es herauszufinden, wie die Kompetenzen von Bewerbern mit Offizierslaufbahn von Personalentscheidern in der Wirtschaft eingeschätzt werden.

b. Personalmarkt

Der Fachkräftemangel wird im Personalmarkt und in den Medien intensiv diskutiert, und u.a. mit Maßnahmen des Employer Branding versuchen Unternehmen, ihre Rekrutierungsmaßnahmen zu unterstützen. Gesucht werden gut ausgebildete Mitarbeiter für Fach- und Führungspositionen, die flexibel und

Gesucht werden gut ausgebildete Mitarbeiter für Fach- und Führungspositionen, die flexibel und entwicklungsfähig sind und gleichzeitig eine hohe Sozialkompetenz mitbringen.

entwicklungsfähig sind und gleichzeitig eine hohe Sozialkompetenz mitbringen. Die Unternehmen sind bereit, die potentiellen Kandidaten fachlich nachzuschulen. Bei der Personalauswahl sind dabei zunehmend die sozialen und persönlichen Kompetenzen der

Bewerber entscheidend, da diese für die weitere Entwicklung der Führungs- und Fachkräfte in dynamischen Märkten wichtig sind.

Die Recruiter gehen heute viele ungewöhnliche Wege, beispielsweise durch Recruiting-Messen, Workshops, aktive Bewerbungs-Werbung, Social Media

Kampagnen, Arbeitgeber-Wettbewerbe, und andere Maßnahmen, um zukünftige Kräfte für ihre Unternehmen zu gewinnen. Sie sind dabei auch immer auf der Suche nach noch nicht entdeckten „Pools“ von potentiellen Mitarbeitern, z.B. die Gruppe gut ausgebildeten Frauen, die in der „Familienpause“ geblieben sind, die vielen bisher nicht ausgebildeten Jugendlichen mit Migrationshintergrund oder die Menschen 50-plus, die bereits aus dem Arbeitsmarkt aussortiert wurden. Schließlich suchen die Unternehmen bereits auf den Arbeitsmärkten im Ausland und schulen schon dort potentielle Kandidaten für den deutschen Arbeitsmarkt.

Bewerber mit einer militärischen Laufbahn sind bei Unternehmen selten im Fokus und werden häufig bereits in der formalen Phase der Bewerbung aussortiert.

c. Personalentscheider

In unseren Gesprächen mit Personalentscheidern stießen wir immer wieder auf Irritationen und Vorbehalte in Bezug auf Kandidaten mit militärischen Lebensläufen. Unsere Erfahrungen in Bezug auf den „Pool“ der ausscheidenden Offiziere deckten sich nicht mit der Wahrnehmung der Kompetenzen, die uns unsere Gesprächspartner in der Wirtschaft entgegenbrachten. So reagierte ein Gesprächspartner prompt auf die Vorstellung von Offizieren mit der Bemerkung: „Die sind doch alle traumatisiert, dafür haben wir hier im Unternehmen keine Zeit.“ Andererseits reagierten dieselben Gesprächspartner, wenn man das Thema der Vorbehalte ansprach, immer sehr offen und reflektierten, dass „das heute sicherlich ganz anders sei bei der Bundeswehr“.

In unseren Gesprächen mit Personalentscheidern stießen wir immer wieder auf Irritationen und Vorbehalte in Bezug auf Kandidaten mit militärischen Lebensläufen.

Vor diesem Hintergrund entschlossen wir uns zu einer anonymen Studie, um unsere mittlerweile entstandene Sichtweise „Personalentscheider haben Vorbehalte bei der Einstellung von Offizieren, die in die Wirtschaft wechseln wollen“ zu überprüfen.

d. Recruitingabläufe

In vielen Unternehmen sind die Abläufe der Personalsuche heute stark standardisiert und werden online-gestützt erledigt. In die dafür notwendigen Raster passen die Offiziere (insbesondere hinsichtlich Alter und Lebensläufen, Ergänzung der Redaktion) nicht hinein.

Alter: Vergleichbare Kandidaten (Akademische Abschlüsse) treten direkt nach Abschluss ihrer Bachelor- oder Masterarbeiten im Alter von ~ 23 bzw. 25-27 Jahren mit wirtschaftsbezogenen Praxisphasen in die Unternehmen ein. Offiziere starten ihre Orientierung für eine Tätigkeit in die Wirtschaft mit ca. 30 Jahren und stehen der Wirtschaft mit ca. 32 Jahren zur Verfügung.

Lebensläufe: Die jungen Akademiker ohne militärischen Hintergrund suchen bereits während ihres Studiums nach Praktika, um schnell wirtschaftsrelevante

Erfahrungen zu sammeln. Offiziere haben in der Regel kaum Kontakte mit Unternehmen. Sie bringen Erfahrung im Projektmanagement mit und haben auch bereits Führungserfahrung.

Für die online-gestützte Suche nach passenden Kandidaten fehlen (für Offiziere) die „keywords“ (Schlüsselwörter), nach denen die Suchfunktionen die Lebensläufe, die in Frage kommen, identifizieren. Für den Personalverantwortlichen ohne Bundeswehrbezug sind in den militärischen Lebensläufen keine Parallelen zu seinen betrieblichen Anforderungen zu erkennen. Oftmals wird die erste Auswahl zudem von Mitarbeitern vorgenommen, die nach einem vorher festgelegten Raster nach Alter, Ausbildungslevel und Branchenerfahrung vorsortieren.



Fluglehrerin im Dienstgrad Hauptmann

Das bedeutet, dass Offiziere allein schon durch die formalen Abläufe eines Bewerbungsverfahrens nicht in die engere Auswahl kommen, da weder das Alter noch die Wirtschaftserfahrung passen und innerhalb der Beschreibungen der einzelnen Aufgaben die notwendigen Schlüsselwörter für die online-gestützte Suche nicht auftauchen.

2 Ziel der Studie

a. Wissen um Vorbehalte

Der Eindruck der Vorbehalte von Personalverantwortlichen gegen Kandidaten, die einen militärischen Hintergrund mitbringen, sollte verifiziert werden. Es sollte vermieden werden, dass wir in unserer Aufgabe als Personalberatende diese Vorbehalte ungeprüft weitertragen und damit die Situation nur noch verstärken. Denn nur dann, wenn wir wissen, dass die Vorbehalte real sind und nicht nur „gefühl“, sind wir in der Lage, diese Themen aktiv aufzugreifen und

in unseren Gesprächen mit Personalentscheidern und in den Darstellungen bei Vorträgen und Präsentationen andere Ansätze zu wählen.

b. Möglichkeiten der gezielten Einflussnahme

Wichtig ist, dass die Offiziere entsprechend diesen Vorbehalten in den angebotenen Karriere- und Bewerbungstrainings praxisbezogen vorbereitet werden, um die Vorbehalte in Gesprächen mit Personalentscheidern entkräften zu können. Das Gleiche gilt natürlich für die Aufbereitung der Bewerbungsunterlagen.

Für die Arbeit von Personalverantwortlichen müssen andererseits entsprechende Informationen über bei der Bundeswehr erworbene Qualifikationen von Bewerbern vorliegen, und es sollte das Verständnis dafür entwickelt werden, welche bei der Bundeswehr anfallenden Aufgaben sich inhaltlich mit den in der Wirtschaft benötigten Berufserfahrungen decken.

Personalberatungen wiederum können ihre Gespräche mit den Verantwortlichen in den Betrieben mit den Erkenntnissen der Studie anders führen und die wesentlichen Informationen für die Verantwortlichen gezielt aufbereiten.

c. Änderung der Darstellung der Profile

Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf der Aufbereitung der Profile der Kandidaten. Hierbei gilt es, die geleisteten Aufgaben in den unterschiedlichen Projekten während der militärischen Dienstzeit wirtschaftstauglich zu übersetzen bzw. die darin erworbenen fachlichen Kompetenzen zu definieren und zu decodieren.

3. Fragestellungen

a. Stammdaten

Vor den eigentlichen Fragen der Studie wurden Stammdaten erhoben, um zu untersuchen, ob die Kompetenzen von Bewerbern mit Offizierslaufbahn von verschiedenen Personengruppen unterschiedlich eingeschätzt werden. Die Befragung wurde anonym durchgeführt, rund 600 Personen wurden die Zugangsdaten zugesendet.

b. Unterscheidung zwischen Personalern mit und ohne Bundeswehrhintergrund

Für das Ergebnis der Studie war es besonders wichtig, zwischen den Antworten von Personalverantwortlichen mit und ohne Bundeswehrhintergrund zu un-

terscheiden. Daher sollten erst einmal Personen, die selbst bei der Bundeswehr waren, vielleicht sogar Offiziere/-innen waren, von anderen unterschieden werden. Damit sollte überprüft werden, ob diese die Kompetenzen von Offizieren/-innen anders einschätzen und ob durch dieses Wissen die Bereitschaft zur Einstellung von Bewerbern mit Offizierslaufbahn beeinflusst wird.

Weiterhin wurde nach der Verantwortlichkeit für Personaleinstellungen nach Branche und unterschiedlichen Unternehmensbereichen gefragt, um auch hier eventuelle Unterschiede feststellen zu können.

Schließlich wurde ermittelt, ob den Befragten, die keinen militärischen Hintergrund haben, der Unterschied in der Qualifikation und der Verwendung von Mannschaftssoldaten/-innen, Unteroffizieren/-innen und Offizieren/-innen bekannt ist, da die Kenntnis dieses Unterschieds vermutlich Einfluss auf die Einschätzung der Kompetenzen von Offizieren/-innen hat.

c. Welche Vorbehalte gibt es?

Im eigentlichen Fragenteil der Studie lag der Schwerpunkt darauf, herauszufinden, welche Vorbehalte es gegen ehemalige Offiziere/-innen gibt und ob diese Vorbehalte im Recruitingprozess relevant sind und diesen beeinflussen.

Zuerst wurde nach den Erfahrungen mit Personal mit Bundeswehrhintergrund gefragt, da positive bzw. negative Erfahrungen vermutlich die Einschätzung der Kompetenzen und die Bereitschaft zur Einstellung und beeinflussen.

Bei den darauf folgenden Fragen sollten Teilnehmer der Studie soziale Kompetenzen, Führungseigenschaften sowie Führungsverhalten von Offizieren/-innen einschätzen. Dafür waren Skalen mit vier bzw. fünf Niveaus vorgegeben, mit deren Hilfe bewertet werden sollte, wie stark oder weniger stark ausgeprägt eine Kompetenz oder Eigenschaft ist. Eine Auswahl von neunzehn sozialen Kompetenzen, neun Führungseigenschaften sowie den drei wichtigsten Führungsstilen waren gegeben und sollten bewertet werden.

Die nächsten Fragen zielten darauf ab herauszufinden, ob und welche Gründe es gegen die Einstellung von Offizieren/-innen gibt. Zuerst wurde gefragt, ob Stellen gezielt mit ehemaligen Offizieren/-innen besetzt werden. Dann sollte eingeschätzt werden, inwieweit Offiziere/-innen bestimmten Anforderungen gerecht werden und ob diese Anforderungen Gründe gegen die Einstellung von Offizieren/-innen sind. Es waren wiederum sieben typische Anforderungen zur

Bewertung vorgegeben. Anschließend sollten die Teilnehmer angeben, ob sie grundsätzliche Erwägungen gegen die Einstellung ehemaliger Offiziere/-innen haben, dabei wurde die Möglichkeit gegeben, diese zu nennen.

Zuletzt gab es ein Textfeld für Ergänzungen und Kommentare zur Studie, um den Teilnehmern auch die Möglichkeit eines Feedbacks zu geben.

4. Kompetenzen

a. Softskills

Offiziere/-innen wurden insgesamt als sehr belastbar, durchsetzungsstark und zuverlässig eingeschätzt, gelten aber als wenig kreativ und interkulturell inkompetent. Ihnen wurde außerdem eine hohe Entscheidungs- und Verantwortungsbereitschaft zugesprochen.

Offiziere/-innen wurden insgesamt als sehr belastbar, durchsetzungsstark und zuverlässig eingeschätzt, gelten aber als wenig kreativ und interkulturell inkompetent. Ihnen wurde außerdem eine hohe Entscheidungs- und Verantwortungsbereitschaft zugesprochen.

Ebenso wurden Offiziere/-innen eher als stressresistent, gewissenhaft, zielstrebig, organisationstalentiert sowie führungsmotiviert und -kompetent eingeschätzt.

Dagegen wurden ihre Selbstständigkeit und emotionale Stabilität nicht so positiv beurteilt; das gilt auch für die Bereiche Flexibilität, Kommunikations-, Konflikt- und Teamfähigkeit.

In einem zweiten Schritt wurden die Teilnehmer gebeten, die Führungseigenschaften von Offizieren/-innen zu beurteilen. Insgesamt wurde Offizieren dabei eine hohe Loyalität, Leistungsbereitschaft und Entscheidungsfähigkeit in komplexen Situationen, jedoch eine geringe Kritikfähigkeit und Eigenreflexion zugesprochen. In den Bereichen systemisches Handeln und komplexes Denken schnitten Offiziere/-innen eher gut ab, während Methodenkompetenz und Konfliktfähigkeit etwas schlechter eingeschätzt wurden.

Weiter sollten die Befragten beantworten, welche Anforderungen an Bewerber/-innen Gründe sind, ehemalige Offiziere/-innen nicht einzustellen. Dabei wurde mangelnde relevante Berufserfahrung als Hauptgrund dafür genannt. Weitere Gründe könnten Vorbehalte hinsichtlich des fachlichen Wissens und der Sozialkompetenz sein. Die Anforderungen Auslands- und Führungserfahrung sind keine Gründe gegen die Einstellung ehemaliger Offizieren/-innen. Auch die Qualität der Ausbildung sowie methodische Kompetenz sind, besonders für Personalentscheider, eher kein Grund gegen eine Einstellung.

b. Führungskompetenzen

Außerdem sollte das Führungsverhalten von Offizieren/-innen bewertet werden. Knapp die Hälfte der Befragten schätzte das Führungsverhalten als eher autoritär und entscheidungsorientiert ein, jedoch nicht so sehr als kooperativ.

Zuverlässigkeit, Durchsetzungsvermögen und Belastbarkeit sind die Softskills, die den Offizieren besonders zugeordnet werden. Dagegen werden ihnen Flexibilität, Kreativität und interkulturelle Kompetenz nicht zugetraut.

Bei den Führungseigenschaften schätzten die Befragten Loyalität, Leistungsbereitschaft und Entscheidungsfähigkeit als am Höchsten ein. Dagegen wird Offizieren wenig Eigenreflexion, wenig Kritikfähigkeit und eine geringe Konfliktfähigkeit konstatiert.

5. Ergebnisse

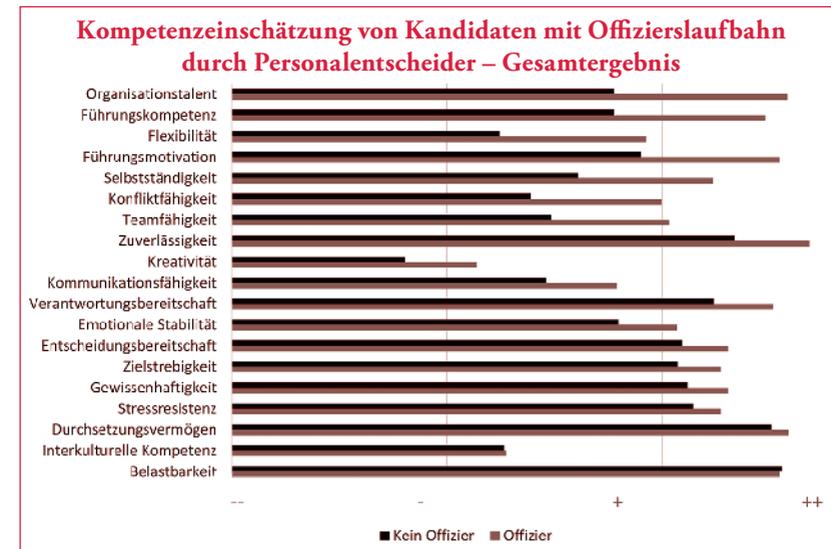
a. Gesamtergebnisse der Studie

Die Ergebnisse zeigen, dass die Befragten mit Bundeswehrhintergrund die Kompetenzen der Offiziere/-innen positiver einschätzten als solche ohne Bundeswehrhintergrund. So schätzten beispielsweise ehemalige Offiziere/-innen die sozialen Kompetenzen der Bewerber mit militärischen Laufbahnen höher ein als andere Befragte. Besonders groß sind die Abweichungen bei den Kompetenzen Flexibilität, Führung, Motivation, Konflikt- und Teamfähigkeit sowie Selbstständigkeit und Organisationstalent. Weitere Abweichungen gibt es bei emotionaler Stabilität, Kommunikationsfähigkeit, Kreativität, Verantwortungsbereitschaft und Zuverlässigkeit.

Belastbarkeit, Durchsetzungsvermögen, interkulturelle Kompetenz und Stressresistenz dagegen wurden von den Personalentscheidern unabhängig vom persönlichen Erfahrungshintergrund nahezu gleich eingeschätzt. Ebenso schätzten diejenigen, die den Unterschied in Qualifikation und Verwendung von Mannschaftssoldaten/-innen, Unteroffizieren/-innen und Offizieren/-innen kennen, die sozialen Kompetenzen von Offizieren/-innen anders ein als diejenigen, denen dieser Unterschied unbekannt ist.

Insbesondere Selbstständigkeit und Organisationstalent, aber auch Teamfähigkeit, Führungskompetenz und -motivation, Flexibilität und Entscheidungsbereitschaft wurden sehr viel höher eingeschätzt. Auch Kommunikations- und Konfliktfähigkeit sowie Kreativität wurden Offizieren/-innen von den Be-

fragten, die den Unterschied in den Mannschaftsgraden kennen, eher zugeprochen. Dies ähnelt der Einschätzung der ehemaligen Offiziere/-innen.



Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Einschätzung der Führungseigenschaften von Offizieren/-innen. Ehemalige Offiziere/-innen schätzten ihre Führungseigenschaften selbst weitaus besser ein als andere. Besonders deutlich ist dies bei den Merkmalen Entscheidungsfähigkeit in komplexen Situationen sowie Kritik- und Konfliktfähigkeit. Auch diejenigen, die den Unterschied in Qualifikation und Verwendung von Mannschaftssoldaten/-innen, Unteroffizieren/-innen und Offizieren/-innen kennen, schätzten die Führungseigenschaften von Offizieren/-innen positiver ein als diejenigen, die den Unterschied nicht kennen. Sehr viel positiver bewerteten sie Eigenreflexion und komplexes Denken von Offizieren/-innen. Auch Kritik- und Konfliktfähigkeit sowie Methodenkompetenz wurden deutlich positiver eingeschätzt.

Ebenso wurde das Führungsverhalten von Offizieren/-innen von den Befragten mit Bundeswehrhintergrund anders eingeschätzt. Ehemalige Offiziere schätzten ihren Führungsstil eher entscheidungsorientiert und kooperativ als autoritär ein. Zu einer ähnlichen Einschätzung kamen diejenigen, die den Unterschied in Qualifikation und Verwendung der Mannschaftsgrade kennen. Von den Befragten, die angeben, den Unterschied in Qualifikation und Verwendung von

Mannschaftssoldaten/-innen, Unteroffizieren/ -innen und Offizieren/-innen nicht zu kennen, schätzten 96 Prozent das Führungsverhalten als autoritär/ eher autoritär ein, während nur 49 Prozent derjenigen, die den Unterschied kennen, zu dieser Einschätzung kamen. Das Führungsverhalten wurde von 39 Prozent der Befragten, die den Unterschied kennen, als nicht/ eher nicht kooperativ eingeschätzt, während 50 Prozent das Führungsverhalten als kooperativ/ eher kooperativ einschätzten. Nur 57 Prozent der Befragten, die den Unterschied nicht kennen, schätzten das Führungsverhalten als entscheidungsorientiert/ eher entscheidungsorientiert ein, während 81 Prozent derjenigen, die den Unterschied kennen, zu dieser Einschätzung kamen.

Ferner lässt sich auch ein Unterschied in der Einschätzung der Befragten, die für Personalentscheidungen verantwortlich sind, und anderen Befragten feststellen: Verantwortliche für Personalentscheidungen schätzten die sozialen



Ein Offizier des Geoinformationsdienstes bei der Kartenerstellung

Kompetenzen von Offizieren/-innen tendenziell etwas schlechter ein als andere Befragte. Besonders die Flexibilität von Offizieren/-innen wurde von den Verantwortlichen für Personaleinstellungen schlechter eingeschätzt.

Kompetenzen von Offizieren/-innen, die von den Verantwortlichen für Personaleinstellungen etwas besser eingeschätzt wurden, sind: emotionale Stabilität, Stressresistenz, Verantwortungsbereitschaft und Zuverlässig-

keit. Führungseigenschaften bewerteten die für Personaleinstellungen Verantwortlichen tendenziell etwas schlechter als andere Befragte. Besonders wurden Kritikfähigkeit und Eigenreflexion von Offizieren/-innen schlechter eingeschätzt. Lediglich Methodenkompetenz und Leistungsbereitschaft schätzten Personalverantwortliche höher ein als andere, während Loyalität ungefähr gleich beurteilt wurde.

Die Einschätzung der Verantwortlichen für Personalentscheidungen bezüglich des Führungsverhaltens von Offizieren/-innen dagegen ähnelt der Einschätzung der Offiziere/-innen selbst und derjenigen, die angeben, den Unterschied in Qualifikation und Verwendung von Mannschaftssoldaten/-innen, Unteroffizieren/ -innen und Offizieren/-innen zu kennen. So schätzten die befragten Personalentscheider/-innen das Führungsverhalten von Offizieren/-innen ebenfalls eher als kooperativ und entscheidungsorientiert und weniger autoritär ein.

Jedoch kennen nur 62 Prozent der Verantwortlichen für Personaleinstellungen den Unterschied in Qualifikation und Verwendung von Mannschaftssoldaten/-innen, Unteroffizieren/-innen und Offizieren/-innen.

Knapp 80 Prozent der Befragten besetzen Stellen nicht/ eher nicht gezielt mit Offizieren/-innen. Jedoch besetzen ehemalige Offiziere/-innen eher bzw. teilweise Stellen gezielt mit Offizieren/-innen. Obwohl keiner der Befragten angab, Stellen gezielt mit Offizieren/-innen zu besetzen, scheint es nur wenige grundsätzliche Erwägungen (Vorbehalte, Anmerkung der Redaktion) gegen eine Einstellung ehemaliger Offiziere/-innen zu geben. Über 80 Prozent der Befragten haben keine/ eher keine Erwägungen gegen die Einstellung ehemaliger Offiziere/-innen. Jedoch gaben ca. 30 Prozent der Befragten, die den Unterschied in Qualifikation und Verwendung von Mannschaftssoldaten/-innen, Unteroffizieren/ -innen und Offizieren/-innen nicht kennen, an, mindestens teilweise Erwägungen gegen die Einstellung ehemaliger Offiziere/-innen zu haben. Als Gründe dafür wurden beispielsweise Selbstüberschätzung, Übermotivation, mangelnde Softskills bzw. Sozialkompetenz und zu lange Abwesenheit aus der relevanten Branche genannt. Auch hierarchisches Denken, militärisches Führungsverhalten und Befehlsempfänger-Mentalität wurden genannt.

Dagegen konnten bei Befragten verschiedener Branchen und Unternehmensbereiche weder Unterschiede bei der Einschätzung der Kompetenzen von Offizieren/-innen noch der Bereitschaft, Bewerber mit Offizierslaufbahn einzustellen, festgestellt werden.

b. Bewertungsunterschiede in den Gruppen der Entscheider

In den Gruppen der Personalentscheider gab es deutliche Unterschiede in direktem Zusammenhang mit ihren Kenntnissen in Bezug auf die militärischen Hierarchien. Ehemalige Offiziere beurteilen die jungen Offiziere deutlich positiver in nahezu allen Kompetenzen und sind bereit, dies durch gezielte Berücksichtigung bzw. aktive Suche in Auswahlprozessen zu unterstützen. Personalentscheider, die sich mit den verschiedenen Fachhierarchien bei der Bundeswehr beschäftigt haben, aber selbst nicht beim Militär waren, haben eine unterschiedliche Einschätzung zu einem Teil der Kompetenzen, sind aber positiv gegenüber den jungen Offizieren eingestellt. Dagegen schätzten Personalverantwortliche, die angaben, keine Kenntnisse über die verschiedenen militärischen Laufbahnen zu haben, die ehemaligen Offiziere deutlich negativer ein und formulierten ihre Vorbehalte deutlich. Allerdings gab keiner aus dieser Gruppe an, dass es Gründe gebe, die gegen die Einstellung von ehemaligen Of-

fizieren sprächen. Lediglich die fehlende Fachkenntnis und die fehlende Wirtschaftserfahrung sprächen gegen eine Einstellung.

6. Fazit

Ein Teil der Ergebnisse hat unsere Einschätzung und Wahrnehmung der Vorbehalte bestätigt, aber diese Beobachtungen können nun nach Abschluss der Untersuchung differenzierter betrachtet werden.

In der Studie hat sich bestätigt, dass Entscheider und Entscheiderinnen, die selbst keinen Bezug zur Bundeswehr haben, den Personalpool „Offiziere“ eher negativ bewerten bzw. ihn nicht als relevant für ihre Unternehmen einstufen.

Besonders überrascht hat uns, dass die Kandidaten als wenig konfliktfähig und als interkulturell eher inkompetent betrachtet werden. Beim Thema „Konfliktfähigkeit“ können wir nur vermuten, dass hier das Image von Befehl und Gehorsam immer noch dominiert und daher

In der Studie hat sich bestätigt, dass Entscheider und Entscheiderinnen, die selbst keinen Bezug zur Bundeswehr haben, den Personalpool „Offiziere“ eher negativ bewerten bzw. ihn nicht als relevant für ihre Unternehmen einstufen.

gemutmaßt wird, dass Konflikte grundsätzlich hierarchisch entschieden werden. Insbesondere die vermutete interkulturelle Inkompetenz von aktiven Offizieren ist bei den vielen internationalen Einsätzen und den Kooperationen zwischen den verschiedenen militärischen Ebenen in Europa und der NATO nur schwer nachvollziehbar. Auch hierbei scheint das Bild einer hermetisch abgeschlossenen „Bundeswehrwelt“ die Realität zu überlagern.

a. Was bedeutet das für die Offiziere?

Die Ergebnisse der Studie geben Offizieren für ihre Bewerbung und die Personalgespräche wertvolle Hinweise. Bei der Darstellung ihrer bisherigen beruflichen Erfahrungen sollten sie sich sehr sorgfältig mit den für die Wirtschaft nutzbaren Kenntnissen auseinandersetzen und diese entsprechend präsentieren. Die Kompetenzen, wie z.B. Kreativität und Konfliktfähigkeit, sollten durch Verweise auf Projekte bzw. auf konkrete Erfahrungssituationen deutlich herausgestellt werden. In der Vorbereitung auf Bewerbungsverfahren ist es von Vorteil, auf Kontakte zu ehemaligen Offizieren in der Wirtschaft zu setzen, diese direkt anzusprechen und sich deren Unterstützung zu holen.

b. Was bedeutet das für die Personaler?

Ein gutes Drittel der Personalentscheider hat keinerlei Erfahrung und Wissen über die militärische Laufbahn. Als Folge davon fehlt das Wissen darüber, dass hier ein gut ausgebildeter Personal-Pool noch unentdeckt ist. Diesen Unternehmen gehen so geeignete Kandidaten verloren. Hier könnten entsprechende Schulungen und Informationsveranstaltungen helfen, Vorbehalte abzubauen und für die Unternehmen einen veränderten Rekrutierungsprozess zu gestalten.

c. Was kann die Bundeswehr tun?

Die Bundeswehr engagiert sich derzeit vor allem über die Karrierecenter des Berufsförderungsdienstes bei der Vorbereitung der Offiziere auf die Wirtschaft. Von den Karrierecentern werden regelmäßig Vorbereitungsseminare angeboten. Darin sollte ein Schwerpunkt auf den konkreten Praxisbezug gelegt werden, und das nicht nur beim Kontaktabend.

Darüber hinaus sollten vermehrt Zwischenzeugnisse zu den verschiedenen Projekten, in denen die Offiziere eingesetzt waren, erstellt werden. Hinzu kommt, dass Zeugnisse üblicherweise eher innerhalb der Bundeswehr gelesen und daher in „militärischer Sprache“ geschrieben werden. Sie sind dadurch für die Wirtschaft selten brauchbar. Deshalb sollte es auch Zeugnisse für das Berufsleben nach der Bundeswehr geben.

Die militärischen „Berufsfelder“ sind nur wenig mit den Berufen in der freien Wirtschaft vergleichbar. Hier könnte ein Ansatz darin bestehen, die militärischen Aufgaben den Berufsbildern in der Wirtschaft anzugleichen.

d. Was bedeutet das für unsere Arbeit?

Uns gibt die durch die Studie entstandene differenzierte Betrachtung die Grundlage dafür, in Gesprächen verstärkt darauf zu achten, ob unsere Gesprächspartner eigene Erfahrungen aus dem Militär mitbringen und/oder ob sie die Unterschiede der militärischen Laufbahn kennen. Dort, wo dies nicht der Fall ist, bedeutet das für uns, dass wir die entsprechenden Informationen liefern und für den Rekrutierungsprozess der Unternehmen auf die aus dem Nichtwissen entstandenen Vorbehalte ausführlich eingehen müssen mit dem Ziel, sie abzubauen. Darüber hinaus werden unsere Vorbereitungstrainings für Offiziere noch mehr Praxisbezug erhalten, ebenso werden wir die Kandidaten in den Einzelcoachings entsprechend intensiver beraten.

Zu den Autorinnen:

Patricia Veigel-Runte ist Geschäftsführerin der „trainM – Transfer in den Mittelstand GmbH“ und für die Bereiche Personalprojekte, Personalrecruiting und Personalvermittlung verantwortlich. Sie verfügt über 20 Jahre Erfahrung im Personalwesen und Coaching, davon elf Jahre in Führungspositionen bei internationalen Personaldienstleistern.

Katrin Schumacher ist Studentin der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Bremen und hat zwischen ihrem Bachelor und Master während einer Praxisphase bei der „trainM – Transfer in den Mittelstand GmbH“ an der Studie „Kompetenzeinschätzung von Personalentscheidern bei Bewerbern mit Offizierslaufbahn“ mitgewirkt.

Der Beitrag basiert auf einem Vortrag von Frau Veigel-Runte vor dem Regionalkreis Nord am 22.10.2014 in Hamburg.

Kapitel IV

Herausforderung Naher Osten

Die Strategie der Islamischen Republik Iran in Syrien am Beispiel der Al-Quds-Brigade

Mehran Zolfagharieh

Einleitung

Seit März 2011 kommt Syrien nicht zur Ruhe. Ein friedlicher Protest im Zuge des Arabischen Frühlings gegen die Verhaftung und Folterung von einigen Jugendlichen, die revolutionäre Slogans an eine Schulwand¹ geschrieben hatten, eskalierte zu einem bewaffneten Konflikt zwischen den regierungstreuen Truppen von Präsident Bashar Al-Assad und Kämpfern verschiedener oppositioneller Gruppen. Die angestrebte Demokratisierung der Arabischen Republik Syrien verloren die oppositionellen Gruppen hierbei im Laufe der Zeit aus den

Augen. Zu groß wurde der Einfluss ausländischer Staaten auf den Konflikt, um die eigenen Interessen in Syrien durchzusetzen und gleichzeitig die Vormachtstellung im Nahen Osten zu erringen. Hier sind die Islamische Republik Iran und Saudi-Arabien die Staaten, die den Konflikt in Syrien dazu nutzen, den Kampf um die Vormacht im Nahen Osten und in der Golf-Region zu entscheiden. Wurden die kriegführenden Parteien anfangs nur mit Geld und Waffen unterstützt, so wurden im Laufe der letzten zwei Jahre zu-



Bashar al-Assad Propaganda

zunehmend Truppen und freiwillige Kämpfer nach Syrien geschickt. Aufgrund der gemeinsamen Glaubensrichtung des Schiismus unterstützt die Islamische Republik Iran Präsident Bashar Al-Assad, während sich Saudi-Arabien auf die Seite der sunnitischen Opposition geschlagen hat und nicht nur die Freie Syrische Armee, sondern auch sunnitische Islamisten und die al-Qaida unterstützt. Dadurch wird ein konfessionelles Problem forciert, da die ISIL² den konfessionellen Konflikt seit Juni 2014 auf den Irak und die nördlichen Kurdengebiete ausgeweitet hat.

Anhand dieser Unterstützungen aus dem Ausland stellt sich die Frage, ob es sich in Syrien noch um einen Bürgerkrieg sui generis handelt oder um weit mehr. Dazu sollen in diesem Aufsatz die Strategie des Iran und der Einsatz der Eliteeinheit der Revolutionsgarde, der Al-Quds Brigade, analysiert werden. Mit Hilfe der Theorie von Carl von Clausewitz soll die Strategie der Islamischen Republik Iran erklärt werden und auch der Weg vom Bürgerkrieg zum Stellvertreterkrieg. Hierzu wird zunächst im ersten Kapitel die Arabische Republik Syrien als, wie die Führung der Islamischen Republik Iran es selbst nennt, vorderste Verteidigungslinie Irans gegen die USA und Israel beleuchtet werden. Die Inkludierung von historischen und soziokulturellen Fakten ist dabei essentiell, um das Verständnis für den Konflikt zu schärfen. Im zweiten Kapitel folgt eine Analyse des Syrien-Konflikts und wie er sich zum heutigen Ausmaß entwickeln konnte, wobei nicht nur der politische Blickwinkel betrachtet werden soll, sondern auch ein theologischer Ansatz zur Klärung der Eskalation herangezogen wird. Im darauf folgenden Kapitel werden die Aufgaben der Islamischen Revolutionsgarde und insbesondere der Al-Quds Brigade betrachtet, und im fünften Kapitel soll deren Strategie mit Hilfe der Theorie von Carl von Clausewitz erklärt werden. Das sechste Kapitel schließlich gibt einen Ausblick auf den weiteren Verlauf des Syrien-Konflikts sowie strategische Empfehlungen.

1. Syrien: Von der Mandatszeit zum Verbündeten Irans

Syrien gilt als wichtigster Verbündeter der Islamischen Republik Iran, obwohl Geschichte und Entstehung beider Staaten nicht unterschiedlicher sein könnten. Während der Iran seit tausenden von Jahren seine territoriale Integrität weitestgehend erhalten hat, nie als Kolonie annektiert wurde und von Beginn an ein Nationalstaat war, entstand Syrien als Staat aus der französischen Mandatszeit ohne nationale Identität erst nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Dennoch haben sich in den letzten 30 Jahren Gemeinsamkeiten und Interessen herausgebildet, die beide Staaten zu „alten Verbündeten“ machen.

Syriens Geschichte ist geprägt von Fremdherrschaft und Imperialismus „sowie [der] schwierige[n] Herausbildung einer syrischen nationalen Identität [...] [und] Fragen nach territorialer Integrität und staatlicher Einheit.“³ Da Syrien in den heutigen Grenzen erst seit dem Ende des Ersten Weltkrieges besteht, kann von einem jungen Staat die Rede sein. Beim Staatsgebilde Syriens muss daher, und insbesondere durch die Jahre des französischen Mandats, nicht von einem „Nation-State“ sondern vielmehr von einer „State-Nation“ gesprochen werden, denn der syrische Staat wurde aus den „Verwaltungsbezirken“ oder „Staaten“

Damaskus, Aleppo und Alexandretta (Iskenderun) gebildet. Während der Verwaltungsbezirk Libanon von Beginn an separat verwaltet und später zum eigen-

ständigen Staat erklärt wurde, trat Frankreich Alexandretta 1938 an die Türkei ab, die dort zur heutigen Provinz Hatay wurde. Erst „kollektive Erfahrung[en] der französischen Kolonisierung [...]“⁴ spendeten identitätsstiftende und legitimatorische Wirkung zur Herausbildung des syrischen Staates. Bereits während der französischen Mandatsjahre war die administrative Betonung ethnisch-konfessioneller Partikularismen ein Kennzeichen. Angehörige der alawitischen, drusischen und anderer Minderheiten wurden überproportional zu den syrischen Militäreinheiten rekrutiert. Dies legte den Grundstein dafür, dass das syrische Militär bis heute mehrheitlich von diesen Minderheiten geführt und kontrolliert wird.

Syrien gilt als wichtigster Verbündeter der Islamischen Republik Iran, obwohl Geschichte und Entstehung beider Staaten nicht unterschiedlicher sein könnten. Während der Iran seit tausenden Jahren seine territoriale Integrität weitestgehend erhalten hat, nie als Kolonie annektiert wurde und von Beginn an ein Nationalstaat war, entstand Syrien als Staat aus der französischen Mandatszeit ohne nationale Identität erst nach dem Ende des Ersten Weltkriegs.

Ende der 1920er Jahre sammelte sich schließlich die nationale Elite zum Nationalen Block, und 1928 folgte ein syrischer Verfassungsentwurf, der eine parlamentarische Republik mit Religionsfreiheit aller Bürger unter einem muslimischen Präsidenten vorsah. Dieser Verfassungsentwurf sah jedoch die Einheit aller syrischen Territorien, also einschließlich Libanon und Palästina, vor, was dazu führte, dass das französische Hochkommissariat den Entwurf ablehnte.⁵ Am 15. April 1946 verließen die letzten französischen Truppen Damaskus, und am 17. April 1946 wurde die unabhängige Syrische Republik⁶ ausgerufen.

In den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit zeichnete sich der Aufstieg von „Gegeneliten“ ab, die sich aus der aufstrebenden Mittelschicht rekrutierten. Hierbei erwies sich die Idee des panarabischen Nationalismus als besonders einflussreich. Diese wurde auch von der Baath⁷-Partei vertreten, die von dem orthodoxen Christen Michel Aflaq und dem sunnitischen Muslimen Salah al-Din Bitar gegründet worden war. Sie verfolgte ein säkulares, panarabisches und antiimperialistisches Programm mit dem Slogan „Einheit, Freiheit und Sozialismus“, der besonders Intellektuelle, aber auch Angehörige des Militärs und Bauern anzog. Diese panarabische Idee hatte insbesondere aufgrund der künstlichen Grenzziehung und der Schwierigkeiten zur Integrations- und Identifikationsfindung auf nationaler Ebene eine große Anziehungskraft auf viele Syrer.⁸

Nach der Niederlage im Krieg gegen Israel 1948 folgte die Dekade der militärischen Umstürze in Syrien. Aufgrund der Tatsache, dass sich Syrien während des Kalten Krieges immer mehr von den USA distanzierte, wurden die Beziehungen zu sozialistischen und arabischen Staaten intensiviert. 1958 wurde, nach Verhandlungen in Kairo, ein Zusammenschluss von Ägypten und Syrien zur Vereinigten Arabischen Republik (VAR) besiegelt. Die Bewunderung für den charismatischen ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser und die panarabische Idee waren hierbei die Initiatoren. Syrien gewann jedoch nicht an Stärke, wie eigentlich erhofft, sondern musste sich Ägypten unterordnen. Nasser ließ alle Parteien, einschließlich der Baath-Partei, auflösen. Das syrische Militär musste sich ägyptischen Offizieren unterordnen, und der Staat griff in wirtschaftliche Prozesse ein. Die Unzufriedenheit über diese Benachteiligung und „Vormundschaft“ seitens Ägyptens führte zu einem erneuten Militärputsch, der die Mitgliedschaft in der VAR am 28. September 1961 beendete und Syrien zur Syrischen Arabischen Republik werden ließ.

Am 23. Februar 1966 kamen Vertreter der Parteilinken der Baath-Partei durch einen erneuten Putsch an die Macht. Sie traten für „die Verwirklichung einer sozialistischen Politik“⁹ ein. Der Putsch war unter anderem von Luftwaffenchef Hafis al-Assad, einem Angehörigen der alawitischen Minderheit, unterstützt worden, der zum Verteidigungsminister aufstieg.¹⁰ Am 16. November 1970 putschte sich Assad an die Macht, wobei er die institutionellen Strukturen des Staates umformte. Er sicherte sich die Positionen als Staatspräsident, Oberbefehlshaber der Armee und Chef der Exekutive. Zusätzlich besetzte er Schlüsselpositionen im Staats- und Sicherheitsapparat mit loyalen Gefolgsleuten und Verwandten. Seine Stützen waren eine Vielzahl unterschiedlicher, sich konkurrierender Geheimdienste und eine erhöhte Militarisierung der Gesellschaft. Assad nutzte zusätzlich auch die andauernde Konfrontation mit Israel, um eine wachsende Identifizierung mit dem syrischen Staat zu bewirken, wobei die Baath-Partei in der Verfassung von 1973 zur „führenden Partei in Gesellschaft und Staat“ erklärt wurde.¹¹

Zum Irak, der zunächst von einer Regionalleitung und später einer rivalisierenden Nationalleitung der Baath-Partei regiert wurde, stand Syrien in einem Konkurrenzverhältnis, weshalb Syrien im 1. Golf-Krieg¹² den Iran und seit Mitte der 1980er Jahren schiitische Milizen unterstützte. Alle anderen arabischen Länder hingegen stellten sich auf die Seite von Saddam Hussein, da sie sich von den Parolen des Revolutionsführers Ayatollah Ruhollah Khomeini, die iranische Revolution exportieren zu wollen, bedroht sahen. Die Grundlage

für die enge Zusammenarbeit lag bei zwei entscheidenden Handlungen der iranischen Führung nach der iranischen Revolution 1979. Erstens kam es zu einer außenpolitischen Kehrtwende in Bezug auf Israel. Waren israelische Berater und Geschäftsleute unter der Regierung des Schahs willkommene Gäste im Iran, so wurden nach dem Sieg der führenden Kräfte der Revolution sämtliche Beziehungen zu Israel abgebrochen. Des Weiteren griff der Iran verbal Ägypten an, da es durch die Unterzeichnung der Camp-David-Verträge das palästinensische Volk verraten habe, und so wandte sich der Iran auch von Ägypten ab. Dies wiederum war quasi eine Einladung an Syrien, da Syriens Beziehungen zu Ägypten auch litten und Syrien der einzige Staat war, der den Friedensvertrag mit Israel nicht unterzeichnete. Als Folge davon entwickelte sich Syrien im Laufe der Jahrzehnte zum einzigen arabischen Land, das sich auf die Seite des Iran stellte und ein Bündnis mit ihm einging.

Dennoch waren sich beide Länder in bestimmten Fragen nicht einig, insbesondere in der Libanon-Frage. Hier kämpften die Amal-Bewegung und die Hisbollah um die Macht, wobei die Amal-Bewegung von Syrien unterstützt wurde, während die Hisbollah ein „Kind“ der iranischen Revolution ist und massiv von der Islamischen Republik Iran mit Waffen und Geld versorgt wird. Dennoch war die Freundschaft zu Syrien in der Libanon-Frage von strategischer Bedeutung für den Iran, denn Syrien wurde zur Brücke zwischen dem Iran und der Hisbollah im Libanon. Syrien hingegen spielte ein doppeltes Spiel. Einerseits hielt sich Syrien an den Waffenstillstand mit Israel, andererseits benutzte es die Hisbollah im Libanon als Druckmittel gegen Israel.¹³

Syrien hingegen spielte ein doppeltes Spiel. Einerseits hielt sich Syrien an den Waffenstillstand mit Israel, andererseits benutzte es die Hisbollah im Libanon als Druckmittel gegen Israel.

Seit Syrien in den Sog der Proteste des Arabischen Frühlings geriet, wurde das Verhältnis zwischen Syrien und Iran weiter gefestigt. Kurz vor dem Beginn der Proteste 2011 unterzeichneten beide Länder ein Verteidigungsbündnis. Hierbei verpflichteten sich Damaskus und Teheran, sich bei einem Angriff gegenseitig zu schützen und zu unterstützen, notfalls auch militärisch. Somit kann der Iran die syrische Führung uneingeschränkt unterstützen. Alle arabischen Staaten wissen von dieser Allianz, was dazu führt, dass die arabischen Staaten der Golfregion und hier wiederum besonders Saudi-Arabien versuchen, die Position der Islamischen Republik Iran zu schwächen. Syrien dient somit als strategische Arena für den Kampf um die Vormachtstellung in der gesamten Region.

2. Vom Bürgerkrieg zum Stellvertreterkrieg

In Syrien kam es 2011 zu einer Eskalation von Protesten für mehr Freiheit zu einer Aufstandsbekämpfung regimetreuer Anhänger gegen Abtrünnige der Armee, freiwillige Kämpfer und Dschihadisten. Parallel zu dieser internen Entwicklung wurden externe Akteure, sowohl Nachbarn Syriens als auch Akteure außerhalb der Region, in den syrischen Konflikt einbezogen.¹⁴ Ihre Einmischung gilt als einer der Hauptgründe dafür, dass der Konflikt so lange andauert. Dabei ist es schon grausame Ironie, dass ausgerechnet Syrien zum Schauplatz eines Krieges um die Vormacht in der Region geworden ist, denn Syrien selbst hat in der Vergangenheit Nachbarstaaten als Territorium für seine eigenen Interessen und Kämpfe genutzt, und der Syrien-Konflikt wird nun von externen Akteuren als Stellvertreterkrieg in der Region genutzt. Das Ergebnis dieses Stellvertreter-

Das Ergebnis dieses Stellvertreterkrieges wird einerseits entscheiden, wer die Vormachtstellung im Mittleren Osten gewinnt, und andererseits das Gleichgewicht der Kräfte in der Region auf eine harte Probe stellen, so dass die Staaten des Mittleren Ostens, aber auch Staaten wie die USA, Russland und diverse europäische Staaten gezwungen sein werden, Partei entweder für Assad oder die Opposition zu ergreifen.

krieges wird einerseits entscheiden, wer die Vormachtstellung im Mittleren Osten gewinnt, und andererseits das Gleichgewicht der Kräfte in der Region auf eine harte Probe stellen, so dass die Staaten des Mittleren Ostens, aber auch Staaten wie die USA, Russland und diverse europäische Staaten gezwungen sein werden, Partei entweder für Assad oder die Opposition zu ergreifen.¹⁵

Alle externen Kräfte verfolgen unterschiedliche Interessen. Die Türkei zum Beispiel fürchtet, ebenso wie der Irak, Ausstrahlungseffekte des Konflikts über die Grenzen Syriens hinaus auf das eigene Territorium.¹⁶ Der Iran und Saudi-Arabien gelten als die Kandidaten für die regionale Vormachtstellung, und Akteure wie Russland haben ihre eigenen Interessen, um ihren Einfluss in der Region zu sichern, wobei Saudi-Arabien zusätzlich Syrien als Mitglied der arabischen Staatengemeinschaft ansieht. Um bei der Vielzahl der Akteure im Syrien-Konflikt nicht den Überblick zu verlieren, kann man alle Akteure in drei Lager einteilen, wie man in *Abbildung 1* erkennen kann. Im ersten Lager sind die Unterstützer des Assad-Regimes zu finden, zum Beispiel der Iran, die Hisbollah und der Irak und, innerhalb Syriens, die Christen, Alawiten und Drusen. Im zweiten Lager sind die Unterstützer der Opposition in Syrien zu erkennen, wie die Türkei, Saudi-Arabien, die kleineren Staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC) und intern die Sunniten. Das dritte Lager besteht aus Akteuren, die sich auf keine Seite stellen und die zwar das Assad-Regime ab-

lehnen, aber genauso Angst vor einem islamistischen Post-Assad-Syrien haben. Hier sind insbesondere die Kurden und Israel zu nennen.

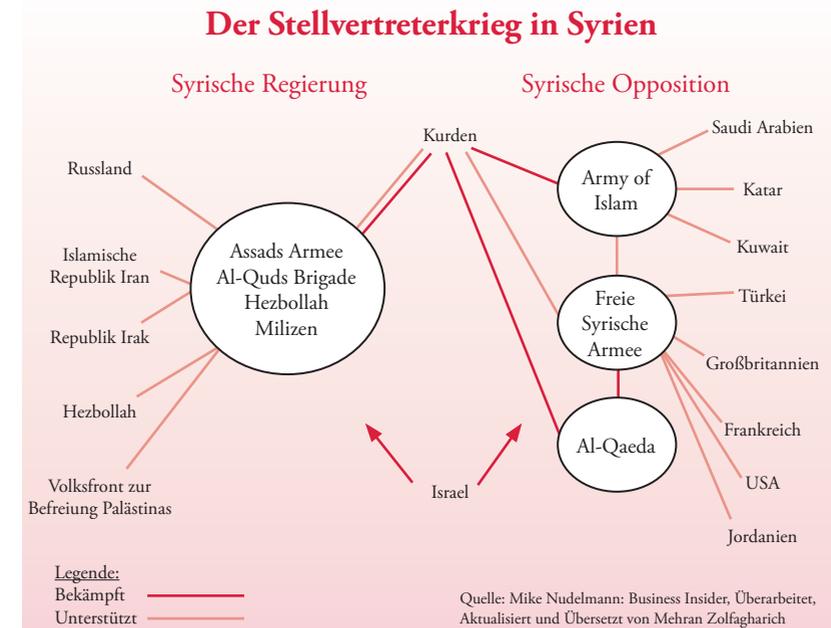


Abbildung 1: Der Stellvertreterkrieg in Syrien

Die Islamische Republik Iran und Saudi-Arabien verfolgen diametral entgegengesetzte Interessen im Konflikt in Syrien. Beide Staaten sehen sich als die regionale (Vor-)Macht im Mittleren Osten und am Persischen Golf. Ihr Interesse ist es, den Kampf um die Vormacht für sich zu entscheiden. So sagte der Befehlshaber der Al-Quds-Brigade der Iranischen Revolutionsgarde: „Some countries in the Persian Gulf are pursuing an agenda of Iranphobia, and their main issue is this. Some countries in the region fear the influence of Iran in Islamic countries. With this aim, Qatar has spent \$12 Billion in Syria, but given this, Iran has a good position in Islamic countries.“¹⁷ Sowohl der Führung in Teheran als auch der saudischen Führung dürfte indes klar sein, dass eine direkte Konfrontation am Persischen Golf zu keiner Entscheidung führen würde. Zudem ist auf arabischer Seite die Angst zu groß, dass die Islamische Republik Iran, entgegen ihren Bekräftigungen, bereits über nukleare Waffen verfügt oder diese schnell entwickeln kann, während der Iran nicht daran interessiert ist, dass sich die

USA auf Seiten Saudi-Arabiens in einen Konflikt im Persischen Golf einmischen. Der Konflikt in Syrien kommt somit beiden Akteuren entgegen, da der *Syrien ist geostrategisch für die Islamische Republik Iran von vitalem Interesse, denn erstens mindert die Allianz mit Syrien die Isolation des Iran in der arabischen Welt, zweitens wird eine kontinuierliche Versorgung der Hisbollah mit Waffen und Geld sichergestellt und drittens wird durch die Allianz die Konsolidierung der Vormachtstellung der USA in der Region verhindert.*

Kampf um die Vormachtstellung indirekt und auf einem anderen Territorium stattfindet. Der Iran verfolgt aber noch eine weitere Strategie. Syrien ist geostrategisch für die Islamische Republik Iran von vitalem Interesse, denn erstens mindert die Allianz mit Syrien die Isolation des Iran in der arabischen Welt, zweitens wird eine kontinuierliche Versorgung der Hisbollah mit Waffen und Geld sichergestellt und drittens wird durch die Alli-

anz die Konsolidierung der Vormachtstellung der USA in der Region verhindert. Besonders für die Hisbollah ist das Assad-Regime überlebenswichtig, denn ein sunnitisches Syrien würde die Versorgungsrouten zwischen dem Iran und Libanon kappen.

Dennoch besitzt der Syrien-Konflikt nicht nur eine politische Dimension. Auch eine zweite, theologische oder vielmehr konfessionelle Dimension muss betrachtet werden, um die politische Dimension verstehen und den Konflikt im Ganzen erfassen zu können. Es wäre zu einfach, den Stellvertreterkrieg in Syrien nur als Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran darzustellen. Vielmehr geht es auch um die Vormachtstellung des Glaubens im Mittleren Osten.

Seit dem späten 9. Jahrhundert ist der Islam in zwei Hauptströmungen gespalten: Das Sunnitentum, dem die Mehrheit der Muslime angehört, und die Schiiten. Die Spaltung vor über tausend Jahren geht auf die Nachfolge des Propheten Mohammad zurück, bei der sich einige Muslime auf die Seite des Schwiegersohns und Vetters Mohammads, Ali ibn Abi Talib¹⁸, stellten und gegen das Kalifat der Umayyaden¹⁹ kämpften, die wiederum die Nachfolge für sich beanspruchten. Es handelt sich also um einen Konflikt um die Rechtmäßigkeit der Nachfolge des Propheten Mohammads, der seit über tausend Jahren schwelt. Analog dazu können die Geschichte Europas und insbesondere der 30-jährigen Krieg angesehen und durchaus Parallelen erkannt werden.

Während in Europa der Krieg der Konfessionen nach kurzer Zeit der Spaltung ausbrach, war dies in der arabischen Welt nicht der Fall. Vielmehr galt in erster Linie (immer) der Standpunkt, dass es nur einen Gott gibt und ein Muslim keinen anderen Muslim töten darf, auch wenn die jeweilige Minderheit in

verschiedenen Ländern durchaus Repressionen ausgesetzt war und nicht die gleichen Rechte wie die jeweils mehrheitliche muslimische Bevölkerung genoss. Zudem einte die Religion alle Muslime im Kampf gegen Israel und den Westen. Dennoch galt ein Krieg der Konfessionen im Mittleren Osten bisher nicht als wahrscheinlich. Die Gegensätze der Glaubensrichtungen kommen jetzt in Syrien mehr als zuvor zum Vorschein. Abbildung 1 zeigt, dass die Unterstützer des Regimes von Assad überwiegend Akteure sind, die schiitisch regiert werden oder der schiitischen Glaubensgemeinschaft angehören, da auch Assad und die Führung in Damaskus der alawitischen Minderheit und somit dem schiitischen Glauben angehören. Dagegen unterstützen sunnitische Staaten, bzw. Saudi-Arabien als wahhabitischer Staat, und die sunnitische Mehrheit in Syrien, die Opposition.

Weder die politische noch die konfessionelle Dimension für sich betrachtet können den Stellvertreterkrieg in Syrien allein erklären. Beide Dimensionen zusammen erklären allerdings das Interesse des Irans und auch Saudi-Arabiens am Syrien-Konflikt.

Während Saudi-Arabien und die anderen arabischen Golfstaaten „indirekt“ Einfluss auf den Konflikt nehmen und die verschiedenen Akteure mit Waffen, Geld und auch mit freiwilligen Kämpfern unterstützen, beruft sich die Führung der Islamischen Republik Iran auf das 2011 geschlossene Verteidigungsbündnis und greift aktiv in den Konflikt ein. Hierzu zählen nicht nur Waffenlieferungen, über die in den letzten Monaten immer wieder die Medien berichteten, sondern auch die Entsendung von Einheiten der Iranischen Revolutionsgarde, insbesondere der Al-Quds Brigade, in das vom Krieg zerrüttete Land.

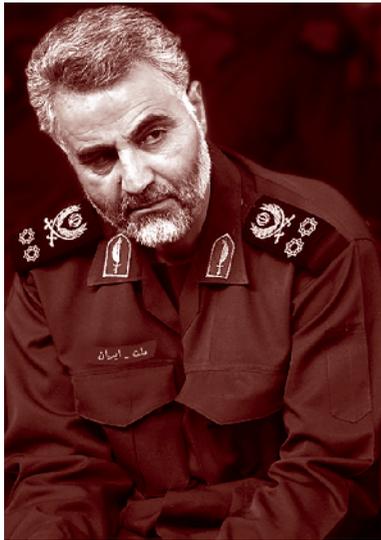
Weder die politische noch die konfessionelle Dimension für sich betrachtet können den Stellvertreterkrieg in Syrien allein erklären. Beide Dimensionen zusammen erklären allerdings das Interesse des Irans und auch Saudi-Arabiens am Syrien-Konflikt.

3. Die Al-Quds-Brigade und ihre Aufgaben in Syrien

Die Al-Quds-Brigaden (IRGC-QF²⁰) sind die Eliteeinheit der Iranischen Revolutionsgarde. Sie sind für militärische Auslandseinsätze geschult und unterstützen z.B. extremistische Gruppen im Irak, in Jemen, im Libanon, in Gaza und im Süden des Persischen Golfes, um diese Gruppen als „Proxies“²¹ zu nutzen und einen asymmetrischen Krieg führen zu können. Hierbei werden insbesondere die bereits oben erwähnten Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten genutzt, um den Einfluss auf die schiitische Bevölkerung zu erhöhen. Vor dem Konflikt in Syrien haben die Al-Quds-Brigaden ihren Einfluss besonders im

Irak gefestigt, denn dort werden Angehörige dieser Brigaden zumeist als Mediatoren bei Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden schiitischen Milizen hinzugezogen, um einen Bürgerkrieg zu verhindern²². Alle Operationen im Irak wurden 2007 an die Al-Quds-Brigaden übergeben und deren Stärke auf 15.000 Mann erhöht.

Die Al-Quds-Brigade sind Teil der Iranischen Revolutionsgarde; sie hat allerdings einen eigenen Befehlshaber, Ghassem Suleimani. Sie wird direkt vom Geistlichen Revolutionsführer²³ überwacht und ist nur ihm Rechenschaft schuldig. Ghassem Suleimani war bereits vor dem Syrien-Konflikt für die er-



Qasem Soleimani

folgreichen iranischen Aktivitäten im Irak zuständig, weshalb er nun auch für die Führungsrolle in der iranischen Syrienpolitik ausgewählt wurde. Der strukturelle Aufbau der Al-Quds-Brigade erfolgt in kleineren Einheiten und länderspezifisch je nach Staat, in dem sie operieren. Die Operationen in den Ländern werden jeweils zumeist aus den iranischen Botschaften heraus geführt und zwischen Al-Quds und dem MOIS²⁴ koordiniert. Zudem betreibt die Al-Quds-Brigade verschiedene Trainingscamps im Libanon und dem Sudan. Das wichtigste Trainingslager liegt im Norden Teherans an der Imam Ali Universität. Kämpfer der Al-Quds-Brigade werden hier in Techniken der asymmetrischen Kriegsführung, wie z.B. dem Kampf in Stadtgebieten, sowie der Planung und Ausführung terroristischer Operationen geschult. Dazu gehört auch die Herstellung von Bomben,

die Nutzung von IEDs²⁵, von Computern und das Ausführen von Sabotage-Aktionen. In der Nähe Teherans trainiert die Al-Quds-Brigade zusätzlich schiitische Milizen aus der ganzen arabischen Welt. Diese werden insbesondere in Syrien, dem Libanon und dem Irak rekrutiert. Es handelt sich hierbei um das Amir Al-Momenin²⁶ Trainingslager, in dem den Milizionären der Städtekampf, Guerillataktik und Überlebenstraining im Feld beigebracht wird. Die Missionen, zu denen sie befähigt werden sollen, sind die Stärkung und Festigung des Regimes von Präsident Assad in Syrien, die Abwehr sunnitischer Rebellen sowie die Abwehr möglicher Angriffe der USA und Israels. Während der Ausbildung wird den Freiwilligen erklärt: „The war in Syria is akin to [an] epic battle for Shiite Islam, and if they die they will be martyrs of the highest rank.“²⁷

Die Al-Quds-Brigade ist jedoch nicht die einzige militärische Einheit in Syrien, auch wenn sie die Operationen dort vorrangig leitet, da sie für militärische Operationen im Ausland zuständig ist. Auch die Iranische Revolutionsgarde (IRGC-GF²⁸) selbst ist mit Beratern und Soldaten im Land, um aktiv auf den Syrien-Konflikt einzuwirken. Im Jahr 2012 verlor Präsident Bashar al-Assad allmählich die Kontrolle über den Osten und Norden Syriens. Die iranische Beratermission, unter der die Einheiten der Revolutionsgarde in Syrien operieren, konsolidierte durch Verstärkung der Streitkräfte Assads den Einfluss des syrischen Regimes auf Zentralsyrien und den Süden Syriens. Die Revolutionsgarde trainiert nicht nur die syrische Armee, sondern auch die syrischen Sicherheitsdienste. Hohe Kreise der Iranischen Revolutionsgarde bestätigen den Erfolg ihrer Mission und geben an, dass das Risiko eines Kollapses des syrischen Regimes nicht mehr vorhanden ist²⁹. Ungewöhnlich ist die Nutzung der regulären Iranischen Revolutionsgarde neben der Al-Quds-Brigade dennoch, da die regulären Einheiten traditionell für die innere Sicherheit Irans zuständig sind und konventionelle militärische Taktiken nutzen, unter anderem zur Bekämpfung von Aufständen. Die Al-Quds-Brigade hingegen hat Erfahrungen in der unkonventionellen, asymmetrischen Kriegsführung. Ihre Hauptaufgabe ist die Ausbildung von paramilitärischen Einheiten und Polizeikräften nach dem Vorbild der Basij-Milizen im Iran, die für die Bekämpfung von Demonstrationen im Inneren zuständig sind. Eine Nutzung der Iranischen Revolutionsgarde parallel zur Al-Quds-Brigade ist daher ein Zeichen für eine Ausweitung der militärischen Hilfe in Syrien, um die Erfahrungen beider Arme der Iranischen Revolutionsgarde miteinander zu verbinden. Dass die syrische Armee von diesen Erfahrungen profitiert, zeigen einige Erfolge in der Aufstandsbekämpfung durch Einheiten der syrischen Republikanischen Garde und der Umstand, dass sich das Regime von Assad von einer Beinahe-Niederlage in weniger als einem Jahr erholte. Eine weitere wichtige Aufgabe der Al-Quds-Brigade in Syrien ist das Verhindern von Waffenlieferungen an die Freie Syrische Armee (FSA) aus den Nachbarländern Türkei, Jordanien, Irak und dem Libanon. Hierzu wurde die Überwachung der syrisch-libanesischen Grenze der pro-iranischen Hisbolah anvertraut, während die syrisch-irakische Grenze vom irakisch-schiitischen Badr-Corps überwacht wird. Durch diesen Umstand kann der Iran auch den Landkorridor über den Irak als Nachschublinie nutzen, den zahllose Lastwagen täglich über die iranisch-irakische Grenze Richtung Syrien passieren.

Auch wenn die Führung der Islamischen Republik Iran die Mission in Syrien offiziell als „Beratermission“ bezeichnet, gehen die Aufgaben der Iranischen Revolutionsgarde und der Al-Quds-Brigade, aber auch ihr Einfluss, weit über eine

solche Beratermission hinaus³⁰. Dies wurde vor kurzem auch von einem weiteren ranghohen Kommandeur der Revolutionsgarde, Hossein Hamedani, bestätigt. Er wies darauf hin, dass die Revolutionsgarde in Syrien für die Interessen der Islamischen Revolution kämpft und 130.000 trainierte Mitglieder der iranischen Basij-Miliz bereit stehen, um in Syrien zum Einsatz zu kommen³¹. Des Weiteren wurde im Laufe der letzten Monate eine sogenannte „2. Hisbollah“ in Syrien aufgebaut, die aus freiwilligen schiitischen Kämpfern besteht³². So sagte der ehemalige syrische Premierminister Riad Hijab in einer Pressekonferenz,

Auch wenn die Führung der Islamischen Republik Iran die Mission in Syrien offiziell als „Beratermission“ bezeichnet, geben die Aufgaben der Iranischen Revolutionsgarde und der Al-Quds-Brigade, aber auch ihr Einfluss, weit über eine solche Beratermission hinaus.

bevor er auf die Seite der Opposition überge-
laufen ist: „Syria is occupied by the Iranian regime. The person who runs the country is not Bashar al-Assad but Ghassem Suleimani, the head of Iranian regime’s Quds Force.“³³ In einem Treffen mit dem Expertenrat sagte Ghassem Suleimani als Reaktion auf diese Äußerung: „Some criticise why we support

Syria so much. To them, we have to answer that we do not pay attention to the propaganda of the enemy, because Syria is the frontline of resistance and this reality is undeniable. We have a duty to defend Muslims because they are under pressure and oppression.“³⁴ Anhand dieser Äußerungen von Hossein Hamedani, Ghassem Suleimani und Riad Hijabs ist der Umfang der Einmischung der Islamischen Republik Iran in den Syrien Konflikt deutlich erkennbar.

4. Die Strategie Irans anhand der Theorie von Clausewitz

Die Theorie von Carl von Clausewitz basiert auf der Abgrenzung des absoluten Krieges zum wirklichen Krieg und ist das Ergebnis des Versuchs, den Krieg als Phänomen, das durch reine Logik und absolute Vernunft durchdrungen ist, von seiner tatsächlichen Erscheinungsform zu unterscheiden. Das Ziel von Carl von Clausewitz war es herauszufinden, was die Natur des Krieges ausmacht, wobei das Theoriegerüst der „Wunderlichen Dreifaltigkeit“ zu erklären hilft, welche Faktoren eine Wandlung des Krieges verursachen. Über den Krieg selbst schreibt Carl von Clausewitz:

„Der Krieg ist also nicht nur ein wahres Chamäleon, weil er in jedem konkreten Falle seine Natur etwas ändert, sondern er ist auch seinen Gesamterscheinungen nach, in Beziehung auf die ihm herrschenden Tendenzen, eine wunderliche Dreifaltigkeit, zusammengesetzt aus der ursprünglichen Gewalttätigkeit seines Elementes, dem Hass und der Feindschaft, die wie ein blinder Naturtrieb anzusehen

sind, aus dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls, die ihn zu einer freien Seelentätigkeit machen, und aus der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges, wodurch er dem bloßen Verstande anheimfällt. Die erste dieser drei Seiten ist mehr dem Volk, die zweite mehr dem Feldherren und seinem Heer, die dritte mehr der Regierung zugewendet. Die Leidenschaften, welche im Kriege entbrennen sollen, müssen schon in den Völkern vorhanden sein; der Umfang, welchen das Spiel des Mutes und Talents im Reiche der Wahrscheinlichkeiten des Zufalls bekommen wird, hängt von der Eigentümlichkeit des Feldherren und des Heeres ab, die politischen Zwecke gehören der Regierung allein an. Diese drei Tendenzen, die als ebenso viele verschiedene Gesetzgebungen erscheinen, sind tief in der Natur des Gegenstandes gegründet und zugleich von veränderlicher Größe. Eine Theorie, welche eine derselben unberücksichtigt lassen oder zwischen ihnen ein willkürliches Verhältnis feststellen wollte, würde augenblicklich mit der Wirklichkeit in solchen Widerspruch geraten, dass sie dadurch allein schon wie vernichtet betrachtet werden müsste. Die Aufgabe ist also, dass sich die Theorie zwischen diesen drei Tendenzen wie zwischen drei Anziehungspunkten schwebend erhalte. Auf welchem Wege dieser schwierigen Aufgabe noch am ersten genügt werden könnte, wollen wir in dem Buche von der Theorie des Krieges untersuchen. In jedem Fall wird die hier geschehene Feststellung des Begriffs vom Kriege der erste Lichtstrahl, der für uns in den Fundamentalbau der Theorie fällt, der zuerst die großen Massen sondert und sie uns unterscheiden lassen.“³⁵

Vom obigen Zitat ausgehend unterscheidet Carl von Clausewitz demnach drei Tendenzen auf drei Abstraktionsebenen. Die erste Tendenz der ersten Ebene bilden Gewalttätigkeit, Hass und Feindschaft. Die zweite Tendenz im Krieg ist, dass nichts vorhersehbar ist. Absolut nichts ist im Krieg gewiss, und der Feldherr muss auf dem Schlachtfeld aufgrund von Wahrscheinlichkeiten und Zufällen Entscheidungen treffen. Mit der dritten Tendenz ist der Krieg als Werkzeug der Politik zu sehen, denn „die Politik übt den bestimmenden Einfluss auf den Krieg aus, um die Erfüllung des Zwecks zu erreichen.“³⁶ Auf der zweiten Ebene ordnet Carl von Clausewitz der ersten Tendenz den blinden Naturtrieb, der zweiten Tendenz die freie Seelentätigkeit und der dritten Tendenz den bloßen Verstand zu. Die erste Tendenz der dritten Abstraktionsebene wird dem Volk, die zweite Tendenz dem Feldherren und seiner Armee und die dritte Tendenz der Regierung zugeschrieben. Die Tendenzen selbst besitzen keine statischen Eigenschaften. Sie sind nicht statisch dem Volk, dem Feldherren oder der Regierung zuzuordnen. Clausewitz argumentiert vielmehr, dass die eine oder andere Tendenz bei bestimmten Völkern besonders oder mehr ausgeprägt ist als bei anderen Völkern. Die Theorie des Krieges muss somit als schwebend

zwischen den drei Tendenzen angesehen werden. Die Zuordnung zu „mehr“ Volk, „mehr“ Befehlshaber und „mehr“ Regierung erfolgt in der Zweck-Ziel-Mittel-Relation, die auch als eine vierte Abstraktionsebene angesehen werden kann und hierarchisch aufgebaut ist. „Im Resümee ist die Wunderliche Dreifaltigkeit eine Synthese aller geistigen Arbeiten des Carl von Clausewitz über die Theorie des Krieges.“³⁷

Nach Carl von Clausewitz ist es zusätzlich nötig, die Zweck-Ziel-Mittel-Relation zu betrachten, um eine umfassende und ganzheitliche Strategie aufzubauen. An oberster Spitze dieser hierarchisch aufgebauten Relation steht stets der politische Zweck, und nur aus diesem Zweck können die Ziele und Mittel abgeleitet werden. Hierbei muss stets beachtet werden, dass die Elemente veränderlich sind und den Einflüssen von Friktionen, Wahrscheinlichkeiten und Zufällen unterstehen. Sie verändern somit sowohl den Zweck als auch die Ziele und die Mittel, denn der Zweck und die Ziele sind stets für die Bereitstellung der Mittel wichtig. So schreibt Carl von Clausewitz:

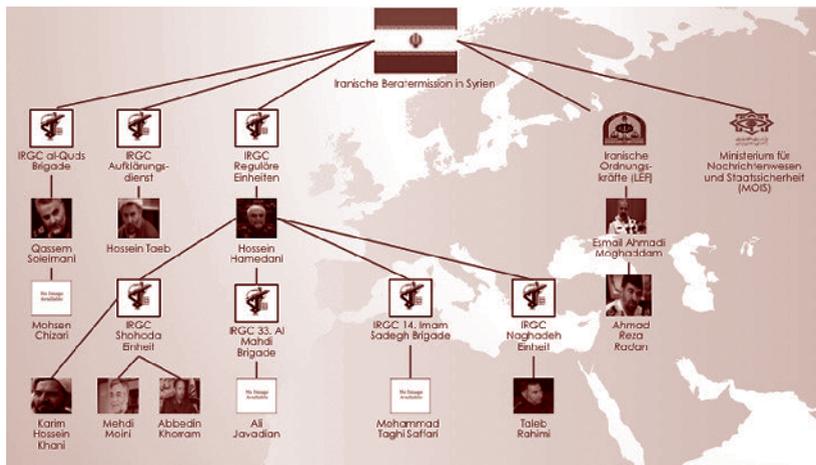


Abbildung 2: Die iranische Beratermission in Syrien

„Fragen wir zuerst nach dem Ziel, worauf der ganze Krieg gerichtet werden muß, um für den politischen Zweck das rechte Mittel zu sein, so werden wir dasselbe ebenso veränderlich finden, als der politische Zweck und die eigentümlichen Verhältnisse des Krieges es sind.“³⁸

Die oben bereits genannten Friktionen, Zufälle und Wahrscheinlichkeiten lassen sich durch die moralische Größe und kriegerische Tugend teilweise kompensieren. Dabei ist die Herausbildung eines kriegerischen Genius der Schlüssel für Carl von Clausewitz, denn dieser handelt mit dem Takt des Urteils, der auf Wissensaneignung und eigenen Erfahrungen beruht und durch den der Feldherr intuitiv die richtigen Entscheidungen trifft. Er agiert dabei frei und innovativ, verbindet Mut, Entschlossenheit, Beharrlichkeit und Selbstbeherrschung und handelt dadurch rational. Die Disziplin der Soldaten, die grundsätzlich verlangt wird, stellt die kriegerische Tugend dar und komplettiert den kriegerischen Genius des Feldherren.

Die iranische Führung handelt nach diesen Prinzipien, denn sowohl der politische Zweck wurde formuliert, nämlich das Aufrechterhalten der „Achse des Widerstandes“³⁹, um das Überleben des eigenen Regimes zu sichern, als auch die Ziele und Mittel. Der Iran hat, wie bereits oben erwähnt, ein vitales Interesse am Überleben des Regimes in Damaskus.

Demnach führt es nicht zum Ziel, wenn der Iran mit massiver militärischer Präsenz in den Syrien-Konflikt auf Seiten Präsident Assads eingreift. Auf internationaler Ebene würde sich die Führung in Teheran angreifbar machen und regional ihr Ansehen verlieren. Ein weiteres Argument dafür, lediglich punktuell und mit ausgewählten Mitteln im Syrien-Konflikt vorzugehen ist der Umstand, dass die Gruppen der Opposition, also zum Beispiel die Freie Syrische Armee, die al-Nusra⁴⁰ Front und die ISIL⁴¹, nach den Regeln der asymmetrischen Kriegsführung kämpfen. Die militärische Führung im Iran ist äußerst lernfähig und hat erkannt, dass mit einer konventionell operierenden Armee kein Krieg gegen asymmetrisch kämpfende Verbände zu gewinnen ist. Analysen der Interventionen der USA und der Koalitionsstreitkräfte in den letzten Jahrzehnten in Irak und Afghanistan offenbarten einige Schwächen, die sich die militärische Führung im Iran zu Herzen nahm und die zu einem „Lesson learned“-Effekt führte.

Reguläre Streitkräfte haben die Aufgabe, Raum zu gewinnen und diesen zu halten, können aber nur wenig gegen asymmetrisch kämpfende Truppen bewirken, da diese im Raum kämpfen, eine Hit-and-Run-Taktik nutzen und ebenso im Raum wieder verschwinden. Sie machen sich also eine Guerilla-Taktik zu Nutze, die schon von Carl von Clausewitz genannt und von ihm mit „Kleiner Krieg“ und „Volkskrieg“ bezeichnet wurde.

Bereits vor dem Syrien-Konflikt hat sich der Iran daher auf eine asymmetrische Kriegsführung für den im Fall eines Angriffs konzentriert. Die Einheiten, die hierbei zum Einsatz kommen, sind zum einen die Iranische Revolutionsgarde (IRGC-GF) sowie die Al-Quds-Brigade und paramilitärische Gruppen bzw.

Syrien wird aber für Jahre die Arena geostrategischer Machtkämpfe bleiben. Die vielen externen Akteure mit zumeist unterschiedlichen Interessen sowie die militärische und auch finanzielle Hilfe, die von diesen Akteuren nach Syrien gebracht wird, haben das Potential, den Bürgerkrieg zu verlängern und sogar tiefgreifende Feindseligkeiten zwischen Sunniten und Schiiten zu schüren.

Proxies, wie die Hisbollah und das Badr-Corps für die asymmetrische Kriegsführung. Die Asymmetrie des Konflikts in Syrien erlaubt dem Iran lediglich den Einsatz asymmetrischer Mittel, um so den politischen Zweck und die Ziele zu verfolgen, wie die Offenhaltung der syrisch-irakischen und der syrisch-libanesischen Grenze sowie die Konsolidierung der Macht Assads in Teilgebieten Syriens. Zudem zeigt die iranische Strategie insofern Erfolg, als auch die syrische Armee,

aufgrund des Trainings durch die Al-Quds-Brigade und Revolutionsgarde, zum Teil auf asymmetrische Kriegsführung setzt und so wieder Erfolge verzeichnen kann.

Ein weiterer Punkt, der für eine durchdachte Strategie seitens der iranischen Führung spricht, ist der Umstand, dass hochrangige und erfahrene Kommandeure in Syrien zum Einsatz kommen.⁴² Der Kommandeur der Al-Quds-Brigade, Ghassem Suleimani, beispielsweise hat bereits die Operationen der Al-Quds-Brigade im Irak geleitet und dort für den Iran wertvolle Erfahrungen im Umgang mit schwierigen Situationen, dem Kampf gegen technologisch übermächtige Gegner wie den USA sowie der asymmetrischen Kriegsführung aufgrund konfessioneller Spannungen sammeln können. Insofern kann er auf ein Repertoire an Erfahrungen zurückgreifen und als Genius angesehen werden. Die iranische Strategie in Syrien zielt daher auf die Kriegsführung durch asymmetrische Mittel ab, um den Gegner unter Ausnutzung konfessioneller Spannungen und der Nutzung paramilitärischer Gruppen niederzuringen.

5. Fazit und Ausblick

Das Überleben des Regimes von Präsident Assad in Syrien ist von strategischer Wichtigkeit für die Islamische Republik Iran und die Hisbollah-Miliz im Libanon, denn die Führung in Teheran befürchtet, dass unter einer Nachfolgeregierung in Syrien das Verhältnis zur Hisbollah entweder auf das Niveau von vor Bashar Al-Assads Zeit zurückgesetzt oder sogar ganz beendet wird. Des

Weiteren würde eine neue Regierung unter sunnitischer Kontrolle in Syrien die Islamische Republik Iran vor ein außen- und sicherheitspolitisches Debakel stellen und zu einem Umdenken in der regionalen Politik zwingen, da sich das Kräfteverhältnis im Nahen Osten zugunsten Saudi-Arabiens und der USA verschieben würde. Für den Iran stellt Syrien das Verbindungsstück zwischen dem Libanon und dem Irak dar, um schiitische Milizen mit Waffen und Geld zu unterstützen. Das militärische Verteidigungsbündnis, das Syrien und der Iran geschlossen haben, dient somit der Machtsicherung des Assad-Regimes, um die sogenannte „Achse des Widerstands“ am Leben zu erhalten und gleichzeitig den Einfluss der USA in der Region einzudämmen. Dabei scheint Präsident Assad auch bereit zu sein die nationalen Sicherheitsinteressen Syriens den Interessen der Islamischen Republik Iran unterzuordnen, denn die Geschichte Syriens im 20. Jahrhundert zeigt, dass die arabischen Staaten Syrien meist nicht auf Augenhöhe begegneten, wie zum Beispiel Ägypten, und dass der Iran sich für das Assad-Regime als verlässlicher Verbündeter erwiesen und Gespräche mit dem syrischen Establishment stets auf Augenhöhe geführt hat.

Syrien wird aber für Jahre die Arena geostrategischer Machtkämpfe bleiben. Die vielen externen Akteure mit zumeist unterschiedlichen Interessen sowie die militärische und auch finanzielle Hilfe, die von diesen Akteuren nach Syrien gebracht wird, haben das Potential, den Bürgerkrieg zu verlängern und sogar tiefgreifende Feindseligkeiten zwischen Sunniten und Schiiten zu schüren. Hierbei wird aber auch eine Asymmetrie offenbart, denn die externen Akteure, die das Assad-Regime unterstützen, wie zum Beispiel der Iran, sehen ihren Einsatz im Syrien-Konflikt in stärkeren Bezügen als die Unterstützer der Opposition, denn für die Unterstützer Assads ist das Überleben des Regimes gleichzusetzen mit ihrem eigenen Überleben. Hinzu kommt das erhöhte Aufkommen dschihadistischer Kämpfer auf Seiten der Opposition, was die Unterstützer Assads zu mehr Hilfe veranlasst, weitere externe Akteure wie die USA und die EU jedoch davon abhält, in den Syrien-Konflikt aktiv einzugreifen.

Dennoch kann eine weitergehende externe militärische Intervention jedweder Art die Eskalation in Syrien noch weiter beschleunigen, denn die konfessionelle Rhetorik, die auf beiden Seiten in Syrien genutzt wird sowie das erhöhte Aufkommen von Racheakten konfessioneller Gewalt deuten darauf hin, dass es nicht mehr nur um einen Krieg für Demokratie oder Machterhalt des Assad-Regimes geht, sondern der Konflikt im Großen ebenfalls konfessioneller Natur ist. Es scheint, dass in Syrien ein tausend Jahre alter Konflikt zu einer Entscheidung gebracht werden soll, nämlich der Konflikt um die Nachfolge des

Propheten Mohammed. Der Rückgriff auf die europäische Geschichte zeigt, dass eine Einmischung externer Akteure in einen konfessionellen Krieg diesen nicht nur verlängert, sondern das Land auch zusätzlich teilt. Sowohl geographisch als auch ethnisch-religiös werden damit zusätzliche Spannungslinien aufgebaut.

Die Aufgaben, die die Al-Quds-Brigade und die reguläre Revolutionsgarde in Syrien erfüllen, dienen einzig der Machterhaltung des Assad-Regimes und der Aufrechterhaltung der „Achse des Widerstandes“ gegen die USA und Israel.

Eine weitere positive Auswirkung für den Iran ist die Eindämmung der USA und ihrer Verbündeten im Nahen Osten dann, wenn der Syrien-Konflikt zugunsten des Assad-Regimes entschieden wurde und somit keine Legitimation mehr für eine Intervention gegeben ist, sowie, weit wichtiger, der Erfolg, sich als Regionalmacht gegen Saudi-Arabien etabliert zu haben.

Der politische Zweck ist demnach die Unterstützung des einzigen Verbündeten der Islamischen Republik Iran im Nahen Osten, koste es was es wolle. Die von der iranischen Führung initiierte Beratermission der Iranischen Revolutionsgarde und Al-Quds-Brigade ist lediglich ein Deckmantel für militärische Operationen zur Unterstützung Präsident Assads und für die Ausbildung schiitischer Freiwilliger aus allen arabischen

Staaten, um das Regime in Syrien zu stützen und die Opposition zurückzudrängen bzw. zum Aufgeben zu bewegen. Dadurch, dass hohe Offiziere der Iranischen Revolutionsgarde in Syrien tätig sind, lässt sich erklären, wie wichtig ein Sieg des Regimes in Syrien für die Islamische Republik Iran ist.

Der Grund für den Einsatz der Iranischen Revolutionsgarde und der Al-Quds-Brigade in Syrien liegt darin, dass die Kombination von konventionellen und asymmetrisch kämpfenden Einheiten die größten Chancen gegen die oppositionellen Einheiten wie die FSA und dschihadistische Gruppen bietet. Eine konventionelle Kriegsführung ist für die Opposition nicht möglich, deshalb setzt sie auf eine asymmetrische Kriegsführung. Der Führung der iranischen Einheiten ist dies bewusst, und man versucht ebenso, mit asymmetrischen Mitteln einen Sieg für die regierungsfreundlichen Truppen und Milizen zu erreichen. Da die regulären syrischen Einheiten in der konventionelle Kriegsführung geschult wurden, sind die Taktiken und Unterrichtungen, die die Al-Quds-Brigade in Syrien einführt, das Zünglein an der Waage, denn die Nutzung asymmetrischer Mittel zum Niederwerfen eines Gegners ist ein essenzieller Bestandteil iranischer Militärdoktrin. Gleichzeitig verstehen die iranischen Truppen und ihre Kommandeure die Rationalität ihrer Feinde. Die Rationalität, die nahezu überall im Nahen Osten vorhanden ist und die von westlichen Experten und

Beobachtern zumeist als irrational interpretiert wird, zielt auf eine asymmetrische Kriegsführung ab. Der Umstand, dass die iranische Führung bereits seit Jahrzehnten diese asymmetrische Kriegsführung forciert, lässt erahnen, dass sie sich darüber bewusst ist, einen konventionellen Krieg nicht gewinnen zu können. Sie weicht deshalb auf eine asymmetrische Kriegsführung aus und versucht, diese zu perfektionieren. Gleichzeitig wird genau diese Rationalität von Carl von Clausewitz durch die Begriffe „Volkskrieg“ und „Kleiner Krieg“ erklärt. Hierbei werden grundsätzlich die Schwächen des Gegners ausgenutzt, statt mit dessen Stärken zu konkurrieren.

Dies wiederum erklärt auch, warum die militärische Einmischung weiterer externer (westlicher) Akteure in den Syrien-Konflikt diesen nur noch verlängern und in einer Niederlage enden wird. Zu groß ist, trotz aller Bekundungen der Opposition in Syrien, die aus den kolonialen Zeiten stammende Feindschaft gegenüber westlichen Staaten. Des Weiteren haben die Fehler des Irak-Krieges einen bleibenden (negativen) Eindruck in den Meinungen der muslimischen Bevölkerung hinterlassen und die Antipathie gegenüber westlichen Staaten und deren Soldaten weiter verstärkt. Erschwerend kommt noch der Umstand hinzu, dass nach westlichem Standard die Interventionstruppen meist so lange im Land belassen werden, bis ein Nation Building abgeschlossen ist oder dieses die Budgets der westlichen Staaten so strapaziert, dass sie es schlicht abrechnen, wie dies in Afghanistan der Fall ist. Dies wiederum ist mit der islamischen Kultur und Mentalität nur bedingt vereinbar. Zu groß ist (auch) die Sorge, dass die westlichen Staaten den von ihnen favorisierten Politikern an die Macht verhelfen und versuchen, eine demokratische Regierungsform nach westlichem Vorbild zu implementieren, welche die Traditionen des Islams nicht achtet oder unterminiert. Die Führung der Islamischen Republik Iran hat dies erkannt, und sie greift aktiv in den Syrien-Konflikt ein, um das Kräfteverhältnis zugunsten des Regimes von Präsident Bashar al-Assad zu verschieben. Dabei nutzt sie nicht nur die religiöse Komponente des Konflikts, sondern vor allem die machtpolitische.

Ein Sieg des Regimes in Syrien wird drei Auswirkungen für die Islamische Republik Iran haben. Erstens präsentiert sich der Iran als vertrauenswürdiger Verbündeter für Präsident Assad; zweitens wird damit die Achse Teheran-Damaskus-Beirut nicht nur am Leben erhalten, sondern weiter verstärkt, und die Existenz der Hisbollah gerät nicht in Gefahr. Eine weitere positive Auswirkung für den Iran ist die Eindämmung der USA und ihrer Verbündeten im Nahen Osten dann, wenn der Syrien-Konflikt zugunsten des Assad-Regimes

entschieden wurde und somit keine Legitimation mehr für eine Intervention gegeben ist, sowie, weit wichtiger, der Erfolg, sich als Regionalmacht gegen Saudi-Arabien etabliert zu haben. Die Islamische Republik Iran hätte sich damit gegen die sunnitisch geführten arabischen Staaten im Nahen Osten durchgesetzt, und sie könnte diese Position nicht nur in der OPEC nutzen, sondern auch bei Verhandlungen mit westlichen Staaten bezüglich ihres umstrittenen Atomprogramms. Dieses Kalkül der iranischen Führung scheint weitestgehend aufzugehen. Nicht nur wurden die Sanktionen gegenüber dem Iran gelockert, sondern auch erscheint die Führung unter Präsident Rouhani durch die Verhandlungen mit dem Westen in einem durchaus positiven Licht, und dies trotz Verletzungen der Menschenrechte im eigenen Land. Im Gegensatz dazu nimmt der Einfluss und das Ansehen Saudi Arabiens in der Region stetig ab. Seine Unterstützung der fundamentalistischen ISIL in Syrien rächt sich nun als Folge der (nur) vagen Formulierungen eines politischen Zwecks, nämlich dass Assad gestürzt werden muss. Auf Grund dieser vagen Formulierung des Zwecks durch Saudi-Arabien sind auch keine klaren Ziele möglich und folglich auch kein rationaler Einsatz von Mitteln. Vielmehr ist dieses Verhalten als ein letztes Aufbegehren einer abklingenden Machtstellung im Nahen Osten zu werten. Dies zeigt sich insbesondere durch den Vormarsch der ISIL im Irak.

Zu lange hat der Westen, insbesondere die USA, die Unterstützung der ISIL durch Katar und Saudi-Arabien stillschweigend geduldet, so dass es nun scheint, der Irak könnte trotz Nation Building wieder verloren gehen. Um dies zu verhindern, müssten die USA nicht nur erneut militärisch im Irak vorgehen und der US-Präsident seine Versprechen brechen, sondern sie müssten auch ihren Verbündeten Saudi-Arabien allmählich fallen lassen, was wiederum dazu führen würde, dass sich die Islamische Republik Iran als Regionalmacht behaupten würde. Es scheint, als hätte die iranische Führung indessen genau diese abnehmende Bedeutung Saudi-Arabiens und ihr letztes „Aufbegehren“ erkannt. Anders ist das Verhalten des schiitischen Irans gegenüber den Vorstößen der ISIL im Irak nicht zu deuten. Wenige Tage nach den Berichten über den raschen Vormarsch der ISIL hat die iranische Führung nicht nur die Revolutionsgarde und die schiitischen Milizen im Irak aktiviert, um die schiitischen Heiligtümer zu verteidigen; der Iran hat auch offiziell der irakischen Führung, dem „Erzfeind der 1980er Jahre“, militärische Hilfe bei der Verteidigung Bagdads und im Kampf gegen die Fundamentalisten angeboten. Zudem hat sie ein Bündnis mit den USA im Kampf gegen die ISIL nicht ausgeschlossen. Die direkten Verhandlungen zwischen dem Iran und den USA hinter verschlossenen Türen im Anschluss an die Atomverhandlungen in Wien im Juni 2014 lassen dies durch-

aus realistisch erscheinen, auch wenn der iranische Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei dies offiziell bestreitet.

Die derzeitige Strategie des Iran könnte nicht besser an der Theorie von Carl von Clausewitz ausgerichtet sein. Nicht nur, dass er dem Irak die Hand gereicht und dadurch sein Ansehen in der Region erhöht hat, hat der (zugleich) die Nachricht überbracht, dass die Iraner, und hier insbesondere das iranische Volk, keine Feindschaft mehr gegenüber dem Irak empfinden. Gleichzeitig setzt der Iran ein Zeichen für andere Staaten, wie z.B. Jordanien, die USA und sogar Israel, dass das Land für Stabilität in der Region steht, dass es Differenzen zumindest zeitweise überwinden kann, wenn es um die Vitalität des Nahen Ostens geht und dass es in der Lage ist, Al-Qaida und ihr nahestehenden fundamentalistischen Gruppierungen Einhalt zu bieten, um einen gewissen Status Quo in der Region aufrecht zu erhalten und den Nachbarn Sicherheit zu gewährleisten. Der Iran würde somit nicht nur an Einfluss im Nahen Osten gewinnen und seine Vormachtstellung unterstreichen; er würde auch auf der politischen Weltbühne wieder präsent werden, bestehende Vorurteile abbauen und vor allem ein militärisches Eingreifen in Syrien legitimieren. Während die Islamische Republik also Nutznießer der jüngsten Konflikte im Nahen Osten sein würde, würde Saudi-Arabien seinen Einfluss und sein Ansehen verlieren und in westlichen Staaten Fragen über den Sinn eines Bündnisses mit dem saudischen Königshaus aufkommen lassen. Das alles zeigt, wie rational die iranische Führung handelt, wie sie blitzschnell Entscheidungen trifft und den politischen Zweck sowie die Ziele klar definiert, ganz im Gegensatz zu den Formulierungen des US-Präsidenten Barack Obama oder von Angehörigen des Kongresses. Schon die Times of Israel hat dem iranischen Präsidenten Rouhani einen „inneren Clausewitz“ attestiert, den er als Top-Atomunterhändler unter Beweis gestellt hatte⁴³ und den er nun erneut auf einer anderen, höheren politischen Ebene zeigt.

Die Nutzen-Kosten-Rechnung der iranischen Führung würde also, im Falle eines Sieges Assads im Kampf gegen die Opposition und insbesondere die ISIL im Irak, einen positiven Output haben und das Eingreifen in den Syrien-Konflikt rechtfertigen. Den westlichen Staaten hingegen würde ein Eingreifen in den Syrien-Konflikt eher schaden als nutzen. Eine militärische Intervention mit dem Ziel, das Regime von Assad zu stürzen und die „Achse des Widerstandes“ zu schwächen, würde zu viele Ungewissheiten mit sich bringen. Zum einen würde der Konflikt eher noch verlängert als verkürzt sowie auf Nachbarstaaten ausgedehnt, zum anderen ist ungewiss, wie sich ein Post-Assad-Syrien entwi-

ckeln würde, sollten die al-Qaida-nahen Gruppierungen die Oberhand gewinnen. Einen Ausblick auf solche eine Entwicklung haben die Nachrichten über Hinrichtungen im Irak durch die ISIL im Juni 2014 offenbart. Des Weiteren würde ein Eingreifen auf mittlere und längere Sicht die Ablehnung des Westens verstärken und die Erinnerung an die Vergangenheit und die negativen Erfahrungen der Kolonialzeiten ins Bewusstsein der Syrer und vieler Bewohner anderer arabischer Staaten zurückbringen.

Zum Autor: Mehran Zolfaghari hat Politikwissenschaft an der Universität Potsdam studiert. Er schrieb seine Masterarbeit über Carl von Clausewitz und Hybride Kriege im 21. Jahrhundert. Mehran Zolfaghari ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.. Weiterhin ist er Mitglied des Clausewitz Netzwerk für Strategische Studien e.V. (CNSS) und wirkt dort in der Öffentlichkeitsarbeit mit.

Anmerkungen:

- 1 14 Schüler schrieben „Das Volk will den Sturz der Regierung“. Dieser Satz wurde bereits in Tunesien und Ägypten benutzt.
- 2 Abkürzung für Islamischer Staat im Irak und der Levante. Sie entstand aus dem Widerstand im Irak und bekannte sich früh zu al-Qaida. Sie ist auch unter dem Namen al-Qaida im Irak (AQI) bekannt.
- 3 Lange, Katharina (2013), S. 37.
- 4 Ebd., S. 39.
- 5 Vgl. Lange, Katharina (2013), S. 40.
- 6 Hinweis: Syrien gehörte zu den Gründungsmitgliedern der UN.
- 7 Baath ist das arabische Wort für „Wiedererweckung“. Die Baath-Partei wurde 1947 in Damaskus gegründet und fusionierte 1954 auf dem zweiten Nationalkongress in Homs mit der Arabischen Sozialistischen Partei.
- 8 Vgl. Lange, Katharina (2013), S. 41.
- 9 Lange, Katharina (2013), S. 41.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd. S. 43.
- 12 Der 1. Golf Krieg fand 1980 - 1988 zwischen der Islamischen Republik Iran und dem Irak statt.
- 13 Vgl. Mohtadi, Ali (2012)
- 14 Vgl. Martini, Jeffrey et al. (2013), S. 1.
- 15 Vgl. ebd., S. 2.
- 16 Vgl. ebd., S. 2.

- 17 Karami, Arash (2013)
- 18 Er wird als designierter Nachfolger Muhammads und Imam betrachtet. Seine Anhänger nennen sich Shiat Ali (die Partei Alis). Hieraus resultiert die Bezeichnung Schiiten.
- 19 Familienklan aus Mekka, dem auch Muhammad angehörte. Sie beanspruchten die Nachfolge des Propheten für sich und behaupteten sich im Kampf um die Führung der Muslimen im Jahr 660 n. Chr.
- 20 Abkürzung für engl. Iranian Revolutionary Guards Corps – Quds Force.
- 21 Proxy/Proxies ist das engl. Wort für Stellvertreter.
- 22 Cordesman et al. (2013), S. 130.
- 23 Seit dem Tod von Ayatollah Ruhollah Khomeini ist der Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei.
- 24 Abkürzung für Ministry of Intelligence and Security. Auch bekannt unter dem Namen Vezarat-e Ettela'at va Amniat-e Keshvar oder der Abkürzung VEVAK.
- 25 Abkürzung für: Improvised Explosive Device. Deutsch: Sprengfalle.
- 26 Übersetzt: Befehlshaber der Gläubigen.
- 27 Fassihi, Farnaz et al. (2013)
- 28 Abkürzung für engl. Iranian Revolutionary Guards Corps – Ground Force.
- 29 Vgl. Esfandiari, Golnaz (2014)
- 30 Ein Indiz dafür sind die ranghohen Kommandeure in Syrien. Siehe Abbildung 2.
- 31 Vgl. Esfandiari, Golnaz (2014)
- 32 Vgl. Esfandiari, Golnaz (2014)
- 33 Fulton, Will et al. (2013), S. 10.
- 34 Karami, Arash (2013)
- 35 von Clausewitz, Carl (1980), S. 213.
- 36 Souchon, Lennart (2012), S. 75.
- 37 Souchon, Lennart (2012), S. 79.
- 38 von Clausewitz, Carl (1980), S. 214.
- 39 Dieser Begriff wurde von der syrischen und iranischen Führung als Antwort auf die Bezeichnung „Achse des Bösen“ gewählt, die der ehemalige U.S. Präsident George W. Bush Jr. wählte.
- 40 Übersetzt: Unterstützungsfront für das syrische Volk. Es handelt sich hierbei um eine dschihadistisch-salafistische Organisation und steht dem al-Qaida Terrornetzwerk nahe.
- 41 Abkürzung für Islamischer Staat im Irak und der Levante. Auch unter der Abkürzung ISIS bekannt.
- 42 Siehe Abbildung 2.
- 43 Steinberg, Gerald M. (2013)

Literaturverzeichnis:

Cordesman, Anthony H. et al.: US/Gulf-Iranian Competition: Gulf Military Balance-I. Center for Strategic & International Studies, Washington D.C., 2013.

<http://csis.org/publication/iran-and-gulf-military-balance-1>

(Zuletzt aufgerufen am 11.05.2014)

Esfandiari, Golnaz: Iranian News Agency Removes IRGC Comander's Comments On Iranian Forces In Syria. Radio Free Europe Radio Liberty, 2014.

<http://www.rferl.org/content/iran-commander-fighting-syria/25375263.html>

(Zuletzt aufgerufen am 11.05.2014)

Fassihi, Farnaz et al.: Iranians Dial Up Presence in Syria. The Wall Street Journal, 2013.

<http://online.wsj.com/news/articles/SB10001424127887323864604579067382861808984>

(Zuletzt aufgerufen am 11.05.2014)

Fulton, Will et al.: Iranian Strategy in Syria. A Joint Report by AEI's Critical Threats Project & Institute for the Study of War, 2013.

<http://www.understandingwar.org/report/iranian-strategy-syria>

(Zuletzt aufgerufen am 11.05.2014)

Karami, Arash: Iran's Quds Force: We Will Support Syria to the End. Iran Pulse, 2013.

<http://iranpulse.al-monitor.com/index.php/2013/09/2766/irans-quds-force-we-will-support-syria-to-the-end/>

(Zuletzt aufgerufen am 11.05.2014)

Lange, Katharina: Syrien: Ein historischer Überblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 08/2013. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn, 2013.

<http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/154951/syrien>

(Zuletzt aufgerufen am 11.05.2014)

Martini, Jeffrey et al.: Syria as an Arena of Strategic Competition. RAND Corporation, 2013.

http://www.rand.org/pubs/research_reports/RR213.html

(Zuletzt aufgerufen am 11.05.2014)

Mohrabi, Ali: Iran und Syrien: Geschichte, Ziele und Zukunft der alten Verbündeten. Transparency for Iran, 2012.

<http://transparency-for-iran.org/politik/iran-und-syrien-geschichte-ziele-und-zukunft-der-alten-verbundeten>

(Zuletzt aufgerufen am 11.05.2014)

Steinberg, Gerald M.: Iran's New Leader and the Limits of Diplomacy. Times of Israel Blog, 2013.

<http://blogs.timesofisrael.com/irans-new-leader-and-the-limits-of-diplomacy/>

(Zuletzt aufgerufen am 22.06.2014)

Souchon, Lennart: Carl von Clausewitz: Strategie im 21. Jahrhundert. Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, Hamburg, 2012.

von Clausewitz, Carl: Vom Kriege. Hinterlassenes Werk mit erneut erweiterter historisch-kritischer Würdigung von Prof. Dr. Werner Hahlweg. 19. Aufl., Dümmler Verlag Bonn, 1980.

Kalif Ibrahim und das Vermächtnis des Abu Mussab al-Zarqawi

Die Terrormiliz des Islamischen Staates (IS) in „göttlicher Mission“

Berndt Georg Thamm

Mit dem Islamischen Staat (IS) ist von Syrien und dem Irak aus ein djihadistisches Machtzentrum entstanden, das realpolitisch die multi-ethnische und multi-konfessionelle Staatenwelt des Nahen Ostens bedroht, die arabisch-islamische Welt in ihrem religiösen Selbstverständnis erschüttert und seinen Glaubenskrieg inzwischen auch in die westliche Welt trägt. Die IS-Terrormiliz hat vor gut vier Monaten ein Feuer mit der Proklamation des Kalifats entfacht, dessen Expansion zum Weltenbrand werden könnte.

Vor dem Hintergrund dieser apokalyptischen Gefahr schwor US-Präsident Barack Obama am 10. September, dem Vorabend des 13. Jahrestages des 9/11, die Amerikaner in einer Rede an die Nation auf eine lange Zeit des Kampfes ein. Wenig später präziserte ein Sprecher des Weißen Hauses, dass die USA mit dem IS in einem Krieg seien, „in derselben Weise, wie wir uns in einem Krieg mit al-Qaida und deren Verbündeten rund um die Welt befinden“. Obama rief die Welt zu einem internationalen Militärbündnis auf. In der Folge nahm diese „Koalition der Willigen und Fähigen“ immer klarere Konturen an. Nach einer Anti-Terror-Konferenz in der saudischen Hafenstadt Dschidda erklärten zehn arabische Staaten in einer Stellungnahme ihre Beteiligung an dieser Allianz – ebenso wie Kanada und weitere NATO-Mitglieder. Mitte September einigten sich auf einer Unterstützerkonferenz in Paris, an der 30 Staaten – unter ihnen fünf Mitglieder des UN-Sicherheitsrates – teilnahmen, auf ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen die IS-Terrormiliz. Diese rief eine Woche später zur Tötung von Bürgern aller Staaten auf, die sich der internationalen Konferenz gegen ihr Kalifat angeschlossen haben. Der Mordaufruf wurde auf Arabisch sowie in englischen, französischen und hebräischen Übersetzungen veröffentlicht.

Gotteskrieger unter dem schwarzen Banner des Djihad

Schwarz war wohl einst die Kriegsflagge der Soldaten des Kalifen von Bagdad – und schwarz ist die Fahne des Kalifats, das über 1.260 Jahre später in Mossul, aber ebenfalls in Mesopotamien, Mitte 2014 ausgerufen wurde. „Es gibt keinen Gott außer Gott“ (La ilaha il'Allah), dieser erste Satz des islamischen Glau-

bensbekenntnisses steht auf ihr, darunter das Siegel des Propheten Muhammad. Die Mitstreiter des sich Ibrahim (Abraham) nennenden Kalifen sehen sich als „wahrhaft Gläubige“ (mu'minin), was für die „Ungläubigen“ (kuffar) oft tödliche Konsequenzen hat, insbesondere für Anhänger anderer islamischer Konfessionen, allen voran der „Sekte des Verrats“ – den Schiiten. Angehörige anderer Buchreligionen wie Juden und Christen

müssen konvertieren oder Schutzgelder zahlen oder flüchten, andernfalls werden sie getötet. Angehörige anderer Glaubensrichtungen, so die kurdischen Yeziden, werden als Götzendiener verfolgt und mit dem Tode bedroht. In ihrer radikalen Auslegung des Islam sind für die Gotteskrieger unter dem schwarzen Banner alle Formen des Volksglaubens

In ihrer radikalen Auslegung des Islam sind für die Gotteskrieger unter dem schwarzen Banner alle Formen des Volksglaubens Gotteslästerung und Götzenanbetung. Heiligenverehrung, Gräberwallfahrten und andere Personenkulte sind verboten und ziehen bei Übertritten drastische, archaische Strafen nach sich.

Gotteslästerung und Götzenanbetung. Heiligenverehrung, Gräberwallfahrten und andere Personenkulte sind verboten und ziehen bei Übertritten drastische, archaische Strafen nach sich. Unübersehbar ist mittlerweile die Spur der Verwüstung ihres „Kulturkampfes“ – zerstörte Moscheen, Denkmäler, Gräber und andere Heiligtümer. Darüber hinaus werden nicht-arabische Ethnien wie die Turkmenen (Schiiten) und insbesondere die Kurden (Sunniten) vertrieben und/oder massiv bekämpft. Die Gefährlichkeit dieses religiös- motivierten Terrorismus liegt in der einzigartigen Kombination von Alt und Neu – von Elementen einer Stammesreligion des 7. Jahrhunderts mit der technischen Intelligenz des 21. Jahrhunderts.

Dem aus der al-Qaida-Bewegung hervorgegangenen Islamischen Staat ist es – wie keiner anderen islamischen Organisation zuvor – gelungen, diese bizarre Kombination zu verwirklichen. Im heutigen Kalifat, dessen syrisch-irakische Fläche der Großbritanniens entspricht, sind die schwarz gewandeten Gotteskrieger in „göttlicher Mission“ unterwegs, zu der auch die zur Legion gewordenen Gräueltaten unter wehrlosen Zivilisten gehören. Ihre auf der Verbreitung von Angst und Schrecken basierende und offenbar effektive Strategie führt zu immer neuen Kämpfen, deren Anzahl auf mehrere Zehntausend geschätzt wird, darunter Stammeskrieger sunnitischer Irakis mit zehnjähriger Kampferfahrung und mehrere Tausend „Foreign Fighters“, ausländische Djihadisten aus insgesamt 80 Staaten der Welt.

Der Djihad ist finanziell mehr als abgesichert: durch Ölverkäufe wie Treibstoffschmuggel, durch den Verkauf antiker Objekte auf dem illegalen Kunst-

markt, durch Steuereintreibungen im Herrschaftsgebiet und letztlich durch Lösegeldpressungen gefangener Geiseln. Das Vermögen des IS geht wahrscheinlich in den Milliardenbereich, so Schätzungen Mitte September. Sein Führer Kalif Ibrahim hatte sich schon Anfang Februar mit dem Führer der (dagegen „verarmten“) al-Qaida-Zentrale Aiman al-Zawahiri überworfen, ganz in der Tradition seines verehrten Vorbildes Abu Mussab al-Zarqawi, der viele Jahre zuvor als Emir der al-Qaida im Irak (AQI) eine breite Blutspur hinterlassen hatte. Sein Erbe ist ein Bürgerkriegskonzept, das seinerzeit schon von der al-Qaida-Führung wegen der Brutalität abgelehnt worden war und das heute im Bürgerkrieg in Syrien und den Raubzügen im Irak eine grausame Renaissance erlebt. So führte das am 19. August ins Internet gestellte IS-Video mit dem Titel „Botschaft an Amerika“ zu einem Déjà-vu-Erlebnis. Das Video, das die Enthauptung des seit 2012 in Syrien verschollenen US-Journalisten James Foley zeigte, erinnerte an ein zehn Jahre altes Hinrichtungsvideo aus der Frühzeit des Irak-Krieges. Im Mai 2004 war auf einer Internetseite radikaler Islamisten ein Video mit der Enthauptung des Anfang April entführten US-Geschäftsmannes Nicholas Berg aus Philadelphia zu sehen. Das Mordvideo trug den Titel: „Abu Mussab al-Zarqawi schlachtet einen Amerikaner“.

Abu Mussab al-Zarqawi – von Afghanistan in den Irak mit der Vision vom Kalifat

Seine Geburtsstadt Zarqa führte zum Kampfnamen des palästinensischen Jordaniers „Vater Mussab aus Zarqa“ – Abu Mussab al-Zarqawi (1966-2006). Den ersten großen Dihad der Moderne, den Krieg in Afghanistan (1979-1989) verpasste er knapp, blieb aber bei den sich anschließenden Bürgerkriegsausinandersetzungen bis 1993 am Hindukusch. In jenen Jahren verinnerlichte er insbesondere die Botschaften des palästinensischen Scheichs Abdullah Yusuf Azzam (1941-1989), der den „Märtyrerkult“ gepredigt und Kriegsveteran Osama Bin Laden (1957-2011) für seine „Bewegung des islamischen Welt-Dihad“ interessiert hatte – in djihadistisch-salafistischer Kurzfassung: Ablehnung der Moderne, Rückkehr zu den Wurzeln des Islam, Ausrufung des Kalifats.

Ein gutes halbes Jahrzehnt später ließ sich Zarqawi Ende 1999 erneut in Afghanistan, mittlerweile Emirat der Taliban, nieder. Anfang 2000 übernahm er die Leitung eines Trainingslagers der al-Qaida in Herat und baute die Kampfgruppe „Einheit Gottes“ (al-Tawhid) auf, deren deutsche Zelle im Ruhrgebiet auf seine Weisung hin später Anschläge auf jüdische Ziele in Berlin und Düsseldorf plante. Anfang 2001 leistete Judenhasser Zarqawi den Treueschwur auf Osama

Bin Laden, Monate später bekam er in Kandahar von der al-Qaida finanzielle Mittel, um Jordanier anzuwerben und Anschläge gegen Israel zu organisieren. Nach den Terroranschlägen der al-Qaida in New York und in Washington am 11. September 2001 begann nur vier Wochen später, am 7. Oktober, die US-geführte Anti-Terror-Operation „Enduring Freedom“ (OEF) in Afghanistan. Auf Seiten der Taliban standen 12.000 Dihadisten aus über 40 Ländern. Zu den 2.000 Kämpfern der verbündeten al-Qaida gehörte Zarqawi. Die Kapitulation der Taliban am 6. Dezember 2001 war auch das faktische Ende ihres Emirats. Zarqawi floh in den Iran. Anfang April 2002, seine deutsche al-Tawhid-Zelle war gerade zerschlagen worden, begab er sich in den Irak und war später in Bagdad – einst Sitz der Abbasiden-Kalifen über rund 500 Jahre. Vielleicht ermutigte auch diese glorreiche Geschichte Zarqawi zur Vision eines Kalifats vom Golf bis nach Syrien und letztlich Jerusalem, für dessen Errichtung er auch einen Plan hatte. Aus seiner Sicht sozusagen der Gegenentwurf zu einem „schiitischen Superstaat, der vom Iran über den Irak, über Syrien und den Libanon sich erstrecken könnte“ und dessen Errichtung es zu verhindern galt – mit allen Mitteln.



Kämpfer des „Islamischen Staates“ ISIS

Für überzeugte radikale Sunniten wie Zarqawi waren Schiiten keine Muslime, sondern „Abtrünnige vom wahren Glauben“. Zum großen Dihad in Afghanistan war er 1989 zu spät gekommen. Nun im Irak war er 2002 „zu früh“, begann doch die US-geführte Koalitionsoffensive „Operation Iraqi Freedom“ (OIF) gegen Saddam Hussein erst am 20. März 2003, der am 13. Dezember bei Tikrit festgenommen, später von einem irakischen Gericht zum Tode verurteilt und Ende 2006 hingerichtet wurde. Bereits am 1. Mai hatte US-Präsident George W. Bush die Kämpfe für beendet erklärt. Es folgte jedoch ein Krieg nach dem Krieg bis 2011, Zeit genug für Zarqawis Pläne. „Die Amerikaner sind in den Irak eingedrungen, um Großisrael zu schaffen, reichend vom Nil bis zum Euphrat. Sie haben gedacht, dass es für sie einfach werden würde. Aber sie täuschen sich, weil unsere Brüder Widerstand leisteten“, schrieb er später.

Zarqawis Bürgerkriegskonzept – Tod den Schiiten, der Sekte des Verrats

Am Widerstand hatte sich Zarqawi schon im ersten Kriegsjahr 2003/2004 mit der Gründung der Gruppe „Einheit und Heiliger Krieg“ (al-Tawhid wa al-

Jihad) beteiligt. Im Frühjahr 2004 forderte er in Tonbotschaften die Muslime auf, am Dihad im Irak teilzunehmen. Zeitgleich begann sein Terrornetzwerk mit der Geiselnahme vornehmlich westlicher Staatsbürger. Mit dem Video von der Enthauptung des US-Bürgers Berg, das Mitte Mai ins Internet gestellt wurde, begann seine auch auf Mordvideos basierende psychologische Kriegsführung. Kein halbes Jahr später machte die US-Militärführung ihn und seine 500 bis 1.000 Dihadisten für den Tod von 675 Irakern und 40 Ausländern verantwortlich. Das auf ihn gesetzte Kopfgeld wurde von 10 auf 25 Millionen Dollar erhöht. Am 17. Oktober 2004 erneuerte Zarqawi seinen Treueschwur gegenüber Bin Laden und nannte in Verbundenheit seine Gruppe in „Basis des Heiligen Krieges im Land der zwei Ströme“ (al-Qaida al-Jihad fi Bilad al-Rafidain) um. In der Folge erkannte Bin Laden 2005 Zarqawis Gruppe an und erklärte diesen zu seinem Stellvertreter im Irak. Seitdem schrieb die Gruppe als al-Qaida im Irak (AQI) blutige Schlagzeilen.

Seit dem Einmarsch der Amerikaner war unter den von Hussein bis dahin unterdrückten schiitischen Klerikern im Irak ein Machtkampf entbrannt. Mit dem Führer des Obersten Rats der Islamischen Revolution im Irak entschied sich die schiitische Mehrheit für eine „kritische Kooperation mit der Besatzungsmacht“. Verrat aus Sicht der Widerstand leistenden Dihadisten, allen voran Zarqawi: „Schon immer in ihrer Geschichte waren sie eine Sekte des Verrats, die den Sunniten Kampf und Rache schwor. Sie tragen den Spaltpilz in die Welt der Muslime“.

Vor dem Hintergrund der schiitischen Bündnispolitik mit den Ungläubigen entwickelte Zarqawi ein auf Terroranschlägen basierendes Kriegskonzept. Die Schiiten sollten durch gezielte Anschläge in einen „Wahn der Racheakte gegen die Sunniten“ getrieben werden, da einzig ein dann folgender Bürgerkrieg im Land die Voraussetzungen für die landfremden islamistischen Kämpfer schuf, von quasi sicheren Unterschlüpfen aus ihren Dihad gegen die Amerikaner und deren arabische Kollaborateure bis zum Sieg einer islamischen Ordnung fortzuführen.

Schon früh hatte Zarqawi bei der Qaida-Führung nachgefragt, ob diese sein Bürgerkriegskonzept mittragen würde. In seiner an Osama Bin Laden geschickten „irakischen Botschaft“, die von der CIA im Januar 2004 abgefangen worden war, hieß es: „... Der Schlüssel zur Veränderung der Verhältnisse (aber) sind die Schiiten. Auf sie müssen wir zielen, sie müssen wir treffen, in ihrer religiösen, politischen, militärischen Kapazität ... Außerdem provozieren wir so,

dass die Schia ihr wahres Gesicht zeigt ... Wir versetzen den Schiiten, wie ich dringend empfehle, Schlag um Schlag, lassen das Blut fließen ... Seht ihr die Dinge anders, lasst es uns wissen ...“ Zarqawis Bürgerkriegskonzept sah zudem vor, Zwietracht zwischen den Ethnien zu säen. Für ihn als Araber waren die Kurden „ein Kloß in unserem Hals, ein Dorn, den es herauszuschneiden gilt“. Symbolisch dafür sollte zehn Jahre später die Schlacht um die nordsyrische Kurdenstadt Kobane stehen.

Die so angefragte ferne Qaida-Führung fand am Kriegskonzept ihres dortigen Emirs wenig Gefallen. So kritisierte Bin Ladens Vertreter al-Zawahiri im Juli 2005 in einem Schreiben an Zarqawi dessen brutalen Feldzug gegen die Schi-

Zarqawis Bürgerkriegskonzept sah zudem vor, Zwietracht zwischen den Ethnien zu säen. Für ihn als Araber waren die Kurden „ein Kloß in unserem Hals, ein Dorn, den es herauszuschneiden gilt“. Symbolisch dafür sollte zehn Jahre später die Schlacht um die nordsyrische Kurdenstadt Kobane stehen.

iten im Irak und die Enthauptungen von Geiseln. Seine grausamen Anschlagsserien würden den Absichten Bin Ladens, alle Muslime – Sunniten und Schiiten – im Kampf gegen die Ungläubigen zu vereinen, widersprechen. Ein Zerwürfnis zwischen dem Schiitenhasser Zarqawi und den al-Qaida-Versöhnern in der afghanisch-pakistanischen Grenzregion war die Folge. Der Emir Zarqawi war damit der erste Qaida-Führer, der sich von der Befehlskette von oben (Kern-Qaida) nach unten (Qaida-Filiale) entfernte. Konsequenterweise strich er Ende 2005 den Qaida-Bezug aus dem Namen seiner Dihadistengruppe. Mit ihr und nahestehenden Gruppen bildete er im Januar 2006 eine Dachorganisation namens „Schura-Rat der Mudjaheddin im Irak“. Zeitgleich wurde sein selbstpostuliertes Ziel des Religionskrieges durch Beschlüsse ranghoher sunnitischer Geistlicher gefährdet. Zarqawis Krieg gegen die „schiitischen Schlangen“ hatte über die Jahre auch zu schlimmen Kollateralschäden unter den Sunniten geführt, was auf einer großen Versammlung sunnitischer Stämme im Irak thematisiert wurde. In der Folge beschloss der große Rat am 31. Januar 2006, Zarqawi aus dem Irak zu vertreiben. Er erklärte ihn zum Terroristen. Zunehmend im irakischen Widerstand isoliert, wurde er Opfer eines Verrats. Am 7. Juni 2006 wurde Zarqawi in seinem konspirativen Quartier in der Ortschaft Hibhib bei Bakuba rund 60 Kilometer nördlich von Bagdad durch einen US-Luftwaffenangriff tödlich verwundet. Islamisten in aller Welt bedauerten den Tod des Emirs im Irak. Auch die al-Qaida-Führung wollte von einem Zerwürfnis nichts mehr wissen, lobte Zarqawi nun als „Prinzen der Märtyrer“. Doch so wenig wie mit Husseins Sturz der Irak-Krieg beendet war, so wenig war mit dem Tod Zarqawis der Widerstand im Irak gebrochen.

Zarqawis Erbe – der Islamische Staat im Irak (ISI)

In einem al-Qaida-Camp in Afghanistan hatten sie sich im Jahr 2000 kennengelernt. Nun wurde der Ägypter Abu Ajub al-Masri Zarqawis Nachfolger. Im Oktober 2006 benannte sich ihre Widerstandsorganisation in Islamischer Staat im Irak (ISI) um, wohl nicht nur in Gedenken des Kalifatsvisionärs Zarqawi. Dessen Kriegskonzept wurde beibehalten, trotz erneuter Nähe zur al-Qaida. Die Lage im Land wurde immer stärker von Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten geprägt. Auch wenn die ISI- Dihadisten zunehmend in die Defensive gedrängt wurden, konnten ihre Anschläge im ganzen Irak nicht verhindert werden. Selbstmordattentate, zumeist Autobomben, töteten 2007 rund 1.900 Menschen, 520 waren es 2008 und fast 630 im Jahr darauf. Im Kampf gegen die Dihadterroristen gingen die US-Armee und irakische Sicherheitskräfte in einer gemeinsamen Operation am 18. April 2010 gegen die ISI-Führung vor, in der auch al-Masri den Tod fand.

Keine vier Wochen später erklärte ISI einen neuen Mann zum Anführer. Als Sohn eines Religionsgelehrten wurde Ibrahim Ali al-Badri al-Samarrai 1971 im irakischen Samarra geboren. Er soll Religionswissenschaften mit Abschluss in Bagdad studiert und als Prediger im Norden des Landes gewirkt haben. Kurz nach Einmarsch der Amerikaner schloss er sich dem al-Qaida-nahen Widerstand an. Von US-Streitkräften wurde er im Februar 2004 festgenommen und in ein in der südirakischen Wüste gelegenes Gefangenenlager verbracht. Zum Ende desselben Jahres kam er frei und tauchte im dihidistischen Untergrund der AQI ab. Bekannt wurde er unter seinem Kampfnamen „Vater Bakr aus Bagdad“ – Abu Bakr al-Baghdadi. Die Führung des ISI hatte er drei Monate vor Abzug der US-Truppen im Irak und ein Jahr vor Beginn des Aufstandes in Syrien übernommen.

Am 31. August 2010 hatte US-Präsident Obama die Operation Iraqi Freedom für beendet erklärt. Bis dahin waren alle US-Kampftruppen abgezogen worden.

Ein Restkontingent sollte bis Ende 2011 im Irak bleiben, vornehmlich zur Ausbildung irakischer Truppen. Zur über siebenjährigen Bilanz des im März 2003 begonnenen Golfkrieges gehörte ein dramatischer Blutzoll: Allein über 106.000 irakische Zivilisten waren getötet worden. Die überwältigende Mehrheit

Allein über 106.000 irakische Zivilisten waren getötet worden. Die überwältigende Mehrheit davon wurde Opfer schiitischer und sunnitischer Todesmilizen oder starb durch über 2.000 Terroranschläge islamistischer Extremisten und Dihad-Terroristen.

davon wurde Opfer schiitischer und sunnitischer Todesmilizen oder starb

durch über 2.000 Terroranschläge islamistischer Extremisten und Dihad-Terroristen.

Nach dem Abzug der US-Kampftruppen wurde das Land unter der neuen, vom Schiiten Nuri al-Maliki geführten Regierung, von einer Welle gezielter Morde, Entführungen und Überfälle überrollt, an denen nicht selten die ISI-Kämpfer beteiligt waren. Die ohnehin schon problematische Sicherheitslage verschlechterte sich weiter. Nach Angaben der UN-Mission im Irak (UNAMI) wurden 2010 fast 4.000, 2011 etwas über 4.000 und 2012 rund 4.500 Menschen Opfer politischer Gewalt. Auch nahmen die Spannungen zwischen der schiitisch dominierten Regierung von Ministerpräsident al-Maliki und dem sunnitischen Bevölkerungsteil zu, schlugen im Dezember 2012 in offene Proteste und schließlich gewaltsame Auseinandersetzungen um. Hunderte Menschen wurden Opfer von Anschlägen, von denen viele von ISI- Dihadisten begangen worden waren. Der von al-Baghdadi geführte ISI war wieder stärker geworden. Nun bot sich die Gelegenheit, ihn mächtig werden zu lassen, durch den „Glücksfall Bürgerkrieg“ im Nachbarland Syrien.

Der kurze Weg vom ISI über ISIS und ISIL zum Islamischen Staat (IS)

Die Diktaturen in der arabischen Staatenwelt galten bis vor 2011 als sehr stabil. Doch als sich am 17. Dezember 2010 in Tunesien ein Gemüsehändler und Familienvater in wirtschaftlicher Not vor einem öffentlichen Gebäude in der Kleinstadt Sidi Bouzid aus Protest verbrannte, säte er revolutionären Wind, der zum Sturm der Arabellion wurde. Nach Massenprotesten in Tunesien, dessen Präsident Ben Ali am 14. Januar 2011 nach Saudi-Arabien flüchtete, kam es in einem „arabischen Frühling“ zu Protesten für Freiheit und Brot in fast allen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens: im Januar in Algerien, Jordanien, Ägypten, Jemen, Saudi-Arabien und Sudan; im Februar in Bahrain, Libyen, Oman und Dschibuti, Kuwait, Marokko, Irak, Mauretanien und Libanon.

Nach den palästinensischen Gebieten hatte die Arabellion Mitte März auch Syrien erreicht. Hier folgten den anfänglich kleinen Protesten Massenproteste, die ab Mitte 2011 durch bewaffnete Aktionen unterstützt wurden und zum Jahresende hin zum militärischen Kampf gegen das autoritäre Regime Baschar al-Assads führte. Diesen führte zunächst die am 29. Juli 2011 gegründete Freie Syrische Armee (FSA), ein Dachverband von später über 40 Gruppen unabhängiger Bürgermilizen.

Während des Aufstandes verließ sich das Assad-Regime nicht nur auf seinen effektiven Sicherheitsapparat. Es nutzte auch die Regimetreue alawitischer Milizionäre (Shabiha) und die Hilfe libanesischer Hizbollah-Milizionäre und anderer schiitischer „Gastkämpfer“ aus dem Jemen, Irak und Iran. Auch die oppositionelle Bewegung blieb nicht lange allein. Zunehmend wurde in ihr eine „islamistische Strömung“ erkennbar, deren Einfluss auf den Aufstand mit der Zunahme bewaffneter Aktionen stieg. Im Januar 2012 hatte ISI-Führer al-Baghdadi Kämpfer nach Syrien geschickt, die zusammen mit anderen al-Qaida-Djihadisten eine „Unterstützerfront“ (Dschabhat al-Nusra) begründeten. Wenig später rief am 11. Februar Aiman al-Zawahiri, er hatte nach Bin Ladens Tod am 1. Mai 2011 die Führung der al-Qaida-Zentrale übernommen, die Muslime im Irak, in Jordanien, im Libanon und in der Türkei dazu auf, gegen das Assad-Regime zu kämpfen. Mit Syrien hätte man eine neue Operationsbasis mit Zugang zum Mittelmeer und ganz in der Nähe Israels. Verstärkt beteiligten sich nun auch die ISI-Djihadisten vom Irak aus am Bürgerkrieg in Syrien. Hier strebte inzwischen eine immer stärker werdende al-Nusra, die ganz im Sinne der al-Qaida die USA und Israel zu „Feinden des Islam“ erklärte, die Errichtung eines Islamischen Staates nach salafistischem Regelwerk an. Diese Entwicklung war für den ISI-Führer Grund genug, die al-Nusra mit seinem ISI zu verschmelzen. Im April 2013 erklärte al-Baghdadi die „Nusra-Front“ zu einem Teil seines ISI. Dieser neuen Vereinigung gab er den Namen Islamischer Staat im Irak und Syrien (ISIS).

Der Syrer Abu Mohammed al-Jawlani, Führer der al-Nusra, widersprach dieser Vereinigung, sah seine Front mehr als Teil der al-Qaida und leistete sogleich den Treueeid auf al-Qaida-Führer al-Zawahiri. Dieser annullierte die Zwangsvereinigung, was den ISIS-Führer Baghdadi jedoch nicht kümmerte: „Ich muss zwischen der Herrschaft Allahs und der Herrschaft al-Zawahiris entscheiden, und ich entscheide mich für die Herrschaft Allahs.“ So betrachtete er al-Nusra weiterhin als Teil des ISIS und den al-Nusra-Führer al-Jawlani als Abtrünnigen. Zwischen den Gruppen war statt Kollaboration Konfrontation angesagt. Der Bürgerkrieg in Syrien entwickelte sich für die Opposition nun zum Mehrfrontenkrieg – mit Assad auf der einen und dem ISIS auf der anderen Seite. Der Aufruf des Qaida-Führers al-Zawahiri im Januar 2014, den Streit zu beenden, stieß auf taube Ohren. In der Folge wurde der „ungehorsame“ ISIS verstoßen. Der so „exkommunizierte“ al-Baghdadi hatte sich, wie sein Vorgänger al-Zarqawi vor neun Jahren, mit der Qaida-Führung überworfen, jedoch konsequenter und nachhaltiger. Als nun unabhängiger Befehlshaber (Emir) stand er für einen kompromisslosen Kampf für die Errichtung eines Gottesstaates, der

sich nun nicht mehr nur über den Irak und Syrien erstrecken, sondern darüber hinaus auch den Libanon, Israel und Jordanien umfassen sollte – eben die ganze Levante, was der neue Name Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIL) verdeutlichte. In den von ISIL kontrollierten Gebieten hatte Baghdadi die am Euphrat gelegene syrische Provinzhauptstadt, das uralte Raqqa, zur Hauptstadt seines Herrschaftsgebietes gemacht. Von diesem aus startete er Anfang Juni einen Feldzug gegen Bagdad. In einer Blitzoffensive nahmen die hochmobilen ISIL-Kämpfer Mossul ein. In der zweitgrößten Stadt des Irak fielen ihnen riesige Waffenbestände und noch größere Geldmengen in die Hände. Am 11. Juni erreichten sie Tikrit, wo sich Sunniten des früheren Hussein-Regimes mit sunnitischen ISIL-Kämpfern gegen die Schiiten, den alten Feind, verbündeten. Ob dieser Bedrohung rief zwei Tage später das religiöse Oberhaupt der Schiiten im Irak, Großayatollah Ali al-Sistani, zum „Kampf gegen die sunnitischen Extremisten“ auf.

Kalif Ibrahim und die nahöstliche Keimzelle des künftigen Weltkalifats

Sein Gesicht war bis dahin meist verhüllt, dafür enthüllte sein vollständiger Kampfname alles, wofür er stand und was er wollte – Abu Bakr al-Baghdadi al-Husseini al-Quraish. Abu Bakr war ein Gefährte des Propheten und nach dessen Tod 632 für zwei Jahre der erste Nachfolger (Kalif) Muhammads. Gegen die Abtrünnigen der Stämme stellte Abu Bakr die Autorität der islamischen Regierung in ganz Arabien wieder her und schickte Eroberungsheere nach Mesopotamien und Syrien. Bagdad war von 749 bis 1258 Sitz der Abbasiden-Kalifen – und von Bagdad aus sollte wieder ein Kalifat regiert werden. Al-Quraish war der Stamm, zu dem Muhammad gehört hatte. Die „Abstammung in direkter Linie“ vom Propheten und seine Qualifikation (Religionsgelehrter) legitihierten Baghdadi für höchste Führungsämter – bis hin zum Kalifen.

Das letzte islamische Großreich hatte nach Ende des Ersten Weltkrieges aufgehört zu existieren. Der laizistische Nachfolger dieses osmanischen Kalifats, die Republik Türkei, hatte im März 1924 per Gesetz das Amt des Kalifen abgeschafft – was in der islamischen Welt einen Schock auslöste. 90 Jahre später beschloss der Rat (Schura) des ISIS/ISIL, das Kalifat wieder zu errichten. Mitten im Feldzug in Mesopotamien, die Kämpfer standen rund 170 Kilometer vor Bagdad, wurde am 29. Juni 2014 (Ramadan 1435) das Kalifat ausgerufen. In einer im Internet veröffentlichten Audiobotschaft ließ al-Baghdadi verkünden, es sei Zeit, dass die Umma (islamische Weltgemeinschaft) wieder auferstehe. Von der jetzigen irakisch-syrischen Kalifats-Keimzelle, in der schon die einst von den Kolonialmächten gezogene Grenze (britisch-französisches Abkommen

von Sykes & Picot 1916) nicht mehr existieren, würden in der Folge alle nationalen Grenzen vom Mittelmeer bis zum Persischen Golf ausgelöscht werden. Endziel ist ein Kalifat globalen Ausmaßes. Diese geographische Utopie des ad-Da'ula al-Islamiya (Islamischer Staat) wurde noch im Juli im Internet über Twitter als Landkarte verbreitet, die das IS-Territorium über den Nahen und Mittleren Osten, Nordafrika und die Iberische Halbinsel, Südosteuropa, Kaukasien, Zentralasien und die subsaharischen Regionen Afrikas ausgedehnt darstellt. Die territoriale Entgrenzung führte zur Umbenennung des ISIS/ISIL zu einem Namen ohne jeglichen Länderbezug – Islamischer Staat (IS).

Zum Kalifen der Keimzelle war von der Schura ISIL-Führer al-Baghdadi bestimmt worden. Als Kalif Ibrahim – Abraham gilt der Legende nach als Erbauer des „ersten Hauses Gottes auf Erden“, der Kaaba –, stellte sich Baghdadi in die Reihe politisch-religiöser Herrscher seit den Tagen des Propheten bis zum Ende des Osmanischen Reiches, dem alle Muslime der Welt (1,5 Milliarden!) nun Gehorsam schulden müssten. Als „Nachfolger des Gesandten Gottes“ (khalifat rasul Allah) forderte er deren Gefolgschaft ein. „Die Legalität aller Emirate, Staaten, Gruppen und Organisationen wird null und nichtig durch die Autorität des Kalifen und die Ankunft seiner Truppen in ihren Gebieten“, so der IS-Sprecher. Nach der Kalifats-Proklamation rief al-Baghdadi in einer Audiobotschaft zur Einwanderung in sein Kalifat auf, wandte sich insbesondere an Muslime mit militärischer und administrativer Expertise: „Muslime, eilt in euren Staat. Ja, es ist euer Staat“. IS veröffentlichte die Erklärung mehrsprachig – neben Arabisch in Englisch, Russisch, Französisch und Deutsch. Al-Baghdadi hat als „Befehlshaber der Gläubigen“ (amir al-mu'minin) einen absoluten Führungsanspruch. Ob dieser Totalität wird den wahhabitischen Saudis der Anspruch abgesprochen, die „wahren Verteidiger des Glaubens“ und damit Schutzherren aller Sunniten (und gegen die Schiiten) zu sein. Auch die Islamistszene wurde weltweit in Aufregung versetzt.

Mit der Kalifatsausrufung machte der IS der al-Qaida die globale Führungsrolle im Dschihad streitig, quasi eine Kriegserklärung an die Adresse al-Zawahiris. Kalif Ibrahim, dessen Herrschaft „die von Allah abgeseignete Regierungsform“ war, hat für islamistische Gruppen und Organisationen, deren (politische) Legitimationen vom Menschen (durch Wahlen) und nicht von Allah kam, nur Verachtung übrig. So sind für ihn ägyptische Muslimbrüder und die palästinensische Hamas „Abtrünnige im Glauben“. Al-Baghdadis totaler Führungsanspruch führte aber auch zu ersten Ergebnisadressen. So traten im Juli algerische „Soldaten des Kalifats“ (Dschund al-Khilafa) von der AQIM (Al-

Qaida im islamischen Maghreb) zum IS über, und Kämpfer der philippinischen Abu Sayyaf („Vater des Schwertes“) bekundeten im September ihre Sympathie. Anfang Oktober sagte die Führung des pakistanischen Taliban-Dachverbandes TTP (Tehrik-e Taliban Pakistan) Hilfe durch nicht näher spezifizierte Unterstützung zu.

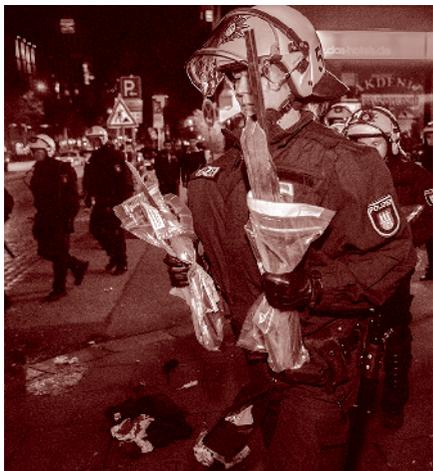
In dem rund 300.000 Quadratmeter großen irakisch-syrischen Islamischen Staat leben rund acht Millionen Menschen. Nach der Kalifats-Proklamation transformierte sich der IS von reinen Kampfgruppen hin zur Regierungsmacht. Da das Kalifat in Kriegszeiten aufgebaut wird, existieren zwei sich bedingende Strukturen nebeneinander. Zum einen das IS-Kriegskabinett, das die Brigaden dirigiert, die Kämpfer – vom Scharfschützen über den Selbstmordattentäter bis zum Kampftunnelbauer – mit Monatsgehältern von 300 bis 2.000 Dollar alimentiert und Feindesobservation und Einsätze koordiniert. Zum anderen wird das Kalifats-„Verwaltungsgebiet“ strukturiert. Ein System wird aufgebaut, das die Bevölkerung mit dem Nötigsten (Lebensmittel, Strom/Gas, Treibstoff) versorgt; öffentliche Einrichtungen (Moscheen, Schulen und Universitäten, Banken, Geschäfte) unterhält; für eine funktionstüchtige Infrastruktur (Wasseraufbereitung, Müllabfuhr, Verkehrsregelung) sorgt und Regionalregierungen (Gouverneure in den Provinzen) aufstellt. Zur zunehmend differenzierten Bürokratie gehören eine eigene Polizei, Scharia-Gerichte, Zensur-Behörden und Büros für Beziehungen mit der lokalen Bevölkerung. Mit Online-Zeitschriften macht sich das Kalifat weltweit bekannt, so mit dem Magazin „Dabiq“, dessen erste Ausgabe Anfang Juli in Englisch (Titel, „The Return of Khilafah“) dem IS-Visionär Abu Mussab al-Zarqawi gewidmet war. Dieses Kampfmagazin, im August erstmals auch in Deutsch, wendet sich vornehmlich an „interessierte Muslime“ im Westen.

Keiner weiß, wie lange dieses Kalifat existieren wird. Die Bestandsdauer scheint der mörderische Bürgerkrieg in Syrien ... und das zerstörerische Chaos im Irak ... zu sichern... In dieser Zeit prägt das Kalifat global eine weitere Generation von Dschihadisten.

Keiner weiß, wie lange dieses Kalifat existieren wird. Die Bestandsdauer scheint der mörderische Bürgerkrieg in Syrien (bisher über 190.000 Tote, über 6,5 Millionen Binnen- und über 3 Millionen Auslandsflüchtlinge) und das zerstörerische Chaos im Irak (seinerzeit führte der dortige Krieg zu 1,8 Millionen Binnen- und 2 Millionen Auslandsflüchtlingen) zu sichern. So gesehen stehen die Überlebenschancen des IS für Monate, wahrscheinlich Jahre gut. In dieser Zeit prägt das Kalifat global eine weitere Generation von Dschihadisten. An die heutige wandte sich Anfang Juli Kalif Ibrahim bei seinem ersten öffentlichen

Auftritt von der Kanzel der al-Nouri-Moschee in Mossul in einem Predigervideo für die IS-Brigaden – mit einem Aufruf zur Teilnahme am Dihad.

Im Frühjahr 2013 wurde die Anzahl der ISIL-Kämpfer auf 5.000 bis 8.000 geschätzt. Mitte September korrigierte die CIA die eigene Schätzung von rund 10.000 auf 20.000 bis 31.500 Kämpfer. Die Kerntruppe setzte sich danach vornehmlich aus Irakern und Syrern zusammen, denen sich zwischen 8.000 und



Ausschreitungen zwischen Kurden und Muslimen in Hamburg am 08.10.2014

10.000 ausländische Kämpfer angeschlossen haben. Die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte geht von 50.000 Mann aus, darunter 12.000 Ausländer aus 50 Staaten der Welt. Die UN spricht von 13.400 Kämpfern aus 80 Ländern, andere beziffern den Ausländeranteil gar auf 17.000. Zu den zeitlich ersten Ausländern gehörten Tschetschenen, unter ihnen erfahrene Kampfkommandeure. Sie bilden heute, zusammen mit Irakern, Saudis und Tunesiern, die „vier Säulen“ der IS-Miliz.

Die meisten Ausländer kommen aus der arabischen Welt. Nach Regionen aufgeschlüsselt, stammen aus dem Maghreb über 5.000, angeführt von geschätzten 3.000 Tunesiern.

Eine zumindest gleiche Anzahl kommt aus

dem Nahen Osten, darunter 3.000 oder mehr Saudis und bis zu 1.000 Kämpfer aus der Türkei. Aus der „russischen Sprachregion“, dem früheren sowjetischen Orient, nehmen 1.500, mehrheitlich Kaukasier, am Krieg teil. Um Unterstützung wirbt der IS auch in Pakistan.

Vom Hindukusch sollen mittlerweile 1.000 bis 1.500 Talibankämpfer nach Syrien/Irak gezogen sein. Und auch aus anderen Ländern Asiens zieht es Dihad-Rekruten nach Nahost, so aus Indien, Malaysia, Indonesien und den Philippinen und selbst Uiguren aus Chinas Nordwestregion Xinjiang. Die kleinsten Kämpferkontingente des Westens stellen Australien mit 60 und die USA mit mehr als 100.

Aus Europa kamen bisher schätzungsweise 3.000, um auf Seiten djihadistischer Gruppen am Bürgerkrieg in Syrien teilzunehmen. Inzwischen kämpft der überwiegende Teil auf Seiten der IS-Milizen. Ihre Herkunftsländer sind Groß-

britannien (500), Frankreich (780), Deutschland (450) und Österreich (140), Belgien (150), Dänemark, Schweden und Norwegen (50). Aus den Balkanstaaten Bosnien, Mazedonien, Albanien und dem Kosovo sollen 370 Kämpfer stammen. Die Foreign Fighters kämpfen und sterben in Syrien seit 2012, im Irak seit 2014. Hunderte sind schon in ihre Heimatländer zurückgekehrt, ein Teil davon desillusioniert, traumatisiert, psycho-physisch verkrüppelt.

Ein anderer Teil kehrt, gestärkt durch Kampferfahrungen im Bürgerkrieg, als indoktrinierte und gewaltbereite Djihadisten zurück. So der Franzose Mehdi Nemmouche, der 2013 für ISIS in Syrien kämpfte und nach seiner Rückkehr einen Anschlag im Jüdischen Museum in Brüssel im Mai verübte, der zwei Besucher aus Israel und zwei Angestellte in den Tod riss. Einen Monat vor dieser Mordtat war Abu Talha al-Almani, so der Kampfname des früheren „Gangsta-Rappers“ Denis Cuspert aus Berlin nach seinem Treueschwur auf Al-Baghdadi dem ISIS beigetreten. Er hätte, so hieß es später, die „deutsche Staatsbürgerschaft abgelegt und sei jetzt Bürger des Kalifats“. Als IS-Propagandist ruft er insbesondere djihadistisch radikalisierte Salafisten in Deutschland dazu auf, sich dem IS anzuschließen. Diesem hat sich auch der afghanisch-stämmige Australier Mohammed Barjalei angeschlossen, der im April 2013 nach Syrien kam. Mitte September rief er zu einem Anschlag in Sydney auf. Einem dortigen Mitstreiter befahl er die Entführung eines Passanten und dessen Enthauptung vor laufender Kamera – was zum größten Anti-Terror-Einsatz in der Geschichte Australiens führte.

Wenige Tage später verschleppten „Soldaten des Kalifats“ in der nordalgerischen Kabylei den französischen Bergführer Hervé Gourdel und drohten mit dessen Hinrichtung, sollte Frankreich seine Luftangriffe auf IS-Stellungen im Irak nicht binnen 24 Stunden beenden. Wenig später wurde die Geisel enthaupet. Nicht nur diese Beispiele machen deutlich, dass der Dihad des Islamischen Staates inzwischen vom Nahen Osten aus Europa, Afrika, Asien und selbst Australien erreicht hat. Vor diesem Hintergrund warnte Mitte September Israel seine Bürger vor möglichen Terror-Anschlägen bei Reisen nach Europa – und nur zwei Wochen später appellierte die französische Regierung an ihre Bürger in etwa 30 Ländern, größte Vorsicht walten zu lassen. Und mehr als nüchtern vertrat das Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) in London in der Vorstellung seines jährlichen strategischen Jahresberichtes am 18. September die Auffassung, dass die IS-Terrormilizen „die Welt in ein geopolitisches Dilemma gestürzt“ hätten.

Epilog – al-Zarqawis Masterplan künftiger Schrecken

Als „Kalifatsvisionär“ hatte Abu Mussab al-Zarqawi 1993 Afghanistan Richtung Jordanien verlassen, wo er als gefährlicher Extremist im November 1996 zu 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Nach einem Amnestieerlass des

Im Juli (2014) kündigte die IS-Führung eine Expansion nach Europa in den nächsten fünf Jahren an. Als Flüchtlinge getarnt könnten eingesickerte IS-Kämpfer hier früher oder später Anschläge begehen.

Königs Abdullah wurde er Ende März 1999 aus der Haft entlassen. In seiner Gefängniszeit interviewte ihn ein jordanischer radikaler Glaubensbruder, der Journalist Fouad Hussein. Dieser veröffentlichte die Gesprächsinhalte mit dem Dihadisten 2005 in seinem

(in Arabisch erschienenen) Buch unter dem Titel „Al-Zarqawi: The Second Generation of al-Qaida“. In demselben wird ein „Masterplan der Gläubigen“ beschrieben, dessen Ziel in der Übernahme der Welt und deren Umwandlung in einen islamischen (Gottes-)Staat in einem Zeitraum von 20 Jahren besteht. Beginnend mit der „Erweckung durch 9/11“ wollen die „Glaubenskämpfer“ den Plan bis 2020 in sieben Stufen erfüllen. Schwerpunkt der Stufe 4 (2010 bis 2013) war der Untergang der verhassten arabischen Regime. Der Beginn der „Arabellion“ 2011 fiel in jene Phase. Stufe 5 (2013 bis 2016) beschreibt den Zeitraum, „zu dem ein islamischer Staat oder ein Kalifat ausgerufen werden kann“; was ISIS/ISIL Ende Juni im Irak realisierte. Sobald das Kalifat ausgerufen ist, wird die „islamische Armee“ den Kampf zwischen Gläubigen und Ungläubigen schüren, was zur Stufe 6 (2016 bis 2018) führt, der Periode der „totalen Konfrontation“. Im Juli (2014) kündigte die IS-Führung eine Expansion nach Europa in den nächsten fünf Jahren an. Als Flüchtlinge getarnt könnten eingesickerte IS-Kämpfer hier früher oder später Anschläge begehen. Eigentlich sollte die Konfrontation nicht länger als ein paar Jahre dauern. Der letzten Stufe 7 (2018 bis 2020) ist nach der „Endschlacht“ (Armageddon) der „definitive Sieg“ vorbehalten.

Die IS-Terrormiliz „liegt gut in der Zeit“, aber eine international abgestimmte Anti-Terrorismus-Strategie der „ungläubigen“ Völkergemeinschaft sollte die „Planerfüllung“ der djihadistischen Soldateska verhindern können.

Zum Autor: Berndt Georg Thamm, Berlin, ist Terrorismusexperte und Fachpublizist mit zahlreichen Veröffentlichungen zur Thematik. Der Autor ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft. Erstveröffentlichung des Beitrags in der Zeitschrift „Die Polizei“, Ausgabe 11/2014.

Kapitel V

2014 – Jahr des Gedenkens – Lehren aus der Geschichte?

Kriegsausbruch 2014 La Grande Guerre – Der Erste Weltkrieg – The Great War

Ulrich Kleyser

„Es lag schon lange ein Toter vor unserem Drahtverhau. Die Sonne auf ihm glühte, ihn kühlte Wind und Tau

Ich sah ihm alle Tage in sein Gesicht hinein, und immer fühlt ich's fester: Es muss mein Bruder sein.“⁴

Vorbemerkung

Deutschland macht es sich mit seinen Gedenktagen aus unterschiedlichen Gründen nicht leicht. Um nur einige Beispiele zu nennen, welche geschichtlichen Ereignisse aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden sind: Der Frieden nach dem Spanischen Erbfolgekrieg 1713 zu Utrecht und der Friede 1714 zu Rastatt, die noch einmal die binneneuropäische Friedensordnung von 1648 – zumindest in Teilen – bestätigt hatten und gleichzeitig England freie Hand auf den Weltmeeren gaben²; das Ende des ersten weltweiten Krieges, des Siebenjährigen Krieges 1763 in Paris und Hubertusburg mit dem Erhalt eines „status quo ante“ in Europa oder die Befreiungskriege mit dem 1. Pariser Frieden 1814, der immerhin Frankreich als gleichberechtigten Partner einbezog – im krassen Gegensatz zu Versailles 1919, oder auch der zweite „Einigungskrieg“ von 1864. Alle diese Ereignisse hätten zumindest eine offizielle Erwähnung in unserer Republik verdient.

Beginnend mit diesem Jahr scheint das Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs, eines europäischen Bruderkrieges, der erst mit dem 9. November 1989 endete, dagegen weitgehend alle anderen Daten zu überlagern.

Beginnend mit diesem Jahr scheint das Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs, eines europäischen Bruderkrieges, der erst mit dem 9. November 1989 endete, dagegen weitgehend alle anderen Daten zu überlagern. Als „cappatio benevolentiae“ sei vorausgeschickt, dass kein Exkulpationsversuch für ir-

gendeine Partei vorgenommen werden soll, aber das Jahr 1914, sein Umfeld, seine Folgen und die unterschiedlichen Akteure in der gebotenen Differenzierung auf der Grundlage aktueller historischer Untersuchungen – wenn auch nur angerissen – dargestellt werden. Zudem gilt, dass von Herodot über Leibniz bis heute jede historische Darstellung von der persönlichen Perspektive des jeweiligen Vortragenden zwangsläufig geprägt ist; damit werden historische Fakten immer subjektiv interpretiert. Bedenklich wird dies allerdings dann, wenn diese Fakten ideologisiert werden, daraus offizielle Geschichtspolitik abgeleitet und der Historiker das gefügte Sprachrohr einer herrschenden Anschauung wird³.

Der I. Weltkrieg

Welche Gründe für den „Ausbruch“ des I. Weltkriegs sind nicht schon genannt worden?

- Politische Fehleinschätzungen und mangelndes Augenmaß,
- fachliche, diplomatische und geistige Mittelmäßigkeit der Politiker an Stelle staatsmännischer Größe,
- militärische, wirtschaftliche oder politische Überschätzung des Eigenen und Unterschätzung des Anderen,
- die tatsächliche oder nicht erkannte Instabilität der Bündnisstrukturen,
- Überheblichkeit und das Fehlen von Maßstäben,
- charakterliche Schwächen, menschliches Versagen und persönliche Schuld,
- wirtschaftliche Rivalität und Neid,
- Zögerlichkeit, Halbherzigkeit und Wegsehen,
- Fahrlässigkeit und mangelnde Analyse mit daraus resultierender Unkenntnis über die jeweils andere Seite und deren Befindlichkeiten, Beweggründe, Interessen und Fähigkeiten;
- Mangel an durchdachter und langfristig angelegter Strategie⁴ [vielleicht außer bei der britischen Seite];
- vermeintliche Handlungszwänge oder um mit Barbara Tuchmann zu sprechen Engstirnigkeit gepaart mit Wunschdenken, was zu alternativlosem Handeln führt⁵,
- ebenso wie Realitätsferne und Ziellosigkeit;
- die ausgeklügelten Systeme ineinandergreifender Mobilmachungsautomatismen, auch wenn diese später zu einer „apologetischen Unfallthese“ hochstilisiert wurden,
- aber auch Vorurteile, vermauertes Denken, Drohgebärden und Säbelrasseln,

Ratlosigkeit und vor allem aber tatsächliche oder vermeintliche Befürchtungen und Ängste.

In der Mischung all dieser Aspekte dürften sich jenseits der politischen Tatsachen die Gründe für den Kriegsausbruch dieses europäischen Bruderkrieges finden lassen. Damit bleiben die Ursachen für den Kriegsausbruch ebenso komplex und multikausal wie die politischen Strukturen, so dass sich auf Clausewitz' Begriff des „Nebel des Krieges“ zurückgreifend es sich eher um einen „Nebel der Politik“ handelt. Zudem um Nebel, der auch heute noch oder wieder politische Analysen beeinflusst und erschwert. Und um mit Hermann Oncken zu sprechen, Politik wie auch militärische Strategie wurde auf allen Seiten über den gesamten Zeitraum als „ein Element der Starre und nicht als ein flüssiges Element“ betrachtet⁶. Gleichzeitig ist aber auch zu berücksichtigen, dass gerade die letzte Woche des Juli 1914 von einer nicht geahnten Schnelligkeit und Verdichtung politischer Ereignisse und Aktivitäten geprägt war.

Im Zusammenhang der Feiern von Ernst Jüngers 100. Geburtstag 1995 wurde dieser nach seiner für ihn heute noch bewegenden oder folgeschwersten Erinnerung an den Ersten Weltkrieg gefragt – die einfache, lapidare wie deutliche Antwort lautete: „Das wir ihn verloren haben“. Doch so verständlich und einfach wie in dieser Antwort kann dieser Krieg, sein Beginn und sein Ende, nicht gesehen werden, obgleich die allgemein übliche Wortwahl „Ausbruch“ auf ein ungewolltes und plötzliches Naturereignis schließen ließe. Ein Kriegsausbruch,

der jedoch von Menschen herbeigerufen wurde, wobei Ängste und Befürchtungen sicherlich die schlechtesten Ratgeber waren. Insofern erhält Clarkes Buch „Die Schlafwandler“ eine besondere Bedeutung, nicht nur durch die unideologische Sicht eines Australiers, wobei nicht zu vergessen ist, dass gerade Australier und Neuseeländer, u.a. bei Gallipoli 1915 einen bis heute nicht vergessenen [AN-ZAC-Day⁷] hohen Blutzoll zahlen mussten, sondern insbesondere durch das Aufmischen bisheriger Vorstellungen. Hierbei ist es nicht unerheblich festzustellen, dass insbesondere die deutsche Historikerzunft geradezu aufgeschreckt wurde und teilweise verzweifelt versucht, ihr „Lieblingsbild“ einer Alleinschuld des Deutschen Reiches im Sinne eines masochistischen Geschichtsverständnisses aufrecht zu erhalten⁸. Dieses so von Max Weber 1919 oder später von Sebastian Haffner als deutsche „Niederlagengeilheit“ angesprochene historische

Hierbei ist es nicht unerheblich festzustellen, dass insbesondere die deutsche Historikerzunft geradezu aufgeschreckt wurde und teilweise verzweifelt versucht, ihr „Lieblingsbild“ einer Alleinschuld des Deutschen Reiches im Sinne eines masochistischen Geschichtsverständnisses aufrecht zu erhalten.

Schuldverständnis⁹ lässt sich auch als „opferidentifizierte Erinnerungskultur“¹⁰ aufzeigen, in der ein gewisses „Täterschuldgefühl“ durchaus seinen Platz findet. Diese von der Frankfurter Schule weitergeführte Art gegenwartsdiagnostischer Analyse verbunden mit intransigenter Moral¹¹ strahlte auch auf die Rezeption der Weltkriegsgeschichte aus. Gerade dabei kann es als größtes Verdienst von Clark angesehen werden, dass er über die Wiedereröffnung einer Diskussion weg von dem moralisch belastenden Begriff der Schuld zu dem einer differenzierten politischen Verantwortung gefunden hat. Zusätzlich eröffnete sein Buch die Betrachtung des Juli 1914 über die bisherige nationale Nabelschau hinaus auf die tatsächliche globale Krise¹² mit einem fatal misslungenen Krisenmanagement, wobei Clark die häufig gebrauchte „Zwangsläufigkeit“ der Entwicklung zu Recht ablehnt. Und gleichzeitig räumt er mit einigen gut gepflegten Mythen auf.

Zudem leidet die Diskussion unter dem Zwiespalt von „Historischen Fakten versus jeweiligem kulturellen Gedächtnis“¹³, wenn interpretierte Vergangenheit als eine Art „Nachgedächtnis“¹⁴ zu einem Konstrukt nachfolgender Generationen wird und jede diesem deutschen Schuldgedanken widersprechende Sicht, unabhängig von einer historischen Beweisführung, als „Revisionismus“ gebrandmarkt wird. Dabei sagt der aus der Wirtschaft abgeleitete Begriff im Grunde nichts anderes als eine notwendige Korrektur nach gewissenhafter Prüfung.

Wenn Geschichtswissenschaft in erster Linie die Suche nach den Ursprüngen darstellt, gehört es zum Politischen, vom Ende her zu denken. Und hier muss für den Ersten Weltkrieg Versailles angeführt werden, das tatsächliche Ende des Weltkrieges. Fast könnte man von einer allgemeinen instinktiven Scheu davor sprechen, diesen Komplex heute noch hervorzuheben. Ein jeder Krieg endet in der Tat nicht mit einem Waffenstillstand oder einer Kapitulation, sondern mit einem wie auch immer gearteten Friedensvertrag¹⁵. Insofern sprechen allein die Wahl des Beginns – der 18. Januar, [Tag der Reichsgründung und preußischer Krönungstag] - und des Eröffnungstages - der 28. Juni [Tag der Ermordung des Thronfolgerehepaars] - und der Ort dieser Eröffnung wie auch das Verfahren selbst Bände. Versailles war die Rache für den – sicher selten so undiplomatisch wie unklug gewählten - Ort der Reichsgründung am 18. Januar 1871¹⁶ und für die nie verwundene Abtretung Elsass-Lothringens. Allein das Verfahren der Ausschließung des Gegners, - wie auch der jungen und revolutionären Sowjetrepublik - von den Verhandlungen der 32 Sieger widerspricht den Grundregeln der abendländischen Rechtsvorstellungen des „audiatur et altera

pars“. Von dem Inhalt des damit zu Recht als „Diktat“ bezeichneten Ergebnisses ganz zu schweigen. Und die schon von Wilson¹⁷ geforderte Demokratisierung des Reiches als Vorbedingung für einen Waffenstillstand, der mit seinen weiteren vor allem militärischen Bedingungen einer Kapitulation gleichkam, stellte eine historisch bislang nicht gekannte Variante dar. Dies war eine Abkehr von der römischen Idee der „indutiae“, eben einem Waffenstillstand als „Stillstand“ aller Aktivitäten¹⁸. Neben Karthago 146 vor Chr. - der Vergleich „Karthagofrieden“ stammt im Übrigen von Keynes -, Jerusalem 70 bzw. 144 n. Chr. oder Tilsit



Demonstration gegen den Versailler Vertrag vor dem Reichstag 1919 in Berlin

1807 ist Versailles in die Reihe jener Friedensverträge einzuordnen, die dieser abendländischer Vertragskultur widersprechen, einer Kultur in der von Cicero bis Kant die Amnestie das wesentliche „Fundament eines Friedens“ darstellt¹⁹. Denn Rache muss Widerrache nach sich ziehen, daher sollte der Sieger versöhnlich sein.

Die Inhalte, territorial, wirtschaftlich, infrastrukturell wie militärisch einschneidend, vor allem aber politisch – bis hin zur Feststellung des § 231 einer verbrecherischen deutschen Alleinschuld am Kriege und dem Kaiser als Kriegsverbrecher²⁰, die rechtswidrigen Verfahren in den Volksabstimmungen und vieles mehr, brauchen im Einzelnen nicht dargestellt zu werden. Es herrschte der „Grundsatz der strafenden Gerechtigkeit“²¹, also eine vermeintlich gerechte Strafe an Stelle eines gerechten Friedens.

Die Macht- und Friedensvorstellungen Vergils für Rom mit dem Ziel, das Zusammenleben unter den Völkern zu ordnen, lauten in seiner „Aeneis“²²: „tu regere imperio populos, Romane, memento, / Hae tibi erunt artes, pacisque imponere morem, / parcere subjectis et debellare superbos“. Die Sieger von 1918 beherzigten nur einen Teil davon. Von dem abendländischen Grundgedanken der Amnestie, des Vergessens, der Schonung nach Bestrafung und der Sorge nach ausgleichendem Frieden und Sittlichkeit durch „pacisque imponere morem“ war nur „debellare“ übriggeblieben. Und nur mit Versailles 1919 lässt sich der Begriff des „Europäischen Bürgerkrieges“ von 1914 bis 1949 oder besser bis 1989, als von Menschen aufgerichtete Mauern wieder von Menschen eingerissen wurden, erklären. Versailles besiegelt gleichzeitig den mit 1914 begonnenen „Abgesang“ des alten, aber damit durchaus nicht schlechten Europas. Unter

Berücksichtigung all dieser Aspekte darf die vorsichtige Frage erlaubt sein, ob aus diesem Friedensdiktat nicht Rückschlüsse auf die tatsächlichen Intentionen der Staaten der Entente des Jahres 1914 gezogen werden können, zumal mit deren Vereinbarung über einen kategorischem Ausschluss von separaten Friedensverhandlungen schon vom 5. September 1914 ein möglicher vorzeitiger

Die Zerschlagung des Habsburgerreiches und des Osmanischen Reiches mit daraus folgenden ethnisch wie kulturell und territorial kontroversen Zuordnungen in den neuen Staaten und mit willkürlich-kolonialen Grenzziehungen durch die weiteren Vorortverträge wirken darüber bis heute im Balkan wie im Nahen Osten nach, mit Verwerfungen, wie wir sie fast täglich in ihren Spätfolgen erleben müssen.

Friedenschluss aussichtslos erscheinen musste²³. Dies gilt auch dann, wenn eingestanden werden muss, dass die Kriegsziele der Mittelmächte oder besser des Reiches sich mit den Erfolgsaussichten zwar wandelten, sich aber mit steigender Kriegsdauer durch die Vorstellungen eines „Siegfriedens“ von der politischen Realität und einer echten Suche nach einem Verständigungsfrieden weit entfernt hatten. Und dies gilt aber auch dann, wenn die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 ei-

nen Frieden ohne Annexionen vorsah, oder wenn der vor allem von den westlichen Ententepartnern als „deutscher Machtfrieden“²⁴ kritisierte Friedensschluss von Brest-Litowsk²⁵ zwar nicht als besonders friedensfördernd bezeichnet werden kann, aber dennoch mit der Abtrennung zaristischer, aber nicht russisch bevölkerter, Gebiete politische wie territoriale Ergebnisse von 1990 vorwegnahm.

Die Zerschlagung des Habsburgerreiches und des Osmanischen Reiches mit daraus folgenden ethnisch wie kulturell und territorial kontroversen Zuordnungen in den neuen Staaten und mit willkürlich-kolonialen Grenzziehungen durch die weiteren Vorortverträge²⁶ wirken darüber bis heute im Balkan wie im Nahen Osten nach, mit Verwerfungen, wie wir sie fast täglich in ihren Spätfolgen erleben müssen.

Unterschlagen wird in der Bewertung von Versailles zumeist auch, dass das gesamte Deutschland, über alle Parteiengrenzen, politische Vorstellungen und gesellschaftliche Strukturen hinweg, dieses Diktat auch ohne nationalistische propagandistische Verstärkung nicht nur als ungerecht, sondern vor allem als Schmach empfunden hat. [Der Begriff „Im Felde unbesiegt“ stimmte eben nur territorial, denn das Reich war von den Ressourcen und militärischen Ideen her erschöpft; militärisch²⁷, wirtschaftlich und psychologisch in der Tat am Ende und – die falsche wie unselige Dolchstoßlegende lenkt von dieser Tatsache ab] Und das Diktat war moralisch als solches ja auch gedacht. Daher bleibt es Iro-

nie der Geschichte, dass sich das trotz aller Kritik bestehende „Fronterlebnis“ und das Friedensdiktat der nationalen deutschen Integration ungewollt durchaus förderlich waren²⁸. Politisch schwerwiegender wirkten sich Zusatzbestimmungen aus wie Sanktionsklauseln, die zur Ruhrbesetzung führten, die zeitlich unbefristeten Reparationszahlungen oder die Klausel vom 22. September 1919, worin „die Sieger erklärten, dass alle Artikel der Weimarer Verfassung, die mit dem Versailler Vertrag kollidierten, ungültig seien“²⁹. Die Souveränität und Verfassungsautonomie der Weimarer Republik war damit entscheidend eingeschränkt. Hinzu kam, dass neben Österreich, dem der Anschluss an die Weimarer Republik völkerrechtswidrig versagt wurde, damit auch Deutschland sein in den 14 Punkten Wilsons festgelegtes Recht auf Selbstbestimmung verweigert wurde – mit der Nichtzulassung zum neuen Völkerbund als einem „Club der Siegermächte“³⁰ nochmals signalwirkend verstärkt. Und die allerdings nationale französische Regelung für deutsche Soldatenfriedhöfe ohne Ehrenmäler, mit schwarzen an Stelle von weißen Kreuzen wie für die Alliierten und ein Besuchsverbot bis 1924 individuell und 1927 für Gruppen „bildete eine weitere Leerstelle im Zentrum der deutschen Nachkriegsgesellschaft“³¹ und erschwerte eine abgewogene Sinndeutung des Krieges. Dennoch gelang zwar eine „kulturelle Demobilisierung“³¹ nach 1919, aber eben nicht politisch und war hier sogar gegenläufig. Insofern wird verständlich, dass Partei- wie alle gesellschaftlichen Gruppen übergreifend eine Befreiung vom „Versailler Joch“ ein erklärtes Ziel fast aller Deutschen wurde im Verständnis eines vaterländischen, nicht nationalen Patriotismus³³. Versailles prägte den Alltag von Weimar³⁴ und kann als ein Geburtshelfer des Dritten Reiches gesehen werden, so wie es Theodor Heuß schon 1931 formulierte: „Die Geburtsstätte der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles“³⁵. Unter diesen negativen Rahmenbedingungen kann die historische Leistung der Weimarer Republik gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Zusammenfassend kann und muss also der Zeitraum des Ersten Weltkrieges nicht 1914 -18, sondern 1914 -1919 heißen. Ergänzende „emotionale“ wie politische Spätfolgen bis hin zu den notwendigen Einsätzen der Freikorps oder dem Ruhrkampf, sind dabei gar nicht berücksichtigt.

1914 – Das Umfeld

Im Folgenden wird versucht, trotz einer nur selektiven und beispielhaften Darstellung und mit einer gewissen Fokussierung auf das Reich, ein Panorama des politisch-gesellschaftlichen und militärischen Umfelds von 1914 zu entwickeln

und Zusammenhänge aufzuzeigen. Hervorzuheben ist zuerst, dass Clark insbesondere die Verwerfungslinien des Balkankomplexes – nicht gerade zur Freude Serbiens - als kriegsfördernd besonders herausgearbeitet hat. Hierzu muss festgestellt werden, dass der Mord des Nationalserben Princip am habsburgischen Thronfolger auch politisch ein Novum war, wurde ja nicht intern ein eigenes Staatsoberhaupt oder der Vertreter einer Besatzungsmacht ermordet, sondern das Staatsoberhaupt einer fremden Macht auf dessen Boden. Dass dieses, im Grundsatz auch die Souveränität anderer bedrohende, völkerrechtswidrige Novum eines „staatlich motivierten Terrorismus“³⁶, eines Komplotts, von den späteren Kriegsgegnern nicht nur als solche nicht erkannt, sondern sogar bagatel-

„Das eigentlich schockierende Merkmal war das Scheitern der Großmächte, sich ebenso friedlich auf eine Aufteilung der Sphären zu einigen, wie sie das in ihrer außereuropäischen Diplomatie so erfolgreich praktiziert hatten“

lisiert wurde, erleichterte die Position Serbiens. Vergessen wird in diesem Zusammenhang, dass das Attentat auch in Gedenken an die Niederlage vom Amsfeld gegen die Türken am 28. Juni 1389 geplant war³⁷. Die kriegsfördernde Bedeutung des seit Jahrzehnten bestehenden Unruheherds im Bal-

kan, verbunden mit Russlands panslawistischer Politik³⁸ und großserbischen, nur durch Gewaltanwendung zu realisierenden Visionen, kann daher nicht genug hervorgehoben werden. So bewertet es auch John Darwin: „Die entscheidende Krise in den Beziehungen zwischen den Großmächten trat nicht wegen ihrer Ambitionen in der außereuropäischen Welt ein, sondern wegen ihrer Interessen im Hinterhof Europas: auf dem Balkan“³⁹, und weiter „Das eigentlich schockierende Merkmal war das Scheitern der Großmächte, sich ebenso friedlich auf eine Aufteilung der Sphären zu einigen, wie sie das in ihrer außereuropäischen Diplomatie so erfolgreich praktiziert hatten“. Sein Fazit: „Die Julikrise enthüllte, dass die Unterentwicklung des [inner-, der Verf.] europäischen Staatensystems die eigentliche Achillesferse der weltweiten Dominanz Europas war“⁴⁰, wobei die Entscheidungsträger nicht fähig waren, aus der lokalen Serbienkrise die komplexen Konsequenzen eines allgemeinen Krieges voraussehen zu können oder auch zu wollen. Und dies alles trotz oder auch gerade wegen der engen verwandtschaftlichen Beziehungen unter dem europäischen Hochadel und den regierenden Dynastien – außer Frankreich – Beziehungen, die jedoch das Gegenteil eines kommunizierenden Netzwerks der Zusammenarbeit darstellten und stark von persönlichen Antipathien geprägt waren. Dennoch, eine „Bestrafung“ Serbiens musste aus dem Zeitgeist und aus der letztlich Ungeheuerlichkeit der Tat den Mittelmächten durchaus natürlich erscheinen; und wäre in direkter zeitlicher Folge zum Mord möglicherweise international auch akzeptiert worden. Volker Berghahn ergänzend lässt sich mit den dann fol-

genden Reaktionen aller Beteiligten von „Entscheidungsträgern [sprechen, der Verf.] als Insassen eines strategischen Gefängnisses, das sie sich selbstgebaut hatten“⁴¹, wobei mögliche Risiken auch von deutscher Seite entweder nicht als solche erkannt oder fahrlässig in Kauf genommen wurden. Nicht nur Clark, sondern auch andere Historiker, auch vor ihm, wiesen die alleinige Kriegsschuldthese Deutschlands ab. So formulierte beispielsweise Paul Sethe: „Es sind in diesem Julimonat 1914 viele und verhängnisvolle Fehler gemacht worden, aber für jeden dieser Fehler gibt es irgendeine Begründung. Die Geschichte kann sie nicht als ausreichend ansehen, aber die Forschung hat gelernt, auf den Vorwurf zu verzichten, irgendeine Regierung habe den Krieg vorsätzlich angezettelt“⁴². Der 2012 verstorbene britische Historiker Hobsbawm stellt fest, dass die gut 5000 Bücher über die Gründe, die zu diesem Krieg führten, ergebnislos geschrieben wurden. Er hebt die Tatsache hervor, dass seit 1871 von wenigen Ausnahmen wie auf dem Balkan und in den Kolonialreichen zwar „der Frieden im Leben der damaligen Europäer der Normalfall war“, aber folgert, dass unabhängig von einem unbestreitbarem Wettrüsten auf Grund der innereuropäischen Konstellationen und der Überlagerung von Krisen „jede Konfrontation zweier Großmächte Europa an den Rand eines Krieges“ bringen musste⁴³. Das winzige Streichholz von Gavrili Princip setzte dann dennoch unerwartet die ganze Welt in Flammen, als „die Völker Europas zumindest für kurze Zeit leichten Herzens bereit waren, zu schlachten und sich schlachten zu lassen“⁴⁴.

Die Jahre vor 1914 in Europa waren in starkem Masse geprägt von einer tatsächlichen, oft auch nur gefühlten, weltweiten und wachsenden wirtschaftlichen, territorialen wie militärischen Rivalität der Großmächte - von einer vermeintlichen globalen Kooperation der sechs imperialen Mächte⁴⁵ nur vordergründig verdeckt -, von inneren Spannungen zwischen Konservativen, Liberalen und Sozialisten, zwischen Klerikalen und Laizisten oder durch steigende Gegensätze zwischen Kapital und Proletariat. Aber auch die Dynamik einer rasanten technologischen und naturwissenschaftlichen Entwicklung stand gegen einen die Gesellschaft vorgeblich „zersetzenden“ vor allem geistigen Liberalismus⁴⁶, was sich wiederum mit dem Rückgriff auf Mystik und Mythos gegen die Moderne verband. Das unbestreitbare allgemeine, aber insbesondere deutsche Wachstum⁴⁷ schien nicht nur Riesenkräfte freizugeben, sondern führte gleichzeitig zu dumpfer Beklemmung⁴⁸ nicht nur bei den Nachbarn, sondern auch in der eigenen Gesellschaft.

Diese Idee des Gegensatzes von Kultur gegen fortschrittliche Technik⁴⁹ - der Untergang der „Titanic“ 1912 ist hierzu ein bedrückendes Beispiel - lässt sich

insbesondere in Deutschland mit dem George-Kreis nachweisen. Daher lässt sich auch von einem übergreifenden und tiefgehenden Kulturpessimismus sprechen, obgleich als besonderer Ausdruck dieser Widersprüchlichkeiten sich gerade aus dieser Unruhe heraus in der Kunst ein Aufbruch feststellen lässt, der mit Naturalismus, „Jugendstil“ oder Expressionismus nur bedingt beschrieben werden kann [Im Reich von Gerhardt Hauptmann, Richard Dehmel und Arno Holz bis zu Frank Wedekind, Hofmannsthal, Rilke, Trakl, Heym oder der junge Benn und Ricarda Huch oder Kafka, Tessenow und Walter Gropius und eine großbürgerliche Wohnkultur, die Darmstädter „Künstlerkolonie“, Max

Insgesamt lässt sich hierzu feststellen, dass die Jahrzehnte vor 1914 von ganz neuen Erfahrungen einer globalen Interdependenz geprägt waren, obgleich auch diese nur Teil einer langfristigen historischen Entwicklung war. Die Veränderungen jedoch, die enormen Entwicklungssprünge wurden von den Zeitgenossen dynamischer als sonst empfunden, von Zeitgenossen, die sich in ihren eigenen, teilweise noch rückwärtsgewandten Gesellschaftskulturen wie in sich selbst bewegten.

Slevogt, Lovis Corinth oder Liebermann bis zu den Künstlern der „Brücke“ oder des „Blauen Reiters“]. Ein nicht gestillter Hunger nach Persönlichkeit, die Suche nach dem Großen und nach letzten Wahrheiten – in der patriotischen Antifeier des „Freideutschen Jungentages“ der deutschen Jugendbewegung⁵⁰ auf dem Hohen Meißner im Oktober 1913 manifestiert – war verbunden mit der Sehnsucht nach dem Elementaren, nach innerer Freiheit und allgemein lebensreformerischen Prozessen⁵¹. Doch ob sich die Theorie von „absterbender Zeit, von Verlust und Entzau-

berung“⁵² so kompromisslos halten lässt, ist durchaus zu hinterfragen. Denn daneben fanden sich auch ganz allgemein eine Heiterkeit der Lebensform, wie Lebensfreude und Zukunftsoptimismus, Haltungen, die weit über rein Nationales hinausgehen und die in der historischen Darstellung zumeist vernachlässigt werden. So kommt beispielsweise Veit Valentin zu dem Schluss, dass die deutsche Gesellschaft „mit dem Kaiser nicht nur einen frischen oft auch burschikosen Optimismus besaß“, zuweilen sicherlich auch übertrieben oder verkrampt, sondern und nicht zu Unrecht „die Vorkriegszeit von den Zeitgenossen als die große Zeit der Kulturerfüllung“ gesehen wurde⁵³.

Insgesamt lässt sich hierzu feststellen, dass die Jahrzehnte vor 1914 von ganz neuen Erfahrungen einer globalen Interdependenz geprägt waren, obgleich auch diese nur Teil einer langfristigen historischen Entwicklung war. Die Veränderungen jedoch, die enormen Entwicklungssprünge wurden von den Zeitgenossen dynamischer als sonst empfunden, von Zeitgenossen, die sich in ihren eigenen, teilweise noch rückwärtsgewandten Gesellschaftskulturen wie in sich selbst bewegten⁵⁴. Dennoch erstaunt, dass die angesprochenen Widersprüch-

lichkeiten und Ambivalenzen in den wissenschaftlichen Analysen derart herausgehoben werden, tragen doch alle Epochen derartige Entwicklungslinien in sich.

Als wenige Monate später der Krieg ausbrach, war die „Vaterlandsverteidigung“ dann trotz einer eher unpolitischen, kulturellen Vaterlandsliebe dann auch „Heilige Pflicht“⁵⁵ – und nicht nur im Reich⁵⁶. Und gerade aus dieser an sich militärfernen deutschen Jugendbewegung meldeten sich Tausende als Kriegsfreiwillige und begründeten u. a. mit „Lange-marck“⁵⁷ oder Ypern einen nationalen Mythos oder fanden mit Hans Breuer oder Walter Flex schriftstellerische Denkmale, so wie sich auch ein weiterer Großer des „geheimen Deutschlands“, Ernst Kantorowicz, zu den Fahnen meldete. Dieser in deutsch-polnisch-jüdischer Symbiose in Posen geborene große Historiker wird sich noch nach 1918 zu einem Freikorps melden und hat 1938 das große Glück, noch emigrieren zu können.

Unabhängig auch von einer Angst vor einem Krieg galt dieser daher letztlich bei allen Nationen vielfach als reinigendes Stahlbad, als männliche Bewährungsprobe und nationale Ehrensache, Vorstellungen, die durchaus auch Kriegslüsterheit hervorgerufen haben.

Aber so konnte, insbesondere unter den geistigen Eliten Europas, nicht nur Deutschlands, ein Krieg auch als Katharsis, als ein Ausweg aus einer tiefen und verinnerlichten Sinnkrise empfunden werden. Eine Sinnkrise, die mit „Unsicherheiten über die männliche Identität“⁵⁸ genauso verbunden war wie mit nostalgischer Sehnsucht nach dem Alten und einer aggressiver Erregtheit oder Nervosität einer auch bedrohlichen Modernität⁵⁹. Und gerade „in künstlerischen und literarischen Kreisen breitete sich die Ansicht aus, dass ein großer europäischer Krieg im Grunde zu begrüßen sei – zumal mit diesem früher oder später ohnehin gerechnet werden müsse – weil er eine „Reinigung“ des angeblich erstarrten bürgerlichen Kulturlebens bringen werde⁶⁰.

Unabhängig auch von einer Angst vor einem Krieg galt dieser daher letztlich bei allen Nationen vielfach als reinigendes Stahlbad, als männliche Bewährungsprobe und nationale Ehrensache⁶¹, Vorstellungen, die durchaus auch Kriegslüsterheit hervorgerufen haben. Sein Beginn konnte im Verständnis eines mehr als unterschwellig vorhandenen „fin de siècle“-Gefühls daher auch als durchaus erwünschter Aufbruch zu Neuem wie Ausbruch aus einem nur gefühlten Stillstand gelten, als Hoffnung auf eine Zeitenwende oder als Weg eines schöpferischen Geistes durch Chaos zu Ordnung und Frieden wie Erneuerung. So sah es beispielsweise Hugo von Hofmannsthal mit Bezug auf

den Prinzen Eugen: „Krieg ist das Werk der Zerstörung; aber seine größten Meister sind über ihrem Werk“⁶². Daher ist auch die europaweite Euphorie, zumindest eine „Kriegsaufregung“⁶³ des „August 14“ kein Mythos, wenn auch in „unterschiedlichem Maße und mit unterschiedlicher Intensität und durchaus auch mit tiefer Sorge und Beklommenheit verbunden“⁶⁴. Der Patriotismus der Bevölkerung und die Loyalität der Streitkräfte waren jedoch größer als von einigen Regierungen erwartet⁶⁵. Dies alles mag auch die bellizistische Hochstimmung als eine Art „literarischer Mobilmachung“⁶⁶ vieler Künstler, Dichter und Denker, zumindest in den ersten Kriegsjahren, auf allen Seiten erklären, eine Hochstimmung, die sich dann in eine „semantische Aufrüstung“⁶⁷ oder einen „Krieg der Geister“ umsetzte und bis in die zwanziger Jahre oder weiter reichte. Und sie alle versammelten sich unter der Fahne des jeweiligen Vaterlandes, um ihren eigenen persönlichen und zumeist publizistischen Beitrag zum Sieg zu leisten und das Bild eines Krieges zu verbreiten, „das den Vorstellungen und Wünschen ihrer Regierungen entsprach“⁶⁸. Selbst ein Max Weber meinte im August 1914: „Dieser Krieg ist groß und wunderbar, was immer der Ausgang sein mag“⁶⁹.

Auf eine Darstellung der militärischen Ereignisse kann verzichtet werden⁷⁰; diese sind bekannt, historisch weitgehend unstrittig und können problemlos in

Mit der Entwicklung der Kriegstechnik wandelte sich auch die Erscheinungsform des Krieges: zur See mit dem U-Boot, in der Luft mit dem „heroischen“ Jagdkampf und ersten Bombenangriffen und zu Lande mit Artillerie und Panzern, dem Maschinengewehr, mit Gas und Flammenwerfer und den modernen Einsatzgrundsätzen des Grabenkampfes, die sogar den II. Weltkrieg überdauerten, bis hin zu einem neuartigen Partisanenkampf mit kriegsvölkerrechtswidrigem Verhalten auf allen Seiten.

der Literatur verfolgt werden. Einige Aspekte sollen jedoch angesprochen werden. Nicht erst seit Clausewitz, der mit seinem Bild der „wunderlichen Dreifaltigkeit“ dieses Phänomen als Erster gedacht und formuliert hat, gilt das jedem Krieg inhärente Kräftespiel von „ursprünglicher Gewalttätigkeit als blinder Naturtrieb, dem Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls als freie Seelentätigkeit und der untergeordneten Natur eines politischen Werkzeuges als bloßer Verstand“⁷¹. Herfried Münkler hat dieses Bild aufgegriffen und auf „Brutalität, Kreativität

und Rationalität“ reduziert⁷², Kräfte, die miteinander verwoben und in wechselnder Priorität und Intensität auf jeder Seite vorhanden sind und sich mit „Wechselwirkungen“ auf das Kriegsgeschehen auswirken. Mit der Entwicklung der Kriegstechnik wandelte sich auch die Erscheinungsform des Krieges: zur See mit dem U-Boot, in der Luft mit dem „heroischen“ Jagdkampf und ersten Bombenangriffen und zu Lande mit Artillerie und Panzern⁷³, dem Maschinen-

gewehr, mit Gas und Flammenwerfer und den modernen Einsatzgrundsätzen des Grabenkampfes, die sogar den II. Weltkrieg überdauerten, bis hin zu einem neuartigen Partisanenkampf mit kriegsvölkerrechtswidrigem Verhalten auf allen Seiten. Diesem Verhalten muss auch die erfolgreiche britische Seeblockade zugerechnet werden, die das von Grotius geprägte Recht der „Freiheit der Meere“ endgültig aushebelte⁷⁴ und den Ersten Weltkrieg, zumindest von britischer Seite, auch zu einem globalen Wirtschaftskrieg machte. Simonnot spricht über die „wunderbare Völlendung einer Neo-Clausewitz-Strategie: Der Krieg als Fortführung der Ökonomie mit anderen Mitteln“⁷⁵. So wurde mit der Härte der Kämpfe, mit Hunger und Seuchen, um nur die „Spanische Grippe“ anzuführen, mit der hohen Zahl von Verwundeten mit bleibenden Schäden und psychisch Gestörten der Krieg für alle Soldaten und Zivilisten, auch fernab der Kriegsgebiete, vor allem ein „contest of endurance“⁷⁶, der in allgemeiner Erschöpfung und Müdigkeit endete⁷⁷.

Für das Reich müssen die schon 1914 begonnenen Verpflegungsreduzierungen angesprochen werden, mit dem Hungerwinter von 1916/17 und weiteren Reduzierungen, die 1917 unter anderem als Folge der Seeblockade zu einer Halbierung des „physiologisch notwendigen“ Kalorienwertes führen. Damit wird „Hunger zu einer zentralen besonderen Erfahrung der Heimat“⁷⁸. Dazu kommt - wieder einmal - eine allgemeine Verrohung von Sitten im Verlauf eines Langzeitkrieges, der so zu Beginn gar nicht gedacht war – im Übrigen von keiner Seite. Ein besonderes Phänomen neben der Brutalität des Grabenkampfes und Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung stellt eine neuartige Propaganda dar, ein Medienkrieg, der über die angesprochene Publizistik hinausgeht und der sich der sich in einem Maße der Lüge bedient, die weit über bisherige Flugblattverunglimpfungen wie u.a. im 30jährigen Krieg oder den Befreiungskriegen hinausreicht. In diesem Medienkrieg agierte das Reich insbesondere hinsichtlich der unentschuldbaren Zerstörung der Bibliothek von Löwen, der Beschließung der Kathedrale von Reims oder nach der Versenkung der „Lusitania“ konfus und fast immer in der Defensive. Die sehenswerte Ausstellung hierzu in Hamburg allerdings vermittelt ein eher ungewolltes Bild. Während die alliierte Propaganda sich häufig in Bild und dem neuen Medium Film skandalträchtiger Lügen wie Vergewaltigungen, abgehackter Kinderhände oder Plünderungen⁷⁹ bedient, reduziert sich die Deutsche Propaganda weitgehend auf – zugegeben nicht immer feine – Karikaturen des Gegners, vor allem aber auf eine Heroisierung des eigenen Soldaten oder der „Heimatfont“⁸⁰. Schon Napoleon hat mit Blick auf Görres festgestellt, dass Publizistik, zumal leidenschaftliche, auch eine feindliche Großmacht darstellt.

In diesem Zusammenhang ist auf den oben erwähnten „Krieg der Geister“ zurück zu kommen, mit einem schon zu Beginn des Krieges dem Reich oder besser Deutschland entgegenschlagenden Hass, wie ihn beispielsweise Thomas Mann oder Max Scheler empfanden, einem Hass, zu dem Scheler anführt: „Nicht der Krieg hat den Hass hervorgebracht, sondern...der Hass gegen deutsches Wesen hat Dispositionen...geschaffen, die bei den Führern der Völker die Entschlüsse zum Kriege möglich – darum nicht notwendig - machten“⁸¹.

Auch wenn man heute dieser Sicht nicht mehr folgen mag, so zeigt diese das damalige Selbstverständnis. Durchaus auch selbstkritisch konstatiert Scheler weiter eine Flut von „vermeidbaren wie tragischen Missverständnissen“ unter der Formel: „Die Welt hasst uns wegen unserer Tüchtigkeit“, als „Hass der Peripherie gegen die [europäische, die moralische] Mitte“, wegen der „Liebe zum militärischen Wesen als solchem“, oder wegen des „Leibniz’schen >unendlichen Strebens< mit einem über den Zweck hinausgehenden Übermaß von Energie“. Thomas Mann formuliert 1914, dass die Westmächte angetreten seien, um Deutschland zwangsweise zu „zivilisieren“ bzw., dass der Krieg ein lange vorbereiteter Angriff auf die deutsche Kultur und, im eigentlichen Sinn, auf die „deutsche Seele“ sei⁸². Dies mag in Teilen die ideelle Überhöhung des Krieges erklären, die sich in einem „Generalstab der Geister“⁸³ von Künstlern, Dichtern, Komponisten und Philosophen manifestierte – auch hier auf allen Seiten. In dieses Verständnis sind auch die zahlreichen öffentlichen Adressen deutscher Hochschullehrer einzuordnen⁸⁴. Vielfach werden diese als Beleg für eine nationalistische Kriegslüsterheit oder sogar deren Schüren genommen, aber neben der intellektuellen Verteidigungsposition entspringen sie eher der erzieherischen Sicht von Fichtes „Deutscher Kulturnation“⁸⁵ oder den Geschichtstheorien von Ranke, die für Heutige zwar häufig schwer nachzuvollziehen sind, sich aber gleichwohl auf die Ideen des Freiheitskrieges von 1813 beziehen.

„Der Weltkrieg erzwang die Mobilisierung kolonialer Ressourcen und Bevölkerungen“⁸⁶. Daher muss auch der Einsatz indigener Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatz insbesondere durch Frankreich und Großbritannien mit seiner emotionalen, moralischen wie politischen Wirkung angesprochen werden⁸⁷. Nicht zuletzt kann dies als der Beginn der Emanzipierungs-, Dekolonisierungs- und späteren Befreiungsbewegungen gesehen werden, wenn durch das Beispiel dieses weltweiten, aber letztlich europäischen „weißen“ Bürger- und Bruderkrieges der Mythos der überlegenen europäischen Kultur und politischen Kraft schwand - also ein Schnitt in das eigene Fleisch. Nur am Rande sei erwähnt, dass der heute so kritisierte General von Lettow-Vorbeck in

der Weimarer Republik durchsetzte, dass die für das Reich in Afrika gekämpft habenden Askari eine Ehrenpension erhielten⁸⁸.

Und nicht zuletzt erscheint besonders im Nachgang fast unverständlich, wie weit unter der Bevölkerung aller Staaten, auch bei vielen Warnungen oder einer unbewussten Bedrücktheit oder durchaus gemischter Begeisterung, Vorstellungen eines kurzen Krieges herrschten, aus dem die eigene Nation oder Koalition schnell als Sieger hervorgehen würde.⁸⁹ Die Gründe mögen in den Planungen für Offensivstrategien aller Generalstäbe liegen, in dem Bewusstsein aller Beteiligten, einen berechtigten Verteidigungskrieg zu führen, aber sicher eher in einem vollständigen Fehl an Vorstellungskraft über einen bald alle Bereiche der Staaten einbeziehenden Zukunftskrieg⁹⁰. Nur so ist verständlich, dass die deutschen Sozialdemokraten vor ihren Wählern locker von einem zu erwartenden „großen Kladderadatsch“ sprechen konnten. Die grausige Realität holte jedoch bald alle ein und führte zu einer umfassenden Totalisierung des Krieges u. a. mit dem neuen Begriff der „Heimatfront“. Das Jahr 1916 kann hier mit der Einführung einer zentralen und alle Lebensbereiche umfassenden Kriegszwangswirtschaft als entscheidende Wende gesehen werden, in der Realität Ludendorffs Buch „Der totale Krieg“⁹¹ vorwegnehmend. Und wie der Krieg wurde auch die Niederlage „total“, wenn auch im Gegensatz zu 1945 von der Masse der deutschen Bevölkerung als solche so gar nicht empfunden⁹². Mit Versailles wurde dann auch der Sieg total.

Und noch etwas zu Clausewitz; ob Schlieffen, der ihn intensiv studiert hat, diesen je wirklich verstanden hat sei dahingestellt. Allein die alternativlose Fixierung auf nur einen Plan, der wie ein Räderwerk minutiös ablaufen musste, also die immer auftretenden aber nicht vorhersehbaren Friktionen ausschloss, und der den „Kulminationspunkt“ eines Angriffs nicht berücksichtigte, sind unverzeihliche Fehler, die schon Clausewitz angesprochen hat. Und aus dem vom Generalstab angedachten Zweifrontenkrieg wurde in der Realität dann mit dem Osmanischen Reich, Italien und 1916 mit Rumänien und dem Seekrieg ein Sechsfrentenkrieg.

Dennoch, die einem Generalstab pflichtgemäß obliegende Planung eines Krieges darf nicht mit seiner Auslösung verwechselt werden⁹³. Und nicht zuletzt, vernachlässigte Aufklärung und vor allem aber die bekannte - vor allem

Und nicht zuletzt erscheint besonders im Nachgang fast unverständlich, wie weit unter der Bevölkerung aller Staaten, auch bei vielen Warnungen oder einer unbewussten Bedrücktheit oder durchaus gemischter Begeisterung, Vorstellungen eines kurzen Krieges herrschten, aus dem die eigene Nation oder Koalition schnell als Sieger hervorgehen würde.

strategische - „negligence de la logistique“ des deutschen weitgehend auf die operative Gefechtsführung ausgerichteten Generalstabsdenkens behinderte entscheidend die möglichen eigenen Operationserfolge.

Der Verzicht auf Clausewitz' Kardinalthese - seine Ganzheitssicht des „Krieges als Fortführung des politischen Verkehrs unter Einbeziehung anderer Mittel“ - entfremdete zudem nicht nur die politische [Bethmann Hollweg] von der militärischen Führung [Falkenhayn], sondern ermöglichte 1916 auch die fast unumschränkte, diktaturähnliche Macht der III. Obersten Heeresleitung [Hindenburg – Ludendorff]⁹⁴, der weder die Monarchen noch der Kanzler und die Reichsleitung noch der Reichstag gleichwertige Köpfe und Kräfte entgegenzustellen vermochten. Die amateurhaften, halbherzigen und unrealistischen Versuche wie 1915 Schweden als aktiven Bündnispartner zu gewinnen, 1916 den fehlgeschlagenen Osteraufstand in Irland zu unterstützen oder 1917 Mexiko zum Kriegseintritt gegen die USA zu bewegen, ergänzen, wenn auch nur auszugswise, dieses Bild einer kollektiven und politischen Ratlosigkeit in den Schaltzentralen der Reichsleitung.

Anmerkungen zu Einzelaspekten bei den Kriegführenden

„Wer hat den Krieg angefangen? Wer trägt die Schuld? Wer hat ihn gewollt? Nur wenige haben bewusst, absichtlich und entschlossen auf ihn hingewirkt, und diese Kriegstreiber gab es in und außerhalb des Deutschen Reiches“, so der Franzose Joseph Rowan 1994⁹⁵.

Augenscheinlich und im Nachhinein betrachtet ging es allen Parteien im späten Juli jedoch nicht mehr unbedingt darum, einen Krieg zu vermeiden, sondern insbesondere um eine gute Ausgangsposition und im Falle eines Krieges zumindest nicht als Aggressor da zustehen⁹⁶.

Großbritannien

Aktuelle Forschungen und Interpretationen zeigen auf, dass gerade Großbritannien mit seiner seit Jahrhunderten und nicht erst seit Napoleon bestehenden Selbstverpflichtung auf eine „balance of power“⁹⁷ in Kontinentaleuropa, und damit einer freiwilligen Übernahme von politischer Verantwortung durch sich verlagerndes Eigeninteresse gescheitert war. Nichts drückt dies so deutlich aus wie Rudyard Kipling's - zu Beginn ein Propagandakämpfer für Großbritannien - späte Ballade „When England began to hate“ mit dem Vers „If any question

why we died, tell them, because our fathers lied“. Auch dürfen die weltwirtschaftlichen und finanziellen Interessen Großbritanniens nicht unterschätzt werden, denen in der aktuellen britischen Forschung ein hoher Stellenwert hinsichtlich des Kriegsbeginns eingeräumt wird⁹⁸. Dazu kommen die geheimen britisch-französischen Generalstabsgespräche, später erweitert auf Belgien, die auf die beiden Regierungen nicht ohne Einfluss blieben und die ein Gefühl grundsätzlicher gegenseitiger Unterstützung vermittelten. Diese Gespräche waren dem Reich bekannt, wenn auch nicht inhaltlich, aber in der zeitlichen Abfolge. Hier ist nur die Mansion House Rede Lloyd Georges vom 21. Juli 1911 anzuführen, die eine britische Intervention möglicherweise noch vor dem Fall eines deutschen Angriffs auf Frankreich ankündigte. Im November 1912 folgten die belgischen Aufrüstungsgesetze nach einer britischen Geheimnote über die Verlegung von 160 000 Mann im Falle eines Krieges in Kontinentaleuropa „with or without the permission of the Belgian government“⁹⁹. Die Entscheidung für einen britischen Kriegseintritt lag damit weniger in der Bedrohung Belgiens als in der Sorge einer allgemeinen Bedrohung Großbritanniens durch einen möglichen deutschen Sieg über Frankreich, so unter anderem Ferguson¹⁰⁰. Die aktuelle Diskussion über den britischen Verzicht im Sinne einer realistischen oder „elastischen“¹⁰¹ Politik um die Monatswende Juli/August 1914 noch mäßigend Einfluss nehmen zu wollen, ergänzt diese Sicht¹⁰². Und schließlich wurde die britische Flotte schon am 25. Juli 1914 in Kriegsbereitschaft versetzt, was zumindest einer Teilmobilmachung gleichkommt. Auch der König, der seinen Neffen Wilhelm womöglich hasste, war nach neuesten Erkenntnissen durchaus auf eine militärische Auseinandersetzung erpicht¹⁰³. Max Scheler bemerkte hierzu zwar einseitig verkürzend, aber nicht ohne Wahrheitsgehalt: „Man sehe nur auf England! Immer will es und handelt es <Macht> und immer redet es von <Recht>“¹⁰⁴. Adrian Gregory schildert, dass trotz einer erst mit der Mobilmachung einsetzenden „Kriegsbegeisterung“ sich die britischen Zeitgenossen „ganz überwiegend für den militärischen Einsatz gegen das Deutsche Reich aussprachen und dem Krieg Sinn abgewannen“¹⁰⁵. Und interpretiert man englische Geschichte als den „Regeln des Profits unterworfen“¹⁰⁶, dann wird verständlich, dass Großbritannien 1914 für seine sehr eigene – eben britisch geprägte – Sicht der Ideen von Liberalismus kämpfte als eine von England definierte und damit auch durch England zu schützende Art der Freiheit. Folgt man Simms Theorie des Strebens nach Macht, Vorherrschaft und Hegemonie ist hierfür Großbritannien historisch ein besseres Beispiel als das Deutsche Reich, aber diese Theorie ist eben auch nur ein Erklärungsversuch für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges¹⁰⁷.

Russland

Die russische Außenpolitik wurde in starkem Masse geprägt vom Panlavisimus in Südosteuropa und im Balkan sowie gleichzeitig durch ihr Kaukasus- und Bosphorusinteresse, wobei die freie Passierbarkeit der Dardanellen auch im britischen wirtschaftlichen wie geopolitischen Interesse lag. Damit war eine Gegnerschaft zu Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich vorgegeben, die sich auch in dem Nationalismus der ethnischen Gemengelage in diesem Raum ausdrückte. „Geschürt wurde diese Bewegung durch Russland, das sich als Garant der Orthodoxie und des Slawentums begriff“, so Alexander Demandt¹⁰⁸. Rüstungsanstrengungen mit dem Aufwuchs der Armee auf 2,1 Millionen Mann für das Jahr 1917 sowie ein strategischer Eisenbahnbau mit französischem Geld und französischer Planung¹⁰⁹, was von deutscher Seite auf Grund der damaligen Mobilmachungs- und Aufmarschverfahren als Bedrohung empfunden werden musste, schienen dieses Bild nur zu ergänzen.

Mit dem Besuch Poincarés wurde eine mögliche Mäßigung Russlands verhindert, so dass am 24. Juli durch die Mitteilung Russlands an Serbien, „es könne seinem Schicksal gegenüber nicht unbeteiligt sein“¹¹⁰ eine weitere Art von „Blankoscheck“ – diesmal an Serbien als eine Art russischer Vorposten¹¹¹ – erfolgte. Mit der Teilmobilmachung vom 25./26. Juli 1914 und der abschließenden allgemeinen Mobilmachung vom 30. Juli war der Krieg ausgelöst: nun konnte es kein Zurück mehr geben. Für das Reich bedeutete dies zusätzlich die vorzeitige Eröffnung einer zweiten Front¹¹². Damit kam Russland eine Schlüsselrolle zu, so dass allein schon der frühe Entschluss zur Teilmobilmachung als kriegsfördernd hervorgehoben werden muss¹¹³.

Frankreich

Zwar wird heute von einer Abkühlung des Revanche-Gedankens nach 1900 gesprochen¹¹⁴, aber diese Theorie bleibt umstritten, und wird auch intern in Frankreich mit den Vorstellungen einer „école de consentement“ – Hass gegen Deutschland und Zustimmung zum Krieg – und einer „école de la contrainte“ – institutionelle Zwangsfaktoren für das Durchhalten im nicht gewollten Krieg – kontrovers diskutiert¹¹⁵. Unbeschadet dessen blieb der Verlust von Elsass-Lothringen mit der Idee eine verletzten „gloire“¹¹⁶ verbunden und mit dem Rückschlag der seit Richelieu geforderten und besonders auf den Rhein bezogenen „natürlichen“ Grenzen eine latente wie traumatische Erinnerung.

Unterschätzt wird für Frankreich die Idee der von Pierre Bourdieu richtungsweisend formulierten „longue durée“ auch im kollektiven und propagandistisch gepflegten [„Immer daran denken; nie davon reden“] Gedächtnis, welches sich noch heute im Gedenken an die Schlacht von Bouvines 1214 ausdrückt¹¹⁷. Hinzu kommen die „entente“, die politische Demütigung von 1905 oder die Annäherung an Russland, dort nicht nur militärisch und politisch sondern mit dem Kauf von russischen Staatsanleihen auch extrem finanzwirtschaftlich. Der Sturz des moderaten Ministeriums Caillaux¹¹⁸ beendete eine auf Ausgleich bedachte Politik. Ihm folgte Poincaré¹¹⁹, der zusammen mit dem ehemaligen Kolonial- und Flottenminister und Botschafter in St. Petersburg Théophile Delcassé durchaus als Kriegstreiber bezeichnet werden kann¹²⁰. Der Besuch Poincarés in St. Petersburg vom 20. bis 23. Juli mit der „feierlichen Bestätigung der Verpflichtungen, die aus dem Bündnis für beide Länder hervorgehen“, eben auch mit einer Art „Blankoscheck“, diesmal für Russland, entspricht dieser Sicht¹²¹.

Ergänzend für die militärische Seite steht hier Foch mit seinem 1911 erschienenen „des principes de la guerre“, in dem er wie auch Joffre in bewusster Abkehr von Clausewitz der Offensive „à l’outrance“ den operativen Vorteil zuordnet¹²², einer Idee im Übrigen, die in einer verblüffenden Gleichartigkeit in ganz Europa vorherrschen sollte. Der kurz vorher zum Generalstabschef ernannte Joffre geht 1912 sogar noch weiter und fordert eine präventive Offensive über Belgien¹²³ und setzt eine massive Aufrüstung durch.

Selbst der für Frieden eintretende Mitbegründer der französischen sozialistischen Partei, Jean Jaurès¹²⁴, der bezeichnenderweise am 31. Juli 1914 von einem französischen Nationalisten ermordet wurde, hat in seinem 1913 auf Deutsch erschienenen Buch „Die neue Armee“ zwar einen „Krieg der Vergeltung und Wiederherstellung, ... und diesen selbst mit einem Sieg durch den Frieden krönen zu können ... als unmöglichen Traum“ abgelehnt, wie er sich auch grundsätzlich gegen einen „dummen Militarismus“ wendet. Dennoch fordert auch er für Frankreich die „Mobilisierung der Armee zur Mobilisierung der Nation selbst“ mit einem „Zwei-Millionen-Heer der ersten Linie“, was ein „Hemmnis des kriegslüsteren Militarismus“ Deutschlands sein würde. Die folgende Parole in der Presse von 1914: „Tous uni dans la tranchée“ ist dann auch als ein französischer „Burgfrieden“ zu betrachten. Aber auch Jaurès geht davon aus, dass im Verständnis der „Entente“ England in einem französisch-deutschen Konflikt, „in dem es von vornherein entschlossen ist, einzugreifen“, eine militärische „Hilfe zur richtigen Zeit“ erbringen wird. Und schließlich

scheinen mündliche wie schriftliche Aussagen noch in den 20er Jahren wie von Georges Clemenceau¹²⁵ oder weiterhin von Poincaré¹²⁶ einen französischen Kriegswunsch für 1914 nachträglich zu belegen.

Das Reich

Die politische Bewertung des Kaiserreiches reduziert sich teilweise auf die in der Tat oft bildreich-assoziativen oder gar bramarbasierenden Kaiserreden, wie die leidige „Hunnenrede“ in Wilhelmshafen zur Verabschiedung des Expeditionskorps nach China oder auf die undiplomatische Krügerdepesche. In diese Reihe kritischer Äußerungen gehören auch die Forderung des Reichskanzlers von Bülow nach einem „Platz an der Sonne“¹²⁷, das im In- wie Ausland hohe Wellen schlagende, jedoch unautorisierte Daily-Telegraph-Interview 1908, Tirpitz' „Schimmernde Wehr“, die politischen Schlappen des Kaiserbesuchs in Tanger 1905, der Panthersprungs nach Agadir von 1911 sowie das Einklagen einer „Weltgeltung“ mit dem Pathos und den sehr pathetisch vorgetragenen „Großmachtträumereien“ eines Neureichen¹²⁸. Man mag dies heute nicht mehr

Das Reich sah sich zu Recht als eine Weltmacht und beanspruchte für sich einen Platz neben den anderen Großmächten. Möglicherweise machte aber gerade diese Stärke das Reich selbst bündnisunfähig.

nachvollziehen, aber einer oft unterstellten Strategie hin zu einer alleinigen „Weltherrschaft“ oder „Welthegeemonie“ entspricht dies sicher nicht. Zudem klappten Schein und Realität weit auseinander und Clark analysiert treffend, dass „Weltpolitik“ im Reich niemals

eine klare und definierte Handlungsoption oder Leitlinie darstellte¹²⁹. Trotz der im internationalen Vergleich späten und bescheidenen kolonialen Bestrebungen behielt das Wort Bismarcks von der „Saturiertheit des Reiches“ seine politische Berechtigung¹³⁰. Das Reich sah sich zu Recht als eine Weltmacht und beanspruchte für sich einen Platz neben den anderen Großmächten. Möglicherweise machte aber gerade diese Stärke das Reich selbst bündnisunfähig¹³¹. Mit der allgemein anerkannten „Jahrhundertzäsur“ innerhalb dieses langen 19. Jahrhunderts wird zudem häufig auf einen „Deutschen Sonderweg“ verwiesen. Dieser ist in der Realität jedoch eine gern gebrauchte aber falsche Metapher, es sei denn man bezeichnet die Tatsache eines Deutschen Reiches, welches auf „vielen Gebieten als ein fortschrittlicher und leistungsstarker Nationalstaat auf der Höhe zeitgenössischer Modernität ausgewiesen ist“¹³² als einen Sonderweg. Zu dieser Modernität gehören – insbesondere im europäischen Vergleich und entgegen landläufiger Meinung – ein deutlicher Partizipations-, Emanzipations- und Demokratisierungsschub. Die starke und politisch auch so ausgeübte verfassungsrechtliche Stellung des Reichstages mag hier als ein Beispiel gelten,

auch wenn dieser kein Recht auf ein Misstrauensvotum besaß, aber von dem Weg eines „stillen Verfassungswandels“¹³³ lässt sich durchaus sprechen. Die Tatsache jedoch, dass politische Führung des Reiches die mit dem Aufstieg der Sozialdemokratie verbundenen sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen zwar gespürt aber nicht erkannt hat, kann als deutsche Tragik gesehen werden. Somit wurde die Chance vertan, damit das monarchische System – jenseits des Gottesgnadentums – auf eine durchaus mögliche breitere Legitimationsbasis zu stellen.¹³⁴ Modernität und Reformen reichen über den wissenschaftlichen wie wirtschaftlichen Aspekt weit hinaus.

Um nur einige Aspekte zu nennen: Die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs, die Schaffung des BGB sowie die Einführung des Vereins- und Versammlungsrechts 1908, die Reichsfinanzreform von 1909, eine der fortschrittlichsten Sozialgesetzgebungen¹³⁵, auch wenn die Gewerkschaften erst 1916 im Rahmen des Hilfsdienstpflicht-Gesetzes – aus der Not geboren – ihre gesetzliche Anerkennung erhalten haben. In diesen Zusammenhang gehört auch die Verfassung für das Reichsland Elsass-Lothringen von 1911, wenngleich diese sehr spät kam. Eine repressive Nationalitätenpolitik im Westen wie im Osten, insbesondere nach 1914 zusätzlich durch Misstrauen geprägt, wirft allerdings dunkle Schatten auf die Reformen. Ergänzend zum Vereinsrecht ist jedoch anzumerken, dass sich gerade hier eine Besonderheit wie auch gefährliche Schwäche des Kaiserreiches entwickelte. Vor allem der „Alldeutsche Verband“¹³⁶, der „Flottenverein“ oder „der Bund der Landwirte“ besetzten teilweise agitatorisch und vor allem öffentlichkeitswirksam von dem Parlament unbestellte Felder und handelten, da ohne politische Verantwortung, letztlich unverantwortlich¹³⁷.



1. Weltkrieg. Westfront 1916. Deutscher Soldat eines Sturmtrupps.

Auch eine Kurzanalyse der staats- und gesellschaftspolitischen Lage des Reiches kann auf den Begriff „Militarismus“¹³⁸ nicht verzichten, der immer wieder, oft gedankenlos übernommen, zur Bestätigung dieses deutschen Sonderweges herangezogen wird. „Die Bezeichnung Militarismus entstand als politischer Kampfbegriff“ im Europa der Jahrhundertwende und wurde vor allem von sozialistischen Kritikern einer „Militärfrömmigkeit“ jenseits einer wissenschaftlichen Grundlage verwandt¹³⁹. Sicherlich war die Gesellschaft des Reiches mehr

als nur militärverliebt und technikbegeistert, sicherlich waren manche Lebensbereiche, vor allem großbürgerliche, auf das Militärische hin ausgerichtet, aber von einer gesellschaftsdurchdrungenen Fixierung allein auf das Militärische oder gar von einem Primat des Militärischen über die Politik kann nicht gesprochen werden, auch wenn manche Wertschätzung des Militärischen über das sinnvolle Maß hinaus ging. Unerwähnt bleibt in diesem Zusammenhang die große gesellschaftsintegrative Kraft, wenn sich eingezogene Wehrpflichtige aus einem Eifelweiler in Königsberg oder umgekehrt aus einem masurischen Dorf in Köln wiederfanden und mit Entdeckerfreude und Erstaunen, aber auch mit Unsicherheit vollkommen neue Erfahrungen machten.

Auch wenn der Schein oftmals die Wirklichkeit überdeckte und dies zu teilweise gewollten und dann auch gepflegten Fehlurteilen führte, erfuhr das Deutsche Militär fast weltweit eine Vorbild- und Nachahmungsfunktion¹⁴⁰, „Militarismus“ war somit keine alleinige deutsche Eigenschaft, er spielte in allen europäischen Ländern eine mehr oder weniger einflussreiche Rolle aber doch so, dass Hobsbawm schreiben kann: „Für den nichtmilitärischen Europäer zwischen 1871 und 1914 war die vertrauteste Seite der Armee vermutlich die allgegenwärtige Militärkapelle¹⁴¹. Daher erscheint eine häufig für das Reich angeführte „Versedelbständigung des Militärs“ obsolet¹⁴². Zwar besaß das Militär auch politischen Einfluss und eine verfassungsrechtliche Sonderstellung,



diese war jedoch durch die Aufteilung in Generalstab, Kriegsministerium und Militärkabinett mit der Besonderheit der Immediatsrechte einer kaiserlichen Generalskamarilla als einer Art „militärischer Nebenregierung“¹⁴³ nicht strukturiert. Zudem sollte die Bedeutung des politisch wie militärisch so wirksamen parlamentarischen Budgetrechts nicht unterschätzt werden. Die von Reichstag wie der Zivilgewalt unabhängige „kaiserliche Kommandogewalt“ erschwerte jedoch eine notwendige offene und ständige Zusammenarbeit. „Jeder Kriegsplan...muss auch politisch gründlich durchdacht sein“¹⁴⁴; so ließ die politische Führung es in einer Umkehrung von Clausewitz jedoch zu, nicht selbst entscheidenden Einfluss auf die ihr bekannten militärischen Kriegsplanungen zu nehmen. „Es hätte schon ein ganz ungewöhnliches Maß von politischer Autorität und Selbstsicherheit dazu gehört,... um als leitender Staatsmann...den

militärischen Sachverständigen... entgegen zu treten“, schreibt Ritter weiter¹⁴⁵. Doch diese Eigenschaften haben Bethmann und anderen, insbesondere auch seinen Nachfolgern, gefehlt.

Die Problematik einer in Europa einzigartigen und zudem weichen Mittellage, mit der fast 400jährigen Erfahrung – spätestens seit dem 30-jährigen Krieg – als Objekt europäischer Politik¹⁴⁶ führte außenpolitisch nach der Aufgabe des Bismarckschen „Rückversicherungsvertrages“ dann spätestens mit der „entente cordiale“ von 1904, der 1907 auch Russland beitrug, zu erneuten und durchaus auch berechtigten Ängsten. „Das Reich blieb... auf Grund seiner Mittellage dauernd gefährdet“, so Nipperdey¹⁴⁷ und wurde auch ohne eigenes Zutun zwangsläufig in alle Krisen und Konflikte involviert. Gleichzeitig wurde es als Neuankömmling auf der Weltbühne mit Neid und Misstrauen betrachtet und mit politischer Ausgrenzung behandelt. Eine mögliche Einkreisung, schlimmer noch als eine politische Isolierung, die Verwirklichung von Bismarcks Alptraum eines „cauchemar des coalitions“¹⁴⁸ schien Wirklichkeit zu werden. Ängste sind, wie schon angesprochen, immer schlechte Ratgeber und führen leicht zu Fehlbeurteilungen wie Überreaktionen, durch die Sprunghaftigkeit und Willensschwäche des Kaisers mit seinem unberechenbaren „persönlichen Regiment“ noch verstärkt.

Der Einsatz von unausgebildeten wie ungebübten Reservekorps durch eine verantwortungslose militärische Führung schon mit Kriegsbeginn kann nicht gerade als Zeichen von militärischer Angriffsfähigkeit gedeutet werden.

Und so blieb jenseits des allgemein fragilen Mächtegleichgewichts aus dem ehemaligen „Dreibund“ nur noch Habsburg – in einer besonderen historischen Beziehung. Mit dem Wort „Nibelungentreue“, auch unter dem Bezug einer alten Reichsreminiszenz romantisch verbrämt, erhält diese daher eine über das Politische hinausgehende Grundlage. Die sogenannte, im Nachhinein leichtfertige „carte blanche“ für Österreich bezog sich dabei zuerst nur auf eine regional oder „lokal“ begrenzte Strafexpedition gegen Serbien¹⁴⁹, ein europaweiter Krieg war nicht vorgesehen. Dies gilt auch dann, wenn mit zunehmender Spannung – zu dessen Entwicklung alle Seiten beitrugen – sich „das Jetzt oder Nie“¹⁵⁰ in einem Anflug von Pessimismus¹⁵¹ durchsetzte. Als Fazit lässt sich neben einem Paul Kennedy nachempfundenen, auf das Reich übertragenen Gedanken eines „empirical overstretch“ oder seiner so von Ludwig Dehio bezeichneten „halbhegemonialer Stellung“ folgern: Zu schwach für die Welt, zu stark für Europa und gleichzeitig zu unsicher, zu ängstlich.

Was die militärischen Vorbereitungen betrifft kann festgestellt werden, dass die Wehrgesetze von 1913 noch nicht haben greifen können¹⁵². Der Einsatz von unausgebildeten wie ungeübten Reservekorps durch eine verantwortungslose militärische Führung schon mit Kriegsbeginn kann nicht gerade als Zeichen von militärischer Angriffsfähigkeit gedeutet werden¹⁵³. Nur so ist zu erklären, dass nicht nur im Westen wie bei Langemarck – das dann zu einem unglücklichen Mythos wurde – oder Ypern, sondern auch in Ostpreußen ganze Regimenter von schlecht ausgebildeten aber hoch motivierten Kriegsfreiwilligen in den ersten Wochen verbluteten. Mit dem hohen Anteil an Schülern und Studenten unter den Gefallenen fehlte später eine schmerzlich vermiste Elite. Neben vielen anderen, darunter zahlreiche Dichter und Künstler, ist Hermann Löns hier kein Einzelfall, der als unausgebildeter Kriegsfreiwilliger schon am 26. September 1914 fällt, auch wenn seine Vorgesetzten ihn vor einem Kampfansatz bewahren wollten¹⁵⁴.

Der spätere Generalfeldmarschall und Widerstandskämpfer Erwin von Witzleben stellt schon Ende 1914 als junger Adjutant der 19. Reserve-Infanterie-Brigade fest, dass u. a. auf Grund von Munitionsmangel und einer „Unzahl marschkranker Reservisten“¹⁵⁵ Deutschland „keinesfalls auf einen Materialkrieg modernen Ausmaßes vorbereitet war“¹⁵⁶. Auch die weitgehend vergessene Tatsache der Massenflucht¹⁵⁷ von über 350 000 Deutschen aus Ostpreußen, nachdem russische Truppen wider jedes Erwarten schon am 01. August, wenige Stunden nach der Kriegserklärung des Reiches, die Grenze überschritten und erste Zeichen eines brutalisierten Krieges setzten, spricht nicht für eine auf mögliche Folgen ausgerichtete Kriegsführungsstrategie des Reiches. Diese sähe anders aus.

In diesem Zusammenhang sind auch die völlig unzureichende, ja sogar falsche politische Bewertung Italiens, die politische und militärische Bewertung Belgiens wie auch die militärische von Russland und auch des verbündeten Habsburgs in der allgemeinen Bewertung völlig untergegangen. Allein das militärische Kräfteverhältnis zu Kriegsausbruch von fast 5,7 zu 3,5 Millionen Soldaten für die Entente bestätigt dies¹⁵⁸. Und der deutsche Generalstab „kannte nur zu sehr die ungeheure Überlegenheit unserer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Gegner an Zahl“, wie selbst Ludendorff feststellte¹⁵⁹. Und schließlich, wie schon angesprochen, die Fahrlässigkeit nur auf einen einzigen operativen Plan, den Schlieffen-Plan, zu vertrauen und dann diesen auch noch entschei-

dend und mehrmals zu verändern¹⁶⁰, zu „verwässern“, spricht ebenfalls nicht für einen langfristig gewollten und sorgfältig geplanten Krieg.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass das Deutsche Reich nach 1871 keinem deutschen Sonderweg folgte. Sein Bild ähnelt dem der anderen europäischen Nationen, vielleicht nur hier und da mit etwas kräftigeren Strichen. Wir können Nipperdey folgen, wenn er ausführt: „Kurz, die Geschichte des Reiches von 1871 bis 1914 ist eine Geschichte gemeineuropäischer Normalität, gelungener Problemlösungen ebenso wie gescheiterter Reformbestrebungen und gehemmter Modernisierung, gewaltigen Wandels jedenfalls und gewaltiger Gewichtverschiebungen“¹⁶¹.

Dennoch kann für seine späte Außenpolitik symbolhaft folgende Anekdote Philipp Eulenburgs von der Nordlandfahrt 1898 gelten: „Na“ frage ich, „wohin geht die Fahrt des Kaisers? – Nach Norden? Süden? Osten? Westen?“ – „Nee“, sagte er [der Steuermann] gedehnt, „ick fahr man so drauflos“¹⁶².

Abschließende Bewertung

Mit Ernst Jünger hat der Essay begonnen und mit Ernst Jünger soll er enden, wenn dieser 1932 in seinem Buch „Der Arbeiter“ schreibt: „Der Ausbruch des Weltkrieges setzt den breiten, roten Schlussstrich unter diese Zeit“¹⁶³. Diese Zeit, das war das bürgerliche Zeitalter, welches mit der eingangs angesprochenen Zäsur nochmals trotz mancher Verirrungen ein am Humanum orientiertes Menschenbild beschwor. Aber das Ende des Krieges bewirkte insbesondere in Deutschland „keinen Aufbruch zu Neuem, sondern vor allem eine [seichte, der Verf.] Abdankung des Alten“¹⁶⁴. Dies lag nicht nur an der vollständigen Erschöpfung, es fehlten Kräfte wie Mut zur Verantwortung und Persönlichkeiten zu entschlossenem Handeln, um spätestens nach dem 8. August 1918 in einem realistischen Friedensangebot die Niederlage einzugestehen. Es fehlten eben die von Hoffmannsthal beschworenen „Meister“, insbesondere auf deutscher Seite, um einem Clemenceau oder Lloyd George politisch Paroli bieten zu können. Und so wird man insgesamt Joseph Rowan folgen müssen: „Doch welch großes Land, welch großes Volk stand unter der Führung dieser unfähigen Männer“¹⁶⁵. John Keegan folgert aus seiner Bewertung, „warum ein wohlhabender Kontinent –auf dem Gipfel seines Erfolges, seines globalen Reichtums, seiner globalen Macht und seiner geistigen und kulturellen Errungenschaften...dies alles in der Lotterie eines bösartigen ...Konflikts riskierte... dessen Ursachen und Verlauf ein Rätsel sein müssen“¹⁶⁶.

Das lange 19. Jahrhundert hatte mit 1914 seinen endgültigen Abschied genommen, es „gingen nicht nur die Lichter aus“, die „Urkatastrophe Europas“ – nach George F. Kennan – hatte begonnen, und verloren hatten letztlich alle.

Und nochmals Clark, mit einem durchaus realistischen Bezug zum Krisenjahr 2014; es handelte sich 1914 um eine unvorhergesehene und äußerst komplexe Verdichtung von so nicht erwarteten und auch nicht eindeutig zuzuordnenden politischen Ereignissen im internationalen System¹⁶⁷. Und Clark, auf Clausewitz hinweisend, die Elemente von Friktion und Zufall erhielten eine nun auch für die Politik nicht geahnte Bedeutung¹⁶⁸.

Das lange 19. Jahrhundert hatte mit 1914 seinen endgültigen Abschied genommen, es „gingen nicht nur die Lichter aus“, die „Urkatastrophe Europas“ – nach George F. Kennan – hatte begonnen, und verloren hatten letztlich alle. Um mit Thomas Mann zu sprechen, der tiefe Brunnen der Vergangenheit kann eben auch unergründlich sein und eindeutige Urteile erschweren oder gar unmöglich machen. Daher ist dem Grafen Kielmannsegg zuzustimmen, wenn er in einer aktuellen und gelungenen Analyse zum Kriegsausbruch die Diskussion auf „drei Perspektiven, gewiss nicht die einzig denkbaren“ reduziert und die Fragen nach dem „Wie“, dem „Warum“ und nach dem „Grad der Determiniertheit“, also die systematische Bedingtheit des Krisenverlaufs aufwirft. „Drei Perspektiven, drei unterschiedliche Ebenen des Geschehens und drei unterschiedliche Gewichtungen der Verantwortlichkeiten“ verwehren eine „schroffe Wahrheitsgewissheit“ einfacher Urteile. Dagegen müssen „die geographische Mittellage Deutschlands, die Struktur des Mächtesystems mit seinen Handlungsspielräumen, seinen emotional hoch aufgeladenen Interessengegensätzen und vorherrschenden Denkweisen, sowie ein gemeineuropäischer Fatalismus“ in der Diskussion berücksichtigt werden. Schließlich und in seiner Konsequenz tragisch: Es handelt sich um ein „Europa, in dem jedenfalls die großen Mächte in ihren Denk- und Verhaltensmustern erstaunlich ähnlich waren“¹⁶⁹.

Die hellsichtige Vision Nietzsches von einem Epochenende hin zu einem „Zeitalter ungeheurer Kriege, Umstürzen und Explosionen“ hatte grausige Gestalt angenommen¹⁷⁰. Die Tragik dieses Bruderkrieges kann kaum eindrucksvoller beschrieben werden als mit dem vor Verdun gefallenen Franz Marc: „Dieser Großkrieg ist ein europäischer Bürgerkrieg, ein Krieg gegen den inneren, unsichtbaren Feind des europäischen Geistes“¹⁷¹.

Zum Autor: Ulrich C. Kleyser, Offizier der Panzeraufklärungstruppe, Oberst a.D., ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und Alter Herr des Corps Rhenania zu Tübingen. Er durchlief die Generalstabsausbildung in Hamburg und Rio de Janeiro und war u.a. Leiter Heereshauptverbundungsstab Frankreich sowie im Einsatz bei SFOR und KFOR. 2010 M.A. in Geschichte.

Anmerkungen:

- 1 Aus Heinrich Lersch, „Brüder“ in Steffen Bruendel, *Zeitenwende 1914*. Künstler, Dichter und Denker im Ersten Weltkrieg, München 2014., 118.
- 2 Hierzu lieferte Leibniz rechtspolitische Expertisen, damit Grotius ausbehelnd. Gleichzeitig verzichtete der Kaiser, bzw. gelang es dem Reich nicht, die mit den „Reunionskriegen“ geraubten Gebiete links des Rheines zurück zu erhalten – mit den Spätfolgen dann im Frieden von Frankfurt 1871.
- 3 Siehe Johannes Gross: „Die Verwaltung deutscher Schuld und die Pflege deutschen Schuldbewusstseins sind ein Herrschaftsinstrument“, in: *Soldat im Volk*, 4/2013, 42.
- 4 Diese Ziellosigkeit, gerade auf deutscher Seite, wird sich durch den ganzen Krieg ziehen; beispielsweise seien hier nur die halbherzigen wie nachgerade absurden Versuche genannt wie 1915 Schweden auf Seite des Reiches in den Krieg zu ziehen, die Unterstützung des Osteraufstands 1916 in Irland, der Versuch Mexiko gegen die USA auszuspielen oder das Gezerre um den U-Boot-Krieg.
- 5 Barbara Tuchmann, *Die Torheit der Regierenden*. Von Troja bis Vietnam, Ffm. 1984, 15, 38ff.
- 6 Paul Sethe, *Schicksalsstunden der Weltgeschichte*, Bergisch-Gladbach 1977, 297.
- 7 25. April. Seit 1916/1927 begangener Tag, um den dort gefallenen 34 000 australischen und neuseeländischen Soldaten zu gedenken; insgesamt im Weltkrieg über 60 000 Gefallene von 330 000 Eingezogenen.
- 8 Hierzu zählen mit einer Wiederbelebung, bzw. Verschärfung von Fischers Thesen insbesondere neben dem kürzlich verstorbenen Hans-Ulrich Wehler, Heinrich-August Winkler, John C. G. Röhl, sogar Gert Krumeich, aber vor allem Wolfram Wette, der am 27. August 2014 unter dem Titel „Deutsche Kriegslügen“ in der Frankfurter Rundschau feststellt: „Deutschland hat den Ersten Weltkrieg bewusst entfesselt“.
- 9 Max Weber 1919, „Zum Thema Kriegsschuld“ in: Max Weber, *Zur Neuordnung Deutschlands*. Schriften und Reden 1918 – 1920, hrsg. von Wolfgang J. Mommsen in Zusammenarbeit mit Wolfgang Schwentker, Tübingen 1988, 179. sowie Sebastian Haffner, *Geschichte eines Deutschen*. Die Erinnerungen 1914 – 1933, Stuttgart 8 2001, 189.
- 10 Ulrike Jureit, Christian Schneider, *Gefühlte Opfer*. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Bonn 2010, 10.
- 11 Ebda., 14.
- 12 Siehe Friedrich Kießling, *Nationale Nabelschau* in: *Süddeutsche Zeitung* vom 03. 09. 1014, 11.
- 13 So Jan Assmann in: *Das kulturelle Gedächtnis*, München 1992. Im Rahmen eines Schuld diskurses ist das Nach-Gedächtnis zu sehen als Rückgriff auf die Erfah-

- rungen anderer in der Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts, also in historischen Komplexen, die für die Gegenwart noch oder wieder Bedeutung haben.
- 14 Nach Marianne Hirsch 1997 in: Enzo Traverso, Im Banne der Gewalt. Der Europäische Bürgerkrieg 1914 – 1945, München 2008, 20.
 - 15 Vgl. insbesondere den „Dreißig-Jährigen Krieg“, der in den 40er Jahren nur noch in militärischer Agonie verlief, jedoch erst mit den Verträgen von Münster und Osnabrück [1648] sein Ende fand.
 - 16 Die Wahl des Ortes allein im Spiegelsaal – einem „Heiligtum“ französischer Geschichte und Kultur – als auch die innenpolitisch kaum nachvollziehbare Gründung des Reiches auf fremden Boden erscheinen nicht nur heutigen als Zeichen einer kaum nachvollziehbaren Verblendung und Überheblichkeit. Der 18. Januar als historischer Krönungstag der preußischen Könige, damit eher preußisch als deutsch, verblasst hierbei.
 - 17 Telegramm vom 23. Oktober 1918 (3. Wilson-Note) mit den zwei wesentlichen Forderungen, dass eine Entwaffnung „eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich mache“ und der Kaiser dürfe nicht mehr die Macht besitzen, „die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten“. Zitiert nach www.bpb.de/izpb/55949/vom-kaiserreich-zur-republik-1918-19, 2, Zugriff vom 29. 08. 2013,
 - 18 Siehe Titus Livius, I, 15; VII, 20; IX, 37.
 - 19 Christian Meier, Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit, München 2010. 10, 40. Cicero sagt am 17. März 44 v. Chr.: „omnem memoriam discordiam oblivione sempiterna delendam“ (Alle Erinnerung an die Zwieträchtigkeiten sei durch ewiges Vergessen zu lindern). Historische Vorlage waren die Bestimmungen zu Ende des Peloponnesischen Krieges nach 404 v. Chr.
 - 20 Gem. Artikel 231 des Vertrages, in Verbindung mit den Artikeln 227 bis 230 als vorausgehende persönliche Strafbestimmungen. Dazu fordere die Gerechtigkeit (sic!) von Deutschland ein „Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit“. Im Hinblick auf den Frankfurter Frieden von 1871 sagte Bismarck: „Die Politik hat die Bestrafung etwaiger Versündigungen von Fürsten und Völkern gegen das Moralgesetz der göttlichen Vorsehung...zu überlassen“ und weiter „Die Politik hat nicht zu rächen, was geschehen ist, sondern zu sorgen, daß es nicht wieder geschehe“. Zitiert nach Hans Rothfels, Bismarck und der Staat, München 1958, XXXVIII.
 - 21 Christian Meier, a. a. O., 43.
 - 22 Vergil, Aeneis, VI 847 ff.
 - 23 Vgl. hierzu Hans Fenske, Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 – 1919, München 2013, 29.
 - 24 Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866 – 1918, Band II, Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, 831.
 - 25 Vertrag vom 03. März 1918. Die Härte des Vertrages [vor allem die exorbitanten Abtretungen bisher russischer Gebiete] war u.a. ein Ergebnis der von Trotzki seit dem Waffenstillstand vom 20. November 1917 angewandten Hinhaltetaktik. Dieser Vertrag muss im Zusammenhang mit der Frühjahrsoffensive im Westen von 21. März gesehen werden. Dennoch schien er den Alliierten ein Bild darüber zu vermitteln, was das Reich bei einem Sieg auch im Westen hätte fordern können. Fenske allerdings kommt – nicht zu Unrecht – zu einem wesentlich milderem Urteil. Fenske a. a. o., 53ff.
 - 26 Bezeichnung der Einzelverträge mit Deutsch-Österreich, Bulgarien, Ungarn und der Türkei.
 - 27 Hier sind besonders die auch vergleichsweise enormen Gefangenzahlen nach dem 08. August 1918 anzuführen, die zwar nicht unbedingt auf Desertation schließen lassen, aber die Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung der Truppe wie den Vertrauensverlust in die Führung mehr als deutlich machen.
 - 28 Vergl. Philipp Blom, Der taumelnde Kontinent. Europa 1900 – 1914, München 2014, 14.
 - 29 Hellmut Diwald, Deutschland einig Vaterland. Geschichte unserer Gegenwart, Ffm-Berlin 1990, 20. Mit dem Young-Plan von Januar 1930 (sic!) wurde eine Zahlung von 116 Mrd. Reichsmark – verteilt auf 58 Jahre und 6 Monate festgelegt – also bis 1988. In der Tat wurden die letzten Zahlungen in diesem Zusammenhang am 01. 10 2010 durch die Bundesrepublik geleistet, nach Hans Fenske, Der Anfang vom Ende des alten Europa, München 2013, 123, 126.
 - 30 John Darwin, a. a. O., 347.
 - 31 Ernst Piper, Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkrieges, Berlin 2013, 476. Als Ausdruck dieser „Leerstelle“ hatte die Weimarer Republik im Gegensatz zu den ehemaligen Kriegsgegnern auch kein zentrales Grabmal des unbekanntesten Soldaten.
 - 32 Wencke Meteling: Neue Forschungen zum Ersten Weltkrieg. Englisch- und französischsprachige Studien über Deutschland, Frankreich und Großbritannien in: Geschichte und Gesellschaft, 37. Jahrgang 2011, Heft 4, Göttingen 2011, 637. Das einleitende Kapitel von Hans Josef Horchems aktuellem Buch „Kinder im Krieg“ verdeutlicht, in welcher starkem Maße gerade die Jugend der 20er Jahre, insbesondere im Rheinland, durch das tägliche Erleben von „Versailles“ geprägt wurde. Hans Josef Horchem, Kinder im Krieg. Kindheit und Jugend im Dritten Reich, Hamburg 2014, 10 ff.
 - 33 Hierzu u.a. der noch heute lesenswerte Vortrag von Hans Delbrück, Der Friede von Versailles, Berlin 1930. Ein gutes Beispiel für mit dem Versailler Vertrag

- verbundene Rechtsbrüche bietet die aktuelle Berliner Ausstellung im Kulturforum über den Genter Altar, dessen 1821 rechtmäßig erworbene Tafeln 1920 als „Kompensation“ für Kriegsschäden an Belgien ausgeliefert werden mussten [Art.]. Die Genfer Konvention von 1907 hatte Kompensationen durch Kulturgüter ausdrücklich untersagt.
- 34 Das einleitende Kapitel von Hans Josef Horchems aktuellem Buch „Kinder im Krieg“ verdeutlicht, in welch starkem Masse gerade die Jugend der 20er Jahre, insbesondere im Rheinland, durch das tägliche Erleben von „Versailles“ geprägt wurde. Hans Josef Horchem, Kinder im Krieg. Kindheit und Jugend im Dritten Reich, Hamburg 2014, 10 ff.
- 35 Hellmut Diwald, a. a. O., 21. Heuss schrieb dies in seinem Buch „Hitlers Weg“. Siehe zu Versailles auch: Christian Graf von Krockow, Die Deutschen in ihrem Jahrhundert. 1890 – 1990, Gütersloh 1990, 129ff.
- 36 Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich, Deutschland und der erste Weltkrieg, Ffm. 2013, 33. Im Übrigen ein Komplott , das durch den russischen Geschäftsträger Hartwig in Belgrad zumindest indirekt auch das Zarenreich involvierte.
- 37 Nicht unwichtig erscheint, dass Serbien bis heute seine „Identität“ aus dieser Niederlage herleitet.
- 38 Hierin findet sich eine Symbiose von Slawentum und historisch meist vernachlässigter orthodoxer Christenheit mit Moskau als „Drittes Rom“. Dennoch hatte das Zarenreich im Vorfeld des Berliner Kongresses am 08. Juni 1878 zugestimmt, Österreich-Ungarn das Recht zur Besetzung von Bosnien und der Herzegowina zuzugestehen. Siehe Lothar Gall, Bismarck. Der weisse Revolutionär, Ffm. u. a. 1980, 522.
- 39 John Darwin, a. a. O., 358.
- 40 Ebda., 351,
- 41 Volker Berghahn, Der Erste Weltkrieg, 5., aktualisierte und ergänzte Aufl., München 2014, XVII.
- 42 Paul Sethe, Geschichte der Deutschen im letzten Jahrhundert von 1848 bis heute, Ffm. 1960, 240.
- 43 Eric J. Hobsbawn, Das Imperiale Zeitalter 1875 – 1914, Ffm. – New York 1989, 380, 387 ff.
- 44 Ebda., 408.
- 45 Großbritannien, Frankreich, Russland, Deutschland, die USA und Japan. Dank der Monroe-Doktrin blieb Südamerika alleiniges USA-Interessengebiet. Japan rückte schon mit dem brit.-jap. Vertrag von 1902, der gegen die russischen Ambitionen in Zentral – und Westasien gerichtet war, in den Fokus.
- 46 John Darwin, a. a. O., 385 f. In diesem Zusammenhang taucht häufig ein auf das Politische übertragener Begriff des „Sozialdarwinismus“ als „Recht des Stärkeren“ auf – ähnlich wie „Militarismus“ und „Imperialismus“ oft gebetsmühlenartig wiederholt.
- 47 Innerhalb von 25 Jahren gelangte das Reich bis 1913 in einer Art „Erstem Wirtschaftswunder“ auf den 2. Platz der Industrienationen hinter den USA und vor Großbritannien. Von den 63 Nobelpreisen von 1901 bis 1914 gingen allein 18, fast 1/3 , an Deutsche, die anderen 45 verteilen sich auf 12 Staaten.
- 48 Hentig bezieht diese Feststellung auf eine durch das Wachstum des Reiches hervorgerufene Beklemmung bei den Nachbarn; in der Tat handelte es sich um ein europäisches Gesellschaftsproblem. Hans von Hentig, Der Friedensschluss. Geist und Technik einer verlorenen Kunst, München 1965, 69.
- 49 Vgl. Wolfgang Martynkewicz, Salon Deutschland. Geist und Macht 1900 -1945, Bonn 2011, 61, 155, 159,
- 50 In Abgrenzung zu Baden-Powells britischer Boy-Scout-Gründung von 1907, war die Jugendbewegung seit 1896, seit 1901 der „Wandervogel“, in ihrer romantischen Suche nach „der blauen Blume“ Novalis‘ und den Inhalten und Formen der Lebensreformbewegung eine typisch deutsche Bewegung.
- 51 Manfred Müller, Uns geht die Sonne nicht unter. Was bleibt von der Deutschen Jugendbewegung, Thurnau 2013, 13 f. In diese Prozesse sind auch die „Bewegung“ von Johannes Müller oder die eher mondänen Kreise um Axel Munthe oder Cosima Wagner einordnen. Vgl. hierzu insbesondere die Biographie von Lothar Machtan, Prinz Max von Baden. Der letzte Kanzler, Berlin 2013.
- 52 Neben Wehler, Winkler oder in Teilen auch Blom und Piper insbesondere Martynkewicz, hier a. a. O., 49.
- 53 Veit Valentin, Geschichte der Deutschen [1946], Köln 1979, 509.
- 54 Siehe hierzu u. a. Lothar Machtan, a. a. O., 17 ff.
- 55 Müller a. a. O., 69.
- 56 In Frankreich wurde im republikanischen Geist beispielsweise von „honorer la patrie“ bis „unifier la France“ bis „sacrifice pour la patrie“ gesprochen, siehe hierzu: Jean-Pierre Roux, Pourquoi et comment commémorer la Grande Gurre, in: Revue Défense Nationale, 10/2014, Paris 2014, 12, 14.
- 57 Im Herbst 1914 stürmten gegen verheerendes Maschinengewehrfeuer deutsche Freiwilligenregimenter bei Langemarck gegen die feindlichen Linien. Viele sollen dabei das Deutschlandlied gesungen haben. Die Schätzung allein der gefallenen Wandervogel im gesamten Krieg reicht von 2 000 bis 7000 Soldaten (Müller, 70).
- 58 Die homoerotische Aufladung gerade auch im – mehrheitlich deutschen - Bereich des Hochadels, verbunden mit den o.a. „Seelenheilern“ bedarf weiterer Untersuchungen. Vgl. Lothar Machtan, a. a. O., 120, 189, 193. Die europaweite Propagierung einer „virilen kriegsbereiten Kämpfernatur“ mag hier mit ihre Ursprünge finden.

- 59 Siehe hierzu insbesondere Philipp Blom, *der taumelnde Kontinent, Europa 1900 – 1914*, München 2014, 13. Der mit dem folgenden Krieg verbundene Heroenkult, teilweise Todessehnsucht mag hier eine Begründung finden. Als symptomatisch für diesen Geist des Verlustes kann Marcel Prousts Roman „*À la recherche du temps perdu*“ genommen werden.
- 60 Wolfgang J. Mommsen, *Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters*, Bonn 2004, 10.
- 61 Vergl. Alexander Demandt, *Kleine Weltgeschichte*, München 2003, 277.
- 62 Hugo von Hoffmannsthal, *Worte zum Gedächtnis des Prinzen Eugen*, 207, zitiert nach Martynkewicz, a. a. O., 212.
- 63 Sönke Neitzel, *Weckkrieg und Revolution 1914 – 1918/19*, Berlin 2008, 30.
- 64 Mommsen, a. a. O., 39.
- 65 Hobsbawm, a. a. O., 407.
- 66 Ernst Piper, a. a. O., 130. Der Dramatiker Julius Bab rezensierte allein in den ersten zwei Kriegsjahren 220 Bände mit Kriegsliteratur im Reich.
- 67 Ernst Piper, a. a. O., 147.
- 68 Ernst Piper, a. a. O., 195.
- 69 Zitiert nach Mommsen, a. a. O., 35.
- 70 Mittelmächte : Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei mit rund 9,8 Millionen Soldaten gegen die Entente mit Großbritannien, Frankreich, Russland, Serbien, Montenegro, Rumänien und Italien (1915) mit rund 13 Millionen Soldaten und ab 1917 die USA, diese bis Ende 1918 mit 2 Millionen in Europa. Berkahn kommt insgesamt bis 1918 auf ein Verhältnis von 19,1 Millionen der Mittelmächte gegen 29,2 der Ententemächte (Berkahn, a. a. O., 3).
- 71 Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, Bonn 1873, 212.
- 72 Herfried Münkler, in: *Die Zeit*, Nr. 34/2014, Hamburg, 14. 08. 2014.
- 73 Für den Luftkrieg gelten neben dem Luftkampf erste – durchaus nicht zaghafte – Bombenangriffe schon im September 1914 auf Städte in der Pfalz; für den Panzer die ersten gemischt erfolgreichen Versuche im Infanterieangriff, allerdings ohne dessen Möglichkeiten damals erkannt zu haben.
- 74 „*Britannia rules the waves*“ ersetzte, beginnend mit den Kaperkriegen, das von Hugo Grotius (1583 - 1645) 1609 entwickelte Recht des „*mare liberum*“.
- 75 Philippe Simonnot, „*Die Schuld lag nicht bei Deutschland*“. Anmerkungen zur Verantwortung für den Ersten Weltkrieg, Berlin 2014, 46. Simonnot bezieht sich auf ein Werk von Jacques Droz von 1978.
- 76 Ernst Piper, a. a. O., 431
- 77 Auf deutscher Seite erklärt u.a. diese Erschöpfung gepaart mit Verzweiflung, Enttäuschung und wie bei vielen auch Überraschung über den Kriegsausgang sowie verbunden mit monarchischer Selbstdiskreditierung den vergleichsweise „weitgehend erstaunlich lautlosen Untergang“ der 19 Monarchien im Reich, Lothar Machtan, *Der erstaunlich lautlose Untergang von Monarchie und Bundesfürstentümern – Ein Erklärungsangebot*, in: Alexander Gallus (Hrsg.), *Die vergessene Revolution von 1918/19*, Bonn 2010, 39ff.
- 78 Thomas Nipperdey, a. a. O., 855. Der Kalorienwert sinkt auf unter 1000 in Bezug auf den Vorkriegsdurchschnitt, und Statistiker kommen auf 760 000 Todesopfer der Unterernährung.
- 79 Abgehackte Kinderhände hat es nicht gegeben und vorgekommene Vergewaltigungen wie Plünderungen wurden nach dem Militärstrafgesetzbuch strikt geahndet. Hier könnte besonders bei den Belgiern ein Akt psychologischer Selbstexkulpation der Verbrechen in ihrer eigenen Kongo-Kolonie vorliegen.
- 80 Sabine Schulze u.a. (Hrsg.), *Katalog zur Ausstellung „Krieg & Propaganda 14/18“*, Hamburg 2014.
- 81 Max Scheler, *Die Ursachen des Deutschen Hasses. Eine Nationalpädagogische Erörterung*, Leipzig 1917, 13. Im Folgenden 165, 66, 31, 147, 94.
- 82 Thomas Mann, *Gedanken im Kriege*, 36ff, 32. Siehe auch Martynkewicz, a. a. O., 208.
- 83 Siehe hierzu Steffen Bruendel, *Zeitenwende 1914. Künstler, Dichter und Denker im Ersten Weltkrieg*, München 2014, 7.
- 84 Siehe hierzu: Klaus Böhme (Hrsg.), *Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg. Mit einem Nachwort von Hartmann Wunder*, Stuttgart 2004. Nicht unerheblich ist hierbei die Tatsache, dass 1100 Hochschullehrer sich mit einer Erklärung gegen die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 wandten, denen 81 Hochschullehrer gegenübertraten.
- 85 Siehe Johann Gottlieb Fichte, *Reden an die Deutsche Nation*, Mit einer Einleitung hrsg. von Alexander Aichele, Hamburg 2008, LVIII, LIII, 13, 23, 102 ff. 210.
- 86 John Darwin, *Der imperiale Traum, Die Globalgeschichte großer Reiche 1400 – 2000*, Ffm. 2010, 346 f.
- 87 Auch wenn die Zahlen differieren, allein 800 000 indische Soldaten wurden mobil gemacht, davon ca. 160 00 auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Frankreich setzte 485 000 Soldaten aus Afrika und Indochina ein. Informationen zur politischen Bildung Nr. 321/2014, *Zeitalter der Weltkriege*, Bonn 2014, 19. Zusätzlich darf der Einsatz dieser indigenen Kräfte, einschließlich der späteren französischen Rheinlandbesetzung durch afro-arabische Soldaten für die Entwicklung von rassistischem Gedankengut in Deutschland nicht unterschätzt werden. Vgl. hierzu Christian Koller, „*Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt*“. Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914 – 1930), Stuttgart 2001.

- 88 Lettow-Vorbeck setzte 1626 durch, dass „seine“ Askaris nicht nur ihren Sold seit 1917 nachbezahlt bekamen, sondern auch eine „Ehrenpension“ erhielten, deren Auszahlung noch durch die Bundesregierung weitergeführt wurde.
- 89 Volker Berkhahn, a. a. O., 59. Kann auch als Vorstellung gegenseitiger Siegesicherheit definiert werden.
- 90 Dies trotz zahlreicher kriegstheoretischer Werke, wie „Volk in Waffen“ des Generals von der Goltz oder insbesondere der vielgelesenen 6bändigen Studie „Die Zukunft des Krieges in technischer, wirtschaftlicher und politischer Relation“ des polnisch-russischen Bankiers und Industriellen Johann von Bloch (24. 07. 1836 – 07. 01. 1902) von 1899.
- 91 Erich Ludendorff, *Der totale Krieg*, München 1935.
- 92 Boris Barth, *Dolchstoßlegende und Novemberrevolution*, in: Gallus a. a. O., 120.
- 93 Oliver Janz, *Der Große Krieg*, Ffm. 2013, 32.
- 94 Vgl. hierzu Heinz Kraft, *Staatsraison und Kriegführung im kaiserlichen Deutschland 1914 – 1916*, Göttingen u.a. 1980, 31ff., 198ff., 287.
- 95 Joseph Rowan, *Geschichte der Deutschen*, München – Wien 1995, 513. Ähnlich auch Hobsbawm, a. a. O., 389, wenn er die Schuldfrage als unhistorisch bewertet. Auch Nipperdey lehnt die die „hoch moralisierte und emotionalisierte Frage nach der Kriegsschuld“ ab und somit auch ihre Beantwortung. Der Erste Weltkrieg war jedoch nicht „die zwangsläufige Folge eines Systems... er war das Produkt menschlicher Entscheidungen, unter gegebenen historischen Bedingungen natürlich“, Nipperdey a. a. O., 694 und 695.
- 96 Annika Mombauer, *Die Julikrise. Europas Weg in den Krieg*, München 2014, 98.
- 97 Doch erst 1752 durch David Hume formuliert.
- 98 So u. a. Niall Ferguson, *Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert* [1998], Leck 2013. Ähnlich auch Konrad Canis, *Der Weg in den Abgrund, Deutsche Außenpolitik 1902 -1914*, Paderborn 2011.
- 99 Gerry Docherty; Jim Macgregor, *Hidden History. The secret origins of the First World War*, Edinburgh – London 2013, 237. Möglicherweise unhistorisch, da nicht belegbar, last sich aber auch an ein gemeinsames Schuldgefühl oder eine gewissen „Komplizenschaft“ aus den völkerrechtswidrigen Kolonialerfahrungen aus dem belgischen Kongo und dem Burenkrieg denken.
- 100 Ferguson, a. a. O., 208 f.
- 101 Hans von Hentig, *Der Friedensschluss*, a. a. O., 95.
- 102 Ebda, 80 f.
- 103 Nach Gina Thomas, *Der König und die Front. Was sagte Georg V. kurz vor dem Ersten Weltkrieg?* In: *Die Welt* vom 29. 07. 2014. Siehe auch Jörg Friedrich, 14/18. *Der Weg nach Versailles*, Berlin 2014, 177 ff.
- 104 Scheler, a. a. O., 171
- 105 Wencke Meteling, *Neue Forschungen zum Ersten Weltkrieg*, a. a. O., 640
- 106 John F. Jungclaussen mit Bezug auf Linda Colley „Ein Pfund für Europa!“ in: *Die Zeit* vom 18. 06. 2014
- 107 Brendan Simms, a. a. O.
- 108 Alexander Demandt, *Kleine Weltgeschichte*, München 2003, 279. Russische Truppen titulierte sich beim Einmarsch in Ostpreußen im August 1914 auf Plakaten als „Herolde des Slawentums“, siehe Manfred Nebelin, Ludendorff. *Diktator im Ersten Weltkrieg*, München 2010, 137.
- 109 Phillippe Simonnot, a. a. O., 55 f.
- 110 Annika Mombauer, a. a. O., 65.
- 111 Simonnot, a. a. O., 57, Clark, a. a. O., u. a. 121, 575 ff., 619. Als herausragender Vertreter dieses Panslavismus gilt der russische Botschafter Nikolaus [von] Hartwig, seit 1909 in Belgrad. Geb. 16. Dezember 1857, am 10. Juli in der österreichischen Botschaft einem Herzinfarkt erlegen. Auf Wunsch der serbischen Regierung [sic!] in Belgrad bestattet.
- 112 Simonnot, a. a. O., 38, 53.
- 113 Mombauer, a. a. O., 97.
- 114 Hans von Hentig, a. a. O., 58 f.
- 115 Wencke Meteling, *Neue Forschungen zum Ersten Weltkrieg*, a. a. O., 616.
- 116 Max Scheler, a. a. O., 190. Anzuführen ist hierzu auch die politische Fehlanalyse von 1871 bzw. die Naivität hinsichtlich nationaler Gegenreaktionen. 1871 war nicht mehr 1681, weder territorial noch national mit der Souveränität des absoluten Fürsten.
- 117 „Erster Französischer“ Sieg über „Deutschland“ am 27. Juli 1214 – einem Sonntag! - gilt neben 1814, 1914 und 1944 als ein Schlüsseldatum für die „grandes heures de péril national“.
- 118 Joseph Caillaux, 30. März 1863 – 21. November 1944, von Juni 1911 bis Januar 1912 fr. Ministerpräsident, gestürzt auf Grund seiner Opposition gegen die neuen Wehrgesetzte und seiner nach Ausgleich mit Deutschland suchenden Politik. Sein Nachfolger wurde Poincaré.
- 119 Raymond Poincaré, 20. August 1860 – 15. Oktober 1934, stärkte die Triple-Entente und forcierte die fr. Aufrüstung, von Januar 1914 bis 1920 Staatspräsident. Zu dem Begriff „Kriegstreiber“ und die innerfranzösische Auseinandersetzung hierüber siehe Phillippe Simonnot, „Die Schuld lag bei Deutschland“, Berlin 2014, 19 ff.
- 120 Siehe Hans Delbrück, a. a. O., 21.
- 121 Wikipedia.org/w/index. Raymond Poincaré, Zugriff vom 09. September 2014. Siehe hierzu auch Simonnot, a. a. O., 38 f.
- 122 Fernand Schneider, *Histoire des Doctrines Mimitaires*, Paris 1957, 64 f. Eini-

ge Jahre vorher hatte schon Oberst Grandmaison die „offensive à l’outrance“ als Doktrin vorgeschlagen.

- 123 Simonnot, a. a. O., 31.
- 124 Jean Jaurés, 03. September 1859 – 31. Juli 1914, sein Mörder Raoul Villain wurde am 29. März 1919 von einem Geschworenengericht freigesprochen! Die neue Armee [1907], Jena 1913. Im Folgenden S. 10, 477, 484, 438, 439.
- 125 Georges Clemenceau, 1930, S.328, u.a.: „Dieses Deutschland ist schuldig für das größte europäische Verbrechen, vorbereitet mit Bedacht und ausgeführt vor den Augen aller“, zitiert nach Simonnot, a. a. O., 62. Original in: Georges Clemenceau, *Grandeurs et Misères d’une Victoire*, Paris 1930, 283. „C’est l’Allemagne coupable du plus grand crime européen prémédité, préparé, poursuivi à ciel ouvert“ oder „Aujourd’hui L’Allemagne tente de refaire, dans les procédures de la Paix, un empire germanique qu’elle n’a pu réaliser dans la guerre“, S. 298.
- 126 Simonnot, a. a. O., oder Fenske, a.a o.
- 127 Reichstagsrede vom 06. Dezember 1897. Dazu gehört der andere Halbsatz“ wir wollen niemand in den Schatten stellen“, zitiert nach Clark, a. a. O., 207.
- 128 Nicht ohne Grund erhielt Berlin daher den Beinamen „Parvenüropolis“.
- 129 Clark, a. a. O., 206 ff.
- 130 „Wir haben keine kriegerischen Bedürfnisse, wir gehören zu den – was der alte Metternich nannte: saturierten Staaten, wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten“. Reichstagsrede vom 11. Januar 1887 in der Bismarck ausgehend von 16 Jahren Frieden diesen aus deutscher Sicht auf die Zukunft projiziert. Zitiert nach Hans Rothfels a.a.O., 140.
- 131 Siehe hierzu Hentig, a. a. O., 69, Hentig bezieht diese Unfähigkeit allein auf Russland, aber sie kann sicher auch für die anderen Nationen gelten, in der Furcht vor einer Abhängigkeit, einer „Sklaverei der Allianz“.
- 132 Frank-Lothar Kroll, *Geburt der Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg*, Bonn 2013, 8.
- 133 Ebda, 48, zitiert nach Manfred Rauh, *Föderalismus und Parlamentarismus im wilhelminischen Reich*, Düsseldorf 1973, 26, 31.
- 134 Vgl. Lothar Machtan, a. a. o., 205. Andererseits fehlte diesen aufstrebenden Kräften ein „demokratisches Selbstvertrauen“ wie auch der Mut zu „politischem Gestaltungswillen“, ebda., 385.
- 135 Siehe hierzu insgesamt und aktuell: Gerhard A. Ritter, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 2010.
- 136 Alldeutscher Verband seit 1894, 1891 unter Mitwirkung von Carl Peters, Friedrich Ratzel und Alfred Hugenberg gegründet.
- 137 Siehe hierzu: Christian Graf Krockow, a. a. O., 79.
- 138 Ritter versucht in seinem vierbändigen Werk in der Verbindung von Staatskunst und Kriegsherrschaft auch eine Definitionsgeschichte wie eine Darstellung des Militarismus, wobei er zu dem Schluss kommt, dass nach der gängigen gesellschaftlich verorteten Definition alle europäischen Kontinentalmächte um 1914 als „militaristisch“ bezeichnet werden könnten. Gerhard Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, II., Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890 – 1914)*, München 1960, 32.
- 139 Anselm Doering-Manteuffel, *Kriegserfahrung, Wissenschaft und Technik*, in: Georg Schild/Anton Schindling (Hrsg.), *Kriegserfahrungen – Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit. Neue Horizonte der Forschung*, Paderborn u. a. 2009, 201.
- 140 Gerhard Ritter, I., a. a. O., 23. Weltweit zählen hierzu insbesondere Brasilien – mit deutschen Vorschriften – oder Chile und China.
- 141 Hobsbawm, a. a. O., 382.
- 142 Siehe hierzu u.a. , Oliver Janz, *Der Grosse Krieg*, Ffm. 2013, 34 ff.
- 143 Gerhard Ritter, II., a. a. O., 158. Insgesamt darf das Budgetrecht des Reichstages nicht unterschätzt werden.
- 144 Ebenda, 254.
- 145 Ebenda, 255. Siehe auch ebda., 240.
- 146 Brendan Simms, *Kampf um Vorherrschaft. Eine deutsche Geschichte Europas 1453 bis heute*, München 2014, 12.
- 147 Nipperdey, a. a. O., 698. Nipperdey trifft diese Feststellung aus der Wirklichkeit der geopolitischen Lage, die im Übrigen schon für das alte Kaiserreich galt, nach der These von Brendan Simms, wonach sich „die Vorherrschaft [spätestens, der Verf.] im neuzeitlichen Europa als Kampf in Deutschland, um Deutschland und gegen Deutschland abspielte“, Georg Seibt, *Die großen Mächte in: Süddeutsche Zeitung*, 16. 09. 2014, 11. Der Franzose Joseph Rowan stellt fest, dass in einer historischen Kontinuität „die [europäischen d. Verf.] Mächte ein Gleichgewicht der Kräfte nur dann für möglich hielten, wenn Deutschland gespalten und zersplittert blieb“. Joseph Rowan, a. a. O., 406. Vergl. Hierzu auch Canis a. a. O. über dieses fragile Mächtegleichgewicht.
- 148 Aus dem sogenannten Kissinger Diktat vom 15. Juni 1877, in dem Bismarck Grundgedanken zur europäischen Politik und der Weltpolitik äußert. Lothar Gall, *Bismarck. Der weisse Revolutionär*, Ffm. u. a. 1980, 516 f.
- 149 U. a. Berghahn, a. a. O., 25.
- 150 Ebda.
- 151 Vgl. Gerd Krumeich, *Vorstellungen vom Krieg vor 1814 und der Beginn des „Großen Krieges“*, in: *Erster Weltkrieg*, APuZ 16-17/2014 vom 14. April 2014, Bonn 2014, 5.
- 152 Vorgesehen war deren Auswirkung bis 1916, um die Truppenstärken wenigstens

- in etwa denen von Frankreich, von Russland ganz zu schweigen, angleichen zu können.
- 153 Im Übrigen – nach Ritter, a. a. O., 262 ff. – gegen die Vorstellungen von Schlieffen, der das Problem unausgebildeter Reserveeinheiten klar erkannt hatte.
- 154 Auch Thomas Weber vermittelt in „Hitlers erster Krieg“ nicht die Sicht einer planmäßigen oder gar abgeschlossenen Kriegsvorbereitung. Thomas Weber, *Hitlers erster Krieg. Der Gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wirklichkeit*, Berlin 2010.
- 155 Erwin von Witzleben, *Kriegstagebuch Erster Weltkrieg, 1914 -1919*, 15. 08. 1914, in: Georg von Witzleben, „Wenn es gegen den Satan Hitler geht...“, *Biografie, Erwin von Witzleben im Widerstand*, Hamburg 2013.
- 156 Ebda., 33. Interessant hierbei ist, dass diese Feststellung in ihrer ganzen Breite auch für 1939 gilt, nicht nur durch Becks Warnungen, sondern beispielhaft auch mit dem vernichtenden Zustandsbericht General Reinhardts vom 02. Dezember 1938 über seine 4. Pz.-Division, in: Joachim Neumann, *Die 4. Panzerdivision 1938 – 1943*, Bonn 1985, 4 und 8.
- 157 Im August 1914 und dann nochmals im Herbst 1914, bei einem zweiten Russeneinfall in Ostpreußen verließen um die 350 000 Flüchtlinge ihre Heimat [neben Vergewaltigungen und Morden wurden 13 600 nach Russland verschleppt] und wurden auf die norddeutschen Provinzen, einschließlich Hannover [Kreis Burgdorf mit 2 000 Flüchtlingen] verteilt und konnten erst im Frühjahr 1915 in ihre gründlich ausgeplünderten Dörfer zurückkehren. Erinnerungen an 1812/13 wurden realitätsnah wieder wach, die sich dann bis 1941/45 im kollektiven Gedächtnis halten sollten. Adolf Meyer, *Ostpreußische Flüchtlinge in unseren Heidedörfern*, in: Erich Plenge (Hrsg.), *Alt-Hannoverscher Volkskalender auf das Jahr 2014*, 142. Jahrgang, Sulingen 2013, 81-86.
- 158 Allein die Friedensstärke Frankreichs mit 921 000 Mann lag über der deutschen mit 761 000 Mann. Mit der Kriegsstärke standen 3, 5 Millionen der Mittelmächte [davon das Reich 2 147 000] 5,7 der Entente gegenüber. Nipperdey, a. a. O., 758.
- 159 Feststellung Ludendorffs, zitiert nach Manfred Nebelin, *Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg*, München 2010, 108.
- 160 Hierzu zählen die Verstärkung der Südfront in Elsass-Lothringen zu Lasten des rechten Flügels, die fehlende Führungskoordination für den rechten Flügel, sowie der – dann vollkommen nutzlose - Abzug von zwei Armeekorps nach Ostpreußen.
- 161 Nipperdey a. a. O., 891. Ähnlich u. a. auch Krockow, a. a. O., 106.
- 162 Christian Graf von Krockow, a. a. O., 66.
- 163 Ernst Jünger, *Der Arbeiter*, 55 (Piper 474).
- 164 Ernst Piper, a. a. O., 438.
- 165 Joseph Rowan, a. a. O., 512. Harry Graf Kessler schrieb im März 1915 „Bethmann, Jagow und Falkenhayn sind ein Trio aus Schwächen“ oder die englische Presse 1918 ähnlich über Prinz Max von Baden oder der Preußenprinz August Wilhelm Ende Oktober 1918 „Aus einer solchen Sippschaft kann keine Rettung für Volk und Vaterland entstehen“, zitiert nach Lothar Machtan, a. a. O., 260, 388, 441.
- 166 John Keegan, *Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie*, Reinbek 2001, 570.
- 167 Clark, a. a. O., 710.
- 168 Ebda., 20.
- 169 Peter Graf Kielmannsegg, *Schuld und Halbschuld* in: FAZ Nr. 148 vom 30. Juni 2014, 6.
- 170 Zitiert nach Hobsbawm, a. a. O., 409, Nietzsche 1965, Band 9, 94.
- 171 Franz Marc, in *Das geheime Europa*, zitiert nach Enzo Traverso, a. a. O., 33.

Literaturverzeichnis:

Bauerkämper, Arndt, Durchhalten: Krieg und Gesellschaft im Vergleich 1914 – 1918, Berlin 2010.

Blom, Philipp, Der taumelnde Kontinent. Europa 1900 – 1912, München 2014.

Blom, Philipp, Die zerrissenen Jahre 1918 – 1938, München 2014.

Bruendel, Steffen, Zeitenwende 1914. Künstler, Dichter und Denker im Ersten Weltkrieg, München 2014.

Canis, Konrad, Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902 – 1914, Paderborn 2011.

Clark, Christopher, The Sleepwalkers. How Europe went to war 1914, London 2012.

Clark Christopher, Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2014.

Clausewitz, Carl von, Vom Kriege, Bonn 18 1973.

Clemenceau, Georges, Grandeurs et Misères d'une Victoire, Paris 1930.

Darwin, John, *Die Globalgeschichte großer Reiche 1400 - 2000. Der imperiale Traum*, Frankfurt/M. 2010.

Demandt, Alexander, *Kleine Weltgeschichte*, München 2003.

Diwald, Hellmut, *Deutschland einig Vaterland. Geschichte unserer Gegenwart*, Frankfurt/M – Berlin 1990.

Docherty, Gerry; Macgregor, Jim, *Hidden History. The secret origins of the First World War*, Edinburgh – London 2013.

Fenske, Hans, *Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 – 1919*, München 2013.

Ferguson, Niall, *Der Falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert [1998]*, Leck 2013.

Fichte, Johann Gottlieb, *Reden an die deutsche Nation [1807/08]*, mit einer Einleitung hrsg. von Alexander Aichele, Hamburg 2008.

Friedrich, Jörg, *14/18. Der Weg nach Versailles*, Berlin 2014.

Gallus, Alexander (Hrsg.), *Die vergessenen Revolution von 1918/19*, Bonn 2010.

Gregory, Adrian, *The Last Great War. British Society and the First World War*, Cambridge 2008.

Haffner, Sebastian, *Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg*, Köln 2014.

Henke-Bockschatz, Gerhard, *Der erste Weltkrieg. Eine kurze Geschichte*, Stuttgart 2014.

Hentig, Hans von, *Der Friedensschluss. Geist und Technik einer verlorenen Kunst*, München 1965.

Hirschfeld, Gerhard; Krumeich, Gerd, *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Ffm. 2013.

Hobsbawn, Eric J., *Das Imperiale Zeitalter 1875 – 1914*, Ffm. – New York 1989.

Horchem, Hans Josef, *Kinder im Krieg. Kindheit und Jugend im Dritten Reich*, Hamburg 2014.

Jureit, Ulrike; Schneider, Christian, *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*, Bonn 2010.

Keegan, John, *Der Erste Weltkrieg. Eine europäische Tragödie*, Reinbek 2001.

Kielmannsegg, Peter Graf, *Schuld und Halbschuld*, in: FAZ Nr. 148 vom 30. Juni 2014, 6.

Koller, Christian, „Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt“. *Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914 – 1930)*, Stuttgart 2001.

Kraft, Heinz, *Staatsraison und Kriegführung im kaiserlichen Deutschland 1914 – 1916*, Göttingen u. a. 1980.

Krockow, Christian, Graf von, *Die Deutschen in ihrem Jahrhundert, 1890 – 1990*, Gütersloh 1990.

Kroll, Frank-Lothar, *Geburt der Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg*, Bonn 2013.

Krumeich, Gerd, *Der Erste Weltkrieg. Die 101 wichtigsten Fragen*, München 2014.

Leonhard, Jörn, *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges*, München 2014.

Ludendorff, Erich, *Der totale Krieg*, München 1935.

Machtan, Lothar, Prinz Max von Baden, *Der letzte Kanzler des Kaisers*, Berlin 2013.

Mann, Thomas, *Essays II, 12914 – 1926*, hrsg. und textkritisch durchgesehen von Hermann Kurzke, Frankfurt/M. 2002.

Martynkiewicz, Wolfgang, *Salon Deutschland. Geist und Macht 1900 – 1945*, Bonn 2011.

McMeekin, Sean, *Russlands Weg in den Krieg. Der Erste Weltkrieg Ursprung der Jahrhundertkatastrophe*, Berlin u. a. 2014.

Meier, Christian, *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerens. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit*, München 2010.f

Mombauer, Monika, *Die Julikrise. Europas Weg in den Ersten Weltkrieg*, München 2014.

Mommsen, Wolfgang J., *Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters*, Bonn 2004.

Müller, Manfred, *Uns geht die Sonne nicht unter. Was bleibt von der deutschen Jugendbewegung*, Thurnau 2013.

Münkler, Herfried, *Der Grosse Krieg. Die Welt 1914 – 1918*, Berlin 2013..

Nebelin, Manfred, Ludendorff. *Diktator im Ersten Weltkrieg*, München 2010.

Neitzel, Sönke, *Weltkrieg und Revolution 1914 – 1918/19*, Berlin 2008.

Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1866 – 1918, Band II, Machtstaat vor der Demokratie*, München 1992.

Osterhammel, Jürgen, *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009.

Piper, Ernst, *Nacht über Europa. Kulturgeschichte des Ersten Weltkrieges*, Berlin 2013.

Pöhlmann, Markus; Potempa, Harald; Vogel, Thomas (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg 1914 – 1918. Der deutsche Aufmarsch in ein kriegerisches Jahrhundert*, München 2014.

Ritter, Gerhard, *Staatskunst und Kriegsherrschaft. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, Erster Band. Die altpreußische Tradition (1740 – 1890)*, München 1954.

Ritter, Gerhard, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, Zweiter Band. Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890 – 1914)*, München 1960.

Rothfels, Hans, *Bismarck und der Staat*, München 1958.

Rovan, Joseph, *Geschichte der Deutschen. Von ihren Ursprüngen bis heute*, München – Wien 1995.

Scheler, Max, *Die Ursachen des Deutschenhasses. Eine nationalpädagogische Erörterung*, Leipzig 1917.

Schulze, Sabine u. a. (Hrsg.) *Katalog zur Ausstellung“ Krieg & Propaganda 14/18*, Hamburg 2014.

Schulze-Wegener, Guntram, *Der Erste Weltkrieg 1914 – 1918. Die große Katastrophe*, Hamburg u. a. 2014.

Segesser, Daniel Marc, *Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive*, 3. überarbeitete Aufl., Wiesbaden 2013.

Sethe, Paul, *Schicksalsstunden der Weltgeschichte*, Bergisch-Gladbach 1977.

Simms, Brendan, *Kampf um Vorherrschaft. Eine deutsche Geschichte Europas 1453 bis heute*, Stuttgart 1914.

Simonnot, Philippe, *„Die Schuld lag nicht bei Deutschland“. Anmerkungen zur Verantwortung für den Ersten Weltkrieg*, Berlin 2014.

Sösemann, Bernd (Hrsg.), *Theodor Wolff. Der Chronist. Krieg, Revolution und Frieden im Tagebuch 1914 - 1919*, Düsseldorf – München 1997.

Stiftung Deutsches Historisches Museum (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg in 100 Objekten*, Darmstadt 2014.

Stiftung Deutsches Historisches Museum (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg 1914 -1918, Begleitheft zur Ausstellung*, Berlin 2013.

Thamer, Hans-Ulrich, *Der Erste Weltkrieg. Europa zwischen Euphorie und Elend*, Berlin 2013.

Traverso, Enzo, *Im Banne der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914 – 1945*, München 2007.

Tuchmann, Barbara, *Die Torheit der Regierenden. Von Troja bis Vietnam*, Ffm. 1984.

Waschow, Benjamin u. a., *Der Erste Weltkrieg und die Suche nach den Schuldigen*, München 2013.

Weber, Thomas, *Hitlers erster Krieg. Der Gefreite Hitler im Weltkrieg – Mythos und Wahrheit*, Berlin 2010.

Wehler, Hans-Ulrich, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914 – 1949*, Bonn 2009.

Weißmann, Karlheinz, *1914. Die Erfindung des häßlichen Deutschen*, Berlin 2014.

Willoweit, Dietmar, *Reich und Staat. Eine deutsche Verfassungsgeschichte*, Bonn 2013.

Witzleben, Georg von, „Wenn es gegen den Satan geht...“, *Biografie. Erwin von Witzleben im Widerstand*, Hamburg 2013.

August 1914, Das Rote Rad, Erster Knoten

Führung und Operation im Spiegel des literarischen Meisterwerks von Alexander I. Solschenizyn

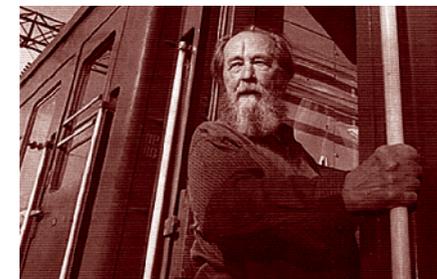
Ein Beitrag zur 100. Wiederkehr des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges

Christian E. O. Millotat

Annäherung an ein literarisches Meisterwerk und dessen Autor

Im November 1990 habe ich mit Alexander Solschenizyn (1918–2008) in dessen Wohnung im U.S.–Bundesstaat Vermont in Cavendish über meine Besprechung seines Buches „August 1914, The Red Wheel/ Knot I“¹ (August 1914. Das Rote Rad I. Knoten) gesprochen, das 1989 in englischer Übersetzung erschienen war. Es ist vom U.S. Army War College in Carlisle, Pennsylvania, veröffentlicht worden, und ich hatte es dem Autor zukommen lassen.² Die Begegnung mit Solschenizyn wird für mich immer ein unvergessliches Erlebnis bleiben. Er hat meine Arbeit als zutreffend und seine Gedanken vorzüglich entschlüsselnd gelobt. Wie kam es zu dieser Buchbesprechung?

In literarischen Meisterwerken dargestellte Ereignisse aus der Kriegsgeschichte haben bei mir mehrfach die Neugierde erweckt, tiefer in sie einzudringen. Je breiter ein solches Werk auch politische, gesellschaftliche und militärkulturübergreifende Felder analysierte, die bei der Darstellung der Entwicklung und des Handelns der beschriebenen Personen von den Autoren mit Leben erfüllt wurden, desto neugieriger wurde ich. So regten mehrfach die Arbeiten von Dichtern und Schriftstellern die Analyse von Schlachten der Vergangenheit aus militärischer Sicht bei mir an. Für den Feldzug Napoleon Bonapartes gegen Russland von 1812 war Tolstois Meisterwerk „Krieg und Frieden“ prägend, für das Geschehen in Ostpreußen nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges Solschenizyns „August 1914“.



Alexander Solschenizyn

Im Jahre 1990 arbeitete ich als deutscher „International Fellow“ am U.S. Army War College an einer Studie über das preußisch-deutsche Generalstabssystem,

seine Entwicklung sowie Bedeutung für die Militärkultur der heutigen Bundeswehr. Sie wurde mit dem „U.S. Army War College Foundation Award For Excellence in Military Writing“ ausgezeichnet und 1992 vom „Strategic Studies Institute“ am U.S. Army War College unter dem Titel, „Understanding the Prussian- German General Staff System“ veröffentlicht. Sie ist sogar in die albanische und koreanische Sprache übersetzt worden, im Internet eingestellt, und sie wurde Grundlage meiner beiden Bücher über dieses Thema von 2000 und 2009.³

Beim Auswerten der Quellen für meine Studie stieß ich auf folgende Sachverhalte:

Die seit dem 19. und 20. Jahrhundert entstandenen preußisch-deutschen Dienstvorschriften enthalten, wie von Generalmajor Carl von Clausewitz gefordert, Grundsätze, die durch Führungskunst der verantwortlichen Truppenführer in Gefechten und Schlachten umgesetzt werden müssen. Hierin liegt eine Wurzel der heutigen Auftragstaktik. Darüber liegt eine facettenreiche Literatur vor. Die Gestaltung des Zusammenwirkens in den Stäben wurde den verantwortlichen Soldaten überlassen. Das hat dazu geführt, dass Verfahren der Entscheidungsfindung und Befehlsgebung sowie der Gefechtsstandorganisation in der Literatur für die Ebenen Armee, Armeegruppe, Armeekorps und Division nur splitterhaft vorhanden sind. Wir kennen sie jedoch auf der Ebene der obersten Führung für die Arbeit im Stab des späteren Generalfeldmarschalls Helmuth Graf von Moltke im Krieg gegen Frankreich von 1870/71 und im Generalstab des Heeres im Russlandfeldzug im Zweiten Weltkrieg; oberflächlich im Oberkommando der Wehrmacht und im „Grand Quartier Général“ des Oberbefehlshabers der Französischen Armee zu Beginn des Ersten Weltkrieges, General Josef Césaire Joffre.⁴

Im Zeitalter vor dem Internet bedeutete das eine mühsame Suche in der Memoirenliteratur sowie in Dienstvorschriften und Anleitungen zur Entscheidungsfindung und zum militärischen Führen. Besonders schwierig gestaltete sich das Finden von Abläufen in den Stäben anderer Streitkräfte.

Für die deutsche Militärkultur habe ich als typisch herausgearbeitet die in anderen Armeen unserer Zeit immer noch kaum ausgeprägte Pflicht der Generalstabsoffiziere, ihre Oberbefehlshaber oder Kommandeure zu beraten, sowie deren Verpflichtung, vor ihrer Entscheidung diesen Rat anzuhören. Die hauptsächlichsten Berater in deutschen Armeen waren ab der Armeekorpsenebene die

„Triumvirate“ Oberbefehlshaber oder Kommandeur, Chef des Generalstabes, heute Chef des Stabes, und erster Generalstabsoffizier (I a) , heute G3. Die für die Versorgung verantwortlichen Oberquartiermeister früherer deutscher Armeen, heute G4 , die Stellvertreter der Chefs der Generalstäbe, traten hinter diesem „Triumvirat“ an Bedeutung für die Planung und Führung ebenso in die zweite Reihe wie die für Feindaufklärung zuständigen I b , heute G2, sowie die den Stäben zugeteilten Artillerie-, Pionier- und Luftfahrzeugführer und ihre Kräfte. Das ist bis heute im Prinzip so geblieben.⁵

Wer welchen Anteil am den Führungsprozess abschließenden und für alle Soldaten seines Verantwortungs- und Befehlsbereichs verbindlichen Entschluss des Truppenführers oder Oberbefehlshabers und seiner Führungsleitung in Schlacht und Gefecht hatte, blieb der Außenwelt meistens verschlossen. Nach dem Ersten Weltkrieg ließen sich Offiziere solcher „Triumvirate“ dazu hinreißen, ihren Anteil am Entscheidungsprozess und an der Führung in der Öffentlichkeit besonders herauszustellen. Dies ist bei den emotionsgeladenen Kontroversen zwischen dem Oberbefehlshaber der 8. Armee im Jahre 1914, Generaloberst Paul von Hindenburg, seinem Chef des Generalstabes, Generalmajor Erich Ludendorff, und seinem I a, Oberstleutnant Max Hoffmann, besonders krass deutlich geworden. Solcher, vielfach in Neid und Missgunst wurzelnder Streit mit aus der subjektiven Sicht von Truppenführern und Führergehilfen schöpfenden Gründen über unzureichend gewürdigte eigene Beiträge an militärischen Entscheidungsprozessen und Erfolgen wirkt in der heutigen Literatur weiter. Für die Schlacht von Tannenberg vom 26. bis 30. August 1914 und bei der Bewertung der späteren Entwicklungen sowie Tätigkeiten von Hindenburg, Ludendorff und Hoffmann hat dies häufig zu Fehlurteilen geführt.⁶

Unter den Begriffen „operatives Handeln“ und „Operationsführung“ verstanden viele Autoren bei der Bewertung der die von ihnen kritisierten Truppenführer und Führergehilfen ein von anderen Faktoren sowie Akteuren unabhängiges Hin- und Herschieben von Truppen auf dem Schlachtfeld wie auf einem Schachbrett. Das verzahnte Miteinander im Kräftespiel aller Akteure in Krieg, Schlacht und Gefecht, das wir heute mit den Begriffen „Vernetzte Sicherheit“ oder „Comprehensive Approach“ bezeichnen, war ihnen unbekannt.

Ein weiteres kam hinzu: Beim Studium der umfangreichen Literatur über die Grenzschlachten im Westen und die von Deutschland verlorene 1. Marne-schlacht von 1914 fällt auf, dass es nur wenige Darstellungen gibt, in denen sie vor allem unter professionell-militärischen Gesichtspunkten untersucht wurden. Unter den Begriffen „operatives Handeln“ und „Operationsführung“

verstanden viele Autoren bei der Bewertung der von ihnen kritisierten Truppenführer und Führergehilfen ein von anderen Faktoren sowie Akteuren unabhängiges Hin- und Herschieben von Truppen auf dem Schlachtfeld wie auf einem Schachbrett. Das verzahnte Miteinander im Kräftespiel aller Akteure in Krieg, Schlacht und Gefecht, das wir heute mit den Begriffen „Vernetzte Sicherheit“ oder „Comprehensive Approach“ bezeichnen, war ihnen unbekannt. Die militärstrategische, operative und taktische Ebene wurden häufig miteinander vermischt, Handlungen der taktischen Ebene vielfach mit dem Adjektiv „operativ“ versehen, auch um ihnen eine höhere Bedeutung und „Schlieffensches Format“ zuzuschreiben.

Die Gründe für Führungsfehler hoher Offiziere und ihrer Führergehilfen wurden häufig mittels der Erklärungsmuster und Rezepte der nach dem Ersten Weltkrieg populär gewordenen Psychoanalyse (Thomas Mann: „Seelenzergliederung“) erforscht und begründet.⁷ Hierzu einige Beispiele: Das Scheitern des

„Kein Operationsplan reicht ... mit einiger Sicherheit über das erste Zusammentreffen mit der feindlichen Hauptmacht hinaus. Nur der Laie glaubt, im Verlauf des Feldzuges die konsequente Durchführung eines im Voraus gefassten, in allen Einzelheiten überlegten und bis ans Ende festgehaltenen ursprünglichen Gedankens zu erblicken.“

Chefs des Generalstabes des Feldheeres, Generaloberst Helmuth von Moltke jr., führten viele seiner Kritiker, darunter besonders Anhänger der sogenannten Schlieffenschule, darauf zurück, dass sich der musikalisch und literarisch gebildete Offizier mit religionsphilosophischen Fragen, den theosophischen Lehren Rudolf Steiners und dem Lösen von Welträtseln beschäftigt habe. Diese Einflüsse

und Steckenpferde hätten seine unsoldatischen Anlagen befördert und dazu geführt, dass er den Schlieffenplan „verwässert“ habe und energielos, glücklos in den ersten Schlachten von 1914 im Westen und vor allem in der 1. Marneschlacht geführt habe. General Erich Ludendorff unterstellte sogar später dem Generalobersten, er sei dem Okkultismus und „überstaatlichen Mächten“ verfallen gewesen. Die Rede ist auch vom pessimistischen Oberstleutnant Hentsch, der die Marneschlacht aufgrund dieser Disponiertheit abgebrochen habe, und vom trägen, mit 67 Jahren reaktivierten General der Infanterie Paul von Hindenburg, der die Operationsplanung und -führung seinen Gehilfen überlassen habe, weil er viel schlafen und häufig auf die Jagd gehen wollte.⁸

In seinen militärischen Werken hat Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke, der Sieger von 1866 und 1871, zeitlos gültig formuliert:

„Kein Operationsplan reicht ... mit einiger Sicherheit über das erste Zusammentreffen mit der feindlichen Hauptmacht hinaus. Nur der Laie glaubt, im Ver-

lauf des Feldzuges die konsequente Durchführung eines im Voraus gefassten, in allen Einzelheiten überlegten und bis ans Ende festgehaltenen ursprünglichen Gedankens zu erblicken. ... Gewiss wird der Feldherr seine großen Ziele stetig im Auge behalten, unbeirrt darin durch Wechselfälle der Begebenheiten, aber die Wege, auf denen er sie zu erreichen hofft, lassen sich auf weit hinaus nie mit Sicherheit feststellen. Er ist im Laufe des Feldzugs darauf angewiesen, eine Reihe von Entschlüssen zu fassen auf Grund von Situationen, die nicht vorherzusehen sind. ... Es kommt darauf an, in lauter Spezialfällen die in den Nebel der Ungewissheit gehüllte Sachlage zu durchschauen, das Gegebene richtig zu würdigen, das Unbekannte zu erraten, einen Entschluss schnell zu fassen und dann kräftig und unbeirrt durchzuführen.“⁹

In seinen „Grundzüge der höheren Truppenführung vom 1. Januar 1910“ hat Generaloberst Helmuth von Moltke diese Gedanken seines Onkels in modernem Deutsch aufgenommen und um Lehren aus den Kriegen und Feldzügen seiner Zeit erweitert. Viele Erkenntnisse und Grundsätze der beiden Generale von Moltke für die höhere und hohe Truppenführung gelten bis zum heutigen Tag und wurden in Dienstvorschriften der Bundeswehr aufgenommen.¹⁰ Beim Führen auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu Beginn des Ersten Weltkriegs hat sich Moltke nicht an seine eigene Dienstvorschrift gehalten. Aber trotz seiner Führungsfehler überzeugen die Argumente derjenigen nicht, die noch immer propagieren, der Erste Weltkrieg hätte gewonnen werden können, wenn der sogenannte Schlieffenplan nicht „verwässert“, sondern buchstabengetreu durchgeführt worden wäre.

Die Kriegsgeschichte und Kriege in unserer Zeit bieten viele Beispiele, aus denen deutlich wird, dass die ersten Schlachten eines Feldzuges und seine Gefechte oft schon nach wenigen Stunden und Tagen offenlegen, welcher der Gegner seinen Truppen in Friedensjahren den höheren Grad an Gefechtstüchtigkeit anziehen konnte und ob sie eine Führungskultur entwickelt haben, die erfolgreiches Planen, Entscheiden und Führen ermöglicht.

Versäumnisse und Fehlentwicklungen in der Friedensausbildung führten oft zu mangelhafter Gefechtstüchtigkeit und mussten durch hohe Verluste blutig bezahlt werden. Die ersten Schlachten und Gefechte waren und sind für die militärische Führung der Prüfstein, ob sie in der Lage war und ist, aus Berufssoldaten, Grundwehrdienstleistenden sowie Reservisten in kurzer Zeit zusammengeführte Armeen zum Gefecht der verbundenen Kräfte orchestrieren zu können und in Schlachten und Gefechten erfolgreich zur Wirkung zu

bringen. Die ersten Schlachten zeigten auch, ob der Truppe die Erfindungen der Technik der Zeit zur Verfügung standen und ob sie wirkungsvoll genutzt wurden. Das gilt auch für die schärfste Form der internationalen Krisenreaktionseinsätze unserer Tage mit ihrem Kampf der verbundenen Kräfte.

Das gilt auch für die schärfste Form der internationalen Krisenreaktionseinsätze unserer Tage mit ihrem Kampf der verbundenen Kräfte.

Mit Alexander Solschenizyns Buch „August 1914“ habe ich für die Arbeit an meiner Studie und späteren Büchern über das preußisch-deutsche Generalstabssystem eine faszinierende Arbeit gefunden, die querschnittlich und facettenreich viele der Faktoren, Prozesse sowie Handlungen in Stäben und Truppe darstellt, die zu Anfang eines Krieges

beim Aufeinanderprallen von Streitkräften mit unterschiedlichen Militärkulturen zur Wirkung kommen, über Erfolge entscheiden oder sie verhindern.

Zum 100. Jahr des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges sind gewichtige Arbeiten erschienen, die neu interpretieren, wie es zu ihm gekommen ist. Sie fegen Erklärungsgründe und Muster, die sich im vergangenen utopischen, ideologischen sowie pädagogisch-moralisierenden Zeitalter gründen und den Deutschen die Hauptschuld an seinem Ausbruch zuschoben, vom Tisch.¹⁰

Im Jahre 2014 hat „August 1914“ nichts von seiner Aktualität und Bedeutung verloren und seinen hohen Rang zur Deutung der Vorgänge in Ostpreußen zu Beginn des Ersten Weltkrieges und vor allem der Schlacht von Tannenberg für die russische Seite behalten. Dies wird in der folgenden erweiterten Analyse des Buches dargestellt. Seine Bedeutung und Aktualität für Soldaten unserer Zeit wird dabei herausgearbeitet.

Zur „Architektur“ von „August 1914“

„August 1914“ ist der erste Teil eines auf fünf Akte angelegten Revolutionszyklus „Das Rote Rad“. Es folgten bis 2007 „November Sechzehn“, „März Siebzehn“ sowie „April Siebzehn“. Im Jahre 1991 kündigte Solschenizyn an, den ursprünglich auf 20 Bände angelegten Zyklus aus Altergründen abzubrechen. Die vorliegenden Bände können dennoch als geschlossenes Werk bezeichnet werden. In ihnen hat der Autor dargestellt, wie und warum es in Russland zu einem verbrecherischen sowjetischen Staat kommen konnte. Wie Tolstois Roman „Krieg und Frieden“ für die Zeit Napoleon Bonapartes vor und nach

1812 ist „August 1914“ auch eine breit angelegte Darstellung der russischen Gesellschaft und ihrer bestimmenden Kräfte zu Beginn des Ersten Weltkrieges sowie deren Versagen und Scheitern in der Schlacht von Tannenberg, die von den Deutschen als modernes Cannae nach dem Verständnis des Chefs des Generalstabes der Armee von 1891 bis 1906, Generalfeldmarschall Alfred Graf von Schlieffen, wahrgenommen wurde.

Das „Rote Rad“ ist eine vom Autor Lenin zugeschriebene Revolutionsmetapher, das Rad einer Lokomotive, das der Revolutionär in immer rasendere Drehung versetzen wollte, das alle zermalmen sollte, die sich ihm entgegenstellen würden.

Die einzelnen Akte seines Zyklus nannte Solschenizyn „Knoten“. Er bezeichnete damit historische Perioden von wenigen Wochen Dauer, in denen sich die bestimmenden Ereignisse vor und während der russischen Revolution exemplarisch verdichteten.

In „August 1914“ ist der vom Autor behandelte „Knoten“ die Schlacht von Tannenberg vom 26. bis 30. August 1914 in Ostpreußen. In ihr schlug die 8. Deutsche Armee unter Führung des reaktivierten Generals der Infanterie Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (67) mit Rat und Wirken seines Chefs des Generalstabes, Generalmajor Erich Ludendorff (49), und dem I a seines Stabes, Oberstleutnant Max Hoffmann (45), das Zentrum der 2. Russischen Armee unter General der Kavallerie Alexander Wassiljewitsch Samsonow (61). Die Schlacht fand statt ostwärts von Tannenberg, südlich von Allenstein-Passenheim-Ortelsburg und im Zuge der Straße Neidenburg-Muschaken-Willenberg. Zur 8. Deutschen Armee gehörten das I., XVII. und XX. Armeekorps, das I. Reservekorps sowie überwiegend Ersatz- und Landwehrtruppenteilen aus den ostpreußischen Festungen. Samsonow unterstanden das XIII., XV. und XVIII. russische Armeekorps und 5 Kavalleriedivisionen. Die geschlagenen Kräfte Samsonows waren auf einem Raum von etwa 40 x 30 Kilometer nach beinahe vollständiger doppelter Umfangung zusammengedrängt worden. Die Flankenkorps der 2. Russischen Armee, (VI.- und I. Armeekorps) konnten angeschlagen zurückgeworfen werden.

Die 2. Russische Armee war der 8. Deutschen Armee mit Ausnahme der Artillerie an Kräften überlegen. Sie verfügte über 196 000 Soldaten, 636 Geschütze und 384 Maschinengewehre gegen 173 000 Soldaten, 794 Geschütze sowie 324 Maschinengewehre der 8. Armee. Lediglich 48 Geschütze der Russen hat-

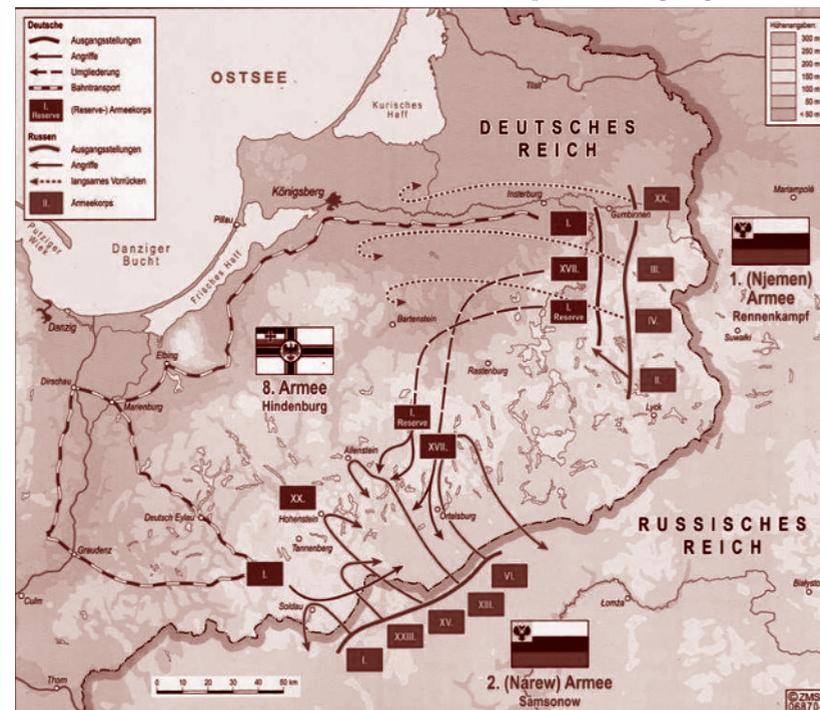
ten ein Kaliber von 12 Zentimetern und 16 Haubitzen von 15 Zentimetern. Die Deutschen verfügten dagegen über 120 schwere Haubitzen im Kaliber von 15 Zentimetern sowie 120 Haubitzen im Kaliber von 10,5 Zentimetern. Die leichten Schnellfeuerfeldgeschütze beider Seiten waren gleichwertig. Die Gegner waren im Schießen aus verdeckten Feuerstellungen ausgebildet. Die Ausstattung der Artillerieverbände der deutschen Ersatz- und Landsturmtruppen mit Beobachtungs- und Fernsprengeräten, die in der ersten Linie eingesetzt wurden, war unzureichend.

Nach Umgruppierung und Verlegung nach Norden griff die 8. Armee sodann die 1. Russische Armee unter General der Kavallerie Pawel Karlowitsch Rennenkampf (60) in der Schlacht an den Masurischen Seen vom 6. bis 15. September 1914 an und drängte sie nach Osten ab. Wie riskant Hindenburg auf der Grundlage des Rates seiner Führergehilfen gehandelt hat, wird noch gezeigt. Er beließ vor der 1. Russischen Armee Rennenkamps nur eine Kavalleriedivision, als er seine Kräfte gegen die 2. Russische Armee Samsonows zusammenführte und ihn schlug. Rennenkampf erkannte die schwachen deutschen Kräfte vor seiner Armee nicht und blieb stehen anstatt weiter in Ostpreußen hinein vorzustoßen.

Solschenizyn führte in seinem Werk Menschen zusammen, die in der 2. Russischen Armee dienten vor und während der Schlacht von Tannenberg, im Hauptquartier der ihr vorgesetzten russischen Heeresgruppe der Nordwestfront unter dem Kommando des Generals der Kavallerie Jakob Grigorewitsch Shilinskij (61) sowie im Hauptquartier des Höchstkommmandierenden der russischen Land- und Seestreitkräfte unter Großfürst Nikolaj Nikolajewitsch (58). Er beschrieb Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen des zaristischen Russland, ihre Bildungs- und Prägungsgänge, ihre Stärken und Schwächen und stellte ihr Handeln unmittelbar vor und während der sich unter den Schlägen der 8. Deutschen Armee auflösenden 2. Russischen Armee eindringlich dar.

Immer da, wo er glaubte, die tieferen Gründe ihres Handelns und Denkens aufzeigen zu sollen, ob durch Lageentwicklungen oder aufgrund gesellschaftlicher Prägungen, grupperte der Autor umfangreiche Kapitel um den „Knoten“ der Schlacht. Dramatische Ereignisse in der Schlacht schilderte er durch geraffte Bildfolgen in Drehbuchform, die wie Filmausschnitte auf die Leser wirken. Sie wechseln ab mit vielen, teilweise langatmigen Schilderungen von „August 1914“ und regen die Aufmerksamkeit seiner Leser ständig neu an. Die Entwicklung wird immer wieder kurz zusammengefasst dargestellt.

Mit dieser Technik wollte Solschenizyn erreichen, dass seine Leser den „roten Faden“ der Entwicklung zur vollständigen Auflösung der 2. Russischen Armee nie aus dem Auge verlieren. Dies ist auch für in operativen Fragen geschulte Leser nur beim Benutzen einer Lagekarte möglich. Sie ist in der vorliegenden deutschen Ausgabe nicht vorhanden. In der englischen Ausgabe hat die beige-fügte Karte keine militärischen Einzeichnungen. Der Leser ist daher auf Karten und Skizzen des Reichsarchivwerkes oder andere Arbeiten über das Geschehen ins Ostpreußen angewiesen. Einer späteren Auflage von „August 1914“ sollten das Geschehen verdeutlichende Karten und Prinzipskizzen beige-fügt werden.



Die handelnden Personen in „August 1914“

In „August 1914“ sind an vielen Stellen Analogien zu Tolstois Roman „Krieg und Frieden“ zu finden. Solschenizyns Hauptpersonen haben dort regelrechte Pendanten, die einhundert Jahre früher lebten und wirkten. Solschenizyn hat sie zusätzlich zu den von ihm dargestellten historischen Personen geschaffen. Er wollte auf diese Weise „August 1914“ in den Strom der russischen Geschichte

stellen. Ohne Kenntnis von „Krieg und Frieden“ kann „August 1914“ vom Leser nicht vollständig verstanden werden.

Tolstoi beschrieb in „Krieg und Frieden“ eine zweischichtige Gesellschaft vor dem Einmarsch Napoleon Bonapartes in Moskau im Jahre 1812, eine zweischichtige, in der die russischen Menschen von einer europäisch und vor allem französisch geprägten Aristokratie beherrscht und geführt wurden. Die Besetzung Moskaus und der Rückzug der „Grande Armée“ im Jahre 1812 löste einen Volkskrieg aus und führte für kurze Zeit zu einer Annäherung zwischen den beiden bislang innerlich nebeneinanderlebenden Schichten der damaligen russischen Gesellschaft.

Solschenizyn zeichnete nach weiteren hundert Jahren russischer Geschichte in „August 1914“ eine Gesellschaft, die stärker geschichtet war als 1812, deren verschiedene Gruppierungen vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges jedoch

In „August 1914“ sind an vielen Stellen Analogien zu Tolstois Roman „Krieg und Frieden“ zu finden. Solschenizyns Hauptpersonen haben dort regelrechte Pendanten, die einhundert Jahre früher lebten und wirkten. Solschenizyn hat sie zusätzlich zu den von ihm dargestellten historischen Personen geschaffen.

ebenso nebeneinanderher lebten wie die russische Gesellschaft um das Jahr 1812. Er beschrieb die erste Generation eines sich aus Söhnen und Töchtern wohlhabender Bauernfamilien entwickelnden, in den Universitäten ausgebildeten Mittelstandes, Techniker und Ingenieure, die das Land zu modernisieren begonnen hatten, sowie Abkömmlinge adeliger, bürgerlicher und jüdischer Familien, die

in anarchistischen Zirkeln und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts versuchten, das Regime des Zaren durch Attentate und Reformen zu überwinden. Sie verband vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges vor allem Hass und Verachtung des autokratischen russischen Staates, den sie beseitigen und in eine konstitutionelle Monarchie westlicher Prägung umgestalten wollten. Gesellschaftliche Modernisierungsansätze, die nach dem verlorenen Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05 eingeleitet worden waren, waren rasch wieder versickert. Ein Manifest vom 17. Oktober 1905 des Zaren hatte Bürgerrechte versprochen, der Handels-, Finanz- und Industrieminister Witte die Entwicklung der Industrie und den Eisenbahnbau in Russland vorangetrieben.

Alle diese gesellschaftlichen Gruppen fanden im Sommer 1914 bei Beginn des Ersten Weltkrieges in einem eruptiven Ausbruch vaterländischer Begeisterung zu einem fragilen Konsens zusammen, der sich in atavistischen Formen öffent-

lich bekundeter religiöser Verehrung des bisher verachteten Zaren und dem demonstrativen Bekenntnis zu Formen russischer Volksfrömmigkeit und überkommener Anschauungen artikulierte. Um diese Phänomene in seiner ganzen Dimension zu verdeutlichen, analysierte der Autor das aus einer Sicht positive Wirken des 1911 ermordeten Innenministers und Ministerpräsidenten Pjotr Arkadjewitsch Stolypin beim politischen und wirtschaftlichen Erneuerungsprozess Russlands vor dem Ersten Weltkrieg sowie die Hauptströmungen und Wirkungskräfte in der russischen Gesellschaft seit Mitte des 19. Jahrhunderts.

Nur der Berufsrevolutionär Lenin wurde – so stellte es Solschenizyn dar – nicht von der Welle dieses Patriotismus erfasst, der bisher für unvereinbar gehaltene Gegensätze überwindenden sollte. In Poronin im österreichischen Exil fasste er vor seiner Abreise in das „Klärbecken der russischen Revolution“, die Schweiz, visionär die entscheidenden Entschlüsse, die im Verlauf des für das zaristische Russland verheerenden Krieges seine Weltrevolution vorbereiten sollten. Lenin begrüßte den ausgebrochenen Ersten Weltkrieg als „Glücksfall der Geschichte“ und beschloss, ihn für seine Ziele zu nutzen. Durch Propaganda wollte er bei den Völkern die Überzeugung verbreiten, dass alle in den Krieg verstrickten Regierungen an seinem Ausbruch gleichermaßen schuldig seien, um den Krieg als Hebel zum Sturz des zaristischen Regimes zu nutzen. Im Zusammenhang mit Lenin taucht in „August 1914“ erstmals die Metapher des roten Rades einer gewaltigen Dampflokomotive auf, das der Revolutionär in Schwung bringen wollte. Christopher Clark kommt in seiner bahnbrechenden Arbeit von 2013, „Die Schlafwandler, wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“, zum gleichen Ergebnis über die Schuldanteile der verantwortlichen russischen Politiker, Diplomaten und Soldaten am Ausbruch des Ersten Weltkrieges wie Solschenizyn in seinem Werk.

Die handelnden Personen in „August 1914“ sowie das Geschehen der Schlacht von Tannenberg wurden in Dialog und Begegnung mit der Hauptfigur des Romans, dem etwa vierzig Jahre alten Generalstabsobersten Georgij M. Worotynzew, vorgestellt und verbunden.

Worotynzew wirkte in der Schlacht von Tannenberg als eine Art Gesandter des russischen Höchstkommandierenden, der ohne fest umrissenen Aufgabebereich und ohne Befehlsgewalt neben anderen Generalstabsoffizieren vom Hauptquartier der Heeresgruppe der Nordostfront als Führerhilfe zu General Samsonow abgestellt worden war.

Der Autor schilderte ihn als einen der wenigen nach dem Krieg gegen Japan und der durch seinen für Russland unglücklichen Verlauf ausgelösten Revolution von 1905 von weitsehenden Lehrern wie dem Professor für Kriegsgeschichte an der russischen Generalstabsakademie, General Nikolaj Golowin, ausgebildeten Generalstabsoffiziere, die in den Streitkräften bald kaltgestellt wurden. Sie wurden als revolutionäre „Jungtürken“ von der politischen und militärischen Führung verdächtigt. Worotynzew verkörpert den Antipoden zur Masse der vom Autor als unfähig dargestellten, für den Ersten Weltkrieg gegen das Deutsche Reich weder charakterlich noch fachlich gerüsteten Offiziere in den führenden Stellen der russischen Streitkräfte.

Wie eine der Hauptpersonen von Tolstois „Krieg und Frieden“, der Fürst Andrej Bolkonskij vor der Schlacht von Austerlitz von 1805, so hofft Worotynzew während der Schlacht von Tannenberg auf die Entdeckung seiner operativen Fähigkeiten und danach einen Aufstieg, wie ihn in der neueren Geschichte nur der junge General Napoleon Bonaparte genommen hat. Er versuchte während der Schlacht durch persönliches Eingreifen an ihren Brennpunkten und durch Meldungen über das erlebte Kampfgeschehen auf General Samsonow Einfluss auszuüben und die sich abzeichnende Vernichtung der 2. Russischen Armee abzuwenden. Er scheiterte – wie in „Krieg und Frieden“ Andrej Bolkonskij in der Schlacht von Austerlitz – bei diesem Versuch. Am Ende von „August 1914“ durfte er im Auftrag des russischen Höchstkommandierenden der Führung der Heeresgruppe der Nordwestfront die Gründe des Scheiterns der Schlacht vortragen, griff dabei General Shilinskij und inkompetente Führer der 2. Armee an, wurde des Raumes verwiesen und in die Linie versetzt.

Die russische oberste und obere Führung wurde von Solschenizyn im Vergleich zum Offizierskorps der 8. Deutschen Armee überwiegend negativ gezeichnet. Während in „August 1914“ die deutschen Soldaten das für „russische Augen Unvereinbare, nämlich integrierende patriotische Gesinnung, hervorragende Verwaltung, bedingungslose preußische Disziplin und bewegliche europäische Initiative vereinigten“, hatte das russische Offizierskorps nach Solschenizyns Urteil eine unvorstellbare Spannbreite hinsichtlich Laufbahn, Können und Selbstverständnis. Hofgenerale, Streber und im Gestern verhaftete Führer wirkten im russischen Hauptquartier und in den Armee neben- und gegeneinander.

Der Oberbefehlshaber der 2. Russischen Armee, General Samsonow, wurde in Bildern vorgestellt, die der Autor an die Beschreibung Tolstois des Höchst-

kommandierenden der russischen Armee gegen Napoleon Bonaparte, Feldmarschall Michail Illarionowitsch Kutusow, in „Krieg und Frieden“ anlehnte. Samsonow wurde als Offizier charakterisiert, der seinen Aufgaben nicht gewachsen war. Er empfand sich von seinem nächsten Vorgesetzten, General Shilinskij, bedrängt, gehetzt und missverstanden. Er empfand sich deshalb zunehmend als Oberbefehlshaber, dem die Führung seiner Armee entglitt, und floh deshalb schließlich, nur von wenigen Offizieren begleitet, von seinem Stab in die ostpreußischen Wälder. Eine geordnete Führung seiner Armee kam nach diesem Schritt vollends zum Erliegen. Er sehnte sich nach dem von einem Punkt aus überschaubaren Schlachtfeld von fünf Werst Ausdehnung der Zeit Kutusows, das „von der gleichen Zahl leistungsfähiger Pferde bewältigt wurde“ wie das von Tannenberg mit seinen 70 Werst. Sein Kraftwagen bewegte sich mit der Geschwindigkeit der begleitenden Kosakeneskorte zur Front. Samsonow, ein Mann von kindhafter Volksfrömmigkeit, wurde nachts von orakelnden Stimmen heimgesucht, begriff das Geschehen der modernen Schlacht, die er zu schlagen hatte, vor allem in Bildern wie dem Kampf um Regimentsfahnen und dem von ihm heroisch interpretierten Tod einzelner Offiziere, wie ihn die Schlachtenmaler des 19. Jahrhunderts häufig dargestellt haben. Seine Soldaten, denen er wie ein patriarchalischer Gutsherr des alten Russland vorstand, feierte er in Toasts bei den üppigen und langen Essen in seinem Stab als „Heilige, denen Dulden und Leiden Gewohnheit sind“.

Von Samsonows Kommandierenden Generalen wurde nur General der Infanterie Nikolaj Martos, der das XV. Armeekorps führte und mit seinen Soldaten in deutsche Gefangenschaft geriet, positiv geschildert. Alle anderen waren nach dem Urteil Solschenizyns ihrer Aufgabe als Truppenführer in einem modernen Krieg nicht gewachsen.

Der Kommandierende General des VI. Russischen Armeekorps, General der Infanterie Blagowjestschenskij, erteilte keine Befehle, weil er an die Maxime des von Tolstois so geschilderten Feldmarschalls Kutusow glaubte, das Kriegsgeschehen verlaufe sowieso, wie es verlaufen müsse, und der Feldherr sei der beste, der darauf verzichte, Einfluss auf die Ereignisse auszuüben. Solschenizyn schilderte ihn jedoch auch als General, der wusste, wie man Inkompetenz und Nichthandeln durch „richtige Meldungen“ an die Vorgesetzten verschleierte. Er ließ die ihm unheimlichen Maschinengewehre seiner Truppe auf die Sanitätseinheiten und Stäbe verteilen und befahl seine wenigen schweren Feldgeschütze in die Reserve. Er vertrat die Feldmarschall Alexander Suworow (1730 - 1800) zugeschriebenen Maxime, „das Gewehr ist ein Dummkopf, aber das Bajonett

ist ein braver Kerl.“ Das war eine in der Russischen Armee vor dem Ersten Weltkrieg noch weit verbreitete Auffassung. Die Ausbildung der russischen Infanterie zielte vor 1914, anders als bei den Deutschen, weniger auf planvolles, zusammengefasstes Feuer der Gewehrschützen und der zunächst pro Regiment nur sechs vorhandenen Maschinengewehre, sondern auf unaufhaltsames Vordringen in dichten Schützenlinien in mehreren Wellen mit geringen Abständen ohne Rücksicht auf Verluste. Dahinter trat die Schießausbildung zurück. Das machte die russische Infanterie starr, schematisch und ungelent. Ihre Angriffswellen wurden in der Schlacht von Tannenberg meistens von der überlegenen deutschen Artillerie zusammengeschossen, bevor sie sich im Nahkampf mit dem Bajonett auf den Gegner werfen konnten.

Der Kommandierende General des I. Russischen Armeekorps, General der Infanterie Leonid Artamanow, wurde als zum General verkleideter Soldat charakterisiert, „der unter einem strengen Unteroffizier ein ausgezeichnete Soldat gewesen wäre“. Nach seiner Auffassung lag eine Schwäche der Deutschen Armee in ihrer Ordnung und ihrem System. „Wenn wir (Russen) eben nicht mit System Krieg führen, dann werden die Deutschen sich nicht zu helfen wissen“, war der Leitgedanke für sein Handeln in der Schlacht von Tannenberg.

Wegen Unfähigkeit und Feigheit wurde er während der Schlacht seines Kommandos enthoben. Solschenizyn schilderte dagegen die jungen russischen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften als tapfere, opferwillige und zähe Kämpfer, die bei besserer Friedensausbildung und Führung in der Schlacht von Tannenberg den Deutschen ein ebenbürtiger Gegner gewesen wären. General der Infanterie Hermann von François (58), Kommandierender General des I. Deutschen Armeekorps, wurde vom Autor als der herausragende operative Gegner Samsonows herausgestellt. Er verfügte nach Auffassung Solschenizyns über alle soldatischen Tugenden und Fähigkeiten, die bei der russischen Führung fehlten und bei den wenigen kompetenten russischen Offizieren nicht zum Tragen kamen, weil sie, wie am Scheitern des Obersten Worotynzew aufgezeigt wird, keine Macht hatten, sich auszuwirken.

General von François ist in „August 1914“ ein moderner soldatischer Führer des 20. Jahrhunderts, der unter virtuoser Ausnutzung aller technischer Neuerungen, die seit Beginn des Jahrhunderts den Krieg zu revolutionieren begonnen hatten und bei den Großverbänden vorhanden waren, seine Truppe mit Charisma und Schwung von vorne führte.

Die Führung der 8. Armee, General der Infanterie von Hindenburg und Generalmajor Ludendorff, wurde vom Autor unzutreffend negativ gezeichnet, ihre Leistungen übergangen und beide als „steingesichtige Pinzgauer“ und bornierte Ignoranten abgetan. Der I a des Oberkommandos der 8. Armee, Oberstleutnant Hoffmann, wurde vom Autor überhaupt nicht erwähnt.

Nach dem Ersten Weltkrieg bezeichnete sich General von François mit unhaltbaren Begründungen als der einzige wirkliche Sieger der Schlacht von Tannenberg. Offensichtlich ist der Autor dieser Selbstdarstellung gefolgt. Das Verhalten des Generals in den Gefechten von Stallupönen am 17. und Gumbinnen am 20. August 1914 gegen Rennenkampf 1. Russische Armee und in der Schlacht von Tannenberg wies ihn als energischen, sehr eigenwilligen und fähigen Führer eines Armeekorps aus, der zur Einschließung der 2. Russischen Armee beitrug und seine Truppe virtuos im Gefecht führte. Am operativen Ansatz und an der Leitung der Schlacht hatte er jedoch aufgrund seiner Dienststellung keinen Anteil.

Die Führung der 8. Armee, General der Infanterie von Hindenburg und Generalmajor Ludendorff, wurde vom Autor unzutreffend negativ gezeichnet, ihre Leistungen übergangen und beide als „steingesichtige Pinzgauer“ und bornierte Ignoranten abgetan.

In einem Buch, das nach Aussage des Autors historische Authentizität für sich in Anspruch nimmt, ist diese unzutreffende Darstellung des verantwortlichen Leiters der Schlacht von Tannenberg und seiner Führergehilfen als Mangel zu beurteilen. Das mindert aber kaum seinen Wert. Die unzureichende Koordination der Operationen der beiden in Ostpreußen vorgehenden russischen Armeen durch das Oberkommando der Heeresgruppe der Nordwestfront, die dilettantische Führung der 2. Russischen Armee durch ihren Oberbefehlshaber und die Unfähigkeit der meisten seiner Kommandierenden Generale waren nach der überzeugend dargestellten Auffassung des Autors die Hauptgründe für die russische Niederlage bei Tannenberg.

In bewegenden Bildern schilderte Solschenizyn den inneren Weg Samsonows zum Selbstmord, den dieser als Sühnetod für eigene Schuld und Versagen gegenüber den Soldaten seiner geschlagenen Armee und dem Zaren begriff. General Samsonow gab sich in den Wäldern Ostpreußens als „7 Pud schweres Opferlamm“ am Ende der Schlacht demütig-fatalistisch selbst den Tod. Er ahnte, dass die Tage der Schlacht von Tannenberg die Niederlage der gesamten russischen Armee einleiten sollten, die sich 1918 nach vielen Opfern vollzog.

Zar Nikolaus II. und der Höchstkommmandierende der russischen Land- und Seestreitkräfte erkannten dagegen am Ende von „August 1914“ die Dimension



Hindenburg und Ludendorff auf dem Schlachtfeld

der Niederlage bei Tannenberg für Russland nicht. Wie Kutusow hundert Jahre früher und Samsonow zu Beginn der Schlacht von Tannenberg glaubten sie, die militärische Katastrophe und ihre Folgen mit der Wirkungskraft der russischen Volksfrömmigkeit und ihrer Rituale, die sich jahrhundertlang entwickelt hatten, die in den russischen Men-

schen dieser Zeit und auch in ihnen kindhaft-naiv wirkten, vor ihrem Gewissen und in ihrer Armee überwinden zu können.

Auf die Meldung seines Höchstkommmandierenden von der verlorenen Schlacht antwortete Zar Nikolaus II., man müsse sich dem göttlichen Ratschluss fügen und erteilte die Weisung, die Ikone „Die Mutter Gottes erscheint dem ehrwürdigen Sergeij“ aus einem Kloster in das große Hauptquartier bringen zu lassen. Oberst Worotynzews nüchtern-leidenschaftlicher und professioneller Vortrag über die Gründe der Niederlage musste an derartig archaisch disponierten Persönlichkeiten abprallen, die der Periode der Kriege gegen Napoleon Bonaparte näher standen als dem 20. Jahrhundert, in dem sie lebten und Truppen führten.

Anregungen

Neben seiner hohen literarischen Qualität liegt die Bedeutung von „August 1914“, des ersten „Knotens“ vor allem darin, dass er von Russland vor dem Ersten Weltkrieg ein Bild zeichnete, das der in Europa verbreiteten Auffassung entgegenwirken sollte, das Zarenreich sei so korrupt und morsch gewesen, dass die kommunistische Revolution zwangsläufig gewesen sei. Der Keim des Zerfalls Russlands wurde nach Auffassung des Autors vielmehr durch die verschuldete militärische Niederlage bei Tannenberg und Lenins Zielen und Handlungen angelegt, eine weltweite kommunistische Revolution herbeizuführen. Der Autor wollte seine Leser für seine Auffassung gewinnen, Russland sei vor dem Ersten Weltkrieg auf dem Wege zu einer konstitutionellen Monarchie mit starkem wirtschaftlichem Aufschwung gewesen. Er wollte nachweisen, dass bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei allen Gegensätzen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts in seiner Heimat wirkten, ein Grundkonsens vorhanden war und wirkte, den er als Bekennnis zum immerwährenden, heiligen Russland beschrieben hat. Er brach

bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges Krieger unerwartet in unterschiedlichen Formen hervor. Lenin war nach Solschenizyns Auffassung die einzige vollkommen „unrussische“ Person, weil er in den Kategorien eines Weltrevolutionärs dachte und handelte.

Solschenizyn wollte auch zeigen, dass die Führung seines Landes weder aus dem verlorenen Krieg gegen Japan noch aus der danach gescheiterten Revolution von 1904/05 tiefgreifende Konsequenzen gezogen hatte. Reformansätze versickerten nach der Ermordung des Ministerpräsidenten Stolypin und nach der Entmachtung moderner Lehrer an der russischen Generalstabsakademie wie dem General Golowin, die ein modern geschultes Korps von Generalstabsoffizieren hatten schaffen wollen. Der Zar war für sein Amt ungeeignet. Als 1914, wie 100 Jahre davor beim Kampf gegen Napoleon Bonaparte, plötzlich ein unerwarteter nationaler Konsens aufbrach, war die russische Führung nicht gerüstet, um ihn politisch und militärisch für eine Erneuerung des Landes zu nutzen. Das hat der Autor überzeugend verdeutlicht.

Lenin war nach Solschenizyns Auffassung die einzige vollkommen „unrussische“ Person, weil er in den Kategorien eines Weltrevolutionärs dachte und handelte.

Zahlreiche von der marxistischen Auffassung zum Verlauf der Geschichte beeinflusste Rezensenten haben in Deutschland bereits nach Erscheinen der 1. Auflage von „August 1914“ im Jahre 1972 dem Autor diese Darstellung als Verfälschung der russischen Wirklichkeit vorgeworfen. Christopher Clark bestätigt und stützt hingegen Solschenizyns Darstellung vieler positiver Entwicklungen in Russland vor dem Ersten Weltkrieg in seinem bereits zitierten Buch „Die Schlafwandler“ von 2013.¹¹

„August 1914“ regt dazu an, die Operationen in Ostpreußen im August und September 1914 dem Vergessen zu entreißen. Der operative Ansatz und die Gefechte und Schlachten auf beiden Seiten sind für Soldaten von heute noch immer lehrreich.

Der Plan des Oberbefehlshabers der russischen Heeresgruppe der Nordwestfront:

Der Plan sah vor, General Rennenkamps 1. Armee ab dem 17. August 1914 mit 4 Armeekorps, 5 Kavalleriedivisionen, einer Kavalleriebrigade, 696 Geschützen, 408 Maschinengewehren und 199.000 meist aktiven Truppen nördlich der Masurischen Seen anzusetzen, die nördliche linke Flanke der 8. Deutschen

Armee zu umgehen und sie von der Festung Königsberg abzuschneiden, so dann sollte ab dem 19. August die 2. Armee General Samsonows mit 5 Armeekorps, 3 Kavalleriedivisionen, 636 Geschützen, 384 Maschinengewehren und 196.000 Soldaten, ebenfalls überwiegend aktiven Truppen, aus dem Raum Warschau westlich der Masurischen Seen vorbeistoßen zu lassen, sich zwischen Weichsel und 8. Armee zu schieben und diese im Rücken zu fassen, war ein kühner operativer Ansatz. Wäre er gelungen, hätten die russischen Truppen ungehindert auf Berlin vorgehen können.

Zu seiner Realisierung hätte es der energischen Führung durch General Shilinskij bedurft, um das Vorgehen und Operieren der beiden russischen Armeen auf dem Schlachtfeld nach Raum und Zeit zu koordinieren, sie zu gemeinsamem Handeln zu zwingen und im Verlauf der Operationen zu vereinigen. Jede der beiden russischen Armeen war stärker als die 8. Deutsche Armee mit ihren 4 Armeekorps, einer Kavalleriedivision, einigen Landwehr- und Landsturmformationen aus den Festungen Ostpreußens, 794 Geschützen, 324 Maschinengewehren und 173.000 Soldaten.

Die 8. Deutsche Armee operierte zunächst zerfahren und ohne operative Kühnheit. Ihr erster Oberbefehlshaber, Generaloberst Maximilian von Prittwitz und Gaffron (66), und sein Chef des Generalstabes, Generalmajor Georg Graf von Waldersee (54), beließen nur das verstärkte XX. Armeekorps des Generals der Artillerie Friedrich von Scholtz (63) im Süden Ostpreußens gegen die 2. Russische Armee. Sie sollte nach dem Schlagen der 1. Russischen Armee mit allen Kräften der 8. Armee angegriffen werden. Im Norden griff die 8. Deutsche Armee mit dem I. Armeekorps des Generals der Infanterie Hermann von François, dem XVII. Armeekorps des Generals der Kavallerie August von Mackensen (65) und dem I. Reservekorps unter General der Infanterie Otto v. Below (57) die 1. Armee Rennenkamps am 17. August bei Stallupönen und am 20. August 1914 bei Gumbinnen frontal an und erzielte Teilerfolge.

Samsonows weit auseinandergefächerte und sehr langsam vorgehende 2. Armee erschien Generaloberst von Prittwitz so bedrohlich, dass er den Entschluss fasste, die Russen auf die Weichsel zu verzögern und Ostpreußen zunächst aufzugeben. Er und sein Chef des Generalstabes wurden nach diesem Entschluss von Moltke am 22. August 1914 abgelöst und durch General der Infanterie von Hindenburg als Oberbefehlshaber und Generalmajor Ludendorff als Chef des Generalstabes ersetzt.

Es ist faszinierend, nachzuvollziehen, dass Generalmajor Ludendorff, noch vom Großen Hauptquartier in Koblenz aus, und der im Stab der 8. Armee verbliebene I a , Oberstleutnant Hoffman, offenbar den gleichen operativen Gedanken hatten, zunächst die 2. Russische Armee zu schlagen und hierzu das I. Deutsche Armeekorps mit der Eisenbahn über Königsberg–Marienburg zur Verstärkung der südlichen Flanke des XX. gefährdeten Armeekorps heranzuführen und die Westbewegungen von XVII. Armeekorps und I. Reservekorps zunächst anzuhalten, um sie je nach Lageentwicklung in freiem Führen wiederum gegen Rennenkamps 1. oder Samsonows 2. Russische Armee einzusetzen. Als erfahrener Generalstabsoffizier und Truppenführer stimmte Hindenburg diesem Ansatz sofort zu und ließ ihn von seinen Gehilfen zum Operationsplan für die Schlacht von Tannenberg Zug um Zug ausgestalten.

In einer gefährlich ungewissen Lage und trotz Friktionen mit den Unterführern, besonders mit General von François, rangen sich Hindenburg und nicht ohne innere Krisen Ludendorff dazu durch, gegen den zunächst sehr langsam nach Westen vorgehenden und dann stehenbleibenden Rennenkampff zunächst nur eine Kavalleriedivision zu belassen, mit dem XX. Armeekorps Samsonows 2. Armee weiterhin frontal zu binden, mit dem I. Armeekorps von seiner südlichen Flanke her nach Osten durchzubrechen und zugleich Samsonows 2. Armee von Norden her mit dem XVII. Armeekorps und I. Reservekorps zu umfassen. Diese wagemutige Operation führte zur Schlacht von Tannenberg, in der nach beinahe gelungener doppelter Umfassung der 2. Russischen Armee ihr XIII., XV. und XXIII. Armeekorps vernichtet und ihre Flankenkorps, das I. und VI. Armeekorps, stark angeschlagen und zurückgeworfen wurden. Bei diesem fast vollkommenen Cannae nach der Vorstellung Schlieffens brachte die deutsche Seite bei 4 000 eigenen Gefallenen 92 000 russische Gefangene und 350 Geschütze ein, bevor sie erfolgreich Rennenkamps 1. Russische Armee zurückwarf.

Solschenizyn stellte die auf der taktischen Ebene bei den Soldaten der deutschen 8. Armee aufgetretenen Fehler nicht dar. Das Reichsarchivwerk hat sie behutsam, spätere Auswertungen haben sie sehr deutlich herausgestellt. Sie gründen auf der unzureichenden Einschätzung der Abwehrkraft schnell feuender Waffen vor dem Ersten Weltkrieg und der Verkennung der Schwierigkeiten der Bekämpfung verdeckt stehender Artillerie, die 1914 das frühere Feuern aus offenen Feuerstellungen abgelöst hatte. Das im Exerzierreglement von 1906 dargestellte Angriffsverfahren der Infanterie forderte ein aufgelockertes Vorgehen und das „Auffüllen“ zu einer dichten Schützenlinie, danach eine möglichst

geleitete Feuereröffnung der Züge mit dem Ziel, die zeitweilige Feuerüberlegenheit auf die Einbruchsstelle zu erreichen, ein Vorkämpfen durch Feuer bis zur Sturmausgangsstellung und Einbruch sowie Sturm mit der blanken Waffe. Die Maschinengewehre sollten dabei die gegnerische Artillerie zunächst stören und dann ihr Feuer auf die Einbruchsstelle verlegen. Auch in der Schlacht von Tannenberg ist deutsche Infanterie vor Erreichen der Feuerlinie von ausgedeckten Stellungen feuernder russischer Artillerie vernichtet worden. Die weit besser ausgebildete französische Artillerie hat in der wenige Tage vom 9. bis 12. September stattfindenden 1. Marneschlacht den angreifenden deutschen Armeen unerwartet hohe Verluste zugefügt.¹²

Es ist Solschenizyns Verdienst, dass er General Shilinskji als den Hauptverantwortlichen für die Niederlage bei Tannenberg herausgestellt hat. Lange wurde

das Versagen der russischen Seite vor allem auf das schlechte persönliche Verhältnis der beiden Armeeführer seit den Tagen des russisch-japanischen Krieges zurückgeführt. General Rennenkampf wurde vorgeworfen, er sei Samsonow nicht unverzüglich zur Hilfe gekommen. Die Koordinierung der beiden russischen Armeen war jedoch die Aufgabe des Oberkommandos der russischen Nord-

westfront und nicht der beiden Armeeführer, die beide mit der operativen und taktischen Führung ihrer Truppen überfordert waren.

Diese Schwächen sowie andere Pannen und Mängel im Bereich der Versorgung, beim Einsatz moderner Kommunikationsmittel, beim Verschlüsseln von Befehlen und der Nutzung der vorhandenen Luftfahrzeuge führten dazu, dass die 8. Armee durch energisches und kühnes Führen den operativen Ansatz Shilinskjis unterlaufen und die beiden russischen Armeen nacheinander schlagen konnte.

„August 1914“ hat für heutige Soldaten auch eine sehr aktuelle Bedeutung. Sie werden daran erinnert, dass heute mehr denn je die Erziehung der Soldaten zur Gefechtstüchtigkeit und deren Erhaltung sowie Fortentwicklung auf ständigem Einsatzniveau im Mittelpunkt aller Anstrengungen in den Streitkräften stehen muss. Vor der Erfindung der Nuklearwaffen konnten während der ersten Schlachten auftretende Mängel der Friedensausbildung meistens durch Aushilfen, technische Neuerungen und den Einsatz wirtschaftlicher Hilfsquel-

len einigermaßen ausgeglichen werden. In den Jahren des Kalten Krieges mussten die Kräfte der NATO binnen kurzer Vorwarnzeit von 48 Stunden ihren Aufmarsch weitgehend abgeschlossen haben und verteidigungsbereit sein. In unserer Zeit steht zwar aufgrund der aktuellen politischen Lage mehr Zeit als in den Jahren des Kalten Krieges für Ausbildung sowie Aufwuchs von militärischen Kräften vor einem Verteidigungsfall wegen der längeren Vorwarnzeit zur Verfügung. Für internationale Krisenreaktionseinsätze und vor allem Rettungs- und Evakuierungseinsätze müssen jedoch Kräfte zur Verfügung stehen und in der Lage sein, häufig aus dem Stand heraus, Kampfeinsätze sowie Stabilisierungseinsätze ohne Kampf im internationalen Verbund durchführen zu können. Ihre Führungsorganisation muss aus diesen Gründen bereits vor Einsätzen vorhanden und eingesetzt sein.

Vor dem Ersten Weltkrieg war das Armeekorps bei den meisten Armeen der höchste im Frieden aufgestellte Großverband. Die deutschen Armeestäbe – sie umfassten etwa 40 Soldaten, Beamte und zugeteilte Offiziere sowie Artillerie-, Pionier- sowie Fliegeroffiziere mit ihren Kräften und Mitteln – wurden 1914 erst ab dem ersten Mobilmachungstag aufgestellt. Ihr Personal kam aus dem gesamten Deutschen Reichsheer sowie aus dem Großen Generalstab. Ihnen blieben bis zum Ausbruch der Kampfhandlungen etwa zwei Wochen, um sich zusammenzufinden.¹³ Es mutet wie ein Wunder an, dass die acht deutschen Armeen von 1914 das zu leisten vermochten. Die gemeinsamen Ausbildungsgrundlagen und die zahlreichen Generalstabs-, Verwaltungsgeneralstabs- und Festungsgeneralstabsreisen vor dem Ersten Weltkrieg haben in Deutschland zu großer Homogenität in den Auffassungen von Führung und Einsatz geführt. Das hatte auch zur Folge, dass Dienstposten ohne lange Einarbeitungszeit ausgefüllt werden konnten. Die Aufwuchsverfahren der deutschen Armeekorps bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges sind aus den dargelegten Gründen in unserer Zeit nicht mehr möglich. Das Vorhandensein eingespielter Führungsstäbe auf allen Führungsebenen mit tiefgehender, durch Üben gefestigter Kohäsion ihres Führungspersonals hat während der Jahrzehnte des Kalten Krieges zur glaubhaften Abschreckung des Warschauer Paktes sicher erheblich beigetragen. In unserer Zeit wurden die Führungsstäbe der NATO und vieler Nationen auf die Bedingungen des Planens und Führens von internationalen Krisenreaktionseinsätzen ausgerichtet, die neben die gemeinsame Landes- und Bündnisverteidigung getreten sind.¹⁴

In der Russischen Armee führten die Erfahrungen des verlorenen Krieges gegen Japan von 1904/05 offensichtlich nicht zu tiefgreifenden Reformen der Trup-

pe, ihrer Erziehung, Ausbildung und Truppenübungen. Diese Erkenntnis zieht sich wie ein roter Faden durch „August 1914“.

Nach dem Abzug der Kampftruppen aus Afghanistan stehen die verbündeten Streitkräfte der NATO vor der Aufgabe, die dort erlangte Gefechtstüchtigkeit zu erhalten und weiter zu entwickeln. Die Bundeswehr hat in Afghanistan das größte Schulungs- und Erprobungsprogramm ihrer Geschichte erlebt. Darin liegt trotz aller Trauer um Gefallene und Verwundete ein erheblicher praktischer Wert für die taktische sowie die Ebene der Operativen Führung der Bundeswehr und ihrer Verbündeten. Nach ihrem endgültigen Abzug können Entwicklungen eintreten, die Truppe durch in einem friedlichen Umfeld entstandene Konzepte und Beschäftigungsfelder, die mit den Anforderungen in Einsätzen nichts zu tun haben, von dieser Hauptaufgabe abzulenken. Die verantwortliche militärische Führung muss die politisch-strategische Ebene immer wieder davon überzeugen, dass die Einsatzfähigkeit weiterhin im Mittelpunkt soldatischen Erziehens und Führens stehen muss.

Nachruf auf Alexander Solschenizyn in der deutschen Presse

Im Nachruf auf Solschenizyn in der deutschen Presse wurde der Revolutionszyklus „Das Rote Rad“ meistens übergangen. Ein Kritiker behauptete, er sei „ein merkwürdiger Zwitter zwischen Historiographie und Roman mit hunderten von Personen und Schauplätzen“, gegen den sich Tolstois „Krieg und Frieden“ wie eine zierliche Miniatur ausnehme. Solschenizyn habe sich mit ihm „künstlerisch verrannt“. Auch wurde behauptet, Solschenizyn habe nur in der Person von Iwan Denissowitsch in seinem Roman „Ein Leben im Tag von Iwan Denissowitsch“ von 1972 eine nachhaltig beeindruckende Figur geschaffen.¹⁵ Dieses Urteil ist unzutreffend. In „August 1914“ hat Solschenizyn Personen mit der gleichen künstlerischen Meisterschaft geschaffen und dargestellt wie vor ihm Tolstoi in „Krieg und Frieden.“ Offensichtlich haben einige Kritiker Solschenizyn verübelt, dass er in seinem Alterswerk „Zweihundert Jahre zusammen“ den Anteil jüdischer russischer Bürger an der Revolution Lenins herausgearbeitet hat.¹⁶ Das könnte ihr Urteil über die Bedeutung des Zyklus „Das Rote Rad“ getrübt zu haben.

In „August 1914“ hat Solschenizyn Personen mit der gleichen künstlerischen Meisterschaft geschaffen und dargestellt wie vor ihm Tolstoi in „Krieg und Frieden.“

ker Solschenizyn verübelt, dass er in seinem Alterswerk „Zweihundert Jahre zusammen“ den Anteil jüdischer russischer Bürger an der Revolution Lenins herausgearbeitet hat.¹⁶ Das könnte ihr Urteil über die Bedeutung des Zyklus „Das Rote Rad“ getrübt zu haben.

Zum Autor: Generalmajor a. D. Christian E. O. Millotat war von 1963 – 2004 Angehöriger der Bundeswehr; Panzergrenadiertruppe, deutsche und ka-

nadische Generalstabsausbildung, US Military War College. Nach zahlreichen nationalen und internationalen Verwendungen, u. a. als Stabsabteilungsleiter Füh III im BMVg, Brigadekommandeur, Stellvertreter des Kommandierenden Generals des II. Korps sowie Stellvertreter des Kommandeurs der Kosovo Force war er zuletzt Befehlshaber im Wehrbereich II, Mainz. Nach seiner Zuruhesetzung war der Autor 2006/ 2007 „Director of the Department of Security Cooperation“ der OSZE und Sicherheitsberater des Hohen Beauftragten für Bosnien-Herzegowina. Millotat leitet den Regionalkreis Südwest der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Titel der 1989 in U.S. A. erschienenen Ausgabe: Alexandr Solzhenitsyn, August 1914, The Red Wheel / Knot I, Translated by H.T. Willetts, The Noonday Press, Farrar, Straus and Giroux, New York
Titel der 1987 in Deutschland erschienenen Ausgabe: Alexander Solschenizyn, Erster Knoten, August Vierzehn (23. August – 3. September), aus dem Russischen übersetzt von Swetlana Geier, Piper München Zürich
Titel der ersten und verkürzten deutschen Ausgabe von 1972: Alexander Solschenizyn, August Vierzehn, Roman, Darmstadt und Neuwied
Ich bezeichne die Arbeit mit „August 1914“.
- 2 Alexander Solzhenitzyn: August 1914, Reviewed by Oberst i.G. Christian O.E. Millotat in: Special Text, Academic Year 1991, Advanced Warfighting Studies, Book Reviews, U.S. Army War College, Calisle Barracks, PA 17013 – 5050 1991
- 3 Strategic Studies Institute U.S. Army War College: Understanding the Prussian – German General Staff System, Oberst i.G. Christian O. E. Millotat, German Army, March 20, 1992

Kolonel Kritsian Millotat, Oficeri I Shtabit Te Pergjithshem, Tirana, 1993

Christian E.O. Millotat: Das preußisch-deutsche Generalstabssystem, Wurzeln-Entwicklung-Fortwirken, Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, Zürich 2000

Christian E.O. Millotat: Eliten der Bundeswehr im Einsatz, Offiziere im Generalstabs- und Admiralstabsdienst, Wurzeln, Erbe, persönliche Erfahrungen, Gilching 2009

- 4 Zum Stab Moltkes 1870/71 vgl. Millotat: Eliten der Bundeswehr im Einsatz, a.a.O.S.111 ff
Zur Stabsarbeit im OKH und OKW vgl. ebenda, S. 207 ff
Zur Stabsarbeit in Joffres „Grand Quartier Général“ von 1914 vgl. A.A. Ignatjew: In Hoher Mission, Autobiographie, S. 243 ff, Berlin (Ost) 1956
- 5 Zur Beratungspflicht der Generalstabsoffiziere vgl. Christian E. O. Millotat: Das preußisch-Deutsche Generalstabssystem, a.a.O., Kapitel 2, Der Generalstabsoffizier als Führergehilfe, S. 33 ff
- 6 Zum Streit am Anteil am Erfolg der Schlacht von Tannenberg vgl.: General der Infanterie von Francois: Marneschlacht und Tannenberg, Berlin 1920 Wolfram Pyta: Hindenburg, a.a.O., S. 41ff
- 7 Zur Diskussion über das Versagen von Generaloberst Helmuth von Moltke zu Kriegsbeginn 1914 und seine seelische sowie charakterliche Struktur und Prägung vgl. Christian Millotat: Zum 150. Geburtstag von Generaloberst Helmut von Moltke (1848 bis 1916), in: Soldat und Technik, Mai 1998, S. 347 bis 349
- 8 Zur Persönlichkeit von Hindenburgs und seinem Wirken vgl. Wolfram Pyta: Hindenburg, a.a.O., S. 41 ff
- 9 Aus Moltkes „Militärischen Werken“, IV. Operationsplan- Kriegsobjekt und Operationsobjekt, in: Die großen Meister der Kriegskunst, Clausewitz, Moltke, Schlieffen, hrsg. von Dr. Inhold Krumpel, Frankfurt / M 1960, S. 136 bis 140
- 10 Vgl. Grundzüge der höheren Truppenführung vom 1. Januar 1910, Berlin 1910
Zur Aufnahme von Gedanken von Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke in die Dachdienstvorschrift des Deutschen Heeres, die HDv 100/100 „Truppenführung 2000“, vgl. Christian E.O. Millotat, Das preußisch- deutsche Generalstabssystem, a.a.O., S. 157 ff
- 11 Vgl. Christopher Clark, Die Schlafwandler, Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München 2013 und Frank – Lothar Kroll, Geburt der Moderne, Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg, Berlin – Brandenburg 2013
- 12 Verlauf der Operationen in Ostpreußen sowie Stärke- und Verlustzahlen nach „Die Befreiung Ostpreußens“, in: Der Weltkrieg 1914 – 1918, bearbeitet vom Reichsarchiv, 2. Band, a.a.O., Berlin 1925

Zur Kritik an den deutschen Operationen in der Schlacht von Tannenberg vgl. Reichsarchiv, a.a.O., S. 344 ff

Scharfe Kritik an den Gefechtsvorschriften von 1914 und ihrer oft mangelhaften Umsetzung zu Beginn des Ersten Weltkrieges üben:

General der Infanterie Liebmann in seiner Arbeit: „Die deutschen Gefechtsvorschriften von 1914 in der Feuerprobe des Krieges“, in: Militärwissenschaftliche Rundschau, Herausgegeben vom Reichskriegsministerium, 2. Jahrgang 1937, 4. Heft, Berlin, S. 457 bis 487 und der Aufsatz, „Die Entwicklung der deutschen Infanterie im Weltkriege (1914 – 1918)“, bearbeitet von der 7. Abteilung des Generalstabes des Heeres, Militärwissenschaftliche Rundschau 3. Jahrgang 1938, 3. Heft, a.a.O. S. 368 bis 419

- 13 Zu Angaben über die Mobilmachung einer deutschen Armee 1914 vgl. des Generalobersten Frhr. von Hausen Erinnerungen an den Marnefeldzug 1914, Leipzig 1920.S. 101-125
- 14 Zu Streitkräfteentwicklungen in unserer Zeit seit den Jahren des Kalten Krieges vgl. Christian E.O. Millotat: Streitkräfteentwicklung, Rückblick und Ringen um neue Wege – Ausblick, in: Military Power Revue der Schweizer Armee, de l'Armée Suisse Nr. 1/ 2013, S. 39 bis 54
- 15 Zu den Nachrufen auf Alexander Solschenizyn in der deutschen Presse vgl. Kerstin Holm, bis Marcel Reich-Ranicki, Hans- Peter Riese, Ralph Dutli und Viktor Jerosfejew in: FAZ vom 06. und 08.August 2008
- 16 Vgl. Alexander Solschenizyn: Zweihundert Jahre zusammen, Die Juden in der Sowjetunion, München 2003

Literaturverzeichnis:

1- *Allgemeine Literatur zum Verständnis von „August 1914“*

Leo N. Tolstoi: Krieg und Frieden, Roman, Vollmer-Verlag Wiesbaden und Berlin, O.J.

Die Befreiung Ostpreußens, in: Der Weltkrieg 1914-1918, bearbeitet vom Reichsarchiv, Zweiter Band, Berlin 1925

Tannenberg in: Schlachten des Weltkrieges in Einzeldarstellungen, bearbeitet und herausgegeben im Auftrage des Reichsarchivs, Band 19, Berlin 1928

Erich Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen, 1914-1918, Berlin 1919

D.J. Goodspel; Ludendorff, Soldat, Diktator, Revolutionär, Gütersloh 1966

Franz Uhle-Wettler: Erich Ludendorff in seiner Zeit, Verlagsgesellschaft Berg o.J.

Wolfram Pyta: Hindenburg, Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007

Ernest Dupuy and Trevor N. Dupuy: The Encyclopedia of Military History from 3 500 B.C. to the present London and Sydney 1977

Eberhard Birk: Die Schlacht von Tannenberg August 1914, in: Der Erste Weltkrieg 1914 – 1918, Der deutsche Aufmarsch in ein kriegerisches Jahrhundert, hrsg. von Thomas Vogel im Auftrag des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaft der Bundeswehr, München 2013.S. 42-47

Reflexion aktueller Krisenherde im Spiegel der Vorgänge um 1914

Politisch-historisches Expertengespräch am 3. Dezember 2014 in Berlin
Zusammenfassender Bericht

Wolfgang Fett

2014 jährte sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum hundertsten Mal. In diesem Jahr der Erinnerungen erschienen nicht nur Aufsehen erregende Bücher, die sich mit der Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkriegs, seinem Verlauf und den bis heute nachwirkenden Folgen beschäftigten, es fand auch eine breite öffentliche Auseinandersetzung über die Frage statt, ob und ggf. welche Lehren aus dieser „Urkatastrophe“ gezogen werden können.

Am 3. Dezember 2014 fand an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik ein Expertengespräch statt, zu dem die Clausewitz-Gesellschaft e.V. und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik geladen hatten. Das Thema lautete: „1914 – 1918 – Lehren aus der Geschichte?“

Unter der Leitung des Vizepräsidenten der BAKS, *Brigadegeneral a.D. Armin Staigis*, und des Präsidenten der Clausewitz-Gesellschaft e.V., *Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann*, versammelten sich hierzu hochrangige Vertreter aus Politik, Geschichts- und Sozialwissenschaften, aus diversen Bundesministerien, zivilen Instituten und dem Militär zum interdisziplinären Gedankenaustausch.

„Wir wollen bewusst keine Vergangenheitsbewältigung versuchen und schon gar keine Neuauflage der „Kriegsschulddiskussion“ führen. Vielmehr wollen wir aus einer konzentrierten Betrachtung politisch-strategisch relevanter Faktoren, die zum Ersten Weltkrieg geführt haben, Erkenntnisse für aktuelle und künftige Prozesse der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung gewinnen.“

Die Grundidee und das Ziel dieses Gedankenaustauschs fasste Herrmann so zusammen:

„Wir wollen bewusst keine Vergangenheitsbewältigung versuchen und schon gar keine Neuauflage der „Kriegsschulddiskussion“ führen. Vielmehr wollen wir aus einer konzentrierten Betrachtung politisch-strategisch relevanter Faktoren, die zum Ersten Weltkrieg geführt haben, Erkenntnisse für aktuelle und künftige Prozesse der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung gewinnen.“ Unter verschiedenen Perspektiven solle die mögliche Parallelität oder auch Divergenz zu aktuellen Entwicklungen in zwei ausgewählten Krisenregionen

erörtert werden: dem eskalierenden Konflikt in der Ukraine und der Lage in Ostasien.

Der erste Teil der Veranstaltung beschäftigte sich mit dem Thema: „Grundlegende Erkenntnisse und Lehren aus den Vorgängen um das Jahr 1914“. Die Impulsvorträge dazu hielten *Professor Dr. Herfried Münkler*, Humboldt-Universität zu Berlin, und der Historiker *Dr. Jörg Friedrich*. Die Moderation der Diskussion hatte *Dr. Stephan Speicher* von der Süddeutschen Zeitung übernommen.

Münkler sieht bei seinen Betrachtungen den Ersten Weltkrieg nicht als „einen“ Krieg, sondern aus drei Kriegen oder Elementen zusammengesetzt. Diese drei Kriege oder Konflikte, die man auch einzeln hätte betrachten können, seien zusammengefloßen und hätten so zu dem großen und lange andauernden Weltkrieg geführt.

Erstens: Es sei dies der Konflikt um die Frage: Wer ist Hegemon in Mittel- und Westeuropa? Dieser Konflikt mit einer langen historischen Tiefe gehe auf französische Seite auf Ludwig XIV. zurück, sei mit Napoleon I. fortgesetzt worden und im Konflikt um Elsass-Lothringen kulminiert.



Fregattenkapitän Olliver Pfennig, Generalleutnant a. D. Kurt Herrmann, Brigadegeneral a. D. Armin Staigis

Bei diesem Konflikt sei es darum gegangen, dass zwei Akteure – Deutschland und Frankreich – mit einer langen Geschichte der Konkurrenz um den Anspruch als Hegemonialmacht diese jeweils für sich geltend gemacht hätten. Dieser Konflikt habe auch über Versailles hinaus gewirkt, sei 1940 mit dem Westfeldzug wieder aufgenommen und erst

in einer Reihe von „Sakralakten feierlich bestattet“ worden: in der Kathedrale von Reims durch Adenauer und de Gaulle und durch Mitterand und Kohl vor Verdun, einem zentralen Ort des Ersten Weltkriegs.

Dieser erste Krieg in dem großen Krieg sei 1914 zwar latent gewesen, aber nicht akut. „Nur um dieses Konfliktes willen wäre der Krieg nicht ausgebrochen“.

Zweitens: Im zweiten Krieg sei es um die (schwierigere) Frage gegangen: „Wie wird die Weltordnung im 20. Jahrhundert aussehen? Der Weltpolizist des 19. Jahrhunderts, Großbritannien, habe diese Aufgabe nicht weiter wahrnehmen

können. Dessen maritime und industrielle Überlegenheit sei im „Abschmelzen“ begriffen gewesen. Die Briten fühlten sich bedrängt durch das Erstarken der USA, aber auch des Deutschen Reiches (Stahlproduktion, Chemische Industrie, Maschinenbau), und hätten gespürt, dass sie die Globalkontrolle als einzelne Kraft nicht länger ausüben konnten.

Deutschland sei demographisch und industriell in einer starken, geopolitisch dagegen durch die Umfassung der Ententemächte Russland und Frankreich in einer schwierigen Position gewesen. Zudem habe das Land keinen ungehinderten Zugang zu den Ozeanen gehabt. Das „Scharren mit den Hufen“ des Deutschen Reiches, um durch den Bau einer „Risikoflotte“ einen Fuß in die Tür zum Zugang zu den Weltmeeren zu bekommen, habe Druck auf die Situation ausgeübt.

Drittens: Die von Niedergangängsten getriebene Großmacht Österreich-Ungarn habe sich genötigt gesehen, den „Serben eine Lektion zu erteilen“. Dieser Konflikt sei durch den Mord an dem österreichischen Thronfolger auf der Lateiner-Brücke in Sarajewo sozusagen scharf gemacht worden. Das Schicksalhafte dabei sei der Umstand gewesen, dass mit dem Tod von Franz Ferdinand die Reformkräfte geschwächt worden seien, die Kriegskräfte hingegen an Einfluss gewonnen hätten.

Die Linien der drei Konflikte, so Münkler, seien in Deutschland als der Macht in der Mitte des Kontinents gleichsam zusammengefloßen. Die Politik habe sich in dieser Situation getrieben gefühlt; man sei überzeugt gewesen, nicht länger abwarten zu können. Die für Clausewitz entscheidende Frage, was der eigentliche Zweck und das Ziel des Krieges seien, sei hingegen politisch nie beantwortet worden. Die verhängnisvolle Konsequenz daraus: Die Ziele akkumulierten im Laufe des Krieges, die Spielräume der Politik hingegen seien immer kleiner geworden.

Die für Clausewitz entscheidende Frage, was der eigentliche Zweck und das Ziel des Krieges seien, sei hingegen politisch nie beantwortet worden. Die verhängnisvolle Konsequenz daraus: Die Ziele akkumulierten im Laufe des Krieges, die Spielräume der Politik hingegen seien immer kleiner geworden.

Friedrich macht eine zwangsläufige Dynamik als eine der Hauptursachen aus, die zum Ersten Weltkrieg führte. „Der Krieg zog unersättlich einen Teilnehmer nach dem anderen, nolens volens, in seinen Schlund hinein, und erst dadurch wird, zufällig und chaotisch, dieser Krieg ein Weltkrieg“. Als Beispiel zeichnete Friedrich den Weg der Vereinigten Staaten in diesen Krieg nach, die vor ihrem Kriegseintritt die

Ententemächte mit Material und Ausrüstung – finanziert durch Kredite von US-Banken – unterstützt hätten. Diese Lieferungen seien de facto das materielle Rückgrat des Ententekrieges gewesen, ohne die man sich hätte „mit Steinen beschmeißen müssen“. Die Teilnahme der USA an diesem Krieg sei in keiner Weise zwingend gewesen, sondern habe auf einer freiwilligen Entscheidung des Präsidenten beruht. „Ohne die Teilnahme der USA hätte der Krieg verebben müssen, und er hätte zu einem anderen Ergebnis geführt“, gab sich Friedrich überzeugt.

Die Beantwortung der Frage bei allen Kriegsparteien, wie diese unermesslichen Opfer mit denen niemand gerechnet habe, zu rechtfertigen seien, habe in der Folge zu immer neuen Kriegszielen geführt. So habe z.B. eine utopische Landverteilung eine frühzeitige Beendigung des Krieges verhindert. Die Westverbündeten hätten sich dabei ein Territorium von 4,5 Millionen Quadratkilometer angegliedert, also ein Territorium, das annähernd doppelt so groß gewesen sei wie die eigentliche Fläche der Westverbündeten selbst (Großbritannien und Frankreich mit den zum Staatsgebiet Frankreichs gehörenden überseeischen Départements). Dem gegenüber stünden die deutschen Annexionsziele Belgien mit 29.000 und Kurland mit 13.000 Quadratkilometern. Wenn man diese Zahlen und ihre mögliche Realisierbarkeit gegenüberstelle, müsse man zu dem Schluss kommen, dass bei Kriegszielen dieser Dimension keine Seite in irgendeiner Weise aus dem Krieg aussteigen konnte. „Wo soll die Kompromisslösung bei diesen Millionen von Quadratkilometern liegen?“, fragte Friedrich.

So habe der Krieg selbst völlig unlösbare Probleme geschaffen, aus denen alle Beteiligten nicht mehr herausfanden. „Europa war förmlich in den Krieg eingesperrt, eingesperrt in eine Zelle ohne Ausgang“, schloss Friedrich seinen Vortrag.

„Alle Konflikte hätten ohne Gewalt gelöst werden können“

Ein Thema der anschließenden Diskussion war die fehlende Sicherheitsarchitektur vor 1914. So seien Versuche zur „Lokalisierung“ oder Eindämmung der Konflikte von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen. Die Angst vor einer „Unführbarkeit“ des Krieges zu einem späteren Zeitpunkt und das fehlende Vertrauen der verantwortlichen Akteure zueinander hätten zur Dynamik der Entwicklungen wesentlich beigetragen. Der Wirkung von Informationen und Nachrichten, die als Mittel der Propaganda und Desinformation auf allen Seiten eingesetzt worden seien, habe nicht nur der Bevölkerung ein falsches Bild

vermittelt, sondern auch die Entscheidungsfähigkeit der wesentlichen Funktionsträger massiv beeinträchtigt. Die Propaganda habe wesentlich zur Mobilisierung und Fanatisierung der Bevölkerung beigetragen und bei den handelnden Akteuren zu völlig falschen Vorstellungen über die Dauer und Intensität des Krieges geführt. Bei einer sinn- und verantwortungsvollen Nutzung der Kommunikationswege hätten alle vor dem Kriege bestehenden Konflikte auch ohne Anwendung militärischer Gewalt gelöst werden können, so das Fazit der Diskussion.

Vergleiche mit 1914 problematisch

Die zweite Diskussionsrunde zum Thema „Erörterung aktueller Krisen und Konflikte in Osteuropa und Asien 2014“ wurde mit zwei Kurzvorträgen eingeleitet. Dr. Michael Paul hielt einen Impulsvortrag zum Thema „Analogien am Beispiel des Aufstiegs der Volksrepublik China“, seine Kollegin von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Dr. Margarete Klein, sprach zu dem Thema „Die Russland-Ukraine-Krise“. Die Vortrags- und Diskussionsrunde moderierte *Brigadegeneral a.D. Armin Staigis*.

Wichtigster Unterschied zwischen den Konflikten um die Ukraine und dem im Fernen Osten bestehe darin, dass sich die Lage in Ostasien mittelfristig entspannt habe, wohingegen der Ukraine-Konflikt weiter zu eskalieren drohe, stellte Paul heraus. Dennoch sei langfristig – „nicht in den nächsten drei Jahren, aber im Zeitraum 2020–2025“ – ein militärischer Konflikt in Fernost nicht auszuschließen. Chinas Aufstieg drohe eine Ordnung zu zerstören und damit, wie das Deutsche Reich vor 1914, einen Kriegsgrund zu schaffen. Der Vergleich zwischen 1914 und der aktuellen Lage in Ostasien sei natürlich problematisch, wenn auch die Streitigkeiten im Ostchinesischen und Südchinesischen Meer zur möglichen Ursache für eine amerikanisch-chinesische Konfrontation werden könnten. Chinesische Aufrüstung einerseits und amerikanische Schwerpunktverlagerung nach Asien könnten auf eine Konfrontation hinauslaufen. Ähnlich wie 1914 wolle keiner der Kontrahenten einen Krieg, er „könnte aber durch fehlerhafte Kommunikation und eine unglückliche Verkettung von Ereignissen ausgelöst werden“, befürchtet Paul.



Dr. Michael Paul, Armin Staigis, Dr. Margarete Klein

Chinesische Befürchtungen beruhen auf den historischen Erfahrungen aus dem Krieg von 1894 mit Japan, wo das Land nach einer verheerenden maritimen Niederlage Jahrzehnte einer schmerzlichen nationalen Demütigung durch seine asiatischen Nachbarstaaten erdulden musste. Diese Nachbarn fühlten sich heute wiederum durch die aktuelle chinesische Politik bedroht, wie z.B. durch die Errichtung einer Luftverteidigungszone im Ostchinesischen Meer. So wie Deutschland 1914 durch seine dynamisch wachsende Wirtschaft bei seinen Nachbarn Ängste ausgelöst habe, werde China heute wegen seiner Wirtschaftsmacht und seiner Politik der militärischen Stärke als Bedrohung wahrgenommen. Mit seiner Flottenrüstung beabsichtige China, einem Konzept der Eindämmung, wie man es den USA unterstellt, entgegenzuwirken und die „Inselkette“ zu durchbrechen, die sich auf einer Nord-Süd-Linie von den Kurilen über Japan, Taiwan und die Philippinen bis nach Indonesien erstreckt. Diese Politik habe aber auch eine starke innenpolitische Funktion. Sie diene dazu, das Regime zu stärken, abweichende Meinungen zu schwächen und die Dominanz der Parteilite aufrechtzuerhalten.

Anders als seinerzeit Berlin gegenüber London habe Peking aber absehbar keine Eile, die USA als Hegemon abzulösen, sondern verfolge seine Interessen mit einem langen Atem. Das unterscheide China von den nervösen Unsicherheiten des Deutschen Reiches. Den Traum einer großartigen Wiedergeburt der chinesischen Nation verfolge China weiter, aber es greife geschickter und umsichtiger nach der Weltmacht.

Langfristig müsse es den USA und Deutschland ein Anliegen sein, die Führung der Volksrepublik einzubinden statt einzudämmen und so einer Polarisierung

Das russische Denken in Einflusszonen, objektive und subjektive Einkreisungsängste und eine russische Macht, die die bestehende Ordnung herausfordere, zeigten Analogien zu 1914.

der internationalen Beziehungen entgegenzuwirken. Politische Fehleinschätzungen und ungehinderter Nationalismus könnten wieder eine Atmosphäre schaffen, in der ein symbolisch aufgeladenes Ereignis in eine offene Konfrontation umschlagen könne. Noch er-

laube es die Lage, gemeinsame Erfahrungen im bilateralen und multilateralen Rahmen zu sammeln, die eines Tages vielleicht für eine Sicherheitsarchitektur im asiatisch-pazifischen Raum genutzt werden könnten. „Kriege sind nie zwangsläufig, aber der Friede im Pazifik ist keineswegs sicher“, schloss Paul seinen Vortrag.

Gefahr einer schnellen Eskalation geringer als 1914

Auch in der Ukraine-Krise würden gerne historische Analogien herangezogen, so Dr. Margarete Klein. Es stelle sich die Frage, ob das Eskalationspotential der Krise nicht unterschätzt werde und ob sich diese Krise zu einem großen Krieg ausweiten könnte. Das russische Denken in Einflusszonen, objektive und subjektive Einkreisungsängste und eine russische Macht, die die bestehende Ordnung herausfordere, zeigten Analogien zu 1914. Dazu komme der Status einer Macht, die gleichzeitig beides sei: aufstrebend im Vergleichsmaßstab zu den neunziger Jahren, absteigend im Vergleich zur Sowjetunion.

Eine Eskalationsgefahr könne darin gesehen werden, dass durch die Krise in der Ukraine Konflikte an anderen Orten wie in Moldawien oder Georgien aufbrechen könnten. Da aber die Rahmenbedingungen anders seien als 1914, sei die Gefahr einer schnellen Eskalation geringer, zudem sei die Sensibilität gegenüber der Eskalationsgefahr höher. Außerdem gebe es keine komplexen, intransparenten Allianzsysteme wie 1914, die zu einem Automatismus der Eskalation geführt hätten. Bei allen Akteuren fehle das Interesse an einer großen Konfrontation. Die verdeckte Vorgehensweise Russlands mit seiner Unterstützung einer hybriden Kriegsführung in der Ostukraine stelle den Westen allerdings vor neue, nur schwer lösbare Herausforderungen.

Die NATO und die EU hätten deutlich gemacht, dass sie in dem Konflikt nicht militärisch intervenieren würden. So wollten sie eine militärische Konfrontation mit Russland und eine unkontrollierte Eskalation vermeiden. Zwar ergreife die NATO Maßnahmen einer militärischen Rückversicherung gegenüber allen Mitgliedsstaaten, es finde aber seitens der Allianz keine Kündigung der NATO-Russland-Grundakte statt und keine völlige Abkehr vom Prinzip der militärischen Zurückhaltung. Den Konflikt könne man nicht überwinden, so Dr. Margarete Klein, aber man könne sich darauf einigen, ihn nicht militärisch eskalieren zu lassen. Das laufe aber letztendlich auf eine Abgrenzung und Anerkennung von Einflusszonen hinaus.

„Krieg ist nie unvermeidlich“

In der abschließenden Diskussion wurde deutlich, dass ein direkter Vergleich der Situation von 1914 und von heute nicht zulässig sei. Zwar sei es nicht ausgeschlossen, dass auch heute politische Fehleinschätzungen, ungebremster Nationalismus und revisionistisches Machtkalkül eine Atmosphäre schaffen

könnten, in der ein Funke genüge, um eine militärische Eskalation auszulösen. Auch wenn man in einigen beunruhigenden Tendenzen unserer Tage ähnliche Entwicklungen wie vor 100 Jahren zu erkennen glaube, müsse man sich jedoch vor groben Verallgemeinerungen und Analogieschlüssen hüten.

„Ein Krieg ist nie unvermeidlich. Der fatale Glaube an seine Unvermeidbarkeit kann jedoch kriegsauslösend wirken. Die bestehenden Strukturen und Prozesse zur Vertrauensbildung, Kooperation, Krisenbewältigung und Konfliktlösung gilt es weiterzuentwickeln und zu nutzen“, fasste der Präsident der Clausewitz-Gesellschaft, Generalleutnant a.D. Kurt Herrmann, das Ergebnis der Gespräche zusammen.

Zum Autor: Oberst a.D. Wolfgang Fett ist Verantwortlicher für die Presse- und Informationsarbeit im Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Kapitel VI

Widerstand – Der 20. Juli 1944

Die Genese des Kreisauer Kreises¹

Dr. Dr. Klaus Philippi

Die Geburtsstunde des Kreises wird allgemein mit der Diskussion von Helmuth James Graf von Moltke mit Peter Graf Yorck von Wartenburg über die Grundlagen einer positiven Staatslehre, an der auch Otto Heinrich von der Gablentz signifikant beteiligt war, angenommen. Dies geschah bemerkenswerter Weise nach dem gewonnenen Frankreichfeldzug 1942, als nach den Worten Moltkes mit dem Erlebnis eines „Triumph des Bösen“ zu rechnen war. Den Kreisauern ging es dabei nicht um Umsturz, sondern um die Vorbereitung dessen, was nach der Stunde X kommen sollte. Es ging um mehr als nur politische Reformen, sondern um eine völlige (geistige, moralische, politische) Neuordnung des menschlichen Zusammenlebens, um einen Neuaufbruch der Menschheitsgeschichte. Die Definition des engeren Kreises ist zu einem gewissen Grade willkürlich, eine Mitgliedschaft gab es nicht, einige der zum engeren Kreis gezählten haben sich nie oder nur selten getroffen, und um die Initiativgruppe, die überwiegend zur jüngeren Generation gehörte, gruppierten sie eine große Schar von älteren Sachverständigen herum, von denen sie sich bei der Ausarbeitung ihrer Zielvorstellungen beraten ließen. Die Initiative der Auswahl des sogenannten engeren Kerns ging weitgehend von Moltke aus, und über mehr als zwei Jahre „rekrutierte“ er auf geschickte Weise zuverlässige Gleichgesinnte, die hoffen ließen, dass sie die Stützen der geplanten Neuordnung, nämlich die Arbeiterschaft und die beiden christlichen Kirchen, repräsentierten und dabei gleichzeitig über den notwendigen Sachverstand in Außenpolitik, Staatsrecht, Wirtschaftspolitik, Erziehungs- und Sozialwesen verfügten. Durch diese „Rekrutierung“ ergab sich eine für diese Zeit beispiellose Koalition heterogener Mitglieder, die unter normalen Umständen in der Weimarer Zeit nicht miteinander verkehrt hätten.

Der engere Kreis bestand aus Moltke (1907-1945) und Yorck (1904-1944) als Initiatoren und Leiter der Aktivitäten, „die als einzige von allen Aktivitäten wussten“, den Diplomaten Adam von Trott zu Solz (1909-1944) und Hans-Bernd von Haefen (1905-1944), den Sozialdemokraten Julius Leber (1891-1945), Carlo Mierendorff (1897-1943), Theodor Haubach (1896-1945) und

Adolf Reichwein (1898-1944); für die evangelische Kirche aus Eugen Gerstenmaier (1906-1986) und Harald Poelchau (1903-1972), als Kontaktmann zum Ausland aus dem vielseitigen Juristen Theodor Steltzer (1885-1967), den Wirtschaftsfachleuten Horst von Einsiedel (1905-1947/8) und Carl Dietrich von Trotha (1907-1952), als Verfassungs- und Verwaltungsexperte aus dem Zentrumsmann und Exponenten der katholischen Kirche Hans Peters (1896-1966); von katholischer Seite weiterhin aus den Jesuitenpatres Alfred Delp (1907-1945), Augustin Rösch (1893-1961) und Lothar König (1906-1946); dem Staatswissenschaftler Otto Heinrich von der Gabletz (1898-1972), früher dem Kreis der religiösen Sozialisten um Paul Tillich zugehörig, und schließlich den Verwaltungsjuristen und Zentrumsmännern Hans Lukaschek (1885-1960) und Paulus van Husen (1891-1971).

Neben den drei großen Tagungen auf dem Gut Kreisau in den Jahren 1942 und 1943, die diesem Widerstandskreis den Namen gegeben haben, haben viele vorbereitende und entscheidende Tagungen in den Wohnungen der Berliner Kreisauer, vor allem bei Yorck in der Hortensienstrasse, auf seinem Gut in Klein-Öls in Schlesien, auf dem Landsitz von Borsig sowie in München, meistens bei den Jesuiten, stattgefunden. Es wurden sechs Arbeitsgruppen gebildet, die jeweils von Moltke und Yorck geleitet und koordiniert wurden: zu Außenpolitik, Staatsordnung, Wirtschafts- und Sozialordnung, Agrarordnung, Rechtsfragen sowie schließlich zu Kirche, Kultur und Erziehung. Daraus entstanden die Vorstellungen des Kreisauer Kreises über die Neuordnung Deutschlands nach dem erwarteten Zusammenbruch.



Gut Kreisau

Daraus entstanden die Vorstellungen des Kreisauer Kreises über die Neuordnung Deutschlands nach dem erwarteten Zusammenbruch.

Bei der Darstellung der Genese des Kreisauer Kreises wird besonders dem Phänomen der Vergemeinschaftung trotz großer Heterogenität der Mitglieder nachgespürt. Der Kreisauer Kreis bildete keinen monolithischen Block. Erschwerend für eine Vergemeinschaftung kamen neben der Heterogenität auch die sehr unterschiedliche Sozialisation, die Zugehörigkeit zu zwei Generationen und die recht unterschiedlichen Charaktere hinzu. Die Sympathieintensität und der Grad emotionaler Verbundenheit zwischen den Kreisauern variierten, dies ist am besten bei Moltke selbst durch seine Briefe an Freya belegt. Moltke duzte kaum jemanden, er stellte Minderwertigkeitsgefühle ihm gegenüber fest, einige der Kreisauer, wie Peters, sind ihm nie sehr nahe gekommen, zwischen

Moltke und Haubach bestand zunächst eine spürbare Distanz, mit Gabletz brach Moltke geradezu. Steltzer bewertete Gerstenmaier eher negativ, und Gerstenmaier wiederum stellte vehement in Abrede, dass Leber überhaupt zu den Kreisauern gehörte. So kann von Moltke zu seinen Freunden und zwischen diesen untereinander nicht von einem einheitlichen Verhältnis gesprochen werden, ein wichtiges Indiz dafür, dass keinerlei normativer Druck vorlag. Die sehr unterschiedlichen und weit gefächerten Außenbeziehungen der einzelnen Kreisauer bilden ein anschauliches Beispiel der Unterschiedlichkeit der einzelnen Protagonisten. Konstitutiv für das Funktionieren des Kreises ist die Frage nach der treibenden Kraft und nach der Zentralität des Kreises. Trotz der herausragenden Stellung von Moltke und auch York liegen bei ihnen jedoch keine großen Informations- und Machtvorsprünge vor.

Zur gesellschaftspolitischen Haltung der Personen, die später den Kern des Kreisauer Kreises ausmachten, lässt sich sagen, dass die meisten auf dem Boden

der Weimarer Verfassung standen und auch die Monarchie ablehnten. Der Grad des Eintretens für Weimar war wohl bei den drei militanten Sozialdemokraten am höchsten, für Reichwein war Weimar die ungeliebte Republik, Trott sah ihr Scheitern voraus, für Moltke und Yorck, die die Schwächen der Weimarer Republik klar erkannten, kam eine Rückkehr zu Weimar nicht infrage. Auch Haeflten standen die Schwächen von Weimar klar vor Augen, er sah die Lösung eher in einem autoritären Rechtsstaat. Einsiedel und Trotha waren zwar Republikaner, liebäugelten jedoch mit einer starken Planwirtschaft sowjetischer Prägung. Einzig Steltzer hatte wohl den Boden der Weimarer Verfassung verlassen und jegliches Vertrauen in den Staat verloren. Gemeinsam war allen jedoch eine eindeutige Ablehnung des Nationalsozialismus. Im Ausgangspunkt ihrer politischen Planungsarbeit waren die Kreisauer trotz weitgehender Übereinstimmung in ihrer republikanischen Haltung doch sehr verschieden, sodass das Vergemeinschaftungspotenzial der politischen Ausgangshaltung eher als gering eingestuft werden muss. Das kommt auch in dem langen Ringen in ihrer Planungsarbeit zum Ausdruck.

Zur gesellschaftspolitischen Haltung der Personen, die später den Kern des Kreisauer Kreises ausmachten, lässt sich sagen, dass die meisten auf dem Boden der Weimarer Verfassung standen und auch die Monarchie ablehnten.

Zur gesellschaftspolitischen Haltung der Personen, die später den Kern des Kreisauer Kreises ausmachten, lässt sich sagen, dass die meisten auf dem Boden der Weimarer Verfassung standen und auch die Monarchie ablehnten.

Der Aussage Gabletz, dass alle Kreisauer ein gleiches christliches Grundverständnis hatten, ist nach dieser angestellten Betrachtung nicht zuzustimmen. Es gab Kulturprotestanten, Ungläubige wie Leber, grundsätzliche, aber kirchenerne Christen sowie religiöse und kirchennahe Christen. Die Kirchnahen,

religiös Praktizierenden scheinen aber überwogen zu haben, und insofern war in Gruppen in der ausgeübten Religion doch ein vergemeinschaftendes Element festzustellen. Auf dieser Basis konnte Moltke als Säulen seiner Planungsarbeit neben der Arbeiterschaft auch die Kirchen in Anspruch nehmen. Dies war allerdings mit vielfältigen Diskussionen verbunden.

In der Arbeit wird versucht die Quellen und den Prozess der Vergemeinschaftung nachzuzeichnen. Aus der Vielzahl der Einflussfaktoren werden die Prädisposition durch die Jugendbewegungen, die Erfahrungen in der Löwenberger Arbeitsgemeinschaft und die Motivationslage zum Widerstand näher betrachtet.

Die beschriebene Heterogenität der späteren Kreisauern dokumentiert sich auch in der Mitgliedschaft in ganz unterschiedlichen Jugendbünden, soweit die späteren Kreisauern überhaupt eine Sozialisation in Bünden in ihrer Jugendzeit erfahren haben. Trotz der großen Verschiedenartigkeit der bündischen Bewegung gibt es einen gemeinsamen Kern: die Hohe Meißner Formel. Sie, der sich

Das Zentralerlebnis der Jugendbewegung, Erweckung zur Gemeinschaft, war ein nicht zu unterschätzender Baustein für die Vergemeinschaftung im Kreisauer Kreis.

viele der neuen Vereinigung unterstellten, betonte die Prinzipien der Selbsterziehung, der Selbstbestimmung, der Selbstverantwortung und der wahrhaftigen Lebensführung. Ausgehend von breit gestreuter Zivilisationskritik

wollte man auf die Herausforderungen des Industriezeitalters, der Massengesellschaft antworten. Diese kulturreformatorischen Initiativen, unterstützt aus dem Bildungsbürgertum, sahen in der Bildung neuer Sozialformen Möglichkeiten eines „dritten Wegs“ jenseits von Kapitalismus und Sozialismus/Kommunismus, einer unpolitischen Form der Gesellschaftsveränderung, sie glaubten, durch Bewusstseins- und Verhaltensänderung einzelner oder kleiner Gemeinschaften von innen her allmählich die Gesellschaft in ihrem Sinne reformieren zu können, dies fast eine Prädisposition des Kreisauer Kreises. Man wollte den „neuen Menschen“ schaffen, der, durch die Gemeinschaftserziehung der Jugendbewegung zu einer harmonischen Persönlichkeit gebildet, dann von selbst, gewissermaßen als „Ferment“ in die Gesellschaft hineinwirken und dort seine Kreise ziehen sollte. Hier kommen Anklänge an die Denkschrift über die „kleinen Gemeinschaften“, ein Programmausgangspunkt der Kreisauer, in den Blick. Das Zentralerlebnis der Jugendbewegung, Erweckung zur Gemeinschaft, war ein nicht zu unterschätzender Baustein für die Vergemeinschaftung im Kreisauer Kreis.

Ein weiterer Baustein für den Kreisauer Kreis wird in den Schlesischen Arbeitslagern der Löwenberger Arbeitsgemeinschaft gesehen, die 1928, 1929 und 1930 stattfanden. Diese wurden von Moltke als junger Jurastudent in Breslau als Versuch zur Lösung der sozialen Lage im Waldenburger Kohlrevier in Niederschlesien initiiert; an ihnen waren auch sieben spätere Kreisauer direkt oder indirekt beteiligt. Er glaubte an die Veränderbarkeit dieser schwierigen sozialen Verhältnisse und mobilisierte die Öffentlichkeit.

Die Erkenntnis, dass bei einer heterogenen Zusammensetzung der Arbeitslager das Schaffen gegenseitigen Vertrauens möglich ist, mag für die zukünftigen Kreisauer eine wertvolle, hoffnungsvolle Erfahrung gewesen sein. Reichwein konnte nach Abschluss der Arbeitslager feststellen, dass durch die Erfahrung im Arbeitslager eine Vertrauensbasis aller geschaffen wurde, eine Basis, die unzertrennlich schien, und zu der sowohl die vierzig sozialistischen Arbeiter wie das Dutzend christlicher Arbeiter wie die dreißig Studenten der schlesischen Jungmannschaft, die kleine Schar katholischer Verbindungsstudenten und nicht zuletzt auch die zwanzig jungen Bauern und Landarbeiter gehörten.

Wie beim Kreisauer Kreis, der den Versuch unternahm, die für eine geistige Überwindung des Nationalsozialismus und eine politische Neuordnung wesentlichen Gruppen, Kräfte und Standpunkte insbesondere aus der freien Arbeiterschaft und den beiden großen Kirchen zusammenzuführen, verließ man sich schon damals auf die Kirchen und die Arbeiter, um ein funktionierendes „Industrievolk“ aufzubauen. Auch die Frage der Freiheit in Gebundenheit beschäftigte schon die Löwenberger Arbeitsgemeinschaft: In dem Einzelnen muss das Gefühl der inneren Gebundenheit an Werte, die nicht von dieser Welt sind, wieder erweckt werden, welches alleine ermöglicht, ihm die Freiheit wiederzugeben; dadurch wird der Einzelne ein Gefühl der Verantwortung wiederbekommen, welches zu einem Aufblühen wahrer Gemeinschaft führen wird. Dies waren Ziele der Arbeitslager.

Als Ergebnis des Arbeitslagers stellte man fest, dass das, was sich als Frucht der Lagerordnung, einer Lagerordnung der Arbeiter, Bauern und Studenten, ergab, nämlich dass Führung an die überging, die durch ihre menschlichen Gesamtqualitäten dazu berufen, die „gebildet“ im eigenen Wortsinn waren, Ansätze zu einem neuen Menschenbild berge. Wenn auch die Brisanz der Suche nach einem neuen Menschenbild angesichts der widerständigen Erfahrung im Jahre 1942 eine andere war als 1928, so ergeben sich doch gleichgerichtete Aspekte: Orientierung an Verantwortung „am Ganzen“, Zusammenarbeit über Klassen

hinweg, sichere Behauptung auch in neuen gesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben.

Ein starker Beleg für die Wirkmächtigkeit der Erfahrungen der schlesischen Arbeitslager für den Kreisauer Kreis lässt sich in der schon erwähnten Denkschrift der kleinen Gemeinschaften erkennen. Im ersten Absatz dieser Denkschrift treten Vorstellungen zutage, denen offensichtlich Erfahrungen der Löwenberger Arbeitslager zugrunde lagen. Hier wird postuliert, dass gegenüber der großen Gemeinschaft, dem Staat, oder etwaigen noch größeren Gemeinschaften, nur der das rechte Verantwortungsgefühl habe, der in kleineren Gemeinschaften in irgendeiner Form an der Verantwortung mitträgt. Das Arbeitslager war solch eine kleine Gemeinschaft. Moltkes Haltung zum Gemeinwesen wird deutlich in einem Beitrag, den er kurz nach dem ersten Arbeitslager anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Weimarer Republik für eine amerikanische Zeitschrift schrieb. Dort trat er dafür ein, dass junge Menschen aus den unterschiedlichen Rassen nicht nur die gleichen Bildungschancen erhalten, sondern sich auch gegenseitig besser kennenlernen sollten. Das war das Konzept der Löwenberger Arbeitsgemeinschaft.

Eine weitere Spur, die von Löwenberg zu Moltke und zu dem Denken der Kreisauer führte, bezog sich auf den mit der Selbstverwaltung einhergehenden Aspekt der Subsidiarität. Dieser Aspekt der Subsidiarität wird im Zusammenhang mit der Selbstverwaltung, einem ständigen Anliegen der Kreisauer, gebracht. Wenn Moltke diese Gedanken im Februar 1929, also weniger als ein Jahr nach dem ersten Arbeitslager, niederschrieb, so ist eine Beeinflussung durch die Löwenberger Arbeitsgemeinschaft anzunehmen, für deren Gründung der Gedanke der Selbstverwaltung konstitutiv war.

Es kann angenommen werden, dass allein schon wegen der hohen personellen Deckung und des Arbeits- und Planungsstils die Löwenberger Arbeitsgemeinschaft erheblichen Einfluss auf den späteren Kreisauer Kreis hatte und dass das Kreisauer Programm auch zum Teil in nuce damals schon im Arbeitsprogramm und in den Ergebnissen der Arbeitslager vorhanden war. Die Moltke'sche basisdemokratische Initiative der Arbeitslager als gesellschaftliches Instrument in einem sozialpolitischen Integrationsprozess, der über Parteigrenzen und über konfessionelle Schranken hinweg im Dienste an einer übergeordneten Aufgabe stand, hatte eine prägende Wirkung für den späteren Kreisauer Kreis.

Bevor auf die Motivation der Widerständigkeit, zweifellos ein deutlicher Aspekt der Vergemeinschaftung, eingegangen wird, werden einige Grundtatbestände des Widerstands und der Widerstandsdiskussion dargelegt. In einem Eingangsexkurs über die Vergemeinschaftung wird gezeigt, dass bezogen auf die Außendimension für die Vergemeinschaftung das Zustandekommen einer gemeinschaftlichen Ordnung überhaupt nur durch den strukturellen Ausschluss anderer vollzogen werden kann. Die „Exklusionsgestalt“ im Fall des Kreisauer Kreises war der Nationalsozialismus, der Totalitarismus, der Rassenwahn, die erlebte Rechtlosigkeit. Bei der weiteren Betrachtung der Widerständigkeit der Kreisauer wurde das Fünf-Stufen-Konzept von Bethge zugrunde gelegt: der einfache passive Widerstand, der ideologische offene Widerstand, die Mitwisserschaft von Umsturzvorbereitungen und schließlich die aktive politische Konspiration. Neben der Frage der Widerständigkeit wird auch die des Widerstandsrechts betrachtet. Dieses Widerstandsrecht stand nach der Quellenlage jedoch nicht im Vordergrund der Diskussionen im Kreisauer Kreis; im Vordergrund stand die Entscheidung des Gewissens, gegen ein System Widerstand zu leisten, das der Menschen Gewissen zu vergewaltigen

Die „Exklusionsgestalt“ im Fall des Kreisauer Kreises war der Nationalsozialismus, der Totalitarismus, der Rassenwahn, die erlebte Rechtlosigkeit.

und ein ganzes Volk in den Untergang zu führen unternahm. Ein weiterer Aspekt des Widerstands, der in den Blick zu nehmen ist, ist der des Verrats. In diesem Spannungsfeld liegt Hoch- und Landesverrat, wobei letzterer als gravierender angesehen wurde. Auch wenn nach der Rechtsprechung der Weimarer Zeit kein Landesverrat vorlag, wenn das Gesamtverhalten durch den Vorsatz bestimmt war, größeren Schaden vom Kriegspotenzial des Reichs abzuwenden, als durch den Akt des Verrats verursacht wurde, achteten die Kreisauer stets darauf, keine militärischen Geheimnisse zu verraten.

Die Motive zum Widerstand lassen sich einteilen in ästhetische, politisch-rechtliche, ethisch-humanistisch-sittliche und christlich-religiöse. Dabei lässt sich eine eindeutige Trennung in diese Kategorien natürlich nicht vornehmen, und es liegt bei allen Kreisauern eine Multikausalität vor. Auch hatten die dargestellten Motive nicht bei allen das gleiche Gewicht.

Die Geringschätzung Moltkes gegenüber dem ungebildeten Emporkömmling Hitler lässt sich aus mehreren Briefen herauslesen. Die distanzlose, hautnahe Präsenz des Vulgären und die Instrumentalisierung eines Menschen verachtenden Blut-und-Boden-Ideals verletzten das ästhetische Gefühl der Kreisauer. In der Gestalt von Trott wurde der Aristokrat gegen den Pöbelmenschen sichtbar.

Die politisch-rechtliche Motivation zum Widerstand wird deutlich, wenn Moltke die Zerstörung des Rechts beklagte und wenn bei Yorck das politische und rechtliche Empfinden durch die Eroberung des Sudetenlands schwer beeinträchtigt wurde. Die Entwertung des Rechts, wie sie in den Ausrottungsmaßnahmen gegen das Judentum und in dem Vorgehen in den besetzten Gebieten bewiesen worden ist, und die rücksichtslose Aggressions- und Expansionspolitik empörten die Kreisauer. Trott drückte seine Ablehnung der Hitler'schen Despotie öffentlich in der Einleitung zu Heinrich von Kleists „Politischen und Journalistischen Schriften“, aus, indem er für jeden, der zu lesen verstand, zum Ausdruck brachte, wie Kleists Kampf gegen die Napoleonische Despotie in Parallele zu dem Kampf gegen Hitler zu setzen sei. Haefen sieht in der Entlassung der „Beuthener Mordgesellen“ nicht nur eine grobe Rechtsverletzung, sondern auch eine nationale Schande, „denn jede Rechtsbeugung und jeder Willkür- und Terrorakt verletzt die Ehre und Würde der Nation“. Trotha erlebte, wie seine Lehrer verjagt und ein Teil seiner Freunde ins KZ geworfen wurden. Steltzer sah keine Ansätze zu einer neuen Rechtsordnung, er sah den Versuch, Recht lediglich auf Macht und Rasse zu gründen, der in weitere Zerstörung einer geistigen Wertordnung mündet. Der Staatsrechtslehrer Peters vertrat eine ausgesprochen kategorische Haltung der katholischen Kirche zum NS-Staat, und seine Staatsauffassung musste den „totalen Staat“ als politisches Prinzip ablehnen. Die Anschlussmaßnahmen Österreichs mit der Ermordung von Dollfuß und besonders die Besetzung des Sudetenlandes durch die deutschen Truppen im Oktober 1938 und die Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 1939 ließen Gerstenmaier den Entschluss zum Widerstand fassen.

Die Judenverfolgung und die Gräueltaten des Krieges verletzten Moltkes ethisch-humanistisch-sittliche Haltung. Die in Polen begangenen Gräueltaten und die Verstrickung der Wehrmacht in die Schrecken des Krieges erschütterten das ethische und sittliche Empfinden der Kreisauer. Die Auflehnung gegen den

großen Mord, der sich in Polen, in der Ukraine, in Russland, in den baltischen Regionen, in Rumänien und später in Ungarn vollzog, war eines der brennenden Motive des Widerstandes auch bei Yorck. Die Judenverschlep-

Die in Polen begangenen Gräueltaten und die Verstrickung der Wehrmacht in die Schrecken des Krieges erschütterten das ethische und sittliche Empfinden der Kreisauer.

pfung verstand Trott als verdammenswerten Eingriff einer äußeren Macht in die Freiheit und stellte eine Begründung seiner Widerständigkeit dar, die ihn veranlasste, kein Interesse mehr „für die ängstliche Integrität eines totalen sauberen Lebensbereiches aufzubringen“. Ein Übriges bewirkten die Berichte über den Kommissarbefehl und über Geislerschießungen und die mörderische

Kriegsführung im Osten. Bei Poelchau genügte das Erlebnis des Alltags im Gefängnis, um seinen Widerstand auszulösen. Delps ethischer Kompass wird deutlich, wenn er schreibt, dass die erlebte ethische Fehlentscheidung den Zusammenstoß mit dem Absoluten, mit dem Herrn, und für den entscheidenden Menschen Schuld und Sünde und innerste Unordnung seiner Wirklichkeit bedeuteten. Angesichts der Verbrechen des Nationalsozialisten war klar, was mit der ethischen Entscheidung gemeint war. Haubach, der im Mai 1936 aus dem KZ entlassen wurde, musste über seine Haftbedingungen unter Androhung schwerer Strafen schweigen. Rücksichtslose Zielstrebigkeit der neuen Machthaber verschloss ihm zusätzlich den Mund. Der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Ver-

pflichtungen war der Hauptauslöser des Widerstand Yorck's, wie er freimütig im Prozess bekannte. Auch Haefen offenbarte tapfer vor Freisler am VGH die religiöse Dimension und das grundlegende Motiv für seine Teilnahme am Widerstand, als er sagte, er halte Hitler für einen „großen Vollstrecker des Bösen“ in der Geschichte. Für Lukaschek und Husen begründete sich der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in ihrem katholischen Glauben, wie aus ihren bereits geschilderten religiösen Einstellungen hervorgeht. Für beide galten die Sozialzyklen als Richtlinien für die Entscheidungsfindung, und sie waren Anhänger der katholischen Naturrechtslehre, wonach es ihr Bestreben als Widerständler gewesen war, die Würde der Person mit ihren natürlichen Rechten wiederherzustellen.

Die dargestellten Motivationen der 20 Freunde des Kreisauer Kreises sind beispielhaft, bei jedem war mit Sicherheit eine andere Mischung von Beweggründen für den Widerstand gegeben. Ein vergemeinschaftendes Moment neben der oft gleichen Motivation zur Widerständigkeit stellt die Tatsache dar, dass die jüngeren Kreisauer ihre angestrebten Berufe nicht ergreifen konnten, die älteren aus ihren angestammten Berufen herausgerissen oder in ihrem Fortkommen gehindert wurden.

Ein wichtiger vergemeinschaftender, existenzieller Aspekt war mit der Motivation zum Widerstand verbunden: das Bewusstsein, das eigene Leben einzusetzen. So sagte Moltke zu Carlo Schmid: „Sie können sicher sein, die werden uns kriegen. Und dann werden sie uns hängen.“ Der erst 26-jährige Trott schien



Helmuth James Graf von Moltke vor dem Volksgerichtshof in Berlin (10. Januar 1945)

bereit zu sein, sein Leben für den Widerstand zu riskieren, wenn er 1935 in seinem Merkbüchlein seine Todesahnung ausdrückte: „Wenn wir uns schon mit einer Epoche abfinden müssen, in der die größere Wahrscheinlichkeit für ein vorzeitiges Lebensende steht, sollten wir doch wenigstens dafür sorgen, dass es einen Sinn hat zu sterben.“ Gerstenmaier schreckte vor dem Einsatz seines Lebens nicht zurück und ging am 20. Juli am Nachmittag nach einem Anruf Yorcks unerschrocken „mit Bibel und Pistole“ in die Bendlerstraße.

Delp bekannte, dass im äußersten Fall, in dem infolge einer Rebellion der Werte oder der für ihre Realisierung Verantwortlichen die letzte Würde des Menschen zu Gott und zum Gewissen in Frage steht, sogar das primitivste und grundlegendste Naturgesetz, der Wille zum Leben und zur Erhaltung, geopfert werden muss. Poelchau, der als evangelischer Gefängnispfarrer in Tegel während der Haft Moltkes fast täglich die Briefe zwischen Moltke und seiner Frau vermittelte, riskierte mit dem Transport eines jeden Briefes sein Leben. Leber war bereit, sein Leben für den Widerstand zu wagen. Leber hatte gesagt, dass er nur einen Kopf habe und ihn „für keine bessere Sache einsetzen“ könne als die des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Diese Bereitschaft, das Leben für ihre Überzeugung einzusetzen, war wohl die größte existenzielle Gemeinsamkeit zwischen den Kreisauern.

Das Leben der einzelnen Kreisauer im Widerstand war natürlich trotz der gemeinsamen Grundeinstellung überaus unterschiedlich. Die Widerständigkeit wurde in verschiedenen Berufs- oder Beschäftigungsverhältnissen und an verschiedenen Orten gelebt. Eine personenunabhängige Schilderung der Situation des Widerstands wird anhand eines Briefes an Curtis, einem englischen Freund Moltke's, vom März 1943, den Moltke über Schweden nach England schicken wollte, um einen englischen Ansprechpartner für den deutschen Widerstand zu erhalten, vorgenommen. In ihm analysierte Moltke die Lage Deutschlands, im Unterschied zu den besetzten Ländern, und Mängel, mit denen die Kreisauer zu kämpfen hatten: „lack of unity, lack of men, lack of communication“.

Moltke nannte aber auch die Schritte, die der Widerstand bereits mit langfristiger Wirkung eingeleitet habe: die Mobilisierung der Kirchen, die Einleitung der Schritte für ein dezentralisiertes Deutschland und die Abstützung auf die Arbeiterschaft. Ein weiteres Anliegen des Grundsatzprogramms wurde thematisiert: die Bestrafung der Rechtsschänder, die dann auf der 3. Kreisauer Tagung formuliert wurde.

Zwei Aspekte des widerständigen Lebens wurden näher beleuchtet: die Emigrationsfrage und die Haltung zum Tyrannenmord. Die Frage der Emigration fiel bei den Kreisauern, denen sie sich stellte, bemerkenswert eindeutig aus, sodass hier geradezu von einem konstitutiven Element der Vergemeinschaftung gesprochen werden kann. Obwohl Moltke zur Mitte des Jahres 1939 immer noch an Plänen festhielt, parallel in Deutschland und England zu arbeiten, begrub er diese dann mit Ausbruch des Krieges definitiv. Deutschland endgültig zu verlassen, kam ihm aber nicht in den Sinn, sein Verantwortungsgefühl gegenüber seiner gesamten Familie und Kreisau war hierfür zu groß. Bei Trott lag der Grund für seine Entscheidung gegen ein Emigrantenleben in der Bindung an seine Heimat, und er war der Überzeugung, dass Deutsche fehlten, die willens waren, in Deutschland zu bleiben und eine Gegenfront aufzubauen, sobald es die Umstände erlaubten. Auch die „militanten“ Sozialisten, Leber, Haubach und Mierendorff, hatten eine eindeutige Haltung zur Emigration. Insbesondere das Gefühl der Verantwortung des politischen Führers gegenüber der Arbeiterschaft und nicht als Feigling dazustehen ließen sie gegen die Emigration entscheiden. Ein Ausspruch von Mierendorff belegt dies: „Was sollen denn unsere Arbeiter denken, wenn wir sie allein lassen? Sie können doch nicht alle an die Riviera ziehn.“ Gerstenmaier hatte die Aussicht, sich um eine vakante Pfarrstelle der deutschen protestantischen Gemeinde in Stockholm zu bewerben, auf die er dann aber verzichtete, als der SD die Bedingung stellte, dass er für sie als Informant in Schweden tätig werden sollte. Der Kampf gegen eine verbrecherische eigene Regierung gestattet dem Einzelnen nicht, so die Überzeugung Steltzers, an die er sich auch hielt, sich außerhalb seiner nationalen Mitverantwortung oder gar gegen die nationale Gemeinschaft zu stellen. Wenn nicht bei jedem der Kreisauer Emigrationsüberlegungen, die aus Sorge um Deutschland abgelehnt wurden, quellenmäßig nachgewiesen werden können, so ist doch festzustellen, dass kein Kreisauer emigrierte.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Vergemeinschaftung war die unterschiedliche Haltung zum Tyrannenmord, dies insofern als die unterschiedliche Auffassung in dieser Frage den Kreisauer Kreis nicht sprengte. Nach der Verhaftung Moltkes im Januar 1944 haben besonders die in Berlin verbliebenen Mitglieder des Kreisauer Kreises einen engen Schulterschluss mit Claus Schenk von Stauffenberg vollzogen. Mitglieder verschiedenster Widerstandskreise waren zu einer engen Zusammenarbeit bereit, um den Staatsstreich mit der Tötung Hitlers durchzuführen. Die zunächst uneinheitliche Haltung der Kreisauer zum Attentat, das sich als einzige Umsturzmöglichkeit herauskristallisierte, ließ sich angesichts der dramatischen militärischen Lage im Jahre 1944 nicht

länger durchhalten. Der Kreisauer Kreis wurde nach der Verhaftung Moltkes Teil der Verschwörung unter der Führung Stauffenbergs, die am 20. Juli das Attentat wagte.

Die Haltung zum Attentat war im Kreisauer Kreis uneinheitlich und mit dem Lauf der Ereignisse Änderungen unterworfen. Besonders Moltke und Yorck lehnten ein Attentat zunächst ab. Selbstquälereische Zweifel plagten jahrelang



Pater Alfred Delp vor dem Volksgerichtshof

einen Teil der Kreisauer, theoretische Rechtfertigungen wurden nicht einfach übernommen. Eine einheitliche Linie zum Attentat im Kreisauer Kreis konnte es schon deshalb nicht geben, da die Anrufung des Gewissens in einer derartigen Grenzsituation geradezu „die individuelle Suche nach dem sittlichen verantwortbaren Weg“ erforderte. Durch diese unterschiedliche Haltung war aber die Vergemeinschaftung im Kreis niemals ernstlich bedroht, da Moltke seine persönliche Ablehnung des Attentats und zeitweilig auch des Staatsstreichs

überhaupt für den Kreis als solchen nie hatte verbindlich machen wollen.

Neben der im Einzelnen betrachtete Haltung von Moltke, Yorck und Delp in der Attentatsfrage war die anderer Mitglieder von vornherein klar auf eine Zustimmung zum Attentat festgelegt oder änderte sich bei der sich zuspitzenden Lage nach anfänglicher Ablehnung zu einer Zustimmung trotz Bedenken. Das sinnlose Morden und die Erkenntnis, dass der Krieg absolut verloren war und dass jede Stunde der Verlängerung weiteren Ruin und Blutverlust sowie Vermehrung des Hasses auf der Gegenseite bedeutete, begründete die Änderung der ablehnenden Haltung dieser Kreisauer. Steltzer, Haubach und Rösch, alle 1944 nicht in Berlin, bildeten eine Ausnahme, sie blieben bei ihrer ablehnenden Haltung.

Die ursprünglich ablehnende Haltung war in dem Standpunkt begründet, dass ein Umsturz durch das Militär angesichts des siegreichen Frankreichfeldzuges nicht gegeben und das deutsche Volk auf einen Systemwechsel noch nicht vorbereitet sei und die Gefahr einer Dolchstoßlegende bestehe; schließlich hatten sie schwerwiegende sittliche und religiöse Bedenken. Die Gründe der Haltungsänderung werden beispielhaft dargelegt. Husen zog den Schluss, dass das Attentat als Notwehrrecht gedeckt war, und bereute es auch nicht, am Attentatsversuch beteiligt gewesen zu sein und meinte 1967, dass es „versponnener Idealismus

gewesen wäre zu glauben, man könne Hitler anders als durch Gewalt beseitigen“. Haefen, der mit Trott und anderen Freunden am Tag des Attentats im Auswärtigen Amt die Nachricht von der Beseitigung Hitlers erwartete, hat den Plan des Tyrannenmordes nie unterstützt, und im Abschiedsbrief an seine Frau bezeichnete er seine Zustimmung zum Attentat als Sünde.

Neben den Kreisauern, die das Attentat ablehnten oder ihre ablehnende Haltung angesichts der Ereignisse im Jahre 1944 änderten, gab es auch solche, deren zustimmende Haltung zum Attentat von vornherein bestand. Trott, Mierendorff, Leber und erstaunlicherweise die Theologen Gerstenmaier und Bonhoeffer waren eindeutig für das Attentat. Für Gerstenmaier gab es nur die Alternative Martyrium oder Hochverrat. Da er den Weg des ihm nutzlos erscheinenden Martyriums nicht in Erwägung ziehen wollte, sah er nur den anderen: „Hitler mit seinen Mitteln zu begegnen – mit Gewalt. Leber verstand wie Stauffenberg unter Handeln in der damaligen Situation die zielstrebige Planung des Attentats auf Hitler und die Beseitigung seines Regimes. Trott übernahm als enger außenpolitischer Berater Stauffenbergs unter den Kreisauern bezüglich des Attentats die Führung, und er sagte zu Christabel Bielenberg in Berlin: „From now on this is a German affair. We must rid ourselves of this régime by ourselves, and believe me [...] it will be done. It will and must be done, before the Allies have to do it for us.“ Der Beitrag Trotts zum aktiven Anti-Hitler-Kampf im Kreisauer Kreis wird als überragend bezeichnet, da Trott und andere wie Gerstenmaier, Yorck und Haefen auch gegen Moltkes Rat und Willen den Mut zur Tat gefunden hätten.

Die Haltung von Delp, Yorck und Moltke zum Attentat wird wegen ihrer Komplexität und ihrer dynamischen Veränderung gesondert betrachtet. Die Haltung Delps zur Attentatsfrage ist nicht eindeutig. Er hatte ein striktes Beteiligungsverbot seines Provinzials Rösch, dem er als Jesuit zu Gehorsam verpflichtet war. Delp beteuerte während seiner Haft in Kassing an seinen Mitbruder Tattenbach auch immer wieder, von konkreten Attentatsplänen zum 20. Juli nichts gewusst zu haben. Gegenüber dem befreundeten Bogenhausener Rechtsanwalt Ernst Kessler betonte Delp jedoch früher, dass im Falle Hitlers die rechtlichen und moralischen Voraussetzungen für die Erlaubtheit des Tyrannenmordes im Sinne der Lehre der Kirche einwandfrei gegeben seien. Bei der Vorbereitung seiner Verteidigungslinie sprach Delp vom 20. Juli dann als von einer Wahnsinnstat, die er grundsätzlich ablehne. Dazu führte Delp ethische und geschichtsphilosophische Gründe an sowie die Einsicht, dass es im damaligen Stadium des Krieges um die Substanz der Nation und nicht um

Führungs- und ähnliche Fragen ginge. Bei der Beurteilung dieser Sicht muss allerdings in Rechnung gestellt werden, dass sich Delp hier vor dem sicheren Todesurteil retten wollte. Es muss somit offenbleiben, wie die Haltung Delps zum Attentat wirklich war.

Moltke und Yorck wünschten in den Jahren 1942 und 1943 den totalen Zusammenbruch des bestehenden politischen Systems, für sie war dies aus der für sie charakteristischen geschichtsphilosophischen Gesamtsicht notwendige Bedingung eines säkularen gesellschaftlichen und ethischen Neuanfangs. Yorck war lange nicht von einem Attentat zu überzeugen, auch nicht von Stauffenberg Anfangs Januar 1944, der unter Hinweis auf die täglichen Gräueltaten von der Notwendigkeit einer Ermordung Hitlers sprach. Aber schließlich änderte er seine Haltung, allerdings mit den Worten: „Aber Meuchelmord ist es doch!“

Es kann gezeigt werden, dass die Haltung Moltke zum Attentat überaus komplex war und dynamisch in Abhängigkeit der sich verändernden Umstände gesehen werden muss. Außerdem müssen bei Moltkes Aussagen zum Attentat während seiner Haftzeit, in der er mehrere Verteidigungslinien aufbaute, seine existenzielle Bedrohung in Rechnung gestellt werden.

In Betrachtung der Quellenlage konnte festgestellt werden, dass Moltke aufgrund der sich verschärfenden innenpolitischen und militärischen Situation

Moltke war klar, dass mit einem Attentat das geistige Grundübel nicht beseitigt sei und ohne eine langfristige Änderung der geistigen Grundhaltung gegenüber dem Staat und der Demokratie die Deutschen keine politische Zukunft hätten.

von der ursprünglichen gewaltfreien Position abwich, einen Umsturz zwar guthieß, aber ein Attentat auf Hitler ablehnte. Dies musste allerdings insoweit eingeschränkt werden, als Moltke nicht ausschließen konnte, dass bei einem Umsturz mit dem Ziel einer Festnahme Hitlers, um ihn vor Gericht stellen zu

können, dieser aufgrund einer unerwarteten Situation nicht doch ermordet werden würde. Außerdem mag der Ratschlag Berggravs, eines schwedischer Bischofs, dem sich Moltke anvertraut hatte, trotz Ablehnung eines Attentats mit den Attentätern zusammenzuarbeiten, um das „Danach“ abzusichern, bei Moltke wirksam gewesen sein. Denn Moltke war klar, dass mit einem Attentat das geistige Grundübel nicht beseitigt sei und ohne eine langfristige Änderung der geistigen Grundhaltung gegenüber dem Staat und der Demokratie die Deutschen keine politische Zukunft hätten. Es ging ihm um die geistige Überwindung des Nationalsozialismus, ohne die ein politischer Neuaufbau nicht möglich war.

Schließlich wird gefragt inwieweit der christliche Glaube geholfen hat, die Widerständigkeit zu bewältigen oder ob der Widerstand der Kreisauer, dies insbesondere im „Angesicht des Todes“, ohne die Kategorie des christlichen Glaubens überhaupt erklärbar ist. Die kirchlich religiöse Ausgangsposition der Kreisauer war überaus unterschiedlich, deshalb war auch der Weg der christlichen „Karriere“ der Einzelnen ebenso verschieden. Zu den Kreisauern, die seither fest im Glauben und in der Kirche verankert waren, gehörten Haeften, Yorck, die Michaelsbrüder Gablentz, Steltzer sowie die Jesuiten Rösch und König sowie Peters, Lukaschek, Husen und Poelchau. Letztere begründen ihre Widerständigkeit fest von ihrem christlichen Glauben her, ohne dass eine bedeutende Änderung in ihrem Glaubensverhalten bekannt ist. Moltke, Gerstenmaier und Delp erfahren in ihrer „una sancta in vinculis“ eine besondere Bedeutung.

Haeften verlangte von seiner protestantischen Kirche, dass sie endlich in der Lage sein müsste, Antworten auf die existenziellen Fragen zu geben. Bezogen auf seine Zustimmung zum Attentat beschuldigte er sich, dass er das fünfte Gebot nicht „heilig“ gehalten und in all den Zweifeln nicht still und geduldig genug gewartet habe, bis Gott seinen Willen kundgetan habe. Yorck trat dafür ein, dass das Christentum wieder die tragende seelische Kraft der Zukunft sein müsse und beklagte den Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Staatsbürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen Gott gegenüber. Seine existenziellen Überlegungen am Ende seines Lebens führten ihn zu der demutsvollen Erkenntnis der eigenen Ohnmacht und zu dem gelebten Wunsch, alles in Gottes Hand in zuversichtliche Ruhe legen zu können. Für Gablentz hat der Staat nur einen Sinn, soweit er sich ausrichtet nach dem Maßstab des Reiches Gottes, nämlich durch den freien Menschen die richtige Ordnung der Dinge zu verwirklichen. Gablentz war stark durch seinen christlichen Glauben in seinem Widerstand zum Nationalsozialismus bestärkt und trat für die Ökumene ein. Man solle nicht über Konfessionen, sondern über die Christenheit sprechen, war seine Devise. Steltzer beklagt die „Zerreißung der Kirche in mehrere Konfessionen“ und die Verleugnung jeder inneren Beziehung nach der Trennung von Staat und Kirche. Aufgabe der Kirche sei es, Wächter zu sein über den Menschen, über sein Menschsein und seine Freiheit, gegenüber allen politischen Gewalten, die seine Freiheit gefährden. Als Grund für seine Todesgelassenheit gab er an, dass er eine Lebensverheißung gehabt und sich nach dem Grundsatz „sperare contra spem“ verhalten habe. Rösch und König ging es letzten Endes darum, die Kirche, in diesem Fall die katholische Kirche, vor dem Vorwurf zu bewahren, nichts gegen die Übergriffe der Nationalsozialisten auf Freiheit sowie Leib und Leben getan zu

haben. Deshalb ergriffen sie die Initiative für den Ordensausschuss: Mit König besuchte er deutsche Bischöfe, um diese nicht nur über den „Klosterkampf“ im Einzelnen zu informieren, sondern sie „zu einer härteren kirchenpolitischen Linie“ zu bewegen. Die Zeit, die Rösch in Moabit verbrachte, war für ihn eine Zeit unermüdliche Seelsorge bei seinen Mitgefangenen, die mit dem treffenden Ausdruck „Katakomben-Seelsorge“ belegt war.

Der religiöse Weg der Repräsentanten der Arbeiterschaft im Widerstand war besonders interessant, aber auch sehr unterschiedlich. Bei Haubach ist ein Erstarken seines Glaubens festzustellen. Besonders nach dem Tod seiner Mutter scheinen stärker christliche Motive in den Vordergrund zu treten. So sah er in der Abkehr von Gott die letzten Ursachen der Unabwendbarkeit „dieses furchtbaren politischen Geschehens“. Er beteuert seiner Freundin Alma, dass er in keiner Phase des Lebens die Ehrfurcht vor Gott und dem Göttlichen verloren habe und bittet um ihr Gebet. Der Glaube ist in Haubach so gewachsen, dass er sich vor dem Prozess ganz in sein Schicksal gefügt hat. Mierendorff war 1933 aus rein politisch bedingter Kirchenfeindlichkeit ganz im Traditionsstrang der deutschen Sozialdemokratie mit einer Polemik gegen die fehlerhafte Haltung der Kirche in Vergangenheit und Gegenwart, namentlich der evangelischen und ihres Gegensatzes zur Arbeiterbewegung aus der Kirche ausgetreten. Gleichwohl suchte er wie Haubach zum Christentum ein neues Verhältnis. Ihre Grundeinstellung war gewesen, dass gegen die Dämonie einer völlig gottlos gewordenen Politik sich am besten der christliche Staat behauptet. Mierendorff bekannte freimütig Pater Rösch, dass er lange ohne Religion gelebt habe, aber nun zur Überzeugung gekommen sei, dass nur das Christentum dem Leben Sinn und Halt geben könnte. Jetzt wolle er diesen Weg zu Gott gehen. Leber, der Kirchenferne, der mit dem christlichen Gehalt der Kreisauer Gedanken als Maßstab für politisches Handeln nichts anfangen konnte, schien seine Herkunft aus einer katholischen, elsässischen Bauernfamilie in der Zelle wieder bewusst zu werden. Seine tiefe Verbundenheit mit und die von ihm empfundene Liebe zu seiner Frau, die stärker sei als alles andere im Menschen und in der Welt, bedeutete für ihn, dass die Seele göttlichen Ursprungs und deshalb auch unsterblich sein muss. Leber hat aufgrund der Haftbedingungen in einem Selbstfindungsprozess so eine gewisse Religiosität, die den Wert der Liebe und der Gnade anerkennt, erworben. Der religiöse Sozialist Reichwein sah im Christentum eine Möglichkeit zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, und sein Bildungsverständnis war religiös orientiert. Die lebendige Erfahrung im Kreisauer Kreis hat insofern bei Reichwein eine religiöse Wandlung bewirkt, als sie zur Erkenntnis führte, dass der Grad der Gefährdung und Belastung

unter der Diktatur zum Denken und Handeln mehr verlange als gute ethische Prinzipien und Motive des geläuterten Selbstinteresses oder des Idealismus. Reichwein hat im christlichen Glauben auch Trost und Kraft vor seiner Hinrichtung geschöpft. Trott fand zur Überzeugung, dass christliche Ethik für die Wiederaufrichtung der zerstörten Würde des Individuums von entscheidender Bedeutung sei. Er bekräftigt deshalb die Notwendigkeit des christlichen Glaubens auch im öffentlichen Raum und hielt die Erneuerung aus Gnade und aus dem Glauben für notwendig. Trott blieb aber weiterhin ein Suchender und strebte ein selbständiges Verhältnis zur Bibel an. Gott ist ihm nach seinem eigenen Empfinden in den letzten Wochen seines Lebens gnädig gewesen und hat ihm „frohe, klare Kraft zu allem, fast allem geschenkt“.

Eine besondere Situation ergab sich für Moltke, Gerstenmaier und Delp im Totenhaus für das letzte halbe Jahr ihres Lebens bzw. im Falle von Gerstenmaier seiner Haft. Sie gingen eine Bibellese- und Gebetsgemeinschaft ein, die das Einfügen in Gottes Willen unterschiedlich prägte. Gerstenmaier war sich seiner Rettung vollkommen gewiss, aber er machte die Erfahrung, dass neben notitia und assensus nun auch fiducia verlangt wird, das Vertrauen, der Verlass auch gegen allen Augenschein. Delp hoffte auch auf Rettung und betete darum. Aber als er nach dem Prozess sah, dass seine Überlebenschancen sanken, war er auch bereit, sich in das unvermeidliche Schicksal zu fügen. Er hätte sich möglicherweise retten können, wenn er dem Jesuitenorden abgeschworen hätte, aber wie wäre dies für ihn möglich gewesen, konnte er doch überglücklich erst am 8. Dezember die für ihn schmerzlich mehrfach verschobenen ewigen, jesuitischen Gelübde im Gefängnis ablegen. Moltke, der sich in ungewöhnlicher Weise während seiner Haft religiös weiterbildete, gelang es, zusammen mit seiner Frau ein seelisches Gleichgewicht zu erreichen, in der Bereitschaft, freudig Gottes Willen zu erfüllen.

Bei allen Kreisauern, wenn auch in unterschiedlichem Grade, kann festgestellt werden, dass der christliche Glaube geholfen hat, die Widerständigkeit, dies insbesondere im „Angesicht des Todes“, zu bewältigen und dass der Widerstand der Kreisauer ohne die Kategorie des christlichen Glaubens nicht erklärbar wäre.

Bei allen Kreisauern, wenn auch in unterschiedlichem Grade, kann festgestellt werden, dass der christliche Glaube geholfen hat, die Widerständigkeit, dies insbesondere im „Angesicht des Todes“, zu bewältigen und dass der Widerstand der Kreisauer ohne die Kategorie des christlichen Glaubens nicht erklärbar wäre. Es kann weiterhin beobachtet werden, dass alle Kreisauer, vielleicht mit Ausnahme von Leber, durch die gemeinsame Anerkennung des Christentums

als eine der Säulen der Erneuerung, offen für die Ökumene waren. Einige der Kreisauer verfochten sie geradezu.

Zum Autor: Dr. Dr. Klaus Philippi war nach Studium der VWL und Pol. Wiss. in München und Innsbruck von 1964 bis 1968 sowie Promotion 1970 in leitender Stellung in der Elektronik-Industrie tätig. Nach der Pensionierung Aufnahme eines Masterstudiums in Geschichte und Kunstgeschichte an der Universität Stuttgart mit Schwerpunkt Widerstandsforschung. Promotion 2012 mit einer Arbeit über die Genese des Kreisauer Kreises. Der Autor ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen:

- 1 Die Arbeit entstand 2012 als Dissertation an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Stuttgart und erschien unter dem gleichen Titel 2013 im epubli Verlag Berlin (ISBN 978-3-8442-6237-7)

Henning von Tresckow – Kopf, Herz und Motor des militärischen Widerstands gegen das NS-Regime

Wilfried v. Tresckow

Rede vom 11. Juni 2014, gehalten anlässlich des 5. Clausewitz-Strategiegesprächs in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin.

Prolog

„Unsere Geschichte ist nun mal eine Pflichterbschaft, die kann man nicht ausschlagen oder nur unter Bedingungen annehmen!“¹ Geschichte ist aber nicht gleich Tradition. Tradition ist die bewusste Auswahl von Ereignissen und Menschen, von Haltungen und Taten, die beispielgebend sind. In diesem Wertebezug sei hier an den 20. Juli 1944 und die Person Henning von Tresckow erinnert.

Über vierzig Mal wurde versucht, Adolf Hitler zu töten. Zu den bekanntesten Attentaten zählen die spektakulären Sprengstoffanschläge des Georg Elser im Münchener Bürgerbräukeller 1939 und des militärischen Widerstandes in der Wolfsschanze 1944 – beide konnten auch von der NS-Propaganda nicht verheimlicht werden. Die vielen anderen Versuche, das mörderische Regime des Dritten Reiches zu ersticken, blieben über Jahre unbekannt. Trotzdem gab es diese Versuche. Henning v. Tresckow war nachweislich Initiator, Planer und Regisseur von fünf Versuchen, Hitler zu beseitigen:

Der „Führer“ hasste Frontbesuche. Henning v. Tresckow gelang es mit Hilfe seines Generalfeldmarschalls v. Kluge, Hitler zu einem Besuch der Heeresgruppe Mitte am 13. März 1943 zu veranlassen. Tresckow ließ auf dem Rückflug ein Paket für Oberst Stieff im OKH mitgeben. Die als Geschenk zweier Kognakflaschen getarnte Bombe sollte Hitler – so war der Säurezünder eingestell – in der Luft töten, das Flugzeug abstürzen lassen. Die Zünder hatten funktioniert, allein ihr Funke war bei der Flughöhe und den Minusgraden im Packraum einer FW 200 C nicht stark genug, die Detonation zu erzeugen.



Henning von Tresckow

Nach diesem Fehlversuch gewann Tresckow Rudolph C. v. Gersdorff, sich bei der Vorführung von erbeuteten sowjetischen Geschützen im Berliner Zeughaus am 21. März 1943 zusammen mit Hitler in die Luft zu sprengen. Dies misslang, weil Hitler so schnell durch die Ausstellung eilte und sie vorzeitig verließ, bevor der auf eine spätere Zeit eingestellte Zünder die Bombe in Gersdorffs Uniformrock hochgehen lassen konnte (im letzten Augenblick ist es Gersdorff auf einer Toilette dann geglückt, den Zünder aus der Plastiksprengstoffmasse herauszuziehen).

Tresckow warb dann später Axel v. dem Bussche ein, sich anlässlich einer Uniformvorführung durch eine in seiner Uniform verborgenen Bombe mit Hitler in die Luft zu sprengen. Das Selbstmordattentat Bussches fand nicht statt: die Uniformen wurden auf dem Transport zum Bestimmungsort bei einem Bombenangriff vernichtet – die Uniformvorführung fiel aus.

Abermals gelang es Tresckow, den jungen Ordonanzoffizier Eberhard v. Breitenbuch zu einem Selbsttötungs-Attentat zu überreden. Normalerweise waren Ordonanzoffiziere auch zu den Unterredungen zusammen mit ihren höheren Vorgesetzten auf dem Obersalzberg (Berghof) zugelassen; am Tag des geplanten Treffens von Feldmarschällen mit Hitler waren sie ausgeschlossen: das geplante Pistolenattentat fand nicht statt.

Und schließlich war Henning v. Tresckow die zentrale Figur hinter dem Attentat des 20. Juli 1944.

Dennoch ist die Gestalt des in Magdeburg geborenen Hermann Karl Robert Henning v. Tresckow in den meisten Büchern über den militärischen Widerstand gegen Hitler merkwürdig farblos geblieben. Wer war der Mann, der unter den Bedingungen einer Diktatur sein Gewissen höher stellte als den Gehorsam eines Offiziers und die Anpassung um des Überlebens willen? – Woher bezog er die Kraft, gegen den Zeitgeist zu handeln?

Denn es hatte auch helllichtige, kritische Menschen gegeben. Mögen sie auch aus ihrer Abneigung zur Weimarer Republik zunächst den Nationalsozialismus begrüßt haben – sehr früh zählte Henning v. Tresckow zu den Zweiflern. Der sogenannte Röhm-Putsch im Juni 1934 zwang ihn zu der Einsicht, dass er sich von Hitler hatte täuschen lassen. Entsetzt musste er erkennen: Deutschland wurde von einem Verbrecher regiert, der durch fortgesetzte Rechtsbrüche und eine noch nie dagewesene Demagogie das Volk gefügig machte und Europa als Geisel nahm.

Wahrscheinlich war es kein Nachteil, sondern ein strategischer Vorteil, dass er selbst am Anfang des NS-Regimes Hoffnungen in diese noch junge Bewegung gesetzt hatte. Es gibt, im Guten wie im Schlechten, keinen Charismatiker, der nicht selbst verführbar wäre. Nur weil es so war, weil er das überwunden hatte, konnte Tresckow zum eigentlichen, gefährlichen Widersacher Hitlers werden. Er wusste, aus welchem unheimlichen Stoff dessen Macht über die Seelen der Menschen war.

Allmählich offenbarte sich das Ausmaß des Unheils. Während seiner Tätigkeit im Generalstab seit 1936 erlebte Tresckow, wie auf Hitlers Befehl Verteidigungspläne in Angriffspläne umgearbeitet wurden.

Empört über Hitlers Vorgehen in der Blomberg-Fritsch-Krise und die Folgsamkeit der Heeresführung wollten er und sein Regimentskamerad, Wolf Graf Baudissin, die Armee verlassen und trugen dies bei General v. Witzleben vor.

Kriege im 20. Jahrhundert hielten beide für sinnlos. Als Preuße fühlte sich Tresckow auch als Europäer, und das zu einer Zeit, die mit diesem Begriff noch nicht viel anfangen konnte. Er kannte und liebte England, er wusste um die gewaltigen ökonomischen Potenziale der USA und die Menschen verschlingenden Weiten Russlands. Ein Angriffskrieg löste keine Probleme, bedeutete vielmehr den Selbstmord Deutschlands.

Nicht die Ungewissheit eines neuen Anfangs in der Fremde fürchtete er, sondern die Scham, sich der zur Staatsdoktrin erhobenen Gemeinheit nicht entgegengestellt zu haben. Ein Henning v. Tresckow konnte ebenso wenig wie ein Dietrich Bonhoeffer eigene Sicherheit suchen und dem Verderben seinen Lauf lassen. Wie sollte er seinen Kindern in die Augen schauen, wenn er nicht lebte, was er lehrte?

Als Tresckow in jenem Gespräch gegenüber Witzleben bekannte, dass er um des Friedens willen militärische Schritte gegen das Regime befürwortete, entgegnete ihm der General, gerade solche Männer wie Tresckow würden jetzt gebraucht, um dem Wahnsinn Einhalt zu gebieten. Mit der vagen Andeutung von „Schritten“ gegen Hitler – denn noch musste dieser die Macht seiner Generale fürchten – redete Witzleben Baudissin und Tresckow die Demission aus. Für sie sei es besser, auf ihren Plätzen zu bleiben. Der Bruch mit dem Regime war vollzogen.

Tresckow blieb also, trotz seiner Zweifel. Der Weg des Paradoxes. Wie schon einmal 1920 hätte er seinen Abschied nehmen und vielleicht mit seiner Familie ins Ausland gehen können. Als studierter Nationalökonom hätte er sich wieder in seinem Zivildberuf als Bankier betätigen können, den er sehr erfolgreich

ausgeübt hatte bis zum Wiedereintritt in die Reichswehr am 1. Februar 1926. Er sprach perfekt Englisch, kannte sich dank seiner Nordeuropa- und Südamerika-Reisen in der Welt aus. Nicht die Ungewissheit eines neuen Anfangs in der Fremde fürchtete er, sondern die Scham, sich der zur Staatsdoktrin erhobenen Gemeinheit nicht entgegengestellt zu haben. Ein Henning v. Tresckow konnte ebenso wenig wie ein Dietrich Bonhoeffer eigene Sicherheit suchen und dem Verderben seinen Lauf lassen. Wie sollte er seinen Kindern in die Augen schauen, wenn er nicht lebte, was er lehrte?

Die Geschichte der Jahre 1938 – 1944 hat gezeigt, dass eine offene Gegnerschaft zum Regime auf breiter Basis nur durch die Demontage des „Führer-Mythos“ im gleichgeschalteten Deutschland zu erreichen gewesen wäre. Aber ein nach dem Münchener Abkommen triumphierender Hitler und die Erleichterung in ganz Europa über den vermeintlich geretteten Frieden verhiessen keinen Erfolg eines Staatsstreichs. Angewidert von immer offener werdenden

„Noch war nicht abzusehen, dass sich hier die führenden Köpfe des späteren militärischen Widerstands kennen gelernt hatten.

Erst im Sommer 1943 wurde Tresckow klar, „wessen Geistes Kind Stauffenberg war“

Rechtsbrüchen und dem Terror der NS-Bewegung hatte Tresckow wesentlich früher als Stauffenberg gesehen, dass aktives Vorgehen gegen „Führer“ und Regime erst erwogen werden konnte, wenn Hitlers Ansehen durch politische und militärische Rückschläge erschüttert sein würde. Bei einer Frontreise zur Heeresgruppe Mitte im Juli 1941 begegneten sich Stauffenberg und Tresckow zum ersten Mal. *„Noch war nicht abzusehen, dass sich hier die führenden Köpfe des späteren militärischen Widerstands kennen gelernt hatten. Erst im Sommer 1943 wurde Tresckow klar, „wessen Geistes Kind Stauffenberg war“*².

Als schweres Planungs- und Durchführungshindernis für einen Staatsstreich kamen Hitlers seit Kriegsbeginn ständigen Ortswechsel zwischen Berlin, dem Obersalzberg und der „Wolfschanze“ hinzu. Und ein weiteres Erschweren war das selbstgesetzte Ziel der Frondeure, neben dem „Führer“ gleichzeitig auch Göring und Himmler beseitigen zu wollen. Der 20. Juli war im Kern ein militärischer Staatsstreichversuch. Auch wenn Mitglieder von Moltkes Kreisauer Kreis oder Männer wie Goerdeler, Schulenburg, Gerstenmaier, Hassel, York v. Wartenburg und Gisevius in die Verschwörung einbezogen waren, die aktive Vorbereitung und die Durchführung des Attentats lagen in den Händen von Offizieren. Beck, Witzleben, Tresckow (zuletzt fern an der Front), Stieff, Olbricht, Mertz von Quirnheim, Stülpnagel, die Gebrüder Stauffenberg – das waren die handelnden „Täter“, die nur noch im Tyrannenmord einen Ausweg aus

Ehrlosigkeit und Untergang sahen. Das belegen auch erst 2006 wieder im Moskauer KGB-Archiv aufgetauchte Dokumente. Dort hat sie der Stauffenberg-Biograph Peter Hoffmann gefunden und 2007 im Faksimile veröffentlicht.³

Es handelt sich um die, soweit man heute weiß, detailliertesten Umsturzpläne, welche die „Offiziere gegen Hitler“ je zu Papier gebracht haben: Unter der unverfänglichen Überschrift „Kalender-Maßnahmen“ war die Machtübernahme bis ins Detail geplant. Elf Seiten, die im Herbst 1943 mit der Schreibmaschine von Margarethe v. Oven und Tresckows Ehefrau Erika getippt wurden. Ihr Urheber war Henning v. Tresckow, der sich so einmal mehr als Kopf und Organisator der gescheiterten Offiziersfronde erweist. Dem es aber bislang trotz nie erlahmender Vorstößen nicht gelungen war, auch nur einen der Generalfeldmarschälle für den Widerstand zu gewinnen: nicht von Bock, nicht von Rundstedt; weder von Kluge noch von Manstein.

Es ist bekannt, dass Tresckow und Stauffenberg seit Herbst 1943 die Einsatzbefehle des Ersatzheeres manipuliert hatten. Sie lagen unter dem Decknamen „Walküre“ zur Niederwerfung inneren Aufruhrs im Reich bereit. Das durchdachte Konzept fußte auf der raffinierten Idee, mit fingierten Vorbefehlen „Walküre“ so zu nutzen, ein eventuelles Eingreifen der SS zu verhindern und deren Entwaffnung zu erreichen. „Walküre“ war als legaler Deckmantel geschickt „umgedreht“ worden für die illegale Mobilisierung aller bewaffneten Kräfte, so dass NS-Gewaltige im Sinne der Verschwörer hätten handeln sollen.

... Es waren die Leitartikler des ‚Schwarzen Korps‘ der SS, die den offiziellen Propagandanebel durchschauten und sich nicht scheuten, den inneren Feind Nazideutschlands beim wahren Namen zu nennen: Preußen

Damit schoben die Verschwörer der verhassten Nazi-Partei den Staatsstreich in die Schuhe, den sie in Wirklichkeit selber betrieben. Peter Hoffmann zufolge war der Staatsstreich nie so gut vorbereitet wie im Herbst 1943. „Als der 20.7.1944 vorbei war, erfuhr die Welt, wer den letzten verzweifelten Aufstand für die Ehre der Armee und der Nation gewagt hatte... Es waren die Leitartikler des ‚Schwarzen Korps‘ der SS, die den offiziellen Propagandanebel durchschauten und sich nicht scheuten, den inneren Feind Nazideutschlands beim wahren Namen zu nennen: Preußen.“⁴

In den Vernehmungsprotokollen, die der Chef der Sicherheitspolizei, SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner, nach dem 20. Juli täglich an Bormann und Hitler schickte, heißt es über Tresckow, er sei der wahre böse Geist der Putschisten gewesen und Goerdeler habe gesagt, Tresckow hätte schon im Herbst 1943 ge-

äußert, es müsse bald etwas geschehen, da die Ostfront 1944 einer Katastrophe entgegen ginge. Stauffenberg, so Kaltenbrunner in seinem Bericht, habe mehrmals geäußert, Tresckow sei sein Lehrherr gewesen. Und nachdem Tresckow Stabschef der 2. Armee geworden wäre, sei wieder neuer Impuls in die ganze Arbeit des Widerstands gekommen. Soweit der Kaltenbrunner-Bericht.

Henning v. Tresckow selbst hinterließ fast nichts von eigener Hand über sich. Man ist auf Erinnerungen von Freunden angewiesen, die erst nach Kriegsende

„Ich verstehe nicht, wie sich heute noch Menschen als Christen bezeichnen können, die nicht gleichzeitig wütende Gegner dieses Regimes sind. Ein wirklicher Christ kann doch nur ein überzeugter Gegner sein.“

aufzeichneten, was sie erlebt hatten. Aussagen jener Zeitzeugen stimmen darin überein, dass dieser Mann mit Energie und Leidenschaft und unter Einsatz seines Lebens die Möglichkeiten seiner Stellung zu nutzen bereit gewesen war, um dem Regime ein Ende zu machen.

Spätestens von 1938 an ist zu erkennen, dass drei Prägungen im Einklang – Fachverstand, Patriotismus und Rechtsgefühl – seine Opposition bestimmten. Sein Freund und Ordonanzoffizier, Fabian v. Schlabrendorff, sagte über ihn, dass Tresckow drei Eigenschaften gehabt hätte, die man einzeln häufig und vereinigt höchst selten antrifft. Er sei gut, klug und fleißig gewesen und alles in einem Erstaunen erregenden Maße. Seine vornehme Gesinnung, die Stärke seines Geistes und seine angespannte Aufmerksamkeit hätten alle bewundern müssen, die ihn kannten, Vorgesetzte und Untergebene.⁵

Unter allen überlieferten Äußerungen Tresckows scheinen zwei die dichteste Authentizität beanspruchen zu dürfen. Eine steht im hinterlassenen Text der Ansprache an seine Söhne bei deren Konfirmation im Sommer 1943. Er sprach vom Preußentum, wozu er seine Kinder in dieser Zeit ermahnen wollte: *„Preußentum wird so oft missverstanden. Vom wahren Preußentum ist der Begriff der Freiheit niemals zu trennen. Wahres Preußentum heißt Synthese zwischen Bindung und Freiheit, zwischen selbstverständlicher Unterordnung und richtig verstandenem Herrentum, zwischen Stolz auf das Eigene und Verständnis für Anderes, zwischen Härte und Mitleid.“*⁶ Noch einfacher ist der von seiner Frau Erika überlieferte Satz Tresckows: *„Ich verstehe nicht, wie sich heute noch Menschen als Christen bezeichnen können, die nicht gleichzeitig wütende Gegner dieses Regimes sind. Ein wirklicher Christ kann doch nur ein überzeugter Gegner sein.“*⁷

Die religiöse Begründung ist wohl die verlässlichste. Ein Mann, der sein Christentum so definitiv und exklusiv versteht wie in dieser Formulierung, kann nicht die eigene Nation über alles andere stellen. Kann auch nicht Judenhas-

ser, Herrenrassen-Mensch, Vernichtungskrieger oder deren Sympathisant oder Komplize sein. Doch zum Umsturz beitragen zu wollen, verlangte Verfügungsmacht über Teile des Staatsapparates. Mitarbeit – quasi in einer Art Doppelleben – war die nicht aufhebbare Voraussetzung für realen politischen Widerstand. Der Zwiespalt, dem Regime zu dienen und doch sein Gegner zu sein, bedrückte die Verschwörer.

Lassen wir noch einen anderen Widerstandsgefährten, Philipp v. Boeselager, über Tresckow zu Wort kommen: *„Er konnte mit einigen wenigen Sätzen das Weltgeschehen deuten. Dabei war schon damals – also vor Stalingrad – seine Skepsis über den Ausgang des Krieges erkennbar, denn er wusste um die Stärke der Alliierten.“*⁸

Sein klarer Verstand und seine Erfahrung hatten ihn zur Illusionslosigkeit gebracht. Dabei hatte er keinerlei Verständnis für Entschlusslosigkeit. Aus diesem Grunde hatte Graf Eulenburg, letzter Kommandant des ersten Garderegiments zu Fuß dem damals jüngsten Leutnant der kaiserlichen Armee schon prophezeit, *„Tresckow würde entweder Chef des Generalstabs oder als Revolutionär auf dem Schafott enden“*.⁹

Beide Prophezeiungen haben sich erfüllt – das Schafott hat sich Tresckow selbst bereitet. Am Morgen nach Stauffenbergs Attentat nahm er sich das Leben, um nicht in die Hände der Gestapo zu fallen und unter Folter die Namen von Mitverschworenen preisgeben zu müssen. Hier seine Abschiedsworte *„Jetzt wird die ganze Welt über uns herfallen und uns beschimpfen. Aber ich bin nach wie vor der felsenfesten Überzeugung, dass wir recht gehandelt haben. Ich halte Hitler nicht nur für den Erzfeind Deutschlands, sondern auch für den Erzfeind der Welt... Wenn einst Gott Abraham verheißt hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, dass Gott auch Deutschland um unsertwillen nicht vernichten wird. Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessushemd angezogen...“*¹⁰

Für den Fall des Scheiterns muss Tresckow mit seinen Vertrauten genau besprochen haben, wie groß das Risiko ist, unter der Folter Mitverschwörer zu verraten. Nur so ist die hohe Zahl von vollzogenen oder versuchten Selbsttötungen in seinem Umfeld zu verstehen: Hardenberg, Oertzen, Lehndorff, Wagner, Freytag-Loringhoven, Voss, Stülpnagel, Gerd v. Tresckow, Lindemann, Plettenberg: Sie alle waren eher bereit, sich umzubringen, als einen der ihren zu verraten.

Auf dem Friedhof von Bornstedt bei Potsdam liegt zwischen Gräbern alter preußischer Generäle ein Stein, der an Tresckow erinnert. Doch der Tote ruht nicht darunter. Hitler hatte im Sommer 1944 befohlen, die Asche zu verstreuen. Von den Verschwörern sollte nichts übrig bleiben. Und Generalmajor Henning v. Tresckow, zuletzt Chef des Stabes der 2. Armee, war Haupt und Motor, war Herz und Seele des Verschwörernetzes.

Epilog

Es ist ja mit dem Abstand von 70 Jahren relativ leicht, im Nachhinein – sozusagen im Wissen um den ganzen historischen Verlauf, um den Holocaust und alle Schrecken des Krieges – einfach durch Vergessen denen den Respekt zu versagen, die „anständig“ gehandelt und versucht haben, was im Jahre 1944 in ihren Möglichkeiten lag. Wird also noch ein zweites Scheitern im Gedächtnis der nächsten Generation folgen?

Über ein solchermaßen zweites Scheitern nachzudenken, welches abzuwenden doch heute immer noch in unserer Macht liegt, das scheint mir eingedenk der anfangs erwähnten Pflichterbschaft ein sinnvolles Erinnern an den 20. Juli zu sein.

Zum Autor: Wilfried von Tresckow, Jahrgang 1944, ist ein Verwandter Henning von Tresckows. Wie dieser stammt er aus einer adligen märkischen Familie, deren Vorsitzender des Familienverbandes er lange Jahre war. Der Betriebswirt war 30 Jahre für einen Stuttgarter Konzern tätig. Sein Ziel ist es zu verhindern, dass der Widerstand in Vergessenheit gerät.

Anmerkungen:

- 1 General a.D. Wolfgang Schneiderhan: Ansprache bei der Alfred Delp Gesellschaft Mannheim e.V. am 18.9.2012
- 2 Guido Knopp: Sie wollten Hitler töten, S. 166; Wilhelm Goldmann Verlag, München 2005
- 3 Peter Hoffmann: Oberst i.G. Henning von Tresckow und die Staatsstreichpläne im Jahr 1943, in: VfZ 2/2007, S. 331 ff; Verlag Oldenbourg, München 2007
- 4 Wolfgang Venohr: Preußische Profile, S. 286; Ullstein Verlag, Berlin 1986
- 5 vergl. Fabian von Schlabrendorff: Begegnungen in fünf Jahrzehnten, X. Kapitel - Henning von Tresckow, S. 186 ff.; Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins, Tübingen 1979

- 6 Bodo Scheurig: Henning von Tresckow – Ein Preuße gegen Hitler, S. 167; Propyläen Verlag, Berlin 2004
- 7 ebenda
- 8 Philipp von Boeselager: Erinnerungen, in: Ich bin der ich war – Henning von Tresckow; Texte und Dokumente [Brandenburgisches Literaturbüro], S. 61; Lukas Verlag, Berlin 2001
- 9 Sigrid Grabner: Der Weg zur Wahrheit, in: Ich bin der ich war – Henning von Tresckow, S. 103; a.a.O.
- 10 Bodo Scheurig: a.a.O., S. 217

Kapitel VII

Jahresarbeiten des Preisträgers der Clausewitz-Medaille und der Clausewitz-Urkunde

Folter in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des Artikel 1 Grundgesetz

Germar Lacher

Vorbemerkung des Herausgebers: Bei dem nachfolgend veröffentlichten Beitrag handelt es sich um die mit der Carl-von-Clausewitz-Medaille ausgezeichnete Jahresarbeit des Majors Germar Lacher des LGAN 2012. Die Medaille wurde im September 2012 verliehen.

Mentor der Arbeit war Oberstleutnant Dr. Alexander Mätzig.

1. Die Forderung nach Folter – Ende eines Tabus?

Als der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht 1976 in „Der Staat – Idee und Wirklichkeit“¹ den Einsatz von staatlicher Folter als sittlich geboten erklärte, löste dies einen Sturm der Entrüstung in Deutschland aus.² Durch seine Aussage hatte er an den Grundwerten der Bundesrepublik

Bis heute ist die gesellschaftspolitische und rechtswissenschaftliche Diskussion um die Anwendung von Folter als legales Mittel der Strafverfolgung jedoch nicht eindeutig abgeschlossen.

Deutschland gerüttelt. Der Schutz der Menschenwürde schien in Frage gestellt. Selbst angesichts der realen Bedrohung durch allgegenwärtige Terrorakte der Roten Armee Fraktion³ schien der Gedanke der Zulässigkeit staatlicher Folter damals als völlig abwe-

gig. Fast dreißig Jahre später hingegen hat sich die Stimmung in der deutschen Bevölkerung merklich geändert.

Der Entführungsfall des Bankierssohns Jakob von Metzler⁴ regte eine kontroverse Debatte über die Anwendung der „Rettungsfolter“ bzw. das absolute Folterverbot in Deutschland an.⁵ Mit seiner diesbezüglichen Aussage, dass ein reines Festhalten an Gesetzen nicht weiterhelfe⁶, traf Oskar Lafontaine auf breite Zustimmung in der Bevölkerung⁷. Bis heute ist die gesellschaftspolitische und rechtswissenschaftliche Diskussion um die Anwendung von Folter als legales Mittel der Strafverfolgung jedoch nicht eindeutig abgeschlossen.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit der Anwendung von staatlicher Folter in Deutschland, speziell mit der Frage, inwieweit eine Aussageerzwingung zur Gefahrenabwehr erlaubt ist. Bei der Beantwortung soll in besonderem Maße der Aspekt der Menschenwürde und folglich Artikel 1 des Grundgesetzes (Art. 1 GG) berücksichtigt werden⁸, da hier im innerstaatlichen Recht der Bundesrepublik Deutschland ein Verbot der Folter verfassungsrechtlich verankert ist. An den Beginn der Arbeit werden zum besseren Verständnis für das weitere Vorgehen einige Begriffserklärungen gestellt. Ausgehend vom Terminus Folter wird aufgezeigt, welche Handlungen definitorisch als Folter zu verstehen sind. Ein Überblick über die derzeitige nationale Rechtslage zum Thema Folter schließt den Grundlagenteil ab.

Ausgangspunkt für die Beantwortung der Leitfragen sind die zu Beginn des Hauptteils dargestellten Argumente für die Zulässigkeit von Folter. Aufgrund der großen Anzahl von Thesen, die eine Befürwortung von staatlicher Folter in Deutschland stützen, wird im Kontext dieser Arbeit die Betrachtung auf die Ausführungen der Staatsrechtler Herdegen und Brugger beschränkt⁹. Herdegen setzt sich mit dem für die Folterdiskussion grundlegenden Aspekt des Umgangs mit der Menschenwürde auseinander und Brugger behandelt sehr konkret die Frage nach der Zulässigkeit von Folter.

Den Schwerpunkt der Arbeit bildet Kapitel 4, in dem aus den vorherigen Kapiteln identifizierte Spannungsfelder aufgegriffen und einer kritischen Bewertung unterzogen werden.¹⁰ Das dafür verwendete Bewertungskriterium setzt sich zusammen aus dem Aspekt der humanistischen Wertebindung sowie einem teleologischen Blickwinkel, der die langfristigen Folgen von Folter in Betracht zieht.¹¹ Dies ermöglicht eine objektive Herangehensweise bei der Bewertung der Argumente von Folterbefürwortern und Gegner. Eine persönliche Betrachtung des Themas schließt die Jahresarbeit ab.

2. Begriffsbestimmung und rechtliche Einordnung

2.1 Was ist Folter?

Da diese Arbeit der Frage nach der Anwendung *staatlicher* Folter nachgeht, bezieht sich die Begriffsbestimmung auch auf durch den Staat durchgeführte Handlungen. In der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland existiert keine rein nationale Definition des Begriffs Folter, so dass im Rahmen dieser Arbeit auf die Begriffserläuterung der von Deutschland ratifizierten UN-Konvention gegen Folter zurückgegriffen wird.¹² Dieser zufolge zeichnet sich

(staatliche) Folter durch vier wesentliche Charakteristika aus: So muss ein (1) Amtsträger des Staates die Handlung durchführen. Weiterhin ist es erforderlich, dass diese eine gewisse (2) Schmerzschwelle bei dem Gefolterten überschreitet. Hinzu kommt die Notwendigkeit, dass die staatliche Handlung mit (3) Vorsatz begangen wird und auf einen (4) Zweck gerichtet ist. Im Hinblick auf die Fragestellung nach der Zulässigkeit von Folter bezieht sich Kriterium (4) auf die Informationsbeschaffung zur Abwendung einer Gefahr.¹³

Wie sich aus der Definition ableiten lässt, können die Merkmale 1, 3, und 4 relativ eindeutig bestimmt werden, während hingegen eine allgemeingültige Festlegung, ab wann die Schwelle zu großen Schmerzen erreicht ist, nur schwer gemacht werden kann.¹⁴ Das Element der Willensbrechung und die Zerstörungskraft der Folter ist zentral, wenn es um die Frage geht, ab welchem Punkt der Gewaltanwendung Folter beginnt.¹⁵

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (ECHR) hat sich in der Vergangenheit mit diesem Thema intensiver befasst.¹⁶ Das Gericht hat in seiner Rechtsprechung über die Jahre hinweg einen immer weiter gefassten Rahmen angelegt. Daher könnten Maßnahmen, wie zum Beispiel Schlafentzug, die bis vor kurzem nicht unter den Folterbegriff gefallen sind, bald als solche definiert werden.¹⁷

Was die bloße Androhung von Folter angeht, erfüllt diese nicht zwangsläufig den Tatbestand der Folter. Dies ist aber dann der Fall, wenn „(...) die Androhung eigener Folter, (...) bereits zu einer entsprechenden seelisch-geistigen Wirkung beim Opfer führt.“¹⁸ Dabei muss die Anwendung von Folter von der zulässigen Anwendung des sogenannten unmittelbaren Zwangs getrennt werden.¹⁹ Ein definitorischer Graubereich ergibt sich dort, wo es zu Handlungen kommt, die isoliert betrachtet, noch nicht als Folter zu verstehen sind, wie zum Beispiel eine einzelne, nicht zulässige Ohrfeige bei einer Vernehmung. Folter ist vielmehr als ein Kontinuum zu verstehen, d.h. eine Aneinanderreihung von Handlungen, die in ihrer Gesamtheit zur Folter wird.²⁰

2.2 Überblick über die derzeitige Rechtslage in Deutschland

Der folgende Abschnitt, der einen kurzen Überblick über die derzeitige Rechtslage in Hinblick auf Folter bzw. auf rechtliche Zulässigkeit von Folter in Deutschland bietet, spiegelt die juristische Mehrheitsmeinung wider.²¹ Es werden die verfassungsrechtlichen, internationalen und einfachgesetzlichen Regelungen in Bezug auf Folter dargestellt.²²

Ausgehend von der im Kapitel 2.1 dargelegten Definition von Folter gemäß der UN-Anti-Folter-Konvention stellen Folterhandlungen einen Eingriff in die Menschenwürde dar. Daraus folgt ein Einwirken auf den durch Art. 1 GG genannten Schutzbereich der Menschenwürde: Folter verstößt gegen das Prinzip der unantastbaren Würde des Menschen. In direktem Zusammenhang mit Art. 1 GG steht Art. 104 GG, der besagt: „Festgehaltene Personen dürfen weder seelisch noch körperlich misshandelt werden.“²³ Dieser Artikel gilt als Konkretisierung²⁴ des Art. 1 GG und unterliegt nach Ansicht des ehemaligen Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Winfried Hassemer, wie dieser dem Schutz des Art. 79 GG Abs. III.²⁵ Folter ist daher nach den dargestellten einschlägigen Grundgesetzartikeln unzulässig, weil damit ein durch das Grundgesetz nicht gedeckter Eingriff in die Menschenwürde vorliegt.

Neben den grundgesetzlichen Regelungen bestimmen völkervertragsrechtliche Verpflichtungen sowie allgemeine Regeln des Völkerrechts die Zulässigkeit von Folter. Gemäß Art. 25 GG haben diese für die Bundesrepublik Deutschland bindende Wirkung.²⁶ Neben der von Deutschland ratifizierten UN-Anti-Folter-Konvention soll hier exemplarisch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) angeführt werden, die sehr detaillierte Angaben über das Folterverbot macht.²⁷ Art. 3 EMRK besagt, dass „Niemand (...) der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe (...)“²⁸ unterzogen werden darf. Dieses Verbot geht sogar so weit, dass der Staat selbst in Extremsituationen wie Krieg oder Staatsnotstand dem absoluten Folterverbot unterliegt.²⁹ Das internationale Recht begründet ein eindeutiges Folterverbot, das für Deutschland uneingeschränkt gilt.

Dieses Verbot geht sogar so weit, dass der Staat selbst in Extremsituationen wie Krieg oder Staatsnotstand dem absoluten Folterverbot unterliegt. Das internationale Recht begründet ein eindeutiges Folterverbot, das für Deutschland uneingeschränkt gilt.

In Ergänzung zu der bereits auf Verfassungsgrundlage und der Ebene des internationalen Rechts festgestellten Unzulässigkeit von Folter liefert der Blick auf einfachgesetzliche Bestimmungen eine in die Tiefe gehende Übersicht über Regelungen, die den Umgang der Polizei mit Verdächtigen und festgehaltenen Personen näher festlegen. In den Landespolizeigesetzen sind die Zwangsmittel der Polizei aufgeführt. So nennt zum Beispiel das baden-württembergische Polizeigesetz (bwPolG) die Mittel der Zwangshaft, des Zwangsgeldes und den unmittelbaren Zwang.³⁰ Dem hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) zufolge besteht für den durch die Polizei Befragten eine Aussagepflicht, wenn die Information zur Gefahrenabwehr notwendig

und die Gefahr durch die befragte Person verschuldet ist.³¹ Zur Durchsetzung der Aussagepflicht darf die Polizei in diesem Fall die Mittel der Ersatzhaft oder des Zwangsgeldes einsetzen. Die Anwendung unmittelbaren Zwangs zur Aussageerzwingung ist jedoch verboten.³²

Auch ergeben sich gemäß § 136a Strafprozessordnung Einschränkungen, was die Verwertbarkeit von unter Zwang erlangten Aussagen vor Gericht betrifft.³³ Eine gewaltsame Aussageerpressung gemäß § 343 Strafgesetzbuch steht ausdrücklich unter Strafe.³⁴ Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Anwendung von unmittelbarem Zwang (und damit von Folter) zur Abgabe einer Aussage gesetzlich verboten ist.

3. Ist Folter zulässig?

In diesem Kapitel geht es um die Betrachtung zweier wesentlicher Aspekte, die bei der Beantwortung der Frage nach der Zulässigkeit von Folter in Deutschland zentral sind. Der erste Aspekt beschäftigt sich mit einem potentiellen Eingriff in die Menschenwürde und den Schutzbereich des Art. 1 GG³⁵, d.h. mit der Frage wie der Begriff der Menschenwürde und Art. 1 GG zu verstehen sind? Der zweite Aspekt setzt sich mit einer möglichen Begründung für die Zulässigkeit von Folter in Deutschland auseinander, indem er der Frage nachgeht, ob der Einsatz von Folter durch den Staat in Extremfällen wie zum Beispiel bei der Abwehr von terroristischer Bedrohung denkbar ist, selbst wenn grundsätzlich von der Aufrechterhaltung des Folterverbots ausgegangen wird?

3.1 Bewertungen des Art. 1 GG und des Schutzes der Menschenwürde

Aus der Gegenüberstellung des bis 2003 geltenden (Grundgesetz)Kommentars von Dürig und des derzeit aktuellen Kommentars von Herdegen werden zwei unterschiedliche Positionen zur Bewertung von Art. 1 GG und dem Schutz der Menschenwürde deutlich. Dürig spricht in seinem Kommentar der historischen Einbettung der Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes eine fundamentale Bedeutung zu. Die bewusste Abgrenzung zu der damals noch sehr präsenten Nähe zum Dritten Reich ist Ausgangspunkt für den Art. 1 GG nach Dürigschem Verständnis, der wiederum Fundament der neu geschaffenen Bundesrepublik war. Der Schutz der Menschenwürde erhält mit Rekurs auf die europäische Geistesgeschichte den Status eines vor-positiven Rechts. Im Gegensatz zu allen anderen Grundrechten des Grundgesetzes verbietet sich damit jegliche Neuinterpretation bzw. Anpassung an sich verändernde Rahmenbedingungen.³⁶ Auch ein Abwägen der Menschenwürde mit anderen Grund-

rechten, die selbst einer Einschränkung unterliegen können, ist nicht möglich. Der Art. 1 GG ist demnach „oberstes Konstitutionsprinzip allen objektiven Rechts“³⁷. Für Dürig ist damit der Schutz der Menschenwürde Staatszweck und Staatsaufgabe zugleich.³⁸

Die Neukommentierung des Art. 1 GG durch Herdegen folgt in vielerlei Hinsicht einem völlig anderen Verständnis. Sie ist nicht eine Fortschreibung, sondern „eine wirkliche Neukommentierung“³⁹ in Bezug auf die Stellung des Art. 1 im Grundgesetz sowie des Begriffs der Menschenwürde. Wie auch Dürig bezeichnet Herdegen die Menschenwürde als höchsten Wert der Verfassung.⁴⁰ Dennoch übt er bereits zu Beginn seines Kommentars Kritik am Rückgriff auf die europäische Geistesgeschichte.⁴¹ Er erteilt der Charakterisierung des Art. 1 GG als vor-positives Recht eine klare Absage: „Für die staatsrechtliche Betrachtung sind demnach allein die (unantastbare) Verankerung im Verfassungstext und die Deutung der Menschenwürde als Begriff des positiven Rechts (im Original) maßgeblich.“⁴² Dies impliziert, dass Herdegen Art. 1 den Status als Fundament für die Grundrechte im Grundgesetz entzieht.⁴³ Für Herdegen bleibt damit der Schutz der Menschenwürde zwar ein herausragendes Gut, aber es ergibt sich daraus keine automatische Überlegenheit des Art. 1 GG gegenüber anderen Grundrechten, wie zum Beispiel dem in Art. 2 GG verankerten Recht auf Leben.⁴⁴ D.h. ein Vorrang der Menschenwürde gegenüber dem Recht auf Leben besteht seiner Meinung nach nicht. Dies ist vor allem dann von Bedeutung, wenn es um die Konfrontation zwischen der Würde des potentiell zu Folternden und dem Recht auf Leben der Opfer geht. Herdegen grenzt den Begriff der Menschenwürde näher ein und weist auf die besondere Problematik der Definition von Menschenwürde hin.⁴⁵ Für ihn gibt es derzeit noch keine brauchbare Begriffsbestimmung. Zunächst greift er auf eine negative Definition zurück, die sich mit der Verletzung von Menschenwürde befasst. Die sogenannte Objektformel besagt, dass eine Verletzung der Menschenwürde dann vorliegt, „wenn der konkrete Mensch zum Objekt, zu einem bloßen Mittel, zur vertretbaren Größe herabgewürdigt wird.“⁴⁶ Zwar billigt er dieser Formel einen gewissen Nutzen zu, kritisiert aber ihre mangelhafte Konkretisierung.⁴⁷ Herdegen grenzt sich in dem Versuch, einer Definition näherzukommen, von Dürig weiter ab. Er spricht sich gegen ein absolutes Verständnis von Menschenwürde aus und empfiehlt eine „wertend-bilanzierende Konkretisierung“⁴⁸ (im Original) des Begriffs, die den konkreten Umständen Rechnung trägt. Letztendlich sieht er in der Absolutheit der Menschenwürde eine nicht zulässige Vereinfachung der Realität und eine Gefahr für die Handlungsfähigkeit des Staates.⁴⁹ Um seine relativierende Sicht der Menschenwürde

zu verdeutlichen, unterteilt Herdegen den Schutzbereich der Menschenwürde in den Würdekern und den weiteren Schutzbereich (Begriffshof). Ein Eingriff in den Würdekern stellt immer eine Verletzung der Menschenwürde dar, die nicht zu rechtfertigen ist. Herdegen nennt als Beispiele hierfür Folter, Genozid oder Massenvertreibung, die er kategorisch ablehnt und keiner Bilanzierung unterwerfen möchte.⁵⁰ Ein Einwirken auf den Begriffshof dagegen kann mit Blick auf den zu erreichenden Zweck gerechtfertigt werden.⁵¹ Eine Verletzung der Menschenwürde ist Herdegen zufolge abhängig von der Art der Behandlung sowie dem Ziel, das mit der Folter verfolgt wird.⁵²

Mit Blick auf die kritische Betrachtung in Kapitel 4 sollen hier zwei wesentliche Aspekte als Zwischenergebnis festgehalten werden: Nach Herdegen ist Würde

nicht mehr als absolut zu betrachten. Es wird zwischen unterschiedlich zu schützenden Begriffshof und Würdekern differenziert. Dies hebt aus einem rechtlichen Blickwinkel das absolute Folterverbot auf. Weiterhin ist damit auch die Abwägung zwischen Würde und Leben von Täter und Opfer möglich. Ein weiterer

Nach Herdegen bedeutet ein absolutes Verständnis von Menschenwürde eine Einschränkung für den Staat. Dies muss in der Betrachtung einer möglichen Notwendigkeit von Folter zur effektiven Gefahrenabwehr berücksichtigt werden.

Aspekt betrifft die Handlungsfähigkeit des Staates. Nach Herdegen bedeutet ein absolutes Verständnis von Menschenwürde eine Einschränkung für den Staat. Dies muss in der Betrachtung einer möglichen Notwendigkeit von Folter zur effektiven Gefahrenabwehr berücksichtigt werden.⁵³

3.2 Die Wertungslücke und das Recht auf Folter

Anhand eines theoretischen Falles, der in das Spannungsfeld zwischen absolutem Folterverbot und der Gefahrenabwehr durch den Staat eingebettet ist, erläutert Brugger die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Folter. Es kollidieren demnach die Würde des Gefahrenverursachers und der Schutz möglicher Opfer. Brugger formuliert acht Kriterien als Voraussetzung für die Anwendung von Folter:

„Es liegt eine (1) klare, (2) unmittelbare, (3) erhebliche Gefahr für (4) das Leben und die körperliche Integrität einer unschuldigen Person vor. (5) Die Gefahr ist durch einen identifizierbaren Störer verursacht. (6) Der Störer ist die einzige Person, die die Gefahr beseitigen kann, indem er sich in die Grenzen des Rechts zurückbewegt, also das Versteck der Bombe verrät. (7) Dazu ist er auch verpflichtet. (8) Die Anwendung körperlichen Zwangs ist das einzig erfolgsversprechende Mittel zur Informationserlangung.“⁵⁴

Grundsätzlich geht es bei Brugger dabei nicht um die vollkommene Aufhebung des Folterverbots, sondern um die Schaffung eines Ausnahmefalls zur Anwendung von Folter unter den genannten Auflagen.⁵⁵ Diesen Ausnahmefall begründet er im weiteren Vorgehen mit Blick auf die derzeitige Rechtslage in Deutschland.⁵⁶

Polizeirechtlich argumentiert Brugger, dass sich aus den einfachgesetzlichen Bestimmungen eine Aussagepflicht für den Verdächtigen ergibt. Brugger sieht aber im Verbot der Anwendung unmittelbaren Zwanges zur Aussagedurchsetzung eine sogenannte Wertungslücke, indem er dieses Verbot in eine Analogie zur Erlaubnis des finalen Rettungsschusses stellt.⁵⁷ So ist in einer echten Geiselnahme-Situation die Tötung des Geiselnahmers zum Schutz der Geisel erlaubt. In dem konstruierten Szenario Bruggers wäre gemäß Rechtslage die Anwendung unmittelbaren Zwangs nicht zulässig. Die Analogie ergibt sich nach Brugger dadurch, dass in beiden Fällen der Täter die Herrschaft über das Geschehen hat.⁵⁸ Bruggers argumentative Vorgehensweise besteht in beiden Fällen aus einem Tatbestand, dem sich eine Rechtsfolge anschließt. Durch das absolute Folterverbot sieht er einen Widerspruch im vorliegenden Fall. Diese Wertungslücke in den einfachgesetzlichen Regelungen schließt er durch eine teleologische Reduktion und hält damit die Anwendung von Folter für zulässig.⁵⁹

Auch die Betrachtung der verfassungsrechtlichen Schranken und die Bestimmungen des internationalen Rechts löst er durch eine teleologische Reduktion auf. Im ersten Fall stellt er den Würdeschutz des Täters gegen das Recht auf Leben des Opfers. Demnach sieht er den Staat in der Pflicht, die Rechte der Opfer denen des Täters vorzuziehen. Die teleologische⁶⁰ Reduktion des Art. 1 GG erfolgt durch die Gegenüberstellung zu Art. 2 GG und dem Hinweis auf die negativen Folgen eines Festhaltens an einem absoluten Folterverbot für die Opfer. Auch das gemäß Art. 3 EMRK klar ausgesprochene Folterverbot ist in seiner Absolutheit eingeschränkt. Seiner Interpretation zufolge bezieht sich dieses Verbot nur auf Staaten, die Folter als Mittel politischer Unterdrückung anwenden.⁶¹ Dies träfe aber nicht für die Bundesrepublik Deutschland zu, da es sich in der vorliegenden Grundannahme um eine Gefahrenabwehr handelt. Mit Blick auf die EMRK sieht Brugger wiederum eine Wertungslücke zwischen dem absoluten Verbot gemäß Art. 3 EMRK und der unter bestimmten Bedingungen erlaubten Tötung nach Art. 2 EMRK.⁶² Diese Lücke wird nach Brugger durch eine weitere teleologische Reduktion geschlossen und Folter ist unter den acht aufgezeigten Kriterien erlaubt.

Aus der staatlichen Schutzpflicht leitet Brugger Gründe ab, die den Staat zur Anwendung von Folter fordern. Seiner Meinung nach dienen Grundrechte nicht nur dem Schutz des Bürgers vor dem Staat, sondern es ergibt sich daraus auch die Pflicht des Staates, diese zu verteidigen.⁶³ Er stützt sich in seiner Argumentation auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das im Schutz des Lebens durch den Staat eine besonders wichtige Aufgabe sieht.⁶⁴ Aus dieser Schutzpflicht leitet er den Anspruch bedrohter Bürger auf Anwendung von Folter gegen Verdächtige ab. Ihm geht es um eine effektive Gefahrenabwehr und die Durchsetzung der Rechte der betroffenen Opfer. Dabei argumentiert er, dass die Rechte der Opfer denen des Täters vorzuziehen seien, nicht zuletzt, weil sich der Täter durch sein Vorgehen außerhalb des Rechtsrahmens bewegt und sich damit selbstverschuldet in die Gefahr begibt, gefoltert zu werden.⁶⁵

4. Kritische Bewertung der Argumente

Die bisherige Darstellung verschiedener Aspekte des Themenkomplexes Folter, wie etwa der rechtlichen Betrachtungsweise und dem Verständnis von Menschenwürde, hat nicht nur unterschiedliche Grundpositionen dargelegt, sondern auch aufgezeigt, wie schwierig exakte Definitionen der damit verbundenen Schlüsselbegriffe Folter und Menschenwürde sind. Bereits in Kapitel 2 wurde die Schwierigkeit einer genauen Bestimmung des Begriffes Folter erläutert. Jegliche Handlungen der Polizei als Folter zu bezeichnen birgt die Gefahr in sich, den Handlungsspielraum des Staates zur effektiven Strafverfolgung sehr stark einzuengen, denn der Polizei wird dadurch keine Möglichkeit gegeben, bei Vernehmungen eine Situation zu schaffen, die eine Aussagegewinnung erleichtert. Allerdings muss zugleich verhindert werden, dass sogenannte enhanced interrogation techniques, die von einigen Nationen im Kampf gegen den Terrorismus angewandt werden, nicht unter den Folterbegriff fallen.⁶⁶ Eine ähnliche Problematik ergibt sich aus dem unterschiedlichen Verständnis von Menschenwürde. Hier leistet der Rückgriff auf die Objektformel des Bundesverfassungsgerichts und das Instrumentalisierungsverbot Kants eine Hilfestellung, die - bei aller berechtigten Kritik - zur Beurteilung möglicher Würdeverletzungen unerlässlich erscheint. Der Maßstab der Bewertung ist dabei das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und im Speziellen das Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde des Art. 1 GG.

4.1 Die Spannungsfelder zwischen absolutem Folterverbot und staatlicher Gefahrenabwehr

Spannungsfeld 1: Absolutes Würdeverständnis oder Differenzierung Dürigs Auffassung von Menschenwürde und die Herdegensche Neukommentierung des Art. 1 GG eröffnet das erste Spannungsfeld. Eine Überarbeitung der Kommentierung erscheint nach 45 Jahren mit Blick auf die Veränderung der Rahmenbedingungen notwendig. Eine Auseinandersetzung mit den Implikationen neuer wissenschaftlicher Möglichkeiten ist erforderlich. Gerade die Fortschritte im Bereich der Gen- und Embryonentechnik waren für Herdegen der Auslöser, den Begriff der Menschenwürde neu zu interpretieren.⁶⁷ Was die grundlegende Neuausrichtung des Würdeverständnisses angeht, gibt es Grund zur Besorgnis. Die bisherige deontologische Auslegung des Art. 1 GG und dessen vor-positive Stellung im Grundgesetz sind vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen des parlamentarischen Rates zu betrachten. Darin liegt nicht nur eine ‚Suggestivkraft‘, wie es Herdegen ausdrückt, sondern auch eine große Chance. Die Ausrichtung staatlichen Handelns an der Menschenwürde ist uneingeschränkt zu begrüßen. Diese Argumentation ist eine höchst idealistische, dennoch definiert sie die Bundesrepublik in besonderer Art und Weise. Die klare Verantwortung, die Deutschland aus den geschichtlichen Erfahrungen des Nationalsozialismus erwächst, sollte keineswegs an Kraft verlieren. Dennoch darf der Hinweis auf die nationalsozialistische Vergangenheit nicht als Tabu oder Totschlagargument genutzt werden. Eine sachliche Diskussion über Menschenwürde und Folter muss möglich sein.⁶⁸

Herdegens Versuch, den Umgang mit Menschenwürde durch die Differenzierung in Kern und Begriffshof zu unterteilen, trägt der Konkretisierungsproblematik Rechnung. Mit seinem Hinweis auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts versucht er, Eingriffe in die Menschenwürde zu erklären.

Herdegen beschleunigt aber die Erosion des Würdeschutzes, was in letzter Konsequenz zu einem sorglosen Eingriff des Staates in den Kernbereich führen könnte. Er zerstört durch die leichtfertige Aufgabe des Begriffshofes und einer Degradierung des Begriffs Würde zu einem einfachen positiven Grundrecht, den Schutzwall um den Würdekomplex. Die Grenzziehung zwischen Kern und Begriffshof erscheint künstlich und legt die Schwelle für eine mögliche Verletzung der Würde so hoch, dass Herdegens teleologisches Verständnis des Art. 1 GG in letzter Konsequenz zur unbeabsichtigten Aufgabe des absoluten Folterverbotes führen könnte. Die Freigabe, Art. 1 GG einer Abwägung mit

anderen Grundrechten zu unterziehen, kommt denjenigen entgegen, die die Zulässigkeit von Folter mit der Abwägung der Würde des Täters gegenüber den Opfern begründen.

Spannungsfeld 2: Bilanzierungsfähigkeit von Menschenwürde und Grundrechten?

Die gegenseitige Aufrechnung von Grundrechten führt zum zweiten Betrachtungspunkt der Bewertung. Herdegen liefert in seiner Kommentierung des Art. 1 GG die Grundlage für die Argumentation Brugger, die Würde des Täters mit dem Recht auf Leben der Opfer abzuwägen. Beide argumentieren teleologisch, übersehen dabei aber einen wesentlichen Punkt: Das Verständnis Herdegens wie auch Brugger geht von einer Bilanzierungsfähigkeit der Menschenwürde und anderer Grundrechte aus. Die Würde des Menschen ist aber einer

aufrechnenden Betrachtungsweise nicht zugänglich. Der Staat verfügt nicht über die Würde seiner Bürger. Politik-theoretisch gesprochen ist der Staat durch die Gesetzesordnung eingeschränkt und darf die Menschen nicht in seiner Gänze erfassen.⁶⁹ Der Schutz der Grundrechte spiegelt nicht nur die Anerkennung des Staates vor der Unabhängigkeit

Die rechtliche Zulassung von Folter dagegen würde die Autonomie des Menschen zerstören, da der Bürger gegenüber dem Staat nicht mehr in der Lage wäre, seine Rechte geltend zu machen. „Der Betroffene wird zum total verfügbaren Objekt gemacht (...).“

des Menschen wider, sondern wird dadurch zur Legitimationsbasis für den Staat selbst.⁷⁰ Die rechtliche Zulassung von Folter dagegen würde die Autonomie des Menschen zerstören, da der Bürger gegenüber dem Staat nicht mehr in der Lage wäre, seine Rechte geltend zu machen. „Der Betroffene wird zum total verfügbaren Objekt gemacht (...).“⁷¹ Das Argument Brugger, dass sich der zu Folternde selbstverschuldet außerhalb des Rechtsrahmens bewegt und in letzter Konsequenz den Anspruch auf Rechte verwirkt, darf nicht gelten. Nach dieser Begründung dürften keinem Straftäter selbst fundamentalste Rechte zugestanden werden. Der Rechtsstaat würde damit aufhören zu existieren.

Spannungsfeld 3: Schutz des Täters – Schutz des Opfers

Das dritte Spannungsfeld ergibt sich aus dem Schutz des Täters einerseits und dem des Opfers andererseits. Aus deontologischer Sicht ist ein absolutes Folterverbot leicht zu begründen. Folter im Allgemeinen ist ohne Zweifel böse und unmenschlich. Die utilitaristische Sicht auf die zu rettenden Opfer ist aber nicht einfach von der Hand zu weisen. Auch das Argument, zum Wohle des Rechtsstaates Opfer in Kauf nehmen zu müssen, ist nicht einfach zu übernehmen. Mit welchem Recht verlangt der Staat von seinen Bürgern, sich für den

Fortbestand rechtsstaatlicher Prinzipien zu opfern? Die Rechte der Opfer denen des Täters unterzuordnen muss als zutiefst ungerecht empfunden werden. Dies führt aber wiederum zur Bilanzierungsproblematik von Grundrechten zurück.

An dieser Stelle soll nochmals auf das Konkurrenzverhältnis zwischen Würde und Recht auf Leben eingegangen werden. Herdegen sieht den Schutz des Lebens dem der Würde als vorrangig. Dies begründet er damit, dass Leben die Voraussetzung für Würde ist. „Menschliche Würde ist in Abstraktion vom menschlichen Leben nicht denkbar.“⁷² Diese Argumentation ist auf den ersten Blick schlüssig, blendet aber das Alleinstellungsmerkmal des Menschen aus. Moralität und Vernunft unterscheiden den Menschen vom Tier. Die Genese sagt nichts über die Geltung aus. Dabei besteht immer der Konflikt zwischen Gewissen und Lebenserhaltung. Wird die Anwendung von Folter mit dem Ziel der Rettung von Menschenleben legitimiert, erscheinen Vernunft und Gewissen als Hindernisse und engen die eigene Handlungsfreiheit ein. Erst die Moral gibt dem Menschen die Autonomie über sein Leben. Das Auspielen von Würde gegen das Recht auf Leben zielt daher zu kurz, denn dabei wird die Werthöhe mit einer Wertdringlichkeit verwechselt. Das niedrigere Gut kann nicht geschützt werden, weil es dringlicher ist, indem das höherwertige Gut geopfert wird.⁷³

Das Auspielen von Würde gegen das Recht auf Leben zielt daher zu kurz, denn dabei wird die Werthöhe mit einer Wertdringlichkeit verwechselt. Das niedrigere Gut kann nicht geschützt werden, weil es dringlicher ist, indem das höherwertige Gut geopfert wird.

Spannungsfeld 4: Bewahrung von Grundrechten und staatliche Handlungsfähigkeit – ein Gegensatz?

Der von Folter-Befürwortern⁷⁴ ins Feld geführte Schutz des Lebens und dessen höherwertigere Status gegenüber der Menschenwürde des Täters werden bei Brugger oftmals im Zusammenhang mit der Gefahrenabwehr genannt. Daraus ergibt sich der vierte wesentliche Komplex der Bewertung. Nach Brugger „(...) steht für die Polizei die Eliminierung der drohenden Gefahr im Vordergrund.“⁷⁵ Das Spannungsverhältnis besteht hier zwischen der Bewahrung von Grundrechten (im Sinne von Schutzrechten der Bürger vor dem Staat) und einer effektiven Wahrnehmung der staatlichen Schutzpflicht. Dabei muss die Anwendung von Folter zur Gefahrenabwehr als Höhepunkt einer Entwicklung gesehen werden, in der mit dem Argument der Sicherheit eine Auflösung des letzten Tabus eines liberalen Rechtsstaates vorangetrieben wird.⁷⁶ Es liegt nahe, Herdegen in seiner Kritik an einer Einschränkung der staatlichen Handlungsfähigkeit zu folgen, wenn absolute und damit undifferenzierte Ver-

bote aufgestellt werden.⁷⁷ Die Gefahr ist aber, dass unter dem Deckmantel der Schutzpflicht des Staates die Befugnisse der Exekutivbehörden soweit ausgedehnt werden, dass diese bereits beim Vorliegen eines Anfangsverdachts in den Schutzbereich von Grundrechten eingreifen.⁷⁸ Es besteht das Risiko, dass eine Unschuldsumutung dann nicht mehr existiert. Der Bürger sieht sich dem ständigen Rechtfertigungsdrang ausgesetzt, keine potenzielle Bedrohung darzustellen. Grundsätzlich liegt in der Aufweichung der Grundrechte und der Relativierung der Menschenwürde, die dann auch die Anwendung von Folter zulässt, die Gefahr, dass es metaphorisch gesprochen zu einem ‚Dammbruch‘ kommt. Oftmals wird diesem Argument entgegengebracht, dass durch die Schaffung klarer Auflagen und mit Blick auf die in Deutschland gewachsene Zivilgesellschaft ein Rückfall in Zeiten des Nationalsozialismus oder gar des Mittelalters nicht möglich sei. Es ist zwar momentan zu bezweifeln, dass die Bundesrepublik jemals wieder der Bedrohung unterliegt, dies zu tun, dennoch scheint dieses Argument fehlerhaft bezüglich der unbegrenzten Anwendung von Folter. Der erste Folterbericht von amnesty international bringt dies klar zum Ausdruck.

„Sobald die Folter erst einmal erlaubt ist – z.B. in einer extremen Situation, wie im Beispiel mit der Bombe – dann ist es nur logisch, sie auf Leute anzuwenden, die Bomben legen könnten oder auf Leute die daran denken könnten, Bomben zu legen, oder auf Leute, die die Leute, die ans Bombenlegen denken könnten, verteidigen. (...) Der Krebs ist eine passende Metapher für die Folter und ihre Ausbreitung im gesellschaftlichen Organismus.“⁷⁹

Spannungsfeld 5: Gefahr der Entgrenzung und rechtliche Einhegung

Das Dammbruchargument der Foltergegner führt zum letzten, hier zu bewertenden Spannungsfeld der rechtlichen Betrachtung. Brugger stellt seine Argumentation der These der grenzenlosen Anwendung von Folter gegenüber. Die strenge Anwendung seiner acht Prinzipien führt noch nicht zu einer Schwächung des Folterverbots, sondern zu einer „(...) Stärkung durch Spezifizierung.“⁸⁰ Gerade sein letztes Kriterium zieht er selbst in Zweifel, indem er die Anwendung körperlichen Zwangs als einzig erfolgversprechendes Mittel in Frage stellt.⁸¹ Darin liegt ein grundsätzliches Problem einer Fallkonstruktion.⁸² Um Folter einzugrenzen, ist der Versuch, genaue Voraussetzungen für deren Anwendung zu schaffen, dringend geboten. Es besteht jedoch berechtigter Zweifel, dass die Komplexität der Realität in einer gesetzlichen Bestimmung gänzlich erfasst werden kann, was wiederum das Dammbruchargument unterstützt. Auch würde dies auf der einfachgesetzlichen Ebene eine genaue Festle-

gung von Foltermaßnahmen erfordern, um ein Übermaß an Folter zu vermeiden. Eine Bundesfolterordnung und eine Ausbildung zum Folterer wären dann zwingend notwendig.

Allein der Gedanke an die beiden letztgenannten Punkte lässt schwere Bedenken an der zukünftigen Legitimationsbasis des Rechtsstaates aufkommen. Auch das Aushebeln der internationalen Bestimmungen mit dem Hinweis der Zweckgebundenheit der Folter ist nicht schlüssig. Die Bestimmungen der EMRK wären nur für solche Nationen anwendbar, die Folter als Machtinstrument einsetzen. Eine Anwendung als Nothilfemittel dagegen schafft für Brugger einen Ausnahmebestand. Dabei übersieht er allerdings die Gefahr der schleichenden Ausweitung. „Die Zulassung der situationsbezogenen Folter im funktionierenden Verfassungsstaat [ebnet den] Weg für die Umwandlung in ein System institutionalisierter Folter (...).“⁸³

5. Persönliche Schlussbetrachtung

Eine spontane Entscheidung sich dem Lager der Folter-Befürworter oder Gegner anzuschließen, fällt dem Deontologen oder Vertreter des Konsequentialismus vermeintlich leicht. Die Schwierigkeit einer Standortbestimmung liegt aber nicht allein im Gegenüber dieser beiden ethischen Denkschulen. Gerade

das Abzielen auf die Folgen von Folter führt in eine Situation, die am besten mit dem Begriff des Dilemmas charakterisiert werden kann.⁸⁴ Das aufgezeigte ticking bomb Szenario zeigt die nachvollziehbare Intention Menschenleben zu retten. Auf der anderen Seite ist der Glaube an die Kraft einer Selbstregulierung, die Hoffnung, Amtsträger in einem durch historische Erfahrungen besonders geprägten und gefestigten Rechtsstaat wie Deutschland könnten mit dem Mittel der Folter verantwortungsbewusst umgehen, ehrenwert, aber generell fraglich. „»Wie kann jemand sowas (sic) tun?« Die Frage ehrt uns, aber sie ist dumm. Dass »jemand sowas (sic) tun« kann, ist historisch nicht die Ausnahme, sondern die Regel.“⁸⁵

Auf der anderen Seite ist der Glaube an die Kraft einer Selbstregulierung, die Hoffnung, Amtsträger in einem durch historische Erfahrungen besonders geprägten und gefestigten Rechtsstaat wie Deutschland könnten mit dem Mittel der Folter verantwortungsbewusst umgehen, ehrenwert, aber generell fraglich.

Selbst innerhalb des Konsequentialismus bleibt damit ein eindeutiges Ergebnis aus. Der Konflikt zwischen Würde und dem zu schützenden Rechtsstaat auf der einen Seite und dem Schicksal unschuldiger Opfer auf der anderen

bleibt bestehen.⁸⁶ Auch der naheliegende Wunsch, das Bundesverfassungsgericht könnte hier Klarheit schaffen, scheitert an der widersprüchlichen Rechtsprechung, die sowohl Befürworter als auch Gegner für ihre Argumentation vereinnahmen.⁸⁷

Festzuhalten ist, dass die bis in die jüngere Vergangenheit eindeutige Rechtsposition zum Thema Folter ins Wanken geraten ist. Der Rechtsgeschmack in Deutschland hat sich verändert. Bleibt abzuwarten, wie lange unser Werte- und Grundrechtfundament der Belastung durch neue Entführungsfälle standhalten kann, bevor die Politik zu einer Entscheidung gezwungen wird.

Mir persönlich gelingt es bis zum Schluss der Arbeit nicht, das Dilemma überzeugend und argumentativ eindeutig aufzulösen.

Zum Autor: Major i.G. Germar Lacher ist Diplom-Staatswissenschaftler (univ). Er ist Abteilungsleiter G3 der Panzerbrigade 21 in Augstsdorf.

Anmerkungen:

- 1 Vgl. Albrecht, Ernst: Der Staat. Idee und Wirklichkeit. Grundzüge einer Staatsphilosophie, 1. Auflage, Stuttgart, 1976, S.174.
- 2 Die heftige Kritik an Albrechts Aussage bewegte ihn dazu in der Folgeauflage die besagte Textpassage herauszunehmen.
- 3 Zur Geschichte des Terrors der Roten Armee Fraktion in der Bundesrepublik vgl. Pflieger, Klaus: Die Rote Armee Fraktion – RAF – 14.05.1970 bis 20.04.1998, Berlin, Nomos Verlag, 2011.
- 4 Im Jahr 2002 wurde der elfjährige Bankierssohn Jakob von Metzler entführt. Der Tatverdächtige wurde unter Androhung von körperlichen Schmerzen zu einer Aussage gezwungen, den Aufenthaltsort des entführten Jungen zu nennen. Jakob von Metzler war zu diesem Zeitpunkt bereits tot. Der Vizepolizeipräsident von Frankfurt, der die Drohung anordnete, wurde danach durch das Landgericht Frankfurt zu einer Geldbuße auf Bewährung verurteilt. Vgl. Bourcarde, Kay: Folter im Rechtsstaat? Die Bundesrepublik Deutschland nach dem Entführungsfall Jakob von Metzler, Gießen, 2004, S.8ff.
- 5 Vgl. Hilgendorf, Eric: Folter im Rechtsstaat?, in: Juristen Zeitung, 2004, Nr. 7, S.331. Als Folterarten nennt hier Hilgendorf Zufügung körperlicher Schmerzen durch Verprügeln oder Elektroschocks, aber auch seelische Folter wie etwa Scheinhinrichtungen oder Androhung von Folter. Vgl. ders., S. 334.
- 6 Vgl. Diering, Frank: Lafontaine: „Im Notfall für Folter“ Früherer SPD-Chef unterstützt Chefermittler im Mordfall Jakob von Metzler, in: Die Welt online, vom

18.05.2004 <http://www.welt.de/print-welt/article314473/Lafontaine-Im-Notfall-fuer-Folter.html>, (Stand vom 22.11.2012).

- 7 Vgl. Forsa-Umfrage, in: Stern, 2003, Nr.10. So billigten 63% der Befragten das Vorgehen der Polizei gegenüber dem Entführer.
- 8 Für die Arbeit wird nur der Absatz 1 des Artikel 1 GG näher betrachtet. Dieser lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“
- 9 Für die Aufweichung eines absoluten Folterverbotes gibt es eine Reihe von Vertretern. Vgl. Trapp, Rainer: Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, Paderborn, Mentis, 2006, S.14.
- 10 Die Spannungsfelder befassen sich mit den rechtlichen, ethischen, definitorischen Dimensionen und der Frage nach staatlicher Handlungsfähigkeit.
- 11 Die Folgen beziehen sich hier nicht nur auf den Gefolterten, sondern auch auf den Folternden sowie um die Auswirkungen auf Rechtsstaat und Gesellschaft.
- 12 „Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet der Ausdruck ‚Folter‘ jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich große körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, zum Beispiel, um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erlangen, (...), wenn diese Schmerzen oder Leiden von einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder einer anderen in amtlicher Eigenschaft handelnden Person, (...) verursacht werden. Der Ausdruck umfasst nicht Schmerzen oder Leiden, die sich lediglich aus gesetzlich zulässigen Sanktionen ergeben, dazu gehören oder damit verbunden sind.“ Artikel 1 Absatz 1 des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10.12.1984. In: Bundesgesetzblatt, 1990, II, S.246.
- 13 Es können eine Reihe von Zwecken für die Anwendung von Folter genannt werden. So zum Beispiel die der Geständniserzwingung in einem Strafprozess, als Strafe oder als gezieltes Machtmittel des Staates zur Abschreckung. Eine genaue Trennung zwischen den Zwecken ist oftmals sehr schwierig. Diese Problematik wird daher noch mal im Kapitel 4 und 5 aufgegriffen. Zur Unterscheidung der Hauptfunktionen von Folter vgl. Trapp, Rainer: Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, Paderborn, Mentis, 2006. S.16ff. Trapp definiert die in dieser Arbeit behandelte Form von Folter als „(...) auf Lebensrettung abzielende Aussageerzwingung (...)“. Trapp, Rainer, a.a.O., S. 44.
- 14 Zur Frage der Intensität von Folter und der Problematik der Differenzierung vgl. Kälin, Walter: Universeller Menschenrechtsschutz, Basel, Helbing Lichtenhah, 2008, S.365ff.
- 15 Vgl. Scarry, Elaine: Der Körper im Schmerz. Die Chiffren der Verletzlichkeit und die Erfindung der Kultur, Frankfurt am Main, 1992, S. 408. Hier spricht Scar-

ry von der sprachzersetzenden und antizivilisatorischen Macht der Folter. Dabei beschränken sich die negativen Effekte nicht nur auf den Gefolterten, sondern erstrecken sich auch auf den Beobachter.

- 16 Vgl. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, *Aksoy v. Turkey*, Entscheidung vom 18.12.1996, in: <http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-58003>, (Stand vom 22.11.2012) und Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, *Selmouni v. France*, Entscheidung vom 25.11.1996, in: <http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-58287>, (Stand vom 22.11.2012)
- 17 Vgl. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, *Tyrer v. United Kingdom*, Entscheidung vom 25.04.1978, in: <http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-57587>, (Stand vom 25.04.1978)
- 18 Hilgendorf, Eric: a.a.O., S. 334.
- 19 Der Begriff des unmittelbaren Zwangs wird verstanden als „(...) jede Einwirkung auf Person oder Sache durch einfach körperliche Gewalt, Hilfsmittel der körperlichen Gewalt oder Waffengebrauch.“ §50(1) Polizeigesetz des Landes Baden-Württemberg in der Fassung vom 14. Januar 2005.
- 20 Problematisch erscheint auch in diesem Zusammenhang der Schlusssatz der UN Definition, der andere schmerzhaftere Handlungen durch den Staat nicht unter dem Begriff der Folter subsumiert. Die Definition der UN Anti-Folter Konvention muss daher auch als Minimalkonsens zwischen den Unterzeichnerstaaten gesehen werden. Der bewusste Verzicht auf eine genauere Bestimmung ist der Preis für eine politische Zustimmung zur Konvention. Vgl. Hailbronner, Kay und Albrecht Randelzhofer: Zur Zeichnung der UN-Folterkonvention durch die Bundesrepublik Deutschland, in: *EuGRZ* 1986, S. 641-648.
- 21 Üblicherweise unterliegen rechtliche Bestimmungen einer Interpretation. Zu diesem Zweck gibt es Gesetzeskommentare, die Hilfestellungen für deren Auslegung und Anwendung liefern. Auch im Hinblick auf den später zu behandelnden Art. 1 GG gibt es seit 2003 eine Neukommentierung. Die Exegese von Gesetzen unterliegt demnach einem steten Wandel und bezieht sich daher auf die gerade aktuelle Auslegung.
- 22 Im Grundgesetz und in den einfachgesetzlichen Bestimmungen lassen sich nur inhaltliche Hinweise zum Thema Folter finden. Der Begriff Folter wird nur in den internationalen Bestimmungen genutzt.
- 23 Art. 104 Abs 1 Grundgesetz
- 24 Vgl. Brugger, Winfried: Vom unbedingten Verbot der Folter zum bedingten Recht auf Folter?, in: *Juristen Zeitung*, 55. Jahrgang, 2000, Nr. 4, S. 166.
- 25 Vgl. Düx, Heinz: Meinungen zur „Folterdiskussion“, in: *Zeitschrift für Rechts-*

politik, 2003, Heft 5, S.180. Der Art. 104 Abs III GG besagt im Wortlaut: „Eine Änderung des Grundgesetzes, durch welche (...) die in den Artikeln 1 und 20 niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“

- 26 Vgl. Geiger, Rudolf: Grundgesetz und Völkerrecht, 2. Auflage, München, 1994. S.165ff. Artikel 25 GG besagt: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“
- 27 Zur EMRK vgl. Bundesgesetzblatt, Jahrgang 2010, Teil II, Nr.30, Bonn, 2010.
- 28 Art. 3 EMRK
- 29 Vgl. Art. 15 EMRK. Der genannte Artikel gilt als Notstandsfest, d.h. auch in Ausnahmezuständen wie etwa Krieg oder Terrorismus gibt es keine Einschränkung des Folterverbots.
- 30 Vgl. §§ 49 ff. *bwPolG*
- 31 Vgl. §12 *HSOG* Abs 2 Satz 1
- 32 Vgl. §52 Abs 2 *HSOG* oder auch §35 *bwPolG*
- 33 § 136a besagt: „Die Freiheit der Willensentschließung und der Willensbetätigung des Beschuldigten darf nicht beeinträchtigt werden durch Mißhandlung, durch Ermüdung, durch körperlichen Eingriff, durch Verabreichung von Mitteln, durch Quälerei, durch Täuschung oder durch Hypnose.“
- 34 Gemäß §343 *StGB* wird Aussageerpressung durch einen Amtsträger mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.
- 35 An den Anfang soll hier die Frage nach dem Artikel 1 und dem Menschenwürdeschutz gestellt werden. Um ein Verständnis über die Interpretation eines Artikels im Grundgesetz zu erlangen, wird üblicherweise auf einen Grundgesetzkommentar zurückgegriffen. In diesem Fall der von Theodor Maunz und Günter Dürig herausgegebene. Zur Bedeutung dieses Kommentars vgl. Bökkenförde, Ernst-Wolfgang: Die Würde des Menschen war unantastbar, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, vom 03.09.2003, Nr.204, S.33.
- 36 Herdegens Neukommentierung des Art.1 GG wurde nicht durch die Folterthematik ausgelöst. Vielmehr lagen der Überarbeitung des Kommentars Fragen der Gentechnik und Präimplantationsdiagnostik zu Grunde, die durch einen immensen Fortschritt in diesem Wissenschaftsbereich ausgelöst wurden. Vgl. Herdegens, Matthias: Artikel 1, in: Maunz, Theodor/ Dürig, Günter: Grundgesetzkommentar, Loseblattausgabe, Grundwerk 5. Auflage, 1978ff, 55. Ergänzungslieferung, München, 2009, S.12. oder Vgl. Will, Rosemarie (Hrsg.): Angriff auf Artikel 1 GG, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2004, Heft 10, S.1214.
- 37 Bökkenförde, Ernst-Wolfgang, a.a.O. S. 33.
- 38 Dürigs Verständnis der Absolutheit der Menschenwürde ist demnach genauso wie der Art. 3 EMRK im juristischen Sinne als Notstandsfest zu verstehen.

- 39 Ders. S. 33.
- 40 Vgl. Herdegen, Matthias, a.a.O., S.7.
- 41 Vgl. Herdegen, Matthias, a.a.O., S.10.
- 42 Herdegen, Matthias, a.a.O., S.14.
- 43 Vgl. ders., S.16.
- 44 Vgl. ders., S.31.
- 45 Vgl. ders., S.24.
- 46 Dürig, Günter: Artikel 1, in: Maunz, Theodor/ Dürig, Günter (Hrsg.): Grundgesetzkommentar, Loseblattausgabe, München, 1978. Randnummer 28.
- 47 Vgl. Herdegen, Matthias, a.a.O., S.27.
- 48 Ders., S.31.
- 49 Vgl. ders., S.33.
- 50 Vgl. ders., S.38.
- 51 Vgl. ders., S.34.
- 52 Vgl. Bourcade, S.49.
- 53 Zur eingehenden Bewertung der Neukommentierung vgl. Bökkenförde, Ernst-Wolfgang, a.a.O., S. 33ff.
- 54 Brugger, Winfried, a.a.O., S. 165.
- 55 Im Zusammenhang mit Folter in Extremsituationen wird oftmals auch von einer sogenannten Rettungsbefragung gesprochen. Vgl. Trapp, Rainer: a.a.O. S. 44. Trapp beschreibt weiterhin die Problematik von negativ besetzten Begriffen wie Folter, die eine sachliche Auseinandersetzung nur schwer zulassen. Vgl. ders., S. 225.
- 56 Brugger bezieht sich in seiner Argumentation auf die rechtlichen Grundlagen wie im Kapitel 2.3 bereits dargestellt.
- 57 Brugger definiert den Begriff der Wertungslücke wie folgt: „Eine solche ist gegeben in Fällen, in denen die Rechtsordnung zwar für einen zu beurteilenden Sachverhalt eine einschlägige Norm bereitstellt und somit eine rechtliche Bewertung vorgibt – diese Wertung erscheint aber im Lichte anderer Normen, die betreffende Rechtsordnung ebenfalls enthält, als unangemessen (...).“ Brugger, Winfried, a.a.O., S. 167.
- 58 0Vgl. Brugger, Winfried, a.a.O., S. 169.
- 59 Vgl. Trapp, Rainer, a.a.O., S. 82. Trapp schließt sich im Ergebnis der Argumentation von Brugger an und hält die Rettungsbefragung für zulässig. Auch er begründet dies über die Analogie mit dem finalen Rettungsschuss. Er geht dabei sogar noch einen Schritt weiter und führt eine soziale Kosten-Nutzen-Bilanz zur Stützung seiner These ins Feld. Vgl. Trapp, Rainer, a.a.O., S. 87.
- 60 Teleologie wird hier verstanden als die Orientierung an Zwecken und Wirkungen.
- 61 Vgl. Brugger, Winfried, a.a.O., S.169.
- 62 Vgl. ders., S.169.
- 63 Vgl. ders., S.170.
- 64 Vgl. BVerfGE 46, 160, 164.
- 65 Vgl. Brugger, Winfried, a.a.O., S.172.
- 66 Die USA hat eine Reihe von Maßnahmen zur Befragung von Terrorverdächtigen unter dem Begriff enhanced interrogation als zulässig erklärt. Darunter fallen solche Handlungen wie water boarding, Einsatz von Hunden zur Einschüchterung, Dauerbeschallung, Lichtentzug. Vgl. Bessiono, Cherif: The Institutionalization of Torture under the Bush Administration, in: Case Western Reserve Journal of International Law, 2006, Bd. 37 (2/3), S. 389-435.
- 67 Vgl. Herdegen, Matthias: a.a.O., S.12.
- 68 Zur Herausforderung einer sachlichen Diskussion über das Thema Folter im Hinblick auf die historische Belastung durch die Geschichte des Dritten Reichs vgl. Hilgendorf, Eric: a.a.O., S.331. Der Verweis auf die Geschichte sieht Trapp als unzulässiges Argumentationsmittel, weil die Folterfunktion in Unrechtstaaten nicht mit der Folterfunktion der Rettungsbefragung verglichen werden kann. Vgl. Trapp, Rainer, a.a.O., S. 215-219.
- 69 Vgl. Denninger, Erhard: Menschenrechte und Grundgesetz, 1994, S.84.
- 70 Vgl. Lepsius, Oliver: Freiheit, Sicherheit und Terror, in: Leviathan, 2004, S. 64.
- 71 Marx, Reiner: Folter: eine zulässige polizeiliche Präventionsmaßnahme?, in: Kritische Justiz, 2004, Heft 3, S. 300.
- 72 Herdegen, Matthias: a.a.O., S.19.
- 73 Vgl. Beestermöller, Gerhard: Folter- Daumenschrauben an der Würde des Menschen: zur Ausnahmslosigkeit eines absoluten Verbotes, in: Rückkehr der Folter: der Rechtsstaat im Zwielicht? Beestermöller, Gerhard und Hanke, Brunkhorst (Hrsg.), München, 2006, S.115-129.
- 74 Als Befürworter von Folter im Sinne einer rechtlich legitimierten Gewaltanwendung zur Aussageerzwingung in Notfällen, sind hier die Rechtswissenschaftler Winfried Brugger und Reinhard Merkel stellvertretend genannt.
- 75 Brugger, Winfried: a.a.O., S.166.
- 76 Vgl. Hecker, Wolfgang. Relativierung des Folterverbotes in der BRD?, in: Kritische Justiz, 2003, Heft 2, S.211.
- 77 Zur Bedeutung staatlicher Handlungsfähigkeit für den demokratischen Rechtsstaat vgl. Depenheuer, Otto: Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn, 2007, S.7. Depenheuer sieht im Erhalt staatlicher Ordnung und damit staatlicher Handlungsfähigkeit ein so hohes Gut, dass er vom sogenannten Bürgeropfer spricht, das sich mit seinem Leben für den Staat und Verfassung einbringt. Vgl. ders., S. 100.

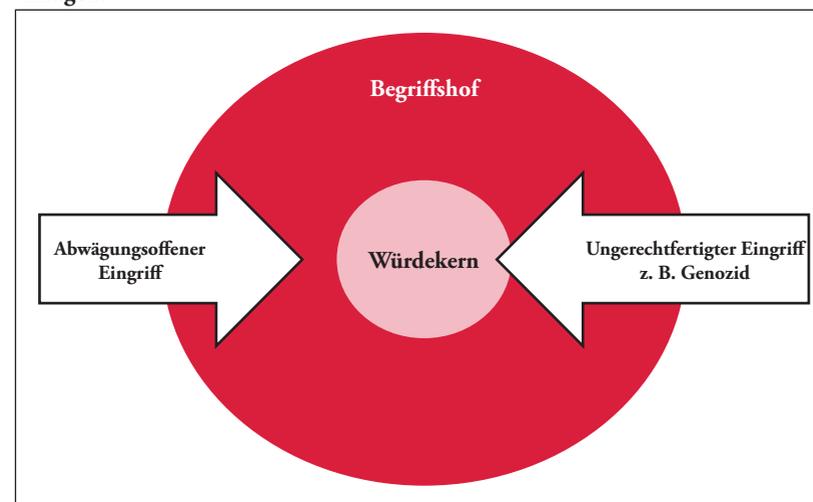
- 78 Vgl. Braum, Stefan: Erosion der Menschenwürde – Auf dem Weg zur Bundesfolterordnung (BFO)?, in: KritV, 2005, Heft 3, S. 284.
- 79 Zitiert in: Marx, Reiner: a.a.O., S.295.
- 80 Brugger, Winfried: a.a.O., S.171.
- 81 ders., S.167.
- 82 Die Fallkonstruktion stellt die typische Vorgehensweise der Juristen dar. Um ein bestimmtes Problem rechtlich lösen zu können, wird ein Modell erdacht, das die notwendige Handlungssicherheit im juristischen Sinne ermöglichen soll. Ein Tatbestand zieht eine Rechtsfolge nach sich. Diese Vorgehensweise ist ohne Zweifel eine Stärke der Rechtswissenschaften im Bezug auf Problemlösungen. Dennoch besteht gerade in diesem Fall die Schwierigkeit einen äußerst komplexen Sachverhalt in ein Modell zu transferieren, das der Realität nur schwer gerecht werden kann und daher in letzter Konsequenz nicht belastbar ist.
- 83 Marx, Reiner: a.a.O., S.296.
- 84 Zum Begriff des Dilemmas vgl. Sellmaier, Stephan: Ethik der Konflikte. Über den angemessenen Umgang mit ethischem Dissens und moralischen Dilemmata, Stuttgart, Kohlhammer Verlag, 2011. Der Autor beschreibt hier das Dilemma im Zusammenhang der Embryonenforschung und einer bioethischen Fragestellung. Dies war wie bereits beschrieben auch für Herdegen Ausgangspunkt seiner Überlegungen zur Neukommentierung des Artikel 1 GG.
- 85 Reemtsma, Jan Philipp: Folter. Zur Analyse eines Herrschaftsmittels, in: Zeitschrift für kritische Theorie, 1995, Heft 1, S.97.
- 86 Wie emotional die Debatte um eine mögliche Relativierung des Folterverbots geführt wird, konnte man an der Person Horst Dreiers erkennen. Der Staatsrechtler war der SPD Kandidat für die Nachbesetzung des Postens des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Nach einer Äußerung über die Problematik des Würdeschutzes im Zusammenhang mit Folter, sah sich die SPD gezwungen die Kandidatur Dreiers zurückzunehmen. Vgl. Jungholt, Thorsten: Ein Professor zwischen den Mühlen der Politik, in: Die Welt online, vom 05.02.2008, <http://www.welt.de/politik/article1635227/Ein-Professor-zwischen-den-Muehlen-der-Politik.html>, (Stand vom 14.03.2013).
- 87 So kritisiert Herdegen selbst die seiner Meinung nach inkonsistente Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts im Bezug auf den Würdekern. Bei Fragen der körperlichen Unversehrtheit und Glaubensfreiheit kommt das Gericht zu einer strengen Auslegung des Begriffs der Würde, während im Falle der Unverletzbarkeit der Wohnung ein weitreichender Eingriff möglich sei. Vgl. Herdegen, Matthias: a.a.O., S.20. Dagegen führt Volkmann zum Beispiel die erste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu sogenannten Peep-Shows als Beispiel für einen strengen Schutz der Menschenwürde im Dürigschen Sinne an. Vgl. Volk-

mann, Uwe: Nachricht vom Ende der Gewissheit. Zur Wirkungsgeschichte des Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 24.11.2003, 8.

Abkürzungsverzeichnis:

BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgericht
bwPolG	baden-württembergisches Polizeigesetz
ECHR	European Court of Human Rights
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EuGrZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
Forsa	Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen
GG	Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
UN	United Nations

Anlagen:



Graphische Darstellung der Begriffe Würdekern und Begriffshof, Vgl. Herdegen, Matthias, a.a.O., S. 38.

Literaturverzeichnis:

Albrecht, Ernst: Der Staat. Idee und Wirklichkeit. Grundzüge einer Staatsphilosophie, 1. Auflage, Stuttgart, 1976.

Améry, Jean: Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten, München, 1966.

Bassiono, Cherif: The Institutionalization of Torture under the Bush Administration, in: Case Western Reserve Journal of International Law, 2006, Bd. 37 (2/3), S. 389-435.

Beestermöller, Gerhard: Folter- Daumenschrauben an der Würde des Menschen: zur Ausnahmslosigkeit eines absoluten Verbotes, in: Beestermöller, Gerhard und Hanke, Brunkhorst (Hrsg.): Rückkehr der Folter: der Rechtsstaat im Zwielicht?, München, 2006.

Bourcarde, Kay: Folter im Rechtsstaat? Die Bundesrepublik Deutschland nach dem Entführungsfall Jakob von Metzler, Gießen, 2004.

Bökkenförde, Ernst-Wolfgang: Die Würde des Menschen war unantastbar, Abschied von den Verfassungsvätern: Die Neukommentierung von Artikel 1 des Grundgesetzes markiert einen Epochenbruch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 03.09.2003, Nr.204.

Brugger, Winfried: Vom unbedingten Verbot der Folter zum bedingten Recht auf Folter?, in: Juristen Zeitung, 55. Jahrgang, 2000, Nr. 4.

Denninger, Erhard: Menschenrechte und Grundgesetz, Weinheim, 1994.

Deppenheuer, Otto: Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn, 2007.

Dürig, Günter: Artikel 1, in: Maunz, Theodor/ Dürig, Günter (Hrsg.): Grundgesetzkommentar, Loseblattausgabe, München, 1978.

Düx, Heinz: Meinungen zur „Folterdiskussion“, in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 2003, Heft 5.

Geiger, Rudolf: Grundgesetz und Völkerrecht, 2. Auflage, München, 1994.

Hailbronner, Kay und Albrecht Randelzhofer: Zur Zeichnung der UN-Folterkonvention durch die Bundesrepublik Deutschland, in: EuGRZ, 1986.

Hecker, Wolfgang: Relativierung des Folterverbotes in der BRD?, in: Kritische Justiz, 2003, Heft 2.

Herdegen, Matthias: Artikel 1, in: Maunz, Theodor/ Dürig, Günter (Hrsg.): Grundgesetzkommentar, Loseblattausgabe, Grundwerk 5. Auflage, 1978ff, 55. Ergänzungslieferung, München, 2009.

Hilgendorf, Eric: Folter im Rechtsstaat?, in: Juristen Zeitung, 2004, Nr. 7.

J.C.B. Mohr Verlag (Hrsg.): Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Tübingen, 1978.

Kälin, Walter: Universeller Menschenrechtsschutz, Basel, Helbing Lichtenhah, 2008.

Knütter, Hans-Helmuth: Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken, Frankfurt a.M., 1994.

Lepsius, Oliver: Freiheit, Sicherheit und Terror, in: Leviathan, 2004.

Marx, Reiner: Folter: eine zulässige polizeiliche Präventionsmaßnahme?, in: Kritische Justiz, 2004, Heft 3.

Pflichter, Klaus: Die Rote Armee Fraktion – RAF – 14.05.1970 bis 20.04.1998, Berlin, Nomos Verlag, 2011.

Reemtsma, Jan Philipp: Folter. Zur Analyse eines Herrschaftsmittels, in: Zeitschrift für kritische Theorie, 1995, Heft 1.

Pieroth, Bodo und Bernhard, Schlink: Grundrechte Staatsrecht II, 28. Auflage, Heidelberg, München, Hamburg, C.F. Müller, 2012.

Scarry, Elaine: Der Körper im Schmerz. Die Chiffren der Verletzlichkeit und die Erfindung der Kultur, Frankfurt am Main, 1992.

Sellmaier, Stephan: Ethik der Konflikte. Über den angemessenen Umgang mit ethischem Dissens und moralischen Dilemmata, Stuttgart, Kahlhammer Verlag, 2011.

Trapp, Rainer: Folter oder selbstverschuldete Rettungsbefragung?, Paderborn, Mentis, 2006.

Volkmann, Uwe: Nachricht vom Ende der Gewissheit. Zur Wirkungsgeschichte des Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, vom 24.11.2003.

Will, Rosemarie: Angriff auf Artikel 1 GG, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2004, Heft 10.

Internetquellen und Gesetzestexte:

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz: BVerfG, 1BvR 357/05 vom 15.02.2006, in: http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20060215_1bvr035705.html,
(Stand vom 22.11.2012)

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Aksoy v Turkey, Entscheidung vom 18.12.1996, in: <http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-58003>,
(Stand vom 22.11.2012)

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Selmouni v. France, Entscheidung vom 25.11.1996, in: <http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-58287>,
(Stand vom 22.11.2012)

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Tyrer v. United Kingdom, Entscheidung vom 25.04.1978, in: <http://hudoc.echr.coe.int/sites/eng/pages/search.aspx?i=001-57587> ,
(Stand vom 25.04.1978)

Europäische Menschenrechtskonvention, in: Bundesgesetzblatt, Jahrgang 2010, Teil II, Nr.30, Bonn, 2010.

Diering, Frank: Lafontaine: „Im Notfall für Folter“ Früherer SPD-Chef unterstützt Chefermittler im Mordfall Jakob von Metzler, in: Die Welt online, vom 18.05.2004, <http://www.welt.de/print-welt/article314473/Lafontaine-Im-Notfall-fuer-Folter.html>,
(Stand vom 22.11.2012)

Hessisches Gesetz über die Sicherheit und Ordnung (HSOG) in der Fassung vom 14. Januar 2005, in: http://www.rv.hessenrecht.hessen.de/jportal/portal/t/28py/page/bshesprod.psm1?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnummer=1&numbrofresults=138&fromdocdoc=yes&doc.id=jlr-SOGHERahmen%3Ajurislr00&doc.part=X&doc.price=0.0&doc.hl=1#jlr-SOGHEP52 ,
(Stand vom 22.11.2012)

Jungholt, Thorsten: Ein Professor zwischen den Mühlen der Politik, in: Die Welt online, vom 05.02.2008, <http://www.welt.de/politik/article1635227/Ein-Professor-zwischen-den-Muehlen-der-Politik.html>,
(Stand vom 14.03.2013)

Polizeigesetz (PolG) des Landes Baden-Württemberg in der Fassung vom 13. Januar 1992, in: <http://www.landesrechtbw.de/jportal/?quelle=jlink&query=PolG+BW&psml=bsbawueprod.psm1&max=true&caiz=true#jlr-PolGBW1992pP50> ,
(Stand vom 22.11.2012)

Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10.12.1984. In: Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1990, Teil II, Bonn, 1990.

Die Zukunft der OSZE

Jaakko Jännti

1. Einleitung

1.1 Entwicklung und *acquis* der OSZE

Die europäischen und globalen sicherheitspolitischen Umfelder haben sich in den letzten 20 Jahren stark verändert. Natürlich haben sich zugleich auch die Interessen und Bedrohungen der Mitgliedstaaten der OSZE verändert. Dieser Wandel der äußeren Bedingungen und der Interessen diktiert weiterhin, welche Rolle die OSZE in der Zukunft spielen und wie groß ihr Einfluss sein wird – und welche Mechanismen den Einfluss innerhalb der Organisation bestimmen. Allein aufgrund des Konsensprinzips ist es erforderlich, dass alle Mitgliedstaaten das Gefühl haben, vom effektiven Funktionieren der Organisation profitieren zu können.

Diese Arbeit untersucht die Zukunft der OSZE. Die konkrete Fragestellung lautet: Ist eine Sicherheitsorganisation wie die OSZE in Europa in der Zukunft noch nötig? Die Arbeit wurde vor allem auf der Grundlage von Sekundärliteratur durchgeführt, ergänzt aber durch Interviews mit Experten. Das Ziel war es, eine qualitative Studie über die vielzähligen Möglichkeiten für die Zukunft der OSZE zu erstellen. Der Arbeitsrahmen und die Methodik werden ausführlicher in *Anhang 1* dargestellt. Als grundlegendes Problem kann also folgende Frage gesehen werden: Kann ein umfassendes Sicherheitskonzept auf europäischer Ebene realistisch so diskutiert und im zweiten Schritt organisiert werden, insbesondere auf Ebene aller Mitgliedstaaten der OSZE, dass die zukünftigen Aktivitäten zielorientiert sein und in einem angemessenen Verhältnis zu den nötigen Investitionen stehen können? Um diese Frage beantworten zu können, müssen zuerst folgende Punkte untersucht werden:

- Wie hat sich die OSZE bis heute entwickelt und wie haben sich ihre Strukturen und Aktivitäten herausgebildet?
- Welche Schwächen weist die OSZE auf und warum befindet sie sich in einer Krise?
- Welche Stärken und Möglichkeiten zeichnen die OSZE aus und was hat sie den Mitgliedstaaten in Zukunft zu bieten?

Die OSZE stammt aus der Entspannungszeit des Kalten Krieges in den 1970er Jahren. Damals wurde die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gegründet. Ihr Zweck war, als Forum für multilaterale Gespräche und Verhandlungen zwischen Ost und West zu dienen. Bis 1990 bestand die KSZE im Wesentlichen aus einer Reihe von Treffen, die die Verpflichtungen der beteiligten Länder schrittweise ausgedehnt haben und deren Umsetzung kontrollierten.

Nach dem Ende des Kalten Krieges betonten die Mitgliedstaaten in der „Charta von Paris für ein neues Europa“ die zentrale Rolle der KSZE für den historischen Wandel in Europa und auch für die neuen Herausforderungen nach dem Kalten Krieg. Dies führte zu der Einrichtung ständiger Institutionen und operativer Leistungsfähigkeit der KSZE. Die Organisation und Strukturen der OSZE sind in *Anhang 2* dargestellt. In den 1990er Jahren war die KSZE und später OSZE regelmäßig aktiv, KSZE-Missionen wurden eingerichtet und nahmen ihre Arbeit auf. Aus der KSZE ging im Jahr 1995 die OSZE als ständige internationale Organisation hervor. Sie bietet ein Forum für politische Verhandlungen und Entscheidungsfindung in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Wiederaufbau nach Konflikten. Die Aktivitäten der OSZE gliedern sich in drei Themenbereiche oder sogenannte Dimensionen, die auf die drei Körbe der Schlussakte von Helsinki zurückgehen. Dies sind die politisch-militärische Dimension, die Wirtschafts- und Umweltdimension und die humanitäre Dimension.¹

Die in der OSZE gemeinsam vereinbarten Werte werden durch Maßnahmen und Entscheidungen, die auf den Gipfeltreffen, Ministertreffen des Ständigen Rates und dem Forum für Sicherheitskooperation getroffen wurden, deutlich. Die wichtigsten Verträge sind die Schlussakte von Helsinki (1975), die Charta von Paris aus dem Jahr 1990, das Dokument „Herausforderungen des Wandels“ (1992) und die Schlussakten von Lissabon (1996) und Istanbul (1999).

Die Schlussakte von Helsinki und die anschließenden KSZE- und OSZE-Dokumente sind nicht im internationalen Recht verankert, sondern politisch verbindliche Dokumente. Die Schlussakte von Helsinki z. B. ist nicht wirklich ein verbindlicher Vertrag, aber tatsächlich die Charta der KSZE.

Im Prinzip werden die im KSZE- und später OSZE-Rahmen vereinbarten Verpflichtungen auf freiwilliger Basis umgesetzt. Auf der anderen Seite beeinträchtigt dies in der Praxis nicht oder kaum die Verbindlichkeit der Entscheidungen,

da diese auf hoher politischer Ebene unterzeichnet wurden und sich die beteiligten Staaten daran gebunden fühlen.³

Aus dem gleichen Grund fehlt der OSZE jedoch ein übergeordneter Mechanismus für den Fall, dass die vereinbarten Verpflichtungen von einem oder mehreren der teilnehmenden Länder nicht durchgesetzt werden.⁴

Alles in allem hat die OSZE einen großen *acquis*, was die Aufnahme des gemeinschaftlichen Besitzstands von drei Jahrzehnten bezeichnet. Ein wesentlicher Teil ist in den Vereinbarungen der frühen 1990er Jahre enthalten. Dieser „saisonale Effekt“ kann als Zeichen des erhöhten Verständnisses der demokratischen Werte sowie der Aufregung und Unsicherheit wegen des Endes des Kalten Krieges gesehen werden. Das sich verändernde sicherheitspolitische Umfeld und die daraus resultierenden Reaktionen wirkten sich ebenfalls auf den sich entwickelnden Besitzstand aus. Im neuen, veränderten sicherheitspolitischen Umfeld gab es neue Herausforderungen, Handlungserfordernisse und -optionen, die auch die OSZE-Prioritäten maßgeblich beeinflusst haben.⁵

1.2 Struktur, Mechanismen und Aktivitäten der OSZE

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist die größte regionale Sicherheitsorganisation der Welt. Sie besteht aus 57 Mitgliedstaaten (*siehe Anhang 3*) aus Europa, Nordamerika, dem Südkaukasus und Zentralasien. Die OSZE ist die einzige pan-europäische Organisation, in der sowohl Russland als auch die Vereinigten Staaten Mitglieder sind.

Darüber hinaus ist die OSZE für einige Länder, wie zum Beispiel Weißrussland, Usbekistan, Tadschikistan, Kasachstan und Turkmenistan, die einzige pan-europäische Sicherheitsorganisation, der sie angehören (*Anhang 4*).

Für die Ausführung der Prinzipien hat die OSZE sogenannte Instrumente umgesetzt. Die Instrumente heißen Missionen, Überprüfungs-konferenzen, Mechanismen und Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Die Missionen sollen den Ausbruch von Konflikten verhüten oder nachträglich zur Krisenbewältigung beitragen und eine dauerhafte politische Lösung finden. Die Mandate der Missionen werden vom Ständigen Rat der OSZE im Einvernehmen mit den Gastländern verabschiedet. Auf regelmäßigen Überprüfungs-konferenzen wird die Einhaltung der OSZE-Vereinbarungen kontrolliert. Die Vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen sollen durch wechselseitige Information und Kooperation im militärischen Bereich ein Klima der Offen-

heit schaffen. Die Mechanismen sind formale Verfahren der Konsultation und des Informationsaustauschs, auf die sich die OSZE-Mitgliedstaaten verständigt haben.⁶

Der OSZE stehen vier Kategorien von Mechanismen und Verfahren zur Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung zur Verfügung: Mechanismen der humanitären Dimension, Mechanismen, Verfahren und Maßnahmen zur Risikominderung, Mechanismen zur Frühwarnung und für vorbeugende Maßnahmen sowie Vergleichs- und Schiedsverfahren zur friedlichen Regelung von Streitfällen. Zwei wichtige Mechanismen fallen in die Kategorie der menschlichen Dimension: der Wiener Mechanismus und der Moskauer Mechanismus. Sie können von einem einzelnen Teilnehmerstaat aktiviert werden, um ein schnelles und gemeinsames Vorgehen zur Überprüfung der Erfüllung von Verpflichtungen in der menschlichen Dimension zu veranlassen.⁷

Die neuen Tätigkeitsbereiche der OSZE sind Zusammenarbeit im Bereich Grenzsicherung, Terrorismusbekämpfung, die Förderung der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte sowie Kontrolle des illegalen Waffenhandels, Drogenhandels und Menschenhandels.⁸

2. Stärken und Schwächen der OSZE

2.1 Die wichtigsten Errungenschaften

Die OSZE hat ihre Stärken. Sie ist immer noch das umfassendste sicherheitspolitische Forum und erstreckt sich über den euro-atlantischen und den eurasischen Raum. Das Entscheidungssystem basiert auf Gleichheit und Souveränität der Teilnehmer sowie der Suche nach einem Konsens. Obwohl das Konsensprinzip die Entscheidungsfindung erschwert, fördert es auf der anderen Seite die Zusammenarbeit, um zu einem akzeptablen Ergebnis zu gelangen.

Die OSZE hat ihre Stärken. Sie ist immer noch das umfassendste sicherheitspolitische Forum und erstreckt sich über den euro-atlantischen und den eurasischen Raum.

Die Organisation verfügt über eine Reihe von etablierten Organen, die eine aktive Rolle beim Abbau von Spannungen und dem Aufbau von Vertrauen gespielt haben und spielen und von den Akteuren anerkannt werden. Die Organisation weist auch eine solide operative Erfahrung im Bereich Missionen und Feldoperationen auf. Insbesondere hat die Organisation umfassende Erfahrungen bei der rechtlichen Unterstützung für den Aufbau der legitimen sozialen Ordnung sowie bei der Verhinderung der Eskalation von Krisen und

der Konsolidierung nach Krisen gesammelt. Die OSZE richtet zudem ihre Aufmerksamkeit konsequent auf neue Bedrohungen aus.⁹

Der größte Erfolg der OSZE sind die zahlreichen Aktivitäten in der Sphäre der ehemaligen Sowjetunion. Die OSZE hat eine Schlüsselrolle in der Krisenprävention und im Krisenmanagement gespielt und ist ein wichtiger Unterhändler in Südosteuropa, Osteuropa, dem Südkaukasus und Zentralasien gewesen.¹⁰

Die OSZE arbeitet langfristig und in den Gebieten ihrer Mitgliedstaaten. Dadurch hat sie über eine lange Zeit umfangreiche lokale Expertise und ein Verständnis für die regionalen Besonderheiten und Kulturen aufgebaut. Die OSZE bemüht sich um ein Antizipieren von Krisen, ihre Prävention und Schadensbegrenzung sowie den Post-Krisen-Wiederaufbau, agiert also in einem breiten Spektrum. Diese breite Auswahl von nutzbaren Maßnahmen und Mitteln kann definitiv als ihre zentrale Stärke betrachtet werden.

2.2 Die größten Schwächen

Die drei Dimensionen der OSZE-Arbeit stellen in mancher Hinsicht eine Schwierigkeit dar, und es ist durchaus möglich, dass der zukünftige Betrieb reorganisiert wird. Ein Grund dafür ist, dass viele Sicherheitsfragen Bestandteil aller Dimensionen zugleich sind. Ein gutes Beispiel ist der Menschenhandel,

Die OSZE bemüht sich um ein Antizipieren von Krisen, ihre Prävention und Schadensbegrenzung sowie den Post-Krisen-Wiederaufbau, agiert also in einem breiten Spektrum. Diese breite Auswahl von nutzbaren Maßnahmen und Mitteln kann definitiv als ihre zentrale Stärke betrachtet werden.

der eindeutig nicht nur ein Grenzsicherheitsproblem ist, sondern auch ein klares Menschenrechtsthema, mit dem auch soziale und wirtschaftliche Probleme verbunden sind. Ebenso gibt es in zahlreichen OSZE-Missionen eine Reihe von Funktionen, die sich durch alle Dimensionen ziehen. Wenn man berücksichtigt, dass einige Länder in den durchgeführten Missionen ein klares Interesse

haben, zum Beispiel auf Fragen der Menschenrechte weniger Aufmerksamkeit zu richten, kann es sich als kurzsichtig erweisen, auch weiterhin die Sicherheit in die verschiedenen Dimensionen der praktischen Arbeit zu unterteilen.¹¹

Die Erhaltung von separaten Dimensionen wird dennoch von einigen Mitgliedstaaten, vor allem von Russland, unterstützt. Die OSZE hat außerdem bisher zwei parallele Entscheidungssysteme gepflegt. Im Groben befasst sich das FSC (The Forum for Security Cooperation) mit den klassischen politisch-militärischen Angelegenheiten und der Ständige Rat mit allem anderen. Ei-

nige Maßnahmen wurden bereits ergriffen, um die Aktivitäten dieser beiden Entscheidungsfindungsorgane besser miteinander zu verbinden. Die Arbeitsmethoden sind jedoch unterschiedlich und an den unterschiedlichen Dimensionen der Sicherheit orientiert. Darüber hinaus ist auch die gesamte Dokumentation der OSZE auf den verschiedenen Dimensionen basiert.¹²

Die Haltung der wichtigsten Partner Deutschlands gegenüber der OSZE weist einige Unterschiede auf. Jedes Land hat natürlich seine eigenen Interessen, und die Großmächte können ihre nationalen Interessen effizient verfolgen, während mittlere und kleine Länder sich stärker auf internationale Organisationen konzentrieren und verlassen (müssen). Vor allem können aber erhebliche Unterschiede zwischen „Ost“ und „West“ in Bezug auf die OSZE festgestellt werden,

In der OSZE prallen daher unweigerlich die westlichen Werte, das westliche Konzept der Demokratie und das Verbot von Interessensphären auf der einen Seite und die russische Überzeugung vom Denken in Interessensphären und nationaler Einzigartigkeit zusammen.

wobei mit dem „Osten“ hier vor allem Russland gemeint ist, aber auch die GUS-Länder, und mit dem „Westen“ die westlichen Demokratien. In beiden Gruppen finden sich wichtige Partner Deutschlands. Im Schnittpunkt der unterschiedlichen Positionen und Interessen befinden sich die Werte der OSZE. Die Ost-West-Konfrontation innerhalb der OSZE und die verschiedenen Interessengruppen werden detaillierter in *Anhang 5* beschrieben. Ein Teil der Mitgliedstaaten ist nur in einzelnen Dimensionen aktiv, vorzugsweise der humanitären Dimension. Das heißt, schon unter den westlichen Demokratien gibt es unterschiedliche Herangehensweisen.

Länder, die die Schlussakte von Helsinki unterzeichnet haben, und Länder, die anschließend der OSZE als Mitgliedstaaten beigetreten sind, sind auf höchster politischer Ebene verpflichtet, die Prinzipien der Schlussakte in ihrem Gebiet zu erfüllen und das gegenseitige Vertrauen und die Sicherheit zu fördern. Mit Blick auf das Handeln des Westen und insbesondere Russlands (sowie einiger der GUS-Staaten) scheint es, dass diese Werte und Prinzipien zum einen in sehr unterschiedlichem Ausmaß eingehalten werden und zum anderen instrumentalisiert werden können, wenn das Eigeninteresse es erfordert.¹³ In der OSZE prallen daher unweigerlich die westlichen Werte, das westliche Konzept der Demokratie und das Verbot von Interessensphären auf der einen Seite und die russische Überzeugung vom Denken in Interessensphären und nationaler Einzigartigkeit zusammen. Russlands Position in diesem Spannungsfeld wird in der derzeitigen Situation dadurch geprägt, dass Russland nur durch eine starke politische Führung regiert werden kann. Die Verfolgung realpolitischer

Interessen ist in einer solchen Situation einfacher als ein konsequentes Eintreten für Werte und Normen.

Das Konsensprinzip bringt Legitimität für Entscheidungsfindung, führt aber auch oft zu schwierigen Verhandlungen und manchmal in eine Sackgasse. Konsens wird unmöglich, wenn ein Teilnehmerstaat einseitig eine Entscheidung blockiert, um nationale Interessen zu fördern. Eine Blockade hat negative Folgen für die täglichen Arbeiten der OSZE. Zum Beispiel haben die Außenminister eine politische Erklärung seit dem Porto MC (Ministerial Council) Treffen im Jahr 2002 nicht übernommen, aufgrund unterschiedlicher Ansichten über die langwierigen Konflikte und andere Probleme. Überdies gab es für zwei Jahre keine MC-Entscheidungen in der humanitären Dimension, vor allem wegen der Opposition von einem Teilnehmerstaat.¹⁴

3. OSZE in der Krise

3.1 Bestandsaufnahme

Die OSZE befindet sich in einer Krise. Dies ist eine offensichtliche Tatsache, die sowohl Politiker als auch Forscher anerkennen. Die Bedeutung der Organisation hat abgenommen, und sie spielt als Sicherheitsfaktor eine deutlich geringere Rolle als vor dem Ende des Kalten Krieges. Einer der Erklärungsfaktoren ist der schnelle Aufstieg der EU als außen- und sicherheitspolitischer Faktor in Europa.

Die geringe Sichtbarkeit der OSZE in der derzeitigen sicherheitspolitischen Diskussion ist wohl nicht auf Mängel in der Kommunikation zurückzuführen. Die OSZE veröffentlicht weiterhin Tätigkeitsberichte und Dokumente über die internen, administrativen Tätigkeiten sowie über die Feldoperationen. Außerdem fördert die OSZE ihre Sichtbarkeit durch verschiedene Kurse, in denen nicht nur die Organisation selbst behandelt wird, sondern auch ihr Potenzial für die Zukunft oder ihr Erfolg in der Praxis diskutiert wird. Die OSZE ist auch Gegenstand umfangreicher Forschung an einer Reihe von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen auf der ganzen Welt.

Die Entscheidungsfindung der OSZE, insbesondere die Umsetzung der Entscheidungen, ist dagegen teilweise gelähmt. Es ist klar zu erkennen, dass Russland und einige GUS-Länder bezüglich einer Reihe von Fragen ganz andere Prinzipien als die westlichen Demokratien verfolgen. Die Auswirkungen der Unzufriedenheit Russlands sind ein Kernelement der Krise der OSZE. Die

KSZE hatte nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine aktive Rolle eingenommen, um Russland zu stärken und sein politisches System und seine Gesetze zu modernisieren. In der Praxis bedeutete dies, dass Russland seine Bemühungen um die Entwicklung hin zu einem modernen, europäischen Staat intensivieren und beschleunigen sollte und sowohl seine Innen- als auch die Außenpolitik internationalen (westlich geprägten) Grundsätzen anpassen sollte. Durch eine solche Rolle hat die OSZE ihre Autorität teilweise für die Entwicklung der Demokratie in Russland eingesetzt, in der Annahme, dass Russland bereit wäre zu kooperieren und seinerseits ein unterstützender Teilnehmerstaat sein würde.¹⁵

Einige Wissenschaftler vertreten die Ansicht, dass die politische Bedeutung der OSZE ernsthaft durch die EU- und die NATO-Erweiterung betroffen wurde.¹⁶ Die EU verfügt über eine finanzielle Stabilität, und die NATO gibt militärische Sicherheitsgarantien, die die OSZE nicht leisten kann. Darüber hinaus wurden die Aktivitäten der OSZE seit deren Krise zunehmend auf andere Akteure verlagert. Die OSZE leidet auch unter den Schwierigkeiten, die ihre eigenen Arbeitsweisen verursachen. Es fehlt die Fähigkeit bzw. Sicherheit, sich auf das Völkerrecht, einen etablierten und rechtlich bindenden Vertrag sowie angemessen aktualisierte Grundregeln verlassen zu können.¹⁷

Die OSZE ist als internationale Organisation kompetent und erfahren, Dokumente und Vereinbarungen zu entwickeln. Das Hauptproblem ist jedoch die Umsetzung der vereinbarten Themen. In den wenigsten Fällen werden die vereinbarten Entscheidungen umgesetzt. Dies kann teilweise vor dem Hintergrund der Geschichte der OSZE erklärt werden. In der Ära der KSZE bestand der gemeinsame Rahmen aus einer Reihe von Konferenzen, auf denen jeweils Entscheidungen getroffen wurden. Danach konnten die Staaten gegenseitig in den Verhandlungen auf bilateraler Ebene die Umsetzung der vereinbarten Themen herausfordern. Die Umsetzung konnte auch als Druckmittel eingesetzt werden. Mit anderen Worten, eine gemeinsame, organisierte Umsetzung war der KSZE fremd.¹⁸

Die aktuelle Konfrontation und der Dissens über die Zukunft der OSZE haben auch Auswirkungen auf die gemeinsamen Regeln. Zum Beispiel ist Russland bereit anzuerkennen, dass die vereinbarten OSZE-Prinzipien fest verankert werden. Auf der anderen Seite wird jedoch behauptet, dass der Besitzstand bzw. das Verfahren nicht von einer Gruppe von einzelnen Staaten verändert werden kann, sondern nach kulturellen, nationalen und anderen Interessen differen-

ziert werden müsse. Eine solche Forderung stellt natürlich einige Verpflichtungen und Kompetenzen der OSZE in bestimmten teilnehmenden Ländern unter Vorbehalt.¹⁹

3.2 Initiativen

Die Herausforderungen für die OSZE zeigten sich deutlich bei ihrem ersten Gipfel seit 1999 (Astana-Gipfel) im Dezember 2010. Viele glaubten bis zum Ende, dass der Gipfel gar nicht organisiert werden könne, in Anbetracht der großen Unterschiede in regionalen Angelegenheiten. Einige argumentierten, dass die Sitzung mehr als nötig war, damit die OSZE ihre Reputation verbessern und die Reform in eine neue Phase eintreten könne. Die Skeptiker lagen jedoch im Hinblick auf die Ergebnisse der Sitzung richtig: Trotz monatelanger Vorbereitung und langer Konsultationen auf hoher Ebene waren die Mitgliedstaaten nicht in der Lage, einen Plan für die „Genesung“ der OSZE zu entwickeln. Das einzige tatsächliche Ergebnis wurde in der Astana-Erklärung (Gedenkerklärung von Astana) festgehalten. Dessen Hauptinhalte waren eigentlich nur die Bestätigung der Auflösung von Helsinki und die Bekräftigung der Verpflichtungen der Charta von Paris.²⁰

Der russische Präsident Medwedew hatte eine neue Initiative zur Ausarbeitung eines rechtsverbindlichen Dokument unternommen – der sogenannte Vertrag über die europäische Sicherheit –, der die spezifischen Prinzipien der multilateralen Beziehungen sowie die Sicherheits-Verantwortung von Staaten und Organisationen in der mittel- und langfristig Perspektive bestimmen sollte.

Der erste Anstoß zu dieser neuen Vereinbarung wurde durch Präsident Medwedews Rede in Berlin am 5.6.2008 bei einem Treffen mit der deutschen politischen Führung gegeben. In seiner Rede forderte Medwedew die europäischen Länder auf, einen umfassenden Vertrag über europäische Sicherheit auszuarbeiten. Medwedew deutete an, die OSZE könnte im Prinzip eine solche umfassende Sicherheits-Architektur sein, die aber zurzeit nicht in der Lage war, als solche weiterentwickelt zu werden. Präsident Medwedew bekräftigte seinen Vorschlag im Oktober des gleichen Jahres auf der World Policy Conference in Evian. Mehrere nahezu identische Vorschläge in Reden und Erklärungen folgten seit November 2009, der Kreml veröffentlichte auf seiner Website einen konkreten Entwurf mit 14 separaten Artikeln.²¹ Der Entwurf des Abkommens ist aber so vage und erweckt den Eindruck, hastig vorbereitet zu sein, dass der Westen vor der schwierigen Frage steht, wie er mit dieser russischen Initiative umgehen soll.

Das magere Ergebnis des Ministerratstreffens in Dublin am 06.-07. Dezember 2012 zeigt weiterhin, wie schwierig es ist, wieder einen gemeinsamen Weg zu finden. Das Ergebnis von Dublin war: keine gemeinsame Erklärung, nur zwei substanzielle Beschlüsse und fortgesetzter Streit über die Rolle und den Rechtsstatus der OSZE, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite, ungelöste Territorialkonflikte und die Blockade der konventionellen Rüstungskontrolle.²²

Der Helsinki+40 -Prozess bietet eine Gelegenheit, die Möglichkeiten für die Zukunft zu überprüfen. Das bedeutet einerseits die Anerkennung der Fortschritte, die seit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki gemacht worden sind, aber auch Behandlung der Schwachstellen bei der Erreichung ihrer Ziele und die Konzentration auf praktische Wege zur Anwendung der OSZE-Prinzipien, um der Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

4. Die Zukunft der OSZE

Die OSZE-Krise kann nicht mehr (nur) als eine Krise der Anpassung an die neuen Bedrohungen beschrieben werden, sondern es handelt sich auch um eine politische Krise und eine Legitimitätskrise, die die Rechtfertigung der OSZE-Aktivitäten verhindert. In der Tat steht die grundlegende Struktur der Organisation auf dem Spiel. Die politische Stärke der Organisation nimmt wegen des schrumpfenden Budgets und der reduzierten Zahl von Feldoperationen ab. Diese Konzentration auf die Erhaltung der laufenden Geschäftstätigkeit ohne eine Vision für die Bewältigung der zukünftigen Anforderungen kann dazu führen, dass die Organisation noch weiter marginalisiert wird.²³

Die OSZE-Krise kann nicht mehr (nur) als eine Krise der Anpassung an die neuen Bedrohungen beschrieben werden, sondern es handelt sich auch um eine politische Krise und eine Legitimitätskrise, die die Rechtfertigung der OSZE-Aktivitäten verhindert.

Die einzig gangbare Option ist ein ernsthafter Versuch, einen neuen Konsens unter den Mitgliedstaaten zu erstellen, nämlich über die Kerninhalte der politisch-militärischen Dimension und der menschlichen Dimension sowie über den Tauschhandel zwischen den genannten Dimensionen. Das Ziel sollte sein, die Grundwerte der OSZE zu verteidigen, aber zur gleichen Zeit ein neues Fundament für die Zukunft zu bauen.²⁴

4.1 Drei mögliche Szenarien

Höchstwahrscheinlich ist die institutionelle Existenz der OSZE in den kommenden ein bis zwei Jahrzehnten nicht bedroht. Die wichtigsten Funktionen

der Organisation, insbesondere ihre umfangreiche Mitgliederbasis und die unwiderlegbare, obwohl eingeschränkte Nutzbarkeit als Forum für multinationale Gespräche und Verhandlungen von heterogenen Teilnehmern stellen ihre Existenz in der nahen Zukunft sicher. Darüber hinaus werden die anderen globalen oder regionalen Sicherheitsorganisationen die OSZE wahrscheinlich nicht vollständig beseitigen.²⁵

Trotz der Aussicht auf Kontinuität wird die Bedeutung der OSZE auch nicht deutlich wachsen. Obwohl nach gegenwärtigem Stand ihre Mitgliedstaatenbasis mindestens so umfassend bleiben wird, wie sie heute ist, schränken die Heterogenität der Teilnehmerstaaten und das in der Entscheidungsfindung vorherrschende Konsensprinzip die Effizienz und die Leistungsfähigkeit der OSZE wesentlich ein. Mit anderen Worten, in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten ist die OSZE strukturell unfähig, im europäischen Sicherheitssystem ein oder gar der Hauptakteur zu werden.²⁶

Eine positivere Entwicklung als bis hierher prognostiziert beinhaltet eine erhebliche Stärkung der Institutionen und eine deutliche Verbesserung und Stärkung der Organe sowie möglicherweise eine Erweiterung der Domäne. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist eine permanente Verbesserung in den Beziehungen zwischen Russland und den westlichen Teilnehmerstaaten – allerdings in einer Weise, dass die Europäische Union oder die NATO ihr Tätigkeitsfeld nicht auf das der OSZE erweitern und dadurch die OSZE verdrängen.²⁷

In der Praxis könnte die OSZE sich dann im gesamten Bereich der Krisenbewältigung, einschließlich des militärischen Krisenmanagements, zu einer wirklich funktionalen Organisation entwickeln. In diesem Positivszenario wäre sie ein von allen beteiligten Staaten akzeptierter internationaler Akteur, dessen politische Akzeptanz weiter reichen würde als die von NATO und Europäischer Union. Die OSZE könnte zum Beispiel eine führende Rolle beim Wiederaufbau von Afghanistan übernehmen. Notwendig für eine solche positive Entwicklung wäre eine starke Entspannung der internationalen Beziehungen, aber keine Vereinigung oder sonstige tiefere politische Integration der Staaten in ihrem Gebiet.²⁸

Das negative Szenario ist deutlich wahrscheinlicher als das positive. Es könnte zum Beispiel ein faktisches Zusammenbrechen oder einen institutionellen Abbau der OSZE bedeuten, bspw. wegen der Verschärfung des Streits zwischen Russland und den westlichen Teilnehmerstaaten. In diesem Fall würden sich

auch die anderen ehemaligen GUS-Staaten höchstwahrscheinlich von den Aktivitäten der Organisation trennen. Diese würde dann für einen begrenzten Zeitraum als ein „Stumpf“ im Raum der westlichen Staaten oder wenigstens in Europa weiterleben, und möglicherweise in Zentralasien. Alternativ könnte die OSZE auch auseinanderfallen, als Folge einer Entwicklung, wo die EU, die NATO oder eine andere Sicherheitsorganisation, die Russland und westliche Teilnehmerstaaten zusammenbringt, sich erweitern und ihr Handlungsfeld das der OSZE überlappen würde: In diesem Fall würden die Aufgaben der OSZE höchstwahrscheinlich auf andere Organisationen übertragen.²⁹

4.2 Optionen für Deutschland

Vitalität und gute Leistungen von Organisationen wie der OSZE liegen auch im deutschen Interesse. Es sollte angemerkt werden, dass die verschiedenen Entwicklungen der OSZE weitgehend durch die Europäische Union in Deutschland gespiegelt werden, weil die OSZE für die EU ein nützliches Forum in Bezug auf Nicht-EU-Länder ist, um in Dialog zu bleiben. Wenn die OSZE aufgrund internationaler Spannungen auseinanderfallen würde, würde dies den Fähigkeiten der EU im sicherheitspolitischen Bereich ernsthaft schaden. Auf der anderen Seite würde die Abschaffung der OSZE infolge der wachsenden Bedeutung der anderen Sicherheitsorganisationen Deutschlands Sicherheit sehr wahrscheinlich nicht beeinträchtigen.

Eine Möglichkeit wäre, dass Deutschland sich aktiv an der Erweiterung der Partnerländer beteiligt und einen Ausbau der Aktivitäten der OSZE in den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens verfolgt. Mehr Stabilität in den benachbarten Gebieten der OSZE in allen Bereichen würde die Stabilität auch in Europa verstärken. Nach Erreichen eines ausreichenden Zustands der Stabilität in diesen Regionen könnten diese Staaten OSZE-Mitglieder werden.

Als zweite Möglichkeit ist ein aktives Bemühen um eine Lösung der problematischen Situation zwischen dem Osten und dem Westen zu nennen. Die Widersprüche und Blockaden innerhalb der OSZE könnten möglicherweise durch beiderseitige Kompromisse im Geiste der KSZE gelöst werden. Wenn zum Beispiel Fragen der Menschenrechte, Pressefreiheit und Demokratieentwicklung in Osteuropa forciert würden, könnten als Ausgleich Initiativen auf dem Gebiet der militärischen Dimension, die im russischen Interesse liegen, unterstützt werden.

Für Deutschland bedeutet das wahrscheinlichste Szenario in Bezug auf die OSZE eine steigende Nachfrage nach Mitteln zur Beherrschung der neuen Sicherheitsbedrohungen, und im Allgemeinen nach stärker diversifizierten Sicherheitsfachkenntnissen. Das positive Szenario würde für Deutschland ein Wachstum von OSZE-Aktivitäten bedeuten, möglicherweise auf Kosten der durch die EU organisierten Aktivitäten. Eine negative Entwicklung würde im schlimmsten Fall mit einer allgemein negativen Entwicklung der europäischen Sicherheit einhergehen, andererseits würden die für die OSZE eingesetzten Ressourcen vermutlich umgehend auf besser funktionierende Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (NATO, EU) umgelenkt.

5. Fazit

Die Ost-West-Konfrontation befindet sich in einer der schwierigsten Phasen seit der Zeit des Kalten Krieges, die höchste politische Ebene kommuniziert nicht bzw. kaum miteinander. In der Folge droht eine Lähmung der Arbeitsebenen der OSZE. Eine zusätzliche, unerwartete Krise oder plötzliche Entwicklung könnte dies dramatisch beschleunigen. Die Zukunft kann bekanntlich sehr schlecht prognostiziert werden, aber es sollten doch aktiv Maßnahmen ergriffen werden, um die bestehenden Organisationen zu erhalten und möglichst mit neuem Leben bzw. mit neuen Funktionen zu erfüllen. Ein möglicher „game-changer“ könnte eine große Energiewende sein. Das würde die Bedeutung des Nahen Ostens und die Rolle Russlands dramatisch verändern.

Abschließend lässt sich festhalten, dass zwar in der OSZE „nichts (oder wenig) funktioniert“, aber die Organisation in sich funktioniert. Der politische Wille

Die Ost-West-Konfrontation befindet sich in einer der schwierigsten Phasen seit der Zeit des Kalten Krieges, die höchste politische Ebene kommuniziert nicht bzw. kaum miteinander. In der Folge droht eine Lähmung der Arbeitsebenen der OSZE.

existiert, um das System zu erhalten. Im Vergleich mit den anderen Sicherheitsorganisationen sind die finanziellen Kosten sehr gering.³⁰ Niemand hat bis heute die OSZE verlassen, und deswegen kann man auch davon ausgehen, dass es sich langfristig lohnt, im Boot zu bleiben. Der Helsinki +40-Prozess

wird sicherlich ein Wegweiser für die Zukunft sein. Die Erwartungen sind nicht sehr hoch, aber wenn dieser Prozess konkrete Fortschritte hervorbringen kann, hat die OSZE eine realistische Chance.

Gleichzeitig ist die Krise der EU auch noch nicht vorbei. Der sogenannte „harte Kern“ der EU ist ebenfalls nicht in Stein gemeißelt, viele sehr unterschiedliche

Szenarien sind denkbar. Europa und seine Organisationen durchleben insgesamt eine Zeit großer (und unerwarteter) Unsicherheit. Zudem steht Europa nicht mehr im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit: Die allgemeine Interessenlage richtet sich zunehmend in Richtung Pazifik.

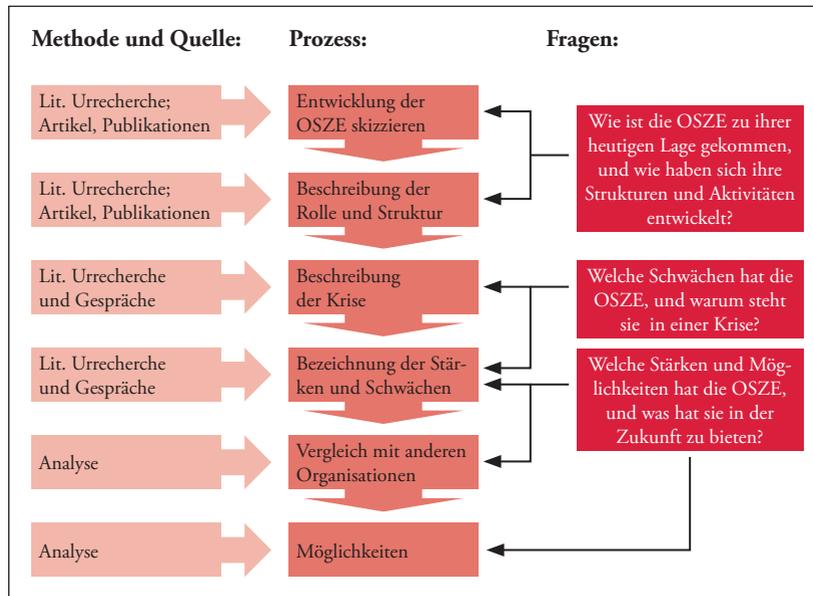
Die OSZE hat sich seit dem Kalten Krieg verändert. Heute ist sie ein neuer Akteur, eine kooperative und umfassende Sicherheitsorganisation. Ihre größten Schwächen liegen in der Problematik der Legitimation, in einem schwierigen Umgang mit den Verhandlungen aufgrund des Konsensprinzips und dem Fehlen von Exekutivgewalt. Ihre größten Stärken sind die Erfahrung aus langfristiger Zusammenarbeit auf Arbeitsebene, *Die OSZE ist nach wie vor erforderlich.* ein umfassendes Konzept zur Sicherheit sowie die weite geografische Abdeckung. Die größte Chance für die Zukunft liegt in der Tatsache, dass sie nur wenig nimmt, aber gleichzeitig eine konstante Plattform für Projekte und Dialog bietet. Sie bietet ein Forum und ihre Mechanismen, wenn andere Sicherheitsorganisationen ausfallen sollten. Die OSZE ist nach wie vor erforderlich.

Zum Autor: Korvettenkapitän Jaakko Jäntti, Finnland, war Angehöriger des LGAN 2012 an der Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg. Der Beitrag – als Lehrgangsarbeit im Rahmen der Generalstabsausbildung verfasst – wurde als beste Lehrgangsarbeit eines ausländischen Lehrgangsteilnehmers ausgezeichnet. Mentor der Arbeit war Oberst i.G. Dr. Udo Ratenhof, Fachbereich Sicherheitspolitik und Strategie, der Führungsakademie der Bundeswehr.

Anhänge:

Anhang 1: Arbeitsrahmen und Methodik

Die Studie wurde als eine qualitative Studie durchgeführt. Die wichtigsten Quellen sind Artikel sowie die Publikationen der OSZE. Es sollte eine Antwort auf die Frage erarbeitet werden, ob die OSZE in Zukunft für die Sicherheit in Europa noch notwendig ist und ob es überhaupt möglich ist, eine umfassende Sicherheitsorganisation in ganz Europa zu organisieren. Insbesondere wurde gefragt, ob die OSZE mit allen ihren Mitgliedstaaten und einer von erheblichen Spannungen geprägten Zusammenarbeit realistisch so aufgestellt werden kann, dass sie zu zielorientiertem und „profitablem“ Handeln in der Lage ist. Die Forschung auf Grundlage der Sekundärliteratur wird durch Leitfaden-Gespräche mit Experten von CORE in Hamburg sowie der OSZE-Vertretung Deutschlands und Finnlands in Wien ergänzt.



Das Studienprotokoll wurde entwickelt, um sicherzustellen, dass das Material und die Methode so verwendet wurden, dass die Fragestellungen so klar wie möglich zu beantworten waren. Darüber hinaus hilft es, die Forschung auszuwerten und das Verständnis zu fördern; sie erleichtert es dem Leser, die Ergebnisse anzuwenden.

Die Studie hat keine Hypothese, was typisch für qualitative Forschung ist. Es wird jedoch angenommen, dass die OSZE in der Zukunft in irgendeiner Form als ernsthafte Sicherheitsorganisation bestehen bleiben wird.

Um die Chancen der OSZE zu identifizieren und zu bewerten, wurde sie mit anderen Organisationen verglichen, und ihre Stärken und Schwächen wurden erarbeitet. Darüber hinaus wurden die existierenden Erwartungen beschrieben, ebenso wie die Zusammenarbeit mit den anderen Sicherheitsorganisationen. Um ein Gesamtbild zu schaffen, war es notwendig, die OSZE-Geschichte im Überblick darzustellen, um die Faktoren und Erwartungen, die die Organisation bis heute geprägt haben, zu verstehen.

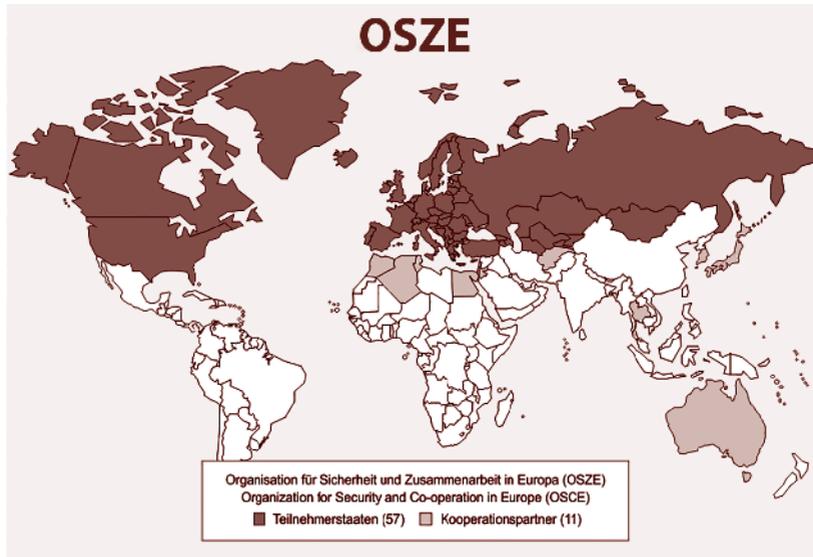
Die Theorie im Hintergrund der Untersuchung ist der politische Realismus. In der zwischenstaatlichen Außenpolitik sowie der Strategie und dem Agieren in zwischenstaatlichen Organisationen äußern sich demnach vor allem spezifische nationale Interessen und Ziele. Mit politischem Realismus ist hier aber nicht die radikalste Auslegung

gemeint, nach der eine internationale Moral überhaupt nicht existiert, sondern eine moderate Variante, nach der sowohl die moralischen Prinzipien nach dem Modell von staatlicher Souveränität als auch kosmopolitische Prinzipien die Staaten und Einzelpersonen steuern.

Anhang 2: Die Strukturen und Organe der OSZE³¹

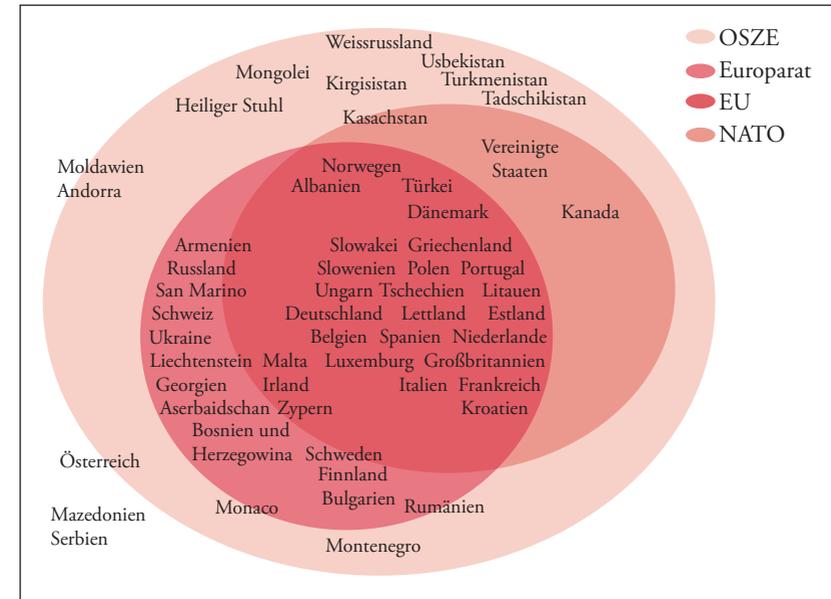


Anhang 3: Mitgliedstaaten der OSZE³³



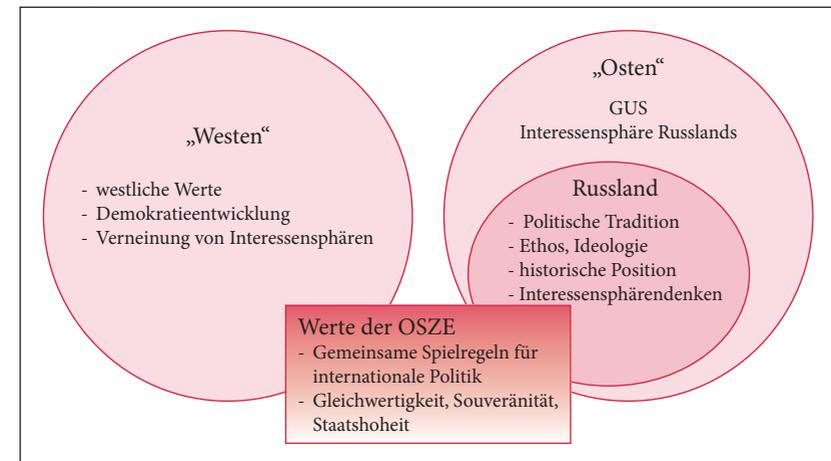
Die Abbildung zeigt die 57 teilnehmenden Staaten der OSZE, aber auch die 11 Kooperationspartner (Partner of Cooperation), mit denen die OSZE einen regelmäßigen Austausch von Informationen und eine etablierte Zusammenarbeit hat. Darüber hinaus kooperiert die OSZE mit anderen internationalen Organisationen wie der UNO, der EU, der NATO und dem Europarat.

Anhang 4: Die Sicherheitsorganisationen im europäischen Raum



Mitgliedstaaten von OSZE, Europarat, EU, NATO. Alle diese Staaten sind auch VN-Mitgliedstaaten, nur der Heilige Stuhl nicht.³⁵

Anhang 5: Der „Ost-West-Konflikt“ der OSZE



Mit Blick auf das Handeln des Westens und Russlands (und einiger der GUS- Staaten) scheint es, dass die Schlussakte von Helsinki und die Werte und Prinzipien der Organisation entweder in sehr unterschiedlicher Weise verstanden werden, oder man respektiert sie einfach nicht, wenn eigene Interessen dies erfordern. Insbesondere aus westlicher Perspektive ist es leicht zu zeigen, dass Russland fast alle OSZE-Prinzipien in irgendeiner Weise verletzt hat, auch noch in den letzten Jahren – um nur einige Beispiele zu nennen:

“The recognition of independency for South Ossetia and Abkhazia violates fundamental OSCE principles. As all OSCE participating States, Russia is committed to respecting the sovereignty and territorial integrity of others.”³⁶

“State funded television broadcasters failed to comply with their legal obligation under Russian law to provide balanced and unbiased reporting on candidates and political parties, which also violates paragraph 7.8 of the Copenhagen Document that provides for unimpeded access to the media on a non-discriminatory basis.”³⁷

“The Parliamentary Assembly of the Council of Europe resumed its monitoring mandate on Chechnya. An introductory memorandum declassified in April 2008 concluded that “abductions, secret detentions and torture” remained “commonplace” and termed the rights situation in the North Caucasus...”³⁸

“...in Russia, the primary victims of violations [of religious freedom] are religious minorities that are considered “new” and “untraditional”...”³⁹

Ein Mittel und auch ein Ziel von Machtpolitik ist es, die Realität in überzeugender Rhetorik und Sprache für den eigenen Zweck darzustellen und ggf. auch zu manipulieren. Das bedeutet nicht immer den Versuch, mit rhetorischen Mitteln schwarz in weiß zu verwandeln, aber das Ziel besteht eben häufig darin, Zustimmung oder zumindest formale Akzeptanz für innenpolitische Handlungen zu bekommen, die nicht unbedingt näherem Hinsehen oder gut argumentierender Kritik standhalten. In diesem Sinne kann man den Diskurs zwischen Russland und dem Westen im OSZE-Rahmen als Diskurskampf darüber sehen, wie man die Werte und Normen einer Wertegemeinschaft in der Praxis benutzen kann und welches Verhalten überhaupt akzeptabel ist.

In genau der gleichen Weise wie oben beschrieben, können aber auch die westlichen Staaten kritisiert und (dabei) bewiesen werden, dass auch der Westen gegen die oben genannten Grundsätze agiert. Es stellt sich die Frage, warum dies durch die OSZE-Institutionen nicht vergleichbar intensiv thematisiert wird. Insbesondere aus russischer

Perspektive ist leicht zu zeigen, dass die westlichen Länder fast alle OSZE-Prinzipien in irgendeiner Weise verletzt haben, sogar auch in den letzten Jahren – um nur einige Beispiele zu nennen:

“OSCE representatives were also too preoccupied by the third basket of the Helsinki Accords, which focused on humanitarian issues, and neglected the first basket, which was concerned with military and economic security. Consequently, the borders of European countries continued to change, sometimes as a result of unilateral separatist demands. This undermined the principles of national sovereignty and territorial integrity. For example, the Kosovo region of Yugoslavia was practically sawn off by force and transformed into an independent state.”⁴⁰

“...at the recent parliamentary elections in Estonia, according to figures available, more than 25 per cent of all the registered voters cast their votes ahead of time, and this fact did not elicit any particular comments, quite unlike the barrage of criticism in the wake of the recent presidential elections in Belarus where the number of persons voting ahead of time was around 23 per cent.”⁴¹

“In September 2006 the Pentagon announced new rules applicable to all US military interrogations and disavowed abusive techniques, such as water boarding, forced nudity, and induced hypothermia. In February 2008 Congress passed legislation mandating that the CIA adhere to these same rules, but it was vetoed by President Bush.”⁴²

“Despite concerns about interfering with the right to freedom of religion and personal autonomy, efforts to restrict face-covering veils in Europe gained political momentum in 2010. France’s parliament approved legislation in September banning the wearing of such veils in all public places...”⁴³

Innerhalb der OSZE prallen folglich verschiedene Werte von Ost und West aufeinander. Die OSZE ist aber eine Wertegemeinschaft, und es gibt gemeinsame Regeln für das internationale Handeln. Die Art und Weise, in der die Werte zusammenstoßen, und ob es in der Zukunft überhaupt möglich sein wird, mit den gleichen, im aktuellen Kontext geltenden Regeln zu handeln, ist eine zentrale Frage. Die russische Konzeption hängt eng mit den Konzepten der Machtpolitik in der strategischen Kultur zusammen. Die Machtpolitik motiviert ihrerseits weiterhin Russlands aktuelle Kritik. Russland ist in der Zwickmühle, da es selbst diese Regeln früher akzeptiert hat. Daher wird es nun mit der Last der Verpflichtung konfrontiert werden, wenn es die früher akzeptierten Regeln verletzt.

Anmerkungen:

- 1 vgl www.osce.org/who
- 2 vgl OSCE Handbook, S. 80.
- 3 vgl <http://www.osce.org/odihr/43676>
- 4 vgl Wohlfeld, Reconceptualization of Security in the CSCE and OSCE, S.1.
- 5 vgl Dunay, The OSCE in Crisis, S. 35.
- 6 vgl www.europa-digital.de/dschungelbuch/nicht_eu/osze/instrumente.shtml
- 7 vgl Ackermann: OSZE-Mechanismen und -Verfahren zur Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung S. 251.
- 8 vgl www.osce.org/what
- 9 vgl Lynch, The State of the OSCE, S. 7.
- 10 vgl Alsyte, OSCE's achievements vs. Shortcomings in the Resolution of Armed Conflicts. S. 81
- 11 vgl Wohlfeld, S. 7.
- 12 vgl Wohlfeld, S. 7.
- 13 Siehe zum Beispiel: The EU-Russia Centre Review: Russia, the OSCE and European Security. Issue Twelve
- 14 vgl Liechtenstein, Stephanie, The Decisionmaking in OSCE www.shrblog.org/blog/Decision_making_in_the_OSCE.html?id=406
- 15 vgl Ghebali, The OSCE Between Crisis and Reform: Towards a New Lease on Life, S. 12-13.
- 16 Siehe zum Beispiel: Artikel von Peter van Ham: EU, NATO, OSCE: Interaction, Cooperation and Confrontation. European Security in Transition. Gunther Hauser und Franz Kernic. Cornwall 2006.
- 17 vgl Ghebali, S. 12.
- 18 vgl Dunay, S. 35.
- 19 vgl Dunay, S. 36.
- 20 vgl Nicoll und Delaney, The OSCE's uncertain future.
- 21 vgl <http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2009/11/223072.shtml>
- 22 vgl Richter, Wie kann die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gestärkt werden, S.1.
- 23 vgl Zellner, Identifying the Cutting Edge: The Future Impact of the OSCE, S.34.
- 24 vgl Zellner, S.34.
- 25 vgl Koivula, Euroopan Yhteistyö- ja turvallisuusjärjestö S.126
- 26 vgl Koivula, S.124
- 27 vgl Koivula, S.127
- 28 vgl Koivula, S.127
- 29 vgl Koivula, S.128
- 30 Haushalt im laufenden Jahr ist 145 Millionen EUR (<http://www.osce.org/de/secretariat/35780>)
- 31 vgl. <http://www.bpb.de/izpb/8726/sicherheitspolitik-ohne-waffen-osze-und-europarat?p=all>.
- 33 vgl http://www.crp-infotec.de/06orgs/02_m_z/osze/osze.html
- 35 Eigene Darstellung.
- 36 OSZE Vorsitzter Alexander Stubb, Pressekonferenz in Tbilisi 22.08. 2008 (www.osce.org/cio/50011).
- 37 <http://www.osce.org/odihr/elections/russia/18284>
- 38 Human Rights Watch. World Report 2009, S. 401.
- 39 Intervention by the Netherlands Helsinki Committee to the OSCE Human Dimension Implementation Meeting 2008, S. 2. (http://www.iphronline.org/osce_20081006_e.html) Stand vom 11. November 2013
- 40 Mezhuyev, The Medvedev initiative: the Origins and Development of a Political Project, S. 68.
- 41 Statement by Mr. Anvar Asimov, permanent representative of the russian federation, at the meeting of the OSCE permanent council. 17 march 2011. (<http://www.osce.org/pc/81613>) Stand vom 11. November 2013
- 42 Human Rights Watch. World Report 2009, S. 548.
- 43 Human Rights Watch. World Report 2011, S.423.

Literaturverzeichnis:

Bücher und offizielle Publikationen:

Ghebali Victor-Yves: The OSCE Between Crisis and Reform: Towards a New Lease on Life. Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) Policy Paper – No10. Geneva, November 2005.

Human Rights Watch. World Report 2009. Events of 2008. (http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/wr2009_web.pdf.) Stand vom 11. November 2013

Human Rights Watch. World Report 2011. (Events of 2010) (http://www.hrw.org/world-report-2011), Stand vom 11. November 2013

OSCE Handbook. OSCE Press and Public Information Section. Wien 2007

Zellner Wolfgang, mit Pál Dunay, Victor-Yves Ghebali, P. Terrence Hopmann, Sinikka Saari und Andrei Zagorski: Identifying the Cutting Edge: The Future Impact of the OSCE. Zentrum für OSZE-Forschung. Working Paper 17. Hamburg 2007

Zellner Wolfgang, mit Alyson Bailes, Victor-Yves Ghebali, Terrence Hopmann und Andrei Zagorski: Managing Change in Europe. Evaluating the OSCE and Its Future Role: Competencies, Capabilities, and Missions. Zentrum für OSZE-Forschung. Working Paper 13. Hamburg 2005.

Aufsätze und Artikel:

Ackermann Alice: OSZE-Mechanismen und -Verfahren zur Frühwarnung, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. OSZE Jahrbuch 2009.

Alsytte Justina: OSCE's achievements vs. Shortcomings in the Resolution of Armed Conflicts. Survey of OSCE Field Operations, SEC.GAL/165/09, 9 October 2009, The Secretariat of Conflict Prevention Center, Vienna

Dunay Pál: The OSCE in Crisis. Chaillot Paper No 88. April 2006.

Lynch Dov: The State of the OSCE, The EU Russia Centre Review, Russia, OSCE and European Security. Issue twelve. 2009.

Mezhuyev Boris, The Medvedev initiative: the Origins and Development of a

Political Project. European Council on Foreign Relations (ECFR), London 2009.

Nicoll Alexander und Delaney Jessica: The OSCE's uncertain future. IISS Strategic Comments. Volume 17, Comment 17, February 2011

Richter Wolfgang: Sicherheitsgemeinschaft OSZE. Wie kann die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gestärkt werden? SWP Aktuell, Februar 2013. Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.

Wohlfeld Monika: Reconceptualization of Security in the CSCE and OSCE. Globalization and Environmental Challenges. Hexagon Series on Human and Environmental Security and Peace Volume 3, 2008.

Internetquellen:

<http://archive.kremlin.ru/eng/text/docs/2009/11/223072.shtml>
Stand vom 11.November 2013

<http://www.bpb.de/izpb/8726/sicherheitspolitik-ohne-waffen-osze-und-europarat?p=all>
Stand vom 11.November 2013

http://www.crp-infotec.de/06orgs/02_m_z/osze/osze.html
Stand vom 11.November 2013

http://www.europa-digital.de/dschungelbuch/nicht_eu/osze/instrumente.shtml
Stand vom 11.November 2013

http://www.iphronline.org/osce_20081006_e.html
Stand vom 11.November 2013

www.osce.org/cio/50011
Stand vom 11.November 2013

<http://www.osce.org/odihr/43676>
Stand vom 11.November 2013

<http://www.osce.org/odihr/elections/russia/18284>
Stand vom 11.November 2013

<http://www.osce.org/pc/81613>
Stand vom 11.November 2013

<http://www.osce.org/what>
Stand vom 11.November 2013

<http://www.osce.org/who>
Stand vom 11.November 2013

http://www.shrblog.org/blog/Decision_making_in_the_OSCE.html?id=406
Stand vom 11. November 2013

Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2015

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen gilt die Förderung und Intensivierung des Diskurses zu Sicherheitspolitik und Strategie mit allen Kreisen der Gesellschaft auch weiterhin als übergreifende Zielvorstellung für die Aktivitäten der Clausewitz-Gesellschaft e.V. im Jahr 2015 und darüber hinaus. Daran orientieren sich sowohl die zentralen Vorhaben als auch die Veranstaltungen in unseren Regionalkreisen. Wir wollen dazu auch künftig aktive und ehemalige Offiziere, Akademiker, Diplomaten und gleichgesinnte Persönlichkeiten anderer gesellschaftlicher Bereiche zusammenführen, um die komplexe sicherheitspolitische Landschaft dieser Jahre zu analysieren, erörtern, beurteilen und so zur Entscheidungsfindung in der politischen Diskussion sowie – im Rahmen unserer Möglichkeiten – ebenfalls zur Ausrichtung und Gestaltung der Streitkräfte beizutragen. Dabei sollen in bewährter Weise vor allem auch die Einsichten und Denkmethode des Carl von Clausewitz für die zukunftsorientierte Analyse, Bewertung und Beratung herangezogen werden.

Die bisherige erfolgreiche Kooperation der Clausewitz-Gesellschaft e.V. mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS), der Führungsakademie der Bundeswehr (FüAkBw), der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. (DtAtlGes), der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund (LV S-T) in Berlin, mit Dienststellen der Bundeswehr sowie anderer Bundes-/Landesbehörden und sonstigen Organisationen/Vereinen wird fortgesetzt. Unter Wahrung der jeweiligen Eigenständigkeit sowie der spezifischen Identitäts- und Kompetenzkerne der Beteiligten wollen wir vorhandene Fähigkeiten und Ressourcen möglichst komplementär ergänzend zusammenbringen, Synergien nutzen und die erwünschte Breitenwirkung insgesamt verstärken.

Bei unseren Aktivitäten sollen die Entwicklung und praktische Umsetzung von Sicherheitspolitik und Strategie im Rahmen des umfassend vernetzten Sicherheitsansatzes weiterhin im Mittelpunkt stehen. Die dazu notwendige Expertise und die entsprechenden Diskussionsprozesse sind zu fördern und zu intensivieren. Dieses Ziel nachhaltig zu erreichen, macht es erforderlich, alle verfügbaren Möglichkeiten und passenden Gelegenheiten zu nutzen, um auch jüngere, noch im aktiven Berufsleben stehende Führungspersönlichkeiten als Multiplikatoren zu gewinnen. Von ihnen wird erwartet, dass sie willens und in der Lage sind, das Spektrum an sicherheitspolitischer Expertise in der erwünschten Breite, Tiefe und Qualität auszufüllen. In diesem Zusammenhang gilt es z.B. auch, neue Kommunikationsmöglichkeiten zu erschließen, um Vertreter aller

einschlägigen Ressorts, Institutionen und Organisationen zu erreichen.

Am 25. Februar 2015 wurde bereits gemeinsam mit der DtAtlGes und der LV S-T in Berlin das sechste Clausewitz-Strategiegespräch durchgeführt zum Thema „Krisenentwicklung in Osteuropa: Ist ein sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel erforderlich?“

Das Berliner Colloquium 2015 findet vom 24. bis 26. März 2015 erneut gemeinsam mit der BAKS statt, diesmal unter dem Thema „Zerfällt der Nahe Osten? – Akteure, Hintergründe und Perspektiven“.

Für den 22. April 2015 ist das siebte Clausewitz-Strategiegespräch in Berlin geplant. Das Thema wird lauten: „Zum 200. Geburtstag Otto von Bismarcks: Sicherheitsordnung und Strategie im Wandel“.

Die am 21. und 22. August 2015 mit und an der FüAkBw in Hamburg durchzuführende 49. Sicherheitspolitische Informationstagung soll unter dem Generalthema stehen: „Die Rolle und Verantwortung Deutschlands in und für Europa aus politisch-strategischer Sicht: Welche neuen Herausforderungen gilt es zu meistern?“

Am 30. und 31. Oktober wollen wir das „Clausewitz Forum“ wieder aufleben lassen mit einer Veranstaltung beim EUROKORPS in Straßburg unter dem Motto „Strategie und praktische Führung in einem multinationalen Hauptquartier: Was kann Clausewitz dabei leisten?“

Bei der Suche und Auswahl aktueller sicherheitspolitischer Themen zur Behandlung in den Regionalkreisen bieten sich für 2015 zum Beispiel folgende historische Ereignisse, geopolitische Entwicklungen oder strategierelevante Themen-/Problembereiche an:

- 200. Jahrestag der Schlacht von Waterloo, Ende der Herrschaft Napoleons und Abschluss des Wiener Kongresses
- 200. Geburtstag Otto von Bismarcks und 125. Jahrestag seiner Entlassung als Reichskanzler

- 70. Jahrestag Ende des Zweiten Weltkrieges, Abwurf der ersten Nuklearbomben und Abschluss/Inkrafttreten der Charta der Vereinten Nationen
- 60. Jahrestag Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO und Gründung der Bundeswehr
- 25. Jahrestag der Deutschen Einheit
- 20. Jahrestag Beschluss des Deutschen Bundestages zum Einsatz der Bundeswehr in Bosnien
- Aktueller Stand und Perspektiven zur weiteren Entwicklung von NATO, EU und OSZE vor dem Hintergrund der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Europa
- Sicherheitspolitische Relevanz und potentielle Handlungsoptionen für EU/NATO angesichts der Entwicklungen im Nahen/Mittleren Osten und nördlichen Afrika
- Chinas Verhältnis zu den USA und seinen Nachbarn im Fernen Osten: Bedeutung und mögliche Auswirkungen für EU/NATO?
- Perspektiven der Sicherheitspolitik Deutschlands und künftigen Entwicklung der Bundeswehr unter sich verändernden Rahmenbedingungen sowie im Lichte der Erarbeitung des Weißbuchs 2016.

Da zu den klassischen Risiken und Bedrohungen, auf die Sicherheitspolitik und Militärstrategie sich einstellen müssen, bereits seit Jahren neue, teilweise mit hoher Entwicklungsdynamik versehene hinzugetreten sind, sollten ggf. auch die folgenden Themen in Betracht gezogen werden:

- Aktuelle Lage und Perspektiven der weiteren Entwicklungen bei der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und zu ihrer Verbringung erforderlichen Trägermitteln
- Chancen und Möglichkeiten zur Vermeidung/Begrenzung potentieller Risiken und Konflikte infolge der Verknappung von Wasser, Energieträgern bzw. Rohstoffen, Auswirkungen des globalen Klimawandels und der weiter rasant wachsenden Weltbevölkerung

- Schutz kritischer Infrastrukturen gegen Risiken und Gefährdungen aus dem alle Lebensbereiche durchdringenden Cyber-Raum.

Unsere ehrenamtlichen Leiter der Regionalkreise, der Präsident der Sektion Schweiz und zahlreiche weitere aktive Mitglieder der Clausewitz-Gesellschaft e.V. haben bereits über viele Jahre hinweg mit innovativen Ideen, attraktiven Initiativen und eindrucksvollen Veranstaltungen die Identität der Clausewitz-Gesellschaft e.V. lebendig geformt und inhaltlich geprägt. Ich bin weiterhin überzeugt und zuversichtlich, dass sie mit vielen engagierten Mitwirkenden – seien es Mitglieder unserer Gesellschaft oder auch externe Freunde und Förderer – die Kontinuität der erfolgreichen Arbeit gewährleisten und eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung wirksam unterstützen werden. Die vielfältigen Vorhaben, z.B. in und um Berlin, Bern, Bonn, Bremen, Hamburg, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart und Ulm erfüllen in geeigneter Weise unsere gemeinsamen Ziele mit Leben, garantieren hohe Qualität als Markenzeichen und stärken wirksam die Identität unserer Gesellschaft. Sie sind deshalb insgesamt höchst wertvoll und letztlich unverzichtbar.

Allen Mitgliedern und Mitwirkenden wünsche ich für ihre Arbeit im Jahre 2015 und auch in der weiteren Zukunft viel Erfolg, einen hohen Wirkungsgrad und stets ein hinreichend motivierendes Maß an Zufriedenheit beim Einsatz für unsere gemeinsamen Ziele.

Kurt Herrmann

Bildnachweis

Quelle	Seite
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung	13, 15
Clausewitz-Gesellschaft e.V.	25, 29, 104, 106, 232, 235
Führungsakademie der Bundeswehr	32, 35
Schweizer Luftwaffe/Helmut Steck	52, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62
Creative Commons	70, 121, 130, 149, 182, 205, 220, 240, 257
Public Domain	77
Bundeswehr/Luftwaffe/Hänel	110
Bundeswehr/Alyssa Bier	116
Deutsche Presse-Agentur dpa	158
Bundesarchiv	165, 181, 247, 250